



Sylvia Veit

# Politisch-administrative Eliten in Deutschland

Sozialprofile und Karriereverläufe seit dem  
Kaiserreich unter besonderer Berücksichtigung  
der NS-Zeit

Gebr. Mann Verlag · Berlin



Sylvia Veit  
Politisch-administrative Eliten in Deutschland



SCHRIFTEN DES BUNDESARCHIVS

Sonderreihe „Die zentralen deutschen Behörden  
und der Nationalsozialismus“

3

---

Sylvia Veit

# Politisch-administrative Eliten in Deutschland

Sozialprofile und Karriereverläufe seit dem Kaiserreich  
unter besonderer Berücksichtigung der NS-Zeit

Unter Mitarbeit von Stefanie Vedder

Gebr. Mann Verlag · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2024 Gebr. Mann Verlag · Berlin  
[www.gebrmannverlag.de](http://www.gebrmannverlag.de)

Alle Rechte vorbehalten.

Der Verlag behält sich die Verwertung des urheberrechtlich geschützten Inhalts dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor. Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.

Gedruckt auf säurefreiem Papier, das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

Lektorat: Merle Ziegler, Gebr. Mann Verlag · Berlin

Satz: Gebr. Mann Verlag · Berlin

Coverentwurf: Alexander Burgold · Berlin

Covergestaltung unter Verwendung der Abbildungen (v. l. n. r.): Eduard Ackermann, Waldemar Schreckenberger, Peter Boenisch, N.N. im Bundeskanzleramt bei einem Telefonat mit Bundeskanzler Helmut Kohl, 3.8.1983, Foto: Ludwig Wegmann; Kabinettsaal Alte Reichskanzlei (Wilhelmplatz), ca. 1900/1933; Adolf Hitler im Gespräch mit Reichskanzler Franz von Papen, 30.1.1933, Foto: Georg Pahl; Elisabeth Schwarzhaupt wird von Eugen Gerstenmaier als Bundesministerin vereidigt, 14.11.1961, Foto: Ludwig Wegmann; Konstituierende Sitzung des Ministerrates der Regierung um Ministerpräsident Hans Modrow, 18.11.1989, Foto: Thomas Lehmann (Barch B 145 Bild-00080298; Bild 183-1984-0504-503; Bild 102-14268; B 145 Bild-00016297; Bild 183-1989-1118-012)

Schrift: Palatino

Papier: 80g/m<sup>2</sup> Werkdruck hochweiß

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co. · Göttingen

Printed in Germany

[schriften.bundesarchiv.de](http://schriften.bundesarchiv.de) (Open-Access-Ausgabe als E-PDF)  
ISBN 978-3-7861-2918-9 (Print)

# Inhalt

<b>Geleitwort</b> .....	9
<b>Danksagung</b> .....	11
<b>1. Einleitung</b> .....	13
<b>2. Konzepte und Erkenntnisse der Forschung zu politisch-administrativen Eliten</b> .....	19
2.1. Politische Elitenforschung .....	20
2.1.1 Begriffe und Konzepte .....	21
2.1.2 Befunde zur Bundesrepublik .....	24
2.1.3 Befunde zu den Eliten in der DDR .....	28
2.2. Politisch-administrative Eliten aus Sicht der Verwaltungswissenschaft .....	30
2.2.1 Begriffe und Konzepte .....	31
2.2.2 Verwaltungswissenschaftliche Befunde .....	34
<b>3. Methodik und Datengrundlage</b> .....	39
3.1. Datengrundlage .....	39
3.2. Erhobene Biografie- und Karrieremerkmale .....	44
<b>4. Institutioneller Kontext</b> .....	51
4.1. Institutioneller Kontext im Deutschen Kaiserreich .....	51
4.2. Institutioneller Kontext in der Weimarer Republik .....	54
4.3. Institutioneller Kontext im Nationalsozialismus .....	62
4.4. Institutioneller Kontext in der DDR .....	68
4.5. Institutioneller Kontext in der Bundesrepublik .....	75
<b>5. Repräsentativität der politisch-administrativen Eliten</b> .....	81
5.1. Frauenanteil .....	81
5.2. Soziale Herkunft .....	91
5.3. Religionszugehörigkeit und regionale Herkunft .....	97

5.4. Bildungshintergrund.....	109
5.5. Zwischenfazit .....	125
<b>6. Elitenzirkulation und personelle Kontinuitäten nach Systemtransformationen.....</b>	<b>129</b>
6.1 Begriffsdefinition und Relevanz des Themas.....	129
6.2 Umfang der Elitenzirkulation .....	131
6.2.1 Weimarer Republik.....	131
6.2.2 Nationalsozialismus.....	132
6.2.3 Bundesrepublik.....	134
6.2.4 DDR.....	136
6.2.5 Vergleichende Übersicht.....	136
6.3 Tiefe der Elitenzirkulation .....	136
6.3.1 Weimarer Republik.....	137
6.3.2 Nationalsozialismus.....	138
6.3.3 Bundesrepublik.....	139
6.3.4 DDR.....	148
6.4 NSDAP-Mitglieder in Bundesministerien.....	151
6.5 Zwischenfazit .....	154
<b>7. Berufsbiografien politisch-administrativer Eliten .....</b>	<b>159</b>
7.1. Operationalisierung von Karrieren.....	159
7.2. Verwaltungskarrieren im Kaiserreich.....	161
7.3. Karrieren politischer und administrativer Eliten in der Weimarer Republik....	162
7.4. Karrieren politischer und administrativer Eliten im Nationalsozialismus .....	166
7.5. Karrieren politischer und administrativer Eliten in der Bundesrepublik .....	170
7.6. Karrieren politischer Eliten in der DDR.....	179
7.7. Zwischenfazit .....	182
<b>8. Politisierung der Verwaltung.....</b>	<b>185</b>
8.1 Traditionslinien im Kaiserreich und in der Weimarer Republik: Trennung oder Vermischung von Politik und Verwaltung? .....	185
8.2 Politisierung der Verwaltung im Nationalsozialismus.....	189
8.3 Politisierung der Verwaltung in der Bundesrepublik: Variationen und Trends .....	198

8.3.1	Umfang und Tiefe der Elitenzirkulation in der Bundesrepublik in zeitlicher Perspektive .....	200
8.3.2	Karrierebezogene Politiknähe der Verwaltungseliten in der Bundesrepublik in zeitlicher Perspektive .....	204
8.4	Zwischenfazit .....	208
<b>9.</b>	<b>Fazit</b> .....	<b>209</b>
	<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>219</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>221</b>
	<b>Anhang</b> .....	<b>239</b>
I	Liste der Archivalien des Bundesarchives.....	239
II	Personenverzeichnis.....	250
III	Liste der Ministerien und ministeriumsähnlichen Organisationen.....	263
IV	Codebuch.....	270



## Geleitwort

Unter dem Titel „Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus“ hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Jahr 2016 ein umfangreiches Forschungsprogramm aufgelegt. Es entstand vor dem Hintergrund eines neu erwachten Interesses für die Kontinuitäten zwischen den Behörden und Verwaltungen des nationalsozialistischen Deutschen Reichs und ihren Nachfolgeeinrichtungen insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Über die „braunen Wurzeln“ (Dieter Schenk) bundesdeutscher Behörden entstanden zunächst Untersuchungen über das Bundeskriminalamt, das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Verfassungsschutz, die von den betreffenden Behörden selbst in Auftrag gegeben wurden. Vergleichbare Studien über das Wirtschaftsministerium, das Justizministerium, den Bundesnachrichtendienst und andere Ministerien und Bundesbehörden folgten. Christian Mentel und Niels Weise haben 2016 „Stand und Perspektiven der Forschung“ in ihrem Forschungsbericht über „Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus“ zusammengefasst. Die dort vorgestellten Ergebnisse und Lücken haben die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien veranlasst, ein Programm aufzulegen, um unabhängige, nicht von den betreffenden Behörden selbst beauftragte Studien anzuregen und zu fördern. Diese sollten auch neuen, die klassischen Ansätze der Verwaltungsgeschichte fortentwickelnden Fragestellungen nachgehen. Die Organisation und administrative „Abwicklung“ des Programms wurde dem Bundesarchiv anvertraut, das seinerseits durch das Bundesverwaltungsamt unterstützt wurde. Eine unabhängige Expertenkommission traf eine Auswahl von zehn Projekten, die geeignet schienen, die mittlerweile so apostrophierte „Behördenforschung“ um neue Perspektiven zu bereichern.

Die Durchführung der Projekte wurde seit 2020 durch die Covid-19-Pandemie zum Teil erheblich behindert. Die weitreichenden Einschränkungen insbesondere bei der Archivnutzung führten zwangsläufig zu Verzögerungen und zusätzlichen Mittelbedarfen. Da die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien zusätzliche Mittel bereitstellen konnte, war es grundsätzlich möglich, Projektabbrüche zu vermeiden.

Die daraus hervorgehenden Studien werden nun in einer Sonderreihe der Schriften des Bundesarchivs publiziert, sofern die Projektträger sich nicht entschlossen haben, ihre Ergebnisse eigenständig zu veröffentlichen. Verantwortlich für Inhalt und Ergebnis der nun sukzessive erscheinenden Bände sind allein die Projektverantwortlichen sowie die Autorinnen und Autoren der Studien.

Das Gesamtvorhaben folgt grundsätzlich einem multiperspektivischen und der Methodenvielfalt verpflichteten Ansatz, um auf diese Weise neue Fragestellungen zu eröffnen. In welchem hohem Maße dies tatsächlich erkenntnisfördernd ist, belegt Sylvia Veit in ihrer politikwissenschaftlichen Studie. Sie schließt eine große Lücke, fehlte doch bislang genau diese systematisch erhobene ressort- und systemübergreifende Datengrundlage zur Entwicklung von Sozialprofilen und Karriereverläufen des Lei-

tungspersonals deutscher Ministerien und Oberer Bundesbehörden. So wird eine Analyse möglich, die weitreichende Einblicke in kollektive Strukturen über mehr als ein Jahrhundert bietet und eine Vielzahl von Vergleichen ermöglicht, darunter auch den Vergleich personeller (Dis-)Kontinuitäten vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik im Vergleich zur DDR. Sylvia Veit legt einen Längsschnitt historischer Elitenforschung auf der Basis einer detailreichen und datengesättigten Grundlagenarbeit vor. Die Besonderheit dieses Ansatzes bringt einen anderen wissenschaftlichen Apparat mit sich als in den Geschichtswissenschaften üblich. Wir haben uns bemüht, diesen so nutzerfreundlich wie möglich zu gestalten.

Koblenz/Berlin, im April 2024

Prof. Dr. Michael Hollmann  
Präsident des Bundesarchivs

## Danksagung

In diesem Buch werden die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Neue Eliten – etabliertes Personal? (Dis-)Kontinuitäten deutscher Ministerien in Systemtransformationen“ vorgestellt. Das Forschungsprojekt wurde von 2017 bis 2022 von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien im Rahmen des Forschungsprogrammes zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zentraler deutscher Behörden finanziert. Ohne diese großzügige Förderung und die administrative Unterstützung des Bundesarchives wäre eine Realisierung des Forschungsvorhabens nicht möglich gewesen.

Für das Forschungsprojekt erfolgte eine umfangreiche Datensammlung zu den Berufs- und Sozialprofilen der Leitungsebenen deutscher Ministerien über einen mehr als ein Jahrhundert umfassenden Zeitraum. Für diese Datensammlung waren komplexe Rechercharbeiten und zahlreiche Archivaufenthalte möglich, um Informationen zusammenzutragen, die anschließend in statistisch auswertbarer Form in den Datensatz übernommen wurden. Diese Recherche- und Codierarbeiten wurden überwiegend von den wissenschaftlichen und studentischen Mitarbeitenden des Projektteams übernommen. Für ihren Einsatz danke ich Anika Manschwetus, Nora Schierenbeck, Simon Scholz, Bastian Strobel und Stefanie Vedder. Anika Manschwetus hat im Projekt zuerst als studentische Hilfskraft und später als wissenschaftliche Hilfskraft gearbeitet. Sie hat nicht nur codiert und bei den statistischen Auswertungen unterstützt, sondern auch zahlreiche typische und untypische Einzelfälle recherchiert sowie Informationen zum historischen Kontext zusammengetragen. Simon Scholz hat das Projekt bis August 2020 zusammen mit mir geleitet. Ihm gebührt auch ein großer Dank für zahlreiche konzeptionelle Beiträge, die das Projekt entscheidend geprägt haben. Zudem hat Simon Scholz zahlreiche wichtige Arbeiten am Datensatz vorgenommen. Bastian Strobel hat bis Januar 2021 im Forschungsprojekt gearbeitet und in diesem Zusammenhang auch seine Dissertation mit dem Titel „Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen“ fertiggestellt, die in diesem Buch auch vielfach zitiert wird. Bastian Strobel hat vielfältige Beiträge methodischer und inhaltlicher Natur zum Projekt geleistet. Hierfür möchte ich ihm danken. Zusammen mit Stefanie Vedder, die in der zweiten Projekthälfte Teil des Projektteams war, hat Bastian Strobel sich federführend um die Erstellung der Randauszählungen aus den Projektdaten gekümmert. Stefanie Vedder hat zudem viel Arbeit in Nachcodierungen und abschließende Datenbereinigungen investiert und hat an der Erstellung einiger Textpassagen dieses Buchmanuskriptes mitgewirkt.

Um eine möglichst hohe Datenqualität sicherzustellen, ist ein Vergleich unterschiedlicher Datenquellen und ein Vergleich mit bereits in anderen Projektkontexten erhobenen Daten sinnvoll. Wir danken in diesem Zusammenhang Gunnar Take für seinen Hinweis auf die Personendatenbank Zeitgeschichte des Institutes für Zeitgeschichte (IfZ). Esther-Julia Howell und Michael Pilarski vom IfZ danken wir für den Zugriff auf die Datenbank, der es uns ermöglichte, für diejenigen Personen unseres Datensatzes, die auch in der Personendatenbank Zeitgeschichte erfasst sind, einen

Datenabgleich vorzunehmen. Dies betraf Fälle aus den DDR-Innenministerien, dem Bundesministerium des Innern und dem Bundeskanzleramt.

Das Buchmanuskript hat vom Feedback des Projektteams sowie vom Feedback zahlreicher Kolleginnen und Kollegen auf verschiedenen wissenschaftlichen Tagungen profitiert. Für die Unterstützung bei der Formatierung der Tabellen und Abbildungen im Buch, für die Programmierung des Zitationsstiles in Citavi und für Ihre Hilfe bei der Erstellung der Anhänge danke ich Rima Schmauch. Bei der Zusammenstellung der Anhänge haben zudem Maria Octaviani und Santiago Quintanilla Pereira unterstützende Arbeiten geleistet, für die ich ihnen danken möchte. Großer Dank gebührt außerdem dem Team des Bundesarchivs sowie der Lektorin Merle Ziegler vom Gebr. Mann Verlag Berlin.

Prof. Dr. Sylvia Veit (Wissenschaftliche Projektleitung)  
Kassel, 22. März 2024

# 1. Einleitung

Eliten haben in jeder Gesellschaft eine herausgehobene Stellung inne. Aufgrund ihres privilegierten Zugangs zu Ressourcen können sie Macht ausüben. Während Eliten die Gesellschaft prägen, ist es gleichzeitig die Aufgabe politischer Eliten in demokratischen Systemen, die Gesellschaft zu repräsentieren. Dies gelingt ihnen meist nur mit Abstrichen – die politische Elite unterscheidet sich nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch in ihren Einstellungen von der Bevölkerung. Diese Beobachtung gilt – trotz qualitativer Unterschiede in der konkreten Ausprägung dieser Unterschiede – vermutlich für jeden Staat und ist das Ergebnis von Selektionsprozessen, Sozialisation und Professionalisierung. Wird die Lücke zwischen (politischen) Eliten und der Bevölkerung zu groß, führt das zu Konflikten und Legitimitätsproblemen. Die empirische Befassung mit politischen Eliten – und dazu gehören nicht nur Politiker:innen, sondern unter anderen auch hohe Beamte:innen, einflussreiche Vertreter:innen der Medien oder Führungsgruppen der Wirtschaft<sup>1</sup> – ist deshalb eine wichtige Aufgabe der sozialwissenschaftlichen Forschung.

Mit dem Elitenbegriff hadern die Forschenden jedoch zum Teil. Der Begriff der „Elite“ war in Deutschland lange Zeit stark normativ geprägt und ideologisch aufgeladen. Für sozialwissenschaftliche Studien wurde er deshalb vielfach kritisch gesehen und insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als wissenschaftlich wenig gehaltvoll bis unbrauchbar eingeschätzt.<sup>2</sup> Diese Sichtweise hat sich mittlerweile geändert. Wenngleich der Elitenbegriff immer noch als belastet gilt,<sup>3</sup> wird der Mehrwert einer empirischen Analyse der Führungsgruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen auf Basis eines analytischen Verständnisses des Elitenbegriffs zumindest im sozialwissenschaftlichen Diskurs nicht mehr in Frage gestellt, da er Rückschlüsse auf „die Struktur, die soziale Mobilität und die Machtverteilung in einer Gesellschaft“<sup>4</sup> ermöglicht. Umso mehr verwundert es, wie wenig systematische empirische Forschung es über die Eliten in unserer Gesellschaft gibt.

Das vorliegende Buch möchte einen Beitrag dazu leisten, diese Forschungslücke für eine wichtige gesellschaftliche Teilelite zu schließen, die Spitzenbeamte:innen und Exekutivpolitiker:innen. Diese Gruppe wird von uns im Folgenden in ihrer Gesamtheit als politisch-administrative Elite bezeichnet. Diese Begrifflichkeit hat sich im Rahmen von Befragungsstudien etabliert und zielt auf die Führungsgruppen in der

---

1 Heinrich Best/John Higley (Hg.): *The Palgrave handbook of political elites*, London 2018.

2 Wolfgang Zapf: *Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961 (Studien zur Soziologie 2)*, München 1965.

3 Tom Mannewitz/Wolfgang Rudzio: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2022.

4 Michael Edinger: Eliten, in: Uwe Andersen/Jörg Bogumil/Stefan Marschall/Wichard Woyke (Hg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2021, S. 247–251, hier S. 247.

Regierungsbürokratie ab.<sup>5</sup> Zu den Spitzenbeamten:innen zählen wir in unserer Studie die obersten beiden Ebenen der Beamten:innen in Ministerien auf zentralstaatlicher Ebene. Zu den Exekutivpolitiker:innen zählen wir neben den Regierungsmitgliedern auch die parlamentarischen Staatssekretär:innen und vergleichbare Positionen.

Die beiden Gruppen – Spitzenbeamten:innen und Exekutivpolitiker:innen – sind unterschiedlich gut erforscht. Während es zu Letzteren zahlreiche, auch international vergleichende Studien<sup>6</sup> und seit einiger Zeit auch einen öffentlich zugänglichen Datensatz zu den Minister:innen weltweit gibt,<sup>7</sup> hat die Verwaltungselite bisher nur vergleichsweise wenig Beachtung in der Forschung zu politischen Eliten gefunden (siehe auch Kap. 2). Dies hat Gründe: Versteht man Verwaltung vor allem als ein Instrument der Politik und Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung als Umsetzende politischer Vorgaben, könnte es weitgehend überflüssig erscheinen, sich näher mit den Profilen von Spitzenbeamten:innen auseinanderzusetzen. Die verwaltungswissenschaftliche Forschung der vergangenen Jahrzehnte hat aber gezeigt, dass dieses instrumentelle Verständnis von Verwaltung der Realität nicht gerecht wird.<sup>8</sup> Verwaltung – und das gilt natürlich in ganz besonderem Maße für den Verwaltungsapparat der Regierung, also die Ministerien – ist in alle Phasen des politischen Prozesses involviert und hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Inhalte und Wirkungen politischer Entscheidungen.<sup>9</sup> Bereits Max Weber hat darauf hingewiesen, dass Herrschaft im Alltag vor allem durch die Verwaltung ausgeübt wird: „Herrschaft ist im

- 
- 5 Falk Ebinger/Linda Jochheim: Wessen loyale Diener? Wie die große Koalition die deutsche Ministerialbürokratie veränderte, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 2 (2009), H. 2, S. 327–345; Falk Ebinger/Nicolas Lux/Christoph Kintzinger/Benjamin Garske: Die Deutsche Verwaltungselite der Regierungen Brandt bis Merkel II. Herkunft, Zusammensetzung und Politisierung der Führungskräfte in den Bundesministerien, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 11 (2018), H. 2, S. 389–411; Katja Schwanke/Falk Ebinger: Politisierung und Rollenverständnis der deutschen Administrativen Elite 1970 bis 2005 – Wandel trotz Kontinuität, in: Jörg Bogumil (Hg.): *Politik und Verwaltung*. PVS Sonderheft 37, Wiesbaden 2006, S. 228–249.
  - 6 Zum Beispiel Jean Blondel: *Government ministers in the contemporary world (Political executives in comparative perspective 3)*, London 1985; Keith M. Dowding/Patrick Dumont (Hg.): *The selection of ministers around the world (Routledge research on social and political elites 5)*, London/New York 2015; Jacob Nystrup/Hikaru Yamagishi/Stuart Bramwell: Consolidating Progress: The Selection of Female Ministers in Autocracies and Democracies, in: *American Political Science Review* (2023), S. 1–20, DOI: <https://doi.org/10.1017/S000305542300062X>; Ilia Nadporozhskii: Influence of elite rotation on authoritarian resilience, in: *Democratization* 30 (2023), H. 5, S. 794–814.
  - 7 Jacob Nystrup/Stuart Bramwell: Who Governs? A New Global Dataset on Members of Cabinets, in: *American Political Science Review* 114 (2020), H. 4, S. 1366–1374.
  - 8 Sylvia Veit: Die öffentliche Verwaltung im modernen Staat, in: *GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik* 70 (2021), H. 1, S. 99–109; Joel D. Aberbach/Bert Rockman/Robert D. Putnam: *Bureaucrats and politicians in western democracies*, Cambridge, Mass. 1981.
  - 9 Vgl. zum Beispiel Ulrich Smeddinck/Ralf Tils: *Normgenese und Handlungslogiken in der Ministerialverwaltung. Die Entstehung des Bundes-Bodenschutzgesetzes: eine politik- und rechtswissenschaftliche Analyse (Umweltrecht und Umweltpolitik Band 7)*, Baden-Baden 2002; Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf: *Policy-making in the German federal bureaucracy*, Amsterdam 1975.

Alltag primär: Verwaltung.“<sup>10</sup> Weiterhin betonte Weber, dass die Verwaltung durch ihr der Politik tendenziell überlegenes Fach- und Dienstwissen in der Lage sei, Einfluss auf die Politik und deren Entscheidungen auszuüben: „Die bürokratische Verwaltung bedeutet: Herrschaft kraft Wissen: dies ist ihr spezifisch rationaler Grundcharakter. Über die durch das Fachwissen bedingte gewaltige Machtstellung hinaus hat die Bürokratie (...) die Tendenz, ihre Macht noch weiter zu steigern durch das Dienstwissen.“<sup>11</sup> Smeddinck und Tils sprechen in diesem Zusammenhang von einer Vorentscheidungsmacht der Verwaltung.<sup>12</sup> Schnapp versuchte sich dem Thema zu nähern, indem er das Einflusspotenzial von Regierungsbürokratien quantitativ und in international vergleichender Absicht analysierte.<sup>13</sup> Analysierte man also lediglich politische Führungsgruppen im engeren Sinne, bliebe das Bild unvollständig.

Ziel dieses Buches ist es, die Führungsgruppen in Politik und Verwaltung in Deutschland über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert empirisch zu vermessen. Diese Führungsgruppen werden in der vorliegenden Studie untersucht, indem auf Basis öffentlich zugänglicher Informationen sowie auf der Grundlage von Archivalien deren Sozial- und Karriereprofile erhoben und mit Hilfe statistischer Methoden analysiert werden. Der Elitenbegriff wird dabei wissenschaftlich neutral und nicht wertend verwendet. In der Auswertung geht es nicht um die Analyse und Einordnung von Einzelfällen, sondern stets um die (Veränderung der) kollektiven Profile der Führungsgruppen.

Im Rahmen dieser Analyse der Kollektivbiografien bildet die Methode des wissenschaftlichen Vergleichens eine wichtige Grundlage. Vergleiche der kollektiven Sozial- und Karriereprofile werden in vielfältiger Hinsicht angestellt. Die durchgeführten Analysen zeigen Veränderungen in der Zusammensetzung der politisch-administrativen Elite im Zeitverlauf auf, es wird also ein Vergleich zwischen verschiedenen Zeitpunkten angestellt. Unsere Datenauswertungen ermöglichen es weiterhin, Merkmale der Eliten in unterschiedlichen politischen Regimen und Systemen oder zwischen unterschiedlichen Phasen der Systementwicklung zu vergleichen. Vergleiche sind auch im Querschnitt möglich: So können beispielsweise Merkmale der Führungsgruppen in verschiedenen Ressorts, Merkmale der Politik- und der Verwaltungselite oder innerhalb der Verwaltungselite Merkmale von Spitzenbeamten:innen der obersten Ebene (beamtete Staatssekretär:innen) und der zweiten Reihe (Abteilungsleiter:innen) miteinander verglichen werden. Auch Vergleiche der Kollektivbiografien zwischen der Bundesrepublik und der DDR werden angestellt. Ganz wesentlich ist dabei, dass Vergleichen nicht Gleichsetzen bedeutet.<sup>14</sup>

---

10 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Neuauflage hg. von Johannes Winkelmann, Frankfurt am Main 1922.

11 Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, S. 129.

12 Smeddinck/Tils, *Normgenese und Handlungslogiken in der Ministerialverwaltung*.

13 Kai-Uwe Schnapp: *Ministerialbürokratien in westlichen Demokratien (Interdisziplinäre Organisations- und Verwaltungsforschung 11)*, Opladen 2004.

14 Vgl. auch Bastian Strobel: *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen. Eine vergleichende Analyse des Nationalsozialismus und des SED-Regimes*, Wiesbaden 2022; Hans-Joachim Lauth/

Die in dieser Studie eingenommene Perspektive ist explizit politik- und verwaltungswissenschaftlich. Die Studie kann damit nur als eine Ergänzung zur (bezogen auf den einzelnen Fall viel genaueren) historischen Forschung verstanden werden. Wolfgang Zapf, einer der ersten Forscher, der sich in den 1960er Jahren an eine kollektivbiografische Auswertung der politisch-administrativen Elite in Deutschland wagte, stellt dazu fest: „Wie kann eine Studie, die allbekannte Persönlichkeiten und Ereignisse als statistische ‚Fälle‘ ganz ebenso wie die Befragten eines ‚anonymen‘ Bevölkerungsquerschnitts behandelt, neben der historischen Forschung bestehen? (...) Wie kann eine Studie, die um ihres Argumentationsganges willen die Entwicklung von Spitzenpositionen (...) in Politik und Verwaltung (...) parallel darstellt, den Genauigkeitskriterien der Geschichtswissenschaften genügen? Sie kann es – und das muß deutlich gesagt werden – nicht.“<sup>15</sup> Dem ist nichts hinzuzufügen: Die historische und die politik- beziehungsweise verwaltungswissenschaftliche Perspektive unterscheiden sich, da sich, trotz vorhandener Schnittmengen bei den genutzten Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung, das zentrale wissenschaftliche Erkenntnisinteresse unterscheidet. Durch unseren Fokus auf generelle Entwicklungslinien, Muster und Wirkungszusammenhänge und die Arbeit mit großen Datenmengen können wir dem Einzelfall, der einzelnen Person, nicht gerecht werden.

Das zentrale Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie richtet sich auf die Beschreibung und Erklärung der Entwicklung der Sozialprofile und Karriereverläufe der Spitzenbeamt:innen und Exekutivpolitiker:innen in Deutschland im Zeitraum 1913 bis 2017. Von zentraler Bedeutung sind dabei Fragen nach der (deskriptiven) Repräsentativität politisch-administrativer Eliten, nach Umfang und Tiefe der Elitenzirkulation und damit verbunden nach personellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Zuge von Systemtransformationen, nach Karriereverläufen und -mustern sowie nach den sich in den erhobenen Merkmalen niederschlagenden Charakteristika des Verhältnisses von Politik und Verwaltung. Diese Themenblöcke strukturieren das vorliegende Buch – die Kapitel 5 bis 8 widmen sich jeweils einem der genannten Themenkomplexe. Vorab wird in Kapitel 2 eine übergeordnete theoretische Einführung und ein erster Überblick über den Forschungsstand gegeben. In Kapitel 3 wird das methodische Vorgehen näher erläutert, und Kapitel 4 gibt grundlegende Kontextinformationen zu den verschiedenen Erhebungszeitpunkten. Die Struktur des Buches wurde so konzipiert, dass sich die Kapitel auch unabhängig voneinander lesen lassen – ist eine Leserin beispielsweise vor allem am Thema der Politisierung der Verwaltung interessiert, so kann sie nach einem kurzen Blick in das Methodenkapitel direkt zu Kapitel 8 springen, ein historisch vorgebildeter Leser wiederum kann Kapitel 4 überspringen oder nur querlesen et cetera.

Das Buch fasst zentrale Ergebnisse des Forschungsprojektes „Neue Eliten – etabliertes Personal? (Dis-)Kontinuitäten deutscher Ministerien in Systemtransformationen“ zusammen, welches im Rahmen des Forschungsprogramms zur Auseinander-

---

Marianne Kneuer/Gert Pickel (Hg.): Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2016; Sabine Kropp: Vergleichen in der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2005.

15 Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, S. 13.

setzung mit der NS-Vergangenheit zentraler deutscher Behörden durchgeführt und von 2017 bis 2022 von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanziert wurde. Der im Projekt auf prosopografischer Basis erstellte Datensatz zu politisch-administrativen Eliten (im Folgenden: PAE-proso-<sup>16</sup> Datensatz) schließt eine wichtige Forschungslücke. So lagen bisher zwar verschiedene Studien zu einzelnen Ministerien vor, es fehlte aber eine systematische ressort- und systemübergreifende Datengrundlage. Auf Basis des im Projekt erstellten Datensatzes werden Unterschiede der personellen Kontinuitäten im Vergleich zum Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und in der DDR sowie im Ressortvergleich herausgearbeitet. Gleichzeitig werden langfristige Entwicklungen aufgezeigt. Dabei geht es nicht nur um die NS-Vergangenheit, sondern um Brüche und Kontinuitäten in den Karrieren, um Wandlungsprozesse bezüglich der Sozialprofile und um die Politisierung der Verwaltung im System- und Zeitvergleich.

---

16 Die Bezeichnung PAE-proso wurde gewählt, um Missverständnisse mit einem anderen Datensatz – dem PAE-Datensatz (Beneke et al. 2023) – zu vermeiden. Der PAE-Datensatz enthält Befragungsdaten von politisch-administrativen Eliten, der PAE-proso-Datensatz mit prosopografischer Methode erhobene Daten.



## 2. Konzepte und Erkenntnisse der Forschung zu politisch-administrativen Eliten

Die hier präsentierte Forschung liegt an der Schnittstelle dreier oft unverbundener Forschungsstränge: (1) der Forschung zu politischen Eliten, die insbesondere in der Politikwissenschaft und der Soziologie beheimatet ist, (2) der Forschung zu politisch-administrativen Beziehungen und zu Verwaltungseliten, die in der Verwaltungswissenschaft zu verorten ist und (3) der historischen Behördenforschung. Politisch-administrative Eliten in Deutschland seit dem Kaiserreich bis in die heutige Zeit werden in diesem Buch aus sozialwissenschaftlicher Perspektive untersucht. Deshalb werden in diesem Kapitel zunächst zentrale theoretische Konzepte und Zugänge der beiden erstgenannten Forschungsstränge sowie einige wichtige Befunde existierender sozialwissenschaftlicher Elitenstudien präsentiert. Für die historische Behördenforschung sei auf den Forschungsüberblick von Mentel und Weise,<sup>1</sup> die Erkenntnisse zu einzelnen Ressorts<sup>2</sup> und die in derselben Reihe wie dieses Buch erscheinenden Publikationen aus den historischen Teilprojekten des Forschungsprogramms zur NS-Vergangenheit zentraler deutscher Behörden verwiesen. Zudem sind in der Geschichtswissenschaft verschiedene datenbasierte Arbeiten zu anderen Teileliten erschienen, zum Beispiel für das Militär.<sup>3</sup>

Die überblicksartige Darstellung sozialwissenschaftlicher Zugänge und Befunde in diesem Kapitel legt die Basis für die späteren empirischen Kapitel. In diesen wird immer wieder Bezug auf hier vorgestellte Konzepte und Begriffe genommen. Auch werden hier dargestellte Forschungsergebnisse an geeigneter Stelle wieder aufgegriffen und vertieft, um die empirischen Erkenntnisse zu den politisch-administrativen Eliten in Deutschland einzuordnen und zu diskutieren.

- 
- 1 Christian Mentel/Niels Weise: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, Potsdam 2016.
  - 2 Unter anderem Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010; Frank Bösch/Andreas Wirsching: Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus (Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945 Band 1), Göttingen 2018.
  - 3 Thorsten Loch/Daniel F. Müller/André Naumann/Stephanie Schulz: Zur sozialen Herkunft deutscher Admirale und Luftwaffengenerale im Kalten Krieg. Eine sozioempirische Dokumentation zur deutsch-deutschen Militärgeschichte, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 81 (2022), H. 2, S. 486–515; Thorsten Loch: Deutsche Generale 1945–1990. Profession – Karriere – Herkunft (Deutsch-deutsche Militärgeschichte 2), Berlin 2021.

## 2.1. Politische Elitenforschung

Das sozialwissenschaftliche Interesse an Eliten ist traditionell groß, denn es handelt sich hierbei um eine kleine gesellschaftliche Gruppe, die einen großen Einfluss auf die Entwicklung einer Gesellschaft hat. Seit der Etablierung einer empirisch ausgerichteten Politikwissenschaft in Deutschland nach Gründung der Bundesrepublik gab es mehrere breit angelegte, umfragebasierte Elitenstudien. Zu nennen sind hier insbesondere die Potsdamer Elitestudie 1995<sup>4</sup> und die drei von Rudolf Wildenmann geleiteten Mannheimer Elitestudien von 1968, 1972 und 1981.<sup>5</sup> Die ersten, auf Umfragedaten basierenden Elitenstudien nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von Karl Deutsch und Lewis Edinger in den 1950er und 1960er Jahren durchgeführt.<sup>6</sup> Auch Wolfgang Zapf und Ralf Dahrendorf legten in dieser Zeit grundlegende Beiträge zur Elite in Deutschland vor.<sup>7</sup> Seit der Potsdamer Elitestudie wurde keine weitere breit angelegte Elitenumfrage durchgeführt. Allerdings gibt es eine Reihe von Studien, die sich der Thematik auf anderer methodischer Basis nähern oder bestimmte Teileliten in den Blick nehmen. Hervorzuheben ist insbesondere die vom DeZIM-Institut Berlin, der Universität Leipzig und der Hochschule Zittau/Görlitz durchgeführte Elitenstudie 2019.<sup>8</sup> Im Folgenden werden zunächst grundlegende Begriffe und Konzepte der politischen Elitenforschung vorgestellt und anschließend ausgewählte Befunde umrissen.

- 
- 4 Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Wiesbaden 1997; Viktoria Kaina: Deutschlands Eliten – Kontinuität und Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B10* (2004), S. 8–16.
  - 5 Dieter Roth: *Zum Demokratieverständnis von Eliten in der Bundesrepublik Deutschland* (Europäische Hochschulschriften 10), Bern/Frankfurt am Main 1976; Uwe Schleth: *Once Again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis?*, in: Rudolf Wildenmann (Hg.): *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, München, Wien 1971, S. 99–118; Rudolf Wildenmann: *Germany 1930–1970: The Empirical Findings*, in: Rudolf Wildenmann (Hg.): *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, München, Wien 1971, S. 18–60; Ursula Hoffmann-Lange: *Eliteforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* (1983), H. 47, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/532865/eliteforschung-in-der-bundesrepublik-deutschland/> (aufgerufen am 2.2.2024).
  - 6 Karl W. Deutsch/Lewis J. Edinger: *Germany rejoins the powers. Mass opinion, interest groups, and elites in contemporary German foreign policy*, Stanford, Calif. 1959; Karl W. Deutsch/Lewis J. Edinger/Roy C. Macridis/Richard L. Merritt: *France, Germany and the Western Alliance. A study of elite attitudes on european integration and world politics*, New York 1967.
  - 7 Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*; Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968.
  - 8 Heger, Katharina/Vogel, Lars: *Die Positionsauswahl der Elitenstudie 2019 – Sample Report*, in: Kollmorgen, Raj/Vogel, Lars/Zajak, Sabrina (Hg.): *Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund*. Wiesbaden 2024, S. 69–106; Lars Vogel: (How) Perceived Descriptive Underrepresentation Decreases Political Support: The Case of East Germans, in: *German Politics* 32 (2023), H. 1, S. 169–190; Raj Kollmorgen: *Ein anhaltendes Defizit? Ostdeutsche in den Eliten als Problem und Aufgabe*, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.): *(Ost)Deutschlands Weg*, Bonn/Berlin 2021, S. 231–250.

### 2.1.1 Begriffe und Konzepte

Wer genau als einer Elite zugehörig angesehen wird oder nicht, hängt von der zugrundeliegenden Definition ab. Allgemein gesprochen sind Eliten Individuen, „who have vastly disproportionate control over or access to a resource“<sup>9</sup> Eliten haben in der Gesellschaft eine herausgehobene Stellung inne, die durch einen Prozess der Auslese und Konkurrenz begründet und gerechtfertigt wird.<sup>10</sup> Für *politische Eliten* ist diese Ressource politische Macht.<sup>11</sup> Der Begriff der politischen Eliten wird in der Forschung vielfach eher weit verstanden: Politische Eliten sind demnach nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch einflussreiche Personen aus anderen Bereichen wie den Medien, der Verwaltung, den Kirchen, dem Militär oder der Wirtschaft. Politische Eliten sind nach dieser breiten Definition in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu finden.<sup>12</sup>

Aber woran kann nun festgemacht werden, ob eine Person zur Elite gehört? Hierfür haben sich in der Forschung drei unterschiedliche Ansätze etabliert: Reputationsansatz, Entscheidungsansatz und Positionsansatz.<sup>13</sup> Der Reputationsansatz geht davon aus, dass einflussreiche Akteure denjenigen bekannt sind, auf die sie Einfluss ausüben. Zur Elite gehören nach diesem Ansatz also diejenigen, die von der Bevölkerung (oder von anderen Zielgruppen) für einflussreich gehalten werden. Der Ansatz wird häufig für kleinere Einheiten, beispielsweise Gemeinden, genutzt, während er für größere Einheiten (zum Beispiel einen Staat) weniger geeignet erscheint.<sup>14</sup> Ob die so identifizierten Personen auch tatsächlich einflussreich sind, bleibt offen. Insbesondere besteht die Gefahr, dass einflussreiche Personen, die nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen, nicht als Teil der Elite identifiziert werden. Beim Entscheidungsansatz wird anders vorgegangen: „Mitglied der Elite sind Personen, die im politischen Entscheidungsprozess in ganz bestimmten Streitfragen oder Entscheidungssituationen ihre eigene Position durchsetzen können.“<sup>15</sup> Die Erfassung der Elitemitglieder ist hier sehr aufwendig und kann in der Regel nur für ausgewählte Entscheidungsprozesse im Rahmen von Prozessanalysen realisiert werden. Aus diesem Grund basieren viele Elitenstudien auf dem Positionsansatz.<sup>16</sup> Demnach gehören diejenigen zur politischen Elite, die in relevanten Gesellschaftssektoren Führungspositionen innehaben und aus diesen Positionen heraus „regelmäßig und maßgeblich an zentralen Entscheidungs-

---

9 Shamus Rahman Khan: The Sociology of Elites, in: Annual Review of Sociology 38 (2012), S. 361–377, hier S. 361.

10 Heinz Bude: Auf der Suche nach Elite, in: Kursbuch 139 (2000), S. 9–16.

11 Kaina, Deutschlands Eliten.

12 Heinrich Best/John Higley (Hg.): The Palgrave handbook of political elites, London 2018.

13 Robert D. Putnam: The Comparative Study of Political Elites, Englewood Cliffs 1976.

14 Barbara Wasner: Identifizierung von Eliten: Methodische Ansätze, in: Barbara Wasner (Hg.): Eliten in Europa, Wiesbaden 2004, S. 119–125.

15 Viktoria Kaina: Elitforschung, in: Viktoria Kaina (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden 2009, S. 385–419, hier S. 394.

16 Sehr früh zum Beispiel Charles Wright Mills: The power elite, London 1956.

prozessen mitwirken“.<sup>17</sup> Der Positionsansatz wird auch für die in diesem Buch präsentierte Studie angewendet (siehe Kap. 3), wenngleich er genau wie der Reputationsansatz mit dem Nachteil verbunden ist, dass „graue Eminenzen“, also einflussreiche Personen im Hintergrund und ohne hohe hierarchische Position in einschlägigen Organisationen, nicht erkannt werden.

Ein zentraler Fokus der Forschung zu politischen Eliten ist deren Typisierung.<sup>18</sup> Eine klassische Unterscheidung ist die zwischen Ernennungseliten (auch: Karriereeliten) und Delegationseliten.<sup>19</sup> Ernennungseliten (zum Beispiel Verwaltungseliten) werden nach dem Leistungsprinzip rekrutiert, während Delegationseliten (zum Beispiel Politikerinnen und Politiker) für die Wählerschaft repräsentativ sein sollen.<sup>20</sup> Typologien von Eliten werden in der politischen Elitenforschung unter anderem genutzt, um im internationalen Vergleich Zusammenhänge zwischen Regimetypen (zum Beispiel Autokratie versus Demokratie) und Elitentypen herauszuarbeiten. Eine gängige Unterscheidung ist hier die Differenzierung von Konsenseliten, ideokratischen, fragmentierten und geteilten Eliten.<sup>21</sup> Grundlegend für diese Typenbildung sind zwei in der Forschung zu politischen Eliten etablierte Konzepte: Elitenintegration und Elitendifferenzierung. Elitenintegration wird verstanden als die Kohäsion von Eliten, also deren innerer Zusammenhalt (zum Beispiel durch geteilte Wertvorstellungen). Elitendifferenzierung bezieht sich auf die Anzahl, organisationale Verteilung, funktionale Spezialisierung und soziale Heterogenität politischer Eliten.<sup>22</sup> Die meist in etablierten Demokratien zu findenden Konsenseliten zeichnen sich durch eine starke Elitenintegration (zum Beispiel in hohem Maße geteilte Wertvorstellungen) und hohe Elitendifferenzierung (das heißt Existenz funktional spezialisierter gesellschaftlicher Teileliten) aus. In Autokratien finden sich vornehmlich ideokratische Eliten, die zwar ebenfalls eine starke Elitenintegration aufweisen, deren Elitendifferenzierung aber gering ist. Ein Beispiel wäre die Kadernomenklatur der DDR, die für die Besetzung fast aller Positionen in Staat, Partei und Wirtschaft maßgeblich war. Fragmentierte Eliten sind durch eine geringe Elitenintegration und eine hohe Elitendifferenzierung gekennzeichnet, während geteilte Eliten eine geringe Elitenintegration und eine geringe Elitendifferenzierung aufweisen.<sup>23</sup>

---

17 Kaina, Deutschlands Eliten, S. 9.

18 Klassisch zum Beispiel Raymond Aron: *Social Structure and the ruling class*, in: *British Journal of Sociology* 1 (1950), H. 1, S. 126–143; Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*; als Übersicht Ursula Hoffmann-Lange: *Theory-Based Typologies of Political Elites*, in: Heinrich Best/John Higley (Hg.): *The Palgrave handbook of political elites*, London 2018, S. 53–68.

19 Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, S. 151.

20 Hans-Ulrich Derlien: *Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik*, in: Werner Jann/Klaus König (Hg.): *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Neue Staatswissenschaften 9)*, Tübingen 2008, S. 291–328.

21 Michael Burton/John Higley: *The Study of Political Elite Transformations*, in: *International Review of Sociology* 11 (2001), H. 2, S. 181–199.

22 Mit weiteren Literaturverweisen vgl. Burton/Higley, *The Study of Political Elite Transformations*.

23 Burton/Higley, *The Study of Political Elite Transformations*.

Die Elitentransformation im Sinne des Übergangs von einem Elitentypus zu einem anderen ist Gegenstand verschiedener Forschungsarbeiten.<sup>24</sup> Elitentransformationen sind stets mit Elitenzirkulation, das heißt personellen Neuzugängen und Abgängen, verbunden.<sup>25</sup> Der Zusammenhang zwischen Elitenzirkulation und Elitentransformation ist jedoch keineswegs simpel: Eine stark ausgeprägte Elitenzirkulation kann, muss aber nicht mit Veränderungen von einem Elitentyp zu einem anderen verbunden sein. Ursächlich hierfür ist, dass ein *quantitativ* vergleichbarer Personalaustausch im Zuge einer Systemtransformation eine ganz unterschiedliche *Qualität* haben kann: Stammen die neuen Eliten primär „aus der zweiten Reihe“ des vorherigen Systems, ist ein Wechsel zwischen Typen weniger wahrscheinlich als wenn die neuen Eliten aus ganz anderen Sektoren und gesellschaftlichen Schichten kommen. Neben dem *Umfang* der Elitenzirkulation ist also deren *Tiefe* ein relevanter Faktor. Eine in Umfang und Tiefe variierende Elitenzirkulation ist jedoch nicht nur im Zuge von Systemtransformationen zu beobachten, sondern ein normaler Prozess in allen politischen Systemen.<sup>26</sup> Die unterschiedliche Qualität der Elitenzirkulation spiegelt sich zudem in ihrem *Modus* wieder: Ein Personalaustausch kann abrupt (zum Beispiel aufgrund eines Systemwechsels oder eines einschneidenden Ereignisses) oder inkrementell erfolgen, er kann politisch erzwungen sein oder ausgehandelt werden.<sup>27</sup> Fraglich ist, welche Konsequenzen diese Variationen für das Gelingen einer Systemtransformation haben. Für Verwaltungseliten wird diese Frage, allerdings meist ohne Bezug auf die dargestellten Theoriekonzepte, beispielsweise für die Bundesrepublik nach der NS-Zeit in der historischen Behördenforschung debattiert (siehe Kap. 5).

Neben dem genannten Thema der Typenbildung und der Erforschung des Zusammenhangs zwischen Elitentypen und Regimetyphen sowie Systemtransformationen stehen zahlreiche weitere Fragen im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Forschung zu politischen Eliten. Fraglich ist unter anderem, aus welchen sozialen Schichten diese Eliten stammen, welche Ausbildungs- und Karrierewege sie absolviert haben, welche Werte die Elitemitglieder vertreten, welche Kontakt- und Kommunikationsmuster es gibt, wie das Verhältnis zwischen Elite und Bevölkerung ausgestaltet ist und wie homogen oder divers, offen oder geschlossen eine politische Elite ist.<sup>28</sup> Insbesondere Letzteres liegt im Fokus soziologischer Arbeiten zum Thema: Vertikale soziale Differenzierungsprozesse und Fragen der Reproduktion sozialer Ungleichheit sind hier von besonderem Interesse.<sup>29</sup> Die Relevanz einer Erforschung der

---

24 Vgl. zum Beispiel David Lane: *Elites and Classes in the Transformation of State Socialism*, New York 2011.

25 Burton/Higley, *The Study of Political Elite Transformations*.

26 Vilfredo Pareto: *The Mind and Society*, New York 1935; Luca Verzichelli: *Elite Circulation and Stability*, in: Heinrich Best/John Higley (Hg.): *The Palgrave handbook of political elites*, London 2018, S. 573–591.

27 Burton/Higley, *The Study of Political Elite Transformations*.

28 Bürklin/Rebenstorf, *Eliten in Deutschland*; Kaina, *Eliteforschung*.

29 Ursula Hoffmann-Lange: *Eliten*, in: Ludger Helms/Uwe Jun (Hg.): *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*, Frankfurt am Main 2004, S. 239–266.

Zusammensetzung der Eliten, ihres Austauschs und ihrer Werte und Einstellungen ergibt sich daraus, dass diese Erkenntnisse Rückschlüsse auf die Machtverteilung und Chancengleichheit in einer Gesellschaft ermöglichen.<sup>30</sup> Neuere Forschung ist vor allem quantitativ ausgerichtet und an Kausaleffekten interessiert. Beispielsweise interessiert, welche Auswirkungen das Karrierekapital auf die Dauer im Amt hat.<sup>31</sup>

Wenngleich eine umfassende oder gar vollständige Darstellung der vielfältigen Erkenntnisse der umfangreichen politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschungsarbeiten zu politischen und gesellschaftlichen Eliten hier nicht möglich ist, so sollen nachfolgend dennoch einige zentrale Forschungsergebnisse für Deutschland umrissen werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Bundesrepublik und der DDR, da die in der Politikwissenschaft und Soziologie weit verbreiteten methodischen Zugänge der Elitenforschung (Surveys, Interviews) mit Ausnahme prosopografischer Zugänge für die Analyse historischer Fälle nicht geeignet sind und sich die genannten Disziplinen in Deutschland erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem empirischen Schwerpunkt etablierten.

### 2.1.2 Befunde zur Bundesrepublik

Ein zentraler Befund aller Studien ist, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Teileliten nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind. Zugangschancen zu Elitepositionen werden systematisch von Merkmalen wie sozialer Herkunft, Geschlecht und Migrationshintergrund beeinflusst. Nach dem Ideal meritokratischer Gesellschaften wären diese Ungleichheiten nur dann akzeptabel, wenn sie auf Qualifikations- und Leistungs-/Performanzunterschiede zurückgeführt werden könnten. Problematisch sind hingegen Effekte individueller Merkmale, die bei gleicher Qualifikation und Leistung auftreten. In der Soziologie werden diese Effekte als „sekundäre Effekte“ bezeichnet.<sup>32</sup> Trotz der demokratischen Norm eines offenen Zugangs zu Elitepositionen und dem Selbstbild einer meritokratischen Gesellschaft bestanden und bestehen in der Bundesrepublik faktische Ungleichheiten, deren Ausmaß sich im Zeitverlauf allerdings verändert hat und zudem zwischen den verschiedenen Teileliten variiert.

Ungleichheiten existieren in Bezug auf verschiedene individuelle Merkmale. Eines davon ist die soziale Herkunft. Ungleichheiten aufgrund der sozialen Herkunft existieren nicht nur aufgrund von Selbst- und Fremdselektionsprozessen nach der Ausbildung und im Karriereverlauf, sondern werden zusätzlich durch soziale Schlie-

---

30 Edinger, *Eliten*, S. 247.

31 Clint Claessen: *Accruing career capital: How party leaders with more political experience survive longer*, in: *Party Politics* (2023), <https://doi.org/10.1177/13540688231170381>.

32 Vgl. zum Beispiel Martin Neugebauer/David Reimers/Steffen Schindler/Volker Stocké: *Inequality in Transitions to Secondary School and Tertiary Education in Germany*, in: Michelle Victoria Jackson (Hg.): *Determined to succeed? Performance versus choice in educational attainment*, Stanford (California) 2013, S. 56–88.

ßungstendenzen im Bildungssystem verstärkt.<sup>33</sup> Wenngleich Ungleichheiten aufgrund der sozialen Herkunft typischerweise in der Bundesrepublik in allen Teileliten beobachtbar sind, gibt es Unterschiede in der Ausprägung: So hat die soziale Herkunft beispielsweise in der Verwaltung oder in der Wirtschaft eine größere Prägekraft als in der Politik oder in der Wissenschaft.<sup>34</sup> Wie die Entwicklung im Zeitverlauf aussieht, ist nicht eindeutig. Zwar gehen zahlreiche Forschungsarbeiten von einem Öffnungsprozess aus,<sup>35</sup> vereinzelt gibt es aber auch gegenteilige Befunde, zum Beispiel für den Bereich der Wirtschaft.<sup>36</sup>

Ein weiterer wichtiger Befund ist, dass sich der Frauenanteil unter den Eliten in der Bundesrepublik in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten deutlich verändert hat. War vorher nur eine geringe Veränderung in der enormen Unterrepräsentation von Frauen zu beobachten, so ist nunmehr in allen Bereichen eine Dynamik zu beobachten, die zu einem höheren Frauenanteil führt. Lag der Frauenanteil in den drei Mannheimer Elitestudien 1968, 1972 und 1981 noch bei zwei bis drei Prozent, berichtete die Potsdamer Elitestudie 1995 einen Anteil weiblicher Elitemitglieder von 13 Prozent. Besonders gering war der Frauenanteil 1995 noch in der Wirtschaft (ein Prozent), der Wissenschaft (drei Prozent) und beim Militär (ein Prozent).<sup>37</sup> Heute ist der Frauenanteil – trotz weiterhin vorhandener Unterschiede zwischen den Teileliten – in allen Bereichen höher.<sup>38</sup> Die aktuellste breite Elitenstudie, die Elitenstudie 2019,<sup>39</sup> berichtet einen Frauenanteil von insgesamt 24 Prozent in Elitepositionen, wobei enorme sektorale Unterschiede bestehen.<sup>40</sup> Besonders gering ist der Frauenanteil mit jeweils unter zehn Prozent in Spitzenpositionen in der Wirtschaft, im Militär und im Bereich Sicherheit.<sup>41</sup> Die Studie zeigt auch, dass sich die Frauenförderungsmaßnahmen in verschiedenen Bereichen darin niederschlagen, dass Frauen bei Eliteeintritt im Schnitt

---

33 Michael Hartmann: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt 2002; Neugebauer/Reimers/Schindler/Stocké, *Inequality in Transitions to Secondary School and Tertiary Education in Germany*; Loch/Müller/Naumann/Schulz, *Zur sozialen Herkunft deutscher Admirale und Luftwaffengenerale im Kalten Krieg*.

34 Mit weiteren Literaturverweisen vgl. Kaina, *Eliteforschung*.

35 Kai-Uwe Schnapp: *Soziale Zusammensetzung von Elite und Bevölkerung – Verteilung von Aufstiegschancen in die Elite im Zeitvergleich*, in: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf (Hg.): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Wiesbaden 1997, S. 69–99; Hilke Rebenstorf: *Integration und Segmentation der Führungsschicht – Stratifikationstheoretische Determinanten*, in: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf (Hg.): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Wiesbaden 1997, S. 123–155; Derlien, *Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik*; Edinger, *Eliten*.

36 Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten*, 77ff.

37 Kaina, *Eliteforschung*.

38 Vgl. zum Beispiel Katharina Heger/Kathleen Heft: *Vergeschlechtlichte Macht. Das intersektionale Geschlechterverhältnis in bundesdeutschen Eliten* (DeZIM Research Notes 11), Berlin 2022.

39 Heger/Vogel, *Die Positionsauswahl der Elitenstudie 2019*.

40 Heger/Heft, *Vergeschlechtlichte Macht*, S. 8.

41 Heger/Heft, *Vergeschlechtlichte Macht*, S. 2.

rund zwei Jahre jünger sind als Männer.<sup>42</sup> Gleichzeitig haben Frauen in der Elite seltener Kinder und sind seltener verheiratet als ihre männlichen Pendants.<sup>43</sup>

Neben dem Frauenanteil wurde in der Elitenstudie 2020 auch erforscht, wie viele Migrant:innen und Ostdeutsche Teil der bundesdeutschen Elite sind. Untersucht wurde dies für Elitepositionen in zwölf gesellschaftlichen Teilbereichen auf Basis einer prosopografischen Analyse. Im Ergebnis zeigte sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund zwar zum Erhebungszeitpunkt mehr als ein Viertel der Bevölkerung ausmachten, aber nur rund neun Prozent der Elitepositionen besetzten.<sup>44</sup> Mit Frauen mit Migrationshintergrund waren sogar lediglich 1,5 Prozent der Elitepositionen besetzt.<sup>45</sup> Auffällig ist die unterschiedliche Verteilung nach regionaler Herkunft, die ebenfalls deutlich von der Verteilung in der Gesamtbevölkerung abweicht. So stammen die Elitemitglieder mit Migrationshintergrund mehrheitlich (57 Prozent) aus der EU-28 (inklusive Großbritannien) und zu 21 Prozent aus sonstigen europäischen Staaten.

Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen ist im Vergleich zu Menschen mit Migrationshintergrund schwächer, aber dennoch deutlich erkennbar: nur rund jede zehnte Eliteposition war zum Erhebungszeitpunkt ostdeutsch besetzt.<sup>46</sup> In Bezug auf die Unterrepräsentanz Ostdeutscher in Elitepositionen bestätigt die Elitenstudie 2020 somit die Ergebnisse anderer Studien, die ebenfalls aufzeigen, dass Ostdeutsche in diesen Positionen stark unterproportional vertreten sind und nur ein sehr langsames Nachrücken zu beobachten ist.<sup>47</sup> Die vertikale Elitenintegration, also das Verhältnis zwischen Eliten und Bürger:innen, ist in den ostdeutschen Bundesländern geringer als in den Ländern des ehemaligen Westdeutschland, wengleich auch dort eine Kluft zwischen Bevölkerung und Eliten wahrgenommen wird.<sup>48</sup>

Kontinuität zeigt sich in den vier großen Elitestudien zur Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung bezüglich des hohen Bildungsniveaus.<sup>49</sup> Eliteuniversitäten, deren Abschlüsse häufig in Elitepositionen führen, ließen sich in den gro-

---

42 Heger/Heft, *Vergeschlechtlichte Macht*, S. 2, 26.

43 Heger/Heft, *Vergeschlechtlichte Macht*, S. 2.

44 Eigene Berechnung ohne Missings nach Heger/Heft, *Vergeschlechtlichte Macht*, S. 12.

45 Heger/Heft, *Vergeschlechtlichte Macht*, S. 1.

46 Lars Vogel/Sabrina Zajak: *Teilhabe ohne Teilnahme? Wie Ostdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund in der bundesdeutschen Elite vertreten sind* (DeZIM Research Notes 4), Berlin 2020.

47 Michael Bluhm/Olaf Jacobs: *Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung*, Leipzig 2016; Raj Kollmorgen: *Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigungsprozess*, in: *Berliner Debatte Initial* 26 (2015), S. 17–33; Sylvia Veit: *Preservation of Differences or Adaptation to Western Germany? Descriptive Representation, Career Patterns and Politicisation of Top Civil Servants in Eastern Germany*, in: *German Politics* 32 (2023), H. 1, S. 149–168.

48 Edinger, *Eliten*; Kollmorgen, *Ein anhaltendes Defizit? Ostdeutsche in den Eliten als Problem und Aufgabe*; Vogel, (How) *Perceived Descriptive Underrepresentation Decreases Political Support: The Case of East Germans*.

49 Kaina, *Eliteforschung*.

ßen Elitenstudien nicht nachweisen.<sup>50</sup> Ob politische Programme wie die Exzellenzinitiative des Bundes tatsächlich zur Herausbildung von Eliteuniversitäten führen, die nicht nur besonders herausragende Forschungsleistungen erbringen, sondern sich auch als primäre Ausbildungsstätten zukünftiger Eliten in Deutschland etablieren, ist derzeit noch offen.<sup>51</sup>

Das Kommunikationsnetzwerk zwischen den Eliten wurde in der Potsdamer Elitestudie 1995 (wie auch schon in den vorherigen Studien) als dicht beschrieben, wobei Politikeliten, Massenmedien und Wirtschaft eine besonders zentrale Position einnahmen. Ein für das Thema dieses Buches besonders bemerkenswerter Befund der Potsdamer Studie ist, dass in den Kommunikationsstrukturen die intermediären Großorganisationen – Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Parteien – an Bedeutung verloren haben, während die Verwaltungseliten im Zeitverlauf wichtiger geworden sind.<sup>52</sup> Ersteres deckt sich mit den vor allem in den 1990er und 2000er Jahren zahlreich erschienen Arbeiten, die einen Rückgang korporatistischer Strukturen in verschiedenen Staaten konstatieren.<sup>53</sup> Eine vergleichende empirische Studie von Jahn zeigt allerdings, dass dieser Rückgang vor allem in korporatistischen Modellstaaten wie Schweden stattfand, während es andere Staaten gibt (wie zum Beispiel die Benelux-Staaten), in denen korporatistische Strukturen nicht zurückgegangen sind, sondern ausgebaut wurden.<sup>54</sup> Argumentiert wird auch, dass korporatistische Strukturen weiterhin in vielen Staaten eine wichtige Rolle spielen, sich deren empirische Manifestation aber verändert hat.<sup>55</sup> Interessante Daten zu diesem Punkt liefert Kapitel 7.5 dieses Buches, wo deutlich wird, wie sich der Anteil der politisch-administrativen Eliten, die ihre Karriere zum Teil im Verbandssektor verbracht haben, im Zeitverlauf geändert hat. Die zunehmende Bedeutung der Verwaltungseliten, die für die Zeit bis zu den 1990er Jahren beschrieben wird, belegt die einflussreiche Stellung dieser Teilelite.

In der Elitenforschung besteht Konsens darüber, dass geteilte demokratische Grundüberzeugungen in der Elite notwendig für die dauerhafte Funktionsfähigkeit des politischen Systems sind und die Demokratie stabilisieren.<sup>56</sup> Die Eliten der

---

50 Kai-Uwe Schnapp: Soziodemographische Merkmale der bundesdeutschen Eliten, in: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf (Hg.): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Wiesbaden 1997, S. 101–121.

51 Vgl. zum Beispiel Roland Bloch/Alexander Mitterle: Produzieren deutsche Hochschulen Eliten? Zum strategischen Verhältnis von Organisation und Arbeitsmarkt, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 65. Beiheft (2019), S. 192–209.

52 Martina Sauer: *Gesellschaftliche Steuerungschancen durch Elitenzirkulation? Kommunikation und Kooperation bundesdeutscher Funktionsträger vor dem Hintergrund funktionaler Differenzierung*, Opladen 2000.

53 Vgl. zum Beispiel Johannes Lindvall/Joakim Sebring: Policy reform and the decline of corporatism in Sweden, in: *West European Politics* 28 (2005), H. 5, S. 1057–1074; Leif Lewin: The rise and decline of corporatism: The case of Sweden, in: *European Journal of Political Research* 26 (1994), H. 1, S. 59–79.

54 Detlef Jahn: Changing of the guard: trends in corporatist arrangements in 42 highly industrialized societies from 1960 to 2010, in: *Socio-Economic Review* 14 (2016), H. 1, S. 47–71.

55 Oscar Molina/Martin Rhodes: Corporatism: The Past, Present, and Future of a Concept, in: *Annual Review of Political Science* 5 (2002), S. 305–331.

56 Ursula Hoffmann-Lange: *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*, Opladen 1992.

Bundesrepublik zeichnen sich durch solche gemeinsame demokratische Grundüberzeugungen aus, wobei die Eliten liberal-demokratische Werte stärker befürworten als der Bevölkerungsdurchschnitt.<sup>57</sup> Die Potsdamer Elitestudie zeigt, dass dieser Eliten-Grundkonsens in den 1990er Jahren grundsätzlich auch für Ostdeutschland gilt.<sup>58</sup> Eine spätere, auf drei Befragungswellen (2003, 2006, 2010) basierende Studie zu den Einstellungsmustern ost- und westdeutscher lokaler politisch-administrativer Eliten kommt zu ähnlichen Ergebnissen: Es zeigen sich kaum Unterschiede zwischen Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt.<sup>59</sup> Studien zu anderen Teileliten kommen jedoch zum Teil zu abweichenden Ergebnissen. Beispielsweise stellt Martens<sup>60</sup> fest, dass ostdeutsche Wirtschaftseliten eine stärker neo-liberale Einstellung zeigen als ihre westdeutschen Pendanten. Diese nicht ganz eindeutigen Ergebnisse sind möglicherweise auf Unterschiede im Design der Studien zurückzuführen: Zum einen sind die Samples nicht vergleichbar, zum anderen wird auf unterschiedliche Art und Weise operationalisiert, wer zur „ostdeutschen“ Elite gehört.

### 2.1.3 Befunde zu den Eliten in der DDR

Der Forschungsstand<sup>61</sup> zu den Eliten der DDR ist vor allem durch die umfangreichen Arbeiten im DFG-Sonderforschungsbereich (SFB) 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch – Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ der Universitäten Jena und Halle (2001 und 2012) geprägt. Der SFB 580 bot den Rahmen für detailliertere, primär soziologisch geprägte empirische Studien zu den politischen Eliten der DDR. Die Elitenbildung in der DDR war durch die sogenannte Kaderpolitik<sup>62</sup> geprägt. Inhalt der Kaderpolitik war die Generierung und Führung fachlich und vor allem ideologisch gut ausgebildeter Leitungsfunktionäre (Kader) für verschiedene Bereiche des sozialistischen Staates (zum Beispiel Verwaltung, Wirtschaft, Militär

---

57 Edinger, Eliten; Kaina, Eliteforschung.

58 Viktoria Kaina: Zwischen den Welten: Die Funktionsbewertung des politischen Systems in Führungsschicht und Bevölkerung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31 (2000), H. 1, S. 131–155.

59 Tobias Jaeck/Katrin Harm/Jens Aderhold: Einheit der Eliten? Die Transformation ostdeutschen Entscheidungspersonals zwischen Divergenzvermutungen und sich annähernden Professionalisierungsmustern, in: Berliner Journal für Soziologie 23 (2013), H. 2, S. 229–256.

60 Bernd Martens: East German economic elites and their companies two decades after the transformation („Wende“): Still following the patterns of the 1990s, in: Journal of East European Management Studies 13 (2008), H. 4, S. 305–326.

61 Diese Darstellung des Forschungsstandes basiert auf dem DFG-Antrag „Elitenzirkulation und zeitliche Dynamiken des Elitenwandels in Autokratien – Prosopographische Analyse politisch-administrativer Eliten der Deutschen Demokratischen Republik (PAE-DDR), Projektnummer 524267884. Das Projekt PAE-DDR wird von 2024 bis 2027 unter Leitung von Sylvia Veit durchgeführt.

62 Stefan Hornbostel: Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster. Befunde aus der Analyse des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: Stefan Hornbostel (Hg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR (Soziologie der Politik 2), Wiesbaden 1999, S. 177–210.

et cetera). Ab 1973<sup>63</sup> wurden Informationen zu zentralen Kadern und Kaderanwärter:innen der DDR in einem elektronischen Kaderdatenspeicher (ZKDS) verwaltet, zunächst lückenhaft und selektiv, ab 1980 vollständig. Die Kaderakten waren ein zentrales Instrument zur Besetzung der Nomenklaturkader (hierzu gehörten unter anderen die Ersten Sekretär:innen der SED-Kreis- und Bezirksleitungen, Staatssekretär:innen et cetera). In den Kaderakten wurden vielfältige Informationen zu einer Person, wie Personalakten, Zeugnisse, Bescheinigungen der politischen Zuverlässigkeit, Auszüge aus dem Melderegister, polizeiliche Führungszeugnisse, Informationen zur sozialen Herkunft et cetera festgehalten.<sup>64</sup>

Im SFB 580 wurden Analysen mit dem ZKDS durchgeführt. Diese bezogen sich häufig auf einzelne Organisationen und Sektoren, etwa das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne.<sup>65</sup> Es gab auch vereinzelte behördenübergreifende Analysen: Mit Blick auf die Muster der Elitenrekrutierung untersuchte Gebauer durch eine behördenübergreifende Analyse des ZKDS, ob die DDR eine entdifferenzierte Gesellschaft war. Auf Basis einer Auswertung sektorspezifischer Rekrutierungsmuster des Leitungspersonals in den Beschäftigungssektoren Regierung/Zentrale Staatsorgane (macht-nah) und Binnenhandel (machtfern) zeigt er, dass „[d]as Bild von einer völlig entdifferenzierten DDR-Gesellschaft [...] revidiert werden [muss]“.<sup>66</sup> Gebauers Vergleich demonstriert, dass behördenübergreifende Analysen äußerst aufschlussreich sind und tradierte Annahmen über das DDR-System korrigieren können.

Viele Forschungsarbeiten des SFB 580 beschäftigten sich mit klassischen Fragen der politischen Elitenforschung. So konnte beispielsweise gezeigt werden, dass in der DDR trotz der vorherrschenden Gleichstellungsideologie eine erhebliche Unterrepräsentation von Frauen in Elitepositionen bestand. Ursächlich hierfür ist, dass „Gleichberechtigung“ in der DDR vor allem als Erwerbstätigkeit von Frauen verstanden wurde, ohne dass eine Sensibilisierung für Fragen der hierarchischen Position und Machtfragen stattfand.<sup>67</sup> Nachdem in der DDR anfangs gezielt darauf hingearbeitet wurde, Personen aus der Arbeiterschaft in Elitepositionen zu holen, zeigten sich im Zeitverlauf zunehmend Tendenzen zu einer Selbstrekrutierung aus der Funktionärsschicht, zur Rekrutierung von Personen mit hohen Bildungsabschlüssen und

---

63 Vor 1973 waren die Kaderakten in Papierform geführt und zentral von den zuständigen Kaderabteilungen der Wirtschaftsbetriebe, der Verwaltungsorgane und der SED verwaltet worden.

64 Dietmar Remy: Datenfriedhof oder Füllhorn für die DDR-Forschung? Geschichte, Funktionsweise und wissenschaftlicher Wert des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: *Historical Social Research* 28 (2003), H. 1–2, S. 73–107.

65 Axel Salheiser: Der Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne, in: Heinrich Best/Dietmar Remy (Hg.): *Die geplante Gesellschaft. Analysen personenbezogener Massendatenpeicher der DDR* (SFB-Mitteilungen 18). Jena 2006, S. 117–128.

66 Ronald Gebauer: War die DDR eine entdifferenzierte Gesellschaft? Ergebnisse einer Ereignisanalyse auf Basis der Daten des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: *Historical Social Research* 28 (2003), H. 1–2, S. 216–246.

67 Gebauer, War die DDR eine entdifferenzierte Gesellschaft?, S. 242; Gerd Meyer: Frauen in den Machthierarchien der DDR oder: Der lange Weg zur Parität. Empirische Befunde 1971–1985, in: *Deutschland Archiv* 19 (1986), S. 294–311.

zum langen Verbleib in Elitepositionen mit der Konsequenz einer Überalterung der Führungsriege.<sup>68</sup>

Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass der Datenbestand des ZKDS einige Grenzen für die Forschung mit sich bringt: Zum Zeitpunkt der Einführung des ZKDS bestand das DDR-System bereits seit 24 Jahren, bis zur Aufnahme aller zentralen Kader sogar seit 32 Jahren. Personen, die bis 1973 beziehungsweise 1981 aus ihren Positionen ausgeschieden waren, sind nicht im ZKDS vermerkt. Auch wenn analoge Kaderakten und der digitale ZKDS zunächst von hoher Bedeutung für die Besetzung von Positionen waren, verloren sie mit der Zeit an Bedeutung, da die Pflege der Akten und des Datensatzes zunehmend vernachlässigt wurden.<sup>69</sup> So fehlen bei vielen im ZKDS erhobenen Personen beispielsweise Teile der Berufsbiografien und Austrittsdaten aus relevanten Positionen. Mitarbeitende der Ministerien des Inneren, für Staatssicherheit und für Nationale Verteidigung, das Politbüro sowie das Sekretariat und die Abteilungen des ZK (Zentralkomitee) der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) wurden nicht im ZKDS erfasst.<sup>70</sup>

## 2.2. Politisch-administrative Eliten aus Sicht der Verwaltungswissenschaft

Mit dem Fokus auf Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen ist ein Kernthema der Verwaltungswissenschaft berührt. Spätestens seit den grundlegenden Arbeiten von Aberbach et al. im Rahmen der *Comparative Elite Study*<sup>71</sup> hat sich ein umfangreicher Literaturstrang entwickelt, der sich – meist für westliche Demokratien – mit der theoretischen Bestimmung und empirischen Verortung des Verhältnisses beider Gruppen beschäftigt. Ausschlaggebend für das Forschungsinteresse ist dabei die Erkenntnis, dass leitende Beamt:innen in demokratischen Staaten ein erhebliches Einflusspotenzial auf Policy-Entscheidungen besitzen.<sup>72</sup> Im Folgenden werden zunächst grundlegende Begriffe und Konzepte der verwaltungswissenschaftlichen Forschung

---

68 Edinger, Eliten; siehe auch Loch/Müller/Naumann/Schulz, Zur sozialen Herkunft deutscher Admirale und Luftwaffengenerale im Kalten Krieg. Eine sozialemprirische Dokumentation zur deutsch-deutschen Militärgeschichte für den Bereich des Militärs.

69 Ronald Gebauer/Dietmar Remy/Axel Salheiser: Der Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“: Prozessproduzierte Daten als Quelle für die quantitative historische Sozialforschung und eine Soziologie des DDR-Sozialismus, in: *Historical Social Research* 29 (2004), H. 4, S. 196–219; Heinrich Best/Stefan Hornbostel: Die Analyse prozess-produzierter Daten am Beispiel des Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: *Historical Social Research* 28 (2003), H. 1, S. 108–127.

70 Es gab für diese Personengruppen einen Kaderdatenspeicher des Zentralkomitees der SED, welcher im Zuge des Systemwechsels jedoch vernichtet wurde.

71 Joel D. Aberbach/Bert Rockman/Robert D. Putnam: *Bureaucrats and politicians in western democracies*, Cambridge, Mass. 1981.

72 Vgl. zum Beispiel Jens Blom-Hansen/Martin Baekgaard/Søren Serritzlew: How bureaucrats shape political decisions: The role of policy information, in: *Public Administration* 99 (2021), H. 4, S. 658–678.

zu politisch-administrativen Eliten vorgestellt und anschließend ausgewählte Befunde umrissen.

### 2.2.1 Begriffe und Konzepte

Zur Analyse des Verhältnisses von Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen wird in der Verwaltungswissenschaft zumeist auf den Begriff der Politisierung zurückgegriffen.<sup>73</sup> Dabei werden verschiedene Formen der Politisierung der Verwaltung unterschieden, wobei sich drei Hauptkategorien identifizieren lassen.<sup>74</sup> (1) Politisierung der Personalauswahl, (2) verhaltensbezogene Politisierung sowie (3) strukturelle Politisierung.

Für die Politisierung in der Personalauswahl (1) ist die Bestimmung des Verhältnisses zwischen leistungsbezogenen und politischen Kriterien in der Personalauswahl relevant. Häufig geht es dabei vor allem um die Relevanz dieser Kriterien für die Besetzung von Führungspositionen. Die wohl bekannteste Definition stammt von Peters und Pierre: sie sprechen von der „substitution of political criteria for merit-based criteria in the selection, retention, promotion, rewards, and disciplining of members of the public service“.<sup>75</sup> Politisierung tritt aus dieser Perspektive dann auf, wenn das Leistungsprinzip durch politische Kriterien verdrängt wird. In einem breiteren Verständnis wäre Politisierung als die zunehmende Relevanz politischer Kriterien in den genannten Personalentscheidungen zu sehen, ohne dass das Leistungsprinzip zwingend an Bedeutung verliert. Gerade für westliche Demokratien hat sich gezeigt, dass Politisierung im genannten Sinne auftritt und gleichzeitig hohe meritokratische Standards eingehalten werden: die ‚idealen‘ Spitzenbeamt:innen sind für Minister:innen jene, die sowohl fachlich kompetent als auch politisch loyal und gut vernetzt sind.<sup>76</sup> Zur Kategorie ‚Politisierung in der Personalauswahl‘ gehören verschiedene Politisierungsbegriffe, die in der verwaltungswissenschaftlichen Forschung genutzt werden, etwa die Parteipolitisierung oder die formale Politisierung. Parteipolitisierung bezieht sich auf den Einfluss der politischen Parteien auf die Besetzung von Verwaltungspositionen, wobei eine direkte parteipolitische Einflussnahme als parteipolitische

---

73 Thuid Hustedt/Heidi Houlberg Salomonsen: Ensuring political responsiveness: politicization mechanisms in ministerial bureaucracies, in: *International Review of Administrative Sciences* 80 (2014), H. 4, S. 746–765; B. Guy Peters: Politicisation: What Is It and Why Should We Care?, in: Christine Neuhold/Sophie Vanhoonacker/Luc Verhey (Hg.): *Civil servants and politics. A delicate balance*, Basingstoke 2013, S. 12–24; B. Guy Peters/Jon Pierre: Politicization of the civil service: concepts, causes, consequences, in: B. Guy Peters/Jon Pierre (Hg.): *Politicization of the civil service in comparative perspective. The quest for control*, London/New York 2004, S. 1–13.

74 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*.

75 B. Guy Peters/Jon Pierre: Politicization of the civil service: Concepts, causes, consequences, in: B. Guy Peters/Jon Pierre (Hg.): *Politicization of the Civil Service in Comparative Perspective: A quest for control*, London/New York 2004, S. 1–13, hier S. 2.

76 Vgl. zum Beispiel Tobias Bach/Sylvia Veit: The Determinants of Promotion to High Public Office in Germany: Partisan Loyalty, Political Craft, or Managerial Competencies?, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 28 (2017), H. 2, S. 254–269.

Patronage<sup>77</sup> bezeichnet wird.<sup>78</sup> Zentral ist hier die Frage, welche Rolle das Parteibuch von Beamten:innen für deren Beförderung und Karriere in der Verwaltung spielt. Parteiloyalisierung lässt sich empirisch nicht nur in formal politisierten Positionen, wie etwa der Position der ‚politischen Beamten:innen‘ in Deutschland, beobachten, sondern teils auch in Positionen, die de iure einem strikten Leistungsprinzip unterliegen.<sup>79</sup> Formale Politisierung wird auf der personellen Dimension definiert als der Grad der rechtlich zulässigen Einflussnahme von Politiker:innen (zum Beispiel Minister:innen) auf Personalentscheidungen in der Verwaltung.<sup>80</sup> Formale Politisierung und Parteiloyalisierung sind demnach nicht deckungsgleich, wenngleich in der Praxis vielfach Überschneidungen auftreten.

Die verhaltensbezogene Politisierung (2) wird in der verwaltungswissenschaftlichen Literatur häufig mit dem Oberbegriff der ‚politischen Responsivität‘ beschrieben.<sup>81</sup> Im Mittelpunkt steht die Frage, in welchem Ausmaß Verwaltungseliten in ihrem Entscheidungshandeln politische Kriterien zulasten professioneller Werte wie Gesetzmäßigkeit oder fachlicher Richtigkeit priorisieren.<sup>82</sup> Dabei besteht grundsätzlich Konsens darüber, dass eine gewisse politische Responsivität jener Verwaltungsbereiche, die den Regierungsapparat im engeren Sinne bilden (insbesondere Ministerien) funktional und charakteristisch für demokratische Systeme ist.<sup>83</sup> Fraglich ist jedoch das Ausmaß, da eine zu stark ausgeprägte Politisierung im Verwaltungshandeln negative Konsequenzen haben kann, beispielsweise indem fachliche Argumente bei Entscheidungen vernachlässigt werden.<sup>84</sup> Renate Mayntz und Hans-Ulrich Derlien prägten für die typischerweise zu beobachtende politische Responsivität von Verwaltungspersonal in Ministerien den Begriff der „funktionalen Politisierung“. Sie definierten funktionale Politisierung wie folgt: „It implies a greater sensitivity of civil servants for considerations of political feasibility, and institutes a kind of political self-control of top bureaucrats through their anticipation of the reactions of the cabinet and of par-

---

77 Unterschieden wird zwischen Herrschafts- und Versorgungspatronage, wobei eine empirische Zuordnung zu beiden Formen schwierig ist, da sie Wissen über die Motive der Patronage voraussetzt.

78 Vgl. zum Beispiel Theodor Eschenburg: *Ämterpatronage*, Stuttgart 1961.

79 Hustedt/Salomonsen, *Ensuring political responsiveness: politicization mechanisms in ministerial bureaucracies*; Jörg Auf dem Hövel: *Politisierung der öffentlichen Verwaltung. Eine empirische Untersuchung der Stadtverwaltung Hamburg*, Wiesbaden 2003.

80 Vgl. zum Beispiel Ebinger/Jochheim, *Wessen loyale Diener?*, S. 329.

81 Sylvia Veit/Nadin Fromm/Falk Ebinger: „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten. Politisierung, Rollenverständnis und Entscheidungsverhalten von leitenden Ministerialbeamten:innen in Deutschland, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 11 (2018), H. 2, S. 413–436.

82 Falk Ebinger/Sylvia Veit/Nadin Fromm: *The partisan-professional dichotomy revisited: Politicization and decision-making of senior civil servants*, in: *Public Administration* 97 (2019), H. 4, S. 861–876.

83 Klaus H. Goetz: *Acquiring Political Craft: Training Grounds for Top Officials in the German Core Executive*, in: *Public Administration* 75 (1997), H. 4, S. 753–775; Ebinger/Veit/Fromm, *The partisan-professional dichotomy revisited*; Hustedt/Salomonsen, *Ensuring political responsiveness*.

84 Richard Mulgan: *How Much Responsiveness is Too Much or Too Little?*, in: *Australian Journal of Public Administration* 67 (2008), H. 3, S. 345–356.

liament to their policy proposals and legislative drafts. At the same time, the ‘political bureaucrat’ remains conscious of the distinctness and professional (specialist) nature of his role, which he sees as clearly subject to political authority.”<sup>85</sup> Funktionale Politisierung beinhaltet demnach die Fähigkeit und den Willen, in einem hochpolitisierten Umfeld vorausschauend und kenntnisreich Entscheidungen im Sinne des politischen Prinzipals zu treffen oder vorzubereiten,<sup>86</sup> ohne dass dies zwingend an eine zum Minister beziehungsweise zur Ministerin identische Parteimitgliedschaft oder Parteiloyalität gekoppelt ist,<sup>87</sup> wenngleich zumindest Ersteres empirisch sicher häufig der Fall ist. Verhaltensbezogene Politisierung wird in der Forschung typischerweise indirekt über das Rollenverständnis<sup>88</sup> oder zum Beispiel die hypothetische Positionierung in Dilemmasituationen<sup>89</sup> erfasst.

Die strukturelle Politisierung bezieht sich auf die Existenz und die konkrete Ausgestaltung formal politisierter Organisationseinheiten oder Positionen in der Verwaltung, insbesondere im Regierungsapparat.<sup>90</sup> Dies kann sich empirisch zum Beispiel durch das Einfügen von neuen Organisationsebenen, durch Reorganisationen oder durch die Auslagerung von Kompetenzen zeigen.<sup>91</sup> Im US-amerikanischen System wird diese Form der Politisierung genauso wie die personalpolitische Politisierung vor allem als ein Mittel zur Erhöhung der politischen Kontrolle über die Verwaltung verstanden.<sup>92</sup> Im Kontext parlamentarischer Demokratien richtet sich das Erkenntnisinteresse von Forschungsarbeiten zur strukturellen Politisierung in jüngerer Zeit vor allem auf die Rolle sogenannter ‚ministerial advisers‘ (auch: ‚political advisers‘) und ministerieller Kabinette im Policy-Prozess.<sup>93</sup> Erstere sind ein neueres Phänomen

- 
- 85 Hans-Ulrich Derlien/Renate Mayntz: Party Patronage and Politicization of the West German Administrative Elite 1970–1987 – Towards Hybridization?, in: *Governance* 2 (1989), H. 4, S. 384–404.
- 86 Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten.
- 87 Ebinger/Veit/Fromm, The partisan-professional dichotomy revisited.
- 88 Aberbach/Rockman/Putnam, Bureaucrats and politicians in western democracies; Jasmin Theres Beneke/Marian Döhler/Falk Ebinger/Sylvia Veit: 50 Jahre Forschungsprojekt ‚Politisch-Administrative Elite‘, in: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 16 (2023), H. 1, S. 1–11.
- 89 Jørgen Grønnegård Christensen/Niels Opstrup: Bureaucratic dilemmas: Civil servants between political responsiveness and normative constraints, in: *Governance* 31 (2018), H. 3, S. 481–498; Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten.
- 90 Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten.
- 91 David E. Lewis: Staffing Alone: Unilateral Action and the Politicization of the Executive Office of the President, 1988–2004, in: *Presidential Studies Quarterly* 35 (2005), H. 3, S. 496–514; David E. Lewis: The politics of presidential appointments. Political control and bureaucratic performance, Princeton 2008.
- 92 Lewis, Staffing Alone; Abby K. Wood/David E. Lewis: Agency Performance Challenges and Agency Politicization, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 27 (2017), H. 4, S. 581–595.
- 93 Richard Shaw (Hg.): *Handbook on Ministerial and Political Advisers*, Cheltenham, UK 2023; Richard Shaw/Chris Eichbaum: *Ministers, minders and mandarins. An international study of relationships at the executive summit of parliamentary democracies*, Cheltenham, UK 2018; Richard Shaw/Chris Eichbaum: From ménage à trois back to pas de deux? Ministerial advisers, civil servants and the contest of policy ideas, in: *International Review of Public Policy* 2 (2020), H. 3, S. 264–280.

und typisch für die sogenannten Westminster-Staaten, aber auch für zum Beispiel Schweden.<sup>94</sup> Letztere finden sich in vielen kontinentaleuropäischen Staaten,<sup>95</sup> wobei Frankreich Modellcharakter hat.

Neben dem Thema Politisierung beschäftigt sich die verwaltungswissenschaftliche Forschung zu politisch-administrativen Eliten traditionell auch mit Fragen der Repräsentativität beider Teileliten. Der Grad der Schließung des Zugangs zu Elitenebenen in der Verwaltung und dessen Effekte auf das Arbeitsklima und die Performanz sind zentrale Themen,<sup>96</sup> zeitliche Dynamiken der Repräsentativität und Ursachen des Wandels werden hingegen seltener untersucht.<sup>97</sup> Grundsätzlich kann es um verschiedene Formen der Repräsentativität gehen (etwa nach Geschlecht, Ethnie oder sozialer Schicht). Parallelen zu den Konzepten der Elitenintegration und Elitendifferenzierung sind unverkennbar, werden aber in der verwaltungswissenschaftlichen Literatur kaum thematisiert. Stattdessen wird vielfach auf das Konzept der Repräsentativen Bürokratie rekurriert.<sup>98</sup> Dieses unterscheidet zwischen passiver (deskriptiver) und aktiver Repräsentation, wobei ein positiver Zusammenhang zwischen beiden angenommen wird. Passive Repräsentativität bezieht sich auf den Grad der Repräsentation verschiedener Gruppen in der Elite, während aktive Repräsentation die Prägestärke der Gruppenzugehörigkeit auf das Entscheidungsverhalten der politisch-administrativen Eliten untersucht.

## 2.2.2 Verwaltungswissenschaftliche Befunde

Die hier umrissenen Befunde verwaltungswissenschaftlicher Forschung zu politisch-administrativen Eliten können weder vollständig noch umfassend dargestellt werden. Ziel ist es, einen ersten Überblick über zentrale Forschungsergebnisse für Deutschland zu geben, an welche die in diesem Buch vorgestellte Studie anknüpft.

- 
- 94 Peter Munk Christiansen/Birgitta Niklasson/Patrik Öhberg: Does politics crowd out professional competence? The organisation of ministerial advice in Denmark and Sweden, in: *West European Politics* 39 (2016), H. 6, S. 1230–1250.
- 95 Oliver Treib: Party Patronage in Austria: From Reward to Control, in: Petr Kopecký/Peter Mair/Maria Spirova (Hg.): *Party Patronage and Party Government in European Democracies*, Oxford 2012, S. 31–51; Luc Rouban: Politicization of the Civil Service, in: B. Guy Peters (Hg.): *Handbook of public administration*, London 2008, S. 310–320.
- 96 Vgl. zum Beispiel Rhys Andrews/Rachel Ashworth: Representation and Inclusion in Public Organizations: Evidence from the U.K. Civil Service, in: *Public Administration Review* 75 (2015), H. 2, S. 279–288.
- 97 Zuzana Murdoch/Sara Connolly/Kassim Hussein/Benny Geys: Legitimacy crises and the temporal dynamics of bureaucratic representation, in: *Governance* 35 (2022), H. 1, S. 65–82.
- 98 Jessica E. Sowa/Sally Coleman Selden: Administrative discretion and active representation: An expansion of the theory of representative bureaucracy, in: *Public Administration Review* 63 (2003), H. 6, S. 700–710; Brandy Kennedy: Unraveling Representative Bureaucracy. A Systematic Analysis of the Literature, in: *Administration & Society* 46 (2014), H. 4, S. 395–421; Chih-wei Hsieh/Elizabeth Winslow: Gender Representation in the Federal Workforce. A Comparison Among Groups, in: *Review of Public Personnel Administration* 26 (2006), H. 3, S. 276–295; Seung-Ho An/Miyeeon Song/Kenneth J. Meier: Representative bureaucracy and the policy environment: Gender representation in Forty-Four countries, in: *Public Administration* 100 (2022), H. 4, S. 900–922.

Inspirierend für viele nachfolgende Forschungsarbeiten war die in den 1970er Jahren durchgeführte *Comparative Elite Study*.<sup>99</sup> In dieser Studie wurden zahlreiche Interviews mit Politik- und Verwaltungsspitzen in insgesamt sieben westlichen Demokratien, darunter auch Deutschland, geführt. Im Ergebnis zeigte sich, dass das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung viel komplexer ist, als es das tradierte Bild einer primär dienenden, fachlich orientierten und unpolitischen Verwaltung, die keinen eigenständigen Akteursstatus in politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen hat, suggeriert.<sup>100</sup> Stattdessen wurde deutlich, dass Politikformulierung und Interessenvermittlung in allen untersuchten europäischen Staaten durch politische und bürokratische Akteure gemeinsam erfolgen. Leitende Ministerialbeamtinnen und -beamte, so wurde gezeigt, sind in hohem Maße in politische Entscheidungsprozesse eingebunden.

Die *Comparative Elite Study* wurde für Deutschland in den 1980er Jahren repliziert.<sup>101</sup> Weitere Nachfolgestudien wurden seit 2005 regelmäßig alle vier Jahre unter dem Kürzel PAE (PAE steht für politisch-administrative Elite) durchgeführt.<sup>102</sup> Der durch diese Studien möglich gewordene Längsschnittvergleich verdeutlicht in mehreren Punkten eine hohe Kontinuität, etwa hinsichtlich der Identifikation der Verwaltungsspitzen mit idealtypischen Rollenbildern oder in Bezug auf die stark ausgeprägte funktionale Politisierung in der Ministerialbürokratie. Teils zeigen sich aber auch Veränderungen über die Zeit. Beispielsweise galt die teilweise Überlappung der Rollen von Politiker:innen und Beamt:innen, die in den Befragungen 1970 und 1987 noch von mehr als einem Viertel der Spitzenbeamt:innen abgelehnt wurde, im Rahmen der ersten PAE-Studie (2005) als nahezu selbstverständlich.<sup>103</sup> Auch das Loyalitätsverständnis der Spitzenbeamt:innen veränderte sich deutlich. So wurde die Frage, ob ein/e Beamt:in nach einem Regierungswechsel die bisherige Ressortpolitik entgegen dem neuen Regierungsprogramm weiter unterstützen dürfe, 1987 von vier Fünftel der Befragten klar ablehnend beantwortet, während 2005 nur noch weniger als ein Fünftel diese Auffassung vertrat.<sup>104</sup> Dieser Trend setzte sich 2009 und 2013 fort.<sup>105</sup>

Gängigerweise wird angenommen, dass ein Zusammenhang zwischen der personalpolitischen und der verhaltensbezogenen Politisierung, insbesondere dem Entscheidungsverhalten der betreffenden Akteure in der Verwaltung, besteht. Folgender Mechanismus wird dabei in der Regel skizziert: Die handlungsleitende Rationalität parteipolitisch gebundener Verwaltungseliten leitet sich weniger aus einer Gemein-

---

99 Aberbach/Rockman/Putnam, Bureaucrats and politicians in western democracies.

100 Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten.

101 Derlien/Mayntz, Party Patronage and Politicization of the West German Administrative Elite 1970–1987.

102 Beneke/Döhler/Ebinger/Veit, 50 Jahre Forschungsprojekt ‚Politisch-Administrative Elite‘.

103 Schwanke/Ebinger, Politisierung und Rollenverständnis der deutschen Administrativen Elite 1970 bis 2005, S. 242.

104 Schwanke/Ebinger, Politisierung und Rollenverständnis der deutschen Administrativen Elite 1970 bis 2005, S. 244.

105 Ebinger/Lux/Kintzinger/Garske, Die Deutsche Verwaltungselite der Regierungen Brandt bis Merkel II.

wohl- und Regelorientierung ab, sondern aus der Befriedigung von Parteiinteressen<sup>106</sup> sowie aus einer starken Loyalität gegenüber dem politischen Prinzipal, also dem Minister beziehungsweise der Ministerin.<sup>107</sup> Empirische Forschungsarbeiten, welche diese Zusammenhänge für etablierte parlamentarische Demokratien wie zum Beispiel Deutschland valide belegen, liegen aber kaum vor.<sup>108</sup> Eine Interviewstudie mit 40 ehemaligen Spitzenbeamtinnen und Spitzenbeamten in Deutschland kam zu dem Ergebnis, dass parteigebundene und nicht-parteigebundene Personen gleichermaßen eine hohe unterstützende Loyalität (*partisan support*) zum politischen Prinzipal aufweisen: „Das Verhältnis zum/zur Minister:in als absolutes Vertrauensverhältnis beschrieben, Geschlossenheit nach außen ist dabei für die meisten Interviewten von zentraler Bedeutung.“<sup>109</sup> Anders als in der Literatur vielfach vermutet zeigten parteigebundene Spitzenbeam:innen in der Interviewstudie keine blinde politische Loyalität – im Gegenteil: „sie zeigen sich besonders sensibel in Bezug auf die der Verwaltung zugeschriebenen handlungsleitenden Normen der Fachlichkeit und Rechtmäßigkeit und sind auch eher bereit, sich kritisch zu positionieren und/oder dem/der Minister:in die Unterstützung ganz zu verweigern, wenn sie diese Normen verletzt sehen. Sie kommen damit zumindest in der Selbstbeschreibung dem im englischen Begriff des *public servant* ausgedrückten Verständnis von Beam:innen als ‚Diener:innen der Allgemeinheit‘ und nicht primär als ‚Diener:innen der Politik‘ näher als ihre weniger stark politisierten Kolleg:innen.“<sup>110</sup> Auch Derlien erscheint ein monokausaler Zusammenhang zwischen Parteibindung und Entscheidungsverhalten nicht schlüssig: „Zum einen werden Parteibindungen in relativ jungen Jahren eingegangen und müssen sich in der Amtsführung (...) nicht ausdrücken, zum anderen wären Regierungen schlecht beraten, wenn sie die Beamtenelite zu Zwecken der Versorgungspatronage parteipolitisch auf Kosten des Fachverständes rekrutieren würden: das schützt uns vor *politisierten Inkompetenz* einer Kaderverwaltung.“<sup>111</sup>

Zur Untersuchung der Politisierung in der Personalauswahl sowie der deskriptiven Repräsentativität der politisch-administrativen Eliten kann auf die Prosopografie, also die Erhebung und Analyse kollektivbiografischer Daten, zurückgegriffen werden. Dieser Zugang wird auch in der hier vorliegenden Studie genutzt (siehe Kap. 3). Vorläuferarbeiten liegen für Deutschland vor allem von Hans-Ulrich Derlien vor. Derlien hat über viele Jahre hinweg biografische Daten ausgewertet und einen Datensatz zu den politisch-administrativen Eliten in Bundesministerien für den Zeitraum 1949 bis 1999 angelegt. In seinen Untersuchungen konnte er zeigen, dass leitende Ministerialbeam:innen mehrheitlich männliche, juristisch ausgebildete Laufbahnbeamte sind, die zudem überdurchschnittlich oft aus Beamtenfamilien stammen.<sup>112</sup> Er stellt

---

106 Eschenburg, *Ämterpatronage*, S. 70.

107 Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten.

108 Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten; Derlien, *Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik*, S. 325.

109 Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten, S. 430.

110 Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten, S. 430.

111 Derlien, *Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik*, S. 326.

112 Derlien, *Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik*.

fest, dass die Veränderungen im Laufe der ersten 50 Jahre der Bundesrepublik nur marginal sind, Beispiele sind der etwas gestiegene Frauenanteil oder der Rückgang reiner Laufbahnbeamter, die zunehmend durch sogenannte verzögerte Laufbahnbeamte – also Personen, die vor Eintritt in die Verwaltung maximal vier Jahre in einem anderen Sektor tätig waren – und Mischkarrieren in der Verwaltung und mindestens einem anderen Sektor ersetzt wurden.<sup>113</sup>

Prosopografische Studien lassen Rückschlüsse zur Politisierung über den Zeitpunkt des Ausscheidens beziehungsweise der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Parteimitgliedschaften, politische Aktivitäten und politische oder politiknahe Karrierestationen zu. Derlien zeigt für die ersten fünfzig Jahre der Bundesrepublik, dass Spitzenbeamt:innen zu einem geringen Anteil politische Mandate auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene wahrgenommen haben.<sup>114</sup> Überraschend ist dabei der relativ hohe Anteil von beamteten Staatssekretär:innen, die in ihrer Karriere auch einmal Mitglieder des Bundestages waren (10,5 Prozent). Unter Abteilungsleiter:innen ist dieser Anteil viel geringer, was auf Unterschiede im Grad der Politisierung zwischen Staatssekretär:innen und Abteilungsleiter:innen hindeutet. Fälle, in denen Spitzenbeamt:innen später Bundesminister:innen wurden, sind selten, es gibt aber einige Beispiele dafür. Für die ersten fünfzig Jahre der Bundesrepublik nennt Derlien hierfür Herbert Ehrenberg (SPD), Manfred Lahnstein (SPD), Klaus Kinkel (FDP) und Egon Bahr (SPD). Etwas zahlreicher sind die Fälle, in denen Spitzenbeamt:innen aus Bundesministerien später Landesminister:innen wurden.<sup>115</sup> Ein Personalaustausch von Spitzenbeamt:innen nach Regierungswechseln, oft verbunden mit der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, ist in der Bundesrepublik häufig,<sup>116</sup> und eine Parteimitgliedschaft ist weit verbreitet.<sup>117</sup>

Bezüglich der deskriptiven Repräsentativität wurden vielfach Unterschiede zwischen Politiker:innen und Spitzenbeamt:innen belegt: Zwar sind Erstere auch in Demokratien nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, jedoch repräsentativer als die Verwaltungselite – dies bezeichnet Robert Putnam als „*law of increasing disproportionality*“.<sup>118</sup> Werden *policies* zur Stärkung der Repräsentativität verfolgt, führen diese bei erfolgreicher Implementation zu einer Steigerung der deskriptiven Repräsentativität, wobei *trade offs* mit anderen Kriterien der Elitenselektion existieren. Gerade im Kontext meritokratischer Bürokratien, die als Ideal demokratischer Systeme gelten, ist dies offensichtlich. Für Deutschland hat Derlien in seinen Arbeiten beispielsweise

---

113 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik.

114 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, hier S. 305–306.

115 Werner Jann/Sylvia Veit: Politicisation of Administration or Bureaucratisation of Politics? The case of Germany (Potsdamer Diskussionspapiere zur Verwaltungswissenschaft 6), Potsdam 2010.

116 Hans-Ulrich Derlien: Personalpolitik nach Regierungswechseln, in: Hans-Ulrich Derlien/Axel Murswieck (Hg.): Regieren nach Wahlen, Wiesbaden, Opladen 2001, S. 39–57.

117 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, S. 318; Julia Fleischer: Partisan and professional control: Predictors of bureaucratic tenure in Germany, in: Acta Politica 51 (2016), H. 4, S. 433–450.

118 Putnam, The Comparative Study of Political Elites.

gezeigt, dass – wenngleich Frauen in beiden Teilleiten unterrepräsentiert sind – die Unterrepräsentation von Frauen unter Exekutivpolitiker:innen geringer ist als unter Spitzenbeamt:innen.<sup>119</sup> Auch in der sozialen Herkunft zeigen sich Unterschiede: Obwohl beide Gruppen überdurchschnittlich häufig aus Beamtenfamilien stammen, gilt das für die Spitzenbeamt:innen in höherem Maße als für Exekutivpolitiker:innen, die zudem häufiger aus der Arbeiterschicht oder Schicht der einfachen Angestellten und Beamt:innen stammen.<sup>120</sup> Ähnlich sieht es beim höchsten Bildungsabschluss aus: Beide Gruppen sind hochgebildet, aber im Vergleich ist der Promoviertenanteil und der Anteil der Universitätsabsolvent:innen unter den Spitzenbeamt:innen noch etwas höher als unter den Exekutivpolitiker:innen. Besonders häufig ist in beiden Gruppen ein Jurastudium, hier liegen die Spitzenbeamt:innen prozentual vorn.<sup>121</sup>

---

119 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, S. 297.

120 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, S. 299.

121 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, S. 301.

### 3. Methodik und Datengrundlage

Die Vielfalt und Komplexität der uns interessierenden Fragestellungen erfordert ein umfassendes Bild der politisch-administrativen Eliten in Deutschland. Personelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten sowie Charakteristika der Elitenzirkulation können nur identifiziert werden, wenn die Erhebung der Elitemitglieder einen längeren Zeitraum umfasst und mehrere Regime umspannt. Gleichzeitig müssen zentrale Faktoren wie etwa die Organisationsstrukturen, durch die politisch-administrative Eliten zunächst definiert werden, oder formelle Regeln der Ernennung von Elitemitgliedern zumindest ausreichend ähnlich sein, um auszuschließen, dass Schlussfolgerungen aus beobachteten Veränderungen der Kollektivbiografien etwa auf reine Strukturentwicklungen zurückzuführen sind. Valide Aussagen erfordern also eine Variation der interessierenden Rahmenbedingungen bei gleichzeitiger Konstanz weiterer Faktoren, welche die Beobachtungen beeinflussen können. In dieser Hinsicht bietet das Fallbeispiel Deutschland mit seinen drastischen Systemwechseln im Verlauf des 20. Jahrhunderts bei einer gleichzeitigen hohen Kontinuität in der Verwaltungskultur und teils auch in den Verwaltungsstrukturen eine ideale Grundlage für die Analyse kollektiver Biografien und der Elitenzirkulation und -transformation.

#### 3.1. Datengrundlage

Für den erforderlichen ganzheitlichen Blick auf Elitenveränderungen nach Systemumbrüchen umfasst die vorliegende Studie die politisch-administrativen Eliten in den Ministerialverwaltungen des Deutschen Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus, der DDR und der Bundesrepublik. Mit Hilfe des Positionsansatzes (siehe Kap. 2.1.1) wurde im Rahmen des Forschungsprojektes definiert, welche Führungspersonen in der hierarchischen Struktur der Ministerien zur politisch-administrativen Elite auf zentralstaatlicher Ebene gehören. Dies sind für die politische Elite neben herausgehobenen Ämtern wie Kanzler:in oder Präsident:in alle Minister:innen sowie Parlamentarischen Staatssekretär:innen (beziehungsweise funktionale Äquivalente dieser Positionen in anderen Systemen) und für die administrative Elite beamtete Staatssekretär:innen, gegebenenfalls Unterstaatssekretär:innen und Abteilungsleiter:innen in zentralstaatlichen Ministerien (beziehungsweise funktionale Äquivalente dieser Positionen in anderen Systemen). Diese Positionen werden in diesem Buch und in unserem Datensatz als Elitepositionen bezeichnet.

Für die ersten drei politischen Systeme – Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus – wurden Stichtage festgelegt. Alle zu diesen Stichtagen im Amt befindlichen Mitglieder der politisch-administrativen Elite wurden in den PAE-proso-Datensatz aufgenommen. Die Stichtage sind: 1. September 1913, 1. September 1920, 1. September 1927, 1. September 1934, 1. September 1939, 1. September 1944. Diese Erhebungszeitpunkte bilden unterschiedliche Phasen der Systementwicklung ab (siehe

Kap. 4), was sie für einen Längsschnittvergleich besonders interessant macht. Für die Bundesrepublik wurde eine Vollerhebung durchgeführt, das heißt alle Mitglieder der politisch-administrativen Elite in der Bundesrepublik von 1949 bis 2017 wurden in den PAE-proso-Datensatz aufgenommen. Auch für die DDR wurde eine Vollerhebung angestrebt, konnte allerdings aufgrund der ungleich schwierigeren Datenerhebungsarbeit nur für die politische Teilelite (Exekutivpolitiker:innen) realisiert werden.<sup>1</sup> Nachfolgend wird die Datengrundlage für die verschiedenen Systeme im Detail erläutert.

Die Stichprobe zum Stichtag 1. September 1913 umfasst 57 Personen. Für das Kaiserreich werden nur der Kaiser und der Reichskanzler als Mitglieder der politischen Elite kategorisiert. Zur administrativen Elite im Kaiserreich zählen in dieser Erhebung alle Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre und Abteilungsleiter der zu diesem Zeitpunkt bestehenden zehn Reichsämter. Insgesamt waren zum Stichtag 55 Personen in diesen Positionen im Amt (siehe Tab. 1).

Tabelle 1: Datengrundlage Kaiserreich, Stichtag 1. September 1913 im PAE-proso-Datensatz

	1. September 1913	
	N	%
Exekutivpolitiker		
<b>Kaiser</b>	1	1,8
<b>Reichskanzler</b>	1	1,8
Spitzenbeamte		
<b>Staatssekretäre</b>	9	15,8
<b>Unterstaatssekretäre</b>	11	19,3
<b>Abteilungsleiter</b>	35	61,4
Gesamt	57	100,0

Quelle: PAE-proso-Datensatz

Für die Weimarer Republik wurden zwei Stichtage erhoben. Organisatorisch teilte sich die oberste Reichsverwaltung in der Weimarer Republik in die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt, das Reichsministerium des Innern, das Reichsjustizministerium, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Reichswehrministerium, das Reichsfinanzministerium, das Reichsschatzministerium, das Reichspostministerium, das Reichsverkehrsministerium, das Reichsministerium für Wiederaufbau und das Reichsministerium für die Besetzten Gebiete (siehe Ressortliste im Anhang). Diesen

<sup>1</sup> Die Namen aller Personen im PAE-proso-Datensatz sowie ihre Zuordnung zu den Systemen können der Positionsliste in Anhang entnommen werden.

Organisationen standen jeweils der Minister sowie einer oder mehrere Staatssekretäre vor. Diese bildeten zusammen mit den Abteilungsleitern der Reichsministerien die politisch-administrative Elite nach der hier verwendeten Definition. Die allgemein hohe Volatilität des politischen Systems in der Weimarer Republik, mit der vor allem innerhalb der politischen Elite starke Fluktuationen verbunden waren, spricht für die Auswahl mehrerer Erhebungszeitpunkte. Mit Blick auf die Entwicklungsphasen der Weimarer Republik (siehe Kap. 4.2) wurden für die Untersuchung der politisch-administrativen Elite der Weimarer Republik die beiden Erhebungszeitpunkte 1. September 1920 und 1. September 1927 gewählt, die in unterschiedliche Stadien fallen: Der Erhebungszeitpunkt in 1920 ist in die Gründungsphase des Systems einzuordnen, der zweite Erhebungszeitpunkt liegt in der Konsolidierungsphase. Die Auswahl der Stichtage beachtet weiterhin die Konsequenzen des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik von 1922, in dessen Zuge der Kreis der politischen Beamten erweitert wurde.<sup>2</sup> Eine Erhöhung der Anzahl der zu besetzenden Positionen für politische Beamte birgt die Möglichkeit, Personen in die administrative Elite aufzunehmen, die sich in ihren Merkmalen von vorigen Generationen unterscheiden, sodass ein Vergleich der beiden Zeitpunkte lohnenswert ist. Die Gruppe der Elitemitglieder am ersten Erhebungsdatum in der Weimarer Republik umfasst 76 Personen, am zweiten Erhebungsdatum wurden 81 Personen erfasst. Zwölf Personen fließen in beide Auswertungen ein, da sie zu beiden Erhebungsdaten eine entsprechende Eliteposition innehatten.

Tabelle 2: Datengrundlage Weimarer Republik im PAE-proso-Datensatz

	1. September 1920		1. September 1927	
	N	%	N	%
Spitzenpolitiker				
<b>Reichspräsident</b>	1	1,3	1	1,2
<b>Reichskanzler</b>	1	1,3	1	1,2
<b>Minister</b>	11	14,5	10	12,3
Spitzenbeamte				
<b>Staatssekretär</b>	15	19,7	15	18,5
<b>Unterstaatssekretär</b>	4	5,3	2	2,5
<b>Abteilungsleiter</b>	44	57,9	52	64,2
Gesamt	76	100,0	81	100,0

Quelle: PAE-proso-Datensatz

2 Rudolf Morsey: Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning, in: Roman Herzog (Hg.): Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Schriftenreihe der Hochschule Speyer 50), Berlin 1972, S. 101–116.

Für den Nationalsozialismus wurden drei Stichtage erhoben. Zur politischen Elite im Nationalsozialismus gehören neben Adolf Hitler alle Minister sowie ihnen im Rang gleichgestellte Personen ohne Geschäftsbereich. Zur administrativen Elite gehören die Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre und Abteilungsleiter der Ministerien und Sonderbehörden. In der Gruppe der Elitemitglieder zum Stichtag 1. September 1934 sind 17 Politiker und 99 Beamte erfasst. Am Stichtag 1. September 1939 gehören 26 Politiker und 140 Beamte zur politisch-administrativen Elite. 1944 umfasst die politisch-administrative Elite 29 Politiker und 150 Beamte (siehe Tab. 3). Personen, die zu mehr als einem Stichtag eine Eliteposition innehatten, fließen in die Analysen zu jedem entsprechenden Stichtag ein.

Tabelle 3: Datengrundlage Nationalsozialismus im PAE-proso-Datensatz

	1. September 1934		1. September 1939		1. September 1944	
	N	%	N	%	N	%
Spitzenpolitiker						
<b>„Führer“ und Reichskanzler</b>	1	0,9	1	0,6	1	0,6
<b>Minister*</b>	16	13,8	25	15,1	28	15,6
Spitzenbeamte						
<b>Staatssekretär</b>	20	17,2	30	18,1	33	18,4
<b>Unterstaatssekretär</b>	1	0,9	5	3,0	5	2,8
<b>Abteilungsleiter</b>	78	67,2	105	63,3	112	62,6
Gesamt	116	100,0	166	100,0	179	100,0

\* Inklusive ausgewählte Leiter Sonderbehörden. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Für die DDR wurde eine Vollerhebung angestrebt, die jedoch nur für die politische Teilelite weitgehend realisiert werden konnte. Die strenge politische Kontrolle der SED erschwerte die *ex post*-Identifikation der (Ministerial-)Eliten in der DDR. Bis zur Übernahme der Regierungsgeschäfte durch das Kabinett Modrow am 13. November 1989 galt nämlich in der DDR die Regel, dass Organigramme von Behörden und Parteistellen geheimzuhalten sind. Obsolet gewordene Organigramme sollten vernichtet werden, sobald die Struktur einer Behörde verändert wurde. Leitende administrative Positionen konnten im Rahmen unseres Forschungsprojektes aus diesem Grund nur sehr lückenhaft rekonstruiert werden. Die Gruppe der Elitemitglieder der DDR, die für die Analysen in diesem Buch genutzt werden konnte, umfasst daher ausschließlich die politische Teilelite (Exekutivpolitiker:innen). Dazu gehören die Präsidenten der DDR, die Staatsratsvorsitzenden, die Stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden, die Ministerpräsident:innen beziehungsweise Vorsitzenden des Ministerrates, Minis-

ter:innen und Stellvertretende Minister:innen sowie Staatssekretär:innen, Selbstständige Staatssekretär:innen und Stellvertretende Selbstständige Staatssekretär:innen.<sup>3</sup> Diese reduzierte Grundgesamtheit besitzt aber trotzdem einen erheblichen Erkenntnismehrwert, da – weitergehend als die erhobenen Personengruppen in den Vorläufersystemen – in zeitlicher Hinsicht eine Vollerhebung vorgenommen wurde. Für die Analysen der politischen Elite der DDR wurden also keine Stichtage definiert, sondern alle Personen erhoben, die als Mitglieder der politischen Elite während des gesamten Bestehens der DDR identifiziert werden konnten. Zur Veranschaulichung der Entwicklung von Merkmalsverteilungen ist der Zeitraum in elf Abschnitte unterteilt, die sich an den Legislaturperioden (LP) der Volkskammer der DDR orientieren. Der Zeitraum vom 7. Oktober 1949 bis zum 15. Oktober 1950 wird in diesem Buch als LP 0 bezeichnet, da in diesem Zeitraum nur die Provisorische Volkskammer zusammentrat. LP 1 bezeichnet demnach die erste Legislaturperiode der Volkskammer, die aus der Wahl am 15. Oktober 1950 hervorging. LP 10 bezeichnet die 10. Wahlperiode der Volkskammer, diese Volkskammer konstituierte sich nach den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Sie trat am 5. April 1990 erstmals und am 2. Oktober 1990, einen Tag vor der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990, letztmals zusammen. Sowohl in LP 0 als auch in LP 10 war die Anzahl der Elitemitglieder aufgrund der jeweiligen Sondersituation deutlich kleiner als in den anderen Legislaturperioden. Tabelle 4 zeigt die Zahl der Mitglieder der politischen Elite der DDR im PAE-proso-Datensatz aufgeteilt nach den Legislaturperioden der Volkskammer der DDR.

Tabelle 4: Datengrundlage DDR (nur politische Elite) im PAE-proso-Datensatz

	LP 0	LP 1	LP 2	LP 3	LP 4	LP 5	LP 6	LP 7	LP 8	LP 9	LP 10	Gesamt
	1949–1950	1950–1954	1954–1958	1958–1963	1963–1967	1967–1971	1971–1976	1976–1981	1981–1986	1986–1990	1990	1950–1990
N	48	139	171	208	258	266	298	291	291	315	60	855

Anmerkungen: (1) Die Gesamtzahl der Personen, die zur politischen Elite der DDR gehörten, ist kleiner als die Summe der Fälle für die einzelnen Legislaturperioden, da Personen zum Teil in zwei oder mehr Legislaturperioden Mitglied der politischen Elite waren. (2) Die Zugehörigkeit zur Elite einer Legislaturperiode wurde von uns wie folgt operationalisiert: Sie beginnt im Monat der konstituierenden Sitzung der Volkskammer einer Legislaturperiode und endet einen Monat nach der konstituierenden Sitzung der nächsten Volkskammer. Elitemitglieder, die einen Monat nach der konstituierenden Sitzung der nächsten Volkskammer ihre Position räumen mussten, gehören folglich nicht zur Elite der neuen Legislaturperiode. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Für die Bundesrepublik wurde eine Vollerhebung aller Mitglieder der politisch-administrativen Elite von 1949 bis 2017 durchgeführt. Politiker:innen sind die Bun-

3 In LP 10 der DDR-Volkskammer fand bereits eine Angleichung an die Strukturen der Bundesrepublik statt. DDR-Staatssekretär:innen werden für diesen Zeitraum nicht mehr als Politiker:innen, sondern als Spitzenbeamten kategorisiert.

deskanzler:innen sowie alle Bundesminister:innen und Parlamentarischen Staatssekretär:innen. Beamt:innen sind alle beamteten Staatssekretär:innen und Abteilungsleiter:innen in Bundesministerien und im Bundeskanzleramt. Zur Veranschaulichung der Entwicklung von Merkmalsverteilungen ist der Zeitraum in 18 Abschnitte unterteilt. Diese orientieren sich an den Legislaturperioden (LP) des Deutschen Bundestages. In der folgenden Tabelle ist dargestellt, wie viele Personen innerhalb der Legislaturperiode jeweils zur politischen beziehungsweise zur administrativen Elite der Bundesrepublik gehörten.

Tabelle 5: Datengrundlage Bundesrepublik im PAE-proso-Datensatz

LP	1 (1949– 1953)	2 (1953– 1957)	3 (1957– 1961)	4 (1961– 1965)	5 (1965– 1969)	6 (1969– 1972)	7 (1972– 1976)	8 (1976– 1980)	9 (1980– 1983)	
Spitzenpolitiker	18	24	21	34	46	38	49	47	82	
Spitzenbeamte	130	156	173	184	225	198	215	206	217	
N	148	180	194	218	271	236	264	253	299	
LP	10 (1983– 1987)	11 (1987– 1990)	12 (1990– 1994)	13 (1994– 1998)	14 (1998– 2002)	15 (2002– 2005)	16 (2005– 2009)	17 (2009– 2013)	18 (2013– 2017)	<b>Gesamt</b>
Spitzenpolitiker	53	65	72	53	57	44	59	53	56	449
Spitzenbeamte	210	224	242	219	214	191	220	220	215	1.553
N	263	289	314	272	271	234	279	273	271	1.984

Anmerkung: (1) Die Gesamtzahl der Personen, die zur politischen oder administrativen Elite der Bundesrepublik gehörten, ist kleiner als die Summe der Fälle für die einzelnen Legislaturperioden, da Personen zum Teil in zwei oder mehr Legislaturperioden Mitglied der politischen oder administrativen Elite waren. (2) Die Zugehörigkeit zur Elite einer Legislaturperiode wurde von uns wie folgt operationalisiert: Sie beginnt im Monat der konstituierenden Sitzung des Bundestages einer Legislaturperiode und endet einen Monat nach der konstituierenden Sitzung des nächsten Bundestages. Elitemitglieder, die einen Monat nach der konstituierenden Sitzung des nächsten Bundestages ihre Position räumen mussten, gehören folglich nicht zur Elite der neuen Legislaturperiode. Beispiel: Zur politisch-administrativen Elite der zweiten Legislaturperiode gehören nach unserer Definition alle Personen, die zwischen Oktober 1953 und November 1957 ein Amt innehatten. Die konstituierte Sitzung des dritten Bundestages fand im Oktober 1957 statt. Wer im Oktober oder November 1957 ausschied, gehört nach unserer Definition nicht zur politisch-administrativen Elite der dritten Legislaturperiode. Wer im Dezember 1957 oder später ausschied, gehört zur politisch-administrativen Elite der dritten Legislaturperiode. (3) 22 Personen waren in der Bundesrepublik im betrachteten Zeitraum sowohl in einer politischen als auch in einer administrativen Eliteposition in der Bundesministerialverwaltung tätig. Die Gesamtzahl der erhobenen Fälle weicht hier deshalb von der Summe der Politiker\*innen und Beamt\*innen ab. Quelle: PAE-proso-Datensatz

### 3.2. Erhobene Biografie- und Karrieremerkmale

Begründet durch die Diversität der Personen und ihrer Lebenswege erfordert die Erstellung von Kollektivbiografien und -karrieren einer großen Personengruppe eine Abstraktion individueller Eigenschaften und Erfahrungen. Dies betrifft etwa

Merkmale der universitären Ausbildung, ganz besonders aber die Stationen in Berufslaufbahnen, die allein schon aufgrund von strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen in ihren Bezeichnungen heterogen sein müssen. Wie auch bei der Identifikation der Eliten, die in der Bezeichnung ihrer Position variieren (siehe Kap. 3.1), werden für die Zusammenstellung der Kollektivbiografien daher Kategorien gebildet, die funktionale Äquivalente umfassen. In individuellen Lebenswegen werden dann weitgehend unabhängig von ihrer Bezeichnung Merkmale identifiziert, die sich in wesentlichen Eigenschaften stark ähneln, um eine Verallgemeinerung einzelner Biografien zu ermöglichen.

Für die Untersuchung der kollektiven Sozialstruktur der politisch-administrativen Eliten wurden das Geschlecht, die Geburtsregion, die Berufe der Eltern, die Religionszugehörigkeit, die Primärsozialisation, die Bildungsabschlüsse<sup>4</sup> sowie Studienfächer und -orte erhoben. Diese Variablen dienen insbesondere der Analyse der Repräsentativität der Teileliten und deren zeitlicher und systemspezifischer Entwicklung. Da nicht selbsterklärend ist, was unter Primärsozialisation verstanden wird, soll dies hier kurz erläutert werden: Die Primärsozialisation findet im Kindes- und Jugendalter statt.<sup>5</sup> Es wird davon ausgegangen, dass die Primärsozialisation maßgeblich zur Ausbildung der Denk- und Handlungsmuster, die im Erwachsenenalter vorherrschen, beiträgt.<sup>6</sup> Diese Annahme bestätigt sich in einer Untersuchung des Einflusses der regionalspezifischen politischen Kultur, die Staatssekretär:innen in ihrer Kinder- und Jugendzeit erlebt haben, auf deren spätere Parteipolitisation.<sup>7</sup> Die Variable Primärsozialisation leistet daher einen wichtigen Beitrag zum Verständnis des Politisierungsausmaßes der hier untersuchten Eliten in unterschiedlichen politischen Systemen. Operationalisiert wird die Primärsozialisation durch das politische System, in dem eine Person den überwiegenden Teil der Zeit zwischen dem zehnten und zwanzigsten Lebensjahr gelebt hat (Norddeutscher Bund, Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, DDR oder Bundesrepublik).

Für die Bildung kollektiver Berufsbiografien wurde in einem ersten Schritt jeweils der gesamte Berufsweg der einzelnen Elitemitglieder erhoben. Der Berufsweg umfasst dabei alle beruflichen Stationen zwischen dem Abschluss einer Ausbildung oder eines Studiums bis zum Eintritt in die politisch-administrative Elite (das heißt dem ersten Eintritt in eine Eliteposition nach unserer Definition, siehe Kap. 3.1). Diese Positionen bezeichnen wir als Vorpositionen. Vorposition 1 ist dabei diejenige hauptbe-

---

4 Die möglichen Bildungsabschlüsse wurden in die Kategorien Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Akademie, Fachhochschule, Universität, Zweites Staatsexamen und Promotion eingeteilt, in denen abweichende Bezeichnungen wie etwa Volksschule aufgehen. Zusätzlich wurde das Merkmal Habilitation erhoben.

5 Albert Scherr: Sozialisation, Person, Individuum, in: Hermann Korte (Hg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie, Wiesbaden 2006, S. 45–66.

6 Zachary W. Oberfield: *Becoming Bureaucrats. Socialization at the Front Lines of Government Service*, Philadelphia 2014.

7 Stefanie Vedder/Sylvia Veit: Politische Kultur und die Parteipolitisation von Verwaltungseliten in den alten und neuen Bundesländern, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 10 (2017), H. 1, S. 153–168.

rufliche Position, die eine Person unmittelbar vor ihrer ersten Eliteposition innehatte. Die Zählung erfolgt ab dieser Position umgekehrt zur zeitlichen Reihenfolge: Vorposition 2 ist demnach die hauptberufliche Position, die eine Person unmittelbar vor Vorposition 1 innehatte, Vorposition 3 ist die Position, die eine Person unmittelbar vor Vorposition 2 innehatte et cetera. Erhoben wurden bis zu 16 Vorpositionen. Für jede Vorposition wurden neben der Position selbst Ein- und Austrittsmonat und -jahr der jeweiligen Position sowie, falls zutreffend, staatliche Ebene, Ressortzugehörigkeit und Politikfeld und der Sektor erhoben (siehe Codebuch im Anhang). Bei der Definition von Sektoren wurden zunächst bewusst breite Kategorien gebildet, die sich von konkreten Berufsbezeichnungen lösen (Politik mit Mandat, Politik ohne Mandat, öffentliche Verwaltung (nachfolgend kurz: Verwaltung), Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche, Verbände, Öffentliche Sicherheit, Justiz, Kultur, Bildung, Gesundheit, Medien). Mit dieser Systematik folgt die Studie den etablierten Ansätzen, die etwa in den Arbeiten von Derlien<sup>8</sup> zur Anwendung kommen, und schafft dadurch eine Vergleichbarkeit mit bestehender Forschung. Die beruflichen Positionen, die sich aus den Biografien der einzelnen Elitemitglieder ersehen lassen, wurden diesen Kategorien dann anhand ihrer Funktion oder Verortung in einem Kontext zugeteilt: So fallen etwa Personen, die Museen leiten, gemeinsam mit Künstler:innen in den Sektor Kultur, Mediziner:innen gehören ebenso wie Pflegekräfte in die Kategorie Gesundheit, Botschafter:innen oder Referent:innen in einem Ministerium gehören in den Sektor Verwaltung et cetera. Eine Besonderheit ist, dass wir bei der Sektorenaufteilung im politischen Bereich zwischen „Politik mit Mandat“ und „Politik ohne Mandat“ unterscheiden. In die erste Kategorie gehören gewählte Mandatsträger:innen, also zum Beispiel Parlamentarier:innen auf Landes- oder Bundesebene. In die zweite Kategorie gehören Positionen im politischen Sektor, die nicht mit einem Engagement als Politiker:in verknüpft sind, also zum Beispiel Fraktionsmitarbeitende, Mitarbeitende im Abgeordnetenbüro oder Personal einer politischen Partei.

Neben den Vorpositionen wurden auch alle Elitepositionen einer Person mit denselben Merkmalen (Ein- und Austrittsmonat und -jahr, gegebenenfalls staatliche Ebene, Ressortzugehörigkeit et cetera) im Datensatz codiert. Die Elitepositionen werden entsprechend ihrer zeitlichen Reihenfolge nummeriert: Eliteposition 1 ist die erste Eliteposition einer Person nach der hier genutzt Definition der Positionselite (siehe oben), es folgen gegebenenfalls Eliteposition 2, 3, 4 et cetera bis hin zur letzten Eliteposition im Lebenslauf. Positionen, die nach Eliteaustritt wahrgenommen wurden, werden als Nachpositionen bezeichnet und wurden nach derselben Systematik und mit denselben Merkmalen wie die Elitepositionen codiert. Positionen, die nach der ersten und vor der letzten Eliteposition liegen, aber keine „echte Eliteposition“ nach unserer Definition sind, werden im Datensatz dennoch als Eliteposition nummeriert. Über die Positionscodes können diese „unechten Elitepositionen“ herausgefiltert werden. Mit dieser Systematik ist sichergestellt, dass alle beruflichen Positionen einer Person im Datensatz erfasst werden. Neben den genannten Merkmalen werden für

---

8 Vgl. zum Beispiel Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik.

Elitepositionen einige zusätzliche Merkmale erfasst, etwa parteipolitische Zusammensetzung der Regierung während der Eliteposition, Partei des Ministers et cetera (siehe Codebuch im Anhang). Diese Variablen ermöglichen zusätzliche Auswertungen, beispielsweise können so parteipolitische Muster bei der Selektion von Spitzenbeamt:innen untersucht werden.

Studien über politisch-administrative Eliten verwenden häufig das Merkmal Parteimitgliedschaft, um Schlussfolgerungen bezüglich der Politisierung dieser Personengruppe zu ziehen (siehe Kap. 7). An diesen Forschungsstrang anschließend wurden aus den Lebensläufen der einzelnen Elitemitglieder auch für diese Untersuchung sowohl eine bekannte Parteimitgliedschaft als auch ein etwaiger Wechsel der Parteimitgliedschaft erfasst. Über vorhandene Untersuchungen hinausgehend wurden Informationen über ausgeübte Parteiämter und politische Mandate aufgenommen. Weiterhin wurden Variablen wie Militärdienst und politisch relevante Organisationsmitgliedschaften erfasst. Zu den erhobenen Organisationsmitgliedschaften gehören neben Parteimitgliedschaften sowohl Mitgliedschaften in eher systemunterstützenden Organisationen als auch Mitgliedschaften in systemablehnenden Organisationen.

Als systemunterstützende Organisationen wurden für die Weimarer Republik demokratisch-paramilitärische Verbände definiert (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Jungbanner Schwarz-Rot-Gold, Bayernwacht). Als Organisationen, die das System der Weimarer Republik ablehnten, wurden rechtsnational-paramilitärische Verbände (unter anderen Bund Reichskriegsflagge, Organisation Consul, Bund Wiking, Deutscher Kampfbund, Stahlhelm, Schutzstaffel, Sturmabteilung), kommunistisch-paramilitärische Verbände (Roter Frontkämpferbund, Rote Ruhrarmee) und andere Widerstandsgruppen kategorisiert. Für den Nationalsozialismus wurden Mitgliedschaften in NS-Jugendorganisationen (zum Beispiel Hitlerjugend), NS-Elitebildungseinrichtungen (zum Beispiel Ordensburgen), NS-Forschungsinstituten (zum Beispiel Institut zur Erforschung der Judenfrage), Berufsverbänden (zum Beispiel NS-Rechtswahrerbund), religiösen Organisationen (zum Beispiel Deutsche Christen), Frauenorganisationen (zum Beispiel Deutsches Frauenwerk), NS-Wohlfahrt (zum Beispiel Winterhilfswerk), Propaganda-Organisationen (zum Beispiel Volksbund für das Deutschtum im Ausland), Wirtschaftsorganisationen (zum Beispiel Werberat der Deutschen Wirtschaft), Erinnerungsgemeinschaften (zum Beispiel NS-Altherrenbund der Deutschen Studenten), Notdiensten (zum Beispiel Reichsluftschutzbund), technischen Diensten (zum Beispiel NS-Kraftfahrkorps), direkten Parteiorganisationen, Spiegelressorts der NSDAP, Wehrmacht, Gestapo, Sicherheitspolizei, Sicherheitsdienst Reichsführer-SS, SA, SS, Waffen-SS, Totenkopfverbänden oder der Leibstandarte Adolf Hitler erfasst. Auch Mitgliedschaften in Widerstandsgruppen wurden erfasst, wenn diese in den Akten dokumentiert waren. Für die DDR wurden ebenfalls diverse Mitgliedschaften in systemnahen Organisationen erfasst, unter anderem im Solidaritätskomitee der DDR, in der Liga für Völkerfreundschaft, der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, dem Volkswirtschaftsrat der DDR, der Gesellschaft für Sport und Technik, dem Friedensrat, in Jugendorganisationen (Freie Deutsche Jugend) oder in Wissenschaftsorganisationen (zum Beispiel Forschungsrat der DDR). Erfasst wurden auch Mitgliedschaften in einer Abteilung des Zentralkomitees der SED und even-

tuelle dokumentierte Tätigkeiten als Inoffizielle:r Mitarbeiter:in des Ministeriums für Staatssicherheit.

Die Daten zu den im PAE-proso-Datensatz erfassten Organisationsmitgliedschaften werden in diesem Buch nicht im Detail ausgewertet, da der Fokus auf den Sozial- und Karriereprofilen der Eliten liegt. Auch ist bei den Organisationsmitgliedschaften im Datensatz von einer Unterschätzung der Werte auszugehen, da nicht alle untersuchten Fälle gleichermaßen gut dokumentiert sind und die für die Auswertung nutzbaren Informationen unterschiedlich detailliert und teils unvollständig waren.

Tabelle 6 gibt einen ersten groben Überblick über alle im PAE-proso-Datensatz erfassten Variablen. Eine detailliertere Übersicht ist dem Codebuch im Anhang zu entnehmen.

Tabelle 6: Erfasste Biografiemerkmale im PAE-proso-Datensatz (Auswahl)

<b>Biografiemerkmale</b>	<b>Variablen</b>
Sozialstruktur	Geburtsdatum
	Geburtsort
	Aufenthaltsregion während Primärsozialisation
	Geschlecht
Bildungshintergrund	Höchster Bildungsabschluss
	Studienorte
	Studienfächer
	Abschlussjahr Studium
	Promotion
	Habilitation
Berufsweg	Eintrittsmonat und -jahr der Position
	Berufliche Position
	Austrittsmonat und -jahr der Position
	Sektorzuordnung
	ggf. Dienstherr
	ggf. Ressort
Politische Aktivitäten und Systembezüge	Parteizugehörigkeit(en)
	Eintrittsjahr Partei(en)
	Parteiämter
	Militärdienst
	Weitere Organisationsmitgliedschaften

Als Quellen für die Biografien, aus denen die oben genannten Merkmale entnommen wurden, dienten unter anderem Personal- und Kaderakten im Bundesarchiv sowie Akten der NSDAP, der SED und der jeweils angeschlossenen Verbände, öffentlich zugängliche Lebensläufe (zum Beispiel Lebendiges Museum online, Munzinger online, private Webseiten, „Wer war wer in der DDR?“ und so weiter), Zeitungsarchive (zum Beispiel Frankfurter Allgemeine Zeitung, Neues Deutschland, Spiegel, Süddeutsche Zeitung und so weiter) sowie die Handbücher der Bundesregierung, die Handbücher für das Deutsche Reich und die von der CIA publizierten *Directories of East German Officials*. Nicht für alle der im PAE-proso-Datensatz enthaltenen Personen konnte auf Archivakten zurückgegriffen werden: Akten wurden im Rahmen des Projektes dann nicht angefordert, wenn es keine Freigabe gab oder nur Gerichtsakten vorlagen. Eine Übersicht der verwendeten Archivalien findet sich in der Archivalienliste im Anhang. Für insgesamt 66 Fälle fand außerdem ein Abgleich unserer Daten mit den Daten der Personendatenbank Zeitgeschichte des in München und Berlin ansässigen Instituts für Zeitgeschichte statt. Dies sind alle Personen, die sowohl im PAE-proso-Datensatz als auch in der Personendatenbank Zeitgeschichte enthalten sind.

Die Informationen zu einer Person wurden durch einen Vergleich der verschiedenen Quellen validiert. Für die Fälle, in denen die Informationen aus den verschiedenen Quellen nicht übereinstimmten, wurde eine Hierarchie der Quellen festgelegt und im Zweifelsfall den Informationen aus den Akten des Bundesarchivs der Vorrang zugeschrieben. Dennoch kann nicht in Gänze ausgeschlossen werden, dass die Quellen in Einzelfällen unvollständige oder nicht korrekte Angaben enthalten. Dieser Problematik wird in der Interpretation der Ergebnisse durch die Herstellung von Transparenz über den Umfang der Missings und mögliche Ungenauigkeiten sowie durch eine Rückbindung an bestehende Forschung Rechnung getragen. Für dieses Buch wurden zudem nur diejenigen Variablen des PAE-proso-Datensatzes ausgewertet, deren Verlässlichkeit wir als hoch einschätzen. Wir stützen uns aus diesem Grunde bezüglich der Frage der NS-Vergangenheit vor allem auf Karrieredaten und werten insbesondere die im Datensatz erfassten formalen Bezüge (Organisationsmitgliedschaften) und materiellen Bezüge zum Nationalsozialismus aufgrund der stark variierenden Datenqualität und begrenzten Erfassbarkeit über die ausgewerteten Archivalien des Bundesarchivs für dieses Buch nicht systematisch aus. Diese Daten sind dennoch im Datensatz erhalten und können beispielsweise genutzt werden, um Einzelfälle zu identifizieren, die im Rahmen historischer Studien genauer analysiert werden.

Ein übliches Verfahren zur Auswertung individueller Daten für die Erstellung einer Kollektivbiografie oder eines kollektiven Karriereprofils besteht in deskriptiven Häufigkeitsauszählungen. Hierunter ist die Berechnung des prozentualen Anteils von Personen, die ein festgelegtes Merkmal besitzen, an der Gesamtzahl der untersuchten Personen zu verstehen. Für ausführliche Beispiele sei hiermit auf die Datenberichte verwiesen, die zentrale Ergebnisse des Forschungsberichts in Rohform

darstellen.<sup>9</sup> Diese Auswertungsmethode ermöglicht sowohl Quer- als auch Längsschnittvergleiche und wird in den folgenden Kapiteln verwendet, um Fragen nach der Repräsentativität der politisch-administrativen Eliten, der Elitenzirkulation im Kontext von Systemtransformationen, der typischen Berufswege und Karrieretypen und der Politisierung von Verwaltung zu beantworten. Bevor diese Ergebnisse präsentiert werden, gibt das nachfolgende Kapitel einige wichtige Hintergrundinformationen zum institutionellen Kontext der jeweiligen Untersuchungszeitpunkte beziehungsweise -zeiträume.

---

9 Bastian Strobel/Simon Scholz-Paulus/Stefanie Vedder/Sylvia Veit: Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Kassel 2021.

## 4. Institutioneller Kontext

Die folgenden Unterkapitel beschreiben jeweils den Aufbau der politisch-administrativen Systeme mit einem Fokus auf die Ministerialverwaltung sowie allgemeine Regeln zur Ernennung von Elitemitgliedern, wodurch die Ähnlichkeiten sichtbar werden, die einen Längsschnittvergleich der Eliten rechtfertigen. Zusätzlich werden für das Deutsche Kaiserreich, die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus die Umstände der spezifischen Erhebungszeitpunkte dargestellt und damit wichtige Informationen für die Ergebnisinterpretation gegeben. Für die DDR und die Bundesrepublik wurde jeweils eine Vollerhebung durchgeführt. Für beide Systeme wird in diesem Kapitel ein knapper Überblick zum Verwaltungssystem mit besonderem Fokus auf die Ministerialverwaltung sowie zu ausgewählten Kontextfaktoren gegeben, die für das Verständnis der späteren Analysen wichtig sind. Dabei kann jeweils nur auf ausgewählte Aspekte eingegangen werden. Die Darstellungen enthalten jeweils zahlreiche Verweise auf weiterführende Literatur mit ausführlicheren und detaillierten Beschreibungen der fünf Systeme.

### 4.1. Institutioneller Kontext im Deutschen Kaiserreich

Das Deutsche Kaiserreich wird häufig als „konstitutionelle Monarchie“ kategorisiert.<sup>1</sup> In der aktuellen historischen Forschung ist jedoch die Ansicht verbreitet, dass diese Bezeichnung in ihrer Kürze dem politischen System des Deutschen Kaiserreichs nicht gerecht wird; vielmehr handele es sich beim Kaiserreich „um einen autokratischen, halbabsolutistischen Scheinkonstitutionalismus“<sup>2</sup> um eine „Mischform von preussischer Hegemonie und föderativem Reichsbund, von alter Obrigkeit und modernem Wahlrecht“<sup>3</sup> um einen „großpreussisch-kleindeutschen Bundesstaat“<sup>4</sup> und um einen „Fürstenbund mit dominantem Bundesrat“<sup>5</sup>.

Das formal parlamentarische Element des Deutschen Kaiserreiches hatte auf die politischen Entscheidungen und auf die organisationale Ausgestaltung des exekutiven Unterbaus nur begrenzt Einfluss. In den Gesetzgebungsprozess war darüber hinaus auch der Bundesrat maßgeblich involviert, der ein „Bollwerk gegen die

---

1 Vgl. zum Beispiel Eberhard Schmidt: *Rechtsentwicklung in Preußen*, Berlin 1929; Werner Conze: *Das Deutsche Reich in der deutschen Geschichte: Bruch oder Kontinuität*, in: Dieter Langewiesche (Hg.): *Das deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche*, Freiburg 1984, S. 15–27, hier S. 21; Michael Stolleis: *Öffentliches Recht in Deutschland*, München 2014.

2 Hans Ulrich Wehler: *Das Deutsche Kaiserreich, 1871–1918*, Göttingen 1994.

3 Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich*.

4 Peter Reichel: *Politische Kultur – mehr als ein Schlagwort? Anmerkungen zu einem komplexen Gegenstand und fragwürdigen Begriff*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 21 (1980), H. 4, S. 382–399.

5 Florian Lang: *Die Verwaltungselite in Deutschland und Frankreich 1871–2000. Regimewechsel und Pfadabhängigkeiten*, Baden-Baden 2005.

Parlamentarisierung bildete“.<sup>6</sup> Im Bundesrat waren Vertreter der Gliedstaaten vertreten, bei denen es sich häufig um Beamte oder Bevollmächtigte handelte und die keine direkte parlamentarische Legitimation besaßen. Eine langsame Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Bundesrat und Reichstag und eine allgemeine Aufwertung des letzteren hin zu einem „Halbparlamentarismus“<sup>7</sup> zeichnete sich erst nach 1900 ab.

Trotz der Namensgebung des politischen Systems hat der Kaiser bei der Beschreibung der Struktur des Deutschen Kaiserreichs eine vergleichsweise kleine Rolle inne; er war vor allem zuständig für den Oberbefehl über die Streitkräfte, die Berufung, Eröffnung, Schließung und – mit der Mitwirkung des Bundesrates – die Auflösung des Reichstages und die Ernennung des Reichskanzlers.<sup>8</sup> Für die Führung der Regierungsgeschäfte jedoch war vornehmlich der Reichskanzler verantwortlich. Er war aufgrund seiner alleinigen Verantwortung gegenüber dem Kaiser sowie wegen seiner gleichzeitig ausgeübten Funktion als Vorsitzender des Bundesrates die „Schlüsseligur im politischen System des Kaiserreiches“.<sup>9</sup>

Der Aufbau des administrativen Systems im Deutschen Kaiserreich spiegelt die zu Beginn des Kaiserreichs kaum veränderte politische Struktur und die allgemein vorherrschende Ablehnung gegenüber einer Ausrichtung an demokratischen beziehungsweise parlamentarischen Prinzipien wider. Es wird angenommen, dass die „vielbewunderte preußisch-deutsche Bürokratie (...) einer Parlamentarisierung im Wege stand“.<sup>10</sup> Zurückführen ließ sich dies auf eine persistierende enge Verbundenheit der Verwaltung zur monarchischen Regierung und auf die im Absolutismus erworbene Prägung der Bürokratie.<sup>11</sup> Der Verwaltungsapparat wurde daher im Verlaufe der Entwicklung des Kaiserreiches zwar ausgebaut und differenziert,<sup>12</sup> in seinen Prinzipien – insbesondere in seiner Ausrichtung nach hierarchischen Verhältnissen und in der Zentralität einer Gehorsamspflicht – jedoch nicht maßgeblich verändert. Die Verwaltung ist auch aufgrund des etablierten Lebenszeitprinzips als „beharrendes Element“<sup>13</sup> inmitten eines einsetzenden politischen Wandels zu sehen und wird im

---

6 Manfred Rauh: *Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 47), Düsseldorf 1973; vgl. auch Hans Boldt: *Deutscher Konstitutionalismus und Bismarckreich*, in: Michael Stürmer (Hg.): *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft, 1870–1918*, Unveränderter Nachdruck des erstmals 1970 erschienenen Werkes, Kronberg 1977, S. 119–142, hier S. 125.

7 Rauh, *Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich*, S. 253.

8 Werner Conze: *Ereignisse und Entwicklungen 1851–1918*, in: Dieter Langewiesche (Hg.): *Ploetz. Das deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche*, Freiburg 1984, S. 81–116, hier S. 89.

9 Gerd Fesser: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914*, Köln 2015.

10 John C. G. Röhl: *Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik*, München 2007.

11 Horst Dreier: *Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat. Genese, aktuelle Bedeutung und funktionelle Grenzen eines Bauprinzips der Exekutive*, Tübingen 1991.

12 Lang, *Die Verwaltungselite in Deutschland und Frankreich 1871–2000*, S. 29.

13 Hartwin Spenkuch: *Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des „deutschen Sonderwegs“*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), H. 2, S. 262–293.

Übrigen auch heute noch in vielen Demokratien so gesehen.<sup>14</sup> Ausgenommen vom Lebenszeitprinzip waren nur die politischen Beamten, die nach §25 des Reichsbeamtengesetzes von 1873 jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden konnten.<sup>15</sup> Den Status als politische Beamte hatten nur die höchsten Beamten des Kaiserreichs. Diese wirkten als Bindeglied zwischen der Verwaltung und der politischen Spitze. Die Möglichkeit der Versetzung dieser Personen in den einstweiligen Ruhestand sollte dazu dienen, die Macht der Verwaltung zu begrenzen und deren politische Steuerungsfähigkeit sicherzustellen. Morsey weist darauf hin, dass die Möglichkeit des einstweiligen Ruhestands durch die Reichsleitung auch zum Ausschluss politisch andersdenkender Beamter genutzt wurde.<sup>16</sup>

Aufgrund der Struktur als Bundesstaat spielten in der Praxis der Aufgabenerfüllung die verschiedenen Ausformungen von Verwaltung in den Gliedstaaten und insbesondere die preußische Verwaltung eine wichtige Rolle,<sup>17</sup> die Verwaltung blieb zunächst primär Ländersache<sup>18</sup>. Beamte der Reichsämtler wurden zumeist aus den Landesverwaltungen, insbesondere aus der Preußischen Verwaltung, rekrutiert.<sup>19</sup> Die Reichsverwaltung erfuhr im Laufe der Zeit eine kontinuierliche Erweiterung.<sup>20</sup> Diese Erweiterung geschah in den meisten Fällen durch eine „Zerlegung des (...) Reichskanzleramts“,<sup>21</sup> also durch eine Ausgliederung einzelner Aufgaben, die zunächst im Reichskanzleramt, beziehungsweise in seiner neuen Bezeichnung ab 1879 dem Reichsamt des Innern, angesiedelt waren. Erforderten diese Aufgaben immer mehr Kapazitäten und Personal, wurde sie in eine eigene Behörde überführt.<sup>22</sup> Aus den beiden zu Beginn des Kaiserreiches 1871 bestehenden obersten Bundesbehörden (Reichskanzleramt und Auswärtiges Amt) wurden so bis zum Jahr 1917 insgesamt zehn Behörden: Auswärtiges Amt, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt, Reichskolonialamt, Reichsschatzamt, Reichsmarineamt, Reichswirtschaftsamt, Reichspostamt, Reichsernährungsamt und Reichseisenbahnamt. Im Jahr 1918, in der Endphase des Kaiserreichs, kamen noch das Reichsarbeitsamt sowie das Reichsamt für Demobilisierung hinzu. Die Reichsämtler können zwar mit Blick auf ihre Aufgaben-

---

14 Vgl. zum Beispiel Aberbach/Rockman/Putnam, *Bureaucrats and politicians in western democracies*; Michael W. Bauer/B Guy Peters/Jon Pierre/Kutsal Yesilkagit/Stefan Becker: *Liberal-democratic backsliding and public administration*, Cambridge 2021.

15 Reinhard Schunke: *Die politischen Beamten*. Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors des Rechts der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes, Saarbrücken 1973.

16 Rudolf Morsey: *Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning*, in: Roman Herzog (Hg.): *Demokratie und Verwaltung*. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Schriftenreihe der Hochschule Speyer 50), Berlin 1972, S. 101–116, hier S. 103.

17 Lang, *Die Verwaltungselite in Deutschland und Frankreich 1871–2000*, S. 168.

18 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 77.

19 Hans Fenske: *Bürokratie in Deutschland. Vom späten Kaiserreich bis zur Gegenwart* (Beiträge zur Zeitgeschichte 15), Berlin 1985.

20 Dreier, *Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat*, S. 88.

21 Vanessa Conze: »Ich schwöre Treue ...«. *Der politische Eid in Deutschland zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 237), Göttingen 2020.

22 Lang, *Die Verwaltungselite in Deutschland und Frankreich 1871–2000*, S. 29–30.

erfüllung als die Vorläufer von Ministerien betrachtet werden, sie besaßen aber organisatorisch eine weniger direkte Verbindung zur politischen Sphäre: So standen an der Spitze der Reichsämters Staatssekretäre, die dem Reichskanzler untergeben waren, und nicht Minister,<sup>23</sup> die einer parlamentarischen Verantwortlichkeit ausgesetzt gewesen wären.

Mit dem 1. September 1913 wurde für unsere Datenerhebung ein Zeitpunkt gewählt, zu dem die Zahl der Reichsämters und Abteilungen im Vergleich zu den Anfangsjahren des Kaiserreichs bereits deutlich höher lag und vielfältigere Aufgaben wahrgenommen wurden. Diese Phase des Kaiserreichs war durch ein konfliktreiches politisches Klima geprägt: Infolge der sogenannten „Daily-Telegraph-Affäre“ wurde im Jahr 1908 das Vertrauen in die Monarchie und die Person des Kaisers stark erschüttert.<sup>24</sup> Der sich seit Juli 1909 im Amt befindliche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg war im Reichstag mit wechselnden Mehrheiten konfrontiert, und „die bürgerlichen Kräfte waren dabei, nach der Dominanz im politischen System zu greifen“.<sup>25</sup> Insgesamt stellte sich die politische Lage als zunehmend unvorhersehbar und konfliktträchtig dar und war von Lagerkämpfen zwischen der Reichsregierung, den politischen Parteien und den Gewerkschaften geprägt, denen von Regierungsseite auch personell entgegengesteuert werden sollte.

#### 4.2. Institutioneller Kontext in der Weimarer Republik

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Rückzug von Kaiser Wilhelm II. ins niederländische Exil am 9. November 1918 endete auch die Monarchie; es sollte nun eine Republik – von Karl Liebknecht noch mit den Zusätzen „frei“ und „sozialistisch“ versehen – entstehen. Wie tiefgreifend dieser Umbruch tatsächlich war, wird in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedlich bewertet. Betont werden die administrative Kontinuität,<sup>26</sup> die Fortsetzung der Dominanz Preußens,<sup>27</sup> aber auch die Kontinuität des Parteiensystems und der Führungsgruppen.<sup>28</sup> Einigkeit besteht darüber, dass sich die Weimarer Republik durch Krisenerlebnisse, gesellschaftliche Polarisierung und ihre äußerst geringe politische Stabilität auszeichnete, die schließlich einen wesentlichen Beitrag zu ihrem Zusammenbruch nach nur wenigen Jahren geleistet haben.

Die politische Entwicklung der Weimarer Republik lässt sich grob in drei Phasen einteilen: Die ersten fünf Jahre nach der Ausrufung der Republik können als langgezogene Gründung, die anschließenden sechs Jahre bis zur Weltwirtschaftskrise

---

23 Wilfried Loth: Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung, München 1997.

24 Conze, Ereignisse und Entwicklungen 1851–1918.

25 Loth, Das Kaiserreich, S. 139.

26 Morsey, Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning.

27 Stolleis, Öffentliches Recht in Deutschland.

28 Ursula Hoffmann-Lange: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen 1992.

1929 als Konsolidierung gesehen werden, denen eine Phase der Auflösung folgte.<sup>29</sup> Mit den Messzeitpunkten 1. September 1920 und 1. September 1927 haben wir je einen Untersuchungszeitpunkt gewählt, der exemplarisch für die Gründungs- beziehungsweise die Konsolidierungsphase steht.

Die Gründung der Republik verlief zunächst unübersichtlich. Dies ergab sich schon aus ihrer doppelten Verkündung durch Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht am 9. November 1918. Scheidemanns Ausrufung der Republik wurde von der Verkündung Friedrich Eberts als Reichskanzler begleitet, dessen Amt ihm kurz zuvor von Reichskanzler Prinz Max von Baden übertragen worden war. Das Amt des Reichspräsidenten hatte dabei, trotz der vorgesehenen parlamentarischen Wahl und Verantwortlichkeit, deutliche Ähnlichkeit mit der Position des Kaisers im vorherigen monarchischen System („Ersatzkaiser“<sup>30</sup>). Bereits im Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 (auch als „Notverfassung“ bezeichnet) wurde jedoch erstmals die Staatsgewalt in die Hände des Volkes gelegt.<sup>31</sup>

Zentral für die weitere Entwicklung der Weimarer Republik war die Formulierung einer neuen, nun langfristig angelegten Verfassung, deren Beratungsort für die Republik namensgebend wurde. Diese war in der Fassung, in der sie am 11. August 1919 vom nun durch die Nationalversammlung bestätigten Reichspräsidenten Friedrich Ebert unterschrieben wurde, das Ergebnis langwieriger Verhandlungen verschiedener politischer Parteien sowie der Reichs- und Länderebene, sodass sie schließlich zur Grundlage eines politischen Systems wurde, das an vielen Stellen „dilatatorische Formelkompromisse“<sup>32</sup> enthielt. So zeichnete sich die Weimarer Reichsverfassung (WRV) zwar dadurch aus, dass sie einen erweiterten Grundrechtskatalog enthielt, die einzelnen Artikel waren aber häufig sehr vage gehalten<sup>33</sup> und wurden somit letztendlich von den Entscheidungen im Reichstag abhängig gemacht. Bei der Entwicklung und späteren Rezeption der WRV ließ sich darüber hinaus eine „historische Belastung der Weimarer Republik durch die noch längst nicht überwundene Gedankenwelt des Kaiserreichs“<sup>34</sup> nicht ausschließen.

Die WRV vom August 1919 nannte als weiteres Organ der staatlichen Exekutive neben dem Reichspräsidenten den Reichskanzler, welcher der parlamentarisch verantwortlichen Reichsregierung vorstand.<sup>35</sup> Innerhalb dieser Reichsregierung wurden die Leiter oberster Reichsbehörden nun als Minister bezeichnet, deren Stellung im Vergleich zum Deutschen Kaiserreich gestärkt wurde, da sie nun eigenständige Res-

---

29 Robert Christian van Ooyen, *Demokratische Staats- und Verfassungslehre der Weimarer Republik* (Berliner Schriften zur Rechts- und Verfassungspolitologie 10), Frankfurt am Main 2019, hier S. 15ff.

30 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 85.

31 Michael Kotulla: *Einführung in die Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom Alten Reich bis Weimar (1495 bis 1933)*, Berlin 2007.

32 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 85.

33 Van Ooyen, *Demokratische Staats- und Verfassungslehre der Weimarer Republik*, S. 13.

34 Manfred Rauh: *Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 47), Düsseldorf 1973, S. 11.

35 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 85.

sorts führten. Insgesamt lassen sich also zahlreiche Veränderungen in den politischen Organen und ihren Kompetenzen feststellen. Das für die Besetzung von politischen Ämtern und die Zusammensetzung des Reichstags maßgebliche Parteiensystem veränderte sich jedoch kaum.<sup>36</sup>

Nach den Reichstagswahlen war es Aufgabe der gewählten Parteien, im Rahmen von Koalitionsverhandlungen eine Regierungskoalition zu bilden. Diese Verhandlungen waren in der Weimarer Republik sehr schwierig, da aufgrund der damals nicht vorhandenen Fünf-Prozent-Hürde bis zu 15 verschiedene politische Parteien im Reichstag vertreten waren. Das Weimarer Parteiensystem war nicht nur stark fragmentiert, auch die Polarisierung des Parteiensystems war hoch. Um unter diesen Umständen eine Regierungskoalition zu bilden, wurden häufig vier bis fünf Koalitionspartner benötigt. Es kam zu häufigen Regierungswechseln – insgesamt gab es in 14 Jahren 21 unterschiedliche Reichsregierungen.<sup>37</sup> Häufig in der Regierung vertreten waren die Parteien Zentrum, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die Deutsche Volkspartei (DVP). Diese wurden je nach Konstellation teils von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) oder von der Bayerischen Volkspartei (BVP) unterstützt. Fragmentierung und Polarisierung machten Kompromisslösungen vielfach fast unmöglich.<sup>38</sup> Das Beharren auf den eigenen Maximalforderungen und die weit verbreitete Wahrnehmung von Kompromissen als Niederlage führten zu einer hohen politischen Diskontinuität und Unzufriedenheit in der Bevölkerung.<sup>39</sup> Im Frühjahr 1930 zerbrach die letzte Regierungskoalition, die eine parlamentarische Mehrheit besaß. Diese bestand aus den Parteien Zentrum, SPD, DVP, BVP und DDP. Der Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte Heinrich Brüning Ende März 1930 zum Reichskanzler. Brüning verfügte über keine Mehrheit im Reichstag und regierte mit seinem Präsidialkabinett mittels der Notstandsgesetzgebung nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. In Brünings erstem Kabinett waren fünf Parteien vertreten: Zentrum, DVP, DDP, BVP und Deutschnationale Volkspartei (DNVP). Die vier Präsidialkabinette (Brüning I und II, von Papen, von Schleicher) zwischen 1930 und 1933 waren stärker als die vorherigen Koalitionsregierungen auf den Reichspräsidenten angewiesen, da er alle Gesetze mit einem Notstandserlass in Kraft setzen

---

36 Hoffmann-Lange, *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*, S. 56.

37 Bastian Strobel/Sylvia Veit: *Incomplete democratisation, system transformations, and the civil service: A case study on the Weimar Republic and the Nazi regime in Germany*, in: Michael W. Bauer/B. Guy Peters/Jon Pierre/Kutsal Yesilkagit/Stefan Becker (Hg.): *Liberal-democratic backsliding and public administration*, Cambridge 2021, S. 22–24.

38 Thomas Raiethel: *Die Haltung von Eliten, Verbänden und Parteien. Überlegungen zum Einfluss auf die Stabilität und Instabilität parlamentarischer Demokratien zwischen den Weltkriegen*, in: Christoph Gusy (Hg.): *Demokratie in der Krise: Europa in der Zwischenkriegszeit (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat 45)*, Baden-Baden 2008, S. 105–121.

39 Michael Schneider: *Historisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Krise von Weimar. Zu Verfassungsauftrag und -wirklichkeit in der ersten deutschen Republik*, in: Wolfgang Luthardt/Alfons Söllner (Hg.): *Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis*, Wiesbaden 1989, S. 27–41, hier S. 31.

musste, um den Reichstag zu umgehen.<sup>40</sup> Das Kräfteverhältnis des politischen Systems verschob sich immer weiter zugunsten der Exekutive.<sup>41</sup>

Politisch und ökonomisch waren die 14 Jahre der Weimarer Republik, die bereits dadurch einen prekären Stand hatte, dass sie „aus der Niederlage, aus dem Zusammenbruch geboren [und] mit den Umständen und den Konsequenzen dieses Zusammenbruchs voll belastet [war]“,<sup>42</sup> durch Krisenerlebnisse geprägt. In den ersten Jahren versuchten sowohl rechts- als auch linksextreme Gruppierungen, die Republik zu stürzen, beispielsweise im Rahmen des Hitlerputsches am 8./9. November 1923 in München. Im Parteiensystem etablierten sich am rechten (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/NSDAP, DNVP) und linken Rand (Kommunistische Partei Deutschlands/KPD, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands/USPD) extremistische Parteien, deren Ziel es war, die republikanische Staatsform abzuschaffen. Ökonomische Krisen wie die Hyperinflation von 1923 und die Weltwirtschaftskrise ab 1929 führten zu massenhaften Entlassungen und Armut innerhalb der Gesellschaft.

In diesen politisch instabilen Zeiten wurde die Verwaltung häufig als Stabilitätsanker gesehen.<sup>43</sup> Die Auffassung der Verwaltung als „Herzstück politischer Stabilität“<sup>44</sup> der Weimarer Republik lässt sich an zwei Sachverhalten festmachen: Die Formulierung bezieht sich zum einen auf das Selbstverständnis der Beamten, die sich mehrheitlich weiterhin zuvorderst als Staatsdiener begriffen. Das Selbstbild der klassischen Weberianischen Verwaltung, nach welchem die Verwaltung neutral, professionell und gesetzesorientiert agiert, behielt seine Prägekraft. In welchen politischen Prozessen die Gesetze zustande gekommen waren, war für die Verwaltung kaum von Bedeutung. Die administrative Sphäre war also dem Selbstverständnis der Beamten nach zunächst losgelöst von politischen Aushandlungsprozessen zu sehen; sie war „im Wesentlichen politisch steril“.<sup>45</sup>

Dieses Selbstverständnis findet sich als Ziel auch in den Rechtsgrundsätzen zur Beamtenchaft in der Weimarer Verfassung wieder: „Die Beamten sind Diener der

---

40 Paul Petzschmann: Nazi Germany and Public Administration 1933–42: The Most important Laboratory for Depression America?, in: *Public Administration* 92 (2014), H. 2, S. 259–273.

41 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 41.

42 Diemut Majer: Die Auflösung der Weimarer Republik, in: Martin Hirsch/Diemut Majer/Jürgen Meinck (Hg.): *Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945*, Köln 1984, S. 43–91, hier S. 67.

43 Dieter Rebentisch: Verfassungswandel und Verwaltungsstaat vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Jürgen Heideking/Gerhard Hufnagel/Franz Knipping (Hg.): *Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz*, Berlin/New York 1989, S. 123–150; Stefanie Middendorf: Finanzpolitische Fundamente der Demokratie? Haushaltsordnung, Ministerialbürokratie und Staatsdenken in der Weimarer Republik, in: Tim B. Müller/Adam Tooze (Hg.): *Normalität und Fragilität: Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 315–343.

44 Jane Caplan: *Government without administration. State and civil service in Weimar and Nazi Germany* (Oxford historical monographs), Oxford 1988.

45 Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz: *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln/Opladen 1960.

Gesamtheit, nicht einer Partei“ (Artikel 130 WRV). Dass das aus der Verfassung herauszulesende Gemeinwohl vielen Beamten als „nicht identisch und kongruent“<sup>46</sup> mit parteipolitisch motivierten Aushandlungsprozessen in sich ständig wandelnden Mehrheitsverhältnissen erschien, verstärkte die antidemokratische Haltung der Beamenschaft, sodass sie sich gegenüber dem neuen politischen System häufig versperrten. Vielmehr fand sich insgesamt ein „bestenfalls passive[s] Verhalten der Beamten zur demokratisch-parlamentarischen Ordnung“.<sup>47</sup>

Die Bezeichnung als Stabilitätsanker verweist jedoch auch auf die hohe personelle Kontinuität, die nach dem Umbruch des politischen Systems in allen Verwaltungszweigen vorherrschte.<sup>48</sup> Diese lässt sich nicht nur auf das Prinzip des Beamtentums als lebenslanges Dienstverhältnis zurückführen, was seitens der Beamenschaft Widerstand gegen Personalveränderungen hätte hervorrufen können. Auch durch die neue politische Leitung wurde eine „administrative Kontinuität“<sup>49</sup> angestrebt, um einen möglichst stabilen Übergang in ein neues politisches System zu sichern; die Verwaltung wurde sogar „nach Möglichkeit von revolutionären Erschütterungen abgeschirmt“.<sup>50</sup> So rief Reichspräsident Ebert von Beginn an alle Beamten dazu auf, auf ihren Positionen zu verbleiben und ihre Aufgaben ohne Unterbrechung weiter auszuführen, um das Funktionieren der Weimarer Republik zu garantieren. Insgesamt erschien es in dieser Situation der Unsicherheit (Revolution, Kämpfe um die innere Verfasstheit des Staates und so weiter) wichtiger, eine reibungslose und fachkompetente Verwaltungsarbeit sicherzustellen als einen Personalaustausch mit dem Ziel einer Stärkung demokratischer Werte in der Beamenschaft zu vollziehen. Auch das im Kaiserreich verabschiedete Reichsbeamtengesetz von 1907 blieb in der Weimarer Republik trotz einiger Reformbestrebungen, die aber ohne Ergebnis blieben,<sup>51</sup> nahezu unverändert.<sup>52</sup> Es trat somit keine umfassende „Demokratisierung“<sup>53</sup> der Beamenschaft auf; vielmehr wirkte ihre Sozialisation im hierarchischen System des Kaiserreiches stark nach.<sup>54</sup> Allerdings gab es Unterschiede zwischen den Ressorts: So wurde im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes eine „Parlamentarisierung“ versucht, indem in allen Botschaften und in der Zentrale die Mitarbeiter in den Politischen Ab-

---

46 Dreier, Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat, S. 104.

47 Hans Mommsen: Beamtentum im Dritten Reich (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 1966.

48 Van Ooyen, Demokratische Staats- und Verfassungslehre der Weimarer Republik, S. 15; Hermann Giessing: Deutsche Eliten im 20. Jahrhundert. Zusammenhangsformen von Bildungsstruktur, gesellschaftlicher Werteorientierung und Eliterekrutierung (Berichte aus der Sozialwissenschaft), Aachen 2014; Majer, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 65.

49 Morsey, Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning, S. 108.

50 Fenske, Bürokratie in Deutschland, S. 27.

51 Fenske, Bürokratie in Deutschland, S. 31.

52 Strobel/Veit, Incomplete democratisation, system transformations, and the civil service.

53 Hans Fenske: Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat, in: Roman Herzog (Hg.): Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Schriftenreihe der Hochschule Speyer 50), Berlin 1972, hier S. 136; Fenske, Bürokratie in Deutschland, S. 38.

54 Dreier, Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat, S. 104.

teilungen und alle Abteilungsleiter der übrigen Abteilungen ausgewechselt wurden, sodass Mitte 1919 nur noch ungefähr die Hälfte der 1914 dort tätigen Beamten eine Position im Auswärtigen Amt innehatte.<sup>55</sup>

Der politischen Leitung der neuen Republik war bewusst, dass die obrigkeitsstaatlich geprägte Beamtenschaft meist konservative und oft republikfeindliche Einstellungen vertrat.<sup>56</sup> Zwar leisteten Beamte ihren Amtseid nun formal auf die Verfassung statt auf eine Person,<sup>57</sup> was ihre Loyalität gegenüber der Republik ausdrücken sollte, der neuformulierte Amtseid war jedoch weniger umfassend als derjenige, den Beamte noch zu Zeiten des Kaiserreiches geleistet hatten.<sup>58</sup> Statt einer Verpflichtung „der gesamten Person auch im Privaten“<sup>59</sup> blieb die Verpflichtung zur Verfassungstreue nun auf die Ausübung des Amtes beschränkt. Zur Absicherung wurde 1922 vom Reichstag jedoch zusätzlich das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik verabschiedet. Es sollte jeden Versuch der Wiedereinführung der Monarchie aus der Beamtenschaft heraus verhindern. Die Beamten wurden in §10a dieses Gesetzes verpflichtet, im Dienst die republikanische demokratische Staatsform zu stützen. Dies beinhaltete beispielsweise ein Verbot der Kritik an Regierung und Staatsform vor Untergebenen.<sup>60</sup> Mit Artikel 130 Abs. 2 WRV wurde den Beamten allerdings grundsätzlich die „Freiheit ihrer politischen Gesinnung“ zugesichert, wodurch ein schwieriges Spannungsverhältnis entstand. Sanktionen gegen Beamte, die offen Widerspruch gegen die Republik leisteten, wurden besonders von der NSDAP als Angriff auf die Freiheit der politischen Gesinnung entsprechender Beamter gewertet.<sup>61</sup>

Ein formales Verbot der Parteimitgliedschaft von Beamten existierte – wie auch schon im Deutschen Kaiserreich – nicht. Allerdings wurde aus der Formulierung „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“ in Artikel 130 Abs. 1 der WRV ein Neutralitätsgebot abgeleitet und von vielen Beamten als de-facto-Verbot von Parteimitgliedschaften interpretiert.<sup>62</sup> Ebenso wurde ohne explizites Verbot erwartet, dass die Beamten kein Mandat in einem der Landtage oder im Reichstag hielten, um im beruflichen Alltag ihren Aufgaben neutral nachgehen zu können.<sup>63</sup>

---

55 Lars Lüdicke: Die Personalpolitik der Minister Neurath und Ribbentrop, in: Johannes Hürter/ Michael Mayer (Hg.): Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), Berlin/Boston 2014, S. 37–57, 37f.

56 Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, S. 140.

57 Dreier, Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat, S. 103.

58 Conze, »Ich schwöre Treue ...«, S. 98.

59 Conze, »Ich schwöre Treue ...«, S. 98.

60 Strobel/Veit, Incomplete democratisation, system transformations, and the civil service.

61 Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, S. 24.

62 Fenske, Bürokratie in Deutschland, S. 41; Klaus-Dieter Gössel: Beamtentum im Nationalsozialismus, in: Martin Friedensberger/Klaus-Dieter Gössel/Eberhard Schönknecht (Hg.): Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente (Veröffentlichungen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz), Bremen 2002, S. 95–142, 96ff.

63 Erich Kordt: The Public Servant in Germany, in: Public Administration 16 (1938), H. 2, S. 173–184.

Die Fortführung der Tradition politischer Beamter beschränkte diese Entwicklung.<sup>64</sup> Im Gegensatz zu den unteren und mittleren Ebenen der Verwaltung, wo das Leistungsprinzip das entscheidende Rekrutierungskriterium für Beamte war,<sup>65</sup> war für politische Beamte, die nur die höchsten Beamtenpositionen besetzten, deren Loyalität bedeutsam. Staatssekretäre und Abteilungsleiter in Reichsministerien, die Leiter der Reichsoberbehörden und ihre Stellvertreter, sowie alle Beamten, die sich mit dem Republikschutz befassten, hatten in der Weimarer Republik den Status als politische Beamte. Sie konnten deshalb nach §25 des Reichsbeamtengesetzes vom zuständigen Minister jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. In Preußen wurde die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand mehrfach genutzt, um die Beamtenenschaft zu „demokratisieren“.<sup>66</sup> Ziel der nach den Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand erfolgenden Neubesetzungen der Positionen war eine parteipolitisch paritätische Besetzung der politischen Beamtenpositionen.<sup>67</sup>

Die beschriebene Instabilität der Weimarer Republik äußerte sich gegen Ende der Konsolidierungsphase schließlich darin, dass im Reichstag keine ausreichenden Mehrheiten für eine Regierungsbildung gefunden werden konnten. Das Kabinett des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller, das im Parlament von Zentrum, SPD, DVP, BVP und DDP gestützt wurde, zerbrach im Frühjahr 1930. Am 28. März 1930 wurde durch Reichspräsident Paul von Hindenburg Heinrich Brüning zum neuen Reichskanzler ernannt. Ohne eine klare parlamentarische Mehrheit stützte sich Brüning bei der Leitung der Regierungsgeschäfte auf Artikel 48 der WRV. Aus der Formulierung „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen“ wurde ein denkbar weit verstandenes Notverordnungsrecht abgeleitet. Der Reichstag wurde so bei der Gesetzgebung marginalisiert und „auf eine bloße Tolerierungsrolle beschränkt“<sup>68</sup> und faktisch zu einem bloßen „Akklamationsorgan“<sup>69</sup> gemacht. Stattdessen wurde die Rolle des Reichspräsidenten aufgewertet,<sup>70</sup> und es kam zu einer umfassenden „Bürokratisierung der Politik“.<sup>71</sup> Die letzten Kabinette der Weimarer Republik werden deshalb als Präsidialkabinette bezeichnet.

---

64 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 44; Strobel/Veit, *Incomplete democratisation, system transformations, and the civil service*.

65 Kordt, *The Public Servant in Germany*, S. 178.

66 Carl Heyland: *Das Berufsbeamtentum im neuen demokratischen deutschen Staat. Eine staatsrechtliche Studie*, Berlin/Boston 2020.

67 Bracher/Sauer/Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 482; Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 44.

68 Albrecht Tyrell: *Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg der NSDAP*, in: Martin Broszat (Hg.): *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge*, München 2007, S. 20–33, hier S. 28.

69 Günter Plum: *Die Übernahme und Sicherung der Macht 1933/34*, in: Martin Broszat (Hg.): *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge*, München 2007, S. 34–47, hier S. 45.

70 Petzschmann, *Nazi Germany and Public Administration 1933–42*.

71 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 38.

Mit der Verfestigung der Notstandsgesetzgebung unter weitgehendem Abschluss des Reichstags ging auch eine Stärkung der Verwaltung einher,<sup>72</sup> in welcher die Ablehnung einer starken Rolle politischer Parteien und der parlamentarischen Demokratie weiterhin weit verbreitet war.<sup>73</sup> Die Entwicklung hin zu Strukturen, die der monarchistischen Tradition des Kaiserreichs ähnelten,<sup>74</sup> wurde von vielen Beamten zunächst begrüßt, erhofften sie sich doch davon mehr Stabilität und Einfluss auf die Gesetzgebung.<sup>75</sup> Das Modell der Präsidialkabinette verlor im Laufe der Zeit dennoch zunehmend an Rückhalt – sowohl in der Bevölkerung als auch in der Verwaltung.<sup>76</sup> Die Kabinette erweckten durch die Umgehung des Reichstages und eine ungenügende Kommunikation politischer Ziele nach außen den Anschein „volksferner Kameralregierungen“ und eines Ortes „mächtige[r] Sonderinteressen“.<sup>77</sup> Aufgrund der Hyperinflation zu Beginn der 1930er Jahre wurden die Löhne der Beamtenschaft deutlich gekürzt, was zu Unzufriedenheit mit der Regierung führte<sup>78</sup> und eine politische Radikalisierung insbesondere der jüngeren Beamtengeneration nach sich zog.<sup>79</sup> Dieser Entwicklung stand eine öffentlichkeitswirksame „Mobilisierung der Emotionen und Ressentiments“<sup>80</sup> seitens der Nationalsozialisten gegenüber: „Hitler [entsprach] dem herrschenden Zeitgeist“.<sup>81</sup> Durch das Versprechen, das Beamtentum wieder zu stärken<sup>82</sup> und die Kooperation der „bürgerlichen Eliten in Verwaltung und Justiz sowie in der Armee“<sup>83</sup> gelang den Nationalsozialisten ein schneller Aufstieg, der in größeren Teilen der Bevölkerung und auch der Beamtenschaft<sup>84</sup> auf Unterstützung stieß. Damit war der Ausgangspunkt für den Aufstieg der Nationalsozialisten geschaffen. Die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik fand ihr Ende, als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde.

---

72 Martin Broszat: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, Wiesbaden 2007.

73 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 38; Moritz Föllmer: *Der „kranke Volkskörper“*. Industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (2001), S. 41–67; Gössel, *Beamtentum im Nationalsozialismus*.

74 Giessing, *Deutsche Eliten im 20. Jahrhundert*, S. 261.

75 Vgl. zum Beispiel Bracher/Sauer/Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 495; Hans Mommsen: *Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 21 (1973), H. 2, S. 151–165; Middendorf, *Finanzpolitische Fundamente der Demokratie?* S. 340.

76 Strobel/Veit, *Incomplete democratisation, system transformations, and the civil service*.

77 Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 31.

78 Föllmer, *Der „kranke Volkskörper“*, S. 63.

79 Mommsen, *Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning*, S. 165.

80 Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 31.

81 Norbert Frei: *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 2007.

82 Föllmer, *Der „kranke Volkskörper“*, S. 66; Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 40; Mommsen, *Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning*, S. 165.

83 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 121.

84 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 41.

### 4.3. Institutioneller Kontext im Nationalsozialismus

Wie auch für die Untersuchung der politisch-administrativen Elite der Weimarer Republik wurden aufgrund verschiedener Entwicklungsphasen des Systems für die Erstellung eines kollektiven Sozialprofils mehrere Erhebungszeitpunkte im Nationalsozialismus ausgewählt. Dabei handelt es sich um jeweils den 1. September der Jahre 1934, 1939 und 1944.

Im Laufe des Jahres 1933 sowie in der ersten Jahreshälfte 1934 wurden zahlreiche Gesetze und Verordnungen erlassen, die eine politische Opposition gegen den Nationalsozialismus ausschalteten, politische Macht zentralisierten und monopolisierten und die Verwaltung politisierten. Die Grundlage des politischen Systems des Nationalsozialismus bildeten die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 (offiziell: die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“) und das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 (offiziell: „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“). Die Reichstagsbrandverordnung diente als die „Notkonstruktion einer Verfassung“,<sup>85</sup> das Ermächtigungsgesetz übertrug die legislativen Aufgaben der Reichsregierung und setzte damit das parlamentarische System und das Prinzip der Gewaltenteilung außer Kraft. Stattdessen entstand ein diktatorisches Regime, das auch „Züge einer theokratischen Herrschaft“<sup>86</sup> aufwies: Sämtliches staatliche Handeln wurde auf die Person des „Führers“ Adolf Hitler ausgerichtet, alles Recht fand seinen Ursprung im Willen des „Führers“ und erfuhr allein daraus eine Legitimation.<sup>87</sup> Das Kabinett als Kollektivorgan wurde de facto schrittweise in seinen Kompetenzen eingeschränkt, es trat im Laufe der Zeit immer seltener und im Februar 1938 letztmals zusammen.<sup>88</sup>

Die politischen Parteien, die in der Weimarer Republik noch eine so bedeutende – wenn auch teils zur Schwächung der politischen Handlungsfähigkeit beitragende – Rolle gespielt hatten, wurden nach der Machtergreifung 1933 schnell verdrängt: Die KPD war faktisch bereits im Februar 1933 ausgeschaltet, die SPD wurde am 17. Mai 1933 verboten. Andere, stärker konservativ orientierte Parteien wie die DNVP hofften zunächst, weiter bestehen zu können, wenn sie sich inhaltlich der NSDAP annäherten und deren Beschlüsse im Reichstag mittrugen.<sup>89</sup> Auf diese Weise entstand im Reichstag die notwendige Mehrheit zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes. Die Hoffnung der Parteien erfüllte sich jedoch nicht. Die DNVP löste sich bereits im Juni 1933 selbst auf, die Neubildung politischer Parteien wurde schließlich am 14. Juli 1933 durch das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien verboten. Das Diskussionsforum, welches politische Parteien bieten, war spätestens zu diesem Zeitpunkt

---

85 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 117.

86 Frei, *Der Führerstaat*, S. 113; Tyrell, *Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg der NSDAP*, S. 24.

87 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 121.

88 Martin Broszat: *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge*, München 2007.

89 Plum, *Die Übernahme und Sicherung der Macht 1933/34*, S. 44.

vollständig abgeschafft. Die Ausrichtung aller staatlichen Stellen auf die nationalsozialistische Ideologie wurde mit dem Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 vollendet. Mit diesem Gesetz wurde die NSDAP als „Trägerin des deutschen Staatsgedankens“ zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts von Verfassungsrang; es bestand nun keine erkennbare Grenze zwischen Regierungs- und Parteipolitik mehr. Das Gesetz wurde als „Staatsgrundgesetz“ mit dem Ermächtigungsgesetz als „Verfassungsurkunde“ des Reiches verbunden<sup>90</sup> und ermöglichte die Schaffung zahlreicher hybrider Behörden, die weder als rein staatlich noch als rein parteipolitisch definiert werden konnten. Mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934<sup>91</sup> wurde auch der Reichsrat ausgeschaltet und die föderale Struktur des Staates mit weitgehend souveränen Ländern aufgelöst. Innerhalb kurzer Zeit war damit ein vollständig von den Nationalsozialisten kontrollierter und zentralisierter Staat entstanden.

Die drastischen Veränderungen der staatlichen Organe nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten spiegelten sich auch – wenngleich zum Teil verzögert – in der personellen Besetzung zentraler Stellen wider: Nach der Selbstauflösung der DNVP blieben die bis zu diesem Zeitpunkt der Regierung angehörigen Minister zunächst im Amt. Eine vollständige strukturelle wie personelle Umgestaltung der Exekutive erfolgte schrittweise. Die erste Neugründung eines Ministeriums war das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Joseph Goebbels am 13. März 1933, kurze Zeit später folgte das Reichsluftfahrtministerium unter Hermann Göring, der zuvor bis zum 28. April 1933 noch Minister ohne Geschäftsbereich gewesen war. Die Exekutive wurde um zahlreiche Parteigenossen Hitlers erweitert. Hinzu kamen verschiedene Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Hierzu gehörten beispielsweise ab dem 1. Dezember 1933 bis zu seinem Tod Ende Juni 1934 der Chef des Stabes der SA Ernst Röhm, Rudolf Heß als Stellvertreter des „Führers“ (ab 1. Dezember 1933 bis Mai 1941) und der vorherige preußische Justizminister Hanns Kerrl ab Juni 1934. Mit dem Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg am 2. August 1934 und der Vereinigung der Ämter von Reichskanzler und Reichspräsident wurde der NS-Staat endgültig zu einem „Führerstaat“. Adolf Hitler wurde zum alleinigen, „omnipotenten“ Staatsoberhaupt.<sup>92</sup> Zum ersten Messzeitpunkt im Nationalsozialismus waren also massive Veränderungen des politischen und administrativen Systems bereits vollendet.

Die nachfolgende Zeit bis zu unserem zweiten Messzeitpunkt, dem 1. September 1939, war durch die Expansion des Deutschen Reiches und die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs geprägt. Am 1. März 1935 wurde das Saarland an das Deutsche Reich angegliedert, am 13. März 1938 kam der „Anschluss“ Österreichs hinzu, am 1. Oktober desselben Jahres besetzten deutsche Truppen das Sudetenland. Es folgten die Etablierung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ am 16. März 1939 und die

---

90 Dieter Rebentisch: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945 (Frankfurter historische Abhandlungen 29), Stuttgart 1989.

91 Plum, Die Übernahme und Sicherung der Macht 1933/34, S. 45.

92 Broszat, Das Dritte Reich im Überblick, S. 226.

Eingliederung des Memelgebietes am 23. März 1939, bevor im September 1939 der Zweite Weltkrieg begann. Aus der Erweiterung des Reichsgebietes vor Kriegsbeginn ergaben sich zahlreiche neue Posten, die besetzt werden mussten, sodass die Anzahl der Elitemitglieder zum Messzeitpunkt 1. September 1939 trotz der häufig auftretenden Ämterkumulation<sup>93</sup> deutlich höher war als fünf Jahre zuvor (siehe Kap. 3.1). Dies ergab sich zudem durch eine weitere Neuschaffung von Ministerien und Behörden im Range eines Ministeriums: Hierzu gehörten das Reichsforstamt (3. Juli 1934), die Reichsstelle für Raumordnung (29. März 1935), das Reichsministerium für Kirchliche Angelegenheiten (16. Juli 1935) und das Amt des Generalbauinspektors (30. Januar 1937). Auch kamen in dieser Phase weitere Reichsminister ohne Geschäftsbereich hinzu, wie beispielsweise der Reichsrechtsführer Hans Frank oder der ehemalige österreichische Innenminister Arthur Seyß-Inquart. Auch Spitzenbeamte wie Otto Meißner, Chef der Präsidialkanzlei, oder Hans Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei, wurden im Spätherbst 1937 zu Reichsministern befördert und vergrößerten damit das Kabinett.

Der dritte Stichtag der Erhebung, der 1. September 1944, fällt in die Endphase des NS-Regimes. In den letzten Monaten des Jahres 1939 breitete sich das Reich zunächst noch weiter aus: Am 12. Oktober 1939 erließ Hitler die Errichtung des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete, am 9. April 1940 überfiel Deutschland Norwegen und Dänemark, am 10. Mai 1940 begann der Einmarsch in die Benelux-Staaten. Zu Beginn des Jahres 1941 wurde der Russlandfeldzug geplant, im April folgten die Überfälle auf Jugoslawien und Griechenland. In Serbien wurde eine deutsche Militärverwaltung eingerichtet. Verwaltungsseitig führte der Zweite Weltkrieg – wie auch schon dessen Vorbereitung – zur Gründung weiterer Ministerien und Behörden. Dazu gehören das Generalgouvernement unter Leitung von Hans Frank, das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (17. März 1940), das Reichsministerium für die Besetzten Ostgebiete (20. April 1941) und die Position des Staatsministers für Böhmen und Mähren (20. August 1943).

Spätestens im Januar 1943 zeichnete sich die Wende des Krieges ab. Die USA und Großbritannien formulierten auf der Konferenz in Casablanca am 26. Januar 1943 die Vorstellung einer bedingungslosen Kapitulation, im November desselben Jahres einigten sich die Alliierten auf eine Aufteilung Deutschlands nach Kriegsende. Am 31. Januar 1943 kapitulierte die deutsche Armee in Stalingrad. Am 18. Februar 1943 suchte Joseph Goebbels in einer Rede die Unterstützung der Bevölkerung für den „Totalen Krieg“. Am 6. Juni 1944 startete die Invasion der Alliierten in der Normandie und damit der „Allfrontenkrieg“. Am 11. September 1944 überschritten die Alliierten erstmals die deutsche Staatsgrenze. Es dauerte bis zum 25. April 1945, bis die vorrückenden Alliierten sich bei Torgau trafen. Berlin war eingekesselt. Die deutsche Kapitulation wurde am 7. und 8. Mai zweimal unterzeichnet – einmal im US-amerikanischen Hauptquartier in Reims und einmal im sowjetischen Hauptquartier in

---

93 Vgl. zum Beispiel Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, S. 186.

Berlin. Zahlreiche NS-Eliten, unter anderen Adolf Hitler und Joseph Goebbels, hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Suizid begangen.

Das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung war im Nationalsozialismus durch die herausgehobene Stellung der staatstragenden Partei, der NSDAP, geprägt. Staats- und Parteibürokratie waren weder in ihren Aufgaben und Kompetenzen noch personell klar getrennt. Die Kontrolle der Verwaltung durch den Parteiapparat war hoch. Die Vermischung von Reichs- und Parteistrukturen schlug sich in zahlreichen Ämterkumulativen – die oben erwähnte Ernennung des Stabschefs der SA als Mitglied der Reichsregierung ist nur ein Beispiel von vielen – sowie im Phänomen der Ämterpatronage nieder. Die wiederholte Schaffung neuer Behörden und Parteistellen mit sich überschneidenden oder ähnlichen Kompetenzbereichen führte im Laufe der Entwicklung des NS-Regimes zu einem „Wildwuchs“<sup>94</sup> von Akteuren und Befugnissen sowie zu einer unübersichtlichen Verstrickung der Strukturen. Die Aufsichtsfähigkeit und der Einfluss der Ministerien wurden hierdurch deutlich geschwächt. Es entwickelte sich ein polykratisches System, in dem kein „stabiles Machtgleichgewicht zwischen den Herrschaftsträgern“<sup>95</sup> bestand. Vielmehr wurden „das Machtpotenzial des Staatsapparates und die revolutionären Triebkräfte der Bewegung in zwei Waagschalen gelegt und gewissermaßen in einem dauerhaften Schwebestand gehalten“.<sup>96</sup> Reichs- und Parteiämter, wie zum Beispiel das Auswärtige Amt und das Außenpolitische Amt der NSDAP, standen sogar häufig im direkten Konflikt zueinander. Dies stützte Hitlers Stellung im System: Konflikte stärkten die Relevanz seines Letztentscheidungsrechts, unübersichtliche Zuständigkeiten und Parallelstrukturen verdeutlichten die Notwendigkeit eines zentralen Fixpunktes politischer Macht.<sup>97</sup> Unklare Regeln und Hierarchien führten außerdem zu einer Stärkung der Orientierung an ideologischen Leitbildern und Weltanschauungselementen.<sup>98</sup>

Die inhaltlichen Leitlinien der Politik wurden vom „Führer“ festgelegt; es wird von einer „Führergesetzgebung“ gesprochen. Praktisch beschränkte sich diese „Führergesetzgebung“ aber meist auf die Formulierung allgemeiner Grundsätze, die Umsetzung lag vielfach mit relativ großen Freiheiten bei den Ministerien.<sup>99</sup> Eine Ausnahme bildeten diejenigen Reformen und politischen Projekte, an denen Hitler ein großes eigenes Interesse hatte (zum Beispiel der Umbau Berlins zur neuen „Reichshauptstadt Germania“). Aufgrund der sehr genauen Vorgaben, die Hitler in diesen

---

94 Peter Hüttenberger: Nationalsozialistische Polykratie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976), H. 4, S. 417–442; siehe auch Frei, *Der Führerstaat*, S. 84.

95 Hüttenberger, *Nationalsozialistische Polykratie*, S. 436.

96 Rebutisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg*, S. 70.

97 Hans-Ulrich Thamer: *Die Deutschen und ihre Nation. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1992; Rebutisch, *Verfassungswandel und Verwaltungsstaat vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung*.

98 Wolfgang Benz: *Konsolidierung und Konsens 1934–1939*, in: Martin Broszat (Hg.): *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge*, München 2007, S. 48–64, hier S. 53.

99 Ulrich von Hehl: *Nationalsozialistische Herrschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte 39)*, München 2001.

Fällen formulierte, zeigt sich hier tatsächlich eine „Führergesetzgebung“, die bis in die Details einer Maßnahme reicht.

Während in der Entstehungsphase der Weimarer Republik explizit das Ziel verfolgt wurde, die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung durch eine Beibehaltung von Strukturen und Personal über den Systemwechsel hinweg aufrecht zu erhalten, zeigte die NS-Führung nach der Machtergreifung kein Interesse daran, den Personalkörper der öffentlichen Verwaltung – gleich auf welcher Ebene – in seiner etablierten Form bestehen zu lassen.<sup>100</sup> Den etablierten Strukturen der Verwaltung und insbesondere der Beamenschaft wurde von politischer Seite aus Misstrauen entgegengebracht; die Beamenschaft wurde als „schwer integrierbarer Körper“<sup>101</sup> betrachtet. Deshalb wurde im NS-Staat von Beginn an eine grundlegende Veränderung von Behördenstrukturen, der Zusammensetzung des Personalkörpers sowie auch der ideologischen Ausrichtung der Mitarbeitenden angestrebt. Grundlage der personellen Säuberungen und der Ämterpatronage war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BBG) vom 7. April 1933. Bereits in der direkten Folge der Machtergreifung waren Beamte, die einer demokratischen Partei angehörten, entlassen oder in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.<sup>102</sup> Auf der Grundlage des BBG wurden dann ab dem Frühjahr 1933 systematisch Juden, „nicht-arische“ Beamte und Personen, die als „politisch unzuverlässig“ betrachtet wurden, aus dem aktiven Dienst entfernt. Als nicht-arisch galten nach dem sogenannten „Arierparagraphen“ im BBG dabei alle Personen, die einen jüdischen Eltern- oder Großelternanteil besaßen. Als politisch zuverlässig galten Personen, die der politischen Führung nicht nur grundsätzlich neutral gegenüberstanden, ihren Anweisungen Folge leisteten und die nationalsozialistische Ideologie grundsätzlich mittrugen, sondern sich auch aktiv für diese einsetzen und sie öffentlich vertraten.<sup>103</sup> Als konkrete Zeichen für eine politische Zuverlässigkeit galten zum Beispiel politisches Taktgefühl, „Führereigenschaften“, eine Bejahung des Nationalsozialismus oder auch ein besonderes Ansehen bei Personen in leitenden NS-Kreisen.<sup>104</sup> Zuschreibungen eines schlechten Verhältnisses zur Partei, ein fehlender aktiver Einsatz für den Nationalsozialismus oder auch eine Ablehnung der Todesstrafe sprachen hingegen gegen eine Beurteilung als politisch zuverlässig. Auch explizit neutrales Verhalten („weltanschaulich uneindeutig“) wurde negativ bewertet,<sup>105</sup> womit ein starker Bruch mit den klassischen beamtenrechtlichen Grundprinzipien und dem traditionellen Selbstverständnis des Beamtentums vorgenommen wurde. Für Bedienstete der öffentlichen Verwaltung konnte eine politische Zuverlässigkeit über einen entsprechenden Nachweis der NSDAP belegt werden. Die in der Bewertung von Vorgesetzten liegende politische Zuverlässigkeit wurde ab 1935 auch in den

---

100 Hehl, Nationalsozialistische Herrschaft, S. 7.

101 Fenske, Bürokratie in Deutschland, S. 48.

102 Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich; Mommsen, Die Stellung der Beamenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning; Thamer, Die Deutschen und ihre Nation.

103 Diemut Majer: Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei, Stuttgart/Berlin 1987.

104 Majer, Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems, S. 231.

105 Majer, Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems, S. 231.

Personalakten festgehalten, um bei Entscheidungen über zukünftige Besetzungs- und Beförderungsverfahren herangezogen werden zu können.

Stellen in der öffentlichen Verwaltung, die aufgrund der Entlassung von Beamten aus politischen Gründen frei geworden waren, sollten mit „Alten Kämpfern“ und „Frühen Freunden“,<sup>106</sup> also Personen, die oft bereits Anfang der 1920er Jahre, zumindest aber vor 1930 in die NSDAP eingetreten waren, besetzt werden. Dies erwies sich in der Praxis langfristig als problematisch, da diese Personen häufig nicht das für ihre Tätigkeit nötige Fach- und Dienstwissen vorweisen konnten. Die Besetzung von Stellen vornehmlich aufgrund eines parteipolitischen Hintergrundes wurde deshalb an vielen Stellen durch Vorgesetzte abgelehnt und umgangen. Trotz der Tendenzen zur Vermischung von Partei- und staatlichen Verwaltungsstrukturen „prägte das Leitbild des fachlich qualifizierten und administrativ geschulten Beamten die ministerielle Kultur“.<sup>107</sup> Traditionelle Elemente der Verwaltungskultur behielten ihre Prägekraft und konnten nicht in kurzer Zeit verdrängt werden. Eine fachliche Eignung wurde verwaltungsintern deshalb in vielen Fällen für Besetzungen und Beförderungen weiterhin als wichtiger bewertet als eine Parteiprägung; auch die Teilnahme an ideologischen Schulungen, die nach dem Deutschen Beamtengesetz vom 27. Januar 1937 als positives Merkmal bei der Entscheidung über Beförderungen herangezogen werden sollte, wurde praktisch von vielen Behörden nicht als entscheidendes Auswahlkriterium anerkannt.<sup>108</sup> Zwingende Voraussetzung wurde die ideologische Prägung und Parteimitgliedschaft jedoch für die Zulassung zur Laufbahnprüfung für alle Beamtengruppen ab 1938,<sup>109</sup> während Beamtenanwärter zuvor nur Mitglied der Hitlerjugend gewesen sein mussten.<sup>110</sup>

Das Ausmaß des Personalaustauschs auf Basis des BBG war auf den verschiedenen Verwaltungsebenen höchst unterschiedlich. Während auf kommunaler Ebene eine massive Ämterpatronage stattfand, war das Ausmaß des Personalaustauschs und der Ämterpatronage im staatlichen Bereich deutlich geringer<sup>111</sup> – insgesamt waren nach den Angaben von Fenske maximal zwei Prozent der Beamtenschaft betroffen.<sup>112</sup> Dennoch war das BBG ein effizientes Mittel zur Erreichung der beamtenpolitischen Ziele der Nationalsozialisten: „Es sorgte innerhalb der Beamtenschaft für einen ganz

---

106 Für Details zu beiden Gruppen siehe Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, S. 142.

107 Alexander Nützenadel: Einleitung, in: Alexander Nützenadel (Hg.): *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen*, Göttingen 2017, S. 11–29, hier S. 19.

108 Lisa-Marie Röhling: *Ausbildung, Karrieren und Laufbahnstruktur der mittleren Beamtenschaft*, in: Alexander Nützenadel (Hg.): *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen*, Göttingen 2017, S. 103–136, hier S. 130.

109 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 97; zitiert nach Röhling, *Ausbildung, Karrieren und Laufbahnstruktur der mittleren Beamtenschaft*, S. 125.

110 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 97; zitiert nach Röhling, *Ausbildung, Karrieren und Laufbahnstruktur der mittleren Beamtenschaft*, S. 123.

111 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 41.

112 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 43.

erheblichen Anpassungsdruck und trug so erheblich dazu bei, daß der Übergang von der Republik zur Diktatur sich im administrativen Bereich reibungslos vollzog.<sup>113</sup>

Insgesamt ergibt sich das Bild einer Verwaltung, die zwar in hohem Maße parteipolitisiert war, dennoch aber weder komplett von der NSDAP vereinnahmt und gesteuert werden konnte noch einen vollständigen Bruch mit den bisherigen Verwaltungstraditionen vollzog. Auch personell gab es – vor allem auf den unteren und mittleren Verwaltungsebenen sowie in eher technisch geprägten und politisch weniger salienten Ressorts – zahlreiche Kontinuitäten zur Weimarer Republik. Trotz der vorhandenen Ämterpatronage und personellen „Säuberungen“ blieb der Personalaustausch insgesamt begrenzt. Hinsichtlich der parteipolitischen Durchdringung und Steuerung der Verwaltungsarbeit war die NS-Ministerialverwaltung kein monolithischer Block, sondern es existierten erhebliche Unterschiede zwischen den Ressorts.

#### 4.4. Institutioneller Kontext in der DDR

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht oblag den Siegermächten die Herrschaftsgewalt über die vier Besatzungszonen in Deutschland. Im östlichen Teil Deutschlands wurde die Sowjetische Militäradministration (SMAD) als „oberstes Machtorgan“<sup>114</sup> der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) installiert. Mit der Unterstützung der in ihrem Dienste stehenden deutschen Kommunisten, wie der aus dem sowjetischen Exil entsandten „Gruppe Ulbricht“, ordnete die SMAD das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in der SBZ nach sowjetischem Vorbild umfassend um, kontrollierte es und schuf einen fließenden Übergang von der NS-Diktatur in eine linke Parteidiktatur.<sup>115</sup>

Bereits am 10. Juni 1945 verkündete der Oberste Chef der SMAD mit dem Befehl Nr. 2 die Zulassung der Bildung antifaschistischer Parteien im Herrschaftsgebiet der SBZ, deren Agieren „unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und in Übereinstimmung mit den von ihr herausgegebenen Instruktionen“ stehen sollte. Umgehend folgten die Gründung und Zulassung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) auf dem Gebiet der SBZ.<sup>116</sup> Noch im Juni 1945 verbanden sich die vier Parteien dem Aufruf der KPD und der Order der SMAD folgend in einem Parteienblock, der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, in welchem das Prinzip der Einstimmigkeit festgesetzt war. Innerhalb des Parteienblocks nahm die unter der

---

113 Fenske, Bürokratie in Deutschland, S. 43.

114 Martin Sabrow: Macht und Herrschaft, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 28–48, hier S. 29.

115 Sabrow, Macht und Herrschaft, S. 29; Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990, Köln/Weimar/Wien 2013; Ulrich Mähler: Geschichte der DDR. 1949–1990, Jena 2013; Eckhard Jesse: Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90, Köln/Weimar/Wien 2011.

116 Mähler, Geschichte der DDR, S. 7.

Schirmherrschaft der Sowjetunion stehende und durch die SMAD bevorrechtigte KPD die führende Rolle ein.<sup>117</sup> So war der politische Einflussbereich der durch die SMAD kontrollierten und um die KPD drapierten Blockparteien in der SBZ bereits in ihrer Entstehungsphase stark beschnitten worden.<sup>118</sup>

Bedingt durch ihren verstärkten Mitgliederzulauf wurde die SPD durch die SMAD zunehmend als potenzielle Bedrohung für die Führungsrolle der KPD im Parteiensystem und folglich als Risiko für die Umsetzung der sowjetischen Idee innerhalb Deutschlands wahrgenommen. Unter dem Druck der SMAD fusionierten die KPD und die SPD als die beiden „Arbeiterparteien“<sup>119</sup> der SBZ im Jahr 1946 schließlich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).<sup>120</sup> Waren zentrale Funktionen innerhalb der SED vorerst paritätisch mit Kommunisten und Sozialdemokraten besetzt, so verloren die Sozialdemokraten unter dem repressiven Einwirken der SMAD und den von dieser protegierten Kommunisten rapide an Einfluss.<sup>121</sup> An die Organisationsform der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) angelehnt, wurde die SED in den folgenden Jahren umgeformt: Mehrere Parteisäuberungen und die Strukturierung der Partei nach dem Organisationsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ schlossen innerparteiliche Debatten und das Mitbestimmungsrecht von Parteimitgliedern außerhalb der Führungsriege der SED alsbald aus.<sup>122</sup> Das strengen Hierarchien folgende System des „demokratischen Zentralismus“ regelte fortan, dass die jeweils höheren Parteiorgane die ihnen untergeordneten Parteiorgane in allen Belangen bindend anwies und deren Beschlüssen unbedingt Folge zu leisten war, „[d]ie Parteiführung setzte mittels dieses Prinzips ihre Politik durch und verhinderte somit auch die Entfaltung innerparteilicher Demokratie“.<sup>123</sup>

Der Entwicklung eines von Pluralismus geprägten politischen Systems innerhalb der SBZ sperrten sich SMAD und SED außerdem durch die Einführung des Systems der Einheitslistenwahl: Resultierend aus den Ergebnissen der Landtagswahlen im Jahr 1946, in denen die SED trotz manipulativer Eingriffe der SMAD in keinem der fünf Landesparlamente die erhoffte absolute, wenn auch in allen Fällen die relative Mehrheit der Stimmen auf sich hatte vereinen können, wurde in der SBZ schließlich zur Machtsicherung der Kommunisten die Einheitslistenwahl eingeführt und im Zuge dessen das demokratische Wahlsystem abgeschafft.<sup>124</sup> So war bereits vor der Staatsgründung der DDR die Vormachtstellung der SED mithilfe der SMAD gefestigt und der Weg in eine sozialistische Parteidiktatur unter der SED als Staatspartei geebnet worden.

Die DDR konstituierte sich am 7. Oktober 1949 durch die Inkraftsetzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Gründungsverfassung der

---

117 Mählert, Geschichte der DDR, S. 8.

118 Schroeder, Der SED-Staat, S. 511.

119 Hedwig Richter: Die DDR, Paderborn 2009.

120 Jesse, Systemwechsel in Deutschland, S. 86.

121 Mählert, Geschichte der DDR, S. 10f.

122 Jesse, Systemwechsel in Deutschland, S. 86; Richter, Die DDR, S. 19.

123 Schroeder, Der SED-Staat, S. 486.

124 Jesse, Systemwechsel in Deutschland, S. 86; Richter, Die DDR, S. 14.

DDR stellte sich vordergründig als bürgerlich-demokratisch dar und orientierte sich an der Verfassung der Weimarer Republik, auch wenn sie bereits die Gewaltenteilung und eine Verfassungsgerichtsbarkeit ausschloss.<sup>125</sup> Die Verfassungstext und Verfassungsrealität waren jedoch alles andere als deckungsgleich, nach Schroeder waren „vor allem die garantierten Grundrechte der Bürger (Rede-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, das Postgeheimnis und so weiter) nicht das Papier wert, auf dem sie niedergeschrieben waren“.<sup>126</sup> Die erste Verfassung der DDR diente allem voran dazu, „die faktische Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei zu verschleiern“,<sup>127</sup> Ständen der SED Bestimmungen der Verfassung in der Ausübung ihrer marxistisch-leninistischen Staatsideologie im Weg, wurden diese missachtet, umgedeutet oder durch verfassungsändernde Gesetze angepasst.<sup>128</sup> Im Jahr 1968 wurde die Gründungsverfassung der DDR schließlich überarbeitet und die „Diskrepanz zwischen Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit beseitigt. Die neue DDR-Verfassung war die Verfassung eines marxistisch-leninistischen Staates.“<sup>129</sup> In Artikel 1 der Verfassung der DDR vom 9. April 1968 wurde nun die seit der Staatsgründung herrschende Führungsrolle der SED gegenüber dem Staat und der Gesellschaft offengelegt: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen“.

Angelehnt an die zentralistische Organisationsform der SED folgte auch der Staatsaufbau der DDR dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, an dessen Spitze die SED-Führungsriege in Form des der Partei und dem Staat vorstehenden Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der SED und ihres Vorsitzenden stand.<sup>130</sup> Das Politbüro war „das Führungszentrum und Machtzentrum der Partei und des Staates“,<sup>131</sup> dem je nach Erhebungszeitpunkt zwischen 15 und 25 Mitglieder angehörten.<sup>132</sup> Es versammelte die Kontrolle über die Staatsgewalten in sich, „die legislative, exekutive und judikative Letztinstanz konzentrierte sich in diesem Gremium, das alle wichtigen Entscheidungen in seinem Sinne bestimmen oder direkt an sich ziehen konnte“.<sup>133</sup> Dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ folgend waren die Beschlüsse und Verfügungen des Politbüros und seines jeweiligen Vorsitzenden für den ihm unterstellten Staatsapparat bindend.<sup>134</sup> Viele der Mitglieder des Politbüros

---

125 Schroeder, *Der SED-Staat*, S. 80; Jesse, *Systemwechsel in Deutschland*, S. 108.

126 Schroeder, *Der SED-Staat*, S. 91.

127 Benjamin Page: *Die Regimeeliten der DDR während der Krisen 1953 und 1989. Eine komparative Krisenstudie aus der Perspektive des Politbüros der SED*, Wiesbaden 2019.

128 Jesse, *Systemwechsel in Deutschland*, S. 207; Peter Joachim Lapp: *Der Ministerrat der DDR. Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung (Studien zur Sozialwissenschaft 49)*, Wiesbaden 1982.

129 Jesse, *Systemwechsel in Deutschland*, S. 108.

130 Schroeder, *Der SED-Staat*, 486, 522; Richter, *Die DDR*, S. 18.

131 Page, *Die Regimeeliten der DDR während der Krisen 1953 und 1989*, S. 54.

132 Richter, *Die DDR*, S. 19.

133 Schroeder, *Der SED-Staat*, S. 907.

134 Schroeder, *Der SED-Staat*, S. 521.

bekleideten als „Multifunktionäre“<sup>135</sup> hohe Ämter innerhalb des Staatsapparates und hatten in Personalunion neben ihrer Position im Politbüro andere Funktionen (zum Beispiel Mitglied des Staatsrats, Minister oder Staatssekretäre) inne. Sie „vereinten in einer Person den Partei- und Staatsfunktionär“.<sup>136</sup> Für die DDR war also die für das NS-System charakteristische Ämterkumulation und die Vermischung von Partei- und Staatsstrukturen ebenfalls typisch. Der Vorsitzende des Politbüros, der Generalsekretär beziehungsweise Erste Sekretär des ZK der SED, stand an der Spitze des Politbüros und somit praktisch an der Spitze des Staatsapparats.<sup>137</sup>

Das Parlament und formell höchste staatliche Organ der DDR war die Volkskammer. Als das erste Parlament der DDR, die Provisorische Volkskammer, berief sich am 7. Oktober 1949 der Zweite Deutsche Volksrat, ein „pseudoparlamentarisches Gremium“,<sup>138</sup> welches zuvor aus dem im Mai 1949 via Einheitsliste gewählten Dritten Deutschen Volkskongress hervorgegangen war.<sup>139</sup> Die Provisorische Volkskammer, „[d]as selbsternannte Parlament“,<sup>140</sup> wählte, wie seine Nachfolger auch, den Ministerpräsidenten beziehungsweise Vorsitzenden des Ministerrats und seine Regierung sowie das Staatsoberhaupt der DDR.<sup>141</sup> Der Regierungsbildung durch die Provisorische Volkskammer schloss sich die Auflösung der SMAD und die Übertragung ihrer Befugnisse an die Provisorische Regierung der DDR an, wobei einflussreiche Schlüsselpositionen schon hier mit ausgewählten SED-Mitgliedern besetzt worden waren und die DDR weiterhin unter der Schirmherrschaft der Sowjetunion stehen sollte.<sup>142</sup>

Grundlegend für die Besetzung von Schlüsselpositionen in der DDR war die Kaderpolitik, das heißt die Generierung und Führung fachlich und ideologisch gut ausgebildeter Leitungsfunktionäre (Kader) für verschiedene Bereiche des sozialistischen Staates.<sup>143</sup> Dem sowjetischen Vorbild folgend wurde in der DDR zur Gewährleistung der Kontrolle der SED über die Besetzung aller wichtigen Posten und Leitungsposten innerhalb des Staatsapparats, der Parteien, der öffentlichen Sicherheit, der gesellschaftlichen Massenorganisationen, der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien sowie der Volkskammer das Kader-Nomenklatursystem eingerichtet.<sup>144</sup> Die Kader-Nomenklatur war ein Verzeichnis aller relevanten Führungspositionen innerhalb der DDR und sollte die jeweiligen SED-Zuständigkeitsbereiche für deren Be-

---

135 Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat (Diktatur und Widerstand 4), Münster/Hamburg/London 2003.

136 Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 114.

137 Page, Die Regimeeliten der DDR während der Krisen 1953 und 1989, S. 55.

138 Mählert, Geschichte der DDR, S. 14.

139 Mählert, Geschichte der DDR, S. 14.

140 Richter, Die DDR, S. 16.

141 Richter, Die DDR, S. 16.

142 Schroeder, Der SED-Staat, 89f.

143 Hornbostel, Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster.

144 Einzig in die Organisationsstrukturen der Kirche griff das Kader-Nomenklatursystem nicht ein.

setzung bestimmen.<sup>145</sup> Ab 1973<sup>146</sup> wurden Informationen zu zentralen Kadern und Kaderanwärter:innen der DDR in einem elektronischen Kaderdatenspeicher (ZKDS) verwaltet, zunächst lückenhaft und selektiv, ab 1980 vollständig. Die Kaderakten waren ein zentrales Instrument zur Besetzung der Nomenklaturkader. In den Kaderakten wurden vielfältige Informationen zu einer Person, wie Personalakten, Zeugnisse, Bescheinigungen der politischen Zuverlässigkeit, Auszüge aus dem Melderegister, polizeiliche Führungszeugnisse, Informationen zur sozialen Herkunft et cetera, festgehalten.<sup>147</sup>

Bei der Besetzung von Positionen im Rahmen der Kaderpolitik „stand die politische Zuverlässigkeit in der Regel vor der fachlichen Eignung, sodass auf vielen Positionen eher Mittelmaß als fachliche Elite dominierte“.<sup>148</sup> Für die Nomenklatura, das „personelle Rückgrat der SED-Diktatur“,<sup>149</sup> galt also allem voran die Doktrin der Parteiloyalität gegenüber der SED.<sup>150</sup> Allerdings ist die Einschätzung Schröders zur Vernachlässigung fachlicher Kriterien zu differenzieren: Aufgrund von Erfahrungen mit Kompetenzproblemen der Kader und einem sich wandelnden Anforderungsprofil<sup>151</sup> gewannen in der DDR leistungsbezogene Kriterien (zum Beispiel fachliche Qualifikationen, Hochschulabschluss<sup>152</sup>) zumindest ab den 1960er Jahren für die Besetzung von Kaderpositionen an Bedeutung.<sup>153</sup> Wichtig war außerdem die Herkunft aus der Arbeiterklasse; Personen aus Familien mit akademischem Hintergrund und ohne vorherige Berufsausbildungen oder -ausübungen im handwerklichen Bereich, als Arbeiter oder Bauern, waren weniger gern gesehen. Hornborstel weist allerdings auf Basis von Analysen des ZKDS darauf hin, dass der Anteil der Personen ohne diese ideologisch gewünschten Merkmale in der DDR im Zeitverlauf größer wurde.<sup>154</sup>

Die „Personalkompetenz“<sup>155</sup> bezüglich der höchsten Positionen im Staatsapparat sowie in den Parteien und Massenorganisationen hatte das Politbüro inne, welches unter anderem über die personelle Besetzung der offiziell von der Volkskammer gewählten Regierung und des (kollektiven) Staatsoberhauptes entschied.<sup>156</sup> Der nach Vorschlag und unter Maßgabe des Politbüros von der Volkskammer gewählte Prä-

---

145 Richter, Die DDR, S. 18; Schroeder, Der SED-Staat, S. 506; Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 115.

146 Vor 1973 waren die Kaderakten in Papierform geführt und zentral von den zuständigen Kaderabteilungen der Wirtschaftsbetriebe, der Verwaltungsorgane und der SED verwaltet worden.

147 Dietmar Remy: Datenfriedhof oder Füllhorn für die DDR-Forschung? Geschichte, Funktionsweise und wissenschaftlicher Wert des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: Historical Social Research 28 (2003), H. 1–2, S. 73–107, hier S. 103–104.

148 Schroeder, Der SED-Staat, S. 509.

149 Schroeder, Der SED-Staat, S. 509.

150 Schroeder, Der SED-Staat, S. 509.

151 Hornborstel, Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster, S. 178.

152 Die Bedeutung systemnaher Studiengänge verdient hier allerdings eine genauere Betrachtung.

153 Gebauer, War die DDR eine entdifferenzierte Gesellschaft?, S. 230, 240–241.

154 Hornborstel, Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster, S. 179.

155 Schroeder, Der SED-Staat, S. 494.

156 Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 105; Schroeder, Der SED-Staat, S. 507.

sident beziehungsweise ab 1960 der unter der Leitung seines Vorsitzenden stehende Staatsrat war formell das (kollektive) Staatsoberhaupt der DDR, welches diese nach außen repräsentieren sollte und von der SED gelenkt wurde. Seine exekutiven Kompetenzen waren von geringem Ausmaß, auch übernahmen die amtierenden Generalsekretäre beziehungsweise Ersten Sekretäre des Politbüros des ZK der SED ab 1960 gemeinhin in Personalunion das Amt des Vorsitzenden des Staatsrates.<sup>157</sup>

Die Regierung der DDR beziehungsweise der Ministerrat wurde stets von einem Mitglied des Politbüros der SED angeleitet, welches in dieser Position das Amt des Ministerpräsidenten beziehungsweise des Vorsitzenden des Ministerrats innehatte.<sup>158</sup> Wie alle Staatsorgane war auch der Regierungschef trotz seiner hohen Stellung von der restlichen Parteiführung und deren Vorsitzenden abhängig und „eben doch nur der erste Erfüllungsgehilfe des Parteichefs“.<sup>159</sup> Je nach Strukturierung des Regierungsapparats, welche phasenweise variierte, bestand der Ministerrat außerdem aus Stellvertretern des Vorsitzenden, Fachministern, Staatssekretären mit eigenem Geschäftsbereich, dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, dem Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, dem Vorsitzenden der Staatlichen Stellenplankommission, dem Präsidenten der Deutschen Notenbank und dem Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates.<sup>160</sup> Die Schlüsselministerien und zentrale Positionen in den Ministerien besetzte die Führungsriege der SED stets mit SED-Mitgliedern.<sup>161</sup> Daneben bekleideten, der Idee des Scheinpluralismus folgend, auch der SED ergebene Spitzenfunktionäre der vier Blockparteien Minister- oder hohe Stellvertreterposten in der Regierung, welchen prinzipiell SED-Staatssekretäre beziehungsweise -Stellvertreter zur Seite gestellt wurden.<sup>162</sup>

Den bereits auf personeller Ebene aufs engste mit der SED verwobenen Regierungsorganen wurden darüber hinaus Fachabteilungen und -Kommissionen des ZK der SED zugeordnet, welche die verschiedenen Ministerien und Staatssekretariate mit eigenem Geschäftsbereich doppelten und diesen „als eine Art Verwaltungsstäbe“<sup>163</sup> hierarchisch vorgelagert waren. Der ZK-Fachapparat war „der Struktur des staatlichen Apparats angeglichen oder sogar in direkter Analogie zu den Staatsministerien aufgebaut“,<sup>164</sup> dabei sollte er die staatlichen Regierungs- und Verwaltungsapparate jedoch nicht ersetzen, sondern ihnen gegenüber anweisende, überprüfende und kontrollierende Funktionen haben. Den Ministerien und ihnen gleichgestellten Organen kam in dieser Konstellation die Funktion zu, nach Maßgabe des Politbüros und unter der Kontrolle der jeweiligen Abteilungen des ZK-Fachapparates beispiels-

---

157 Schroeder, *Der SED-Staat*, S. 494, 523.

158 Lapp, *Der Ministerrat der DDR*, S. 34–35.

159 Lapp, *Der Ministerrat der DDR*, S. 36.

160 Lapp, *Der Ministerrat der DDR*, S. 19.

161 Lapp, *Der Ministerrat der DDR*, S. 47f.

162 Schroeder, *Der SED-Staat*, S. 508; Udo Grashoff: *Legitimation, Repression und Kooptation in der DDR*, in: *Totalitarismus und Demokratie 1* (2012), S. 123–146; Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963*, S. 112.

163 Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963*, S. 113.

164 Lapp, *Der Ministerrat der DDR*, S. 12.

weise Gesetzes- und Verordnungsvorlagen fachlich vorzubereiten.<sup>165</sup> Erst nach einer abschließenden Prüfung und Bewilligung der Vorlagen durch das Sekretariat des ZK und dessen Politbüro wurden diese der Volkskammer zur Beschlussfassung vorgelegt.<sup>166</sup> Die Regierungsorgane sowie die Volkskammer waren also „bloße[.] Ausführungsorgane[.] der SED-Spitze“<sup>167</sup> mit wenig eigenständiger Wirkkraft. In Protokollen von Gesprächen mit DDR-Funktionären wird mehrfach davon berichtet, dass die Kontrolle und Steuerung der Verwaltungsarbeit durch die Parteiführung vor allem in den 1980er Jahren besonders stark war.<sup>168</sup> Gleichzeitig ist klar, dass auch in einem System wie dem der DDR keine vollständige Kontrolle und Steuerung möglich ist – auch hier gab es also gewisse Freiräume, Gestaltungsspielräume und Ressortunterschiede.<sup>169</sup>

Neben der Anleitung und Kontrolle des Staatsapparats durch das ZK und den Parteiapparat war die SED des Weiteren auch innerhalb der staatlichen Verwaltungen, wie auch in wichtigen Betrieben und den gesellschaftlichen Institutionen, organisiert. Die hier verorteten Parteiorganisationen und -gruppen hatten ein Kontrollrecht innerhalb der Einrichtungen und übernahmen teilweise direkte Führungsfunktionen. In diesem Sinne kontrollierte die SED die Durchführungen ihrer Beschlüsse innerhalb des Staatsapparates in organisierter Form auch von innen und griff, wenn nötig, in die ministeriellen Prozesse ein.<sup>170</sup>

Zusammenfassend sind folgende Charakteristika für die Ministerien der DDR hervorzuheben: Die Ministerien unterlagen in hohem Maße einer parteipolitischen Steuerung. Typisch waren Kaderpolitik, Ämterkumulationen und Doppelstrukturen, die die Kontrolle, Steuerung und Marginalisierung der staatlichen Ministerialverwaltung durch die Parteibürokratie des ZK zur Folge hatten.<sup>171</sup> Tiefgreifende Reformversuche des Systems gab es in der DDR vor der friedlichen Revolution 1989 mit Ausnahme des Aufstands vom 17. Juni 1953, der jedoch rasch niedergeschlagen wurde, nicht. Unzufriedene Bürger:innen zogen sich vielfach ins Private zurück oder verließen das Land, wenn ihre Ausreiseanträge genehmigt wurden. Auch Ausbürgerungen von Systemkritiker:innen wurden vorgenommen – ein prominentes Beispiel ist Wolf Biermann.<sup>172</sup> Wichtiger Bezugspunkt für die Legitimität der DDR waren die mit der sozialistischen Idee verbundenen Werte der materiellen Gleichheit und Gerechtigkeit, des Friedens und der Solidarität sowie der Antifaschismus. Insbesondere Letzterer

---

165 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 163.

166 Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963*, S. 108, 113, 115.

167 Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963*, S. 109.

168 Brigitte Zimmermann: *OhnMacht*. DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin 1992.

169 Beispielhaft beschrieben in Zimmermann, *OhnMacht*.

170 Lapp, *Der Ministerrat der DDR*, S. 12, 14; Schroeder, *Der SED-Staat*, S. 510.

171 Klaus König/Heinz Bartsch: *Verwaltungsstrukturen der DDR*, Baden-Baden 1991; Wolfgang Seibel/Arthur Benz/Heinrich Mäding: *Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung*, Baden-Baden 1993.

172 Sigrid Meuschel: *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt am Main 1992.

war identitätsstiftend,<sup>173</sup> woraus sich zumindest für die Generation, die die Gründungszeit bewusst miterlebt hatte, auch Hemmnisse für Reformen ergaben. Die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf formulierte es so: „Wir fühlten eine starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gegessen hatten.“<sup>174</sup>

#### 4.5. Institutioneller Kontext in der Bundesrepublik

Da der institutionelle Kontext in der Bundesrepublik vielen Leser:innen vertraut ist und zudem zahlreiche Übersichtswerke hierzu vorliegen,<sup>175</sup> soll an dieser Stelle vor allem auf einige für den Kontext der Ministerialverwaltung besonders wichtige Rahmenbedingungen hingewiesen werden. Zudem werden wesentliche Aspekte des Umgangs mit der NS-Vergangenheit des Verwaltungspersonals in den Gründungsjahren der Bundesrepublik umrissen.

Die Bundesrepublik ist – wie auch die Weimarer Republik – eine parlamentarische Demokratie, das heißt der/die Bundeskanzler:in als Regierungschef:in wird vom Parlament gewählt. Typisch für diese Staatsform ist außerdem, dass Minister:innen meist Parlamentsmitglieder sind. Regierungen wurden auf Bundesebene in der Vergangenheit immer als Koalitionsregierungen gebildet, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen können. Der parlamentarischen Opposition kommt eine besondere Rolle für die Kontrolle der Regierung zu. Die Bundesrepublik ist ein Föderalstaat und die Vertretung der Perspektive der heute 16 (bis 1990 elf) Bundesländer im Gesetzgebungsverfahren des Bundes wird über den Bundesrat sichergestellt. Im Bundesrat sitzen – anders als im Bundestag – keine direkt vom Volk gewählten Abgeordneten, sondern Vertreter:innen der Landesregierungen. Bundestag und Bundesrat bilden zusammen die Legislative. Zur Exekutive gehört neben der Bundesregierung der/die Bundespräsident:in mit primär repräsentativen Funktionen. Das fünfte Verfassungsorgan – das Bundesverfassungsgericht – repräsentiert die Judikative. Das Bundesverfassungsgericht ist unabhängig.

Die Bundesregierung besteht aus Bundeskanzler:in und Bundesminister:innen. Die Anzahl der Bundesministerien ist nicht verfassungsrechtlich normiert. In der Ge-

---

173 Daniela Münkkel/Ronny Heidenreich: Das DDR-Landwirtschaftsministerium – Politik und Personal, in: Horst Möller/Joachim Bitterlich/Gustavo Corni/Friedrich Kießling/Daniela Münkkel/Ulrich Schlie (Hg.): Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger, Berlin/München/Boston 2020, S. 515–650, hier S. 591.

174 Christa Wolf: Im Dialog. Aktuelle Texte, Frankfurt am Main 1990, zitiert nach Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 29.

175 Uwe Andersen/Jörg Bogumil/Stefan Marschall/Wichard Woyke: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2021; Klaus von Beyme: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2017; Mannewitz/Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland; Werner Jann/Klaus König: Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Neue Staatswissenschaften 9), Tübingen 2008; Jörg Bogumil/Werner Jann: Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Eine Einführung (Springer eBook Collection), Wiesbaden 2020; Sabine Kuhlmann/Isabella Proeller/Dieter Schimanke/Jan Ziekow: Public Administration in Germany, London 2021.

schichte der Bundesrepublik variierte deren Anzahl und schwankte zwischen 13 und 21 Bundesministerien. Die kleinste Anzahl an Bundesministerien (13) gab es in der 15. Legislaturperiode, also in der zweiten Amtszeit von Gerhard Schröder. Ursächlich hierfür war vor allem die Entscheidung, das Arbeits- und Wirtschaftsministerium zu einem „Superministerium“ unter der Leitung von Wolfgang Clement – dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit – zusammenzulegen. Die nachfolgende Bundesregierung machte diese Entscheidung wieder rückgängig. Die größte Anzahl an Bundesministerien (21) gab es in der vierten Amtszeit von Bundeskanzler Konrad Adenauer ab 1961. Bundesminister:innen leiten ihr Ressort eigenverantwortlich und haben deshalb eine starke Stellung inne. Dieses „Ressortprinzip“ ist eines von drei verfassungsrechtlich verankerten Arbeitsprinzipien der Bundesregierung. Artikel 65 des Grundgesetzes legt dazu fest: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung“. Neben dem „Ressortprinzip“ werden demnach das „Kanzlerprinzip“ und das „Kabinettsprinzip“ als grundlegende Arbeitsprinzipien der Bundesregierung definiert. Die drei Prinzipien gleichen sich gegenseitig aus – beispielsweise wird der Einfluss des/der Bundeskanzler:in durch die anderen beiden Prinzipien begrenzt.

Dennoch hat der/die Bundeskanzler:in eine herausgehobene Position inne, die sich unter anderem im bindenden Vorschlagsrecht bezüglich der Ernennung und Entlassung von Bundesminister:innen gegenüber dem/der Bundespräsident:in, in der Organisationsgewalt zur Definition von Struktur und Zuständigkeiten der Bundesministerien und in der Richtlinienkompetenz niederschlägt. Wie sich diese Richtlinienkompetenz praktisch auswirkt, ist nicht gut erforscht – Einigkeit besteht darüber, dass sie selten explizit als hierarchische Anweisung gegenüber den Ministerien praktiziert wird. Holtmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „Autoritätsreserve“.<sup>176</sup> Bekannt ist auch, dass die Praxis der Ausübung der Richtlinienkompetenz von der Person abhängt. Nimmt der Bundeskanzler eine besonders zentrale Rolle ein, wird von einer „Kanzlerdemokratie“ gesprochen. Für die Bundesrepublik wird vor allem die Regierungszeit von Konrad Adenauer als Phase einer „Kanzlerdemokratie“ kategorisiert.<sup>177</sup>

Das Ressortprinzip impliziert eine hohe ministerielle Autonomie. Diese bezieht sich auf inhaltliche und prozedurale Fragen der Vorbereitung von ersten Referentenentwürfen zu Gesetzen oder Gesetzesänderungen, die in die Zuständigkeit des Res-

---

176 Everhard Holtmann: Führen Regierungen tatsächlich? Zur Praxis gouvernementalen Handelns, Wiesbaden 2008.

177 Jost Küpper: Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer (Europäische Hochschulschriften Reihe 31, Politikwissenschaft 79), Frankfurt am Main 1985; Karlheinz Niclauß: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, Wiesbaden 2015; Roland Sturm: Deutschlands „Kanzlerdemokratie“, in: GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik 70 (2021), H. 4, S. 518–526; Jannis Lennartz: Kanzlerdemokratie, Tübingen 2023.

sorts fallen,<sup>178</sup> aber auch auf Fragen der Struktur, Organisation und des Personals der Verwaltung im Bereich des eigenen Ressorts – also für das Ministerium und dessen Geschäftsbereich, das heißt die nachgeordneten Behörden. Verwaltungsreformen und Personalpolitik sind deshalb in Deutschland nur begrenzt zentral steuerbar.<sup>179</sup> Auch für die Besetzung der Positionen von Spitzenbeamt:innen hat das Ressortprinzip Implikationen. Wenngleich diese Personalien formal vom Kabinett bestätigt werden müssen, haben die Minister:innen de facto weitreichende Entscheidungsfreiheit bei der Besetzung ihrer höchsten Beamtenpositionen. Der Tradition entsprechend sind diese Positionen mit „politischen Beamten“ zu besetzen, die laut §54 Bundesbeamtenengesetz jederzeit ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können. In den Bundesministerien werden die beiden obersten administrativen Hierarchieebenen mit „politischen Beamten“ besetzt – also die im PAE-proso-Datensatz enthaltenen Positionen der beamteten Staatssekretär:innen und der Abteilungsleiter:innen. Nach Regierungswechseln werden diese Positionen häufig neu besetzt.<sup>180</sup> Eine Ausschreibung der Stellen erfolgt nicht, persönliche und politische Loyalität spielen als Besetzungskriterien neben Fragen der Fachkompetenz eine Rolle. Für alle anderen Verwaltungspositionen, also für die Unterabteilungsleitungen, Referatsleitungen, Referent:innen und alle anderen Beschäftigten in Bundesministerien, gilt das verfassungsrechtlich verankerte Prinzip der Bestenauslese, also einer Besetzung der Stellen nach bester Eignung, Befähigung und Leistung. Eine politisch motivierte Intervention in diese Besetzungsverfahren im Sinne einer Ämterpatronage ist verfassungsrechtlich nicht zulässig und wird bei Bekanntwerden skandalisiert.

Neben den „politischen Beamten“ als administrativer Führungsebene gibt es in Bundesministerien seit 1967 auch Parlamentarische Staatssekretär:innen (PStS). Diese gehören ebenfalls zur Leitungsebene des Ministeriums, sind aber im Unterschied zu den Beamteten Staatssekretär:innen Politiker:innen. Sie besitzen ein Bundestagsmandat und sind – trotz ihrer Position in der Exekutive – keine Regierungsmitglieder. PStS werden auf Vorschlag des/der Bundeskanzler:in im Einvernehmen mit dem/der zuständigen Minister:in vom/von der Bundespräsident:in ernannt und entlassen. Sie wirken vor allem nach außen und sollen ein Bindeglied zwischen Exekutive und Parlament sein.<sup>181</sup> Die ursprüngliche Idee, mit der PStS-Position eine Art Juniorminister oder Ministerschule nach britischem Vorbild zu schaffen,<sup>182</sup> ging nicht

---

178 Sabine Kuhlmann/Sylvia Veit: The Federal Ministerial Bureaucracy, the Legislative Process and Better Regulation, in: Sabine Kuhlmann/Isabella Proeller/Dieter Schimanke/Jan Ziekow (Hg.): Public Administration in Germany, London 2021, S. 357–374.

179 Tobias Bach/Bastian Jantz/Sylvia Veit: Verwaltungspolitik als Politikfeld, in: Handbuch zur Verwaltungsreform, Wiesbaden 2010, S. 527–536.

180 Ebinger/Lux/Kintzinger/Garske, Die Deutsche Verwaltungselite der Regierungen Brandt bis Merkel II.

181 Hermann Groß/Jörg Bohnefeld: Regieren aus der zweiten Reihe: Der parlamentarische Staatssekretär im Bund, in: Klemens H. Schrenk/Markus Soldner (Hg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme, Wiesbaden 2010, S. 237–256.

182 Franz Nuscheler: Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister – Das britische Vorbild, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1 (1970), H. 1, S. 83–89.

auf.<sup>183</sup> Das Amt gilt als relativ machtlos und hat sich auch nicht als Karrierepfad in ein Ministeramt hinein etabliert. Dennoch erfüllen PStS heute wichtige Funktion in der Interaktion zwischen Minister:in/Ministerium auf der einen Seite sowie Öffentlichkeit und Parlament auf der anderen Seite – und entlasten damit das Ministeramt.<sup>184</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Politik und Verwaltung in der Bundesrepublik viel stärker voneinander getrennt sind als im Nationalsozialismus oder in der DDR und dass der Einfluss der politischen Parteien auf das Verwaltungshandeln klaren Regeln und Schranken unterliegt. Phänomene einer Politisierung der Verwaltung sind dennoch – wie in anderen parlamentarischen Demokratien auch – in einem gewissen Umfang zu beobachten.<sup>185</sup> Seit den 1980er Jahren wurden zudem die Leitungsstäbe der Ministerien deutlich ausgebaut<sup>186</sup> – und auch hier dreht sich das Personalkarussell vor und nach Wahlen und insbesondere nach Regierungswechseln in ganz erheblichem Umfang. In Kapitel 8 wird gezeigt werden, dass diese Leitungsbereiche zunehmend zu einer Sprungbrettposition in die höchsten Verwaltungsämter werden.

Bevor in den nachfolgenden Kapiteln unsere empirischen Ergebnisse präsentiert werden, soll hier noch knapp umrissen werden, welcher Weg des Umgangs mit der NS-Vergangenheit des Verwaltungspersonals in der jungen Bundesrepublik gewählt wurde. Unter Adenauer sollte im Interesse eines schnellen Aufbaus einer effektiven Verwaltung auf administrativ erfahrenes Personal aus den preußischen Ministerien und Reichsministerien zurückgegriffen werden.<sup>187</sup> Dies hatte Auswirkungen auf Personalien in allen Bundesministerien. Nach Conze et al. stammten 1950 42,9 Prozent der Abteilungsleiter in Bundesministerien aus den alten Reichsministerien.<sup>188</sup> Im Jahre 1951 wurde das „131er-Gesetz“ verabschiedet. Durch dieses Gesetz gelangten zahlreiche Beamte wieder in den Staatsdienst, die im Zuge der Entnazifizierungsmaßnahmen ihre Stellung verloren hatten. Das „131-er-Gesetz“ sicherte Personen ab, welche am 8. Mai 1945 dem öffentlichen Dienst angehört hatten und entlassen worden waren. Es wurde „eine Quotenregelung erlassen, wonach mindestens 20 Prozent der Planstellen in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen den ‚131-ern‘ vorbehalten waren“.<sup>189</sup> So wurde in der jungen Bundesrepublik eine berufliche Wiedereingliederung von Personen aus der NS-Verwaltung ermöglicht. Das Gesetz wurde am 10. April 1951

---

183 Jörn Fischer/André Kaiser: Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister, in: Politische Vierteljahresschrift (2011), Sonderheft 44, S. 198–212.

184 Groß/Bohnfeld, Regieren aus der zweiten Reihe: Der parlamentarische Staatssekretär im Bund.

185 Zum Beispiel Ebinger/Lux/Kintzinger/Garske, Die Deutsche Verwaltungselite der Regierungen Brandt bis Merkel II; Bogumil/Jann, Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland; Werner Jann/Sylvia Veit: Politics and Administration in Germany, in: Sabine Kuhlmann/Isabella Proeller/Dieter Schimanke/Jan Ziekow (Hg.): Public Administration in Germany, London 2021, S. 145–162.

186 Thurid Hustedt: Ministerialverwaltung im Wandel (Staatslehre und politische Verwaltung 18), Baden-Baden 2012.

187 Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit, S. 491.

188 Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit, S. 492.

189 Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit, S. 491.

im Bundestag fast einstimmig – bei nur zwei Enthaltungen – verabschiedet.<sup>190</sup> Allerdings war die praktische Bedeutung dieses Gesetzes nicht in allen Ressorts gleich, beispielsweise wird sie für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft heute als eher gering eingeschätzt.<sup>191</sup> Verschiedene Studien von Historiker:innen im Kontext der Erforschung der NS-Vergangenheit der Bundesministerien zeigen, dass zwar in allen Ministerien umfangreiche personelle Kontinuitäten zur NS-Verwaltung bestanden, das Ausmaß des Rückgriffs auf ehemalige NSDAP-Parteigänger und auf Personal aus den alten Reichsministerien in den Ministerien jedoch variierte.<sup>192</sup> Insgesamt wurde bei Personalentscheidungen vor allem die fachliche Kompetenz betont, die NS-Vergangenheit spielte bei der Auswahl des Verwaltungspersonals eine untergeordnete Rolle,<sup>193</sup> sodass in den Bundesministerien der jungen Bundesrepublik auch Personen arbeiteten und Karriere machten, die das NS-System aktiv unterstützt hatten.

„Die Nutzung der Funktionseliten, auch wenn sie einen hohen Belastungsgrad aufwiesen, war also politisch gewollt, weil von ihnen, wie man meinte, nicht nur das Funktionieren des neuen Staates abhing, sondern weil man davon auch eine Integrationswirkung erwartete, die, anders als in der Weimarer Republik, wesentlich zur inneren Stabilität der Bundesrepublik beitragen sollte.“<sup>194</sup>

Für die ministerielle Personalpolitik der jungen Bundesrepublik war „das Selbstbild einer über die politischen Brüche hinweg bewährten und vor allem effektiven Beamtenschaft“<sup>195</sup> prägend. Zahlreiche Ministerialbeamte, auch jene in hohen Positionen, waren früher NSDAP-Mitglieder und/oder Mitglieder anderer NS-Organisationen

---

190 Vgl. <https://dserver.bundestag.de/btp/01/01132.pdf> (aufgerufen am 30.1.2024).

191 Friedrich Kießling: Landwirtschaftsministerium und Agrarpolitik in der alten Bundesrepublik, in: Horst Möller/Joachim Bitterlich/Gustavo Corni/Friedrich Kießling/Daniela Münkler/Ulrich Schlie (Hg.): Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger, Berlin/München/Boston 2020, S. 367–512, hier S. 419.

192 Siehe zum Beispiel Bösch/Wirsching, Hüter der Ordnung; Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit, S. 496; Raithel/Weise, „Für die Zukunft des deutschen Volkes“, S. 425; Joachim Scholtz: Nur eine nachgeordnete Behörde ohne Kompetenzen? Das Reichswirtschaftsministerium 1933 bis 1945 und die Frage personeller Kontinuitäten in der Bundesrepublik, in: Manuel Becker/Christoph Studt (Hg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit im „Dritten Reich“. „Horte des Widerstandes“ oder „verbrecherische Organisationen“? Tagungsband zur XXV. Königswinterer Tagung (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. Band 17), Augsburg 2013, S. 101–127; Kießling, Landwirtschaftsministerium und Agrarpolitik in der alten Bundesrepublik.

193 Kießling, Landwirtschaftsministerium und Agrarpolitik in der alten Bundesrepublik, S. 454; Raithel/Weise, „Für die Zukunft des deutschen Volkes“, S. 424.

194 Christoph Safferling/Manfred Görtemaker: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016, S. 22; siehe auch Thomas Raithel/Niels Weise: „Für die Zukunft des deutschen Volkes“. Das bundesdeutsche Atom- und Forschungsministerium zwischen Vergangenheit und Neubeginn 1955–1972, Göttingen 2022; Hermann Lübke: Der Nationalsozialismus im Bewusstsein der deutschen Gegenwart, in: Hermann Lübke (Hg.): Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten, Paderborn, München 2007, S. 11–38.

195 Kießling, Landwirtschaftsministerium und Agrarpolitik in der alten Bundesrepublik, S. 435.

einschließlich der SS<sup>196</sup> gewesen. Von der in vielen Bundesministerien verfolgten Linie, keine Personen einzustellen, die vor 1933 der NSDAP beigetreten,<sup>197</sup> SS-Mitglieder oder eindeutige NS-Aktivisten waren, gab es Ausnahmen.<sup>198</sup> Generell wurden meist keine genaueren Nachforschungen bezüglich der Rolle der einzustellenden oder zu befördernden Person im Nationalsozialismus angestellt, wenn ein entsprechender Entnazifizierungsbescheid vorgelegt wurde.<sup>199</sup> Eine bloße NSDAP-Parteimitgliedschaft wurde nicht als hinreichender Anhaltspunkt für eine NS-Belastung gesehen.<sup>200</sup>

---

196 Ein Beispiel hierfür ist Walther Florian, Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, der SS-Mitglied war. Florian hatte zudem massive Falschangaben im Lebenslauf gemacht, die ohne Konsequenzen blieben. Vgl. Kießling, Landwirtschaftsministerium und Agrarpolitik in der alten Bundesrepublik, S. 503.

197 Bösch/Wirsching, Hüter der Ordnung, S. 21.

198 Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit, S. 494.

199 Kießling, Landwirtschaftsministerium und Agrarpolitik in der alten Bundesrepublik, S. 419.

200 Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit, S. 494.

## 5. Repräsentativität der politisch-administrativen Eliten

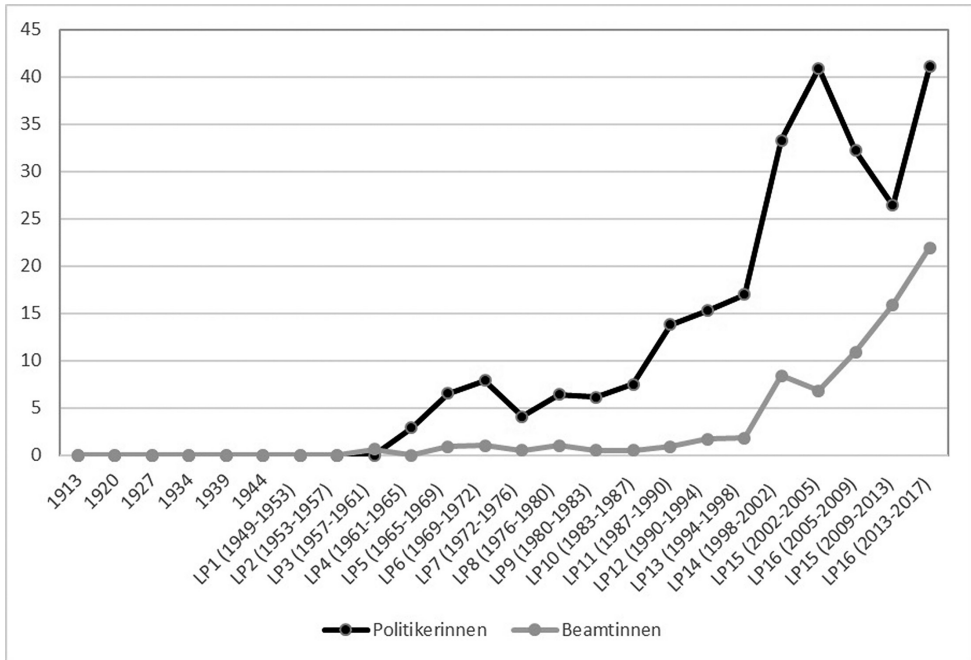
Fragen der Repräsentativität der politisch-administrativen Eliten sind eng verbunden mit dem Konzept der Elitendifferenzierung, also mit Fragen nach deren Heterogenität oder Homogenität. In diesem Kapitel werden ausgewählte Aspekte dieses komplexen Themas betrachtet. Dabei konzentrieren wir uns auf die mit der prosopografischen Methode erfassbare passive (beziehungsweise deskriptive) Repräsentativität, also auf den Grad der Repräsentation verschiedener Gruppen in der Elite. In Kapitel 5.1 wird untersucht, wie sich der Frauenanteil in der politisch-administrativen Elite über die Zeit entwickelt hat. Kapitel 5.2 nimmt die soziale Herkunft in den Blick. Kapitel 5.3 widmet sich der Religionszugehörigkeit und der regionalen Herkunft der Eliten. Kapitel 5.4 nimmt den Bildungshintergrund in den Blick und berücksichtigt dabei auch Fragen des Studienfaches und der Studienorte. Kapitel 5.5 fasst die zentralen Ergebnisse dieses Kapitels zusammen.

### 5.1. Frauenanteil

Frauen waren in der politischen und administrativen Elite lange Zeit nicht existent und anschließend über mehrere Jahrzehnte hinweg stark unterrepräsentiert. Zu unseren Messzeitpunkten im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus war jeweils keine einzige Frau in den beiden Teileliten vertreten. Auch während der ersten beiden Legislaturperioden des Deutschen Bundestages blieb dieser Zustand erhalten. Danach ging es zunächst nur langsam voran. Erst ab Ende der 1980er Jahre erreichte der Frauenanteil unter den Exekutivpolitiker:innen der Bundesrepublik zweistellige Prozentwerte. Ein deutlicher Anstieg fand dann ab Ende der 1990er Jahre statt. In der Verwaltungselite der Bundesrepublik begann der Anstieg des Frauenanteils wesentlich später als in der politischen Elite, zweistellige Prozentwerte wurden hier erstmals Mitte der 2000er Jahre, in der 16. Legislaturperiode, erreicht. In den nachfolgenden Abschnitten werden die in Abb. 1 überblicksartig abgebildeten Werte zur Entwicklung des Frauenanteils zwischen 1913 und 2017 für die fünf Systeme näher eingeordnet und kontextualisiert. Die Werte für die DDR sind in Abbildung 1 aufgrund der abweichenden Zeiträume der Legislaturperioden nicht enthalten, diese werden am Ende des Unterkapitels in einer gesonderten Grafik dargestellt.

Im *Kaiserreich*, hier repräsentiert durch den Messzeitpunkt 1913, gab es keine Frauen in der politischen oder administrativen Elite. Frauen besaßen zu dieser Zeit noch nicht einmal das Wahlrecht, wenngleich eine Einführung dieses Rechtes im Kaiserreich durch die Frauenbewegungen politisch forciert wurde. Im Februar 1985

Abb. 1 Frauenanteil an den politischen und administrativen Eliten 1913 bis 2017 (in Prozent, ohne DDR)



Quelle: PAE-proso-Datensatz

wurde ein mögliches Frauenwahlrecht erstmals im Reichstag diskutiert.<sup>1</sup> Während im 19. Jahrhundert Frauen nur in seltenen Ausnahmefällen als Gasthörerinnen in den Hörsälen der deutschen Universitäten anzutreffen waren, wurden sie zwischen 1900 und 1909 in einzelnen Bundesstaaten offiziell zur Immatrikulation zugelassen.<sup>2</sup> Unter Berücksichtigung der formalen Zugangsvoraussetzungen zu höheren Verwaltungsämtern war Frauen also auch wegen der fehlenden akademischen Qualifikationsmöglichkeiten der Zugang zur administrativen Elite verwehrt. Generell gab es im Kaiserreich nur wenige Frauen, die in der öffentlichen Verwaltung – egal auf welcher staatlichen Ebene – berufstätig waren. Eine Ausnahme bildete die Zeit des Ersten Weltkrieges, in der der Frauenanteil vor allem in den Stadtverwaltungen deutlich an-

1 Hedwig Richter: *Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich*, Berlin 2021.  
 2 Patricia Mazón: *Das akademische Bürgerrecht und die Zulassung von Frauen zu den deutschen Universitäten 1865–1914*, Berlin 2001.

stieg.<sup>3</sup> Waren Frauen in der Verwaltung tätig, so handelte sich es zumeist um einfache Unterstützungstätigkeiten wie Schreib- und einfache Registraturarbeiten.<sup>4</sup>

In der *Weimarer Republik* (Messzeitpunkte 1920 und 1927, siehe Abb. 1) blieben Frauen weiterhin aus den höchsten administrativen und politischen Ämtern des Staates ausgeschlossen. Jedoch zahlten sich die bereits länger vorhandenen Emanzipationsbestrebungen mit der Zulassung von Frauen zum Wahlrecht im Zuge der Novemberrevolution Ende 1918 und dem Einzug der ersten weiblichen Abgeordneten ins Parlament nach den Wahlen von 1919 zumindest im politischen Bereich aus.<sup>5</sup> Die erste Rede einer Frau im Reichstag hielt die Sozialdemokratin Marie Juchacz, welche die Selbstverständlichkeit dieser Entwicklung mit Blick auf den Aufbau eines demokratischen Staatssystems betonte und bezüglich der Rekrutierung von Staatsbeamten zu bedenken gab: „Mit den einfachen und mittleren Verhältnissen, aus denen die höheren Staatsbeamten [des Deutschen Kaiserreiches] hervorgegangen sind, ist es auch nicht allzuweit her. Ich habe noch nicht davon gehört, daß Söhne und Töchter von Arbeitern und Tagelöhnern in höhere staatliche Dienste genommen worden wären.“<sup>6</sup> Bis die ersten Frauen in höhere administrative Positionen gelangen konnten, sollten noch viele Jahre ins Land gehen. In der Weimarer Republik waren Frauen im Allgemeinen Verwaltungsdienst etabliert, allerdings primär in unteren und mittleren Positionen.<sup>7</sup> Nur selten waren Frauen verbeamtet, meist waren sie Angestellte oder Arbeiterinnen.<sup>8</sup>

Im *NS-Regime* (Messzeitpunkte 1934, 1939 und 1944, siehe Abb. 1) waren ebenfalls keine Frauen in den Spitzenämtern von Politik oder Verwaltung zu finden. Das im Frühjahr 1933 in Kraft getretene Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BBG) beförderte eine Verdrängung von Frauen aus der öffentlichen Verwaltung. Frauen konnten erst ab einem Alter von 35 Jahren eine unkündbare Anstellung in der Verwaltung erhalten, und verheiratete Frauen wurden weitestgehend aus ihren Positionen entlassen, sofern sie finanziell abgesichert waren.<sup>9</sup> Diese Maßnahme entsprach der klaren geschlechtsspezifischen Rollenzuteilung der nationalsozialistischen Ideologie. Während des Zweiten Weltkrieges kam es – wie auch schon zu Zeiten des Ersten Weltkrieges – zu einem Anstieg des Frauenanteils in einigen Verwaltungsbereichen, da männliche Verwaltungsangehörige aufgrund ihres Fronteinsatzes fehlten. In der Regel handelte sich dabei um vorübergehende Aushilfstätigkeiten der Frauen.<sup>10</sup>

---

3 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 22.

4 Sabine Mecking: „Chefin oder Mauerblümchen?“ Frauen in der öffentlichen Verwaltung der Bundesrepublik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), H. 3, S. 465–497.

5 Kirsten Heinsohn: „Grundsätzlich“ gleichberechtigt. Die Weimarer Republik in frauenhistorischer Perspektive, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 18–20 (2018), S. 39–45.

6 Deutsches Reich: *Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Von der 1. Sitzung am 6. Februar 1919 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919 (Verhandlungen des Reichstages 326. 1919/1920)*, Berlin 1920.

7 Mecking, „Chefin oder Mauerblümchen?“, S. 467.

8 Mecking, „Chefin oder Mauerblümchen?“, S. 468.

9 Caplan, *Government without administration*, S. 180.

10 Mecking, „Chefin oder Mauerblümchen?“, S. 468.

In der *Bundesrepublik* stieg der Frauenanteil unter den Exekutivpolitiker:innen zunächst nur langsam, erreichte aber ab Ende der 1980er Jahre unter Bundeskanzler Helmut Kohl zweistellige Prozentwerte und stieg insbesondere ab der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (Regierungsübernahme 1998) deutlich an (siehe Abb. 1). Dass der Frauenanteil für die Exekutivpolitiker:innen, die ja als Delegationselite noch stärker als die Verwaltungseliten dem Anspruch unterliegen, repräsentativ für die Bevölkerung zu sein, ab den 1960er Jahren anstieg und ab Ende der 1980er Jahre zumindest zweistellige Werte erreichte, ist vor dem Hintergrund der Frauenbewegung und gesellschaftlicher Veränderungen nur insofern verwunderlich, als dass der Frauenanteil lange Zeit immer noch vergleichsweise gering blieb. Oft erhielten Frauen zudem die weniger „mächtigen“ Ressorts. Von Beyme schreibt dazu:

„Bei der Regierungsbildung 1990 wurde die Zahl der Frauen im Kabinett auf vier von 19 erhöht. Überzeugend frauenfreundlich war diese Rekrutierungspolitik im ersten gesamtdeutschen Kabinett nicht. Das klassische Frauenressort, das Ursula Lehr verließ, wurde in drei Ressorts aufgeteilt: in ein Familien- und Seniorenministerium (Hannelore Rösch), ein Frauen- und Jugendministerium (Angela Merkel) und ein Gesundheitsministerium (Gerda Hasselfeldt). Die Manövriermasse wurde zugunsten der Frauen geteilt statt vermehrt. Das einzige Ministerium in einer meist männlichen Domäne fiel an Irmgard Schwaetzer. Sie verdrängte aber aus dem Ministerium für Städtebau eine andere Frau, Gerda Hasselfeldt (CSU), die in diesem Ressort einiges Ansehen erworben hatte. 1994 wurde diese ‚Zellteilung‘ rückgängig gemacht. Alle Proporzrücksichten traten wieder in den Hintergrund, und die beiden wichtigen Ressorts, Gesundheits- und Bauministerium, fielen an die Männer zurück.“<sup>11</sup>

Ab den 2000er und 2010er Jahren änderte sich dies sukzessive, und Frauen erhielten zunehmend auch Ministerinnenposten in den politisch einflussreicheren Ressorts. Nicht nur wurde Angela Merkel (CDU) 2005 Bundeskanzlerin, auch ihre Parteikollegin Ursula von der Leyen übernahm 2013 mit dem Verteidigungsministerium eine bisher als „männlich“ geltende Domäne. Ein anderes Beispiel ist Brigitte Zypries, die nicht nur von 2002 bis 2009 Bundesministerin der Justiz, sondern auch von 2017 bis 2018 Bundeswirtschaftsministerin war.

In der Verwaltungselite der Bundesrepublik begann der Anstieg des Frauenanteils deutlich später als in der politischen Elite; zweistellige Prozentwerte wurden hier erstmals Mitte der 2000er Jahre, in der 16. Legislaturperiode unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, erreicht (siehe Abb. 1). Erst in der dritten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gelangte mit Gabriele Wülker (geb. Weymann) überhaupt eine Frau in ein administratives Spitzenamt. Die 1911 in Frankfurt an der Oder geborene Wülker hatte während NS-Zeit ihre Promotion abgeschlossen (1939) und war von 1957 bis 1959 Staatssekretärin im Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen. Die Ressortzuordnung ist typisch für diese Zeit – dass Frauen für „Frauenthemen“ zuständig sein konnten, wurde gesellschaftlich akzeptiert. Bis die erste Frau

---

11 Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, S. 263.

in einem Kernressort eine administrative Spitzenposition einnehmen konnte, dauerte noch mehr als eineinhalb Jahrzehnte: Helga Steeg erreichte hier als erste Frau 1973 eine administrative Spitzenposition als Abteilungsleiterin im Wirtschaftsministerium.

Obwohl bereits in den 1980er Jahren erhebliche politische Anstrengungen unternommen wurden, die Gleichstellung der Geschlechter zu verbessern, unter anderem durch die Einrichtung von Gleichstellungsämtern, blieben die Ergebnisse für den Verwaltungsbereich eher bescheiden.<sup>12</sup> Laut einem Bericht der Bundesregierung<sup>13</sup> war der Frauenanteil in der Gruppe der Beamt:innen und Richter:innen im unmittelbaren Bundesdienst in der Laufbahngruppe des höheren Dienstes zwischen 1986 und 1988 beispielsweise nur um einen Prozentpunkt, von 5,2 auf 6,2 Prozent, gestiegen. Auch im gehobenen Dienst der unmittelbaren Bundesverwaltung dominierten weiterhin Männer; der Frauenanteil betrug hier 1988 12,1 Prozent und war damit im Vergleich zu 1986 um 1,6 Prozentpunkte gestiegen.<sup>14</sup> Dass sich Veränderungen im Verwaltungsbereich nur langsam umsetzen ließen, liegt auch im Verwaltungssystem selbst begründet. Stellen in der Verwaltung und insbesondere in der Ministerialverwaltung bleiben oft über lange Zeiträume von einer Person besetzt. Beförderungsstellen sind dementsprechend rar. Größere Handlungsspielräume gibt es bei den administrativen Spitzenpositionen der beamteten Staatssekretär:innen und Abteilungsleitungen, da diese Positionen mit politischen Beamt:innen besetzt werden und Minister:innen hier ohne das für andere Positionen übliche Besetzungsverfahren Personalauswahlentscheidungen durchsetzen können. Da politische Beamt:innen in Deutschland aber traditionell aus der Gruppe der Laufbahnbeamt:innen rekrutiert werden, schränkten sich die Auswahlmöglichkeiten de facto rasch ein, weil der Pool der Kandidat:innen in Unterabteilungsleitungspositionen oder anderen relevanten hohen Verwaltungspositionen (zum Beispiel Leitung einer Bundesbehörde) lange Zeit primär männlich war. Die Unterrepräsentation von Frauen in den Spitzenpositionen der Verwaltung zumindest bis Ende des 20. Jahrhunderts – nicht selten bei einer gleichzeitigen Überrepräsentation von Frauen im öffentlichen Dienst insgesamt<sup>15</sup> – ist im Übrigen kein spezifisch deutsches Phänomen, sondern existierte in fast allen Ländern weltweit.<sup>16</sup>

---

12 Vgl. auch Mecking, „Chefin oder Mauerblümchen?“, S. 497.

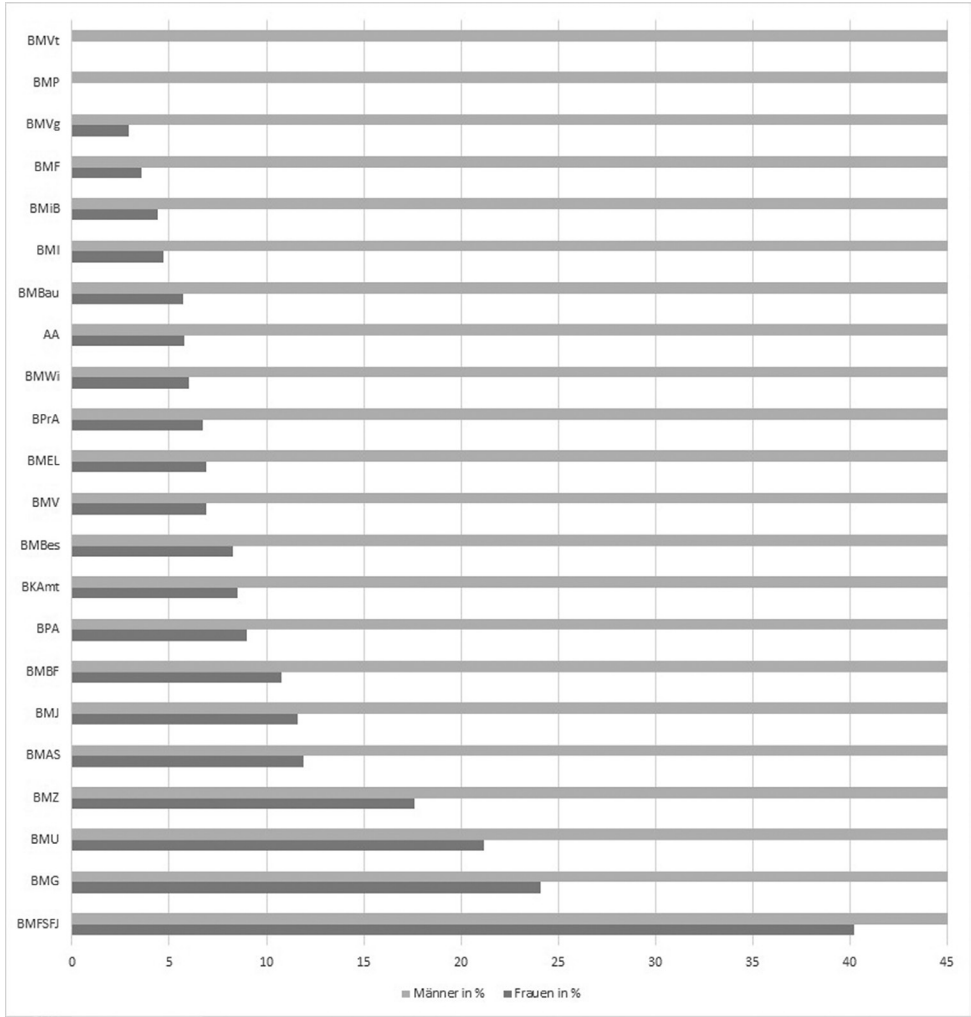
13 Deutscher Bundestag; Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der „Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung“. Berichtszeitraum 1986 bis 1988. Drucksache 11/8129 vom 15. Oktober 1990, 1990.

14 Deutscher Bundestag, Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der „Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung“. Berichtszeitraum 1986 bis 1988. Drucksache 11/8129 vom 15. Oktober 1990.

15 Jared J. Llorens/Jeffrey B. Wenger/J. Edward Kellough: Choosing Public Sector Employment: The Impact of Wages on the Representation of Women and Minorities in State Bureaucracies, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 18 (2007), H. 3, S. 397–413; Joseph Lanfranchi/Mathieu Narcy: Female Overrepresentation in Public and Nonprofit Sector Jobs, in: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 44 (2015), H. 1, S. 47–74.

16 Edward C. Page: Conclusion: Senior Officials in Western Europe, in: Edward C. Page/Vincent Wright (Hg.): *Bureaucratic élites in western European states. A comparative analysis of top officials*, Oxford 1999, S. 266–279.

Abb. 2 Frauen und Männer in der politisch-administrativen Elite der Bundesrepublik nach Ressort 1949 bis 2017



Anmerkungen: Die Ressorts hatten in der Geschichte der Bundesrepublik zum Teil andere Namen und andere Abkürzungen. Eine Übersicht der Ressorts mit den hier verwendeten Abkürzungen findet sich im Anhang. Für die Auswertungen nach Ressort wurde das 1969–1986 bestehende Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit der Kategorie Bundesfamilienministerium (Kürzel „BMFSFJ“) zugeschlagen. Das von 2002–2005 bestehende Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung wurde der Kategorie Bundesgesundheitsministerium (Kürzel „BMG“) zugeschlagen. Das von 2002–2005 bestehende Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde der Kategorie Bundeswirtschaftsministerium (Kürzel „BMWi“) zugeschlagen. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Im 21. Jahrhundert hat sich diese Unterrepräsentation in vielen Ländern verringert, wenngleich zumeist noch immer mehr Männer als Frauen in den leitenden Verwaltungspositionen zu finden sind. Dies belegen für die EU-Staaten Auswertungen des European Institute for Gender Equality (EIGE).<sup>17</sup> Für Deutschland werden die Entwicklungen seit einiger Zeit im Rahmen des Gleichstellungsindex des Statistischen Bundesamtes erfasst. Auch diese Zahlen belegen, dass zwar ein Anstieg des Frauenanteils stattgefunden hat, eine paritätische Vertretung aber nicht erreicht ist.<sup>18</sup>

Bezüglich des Frauenanteils in der politisch-administrativen Elite der Bundesrepublik im Zeitraum 1949 bis 2017 zeigen sich erhebliche Unterschiede nach Ressort (siehe Abb. 2). Während im Vertriebenministerium (1969 aufgelöst) und im Bundesministerium für Post und Telekommunikation (bestand bis 1997) keine einzige Frau in eine Spitzenposition kam und der Frauenanteil für den Gesamtzeitraum in zentralen Ressorts wie dem Verteidigungs-, Finanz- und Innenministerium teils deutlich unter fünf Prozent liegt, beträgt der Frauenanteil im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dessen Vorgängerministerien in der Bundesrepublik rund 40 Prozent. Auch das Gesundheitsministerium (24 Prozent), das Umweltministerium (21 Prozent) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (18 Prozent) haben in den Spitzenpositionen höhere Frauenanteile als die anderen Bundesministerien. Für die beiden letztgenannten Ministerien sind die höheren Werte zumindest teilweise durch deren späte Gründung zu erklären. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde 1961 gegründet, das Umweltministerium 1986. Insofern könnte man argumentieren, dass die Werte für diese Ministerium nicht mit Ministerien vergleichbar sind, die seit Gründung der Bundesrepublik bestanden.

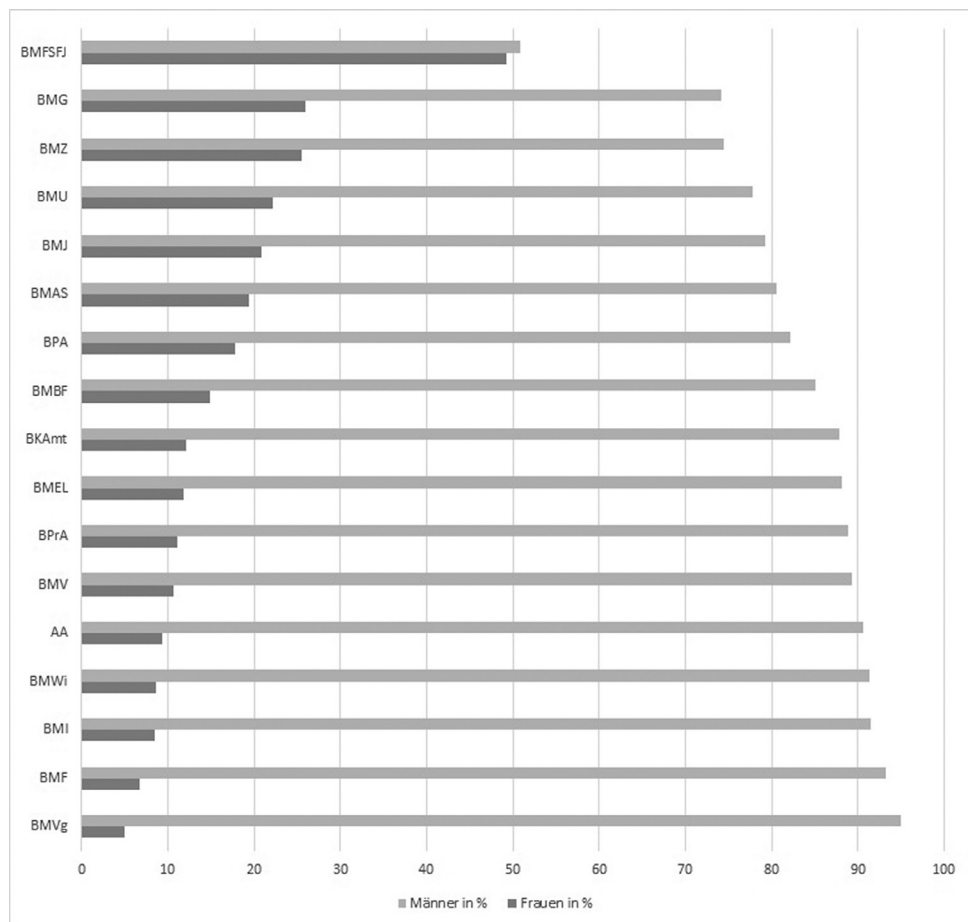
Es bietet sich deshalb ein Vergleich an, der nur die jüngeren Legislaturperioden einbezieht. Betrachtet man lediglich den Zeitraum seit 1990, ergibt sich folgendes Bild (siehe Abb. 3): Es sind weiterhin die politisch besonders bedeutsamen Kernressorts, in denen der Frauenanteil noch geringer als anderswo ist. Auch auf der Seite der Ressorts mit vergleichsweise hohen Frauenanteilen ändert sich wenig. Frauen- und Familienthemen, Gesundheit und Entwicklungshilfe wurden seit jeher eher als für Frauen passendere Themen verstanden als „harte“ Finanz-, Verteidigungs- und Wirtschaftsfragen, wenngleich hier in jüngerer Zeit ein Wandel zu beobachten ist. Auch Justiz- und Umweltressort sowie das Arbeits- und Sozialministerium weisen vergleichsweise hohe Frauenanteile in den Spitzenpositionen auf – der Frauenanteil beträgt auch hier allerdings nur rund ein Viertel oder weniger. Eine Ausnahme bildet das Familienministerium, welches schon immer höhere Frauenanteile hatte und für

---

17 European Institute for Gender Equality (EIGE), 'Gender Statistics Database', [https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm\\_admin\\_nat\\_wmid\\_natadmin/datatable](https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_admin_nat_wmid_natadmin/datatable) (Zugriff: 17. Januar 2024).

18 Statistisches Bundesamt: Gleichstellungsindex 2022. Gleichstellung von Männern und Frauen in obersten Bundesbehörden, Wiesbaden 2023.

Abb. 3 Frauen und Männer in der politisch-administrativen Elite der Bundesrepublik nach Ressort 1990–2017



Anmerkungen: Die Ressorts hatten in der Geschichte der Bundesrepublik zum Teil andere Namen und andere Abkürzungen. Eine Übersicht der Ressorts mit den hier verwendeten Abkürzungen findet sich im Anhang. Für die Auswertungen nach Ressort wurde das 1969-1986 bestehende Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit der Kategorie Bundesfamilienministerium (Kürzel „BMFSFJ“) zugeschlagen. Das von 2002-2005 bestehende Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung wurde der Kategorie Bundesgesundheitsministerium (Kürzel „BMG“) zugeschlagen. Das von 2002-2005 bestehende Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde der Kategorie Bundeswirtschaftsministerium (Kürzel „BMWi“) zugeschlagen. Quelle: PAE-proso-Datensatz

den Zeitraum 1990 bis 2017 eine nahezu paritätische Besetzung der Spitzenpositionen mit Frauen und Männern aufweist.

Über die Ursachen der Ressortunterschiede lassen sich hier nur Vermutungen anstellen, da der prosopografische Zugang für eine Analyse der Ursachen wenig geeignet ist. Naheliegender ist die Annahme, dass organisationskulturelle Unterschiede ebenso wie Unterschiede in den inhaltlichen Zuständigkeiten sowie in der politischen Macht der Ressorts hier erklärungskräftig sind.<sup>19</sup> Nicht nur für die Besetzung von politischen Regierungsämtern, sondern zumindest mittelbar auch für Spitzenämter der Verwaltung spielen zudem parteiinterne Machtstrukturen<sup>20</sup> eine Rolle. Auch die Selbstselektion von Frauen in bestimmte Ressorts und etablierte ministeriumsinterne Beförderungsstrukturen, die jeweils Auswirkungen auf den „Pool“ der Kandidat:innen für die Spitzenpositionen in der Verwaltung haben, könnten für den Frauenanteil in den administrativen Elitepositionen eine Rolle spielen.

In der DDR war die Gleichberechtigung der Frauen ein wichtiges ideologisches Element. In der Besetzung der höchsten politischen Positionen spiegelte sich dies aber allenfalls in den Anfangsjahren, und auch hier nur auf einem niedrigen Niveau, wider (siehe Abb. 4). Ab Ende der 1950er Jahre lag der Frauenanteil in der politischen Elite kontinuierlich bei rund zwei Prozent und war damit verschwindend gering. Margot Honecker war als Ehefrau<sup>21</sup> des Staatsratsvorsitzenden der DDR damit wenig typisch für die DDR.<sup>22</sup> In untergeordneteren Bereichen des Staates spielten Frauen in der DDR aber eine größere Rolle.<sup>23</sup>

Vergleicht man die Entwicklung des Frauenanteils in der DDR mit der Entwicklung in der Bundesrepublik, so zeigt sich, dass nach einem anfänglich höheren Frauenanteil in der DDR die Bundesrepublik ab Mitte der 1960er Jahre vorn lag. Dort stieg der Frauenanteil danach schrittweise an, während er in der DDR bis zum Ende auf niedrigem Niveau verharrte, mit Ausnahme von LP 10, die bereits in der Übergangsphase zur Demokratie zu verorten ist. Diese Ergebnisse decken sich mit jüngeren Erkenntnissen auf der Basis von Daten zu Kabinetten weltweit. So zeigen Nystrup et al., dass die Staatsform der Demokratie eine höhere Integration von Frauen in Regierungsämter fördert. Sie argumentieren, dass in Autokratien Mechanismen wirksam sind, die zu einer systematischen Bevorzugung von Männern führen:

---

19 Vgl. für den Fall Dänemarks: Hjalte Gram/Caroline Howard Grøn: One of the Boys? Gender Similarities and Differences in Human Capital among Senior Civil Servants in Denmark, in: *Scandinavian Political Studies* 43 (2020), H. 4, S. 241–263.

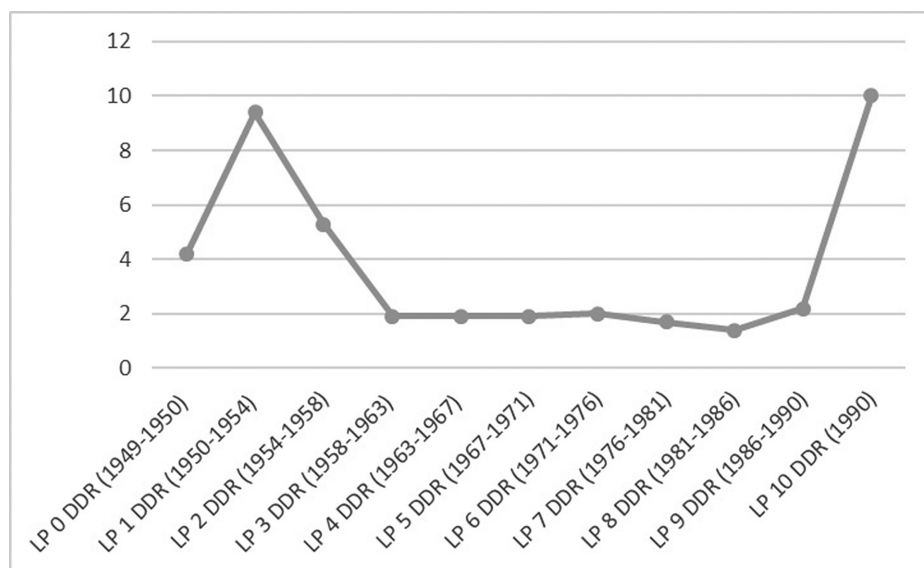
20 Joanna McKay: Women in German Politics: Still Jobs for the Boys?, in: *German Politics* 13 (2004), H. 1, S. 56–80.

21 Ehepaare in Elitepositionen waren in der DDR nicht untypisch – neben Margot und Erich Honecker ist das Ehepaar Frieda Apelt (geb. Raddünz), in der DDR bis 1956 Staatssekretärin und Stellv. Ministerin für Arbeit und Fritz Apelt, 1965 bis 1956 Staatssekretär und Stellv. Minister für Kultur der DDR, ein Beispiel hierfür.

22 Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 264.

23 Gerd Meyer: *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker* (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien 3), Tübingen 1991.

Abb. 4 Frauenanteil unter den Exekutivpolitiker:innen der DDR 1949–1990 (in Prozent)



Quelle: PAE-proso-Datensatz

„Autocrats fear a coup by inner-circle elites, who are mostly men, incentivizing them to assign ministerial positions as co-optation. In contrast, democratic leaders are accountable to the citizenry through elections and must satisfy increasing demands for gender equality. (...) Overall, we show that democracy is a process that gradually enables women to enter the highest echelons of power.“<sup>24</sup>

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Frauen in der politisch-administrativen Elite in Deutschland bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs nicht existent waren. Erst danach setzte ein mehrere Jahrzehnte andauernder Wandlungsprozess ein, der in der DDR und in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich verlief. Während in der DDR aus ideologischen Gründen vor allem in den Gründungsjahren einige Frauen in politische Spitzenpositionen in Ministerien gelangten, spielten sie nachfolgend auf dieser Ebene kaum noch eine Rolle. In der Bundesrepublik hingegen fanden sich in den Gründungsjahren ausschließlich Männer in den untersuchten politischen und administrativen Elitepositionen, während nachfolgend ein langsamer Wandel einsetzte, wobei zunächst der Frauenanteil unter den Exekutivpolitiker:innen stieg und erst Jahrzehnte später in der Verwaltungselite eine nennenswerte Anzahl an Frauen Fuß fassen konnte.

24 Nyrup/Yamagishi/Bramwell, Consolidating Progress: The Selection of Female Ministers in Autocracies and Democracies, S. 1.

## 5.2. Soziale Herkunft

Die soziale Herkunft der Führungsschichten eines Staates zeigt auf, wie offen oder verschlossen der Weg in die Elite für verschiedene gesellschaftliche Gruppen ist. Klar ist, dass auch in modernen demokratischen Staaten nicht von einer gleichwertigen Repräsentation aller gesellschaftlichen Schichten ausgegangen werden kann. Das hat verschiedene und komplexe Ursachen. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass auf dem Weg in eine Eliteposition vielfältige Selektionsprozesse stattfinden, die schon früh in der Bildungsbiografie einer Person beginnen können.

Die politisch-administrative Elite im Deutschen Kaiserreich ist dafür bekannt, dass viele wichtige Stellen von Adligen besetzt wurde.<sup>25</sup> Klaus von Beyme schreibt dazu:

„Deutschland als Land einer verspäteten, dann aber umso hektischeren Industrialisierung und Modernisierung war nach 1871 dadurch gekennzeichnet, dass sich in geringerem Maße als in einigen westeuropäischen Ländern die Durchsetzung der Vorherrschaft des Bürgertums vollzog. (...) Besitzbürgertum und Bildungsbürgertum orientierten sich weitgehend am Lebensstil des preußischen Adels. Die Spitze der Regierungsposten hatten zu zwei Fünftel Positionsinhaber adliger Herkunft inne. Noch typischer für diese Oberschicht war der Geadelte“.<sup>26</sup>

Rechnet man die Geadelten hinzu, lag der Anteil der Personen mit Adelstitel in den Schlüsselpositionen der Verwaltung des Kaiserreiches noch deutlich höher.<sup>27</sup> In unserer Datenerhebung wurde nicht zwischen dem traditionellen Adel und nobilitierten, also in den Adelsstand erhobenen, Personen, auch als „Briefadel“ bezeichnet, unterschieden. Bereits seit dem 14. Jahrhundert war es auf deutschem Gebiet üblich geworden, hohe Beamte in den Adelsstand zu erheben. Unsere Daten für das Jahr 1913 zeigen, dass Adlige zu diesem Zeitpunkt in der politisch-administrativen Elite deutlich überrepräsentiert waren: Mehr als ein Viertel der administrativen Elite im Jahr 1913 gehörte dem Adel an.<sup>28</sup>

Mit Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung wurden die „öffentlich-rechtliche[n] Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes“ (Art. 109 WRV) formal abgeschafft. De facto setzten sich aber bestehende Traditionslinien zunächst noch einige Jahre fort, wenngleich in abgeschwächter Form. So waren von den Spit-

---

25 Erwin K. Scheuch: Eliten-Konfigurationen in Deutschland, in: Stefan Hradil/Peter Imbusch (Hg.): *Oberschichten – Eliten – herrschende Klassen* (Reihe „Sozialstrukturanalyse“ 17), Wiesbaden 2003, S. 147–174, hier S. 147; Spenkuch, Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des „deutschen Sonderwegs“, S. 268.

26 Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 259.

27 Max Knight: *The German Executive 1890–1933* (Hoover Institute Studies. Series B, Elites No. 4), Stanford, Calif. 1955.

28 Bastian Strobel/Simon Scholz-Paulus/Stefanie Vedder/Sylvia Veit: *Die Politisch-Administrative Elite im Kaiserreich am 1. September 1913. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel*, Band 1, Kassel 2021.

zenbeamten 1920 elf Prozent adliger Abstammung.<sup>29</sup> Der Anteil der Personen adliger Herkunft sank nachfolgend deutlich. Bereits 1927 lag ihr Anteil in der administrativen Elite nur noch bei drei Prozent. Von den zwölf Regierungspolitikern des Jahres 1927 war eine Person adliger Abstammung.<sup>30</sup> Im Kontrast hierzu hatten insgesamt 25 der an den Stichtagen für die Jahre 1934, 1939 und 1944 erhobenen Personen eine adlige Herkunft, was rund acht Prozent der insgesamt erhobenen Fälle für das NS-System ausmacht (für Details zu den einzelnen Erhebungszeitpunkten siehe Abb. 5). Nachdem als Konsequenz des Endes der Monarchie im Laufe der Weimarer Republik der Anteil adliger Personen in der erhobenen Elite deutlich abgefallen war, stieg er also im Nationalsozialismus wieder etwas an. Der Historiker Stephan Malinowski, welcher das Verhältnis von Adel und der NS-Bewegung untersuchte, betont, dass „ein Großteil des Adels zwischen 1918 und 1933 auf einen harten Konfrontationskurs gegen die Republik“<sup>31</sup> gegangen war.<sup>32</sup> Weiter beobachtete er, dass die Beziehung zwischen dem Adel und der NS-Bewegung stets von „Affinitäten und Differenzen“<sup>33</sup> geprägt war. „[I]deologische bzw. imaginierte Gemeinsamkeiten“<sup>34</sup> fanden sich nach Malinowski insbesondere im Antisemitismus, aber auch im Antikapitalismus und der Antibürgerlichkeit beider Akteursgruppen. So näherten sich der Adel und die mittelständisch geprägte NS-Bewegung, trotz antiadliger Strömungen innerhalb der NS-Bewegung, in den späten 1920er Jahren einander an. Für das Jahr 1930 stellt Malinowski einen starken Anstieg an NSDAP-, SS- und SA-Beitritten seitens des traditionell eigentlich nicht parteipolitischen Adels fest. Im Januar 1933 war der Adel in der NSDAP im Vergleich zur Gesamtbevölkerung bereits überrepräsentiert – „[h]inzu kamen die Arrangements der Machtapparate in Militär, Landwirtschaft und Bürokratie, in denen die adligen Mitglieder der Funktionseleiten den NS-Staat auch ohne Parteimitgliedschaft stützten“.<sup>35</sup> Demel stellt hierzu fest: „Selbst fast alle späteren Attentäter vom 20. Juli 1944 – inklusive Graf Stauffenberg – hatten 1933 zu den Befürwortern einer nationalkonservativen Allianz mit Hitler gehört oder waren gar Mitglieder bzw. Sympathisanten der NSDAP gewesen.“<sup>36</sup>

Nach dem Ende des NS-Regimes zeigten die beiden deutschen Staaten eine unterschiedliche Entwicklung bezüglich des Anteils der Personen adliger Herkunft in

---

29 Bastian Strobel/Simon Scholz-Paulus/Stefanie Vedder/Sylvia Veit: Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1920. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 2, Kassel 2021.

30 Bastian Strobel/Simon Scholz-Paulus/Stefanie Vedder/Sylvia Veit: Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1927. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 3., Kassel 2021.

31 Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat (Elitenwandel in der Moderne 4), Berlin 2022.

32 Vgl. auch Walter Demel: Der europäische Adel. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2005.

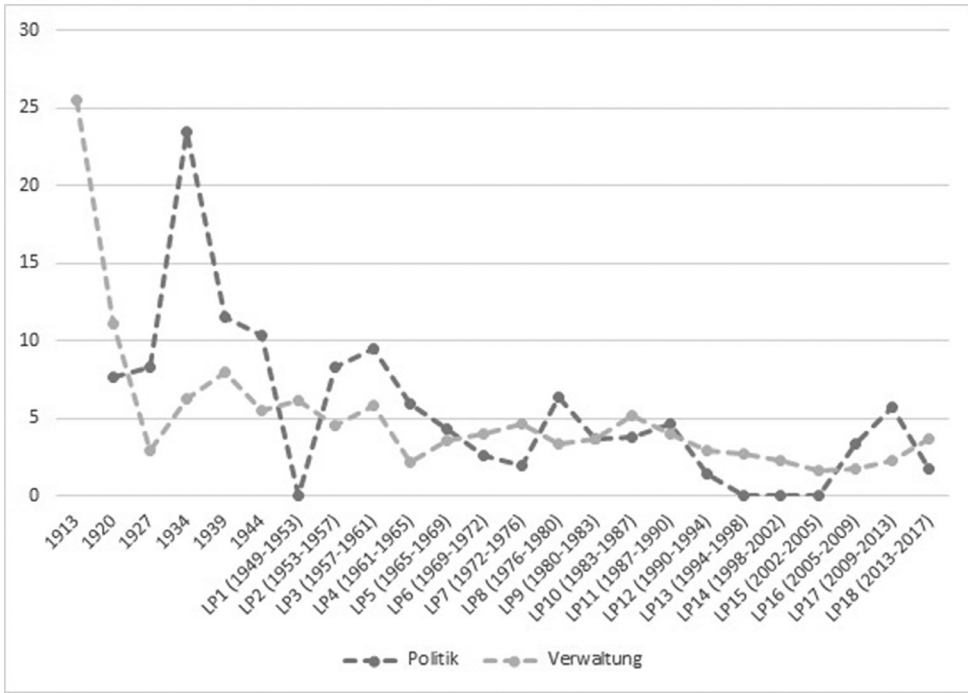
33 Malinowski, Vom König zum Führer, S. 602.

34 Malinowski, Vom König zum Führer, S. 602.

35 Malinowski, Vom König zum Führer, S. 603.

36 Demel, Der europäische Adel, S. 121.

Abb. 5 Anteil der Personen adliger Herkunft in der politischen und administrativen Elite 1913 bis 2017 (ohne DDR)



Anmerkung: Bei den Politikern ist für 1913 kein Prozentwert angegeben, da zu diesem Zeitpunkt nur zwei Personen formal als Politiker eingeteilt wurden. Quelle: PAE-proso-Datensatz

der politisch-administrativen Elite. In der DDR gab es überhaupt keine Personen mit erkennbarer adliger Abstammung in den erhobenen politischen Elitepositionen, was angesichts der Tatsache, dass der Adel und insbesondere der preußische Landadel als Feindbild diente, nicht verwundert. Die meisten Nachkommen adliger Familien blieben nach den Enteignungen nicht in der sowjetischen Besatzungszone oder der DDR. Einige wenige Personen mit adligem Familienhintergrund machten aber auch im Arbeiter- und Bauernstaat Karriere. Bekannte Beispiele sind Ferdinand Thun (zuvor: Ferdinand Graf von Thun und Hohenstein) und Karl-Eduard von Schnitzler.<sup>37</sup> Thun arbeitete in der DDR als Diplomat, unter anderem als Botschafter im Iran in den 1970er Jahren und als Ständiger Delegierter der DDR bei der Unesco in den 1980er Jahren, und gehörte der Blockpartei Nationaldemokratische Partei Deutschlands

37 Jakob Schwichtenberg: Adelige in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1961. Dissertation, Rostock 2019.

(NDPD) an. Schnitzler war Moderator der Propagandasendung „Der schwarze Kanal“ des DDR-Fernsehens.

In der Bundesrepublik hingegen blieben Personen adliger Abstammung durchgängig Teil der politisch-administrativen Elite. Dabei werden Unterschiede zwischen den Exekutivpolitiker:innen und den Spitzenbeamt:innen deutlich. In der ersten Legislaturperiode der Bundesrepublik war kein Mitglied der politischen Elite adliger Herkunft. Zwischen LP 2 und LP 12 waren Personen mit adliger Herkunft jedoch stets unter den Exekutivpolitiker:innen vertreten – in LP 6, 7 und 12 je eine Person, in den anderen Legislaturperioden des genannten Zeitraums mehrere. In LP 13 bis LP 15 gab es keine Personen adliger Abstammung in der politischen Elite, in LP 16 zwei, in LP 17 drei und in LP 18 eine Person adliger Abstammung. Unter den Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik gab es in allen Legislaturperioden einige Personen mit adligem Hintergrund, mit Spitzenwerten in den LP 1 (6,2 Prozent), 3 (5,8 Prozent) und 10 (5,2 Prozent). Den niedrigsten Anteil in der Verwaltungselite verzeichnen wir in LP 15, also in der zweiten Amtszeit von Gerhard Schröder. Damals lag der Anteil der Personen adliger Abstammung unter den Spitzenbeamt:innen bei 1,6 Prozent (siehe Abb. 5). Angesichts des sehr geringen Anteils Adliger<sup>38</sup> an der Gesamtbevölkerung wird deutlich, dass Personen adliger Abstammung in der politischen und administrativen Elite der Bundesrepublik weiterhin überrepräsentiert blieben. Diese Traditionslinie scheint also weiterhin fortzuwirken, wenngleich die neueren Werte deutlich niedriger liegen als die Ausgangswerte zu Beginn des 20. Jahrhunderts.<sup>39</sup> Auch fällt auf, dass in der Bundesrepublik zumindest phasenweise höhere Anteile der Personen adliger Abstammung in der Verwaltungselite vorlagen als in der Weimarer Republik.

Ein etablierter Zugang zur Erhebung der sozialen Herkunft mit prosopografischen Methoden ist die Erfassung des Berufs des Vaters. In unserer Datenerhebung haben wir versucht, hierzu Informationen zu gewinnen. Diese blieben aber zum Teil unvollständig. Insbesondere für die weit zurückliegenden Fälle im Kaiserreich und der Weimarer Republik konnten wir nur für wenige Fälle Informationen zum Beruf des Vaters gewinnen. Aus der Literatur lässt sich entnehmen, dass „die soziale Rekrutierung der Beamtenschaft“<sup>40</sup> während des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts häufig durch den väterlichen Beruf und dessen eigene Zugehörigkeit zur Beamtenschaft geprägt war. Eine Position des Vaters als Angestellter im öffentlichen Dienst ohne Beamtenstatus hatte keine ähnliche Wirkung, was jedoch auch auf die Struktur der öffentlichen Verwaltung zu dieser Zeit zurückgeführt werden kann; Positionen in

---

38 Adlige im historischen Sinne gibt es heute nicht mehr. Wenn hier von Adligen oder Personen adliger Herkunft die Rede ist, dann ist zu beachten, dass Adelsbezeichnungen heute zwar noch Teil des Namens sein können, aber nicht mehr verliehen werden dürfen. Es geht also um Personen mit einem Namen, der auf einen adligen Familienhintergrund hindeutet.

39 Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die Abstammung aus einer Familie mit adligem Hintergrund in unserer Datenerhebung vor allem für die Bundesrepublik und die DDR nur über den Zusatz „von“ im Nachnamen operationalisiert wurde.

40 Michael Ruck: *Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928–1972 (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland 4)*, München 1996.

der inneren Verwaltung waren fast durchgängig durch Beamte besetzt.<sup>41</sup> Höhere Beamte kamen im Kaiserreich fast nie aus Familien, die der unteren gesellschaftlichen Schicht zuzurechnen sind; mehrheitlich entstammten sie der Oberschicht. Dies galt im Übrigen nicht nur für höhere Beamte, sondern auch für andere Bereiche wie zum Beispiel Wissenschaft, Militär oder Justizwesens.<sup>42</sup> Diese Traditionslinie setzte sich in der Weimarer Republik für die Spitzenbeamten<sup>43</sup> – nicht jedoch für die Politiker – fort.<sup>44</sup>

Unsere Daten zeigen, dass auch im Nationalsozialismus viele Spitzenbeamte aus Beamtenfamilien stammten.<sup>45</sup> Die „Vererbung“ einer politischen Position war hingegen selten. Sie findet sich für die untersuchten NS-Politiker nur bei Hermann Göring, dessen Vater zunächst Reichskommissar für Deutsch-Südwestafrika und ab 1891 Konsul (spätere Bezeichnung: Ministerresident) auf Haiti war, was hier aufgrund der Rolle des Reichskommissars bei der Führung der Kolonie als politische Position gewertet wird. Zwar waren die Väter der NS-Politiker überproportional häufig Beamte, noch häufiger hatten diese aber einen beruflichen Hintergrund in der Wirtschaft – ein Muster, das in der NS-Zeit auch bei den Spitzenbeamten nicht selten zu finden ist. Dies kann sich auf die Eigenschaften der Personen, welche den Kern der NS-Bewegung bildeten, zurückführen lassen. Die NSDAP entstand – so das Ergebnis einer frühen Studie an der Stanford University auf Basis des „Führerlexikons“<sup>46</sup> – um eine Gruppe von Personen herum, die zu den „unteren Schichten der deutschen Gesellschaft“<sup>47</sup> gehörten. Ihre Familien entstammten oftmals dem kleinbürgerlichen Milieu, Handwerksberufe spielten eine wichtige Rolle.

Für die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik setzt sich die Tradition der „Beamtenväter“ in beiden Teileliten zunächst fort. In LP 1 stammten beispielsweise 56,7 Prozent der Spitzenbeamten aus einer Familie, in der der Vater im öffentlichen Dienst beschäftigt gewesen war.<sup>48</sup> Auch unter den Exekutivpolitikern der LP 1 war der Anteil der Väter mit Beschäftigung im öffentlichen Dienst ähnlich hoch. In den nachfolgenden Legislaturperioden veränderte sich dies kaum.

Erst in LP 6 bis LP 8, in den Zeiten der Regierungsbeteiligung der SPD, zeigte sich eine veränderte Zusammensetzung beider Teileliten bezüglich des Berufshintergrundes des Vaters: Bei den Spitzenbeamt:innen gab es nun einen etwas geringeren Anteil an Personen mit einem Vater, der im öffentlichen Dienst tätig gewesen war. Im Gegenzug gab es vor allem etwas mehr Freiberufler unter den Vätern, aber auch mehr Väter

---

41 Ruck, Korpsgeist und Staatsbewußtsein.

42 Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, S. 42, 44, 47.

43 Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, S. 49f.

44 Politiker in der Weimarer Republik kamen hingegen häufiger aus unteren gesellschaftlichen Schichten, wie eine Untersuchung der Politiker (vor allem Parlamentarier) 1921 zeigte (Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, S. 45).

45 Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass Informationen zum Beruf des Vaters für die drei Messzeitpunkte im Nationalsozialismus jeweils nur für knapp die Hälfte der Spitzenbeamten aufgefunden werden konnten.

46 Daniel Lerner: The Nazi Elite, Stanford 1951.

47 Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, S. 51.

48 Gültige Prozent von 90 Spitzenbeamten. Die 40 Spitzenbeamten aus LP 1, für die keine Information zum Beruf des Vaters vorlag, wurden in der Berechnung nicht berücksichtigt.

mit einem Hintergrund in der Wirtschaft, häufiger als zuvor in einfachen Positionen als Facharbeiter oder Angestellte ohne Leitungsverantwortung. Unter den Politiker:innen gab es wie in den vorherigen Legislaturperioden immer noch viele Personen mit einem Vater, der im öffentlichen Dienst tätig gewesen war, allerdings zu einem etwas geringeren Anteil als in den Legislaturperioden zuvor, gleichzeitig war ein Berufshintergrund des Vaters als Facharbeiter oder ungelernter Arbeiter nun häufiger vertreten.

Als Helmut Kohl Bundeskanzler wurde und die SPD in die Opposition zurückkehrte, veränderten sich die Muster wiederum etwas: Unter den Spitzenbeamt:innen fanden sich wieder etwas mehr Personen mit einem Vater aus dem öffentlichen Dienst. Gleich blieb der im Vergleich zu den 1950er und 1960er Jahren erhöhte Anteil der Väter, die Freiberufler (häufig: Rechtsanwälte) waren. Unter den Politiker:innen fanden sich unter Kohl nun wieder weniger Personen mit einem Vater, der Facharbeiter oder ungelernter Arbeiter gewesen war, dafür mehr Personen mit einem Gewerbetreibenden als Vater. Mehr als ein Viertel der Politiker:innen dieser Zeit hatte zudem einen Vater, der im öffentlichen Dienst als Beamter tätig gewesen war. Für die Zeit ab 1990 lassen sich keine validen Aussagen mehr treffen, da die Anzahl der Missings ab dann sehr hoch war. Ursächlich hierfür ist, dass es zunehmend unüblich wurde, den Beruf des Vaters in offiziellen Lebensläufen anzugeben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Milieus der Wählerschaft einer Partei in der Bundesrepublik in der Zusammensetzung der sozialen Herkunft beider Teileliten niederschlagen, wobei dieser Effekt für die Exekutivpolitiker:innen deutlich größer ist als für die Spitzenbeamt:innen, deren Muster sozialer Herkunft sich in geringerem Maße wandeln. Festhalten lässt sich auch, dass eine Herkunft aus einer „Beamtenfamilie“ in beiden Teileliten überproportional häufig ist, dieses Phänomen unter den Spitzenbeamt:innen mit Ausnahme der ersten Legislaturperioden aber deutlich stärker ausgeprägt ist als unter den Politiker:innen. Derlien hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Beamtenväter von Politiker:innen häufiger als die Beamtenväter von Spitzenbeamt:innen aus dem gehobenen, mittleren oder einfachen Dienst stammten.<sup>49</sup>

Für die DDR zeigt sich ein anderes, der herrschenden Ideologie eines Arbeiter- und Bauernstaates entsprechendes Muster. Hatten in LP 0 und LP 1 noch rund 16 Prozent der DDR-Politiker:innen einen Vater mit Beamtenhintergrund, so sank deren Anteil anschließend und schwankte bis einschließlich LP 5 zwischen 10 und 12 Prozent. Ab LP 6 lag der Anteil der DDR-Exekutivpolitiker:innen mit einem Beamtenvater kontinuierlich unter 10 Prozent. Lediglich für die letzte Legislaturperiode (LP 10 – 1990) lässt sich aufgrund fehlender Daten hierzu keine Aussage treffen. Der Großteil der untersuchten DDR-Politiker:innen kam aus Familien mit einem Vater, der entweder Arbeiter (Facharbeiter oder ungelernter Arbeiter) oder Gewerbetreibender (zum Beispiel Landwirt, Handwerker) war. Väter mit einem Berufshintergrund als leitender Angestellter, Unternehmer oder Freiberufler waren nur in wenigen Einzelfällen zu finden.

---

49 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, S. 299.

### 5.3. Religionszugehörigkeit und regionale Herkunft

Die Religionszugehörigkeit ist ein weiterer Aspekt, der unter Repräsentativitätsaspekten bedeutsam ist. Da Religionszugehörigkeit als Privatangelegenheit gilt, ist die Datenerhebung zu diesem Kriterium lückenhaft, das heißt nicht für alle Personen im PAE-proso-Datensatz konnte herausgefunden werden, ob sie konfessionslos waren/sind oder welcher Religion sie gegebenenfalls angehör(t)en. Dennoch konnte für eine hinreichend große Gruppe eine Information zur Religionszugehörigkeit gewonnen werden, diese Daten werden in diesem Unterkapitel präsentiert und mit Hilfe wissenschaftlicher Literatur kontextualisiert.

Für das Kaiserreich ist festzuhalten, dass die jüdische Religionszugehörigkeit zwar nicht *de iure*, aber doch *de facto* eine Zugangshürde zu Reichsämtern darstellte: Juden oder Personen mit jüdischen Eltern- und Großelternanteilen wurden nach bisherigem Forschungsstand – zumindest bei der Besetzung leitender Positionen – in der Regel abgelehnt.<sup>50</sup> Mit der Gründung des Deutschen Reichs im Jahr 1871 war dessen jüdische Bevölkerung, eine Minderheit von etwas mehr als einem Prozent der Bevölkerung, nach langen Emanzipationsbestrebungen formell zu gleichberechtigten deutschen Staatsbürgern erklärt worden. In der Praxis eröffneten sich jüdischen Bürgern trotz ihrer rechtlichen Gleichstellung jedoch aufgrund fortdauernder antisemitischer Ressentiments und durchsetzungsstarker Interessengruppen nicht die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen in öffentlichen Ämtern in Militär, Ministerien und der Justiz. Eine Karriere im Staatsdienst blieb Juden im Deutschen Reich somit in vielen Fällen verwehrt. Trotz dieser Rahmenbedingungen ist für einen der hier untersuchten Spitzenbeamten der 1913er Kohorte die jüdische Konfession bekannt: Es handelt sich um Franz Erich Caspar, geboren 1849 und von 1901 bis November 1917 Direktor im Reichsamt des Innern, anschließend Unterstaatssekretär erst im Reichswirtschaftsamt und ab Oktober 1918 im Reichsarbeitsamt. Auf dieser Position verblieb er fünf Monate, bevor er die Position eines Staatssekretärs im Reichsarbeitsamt übernahm, die er für ein halbes Jahr bis August 1919 innehatte. Nach seinem Jurastudium in Berlin, das er 1870/71 für den Militärdienst im deutsch-französischen Krieg unterbrochen und 1875 abgeschlossen hatte, war Caspar zunächst als Richter tätig gewesen, bevor er in den Verwaltungsdienst eintrat. Er konzipierte im Rahmen seiner Tätigkeit im Reichsamt des Innern maßgeblich die Reichsversicherungsordnung, die zu einer organisatorischen Vereinfachung der Hinterbliebenenversicherung führen sollte.<sup>51</sup> Vor diesem Hintergrund kann angenommen werden, dass seine fachliche Expertise als so wichtig erachtet wurde, dass man über seine Religionszugehörigkeit hinweg sah.

Für die übrigen Elitemitglieder des Kaiserreichs aus dem PAE-proso-Datensatz ist mehrheitlich die Religionszugehörigkeit nicht bekannt. Von denjenigen, deren Religionszugehörigkeit bekannt ist, waren die meisten evangelisch: Dieser Konfession

---

50 Röhl, *Kaiser, Hof und Staat*, S. 151; Olaf Blaschke: *Katholizismus und Antisemitismus Im Deutschen Kaiserreich* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 122), Göttingen 1999.

51 Florian Tennstedt: *Franz Caspar und die Reichsversicherungsordnung*, in: *Die Sozialgerichtsbarkeit* 22 (1975), H. 13, S. 522–530.

ordneten sich Kaiser und Reichskanzler sowie 13 Beamte (mehr als 80 Prozent der bekannten Zugehörigkeiten) zu (siehe Tab. 7). Es ist zu vermuten, dass sich auch unter den Beamten, deren Religionszugehörigkeit nicht bekannt ist, viele Personen mit evangelischer Konfession befanden, da Katholiken „in den höheren Rängen der Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle spielten“.<sup>52</sup> Für die Verwaltungselite spiegelt sich hierin auch der starke Einfluss Preußens auf die Gestaltung und Zusammensetzung der Verwaltung des Kaiserreiches wider. Das Ergebnis deckt sich mit Beschreibungen aus der Geschichtswissenschaft und passt zur beobachteten „Aufrechterhaltung (...) der protestantischen Identität Preußens“<sup>53</sup> die sich darin ausdrückte, dass seitens der Politik dafür gesorgt wurde, „dass alle wichtigen Positionen des Staates in protestantischen Händen blieben“.<sup>54</sup> Der Anteil der Katholiken in höheren Verwaltungspositionen änderte auch nach einer Beschwerde über die mangelnde Beachtung katholischer Bewerber bei der Besetzung von höheren Stellen in der Verwaltung, die preußischen Ministern und Reichsstaatssekretären 1899 vorgelegt wurde, nur geringfügig.<sup>55</sup> Lediglich zwei der 15 Personen, für welche die Religionszugehörigkeit nachvollzogen werden konnte, und damit 3,6 Prozent der hier untersuchten gesamten administrativen Elite zum Messzeitpunkt 1913 waren gesichert Katholiken: Konstantin Fritsch, ab 1912 Präsident des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsass-Lothringen, und Hugo Zorn von Bulach, Staatssekretär im Reichsamt für Elsass-Lothringen.

Die Tradition mehrheitlich protestantischer Verwaltungseliten setzte sich in der Weimarer Republik fort. Katholiken war aufgrund der starken protestantischen Prägung Preußens der Zugang zu zentralen Positionen der Verwaltung immer noch häufig verwehrt. Trotz eines stetig präsenten und sich in der nationalsozialistischen Bewegung radikalisierenden Antisemitismus in der Zeit der Weimarer Republik stieg hier die Zahl jüdischer Spitzenbeamter im Vergleich zur Zeit des Kaiserreichs an. In der Weimarer Republik wurde die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung verstärkt praktisch umgesetzt, was nun auch Juden der Zugang zum und den Aufstieg im öffentlichen Dienst erleichterte.<sup>56</sup> In der Gruppe der Spitzenbeamten zeigt sich zu den Stichtagen in den Jahren 1920 und 1927 eine deutliche Mehrheit protestantischer Personen (siehe Tab. 7), wenngleich einschränkend auf die hohe Anzahl von Spitzenbeamten, deren Religionszugehörigkeit nicht bestimmt werden konnte, hingewiesen werden muss: Im Jahr 1920 waren von 22 Spitzenbeamten, deren Religionszugehörigkeit bekannt ist, 13 Personen (59,1 Prozent) evangelisch, fünf Personen (22,7 Prozent) hatten eine katholische Religionszugehörigkeit, drei Personen (13,6 Prozent) waren Ju-

---

52 Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, S. 173.

53 Etienne François: *Preußen und Katholizismus. Eine Tour d'horizon*, in: Richard Faber/Uwe Puschner (Hg.): *Preußische Katholiken und katholische Preußen im 20. Jahrhundert*, Würzburg 2011, S. 21–31, hier S. 24.

54 François, *Preußen und Katholizismus*, S. 24.

55 Wilfried Loth: *Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreichs*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), H. 3, S. 279–310.

56 Benjamin Ziemann: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 (Informationen zur politischen Bildung 329)*, Bonn 2016.

den. Der prozentuale Anteil der evangelischen Personen in der administrativen Elite von 1927 fiel noch einmal größer aus: Von 28 Personen, deren Religionszugehörigkeit eindeutig bekannt ist, waren 18 (64,3 Prozent) evangelisch, sieben (25 Prozent) katholisch und drei (10,7 Prozent) jüdisch. Ein Zusammenhang zur regionalen Herkunft der Spitzenbeamten ist naheliegend: Auch 1927 kam noch viele Spitzenbeamte aus Preußen (18 Personen, 29,5 Prozent). Eine Verbindung ergibt sich auch zur Analyse des Arbeitsortes beziehungsweise des Dienstherrn vor Antritt der Eliteposition in der Weimarer Republik: Ein großer Teil der Spitzenbeamten der Weimarer Republik wurde wie auch schon im Kaiserreich aus der preußischen Verwaltung rekrutiert, in der nur wenige Katholiken eine Stelle innehatten.

Tabelle 7: Religionszugehörigkeit der Spitzenbeamten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Beamte	1913			1920			1927		
	N	%	Gültige %	N	%	Gültige %	N	%	Gültige %
Keine	0	0,0	0,0	1	1,6	4,5	0	0,0	0,0
Katholisch	2	3,6	12,5	5	7,9	22,7	7	10,1	25,0
Evangelisch	13	23,6	81,3	13	20,6	59,1	18	26,1	64,3
Jüdisch	1	1,8	6,3	3	4,8	13,6	3	4,3	10,7
Sonstige	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Unbekannt	39	70,9		41	65,1		41	59,4	
Gesamt	55	100		63	100	100	69	100	100

Anmerkung: Ggf. abweichende Werte zu den veröffentlichten Randauszählungen ergeben sich durch später erfolgte Nachcodierungen. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Die Schlussfolgerungen für die Spitzenbeamten können nicht auf die Politiker übertragen werden. Zumindest für die Politikerkohorte 1920 überwiegt unter den acht von 13 Personen, deren Religionszugehörigkeit bekannt ist, der Anteil der Katholiken (fünf Personen, siehe Tab. 8). Eine evangelische Religionszugehörigkeit ist für drei Personen bekannt. Die Religionszugehörigkeit scheint in der 1920er Politikerkohorte kein wichtiges Selektionskriterium gewesen zu sein – viel relevanter waren die Parteizugehörigkeit und der Einsatz für eine bestimmte politische Ausrichtung oder politische Projekte.

Herauszuheben ist beispielhaft der Fall von Heinrich Brauns: 1868 geboren, studierte er nach dem Abitur zunächst Theologie und Philosophie in Bonn, später promovierte er in Freiburg im Fach Staatswissenschaften. Er war zu Studienzeiten sowohl in Bonn als auch in Freiburg Mitglied katholischer Studentenverbindungen, war während seines Berufslebens in vielen kirchlichen Organisationen aktiv (zum Beispiel als Sekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland) und leistete als Kaplan Hilfe beim Aufbau katholischer Arbeitervereine. Nach dem Ende des Kaiserreiches

wurde er Mitglied in der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung, ab 1920 saß er bis zum Ende der Weimarer Republik als Abgeordneter und Vertreter der Zentrumsparlei im Reichstag. Brauns war von 1920 bis 1928 Reichsarbeitsminister. Während seiner Zeit in der Nationalversammlung übernahm er den Vorsitz über den Ausschuss für Sozialpolitik und den Ausschuss für Volkswirtschaft, auch im Reichstag hatte er in den Jahren 1930–1933 den Vorsitz im sozialpolitischen Ausschuss inne.<sup>57</sup> Brauns prägte maßgeblich die Sozialpolitik in der Weimarer Republik.<sup>58</sup>

Als Sonderfall eines namhaften jüdischen Regierungsmitglieds in der Weimarer Republik sollte Walther Rathenau nicht unerwähnt bleiben, auch wenn Rathenau zu den von uns gewählten Stichtagen kein Regierungsmitglied war.<sup>59</sup> Rathenau wurde Ende Januar 1922 zum Reichsaußenminister ernannt und vier Monate später von Rechtsextremisten ermordet.<sup>60</sup>

Tabelle 8: Religionszugehörigkeit der Spitzenpolitiker im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Politiker	1913			1920			1927		
	N	%	Gültige %	N	%	Gültige %	N	%	Gültige %
Keine	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Katholisch	0	0,0	0,0	5	38,5	62,5	3	25,0	37,5
Evangelisch	2	100,0	100,0	3	23,1	37,5	5	41,7	62,5
Jüdisch	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Sonstige	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Unbekannt	0	0,0		5	38,5		4	33,3	
Gesamt	2	100	100	13	100	100	12	100	100

Anmerkung: Erfasst wurde die letzte bekannte Zuordnung. Beispiel: War eine Person zunächst katholisch, trat dann aber aus der Kirche aus und bezeichnete sich selbst als konfessionslos, wurde im Datensatz die Kategorie „konfessionslos“ eingetragen. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Die Verteilung der Konfessionszugehörigkeiten der Spitzenpolitiker kehrt sich 1927 genau um (siehe Tab. 8). Die Prozentwerte sind jedoch aufgrund der niedrigen Fallzahlen bei den Exekutivpolitikern nur mit sehr großer Vorsicht zu interpretieren. In jedem Fall zeigt sich, dass es keine klare Dominanz einer Religionszugehörigkeit bei

57 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 3901/100094 ausgewertet.

58 Hubert Mockenhaupt: Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns (Beiträge zur Katholizismusforschung), München/Paderborn/Wien 1977.

59 Zum Stichtag 1. September 1920 war Rathenau als Spitzenbeamter in der zum Kriegsministerium gehörenden Kriegs-Metallum-AG tätig.

60 Martin Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt am Main 1999.

den Politikern gibt. Die im Gegensatz dazu deutlich höhere Kontinuität zu den Traditionslinien des Kaiserreichs bei den Spitzenbeamten passt zu der von politischer Seite gewollten Beständigkeit der Verwaltung. Anders als bei den Spitzenbeamten zeigt sich bei den Politikern kein klarer Zusammenhang mit der regionalen Herkunft: Die Herkunftsregionen der Politiker sind deutlich vielfältiger, es ist kein Übergewicht Preußens erkennbar, mit dem eine bestimmte religiöse Prägung hätte einhergehen können. Der Vergleich der beiden Teileliten bestätigt die Einschätzung von Zapf aus dem Jahr 1965: „Nach 1918 konnten Katholiken in der Politik an die Spitze gelangen, in den Spitzen der anderen Funktionseliten [untersucht wurden Verwaltung und Wirtschaft, Anm. d. Verf.] aber erst allmählich Fuß fassen.“<sup>61</sup>

Auch im Nationalsozialismus gab es mehr Protestanten als Katholiken in Spitzenpositionen der Verwaltung, wobei sich die drei Untersuchungszeitpunkte im Nationalsozialismus diesbezüglich kaum unterscheiden. Im Zeitverlauf wächst jedoch der Anteil derjenigen Spitzenbeamten, die sich offen dazu bekennen, keiner Kirche anzugehören (siehe Tab. 9). Hierhin zeigt sich eine konfessionsübergreifende Entwicklung des Nationalsozialismus: Gleichschaltung, Vereinsverbote und die Durchdringung auch des Privatlebens mit nationalsozialistischer Ideologie hatten deutlich sichtbare Konsequenzen für die Mitgliedschaft in religiösen Vereinigungen und führten zu einer Abkehr von den Kirchen.<sup>62</sup> Allein im Jahr 1939 traten fast 400.000 Personen aus der evangelischen Kirche und fast 100.000 Personen aus der katholischen Kirche aus.<sup>63</sup> Zapf spricht von einer „Kirchenfeindschaft der Nationalsozialisten“.<sup>64</sup> Diese „Kirchenfeindschaft“ richtete sich dabei vordringlich nicht auf die Identifikation mit einer Glaubensrichtung, sondern zielte auf die Loslösung der Individuen von organisierten Gruppen ab. Zulässig war eine Selbstbezeichnung als „gottgläubig“.

Von den insgesamt 298 Personen, welche als politisch-administrative Elite für die Stichdaten in den Jahren 1934, 1939 und 1944 erhoben wurden, konnte die Religionszugehörigkeit bei 86 Personen nicht festgestellt werden, 134 Personen ließen sich als der evangelischen und 37 Personen der katholischen Konfession zugehörig identifizieren. 41 der für die benannten Zeiträume erhobenen Personen können explizit als keiner Konfession zugehörig kategorisiert werden, wobei sich mindestens zwölf der Personen als „gottgläubig“ – also konfessionslos, aber nicht ohne Glauben – bezeichneten. Bei 20 der konfessionslosen Personen konnte eindeutig festgestellt werden, dass sie aus der evangelischen Kirche ausgetreten waren – zwei dieser Personen, Hans Heinrich Lammers und Robert Ley, stammten aus der politischen Elite. Bei sechs Personen, allesamt Spitzenbeamte, konnte nachgewiesen werden, dass sie aus der katholischen Kirche ausgetreten waren, bei einem Spitzenbeamten lässt sich

---

61 Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, S. 174.

62 Ralf Dahrendorf: *Soziologie und Nationalsozialismus*, in: Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hg.): *Kultur und Gesellschaft: Gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie. Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen*, Zürich 1989, S. 669–675, hier S. 673.

63 Götz Aly: *Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2007.

64 Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, S. 175.

ein Kirchenaustritt feststellen, seine vorherige Konfession konnte jedoch nicht zweifelsfrei identifiziert werden. Dass sich sowohl in der Gruppe der Spitzenbeamten als auch unter den Spitzenpolitikern keine Personen mit einer sonstigen Religionszugehörigkeit finden lassen, überrascht vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Ausgrenzung und Verfolgung anderer Personengruppen, der von Antisemitismus geprägten nationalsozialistischen Ideologie und des Holocaust nicht – mit einem Fokus auf das Thema Konfessionen betraf dies allen voran dem Judentum zugehörige (und als jüdisch gelesene) Personen, aber beispielsweise auch die dem Nationalsozialismus und seiner Ideologie abgeneigte Gemeinschaft der Ernsten Bibelforscher beziehungsweise der Zeugen Jehovas.<sup>65</sup>

Tabelle 9: Religionszugehörigkeit der Spitzenbeamten im Nationalsozialismus

Beamte	1934			1939			1944		
	N	%	Gültige %	N	%	Gültige %	N	%	Gültige %
Keine	8	8,1	12,5	18	12,9	17,6	29	19,3	26,4
Katholisch	13	13,1	20,3	19	13,6	18,6	19	12,7	17,3
Evangelisch	43	43,4	67,2	65	46,4	63,7	62	41,3	56,4
Sonstige	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Unbekannt	35	35,4		38	27,1		40	26,7	
Gesamt	99	100	100	140	100	100	150	100	100

Anmerkung: Erfasst wurde die letzte bekannte Zuordnung. Beispiel: War eine Person zunächst katholisch, trat dann aber aus der Kirche aus und bezeichnete sich selbst als konfessionslos, wurde im Datensatz die Kategorie „konfessionslos“ eingetragen. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Noch deutlicher als bei den Spitzenbeamten steigt in der Gruppe der Spitzenpolitiker der Anteil der Personen ohne Konfessionszugehörigkeit im Verlaufe des NS-Regimes an: Während sich in der Kohorte 1934 keine Personen finden, für die sicher bekannt ist, dass sie sich keiner Religion zuordnen, betrifft dies in der Endphase des Nazi-Regimes mehr als ein Viertel der politischen Elite (siehe Tab. 10). Auffallend ist jedoch der vergleichsweise hohe Anteil an Katholiken unter den Spitzenpolitikern, der in der Kohorte 1944 sogar höher liegt als im Jahr 1934. An dieser Stelle zeigt sich die Konsequenz einer Entwicklung, die sich auch in der Auswertung der Karrieremuster findet: Die Relevanz sowohl soziodemografischer als auch rein karrierebezogener Merkmale einer Person treten hinter ihr politisches Engagement, ihre politische Loyalität und ihre persönlichen Verbindungen zurück, welche zu den wichtigsten Merkmalen für die Rekrutierung in eine Eliteposition werden.

65 Michael H. Kater: Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), H. 2, S. 181–218.

Tabelle 10: Religionszugehörigkeit der Politiker im Nationalsozialismus

Politiker	1934			1939			1944		
	N	%	Gültige %	N	%	Gültige %	N	%	Gültige %
Keine	0	0,0	0,0	1	3,8	7,1	4	13,8	26,7
Katholisch	5	29,4	38,5	5	19,2	35,7	7	24,1	46,7
Evangelisch	8	47,1	61,5	8	30,8	57,1	4	13,8	26,7
Sonstige	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Unbekannt	4	23,5		12	46,2		14	48,3	
Gesamt	17	100	100	26	100	100	29	100	100

Anmerkung: Erfasst wurde die letzte bekannte Zuordnung. Beispiel: War eine Person zunächst katholisch, trat dann aber aus der Kirche aus und bezeichnete sich selbst als konfessionslos, wurde im Datensatz die Kategorie „konfessionslos“ eingetragen. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Für die Bundesrepublik liegen bis in die 1990er Jahre hinein hinreichend aussagekräftige Daten zur Religionszugehörigkeit der Eliten vor, während die Datenlage später vor allem für die Verwaltungselite äußerst lückenhaft ist. Die Daten werden in Abbildung 6 deshalb auch nur bis LP 13 ausgewiesen. Im Ergebnis zeigen sich einige interessante Entwicklungen. Erstens liegt der Anteil der Spitzenbeamten mit evangelischer Religionszugehörigkeit bis einschließlich LP 10 durchgängig deutlich über dem Anteil der Spitzenbeamten mit katholischer Religionszugehörigkeit. Erst unter Helmut Kohl, in LP 11 bis 13, kehrt sich dies um. Zweitens weist die Entwicklung unter den Politiker:innen eine höhere Dynamik auf. Aus der Literatur ist bereits bekannt, dass die „Konfessionsarithmetik“, das heißt eine gleiche Vertretung von Protestanten und Katholiken, für die Besetzung von Ministerämtern bis Ende der 1960er Jahre gängig war.<sup>66</sup> Unser Datenmaterial weist darauf hin, dass auch später unter Helmut Kohl (CDU) und teilweise unter Angela Merkel (CDU) eine annäherungsweise gleiche Vertretung beider Religionen unter den Exekutivpolitiker:innen bestand, während unter SPD-Kanzlern evangelische Politiker:innen klar dominierten. Dies zeigt sich auch in den vorliegenden Daten ab WP 14: Unter Schröder gab es deutlich mehr evangelische als katholische Exekutivpolitiker:innen, während das Verhältnis in der ersten Amtsperiode von Merkel, in LP 16, wieder nahezu ausgeglichen war. Ab LP 17 sind die evangelischen Exekutivpolitiker:innen trotz CDU-Kanzlerschaft sogar zahlreicher als die katholischen. Drittens spielen andere Konfessionen in beiden Teileliten fast keine Rolle. Erst in WP 18 gibt es erstmals ein Mitglied der politischen Elite mit bekannter muslimischer Religionszugehörigkeit. Es handelt sich dabei um Aydan Özoguz. Sie war zwischen 2013 und 2018 Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Özoguz wurde 1967 in Hamburg als Kind türkischer Einwanderer geboren. In die Verwaltungselite hat es bis einschließlich LP

66 Fischer/Kaiser, *Wie gewonnen, so zerronnen?*, S. 200.

18 keine Person mit bekannter muslimischer oder jüdischer Religionszugehörigkeit geschafft, und auch sonstige christliche Religionsgemeinschaften sind nur marginal vertreten. Andere Religionsgemeinschaften wie zum Beispiel Buddhismus oder Hinduismus sind ebenfalls für kein Elitemitglied bekannt.

In Abbildung 6 sind die Anteile der jeweiligen Religionsgruppen bezogen auf alle Fälle mit erfasster Religionszugehörigkeit oder expliziter Konfessionslosigkeit ausgewiesen. Der Anteil der Konfessionslosen wird in der Abbildung dennoch nicht ausgewiesen, da sich einige Konfessionslose vermutlich unter den Missings, also denjenigen Fällen mit unbekannter Religionszugehörigkeit, finden. Ob keine Religionszugehörigkeit besteht oder diese nur nicht angegeben wird, ließ sich in der Datenerhebung nur schwer unterscheiden. Die Missings nehmen vor allem ab Mitte der 1990er Jahre stark zu. Hierfür gibt es vermutlich zwei unterschiedliche Gründe. Erstens wurde es zunehmend unüblicher, Angaben zur privaten Religionszugehörigkeit in offiziellen Lebensläufen zu machen. Zweitens ist auch der Anteil der Mitglieder der katholischen und evangelischen Kirchen an der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen.<sup>67</sup> Deshalb ist zu vermuten, dass zahlreiche Missings Konfessionslose sind, die in ihren biografischen Daten den sich verändernden Konventionen entsprechend keine Angabe zur Religion beziehungsweise Konfessionslosigkeit machen. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil der Konfessionslosen in der Verwaltungselite analog zur Gesamtbevölkerung in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten gestiegen ist.

Die Religionszugehörigkeit hat in Deutschland auch eine regionale Komponente. Von Beyme schreibt dazu unter Bezugnahme auf Knight:<sup>68</sup> „Entgegen traditionellen Vorurteilen hat der norddeutsche ‚Junkergürtel‘, der vor allem in der amerikanischen Literatur stark herausgestellt wurde, in der politischen Elite – mit Ausnahme des diplomatischen Dienstes und der Verwaltung – weder im Kaiserreich noch in der NS-Zeit so eindeutig dominiert, wie gern angenommen wird.“<sup>69</sup> Im PAE-proso-Datensatz haben wir die regionale Herkunft erhoben, indem wir den Geburtsort dem Gebiet der heutigen Bundesländer zugeordnet haben. Geburtsorte in ehemaligen Reichsgebieten oder im Ausland wurden gesondert erfasst.

Für die Spitzenbeamt:innen der Kohorte 1913 (Kaiserreich) liegen für 44 von 55 Fällen Angaben zum Geburtsort vor. Für mehr als ein Viertel dieser gültigen Fälle lag der Geburtsort in den damaligen östlichen Reichsgebieten (27,3 Prozent), weitere 6,8 Prozent der Spitzenbeamten wurden im Ausland geboren. Von den heutigen Bundesländern war Berlin mit 13,6 Prozent der am häufigsten auftretende Geburtsort, gefolgt von Hessen mit 11,4 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 9,1 Prozent. Alle anderen Regionen liegen zwischen null und 6,8 Prozent, also in absoluten Zahlen zwischen null und drei Fällen.

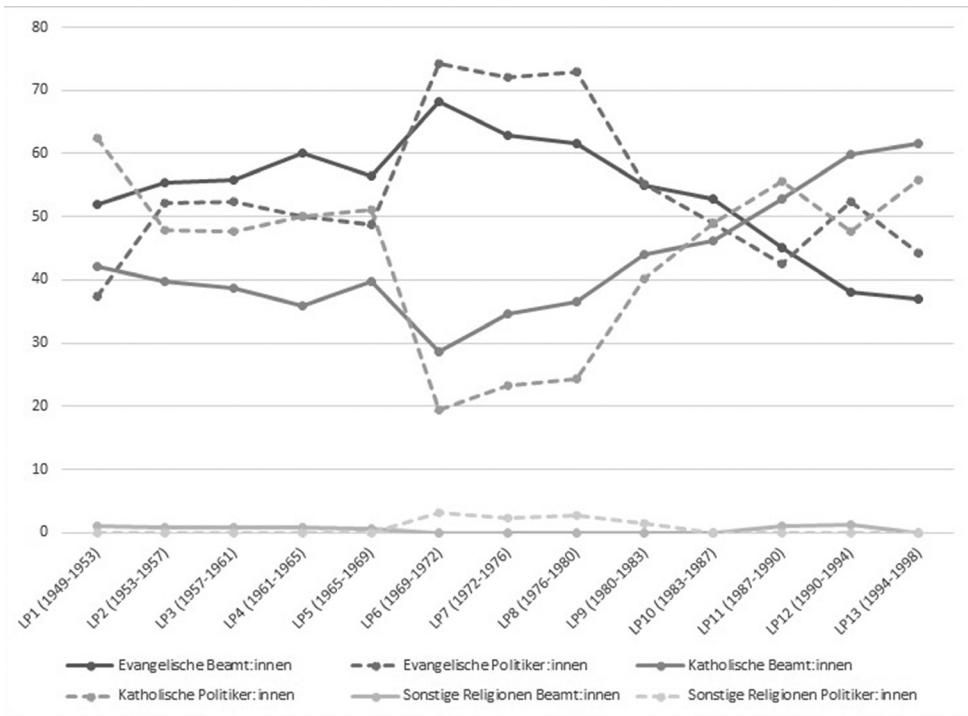
---

67 Vgl. zum Beispiel Michael Klöcker/Udo Tworuschka/Martin Rötting: Handbuch der Religionen, Hohenwarsleben 2023.

68 Knight, *The German Executive 1890–1933*.

69 Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 247.

Abb. 6 Religionszugehörigkeit der politischen und administrativen Eliten in der Bundesrepublik



Anmerkungen: Die angegebenen Werte sind gültige Prozentwerte, das heißt unter Herausrechnung der Missings. Quelle: PAE-proso-Datensatz

In der Weimarer Republik dominieren unter den Politikern der Kohorte 1920 zwei Geburtsregionen: Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In der Kohorte 1927 ist bei den Politikern wiederum Nordrhein-Westfalen die häufigste Geburtsregion. Bei den Beamten der Weimarer Republik sind es wie schon im Kaiserreich die ehemaligen Ostgebiete, die besonders häufig als Geburtsregion vorkommen (1920: 29,5 Prozent, 1927: 26,6 Prozent). Von den anderen erfassten Regionen treten in der 1920er Beamtenkohorte Bayern (13,1 Prozent), Berlin (11,5 Prozent) und Baden-Württemberg (8,2 Prozent) besonders häufig auf. In der 1927er Beamtenkohorte treten Nordrhein-Westfalen (10,9 Prozent), Baden-Württemberg (9,4 Prozent) und Niedersachsen (9,4 Prozent) häufiger als andere Bundesländer auf, insgesamt sind die Geburtsregionen aber breit über die heutigen Bundesländer verstreut.

Im Nationalsozialismus lässt sich für die Politiker kein besonderes Muster der regionalen Herkunft erkennen. Für die Beamten im Nationalsozialismus sehen wir ebenfalls eine breite Streuung, allerdings dominieren wie zuvor die ehemaligen Ost-

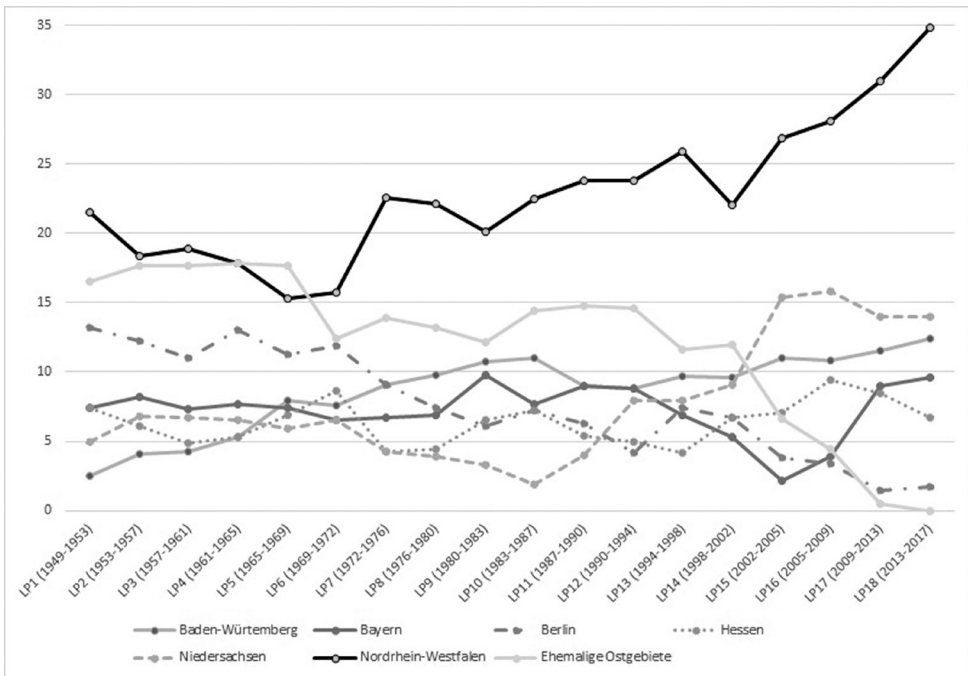
gebiete (1934: 22,1 Prozent, 1939: 20,1 Prozent, 1944: 14,8 Prozent). Im Zeitverlauf ist deren Anteil an den Spitzenbeamten im NS-System aber abnehmend. Darüber hinaus ist das heutige Nordrhein-Westfalen durchgängig besonders stark vertreten.

In der Bundesrepublik kommen die Exekutivpolitiker:innen besonders häufig aus den großen Bundesländern Nordrhein-Westfalen (21,6 Prozent), Bayern (13,4 Prozent) und Baden-Württemberg (11,4 Prozent). Bei allen anderen Bundesländern liegen die Prozentwerte unter zehn. Alle Bundesländer sind vertreten, allerdings wird kein genauer Regionalproporz eingehalten. So wurden beispielsweise zwei Prozent der Exekutivpolitiker:innen der Bundesrepublik auf dem Gebiet des heutigen Saarlandes geboren, aber nur 1,3 Prozent in Schleswig-Holstein, 0,9 Prozent in Bremen und 0,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Die Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik wurden in der Gesamtschau der Zeit von 1949 bis 2017 besonders häufig in Nordrhein-Westfalen (23,2 Prozent) oder in den ehemaligen Ostgebieten (11,9 Prozent) geboren, des Weiteren stammen besonders viele Beamt:innen aus Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern oder Berlin (siehe Abb. 7). Kleine Bundesländer wie das Saarland oder Bremen sind besonders schwach vertreten.

Interessant ist eine Betrachtung der Entwicklung im Zeitverlauf. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden in Abbildung 7 nur ausgewählte Geburtsregionen ausgewiesen, die für die Beamt:innen der Bundesrepublik besonders häufig sind. Es zeigt sich, dass die Geburtsregion Nordrhein-Westfalen zumindest seit den 1970er Jahren im Zeitverlauf immer stärker vertreten ist. Ein ähnliches Muster existiert auch bei den Studienorten (siehe Kap. 5.4). Auch Baden-Württemberg und Niedersachsen werden im Zeitverlauf häufiger, während die ehemaligen östlichen Reichsgebiete aus demografischen Gründen an Bedeutung verlieren. Auch Berlin verliert als Geburtsregion an Bedeutung. Für Hessen bleiben die Werte über die Zeit hinweg auf einem ähnlichen Niveau.

Insgesamt wird deutlich, dass für die Verteilung der Geburtsregionen ganz unterschiedliche Faktoren Wirksamkeit entfalten. So spielen demografische Gründe eine Rolle, etwa beim Absinken der Werte für die ehemaligen östlichen Reichsgebiete. Auch der Regierungssitz, der ab 1949 in Bonn und nicht mehr in Berlin war, spielt vermutlich eine Rolle für die zunehmende Dominanz von Nordrhein-Westfalen. Diese Faktoren wirken lange nach, sodass auch nach dem Regierungsumzug nach Berlin Ende der 1990er Jahre weiterhin Spitzenbeamt:innen mit der Geburtsregion Nordrhein-Westfalen dominierten und ein erneuter Anstieg der Personen mit Geburtsort Berlin in den Daten bis 2017 noch nicht erkennbar ist. Die Daten zu den Spitzenbeamt:innen zeigen weiterhin, dass größere Bundesländer wie Hessen stets adäquat in den höchsten Verwaltungspositionen vertreten sind, hier spiegelt sich die Idee eines Regionalproporz wider. Ausnahmen existieren – so waren Spitzenbeamt:innen aus Bayern unter Bundeskanzler Gerhard Schröder sowie in der ersten Amtszeit von Kanzlerin Angela Merkel unterproportional vertreten. Schließlich verdeutlichen die Daten auch, dass die regionale und berufliche Herkunft des Bundeskanzlers eine Rolle spielen kann: Besonders deutlich zeigt sich dies wiederum unter der Kanzlerschaft von Schröder. Während dieser Zeit kamen besonders viele Spitzenbeamt:innen aus Niedersachsen, wo der im übrigen in Nordrhein-Westfalen geborene Schröder

Abb. 7 Regionale Herkunft der Spitzenbeam:t:innen der Bundesrepublik für ausgewählte Regionen nach Legislaturperiode



Quelle: PAE-proso-Datensatz

vor seiner Kanzlerschaft acht Jahre Ministerpräsident gewesen war. Auch unter Bundeskanzler Adenauer waren auf dem Gebiet von Nordrhein-Westfalen geborene Beam:t:innen stärker vertreten als unter seinem Nachfolger.

Für die Zeit ab 1990 ist zudem die regionale Herkunft aus Ost- beziehungsweise Westdeutschland ein Thema, welches in jüngerer Zeit auch politisch stärker diskutiert wird, da auch Jahrzehnte nach dem Ende der DDR noch eine starke Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Leitungspositionen der Bundesministerien existiert.<sup>70</sup> Wie festgestellt werden kann, wer „ostdeutsch“ ist und wer nicht, wird kontrovers diskutiert. Im PAE-proso-Datensatz haben wir neben der Geburtsregion auch erhoben, in welchem System beziehungsweise welcher Region eine Person ihre Primärsozialisation erworben hat. Operationalisiert wurde dies über die Region, in welcher das Elitemitglied die prägende Zeit der späteren Kindheit und Jugend im Alter zwischen zehn und 20 Jahren überwiegend verbracht hat. Wurde diese Zeit in der DDR oder

70 Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland: Konzept Ostdeutsche in Führungspositionen. Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen in der Bundesverwaltung, Berlin 2023.

in den ostdeutschen Bundesländern verbracht, wird eine Person als „ostdeutsch“ kategorisiert. Die Auswertungen hierzu nach Legislaturperiode ergeben folgendes Bild: Unter den Exekutivpolitiker:innen im vereinten Deutschland waren die Ostdeutschen zunächst nicht (LP 12 und LP 13) und später in geringerem Ausmaß als in der Verwaltungselite unterrepräsentiert. In der letzten Legislaturperiode des Untersuchungszeitraumes, in LP 18, waren knapp elf Prozent der Exekutivpolitiker:innen Ostdeutsche. Unter den Spitzenbeamten gab es von Beginn an eine sehr starke Unterrepräsentation der Ostdeutschen. In LP 12 und LP 13 betrug deren Anteil jeweils weniger als ein Prozent. Dem standen in LP 12 rund 80 Prozent Westdeutsche und rund 19 Prozent im Nationalsozialismus sozialisierte Personen gegenüber; und in LP 13 reichlich 96 Prozent Westdeutsche und knapp drei Prozent noch im Nationalsozialismus sozialisierte Spitzenbeamten. Anschließend ging es auf diesem niedrigen Niveau weiter: In LP 14, in der ersten Amtszeit von Gerhard Schröder, und in LP 16, in der ersten Amtszeit von Angela Merkel, gab es in der Verwaltungselite keine einzige ostdeutsche Person mehr. In LP 15 waren zwei Personen von insgesamt 183 Spitzenbeamten, deren Primärsozialisation recherchiert werden konnte, ostdeutsch; in LP 17 eine Person (von 209 Spitzenbeamten mit bekannter Primärsozialisation). In LP 18 lag der prozentuale Anteil der Ostdeutschen unter den Spitzenbeamten bei zwei Prozent (vier Personen). In diesen Werten zeigt sich deutlich der Unterschied zwischen einer Delegationselite und einer Ernennungselite (siehe Kap. 2.1.1), wobei der Regionalproporz vor allem in den ersten beiden Legislaturperioden nach dem Ende der DDR eingehalten wurde. Für die nach dem Leistungsprinzip rekrutierte Ernennungselite in der Verwaltung – wie auch für andere Elitesektoren<sup>71</sup> – spielten Ost-West-Repräsentativitätsfragen ganz offensichtlich für fast drei Jahrzehnte kaum eine Rolle, obwohl die hier betrachteten Spitzenpositionen mit politischen Beamten besetzt werden und somit auch andere Kriterien als rein leistungsbezogene für deren Besetzung eine Rolle spielen können. Erst relativ spät wurde dies als Problem, welches einen Beitrag zur wahrgenommenen Entfremdung zwischen der ostdeutschen Bevölkerung und den Eliten leistet, erkannt und thematisiert.<sup>72</sup>

Zum Abschluss dieses Unterkapitels soll noch ein Blick auf die Religionszugehörigkeit und die regionale Herkunft der DDR-Exekutivpolitiker:innen geworfen werden. In der DDR war der Atheismus ideologisch gewünscht.<sup>73</sup> Die Kirchen existierten zwar weiter, eine Kirchenmitgliedschaft wirkte sich aber innerhalb des Systems gegebenenfalls negativ auf die Karriere aus. Aufgrund der vorherrschenden Ideologie ist zu erwarten, dass es in der DDR kaum Spitzenpolitiker:innen mit Religionszugehörigkeit gab. Tatsächlich war für viele Politiker:innen bekannt, dass diese sich selbst als Atheist:innen bezeichneten. Insbesondere in den Anfangsjahren des Systems gab

---

71 Kollmorgen, Aus dem Osten an die Spitze?; Vogel/Zajak, Teilhabe ohne Teilnahme?

72 Vogel, (How) Perceived Descriptive Underrepresentation Decreases Political Support; Kollmorgen, Raj/Vogel, Lars/Zajak, Sabrina (Hg.): Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Wiesbaden 2024.

73 Horst Dähn: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980 (Studien zur Sozialwissenschaft 52), Opladen 1982.

es aber auch noch einige Politiker:innen, für die im Datensatz eine katholische, evangelische oder jüdische Religionszugehörigkeit erfasst ist. Mit der Zeit wurde deren Anteil immer geringer. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die Anzahl der Missings relativ hoch ist, das heißt für viele DDR-Politiker:innen kann nicht eindeutig gesagt werden, ob sie konfessionslos waren oder die Konfession lediglich nicht bekannt ist. Aufgrund der vorherrschenden Ideologie ist aber davon auszugehen, dass viele der Missings Konfessionslose sind. Hervorhebenswert ist, dass der Anteil der explizit Konfessionslosen unter den DDR-Politiker:innen in der letzten Legislaturperiode der Volkskammer 1990 (also nach der Maueröffnung) sprunghaft sank und wieder zahlreiche Katholik:innen und vor allem Protestant:innen in entsprechende Regierungsämter kamen. Vor dem Hintergrund der Rolle der Kirchen während der friedlichen Revolution 1989 ist diese Entwicklung nicht überraschend.<sup>74</sup>

Bezüglich der regionalen Herkunft der DDR-Politiker:innen lässt sich festhalten, dass besonders viele Amtsträger:innen in LP 0 (1949–1950) in Berlin (27,1 Prozent) oder den ehemaligen Ostgebieten (12,5 Prozent) geboren waren. Stark vertreten war auch Sachsen mit 14,6 Prozent. In den folgenden Legislaturperioden blieb dieses Muster erhalten: Berlin, Sachsen und die ehemaligen Ostgebiete dominierten, wobei Letztere in LP 1 und LP 2 die größte Gruppe bildeten. Ab LP 3 lag Sachsen als Geburtsregion, gefolgt von Berlin, vorne. Sachsen erreichte dabei rasch einen Anteil, der sich stark von allen anderen Herkunftsregionen unterschied. In LP 5 kam schon fast ein Drittel der DDR-Politiker:innen gebürtig aus Sachsen. Die Werte für Sachsen blieben kontinuierlich auf hohem Niveau, darüber hinaus waren Berlin, die ehemaligen Ostgebiete und zunehmend auch Thüringen verbreitete Geburtsregionen. Sehr gering war bis Mitte der 1980er Jahre der Anteil der DDR-Politiker:innen, die gebürtig aus dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg stammten. In LP 10, nach der friedlichen Revolution, waren die ostdeutschen Regionen gleichwertiger vertreten, der Anteil der Sachsen war aber mit 25,5 Prozent immer noch besonders hoch. Allerdings war das Gebiet des heutigen Sachsen auch historisch eine besonders dicht besiedelte Region.

#### 5.4. Bildungshintergrund

Bezüglich des Bildungshintergrundes politischer und administrativer Eliten werden in diesem Kapitel insbesondere drei Aspekte betrachtet: der höchste Bildungsabschluss, der Anteil der Elitemitglieder mit einem juristischen Studium und die Verteilung der Studienorte.

Das Spitzenpersonal der Verwaltung war in der Zeit des Kaiserreichs in hohem Maße akademisiert: Viele Spitzenbeamte hatten einen Hochschulabschluss und waren teils sogar promoviert. Das Studien- und Promotionsfach war zumeist Jura: Die

---

74 Joachim Garstecki: Die Friedensarbeit der Kirchen in der DDR und die friedliche Revolution, in: *Evangelische Theologie* 71 (2011), H. 5, S. 357–375.

Fähigkeiten und das Fachwissen von Juristen waren im Laufe des 19. Jahrhunderts parallel zur Entwicklung und Erweiterung der staatlichen Tätigkeiten immer häufiger nachgefragt worden.<sup>75</sup> Dabei war die juristische Ausbildung, die eine Position in einem Reichsamt ermöglichte, in der Praxis nicht jedem zugänglich; die lange Ausbildungszeit war mit hohen Kosten verbunden, sodass „für Arbeitersöhne wie überhaupt für jemanden ohne Privatvermögen so gut wie keine Chance [bestand]“<sup>76</sup> eine solche Position zu erreichen (siehe auch Kap. 5.2). Unsere Daten zeigen, dass fast vier Fünftel aller betrachteten Spitzenbeamten im Kaiserreich ein Studium abgeschlossen hatten.<sup>77</sup> Die große Mehrheit der Spitzenbeamten mit Hochschulabschluss (86,2 Prozent) hatte Jura studiert. 27 Prozent der Mitglieder der administrativen Elite der 1913er Kohorte (ohne Missings) schlossen ihre Ausbildung mit einer Promotion ab. Auch Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg hatte das Zweite Staatsexamen im Zuge seines Studiums der Rechtswissenschaften erlangt. Bei Betrachtung der Universitäten, an denen die Elitemitglieder der 1913er Kohorte ihr Studium absolviert haben, promovierten oder habilitierten, dominieren zwei Orte: Berlin und Leipzig (siehe Abb. 11). Theobald von Bethmann Hollweg hat im Übrigen an beiden Universitäten einen Teil seiner Studienzzeit verbracht.

In der Weimarer Republik setzte sich die Tradition des hohen Bildungsstandes fort, und zwar in beiden Teileliten. So hatten 1920 nur drei von 13 Politikern keinen Universitätsabschluss, acht von 13 Politikern waren promoviert. Die Werte zum Erhebungszeitpunkt 1927 sind ähnlich. Analog zu den Spitzenbeamten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik ist Jura auch bei den Politikern, insbesondere in der 1927er Kohorte, ein besonders häufiges Studienfach. Regierungspolitiker der Weimarer Republik, die nicht studiert und einen niedrigen formalen Bildungsstand hatten, zeichneten sich durch ihre besondere ideologische Nähe zum demokratischen System der Weimarer Republik und ihre frühzeitige politische Aktivität aus. Ein Beispiel hierfür ist Reichspräsident Friedrich Ebert, der nach einem Hauptschulabschluss eine Lehre begann, die Gesellenprüfung aber nicht ablegte und auch keinen weiteren Bildungsweg beschrift. Für Ebert ist ein starkes parteipolitisches Engagement und seine Ablehnung des politischen Systems des Kaiserreichs charakteristisch.<sup>78</sup> Ähnliches gilt auch für Johannes Giesberts, von 1919 bis 1922 Reichspostminister, der sich offen gegen das Kaiserreich wandte.<sup>79</sup>

Noch deutlicher als bei den Politikern wird der durchschnittlich sehr hohe Bildungsstand in den Eliten bei der Betrachtung der Spitzenbeamten der Weimarer Republik. Im Stichjahr 1920 hatten rund 83 Prozent der Beamt:innen studiert, fast ein Drittel (32,8 Prozent) der Spitzenbeamten in dieser Zeit war promoviert. Im Stichjahr

---

75 Michael Stolleis: Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800–1914 (Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland 2), München 1992.,

76 Röhl, Kaiser, Hof und Staat, S. 152.

77 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite im Kaiserreich am 1. September 1913.

78 Vgl. <https://www.deutsche-biographie.de/sfz12329.html> (aufgerufen am 1.2.2024).

79 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, 3901/100260 ausgewertet.

1927 war die Gruppen der Studierten ebenso groß, und fast jeder Zweite war promoviert (siehe Abb. 8). Der Anteil derjenigen Beamten, die nicht studiert hatten, war 1920 und 1927 mit rund 17 Prozent ähnlich. Jura ist unter den Spitzenbeamten (wie auch unter den Exekutivpolitikern, siehe Abb. 12) der Weimarer Republik das mit Abstand häufigste Studienfach. In dieser Hinsicht zeigt sich keine Veränderung zwischen den Jahren 1920 und 1927, allerdings ist der Anteil der Juristen an allen Beamten mit akademischer Ausbildung 1927 mit rund 85 Prozent noch höher als 1920 (75 Prozent) (siehe Abb. 10). In diesen Zahlen spiegeln sich die nur inkrementellen Veränderungen der Zugangsvoraussetzungen für den höheren Verwaltungsdienst wider: Das sogenannte Juristenmonopol, das schon im Kaiserreich verbreitet war, „wurde nur behutsam gelockert“,<sup>80</sup> Quereinsteiger konnten häufig keinen Zugang zu Elitepositionen bekommen.<sup>81</sup>

Während Politiker und Beamte der Weimarer Republik hinsichtlich ihres Bildungsniveaus und der Studienfächer große Ähnlichkeiten aufweisen, zeigt sich bei der Betrachtung der am häufigsten besuchten Studienorte ein merkbarer Unterschied. Sowohl für Spitzenbeamte als auch für Politiker in beiden Stichjahren ist Berlin ein wichtiger Studienort; für Politiker wird Berlin aber sowohl 1920 als auch 1927 von Bonn, Leipzig und 1927 auch München als weiteren wichtigen Studienorten ergänzt, während für die Beamten in beiden Stichjahren München eine besonders wichtige Rolle spielt. Dies lässt sich mit der Rolle der dort ansässigen juristischen Fakultät erklären: München – wie auch Berlin und Leipzig – hatten große juristische Fakultäten mit vielen Studierenden, sodass eine vergleichsweise hohe Repräsentanz dieser Studienorte vor allem in der juristendominierten führenden Beamtschaft naheliegt. In seiner Untersuchung der Merkmale von Beamten auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württembergs zwischen den Jahren 1928 und 1972 stellt Ruck eine Verbindung zwischen einer Rekrutierung in die Beamtschaft und der Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung her, die als „Umschlagplatz für den Aufbau konnubialer Vernetzungen der Funktionseliten gedient haben [können]“.<sup>82</sup> Trotz einer für eine feste Schlussfolgerung unzureichenden Datenlage könnte eine solche Verbindung auch hier vermutet werden, da in allen vier genannten Städten im Vergleich zu anderen Universitätsstädten sehr viele Burschenschaften aktiv waren. Berlin, Bonn und Leipzig gehörten zu den ersten Städten, in denen Burschenschaften gegründet wurden, sodass die Idee der sich während des Studiums bildenden Lebensbünde dort tief verankert war. Im Vergleich zwischen 1920 und 1927 fällt auf, dass zunehmend auch Studienorte im Ausland auftauchen. In den Auswertungen der Daten zur administrativen Elite im Jahr 1927 sind zum Beispiel nun die Studienorte Genf, Lausanne und London vertreten. Dies kann mit einem allgemeinen Anstieg der Studierendenmigration in Europa in Zusammenhang gebracht werden: Im 19. Jahrhundert wurde Deutschland

---

80 Morsey, Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning, S. 114.

81 Morsey, Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning, S. 116.

82 Ruck, Korpsgeist und Staatsbewußtsein, S. 39.

zunehmend zu einem Zielland für internationale Studierende,<sup>83</sup> was auch einen studentischen Austausch deutscher Studierender in andere Länder befördert haben mag.

In der NS-Zeit bleibt das Bildungsniveau in beiden Teileliten auf einem hohen Niveau. Der Anteil der Personen, die ein Studium abgeschlossen haben, liegt durchgängig zwischen 73 und 81 Prozent (siehe Abb. 8 und Abb. 9). Der Anteil der Promovierten ist in beiden Teileliten beachtlich, liegt bei den Beamten aber noch höher als bei den Politikern. Im Vergleich zur Weimarer Republik verändert sich das formale Bildungsniveau der Spitzenbeamten insofern, als dass es einerseits mehr Personen ohne Studienabschluss gibt, andererseits aber auch ein im Vergleich zu 1920 erhöhter Anteil Promovierter in der Verwaltungselite zu beobachten ist. In dieses Bild passt auch, dass sich in der Verwaltungselite des Nationalsozialismus auch einige habilitierte Spitzenbeamte finden. Diese widersprüchlich anmutende Entwicklung spiegelt verschiedene Aspekte der Personalpolitik im Nationalsozialismus wieder, auf die später noch eingegangen wird. Unter den NS-Politikern ist der Akademikeranteil noch etwas größer als unter den NS-Spitzenbeamten (siehe Abb. 8 und Abb. 9). Hierin unterscheidet sich der Nationalsozialismus von der Weimarer Republik, wo der Akademikeranteil unter den Beamten höher war als unter den Politikern. Allerdings sind diese Unterschiede prozentual gesehen nur gering und sollten vor dem Hintergrund der vergleichsweise geringen Fallzahlen für die Politiker nicht überbewertet werden.

Bei denjenigen Spitzenpolitikern im Nationalsozialismus, die studiert hatten, waren Berlin und München wichtige Studienorte (siehe Abb. 13) und agrar- sowie naturwissenschaftliche und technische Studienfächer häufiger vertreten als zuvor (siehe Abb. 12). Mit einem Diplomabschluss als Landwirt mit den Schwerpunkten Ackerbau und Viehzucht und einer nachfolgenden wissenschaftlichen Beschäftigung mit Vererbungsfragen bei Tieren begann beispielsweise Richard Walter Darré seinen Weg in die politische Elite des Nationalsozialismus. Sein Studienhintergrund hatte maßgeblichen Einfluss auf seine „Blut und Boden“-Politik:<sup>84</sup> „Die Sanierung der Landwirtschaft (...) unter geistigen und rassistischen Gesichtspunkten stellte für ihn die entscheidende Voraussetzung dar, um dem deutschen Volk seine hervorragende rassische Qualität zurückzugeben, die als Folge der beschleunigten Industrialisierung merklich verfallen sei.“<sup>85</sup> Fachexpertise wird hier in die nationalsozialistische Ideologie eingebaut, die Ideologie so vermeintlich wissenschaftlich untermauert. Eine ähnliche Entwicklung zeigt Herbert Backe, dessen agrarwissenschaftliche Kenntnisse – neben der Tatsache, dass er ein „Früher Freund“ der NSDAP war (1922 erstmals und 1931 erneut beigetreten) – ein Grund für seine Stellung im Reichsministerium für

---

83 Emmanuel E. Akanawa: International Students in Western Developed Countries: History, Challenges, and Prospects, in: *Journal of International Students* 5 (2015), H. 3, S. 271–284.

84 Horst Gies: Richard Walther Darré. Der „Reichsbauernführer“, die nationalsozialistische „Blut und Boden“-Ideologie und Hitlers Machteroberung, Göttingen 2019.

85 Gustavo Corni: Richard Walther Darré. Der „Blut-und-Boden“-Ideologe, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hg.): *Die braune Elite: 22 biographische Skizzen* (Band 1), Darmstadt 1989, S. 15–27, hier S. 16.

Ernährung und Landwirtschaft waren:<sup>86</sup> ab April 1944 war Backe als Reichsminister ohne Geschäftsbereich mit der Führung des Reichsernährungsministeriums und des Reichsbauernführers betraut.<sup>87</sup> Mit einem technischen Studienhintergrund erlangte Albert Speer Zutritt zur politischen Elite des Nationalsozialismus. Speer wurde 1942 Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Sein Aufstieg kann auf seine Arbeit als Architekt (ab 1934 Beauftragter für die Umgestaltung Berlins) und vor allem auf seine enge persönliche Verbindung zu Hitler zurückgeführt werden. Der Historiker Wolfgang Schroeter bezeichnet Speer als „eine[n] der wenigen in Hitlers engerem Umfeld, dem dieser rückhaltlos vertraute und der ständig Zugang zu ihm hatte“.<sup>88</sup> Nachdem Fritz Todt, Minister für Bewaffnung und Munition sowie Straßenbau und Wasserstraßen, am 8. Februar 1942 bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückt war, erhob Hitler den sich gerade in der „Wolfsschanze“ aufhaltenden Speer unversehens zu dessen Nachfolger – „[s]ein grenzenloser Ehrgeiz, seine absolute Skrupellosigkeit und seine endlosen Stunden, Tage und Wochen von in Hitlers Nähe verbrachter Zeit hatten eine weitere Etappe auf dem Weg zur ständigen Machterweiterung erreicht“,<sup>89</sup> folgert Schroeter hieraus. Einen ähnlichen Studienhintergrund hat Alfred Rosenberg, der 1917 seine Ausbildung an der Technischen Hochschule Riga und Moskau als Diplom-Ingenieur-Architekt abschloss. Seinen Weg in die politische Elite des NS-Systems fand Rosenberg jedoch nicht über seine Ausbildung als Architekt, sondern aufgrund seines frühen, langanhaltenden und äußerst aktiven propagandistischen Einsatzes für die nationalsozialistische Bewegung und somit als „Alter Kämpfer“.<sup>90</sup> Mit einer naturwissenschaftlich-chemischen Ausbildung und einer entsprechenden fachlichen Berufslaufbahn gelangte Carl Krauch in die politische Elite des Nationalsozialismus: Er studierte Natur- und Agrarwissenschaften in Gießen und Heidelberg, übernahm ab 1912 verschiedene Positionen bei der BASF und wurde 1925 stellvertretendes Vorstandsmitglied bei der IG Farben. Als Leiter der „Vermittlungsstelle W[ehrmacht]“ steuerte er die Zusammenarbeit zwischen dem IG Farben-Konzern und den NS-Reichsbehörden, wodurch er in Industrie und Politik parallel Karriere machte.<sup>91</sup>

Bei den Spitzenbeamten des Nationalsozialismus war – wie auch bereits zur Zeit der Weimarer Republik und des Deutschen Kaiserreichs – ein juristischer Studienhintergrund weit verbreitet. In der 1934er Kohorte hatten mehr als zwei Drittel der Spitzenbeamten mit akademischer Ausbildung ein juristisches Studium absolviert (siehe

---

86 Ulrich Schlie: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Horst Möller/Joachim Bitterlich/Gustavo Corni/Friedrich Kießling/Daniela Münkler/Ulrich Schlie (Hg.): Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger, Berlin/München/Boston 2020, S. 105–263, hier S. 124.

87 PAE-proso-Datensatz.

88 Wolfgang Schroeter: Albert Speer. Aufstieg und Fall eines Mythos, Paderborn 2019.

89 Schroeter, Albert Speer, S. 42.

90 Volker Koop: Alfred Rosenberg. Der Wegbereiter des Holocaust – Eine Biographie, Köln/Wien 2016.

91 Neue Deutsche Biographie: Krauch, Carl, siehe: <https://daten.digitale-sammlungen.de/0001/bsb00016329/images/index.html?seite=693>

Abb. 10). Der Anteil der Juristen in der administrativen Elite fällt zu den späteren Erhebungszeitpunkten im Nationalsozialismus ab, liegt aber auch 1944 noch bei über 50 Prozent der Spitzenbeamten mit akademischer Ausbildung. Der moderate Rückgang der Juristen in der Verwaltungselite ist mit der hohen Parteipolitisierung der NS-Verwaltung verknüpft (siehe auch Kap. 8.2) – nach dem Beamtengesetz von 1937 wurde die Parteizugehörigkeit nun auch de iure als Auswahlkriterium bei der Rekrutierung von Beamten herangezogen.<sup>92</sup> Das Gesetz leistete damit einen Beitrag dazu, das Juristenmonopol in der Verwaltung zu schwächen. Hitler charakterisierte zudem eine persönliche Abneigung gegen Juristen in der Ministerialverwaltung.<sup>93</sup> Gegenüber den „Interessen der Nation“ hätten „juristische Prinzipien“ kein Gewicht,<sup>94</sup> bei einer Reorganisation der Ministerien sei es Hitler zufolge „unsere erste Aufgabe [..], die Juristen aus den Ministerien zu entfernen“.<sup>95</sup> Ein vollständiger Ausschluss von Verwaltungsjuristen aus der NS-Verwaltung erfolgte jedoch nicht einmal annäherungsweise, und auch in den Spitzenpositionen der NS-Verwaltung fanden sich weiterhin zahlreiche Juristen (siehe Abb. 10). Ursächlich hierfür war die Tatsache, dass die in der Verwaltung befindlichen Juristen häufig eine hohe Fachexpertise und passende Berufserfahrung vorweisen konnten. Sie wurden deshalb zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung trotz der Abneigung Hitlers gegen Juristen oft in ihren Positionen belassen. Hierdurch erklärt sich, dass wir zwar einen sinkenden Anteil der Personen mit einer juristischen Ausbildung in der NS-Verwaltungselite sehen, die Juristen aber im Vergleich mit anderen Studienfächern weiterhin überrepräsentiert blieben.

Eine Sonderrolle hinsichtlich des generell hohen Bildungsniveaus der Exekutivpolitiker und Spitzenbeamten im Nationalsozialismus (im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt) nimmt Adolf Hitler ein, der keine schulische, handwerkliche oder akademische Ausbildung abgeschlossen hat. Sein Weg in die politische Elite gründet sich stattdessen auf seine politische Karriere, persönliche Netzwerke und die Unterstützung durch prominente Personen in Gesellschaft und Wirtschaft. Zu diesen Personen gehörte in den Jahren vor der nationalsozialistischen Machtergreifung etwa Fritz Thyssen, der den Aufstieg der NSDAP auch finanziell unterstützte.<sup>96</sup> Ein frühes politisches Engagement und die persönlichen Netzwerke spielten auch für die weiteren Mitglieder der politischen NS-Elite mit einem eher niedrigen formalen Bildungsniveau eine große Rolle. Dies trifft zum Beispiel auf Hanns Kerrl zu, der nach seinem Schulbesuch nur die Zulassung zur mittleren Beamtenlaufbahn erhielt, aber als frühes Mitglied die NSDAP bereits ab 1923 unterstützte und nach einer schnellen Karriere im preußischen Landtag am 23. März 1933 zum Reichskommissar für das preußische Justizministerium ernannt wurde.<sup>97</sup> Auch die Personen, die mit einem

---

92 Nützenadel, Einleitung, S. 19.

93 Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, S. 30.

94 Peterson/Dietz, Die Bürokratie und die NSDAP, S. 164.

95 Zitiert nach Peterson/Dietz, Die Bürokratie und die NSDAP, S. 164.

96 Jan Schleusener: Die Enteignung Fritz Thyssens. Vermögenszug und Rückerstattung (Familie – Unternehmen – Öffentlichkeit 7), Paderborn 2018.

97 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-II/508521 ausgewertet.

niedrigen Bildungsabschluss einen Weg in die Spitzenpositionen der NS-Verwaltung fanden, „kompensierten“ dies durch ihre frühe politische Unterstützung der NSDAP („Alte Kämpfer“ und „Frühe Freunde“<sup>98</sup>). So setzte sich Rudolf Schmeer, ab 1930 Reichstagsabgeordneter der NSDAP und später Reichsinspekteur der NSDAP, schon Ende 1922 für die NS-Bewegung ein. Unter anderem war er von 1926 bis 1931 Bezirksleiter der NSDAP im Regierungsbezirk Aachen.<sup>99</sup> Schmeer war ab 1938 Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium.<sup>100</sup> Fritz Reinhardt, zum Erhebungszeitpunkt 1934 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, absolvierte nach seinem Volksschulabschluss eine kaufmännische Lehre, aber kein Studium. Sein politischer Einsatz für die Nationalsozialisten begann bereits 1923, 1927 wurde er Bezirksleiter der NSDAP in Oberbayern-Süd, 1928 Gauleiter von Oberbayern.<sup>101</sup> Ab 1924 baute er außerdem die Deutsche Fern-Handelsschule auf, die 1929 zur offiziellen „Rednerschule“ der NSDAP wurde.<sup>102</sup> Für seine Ernennung zum Staatssekretär setzte sich Hitler persönlich ein.<sup>103</sup>

Ähnlich wie für die Personen mit einem niedrigen formalen Bildungsstand spielten auch für die Nicht-Juristen unter den Akademikern der NS-Verwaltungselite häufig politische Verbindungen eine besondere Rolle. Ein Beispiel hierfür ist Wilhelm Ohnesorge, der bereits 1920 in die NSDAP eingetreten war. Als erfahrener Verwaltungsbediensteter und einer der frühestens Anhänger Hitlers wurde er im März 1933 Staatssekretär im Reichspostministerium.<sup>104</sup> Ein weiteres Beispiel ist Rudolf Mentzel. Der 1900 in Bremen geborene Mentzel hatte nach einem naturwissenschaftlichen Studium unter anderem als Abteilungsleiter im Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie gearbeitet. Im Juni 1934 wurde er Referent für Naturwissenschaften im Amt Wissenschaft des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Ende 1936 stieg er zum Unterabteilungsleiter auf. Im April 1939 wurde er schließlich Ministerialdirektor und als solcher Abteilungsleiter (Chef des Amts für Wissenschaft) im Reichsministerium für Wissenschaft.<sup>105</sup> Es ist anzunehmen, dass seine politischen Verbindungen für seinen

---

98 Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, S. 142.

99 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, NS 5-VI/17724, R 9361-VI/10582, R 55/24020 und R 9361-III/569307 ausgewertet.

100 Joachim Lilla: *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924 (Eine Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien)*, Düsseldorf 2004.

101 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-II/1055412 und R 9361-III/569094 ausgewertet.

102 Neue Deutsche Biographie: Reinhardt, Fritz, siehe: <https://daten.digital-sammlungen.de/0001/bsb00016339/images/index.html?seite=374>

103 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 101.

104 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-III/574860, R 9361-II/781833 und R 9361-III/568922 ausgewertet.

105 Michael Grüttner: *Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik (Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 6)*, Heidelberg 2004; *Neue Deutsche Biographie: Mentzel, Rudolf*, siehe: <https://daten.digital-sammlungen.de/0001/bsb00016335/images/index.html?seite=112>.

beruflichen Aufstieg wichtiger waren als seine hohe fachliche Kompetenz. Mentzel war ab 1922 Mitglied der NSDAP (Wiederaufnahme 1928), 1930 bis 1933 Ortsgruppenleiter und später Kreisleiter der NSDAP in Göttingen und ab 1932 Mitglied der SS.<sup>106</sup> Seine vorher missglückte Habilitation wurde ihm 1933 an der Universität Greifswald, vermutlich aufgrund einer Initiative des Greifswalder Mathematikprofessors und NSDAP-Mitglieds Theodor Vahlen, überraschend ermöglicht. Aufgrund ihrer angeblichen Kriegswichtigkeit wurde die Habilitationsschrift nicht veröffentlicht.<sup>107</sup>

In der Bundesrepublik stieg der Anteil der Studierenden unter den Spitzenbeamt:innen im Vergleich zum Nationalsozialismus sprunghaft an (siehe Abb. 8): Bereits in LP 1 waren über 95 Prozent Akademiker:innen. Auch der Promoviertenanteil ging sprunghaft nach oben. Der im Vergleich zum Nationalsozialismus und auch zur Weimarer Republik deutlich höhere Anteil der Akademiker:innen in der Verwaltungselite bleibt in der Bundesrepublik über die Zeit erhalten. Zu Zeiten sozialdemokratischer Kanzler sinkt der Anteil jeweils leicht, bleibt aber durchgängig über 90 Prozent. Der Anteil der Promovierten sinkt im Laufe der Zeit fast kontinuierlich (Ausnahmen: LP 5, LP 6 und LP 9). Waren zu Beginn der Bundesrepublik mehr als zwei Drittel der Spitzenbeamt:innen promoviert, so liegen die Werte gegen Ende des Erhebungszeitraumes in den 2010er Jahren bei rund 40 Prozent. Auch der Anteil der Habilitierten ist in den 1950er Jahren am höchsten.

Bei den Politiker:innen der Bundesrepublik sind die Schwankungen der Werte insgesamt größer. Parteipolitische Effekte sind hier stärker als bei den Beamt:innen. In den Zeiten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung zwischen Mitte der 1960er Jahre und Anfang der 1980er Jahre ist der Anteil der Exekutivpolitiker:innen ohne Studienabschluss besonders hoch. Den Höchstwert sehen wir hier in LP 6, unter Bundeskanzler Willy Brandt, mit einem Anteil von über 40 Prozent. In der zweiten Phase sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung ab 1998 sehen wir diesen Effekt nicht mehr. Hier sind vielfältige Erklärungen möglich – naheliegend ist, dass die Bindung der Sozialdemokraten an das Arbeitermilieu heute weniger stark ist als früher, unter anderem weil die Parteibindungen generell abgenommen haben.<sup>108</sup> Auch die Bildungs- und Hochschulexpansion und der generelle Trend zu einer Akademisierung spielen vermutlich eine Rolle. Klarer ist die Verknüpfung zwischen Promoviertenanteil und der Kanzlerpartei (siehe Abb. 9): Hier zeigen sich erwartbare Muster, also weniger Promovierte unter SPD-Kanzlern und mehr Promovierte unter CDU-Kanzlerschaft. Unter Bundeskanzler Gerhard Schröder erreicht der Promoviertenanteil

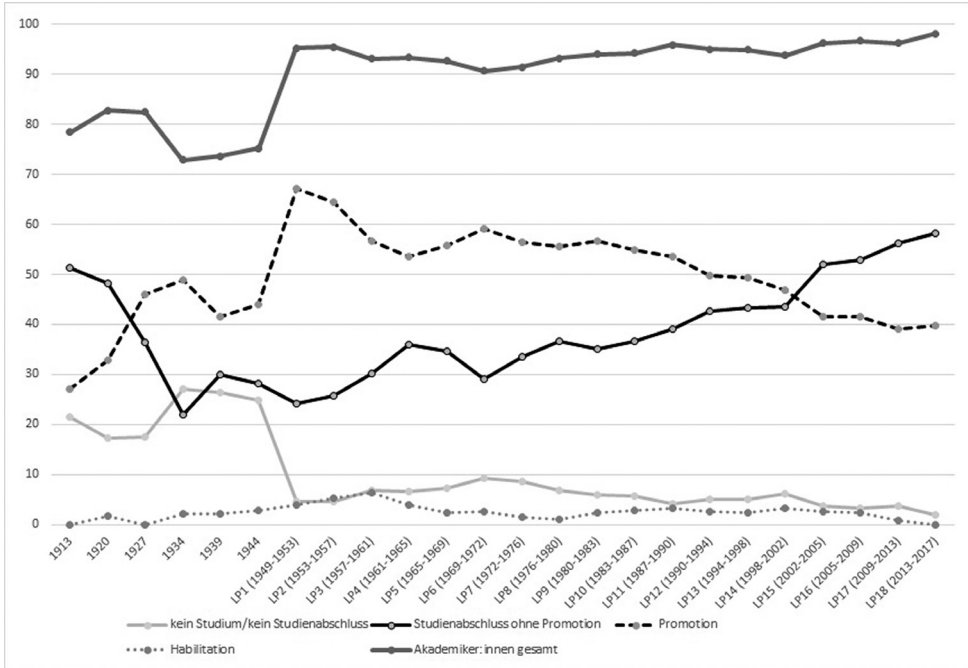
---

106 Grüttner, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, S. 117; PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-I/2265, R 9361-III/543024 und R 4901/25065 ausgewertet.

107 Neue Deutsche Biographie: Mentzel, Rudolf, siehe: <https://daten.digital-sammlungen.de/0001/bsb00016335/images/index.html?seite=112>.

108 Vgl. zum Beispiel Harald Schoen/Bernhard Weißels: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2016; Bernhard Weißels: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2021; Bernhard Weißels/Harald Schoen/Oscar W. Gabriel: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013.

Abb. 8 Höchster Bildungsabschluss der Beamt:innen 1913 bis 2017



Quelle: PAE-proso-Datensatz

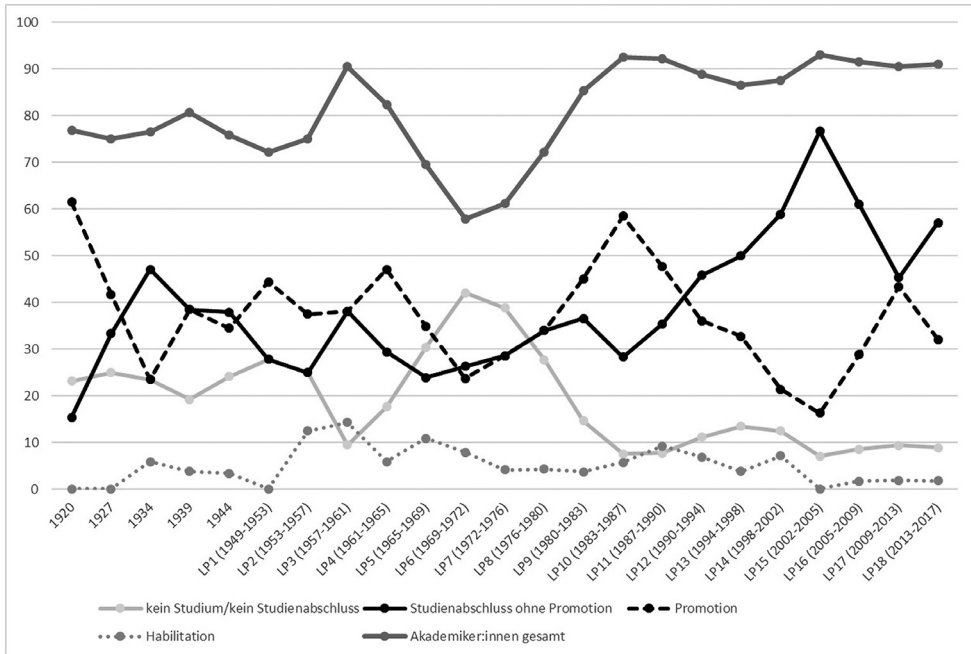
in der Bundesrepublik Tiefstwerte. Den Höchstwert sehen wir unter Bundeskanzler Helmut Kohl in LP 10 (1983–1987).

Das von den Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik mit großem Abstand am häufigsten studierte Fach ist Jura. Im Vergleich zum Nationalsozialismus stieg der Juristenanteil in der Bundesrepublik zunächst sprunghaft an, schließlich stand die Etablierung einer rechtsstaatlichen Verwaltung im Vordergrund. Traditionslinien aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik setzten sich hier fort (siehe Abb. 10). Im weiteren Verlauf der Bundesrepublik sank der Juristenanteil – dennoch ist Jura auch in den letzten hier untersuchten Legislaturperioden weiterhin das mit Abstand häufigste Studienfach der Spitzenbeamt:innen.

Das bisherige Muster, dass der Juristenanteil in der Verwaltungselite unter SPD-Kanzlern geringer ist als unter CDU-Kanzler:innen setzte sich unter Angela Merkel nicht fort. Mit der Kanzlerschaft Gerhard Schröders ging der Anteil der Jurist:innen deutlich zurück und blieb seitdem bis zum Ende unserer Erhebung auf dem Niveau von knapp über 50 Prozent.

Hinsichtlich der Studienorte der Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik zeigen sich einige klare Entwicklungen (siehe Abb. 11): Berlin als ehemaliger Regierungssitz ist bis Mitte der 1970er Jahre der häufigste Studienort, allerdings mit kontinuierlich

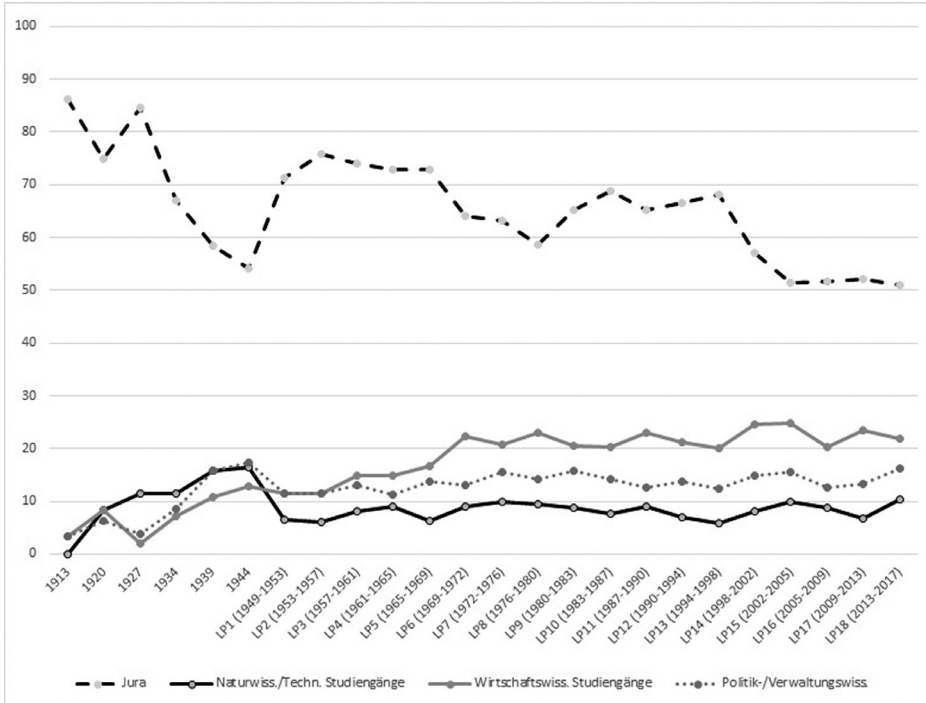
Abb. 9 Höchster Bildungsabschluss der Politiker:innen 1913 bis 2017



Quelle: PAE-proso-Datensatz

sinkenden Anteilen zwischen LP 2 und LP 10. Ein zweites kleines „Hoch“ erlebt der Studienort Berlin in der Regierungszeit von Gerhard Schröder. Bis Mitte der 1970er Jahre zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, nämlich eine abnehmende Bedeutung, für den ebenfalls zunächst recht häufigen Studienort München. Auf geringerem Niveau ist für Freiburg und auf noch geringerem Niveau für Leipzig die gleiche Entwicklung zu konstatieren. Steigende Anteile zeigen sich ab Mitte der 1960er Jahre für die neue Hauptstadt Bonn als Studienort. Der Höchstwert für Bonn wird in LP 13 mit rund 28 Prozent erreicht. Der Ort des Regierungssitzes spielt hier ganz klar eine Rolle für den Einstieg und eine Karriere in der Bundesministerialverwaltung. Die Bedeutung Bonns bleibt trotz des Regierungsumzuges nach Berlin Ende der 1990er Jahre bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraumes hoch. Dies ist aus zwei Gründen wenig verwunderlich: Erstens erreichen Spitzenbeamt:innen ihre Position durchschnittlich erst in ihren frühen Fünfzigern – unter anderem deshalb war die Bedeutung Berlins als Studienort in der jungen Bonner Republik weiterhin sehr hoch. Zweitens haben bis heute alle Ministerien zwei Dienstsitze, einen in Bonn und einen in Berlin. Der Einstieg in die Bundesministerialverwaltung ist also auch am Standort Bonn weiterhin möglich. Ähnliche Tendenzen sind übrigens auch für das nahegelegene Köln erkennbar, wenngleich auf geringerem Niveau. Köln erreichte bei den Beamt:innen in LP 14, unter Gerhard Schröder, Spitzenwerte von knapp 17 Prozent. In den letzten drei Le-

Abb. 10 Studienfächer der Beamt:innen mit akademischer Ausbildung 1913 bis 2017

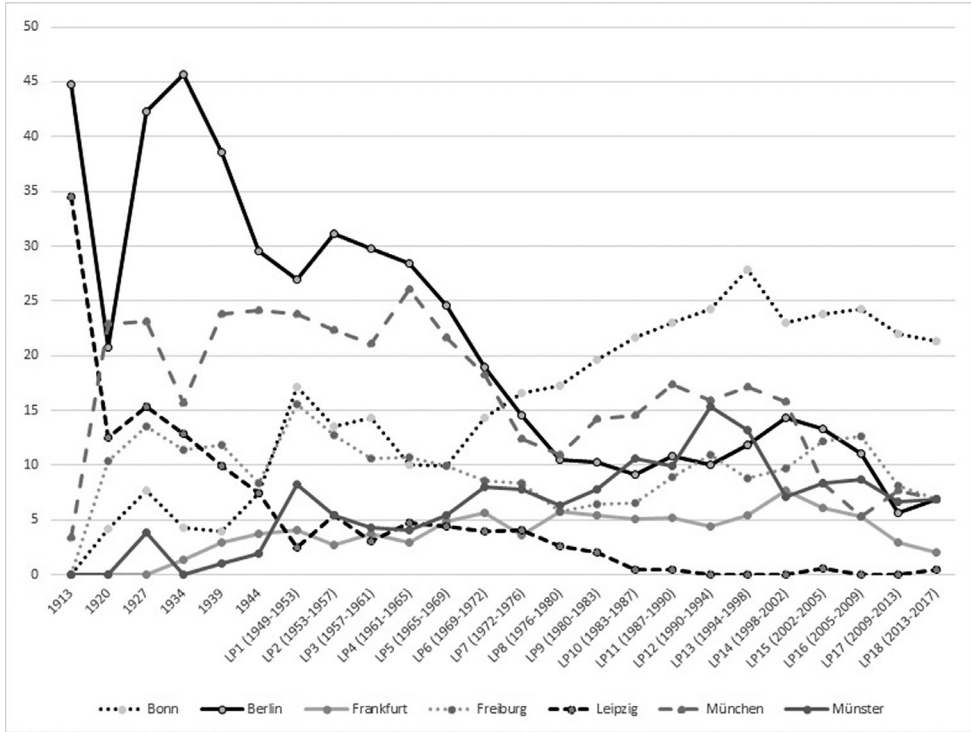


Anmerkungen: Die Prozentwerte beziehen sich auf den Anteil an allen Spitzenbeamt:innen des jeweiligen Zeitpunktes mit akademischer Ausbildung. Die Werte pro Kohorte ergeben nicht notwendigerweise 100 Prozent, da Geisteswissenschaften und sonstige Studienfächer hier aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht abgebildet wurden. Wenn eine Person mehrere Fächer studiert hat (zum Beispiel im Rahmen eines Magisterstudienganges), wurde diese in mehreren Kategorien berücksichtigt. Die Kategorie Politik-/Verwaltungswissenschaft schließt den früher üblichen Studiengang Staatswissenschaft ein. Zweitstudiengänge und weiterbildende Studiengänge sind in dieser Übersicht nicht enthalten, sondern nur der erste absolvierte Studiengang einer Person auf Master-/Diplom-/Staatsexamensniveau. Quelle: PAE-proso-Datensatz

gislaturperioden des Untersuchungszeitraumes (LP 16 bis LP 18) hatten jeweils rund acht bis neun Prozent der Spitzenbeamt:innen in Köln studiert. Ob die Häufigkeit des Studienortes Köln eher an der Nähe zur ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn liegt oder am gestiegenen Anteil der Wirtschaftswissenschaftler in der Verwaltungselite – wie von Klaus von Beyme vermutet<sup>109</sup> – ist offen und müsste genauer untersucht werden, vermutlich spielen beide Faktoren eine Rolle. Spannend und im Rahmen unserer Forschungsansatzes zunächst nicht einfach interpretierbar ist die zeitweise relativ große Bedeutung von Münster als Studienort in der Bundesrepublik, die wir im

109 Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, S. 271.

Abb. 11 Ausgewählte Studienorte Beamt:innen 1913 bis 2017



Anmerkungen: Anteil der Spitzenbeamt:innen des jeweiligen Messzeitpunktes, die sich an den angegebenen Studienorten zum Zwecke eines Studiums, einer Promotion oder einer Habilitation aufgehalten haben (egal, ob es sich dabei um den ersten, zweiten oder dritten Studienort handelt), inklusive Studienabbrecher. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Übrigen nicht nur bei den Beamt:innen, sondern auch bei den Politiker:innen sehen. Wahrscheinlich spielen hier unter anderem die geografische Lage (in der Nähe und in demselben Bundesland wie der frühere Regierungssitz Bonn) und die Größe der Universität eine Rolle. Die Universität Münster (bis Ende September 2023: Westfälische Wilhelms-Universität Münster) ist eine traditionsreiche<sup>110</sup> Universität in Nordrhein-Westfalen, die zu den größten deutschen Universitäten gehört. Für Beamt:innen fachlich besonders passende Studienorte wie Speyer mit der dort ansässigen Universität für Verwaltungswissenschaften oder Konstanz mit dem in den 1970er Jahren gegründeten Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft bleiben bisher weit-

110 Nachdem die Universität im 19. Jahrhundert zu einer akademischen Lehranstalt degradiert worden war, erfolgte 1902 die Neugründung einer juristischen Fakultät und die erneute Erhebung in den Rang einer Universität.

gehend bedeutungslos – Elitemitglieder haben nur selten an diesen Orten einen Teil ihres Studiums oder ihrer akademischen Qualifikationsphase verbracht.

Auch bei den Exekutivpolitiker:innen der Bundesrepublik ist Jura fast durchgängig das häufigste Studienfach, allerdings auf niedrigerem Niveau. Insgesamt sind die Studienhintergründe der Politiker:innen vielfältiger. Der Anteil der Wirtschaftswissenschaftler:innen war vor allem in den 1950er und 1960er Jahren hoch und ging dann zurück. Hier zeigt sich also eine gegenläufige Entwicklung zu den Spitzenbeamt:innen: Als der Anteil der Wirtschaftswissenschaftler:innen unter den Spitzenbeamt:innen anstieg, sank er unter den Exekutivpolitiker:innen. Naturwissenschaftliche und technische Studiengänge sind bei den Politiker:innen eher selten, etwas häufiger – aber seltener als die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge – treten Politik- oder Verwaltungswissenschaft als Studienfächer auf. In Abbildung 12 sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht alle Kategorien von Studienfächern ausgewiesen. Die Regierungszeit Gerhard Schröders sticht nicht nur wegen des vergleichsweise geringen Anteils der Jurist:innen heraus, sondern auch, weil die Prozentwerte der in der Abbildung ausgewiesenen Fächer hier deutlich unter 100 Prozent liegen. Betrachtet man beispielsweise LP 15, die zweite Regierungszeit Schröders, so waren dort in den politischen Spitzenpositionen acht Personen mit einem Lehramtsabschluss (zum Beispiel Hans Eichel, Edelgard Bulmahn, Ulla Schmidt, Heidemarie Wieczorek-Zeul), aber beispielsweise auch vier Theolog:innen (die Parlamentarischen Staatssekretär:innen Christel Riemann-Hanewinkel, Christoph Matschie, Fritz Rudolf Körper, Ulrich Kasparick), drei Geisteswissenschaftler:innen (Christina Weiss, Margareta Wolf, Ditmar Staffelt), ein Psychologe (Achim Grossmann), eine Person mit einem Abschluss in Sozialarbeit (Renate Künast) und ein Agrarwissenschaftler (Gerald Thalheim) vertreten.<sup>111</sup> Der Anteil der Lehrämter war damit in LP 15 größer als der Anteil der Wirtschaftswissenschaftler:innen, Politik-/Verwaltungswissenschaftler:innen oder der Personen mit einem naturwissenschaftlichen oder technischen Studienabschluss.

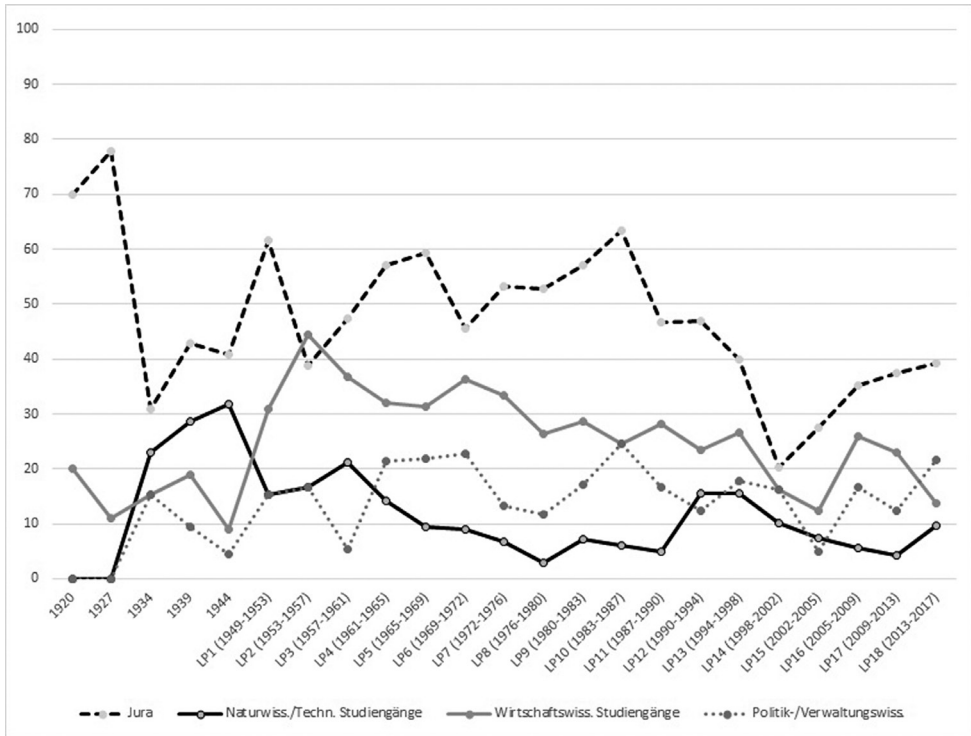
Bezüglich der Studienorte<sup>112</sup> der Exekutivpolitiker:innen in der Bundesrepublik (siehe Abb. 13) zeigt sich, dass die Häufigkeit bestimmter Studienorte im Zeitverlauf zu- oder abnimmt. München war in den ersten Legislaturperioden der Bundesrepublik der häufigste Studienort der Exekutivpolitiker:innen, verlor aber im Zeitverlauf an Bedeutung. Auch Berlin war in den Anfangsjahren ein häufiger Studienort, der unter Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Renaissance erfuhr. Freiburg verlor ebenfalls im Zeitverlauf an Bedeutung, während das traditionell wichtige Leipzig in der Bundesrepublik nie von besonderer Bedeutung war. Frankfurt und Münster spielten als Studienorte durchgängig eine gewisse Rolle und sind seit Mitte der 2000er Jahre häufiger als die traditionell wichtigen Studienorte München, Berlin, Bonn oder Freiburg. Insgesamt zeigen die Daten, dass die Konzentration auf bestimmte Studienorte im Zeitverlauf weniger wichtig geworden ist und die Exekutivpolitiker:innen

---

111 PAE-proso-Datensatz.

112 Mit Studienorten sind hier die im PAE-proso-Datensatz erfassten Orte der Universitäten/Hochschulen gemeint, an denen die Personen studiert, promoviert oder habilitiert haben.

Abbi. 12 Studienfächer der Exekutivpolitiker:innen mit akademischer Ausbildung 1913 bis 2017

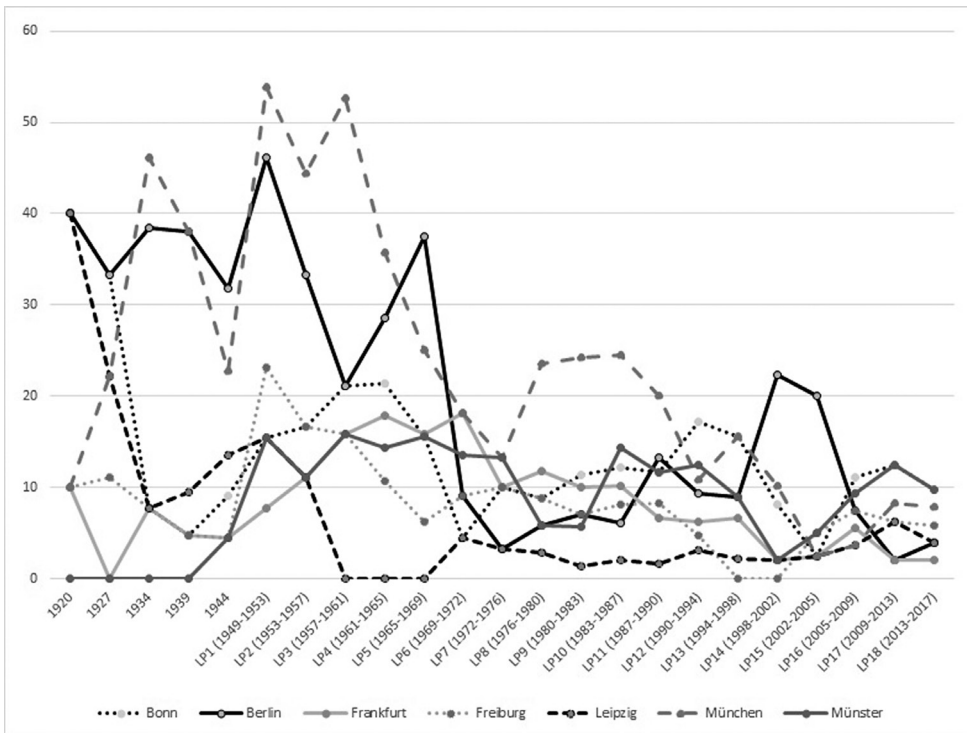


Anmerkungen: Die Prozentwerte beziehen sich auf den Anteil an allen Exekutivpolitiker:innen des jeweiligen Zeitpunktes mit akademischer Ausbildung. Die Werte pro Kohorte ergeben nicht notwendigerweise 100 Prozent, da Geisteswissenschaften und sonstige Studienfächer hier aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht abgebildet wurden. Wenn eine Person mehrere Fächer studiert hat (zum Beispiel im Rahmen eines Magisterstudienganges), wurde diese in mehreren Kategorien berücksichtigt. Die Kategorie Politik-/Verwaltungswissenschaft schließt den früher üblichen Studiengang Staatswissenschaft ein. Zweitstudiengänge und weiterbildende Studiengänge sind in dieser Übersicht nicht enthalten, sondern nur der erste absolvierte Studiengang einer Person auf Master-/Diplom-/Staatsexamensniveau. Quelle: PAE-proso-Datensatz

zunehmend an ganz unterschiedlichen Orten Teile ihrer akademischen Qualifikationsphase verbracht haben. Neben den in der Abbildung genannten Orten war Hamburg vor allem unter Gerhard Schröder ein relativ häufiger Studienort der Exekutivpolitiker:innen. Unter Angela Merkel ist in LP 16 und LP 17 Köln ein relativ häufig auftretender Studienort.

In der DDR sehen wir bezüglich des Bildungsniveaus der Exekutivpolitiker:innen eine ganz klare Entwicklung (siehe Abb. 14). Hatte zu Beginn des Systems der herrschenden Ideologie entsprechend noch mehr als die Hälfte aller Exekutivpolitiker:innen keinen Studienabschluss, so änderte sich dies rasch. Über die Zeit hinweg

Abb. 13 Ausgewählte Studienorte Exekutivpolitiker:innen 1913 bis 2017

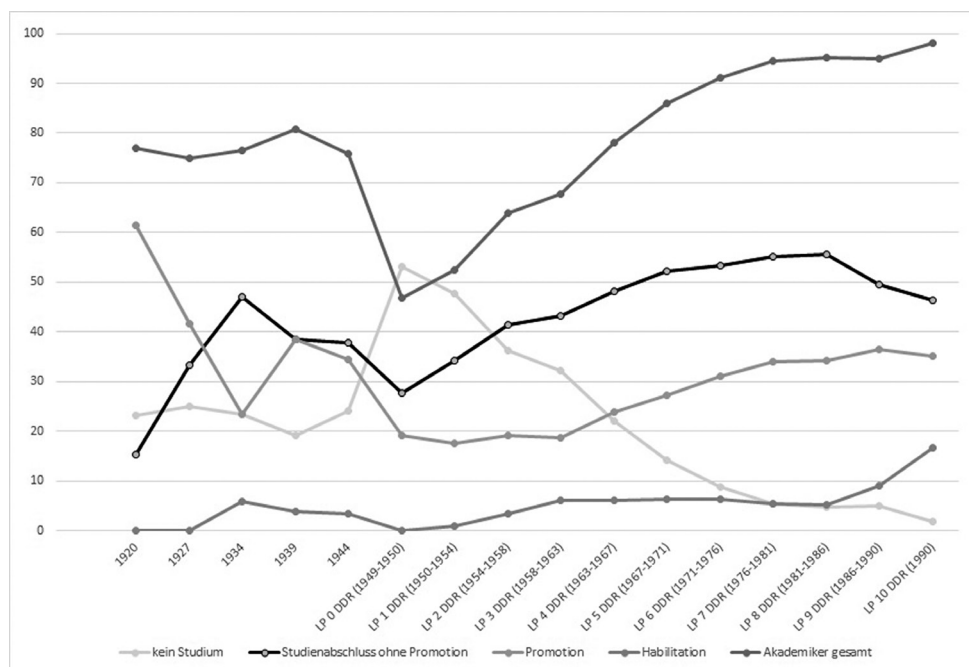


Anmerkungen: Anteil der Exekutivpolitiker:innen des jeweiligen Messzeitpunktes, die sich an den angegebenen Studienorten zum Zwecke eines Studiums, einer Promotion oder einer Habilitation aufgehalten haben (egal, ob es sich dabei um den ersten, zweiten oder dritten Studienort handelt), inklusive Studienabbrecher. Quelle: PAE-proso-Datensatz

stieg der Anteil der Akademiker:innen bis in die 1970er Jahre an und blieb dann ab Mitte der 1970er Jahre auf einem Niveau von deutlich über 90 Prozent. Auch der Promovierten- und Habilitiertenanteil<sup>113</sup> stieg im Zeitverlauf an. Mit zunehmender Etablierung des Systems spielte die gegen die sogenannte „Intelligenz“ gerichtete Ideologie also für die Eliten selbst zunehmend keine Rolle mehr. Allerdings spielte es weiterhin eine Rolle, aus welchem Elternhaus die betreffende Person kam (siehe Kap. 5.2). Typisch für die DDR waren also formal hochqualifizierte politische Eliten mit einem akademischen Hintergrund, die aus Nicht-Akademikerfamilien stammten. Dies war, wenngleich nicht ganz widerspruchsfrei, mit der herrschenden Ideologie in Einklang zu bringen.

113 In der DDR gab es ab 1969 die sogenannte Promotion B als zweite akademische Qualifikation.

Abb. 14 Höchster Bildungsabschluss der Exekutivpolitiker:innen in der DDR und in Vorgängersystemen

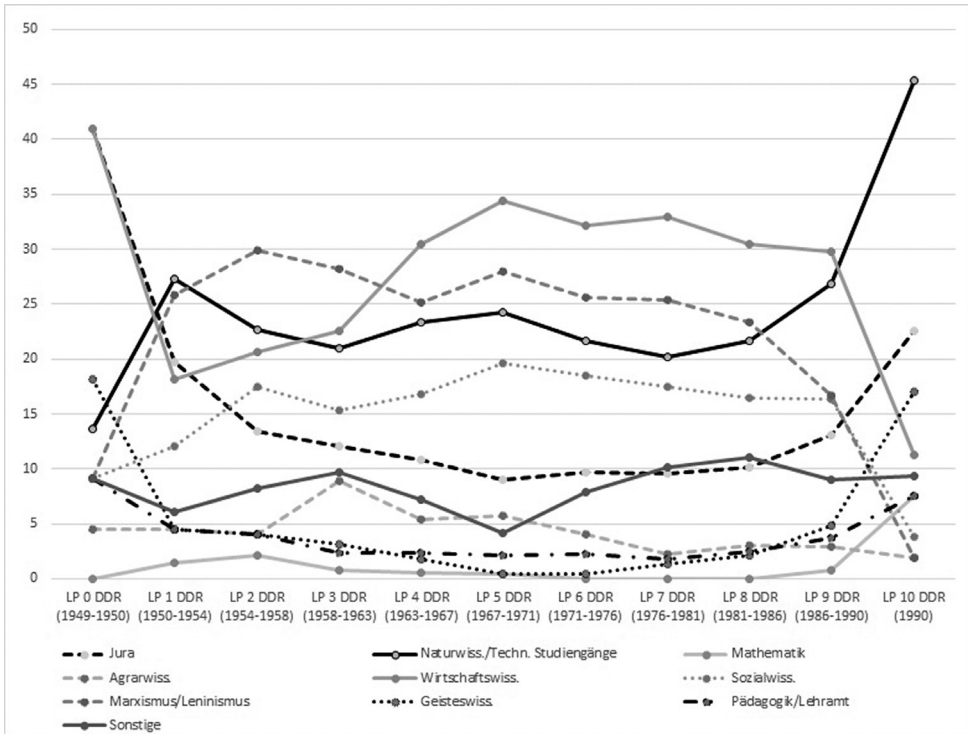


Quelle: PAE-proso-Datensatz

Das Studienfach Jura spielte in der DDR nur ganz am Anfang und nach der Wende eine bedeutendere Rolle, den Großteil der DDR-Zeit lag der Anteil der Jurist:innen bei Werten um die zehn Prozent. Stattdessen waren staatsnahe bzw. systemnahe Studienfächer, insbesondere wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge und das Studienfach Marxismus/Leninismus, aber auch sozialwissenschaftliche Fächer, weit verbreitet. Zusammengefasst hatten mit Ausnahme von LP 10, also während der ersten demokratisch gewählten Volkskammer 1990, stets deutlich mehr als 50 Prozent mindestens eines dieser Fächer studiert. Besonders hoch war der Anteil dieser Fächer zwischen Mitte der 1960er und Mitte der 1980er Jahre, hier wurden teils Werte über 80 Prozent erreicht. Absolvent:innen naturwissenschaftlicher und technischer Fächer waren in der DDR-Elite ebenfalls zu nennenswerten Anteilen vertreten – von LP 1 bis LP 9 hatte stets mindestens ein Fünftel und teils mehr als ein Viertel der Elitemitglieder einen solchen Studienhintergrund. In LP 10 stieg der Anteil der Absolvent:innen naturwissenschaftlicher und technischer Fächer sprunghaft an, während der Anteil der Absolvent:innen der oben genannten staats- und systemnahen Fächer ebenso abrupt zurückging (siehe Abb. 15).

Viele Exekutivpolitiker:innen der DDR studierten in der Sowjetunion oder an Partei- oder Militärhochschulen der DDR (siehe Abb. 16). Daneben war Berlin ein wichtiger Studienort. Dresden und Leipzig, gefolgt von Potsdam, waren weitere typi-

Abb. 15 Studienfächer DDR-Exekutivpolitiker:innen



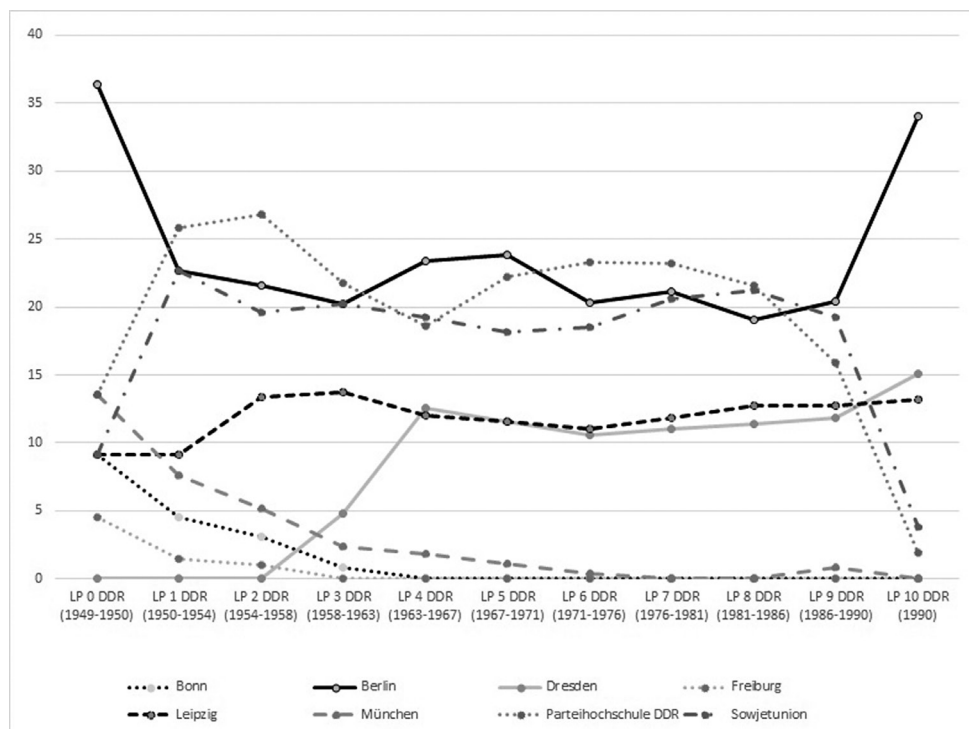
Anmerkungen: Die Prozentwerte beziehen sich auf den Anteil an allen Exekutivpolitiker:innen des jeweiligen Zeitpunktes mit akademischer Ausbildung. Die Werte pro Kohorte ergeben nicht notwendigerweise 100 Prozent, da bei einigen wenigen Personen das Studienfach unbekannt ist und einige Personen mehrere Fächer studiert haben. Wenn eine Person mehrere Fächer studiert hat, wurde diese in mehreren Kategorien berücksichtigt. Erfasst wurden das Erststudium sowie eventuelle Zweit- oder Aufbaustudiengänge. Quelle: PAE-proso-Datensatz

sche Studienorte der Exekutivpolitiker:innen der DDR, wenngleich deren Bedeutung durchgängig geringer war als die von Berlin beziehungsweise Ostberlin. Andere DDR-Studienorte wie zum Beispiel Jena, Halle oder Rostock spielten eine geringere Rolle. Im Westteil Deutschlands gelegene Traditionsstudienorte wie München, Freiburg oder Bonn spielten für die DDR-Eliten nur anfangs noch eine gewisse Rolle, wurden aber schnell bedeutungslos.

### 5.5. Zwischenfazit

Die Ausführungen haben gezeigt, dass es sich bei der Verwaltungselite zu Beginn unseres Untersuchungszeitraumes – im Deutschen Kaiserreich – um eine sehr homogene Gruppe von Männern handelte, die einen hohen Bildungsstand und einen über-

Abb. 16 Ausgewählte Studienorte der DDR-Exekutivpolitiker:innen



Anmerkungen: Anteil der Exekutivpolitiker:innen des jeweiligen Messzeitpunktes, die sich an den angegebenen Studienorten zum Zwecke eines Studiums, einer Promotion oder einer Habilitation aufgehalten haben (egal, ob es sich dabei um den ersten, zweiten oder dritten Studienort handelt), inklusive Studienabbrecher. Die Kategorie Parteihochschule DDR beinhaltet auch Militärhochschulen oder -akademien der DDR. Die Angaben beziehen sich jeweils auf den gesamten Lebenslauf einer Person. Für LP 0 angegebene Studien an DDR-Parteihochschulen/Militärhochschulen/-akademien wurden demnach zu einem späteren Zeitpunkt von der betreffenden Person absolviert. Quelle: PAE-proso-Datensatz

wiegend juristischen fachlichen Hintergrund hatten, evangelisch waren und nicht selten einen Adelstitel trugen. Zudem dominierten, wie in Kapitel 7 näher ausgeführt werden wird, beständige Verwaltungskarrieren. Stark von diesem Typ abweichende Lebensläufe waren selten. Im Kaiserreich wurde aktiv darauf hingewirkt, diese Homogenität zu erhalten, indem man versuchte, den Zugang zu Elitepositionen für einige Bevölkerungsgruppen zu erschweren oder sogar ganz unmöglich zu machen. Betroffen davon waren Frauen, Katholiken und Juden, aber auch Sozialdemokraten. Gleich in zweifacher Hinsicht fällt allerdings der Staatssekretär im Reichsamt für Elsass-Lothringen von 1908 bis 1914 Hugo Zorn von Bulach aus dieser homogenen Gruppe heraus, da er Katholik war und keine Verwaltungskarriere absolviert hatte. Zorn von Burlach, der auf dem Jesuiten-Collegia Metz und auf einer Episkopalschule

in Straßburg unterrichtet wurde, nahm am deutsch-französischen Krieg 1870/1871 als Leutnant der französischen Mobilmiliz teil. Ab 1878 verfolgte er eine politische Karriere und war zunächst Mitglied des Bezirkstages von Unter-Elsass und ab 1881 Mitglied des Reichstags.<sup>114</sup> Als Grund für seine Position in der administrativen Elite des Kaiserreichs kann seine regionale Verbundenheit zu Elsass-Lothringen gesehen werden, auch war er Mitglied eines der ältesten Adelsgeschlechter des Elsass. Für die Position des Staatssekretärs im Reichsamt für das überwiegend katholisch geprägte Elsass-Lothringen erschien er deshalb als besonders geeignet. Ruft man sich in Erinnerung, dass die vorliegende Untersuchung die administrative Elite in einer späten Phase des Kaiserreichs betrachtet, wird besonders deutlich, dass die Zusammensetzung der Spitzenbeamten in keiner Weise die dynamischen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen dieser Zeit abbildet.<sup>115</sup> Es herrscht somit eine sich stetig verstärkende Diskrepanz zwischen dem Hintergrund der Eliten in der Exekutive und den Akteuren im Bereich der Legislative. Best spricht von einer zunehmenden „Dissoziation zwischen der Legislative und der Exekutive, die mit zu der tödlichen Krise des Kaiserreichs [...] beitrug“<sup>116</sup>.

In der Weimarer Republik setzten sich die Traditionslinien des Kaiserreiches in der Verwaltungselite fort, wenngleich es einige inkrementelle Veränderungen gab. So gingen der Anteil der Adligen und die Dominanz der Protestanten etwas zurück. Gleich blieben das hohe Bildungsniveau, die Dominanz von Juristen, die häufige Herkunft aus Beamtenfamilien und die ausschließliche Besetzung von Elitepositionen mit Männern. Auch die politische Elite war in mancherlei Hinsicht sehr homogen – sie war vollständig männlich und hatte ein hohes Bildungsniveau. In Bezug auf die Religionszugehörigkeit war die politische Elite der Weimarer Republik aber eher heterogener – zumindest was die Vertretung von Katholiken und Protestanten angeht.

Im NS-System folgte die Zusammensetzung der Gruppe der Spitzenbeamten weitgehend den traditionellen Mustern: Der Anteil der Adligen stieg im Vergleich zur Weimarer Republik wieder an, Protestanten waren häufiger vertreten als Katholiken, nur Männer waren zugelassen, und auch die Herkunft aus Beamtenfamilien blieb ein typisches Muster. Das Bildungsniveau blieb hoch, war insgesamt aber geringer als zuvor, da sich mehr Personen ohne Studienabschluss in der Verwaltungselite fanden. Auch sank der Juristenanteil im Nationalsozialismus im Vergleich zu den vorherigen Systemen, angesichts der Ablehnung Hitlers gegen Juristen blieb er dennoch recht hoch, das heißt auch diese Traditionslinie brach nicht weg, sondern blieb erhalten. Auch bei den NS-Politikern war das Bildungsniveau insgesamt relativ hoch, viele hatten studiert oder waren sogar promoviert. Während die Politiker der Weimarer

---

114 Bibliographisches Institut: Meyers Konversations-Lexikon. 17. Ergänzungsband, Leipzig und Wien 1890.

115 Vgl. Spenkuch, Vergleichsweise besonders?, S. 277ff; siehe auch Hoffmann-Lange, Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, S. 51.

116 Heinrich Best: Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867–1918, in: Historical Social Research 13 (1988), H. 1, S. 5–74.

Republik vielfach Jura studiert hatten, waren bei den NS-Politikern neben Jura vor allem die naturwissenschaftlichen und technischen Studiengänge häufiger vertreten.

In der Bundesrepublik setzten sich traditionelle Muster der Sozialprofile administrativer und politischer Eliten zunächst fort. Im Laufe der Zeit kam es aber zu deutlichen Veränderungen und einer Heterogenisierung der Eliten. Frauen eroberten ihren Platz zunächst in der Gruppe der Exekutivpolitiker und mit Verzögerung ab Ende der 1990er Jahre auch in der Gruppe der Spitzenbeamten. Der Juristenanteil sank, die Konzentration auf bestimmte Studienfächer und -ort wurde geringer, der Promoviertenanteil sank, die Bedeutung der Konfessionszugehörigkeit nahm ab. Im Vergleich zwischen Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeam:innen fällt auf, dass Letztere insgesamt homogener sind und die Heterogenisierungstendenzen hier später einsetzen und auf geringerem Niveau blieben. Auch heute noch lassen sich in der Verwaltungselite bestimmte Traditionslinien aus dem Kaiserreich erkennen, beispielsweise die überproportionale Herkunft aus Beamtenfamilien, die immer noch vorhandene Juristendominanz, der hohe Anteil Promovierter oder auch der weiterhin überproportionale Anteil von Personen mit adligem Familienhintergrund unter den Spitzenbeam:innen. Zu betonen ist, dass beide Teileliten – Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeam:innen – erwartungsgemäß nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind, wenngleich Erstere etwas repräsentativer sind als Letztere. Ähnliche Muster wie für die politisch-administrative Elite unserer Untersuchung zeigen sich im Übrigen auch für die Abgeordneten des Bundestages: Diese sind mit rund 50 Jahren durchschnittlich älter und höher gebildet als die Bevölkerung sowie durch eine Unterrepräsentation von Frauen gekennzeichnet.<sup>117</sup> Anders als unter den Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeam:innen sind Ostdeutsche im Bundestag nicht unterrepräsentiert, was an deren Überrepräsentation bei den Parteien Alternative für Deutschland (AfD) und Die Linke liegt. In den Fraktionen der CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen sind Ostdeutsche unterrepräsentiert, was zu deren Unterrepräsentation bei den Exekutivpolitiker:innen passt. Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit muslimischem Glauben sind im Bundestag unterrepräsentiert.<sup>118</sup>

Für die DDR-Exekutivpolitiker:innen zeigt sich, dass die Prägekraft der herrschenden Ideologie für die Zusammensetzung der Eliten schwächer ist als vermutet. Trotz der Ablehnung der „Intelligenz“ und der Propagierung des Arbeiter- und Bauernstaates war die politische Elite mit Ausnahme der Anfangsjahre formal hochgebildet: der Anteil der Akademiker:innen war hoch. Auch die offiziell propagierte „Gleichberechtigung der Frauen“ schlug sich in der Besetzung der hier untersuchten Elitepositionen nicht nieder – ab Mitte der 1960er Jahre war der Frauenanteil unter den Exekutivpolitiker:innen der Bundesrepublik höher als in vergleichbaren Positionen in der DDR, und diese Lücke wurde im Laufe der Zeit immer größer. Bezüglich der Religionszugehörigkeit hatte die DDR-Ideologie hingegen eine große Durchschlagskraft: DDR-Exekutivpolitiker:innen waren mehrheitlich Atheist:innen.

---

117 Mannewitz/Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland.

118 Mannewitz/Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland.

## 6. Elitenzirkulation und personelle Kontinuitäten nach Systemtransformationen

### 6.1 Begriffsdefinition und Relevanz des Themas

Fragen der Elitenzirkulation, das heißt personeller Zu- und Abgänge, werden in der wissenschaftlichen Literatur vielfach im Zusammenhang mit politischen Systemtransformationen thematisiert. In der jüngeren verwaltungswissenschaftlichen Forschung wird das Thema vor allem im Zuge der Debatten um *democratic backsliding* (definiert als der Rückbau demokratischer Institutionen) verstärkt diskutiert.<sup>1</sup> Die Rolle der Verwaltung und zu beobachtende Austauschprozesse der Verwaltungseliten in Prozessen des *democratic backsliding* werden in diesem Literaturstrang nicht nur für aktuelle Fälle wie Polen, Ungarn oder die USA erforscht,<sup>2</sup> sondern auch für historische Fälle.<sup>3</sup> Die Analyse von Verwaltungen in diesem Kontext setzt an deren Verständnis als Institution zur Stabilisierung und praktischen Ausübung staatlicher Herrschaft an. Untersucht wird, wie Politiker:innen und deren Parteiapparate in autokratischen Systemen die Verwaltung kontrollieren und umgestalten, indem sie Spitzenpositionen in der Verwaltung mit loyalen Gefolgsleuten besetzen. Flankiert wird dies in der Regel durch verschiedene weitere Maßnahmen, beispielsweise den Aufbau paralleler, hochpolitisierter Strukturen zur Unterstützung ihrer Macht und die Isolation des Verwaltungspersonals von politisch relevanten Entscheidungen. Eine grundlegende Beobachtung ist, dass gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse nicht nur von Politiker:innen in den Regierungs- und Parteiapparaten, sondern auch von Spitzenbeamt:innen getragen und mit diesen ausgehandelt werden. Die zu beobachtenden Veränderungen von Verwaltungseliten werden deshalb als ein wichtiger Baustein zum Verständnis politischer Transformationsprozesse gesehen.<sup>4</sup>

Aus bisherigen Forschungen<sup>5</sup> lassen sich verschiedene Hypothesen zu Umfang, Tiefe und Modus der Elitenzirkulation im Zuge einer Systemtransformation ableiten. Wie in Kapitel 2.1.1 beschrieben, bezieht sich der Umfang auf die reine Quantität des Personalaustauschs, die Tiefe und der Modus beziehen sich hingegen auf die Qualität des Personalaustauschs. Das Merkmal der Tiefe bezieht sich auf die Frage, inwiefern

---

1 Vgl. zum Beispiel Michael W. Bauer/Stefan Becker: Democratic Backsliding, Populism, and Public Administration, in: Perspectives on Public Management and Governance 3 (2020), H. 1, S. 19–31; Michael W. Bauer: Public Administration Under Populist Rule: Standing Up Against Democratic Backsliding, in: International Journal of Public Administration (2023), Online first: DOI: 10.1080/01900692.2023.2243400.

2 Bauer/Peters/Pierre/Yesilkagit/Becker, Liberal-democratic backsliding and public administration.

3 Strobel/Veit, Incomplete democratisation, system transformations, and the civil service; Kutsal Yesilkagit/Johan Christensen: Political and administrative elites under authoritarian rule: Elite transformations and economic policymaking in Italy and Germany during the Interbellum, in: Paper prepared for the IPPA Workshop Budapest June 28–30 2022.

4 Yesilkagit/Christensen, Political and administrative elites under authoritarian rule.

5 Hanna Bäck/Axel Hadenius: Democracy and State Capacity: Exploring a J-Shaped Relationship, in: Governance 21 (2008), H. 1, S. 1–24.

die neuen Eliten aus der „zweiten Reihe“ des alten Systems oder aus ganz anderen Sektoren und Gesellschaftsbereichen kommen. Der Modus erfasst unter anderem, ob der Personalaustausch abrupt stattfand oder über einen längeren Zeitraum inkrementell erfolgte.<sup>6</sup> Für die in diesem Buch betrachteten Systemtransformationen in Deutschland lassen sich verschiedene Hypothesen herleiten, welche zur Strukturierung der nachfolgenden empirischen Darstellung dienen sollen.

Mit Blick auf den *Umfang* der Elitenzirkulation kann für die Systemtransformation vom NS-System zur Bundesrepublik vermutet werden, dass der Umfang des Personalaustauschs in PAE-Positionen in den Gründungsjahren der Bundesrepublik vollständig war – das heißt, dass keine oder nahezu keine politisch-administrativen Eliten des NS-Systems in der Bundesrepublik entsprechende Elitepositionen einnehmen konnten. Schließlich wurde die Ersetzung der NS-Eliten durch demokratische Eliten als eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilisierung der bundesdeutschen Demokratie betrachtet.<sup>7</sup> Auch für die anderen Systemwechsel ist keine (Politik) beziehungsweise eine nur sehr geringe Kontinuität (Verwaltung) zum jeweiligen Vorgängersystem zu erwarten. Lediglich für den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik ließen sich höhere Kontinuitätswerte im Verwaltungsbereich antizipieren, da das Verwaltungssystem des Kaiserreichs weitgehend übernommen wurde. Gleichzeitig ist ausgehend von den dargelegten theoretischen Vorüberlegungen für die Bundesrepublik eine höhere Kontinuität gegenüber der Weimarer Republik vor allem im Sinne einer Reaktivierung erfahrener Spitzenbeamter zu erwarten. Anzunehmen ist weiterhin, dass bei allen Systemtransformationen der Personalaustausch für die betrachteten politischen Positionen vollständig war, nicht jedoch für die Verwaltungspositionen.

Hinsichtlich der *Tiefe* der Elitenzirkulation sind Unterschiede zwischen den betrachteten Systemtransformationen und Systemen zu erwarten. So ist für die Weimarer Republik aufgrund der bereits angesprochenen hohen Kontinuität, unter anderem im Beamten- und Verwaltungsrecht, aber auch im Organisationszuschnitt, davon auszugehen, dass zumindest im Bereich der Verwaltungseliten vielfach Personen aus der Verwaltung im Kaiserreich rekrutiert wurden, die dort noch kein Spitzenamt innehatten. Für den Nationalsozialismus ist dies aufgrund der für autokratische Systeme typischen „Säuberungspolitik“ in deutlich geringerem Umfang zu erwarten. Für die Bundesrepublik ist zu vermuten, dass die politischen Eliten der jungen Bundesrepublik nicht aus der „zweiten Reihe“ der politischen Eliten im Nationalsozialismus stammten. Für den Verwaltungsbereich hingegen ist eine geringere Tiefe der Elitenzirkulation erwartbar, unter anderem weil es auch im Nationalsozialismus Verwaltungsbereiche gab, die stärker von politischer Einflussnahme abgeschirmt waren und weil Verwaltungskompetenz für den Aufbau der rechtsstaatlichen Verwaltung für wichtig gehalten wurde.<sup>8</sup> Das 1951 in der Regierungszeit von Bundeskanzler Konrad Adenauer verabschiedete „131er-Gesetz“, welches eine Re-Integration entlassener

---

6 Burton/Higley, *The Study of Political Elite Transformations*.

7 Hoffmann-Lange, *Eliteforschung in der Bundesrepublik Deutschland*.

8 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*.

ehemaliger NS-Verwaltungsbediensteter in den Verwaltungsdienst der Bundesrepublik befördern sollte, spricht ebenfalls für eine geringere Tiefe der Elitenzirkulation bei den Verwaltungseliten der jungen Bundesrepublik. Für den weiteren Verlauf des Bestehens der Bundesrepublik ist für beide Teileliten – Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen – die Verfestigung sektorspezifischer Karrierepfade und damit eine zunehmende Tiefe der Elitenzirkulation im Vergleich zum Nationalsozialismus anzunehmen.

Der *Modus* der Elitenzirkulation ist für alle Systemtransformationen – trotz qualitativer Unterschiede – vermutlich eher abrupt als inkrementell, da es sich nicht um schleichende Transitionen und Prozesse des Systemumbaus handelte, wie sie heute im Zusammenhang mit *democratic backsliding* teils diskutiert werden.<sup>9</sup>

Inwiefern die dargestellten theoretischen Vermutungen durch das erhobene Datenmaterial bestätigt, differenziert oder verworfen werden müssen, zeigen die in den nachfolgenden Unterkapiteln präsentierten empirischen Ergebnisse. Von statistischen Prüfungen der Hypothesen wird hier im Interesse einer Verständlichkeit des Buches für eine breite Leserschaft abgesehen. Stattdessen werden vor allem deskriptive statistische Auswertungen vorgenommen, was auch aufgrund der Tatsache, dass es sich bei den hier präsentierten Daten um Vollerhebungen und nicht um Stichproben einer definierten Grundgesamtheit handelt, vertretbar erscheint. Weiterführende Analysen mit komplexeren statistischen Methoden sind zukünftigen Forschungsarbeiten und weiterführenden Auswertungen des PAE-proso-Datensatzes vorbehalten.

## 6.2 Umfang der Elitenzirkulation

Zunächst soll der Umfang der Elitenzirkulationen nach Systemtransformationen in vergleichender Perspektive betrachtet werden. Untersucht wird, ob und in welchem Umfang Personen zu unterschiedlichen und in verschiedenen Systemen zu verortenden Untersuchungszeitpunkten Elitemitglieder waren.

### 6.2.1 Weimarer Republik

Beim ersten Systemumbruch – vom Kaiserreich zur Weimarer Republik – fand ein vollständiger Austausch der politischen Eliten und ein weitgehender, aber nicht vollständiger Austausch der administrativen Eliten statt. Von den insgesamt 76 Elitemitgliedern im Jahr 1920 waren fünf Personen zum Untersuchungszeitpunkt 1913 ebenfalls Mitglied der Elite gewesen. Das heißt: 71 von 76 Elitemitgliedern (also 93,4 Prozent) waren 1913 nicht im Amt gewesen. Betrachtet man den Eintrittszeitpunkt in die erste Eliteposition, so wird deutlich, dass der reale Umfang der Elitenzirkulation in der Verwaltungselite noch geringer war: Fast ein Fünftel aller Spitzenbeamten der Kohorte 1920 (19,7 Prozent) waren bereits vor 1918 in eine administrative Eliteposition

---

9 Bauer/Peters/Pierre/Yesilkagit/Becker, Liberal-democratic backsliding and public administration.

eingetreten. Sie waren also bereits im Kaiserreich Teil der Verwaltungselite gewesen. Die über die Systemtransformation vom Kaiserreich zur Weimarer Republik hinweg in der Verwaltungselite verbliebenen Personen waren erfahrene Beamte. Ein typisches Beispiel ist Paul Felisch. Er war bereits im Kaiserreich langjähriger Abteilungsleiter im Reichsmarineamt gewesen und behielt diese Position im Reichswehrministerium der Weimarer Republik bis 1921 bei.<sup>10</sup> Felisch galt als überzeugter Monarchist und Patriot. In der Weimarer Republik fiel er durch öffentliche Aussagen gegen das System auf. Im Vorwort seiner Autobiografie wird er als „wilhelminischer Bürger par excellence“<sup>11</sup> bezeichnet. Der NSDAP stand Felisch „mit einer Mischung aus Wohlwollen und Abscheu“<sup>12</sup> gegenüber. Er lehnte ihre Radikalität ab, befürwortete jedoch die Ordnung der innenpolitischen Verhältnisse und die Führung und außenpolitische Repräsentation Deutschlands durch einen „starken Mann“.<sup>13</sup> Unter den untersuchten Politikern gibt es keine Person, die sowohl 1913 als auch 1920 im Amt war, und es gibt auch keine Person, die vor 1918 in eine Eliteposition eingetreten ist (siehe Abb. 17).

Zum Untersuchungszeitpunkt 1927 gab es unter 81 Elitemitgliedern nur eine Person, die auch zum Untersuchungszeitpunkt 1913 Mitglied der Elite gewesen war. Es handelt sich dabei um Eduard Vogel. Vogel war von 1907 bis 1919 Abteilungsleiter im Reichseisenbahnamt gewesen, wurde dann zunächst degradiert und von 1924 bis 1934 erneut zum Abteilungsleiter befördert. Vogel „überlebte“ somit nicht nur den Systemumbruch vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, sondern auch den Umbruch zum Nationalsozialismus als Mitglied der Verwaltungselite. Er war ein typischer Fachbeamter, der bereits 1897 in den Reichseisenbahndienst eingetreten war und dort bis zum Ende seiner Karriere verblieb. Auch nach Ende seiner Karriere nahm er während des Nationalsozialismus eine fachspezifische Funktion wahr, indem er als Mitglied des Verwaltungsrates der Reichseisenbahngesellschaft tätig war.<sup>14</sup> Analysiert man die 1927er Kohorte nach dem Jahr des ersten Eintritts in eine Eliteposition, so zeigt sich, dass der Anteil der bereits im Kaiserreich in die Elite eingetretenen Personen im Vergleich zur 1920er Kohorte viel geringer war: nur noch 4,6 Prozent der Spitzenbeamten waren bereits im Kaiserreich in der Verwaltungselite gewesen. Bei den Politikern lag der Umfang der Elitenzirkulation im Vergleich zum Kaiserreich wiederum bei 100 Prozent (siehe Abb. 17).

## 6.2.2 Nationalsozialismus

Im Zuge der Systemtransformation von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus fand ein umfangreicher Personalaustausch unter den untersuchten Politikern statt, allerdings waren vier der 17 Exekutivpolitiker der 1934er Kohorte bereits vor

---

10 PAE-proso-Datensatz.

11 Paul Felisch: Lebenserinnerungen. Eine Karriere im Kaiserreich, Kiel 2015.

12 Felisch, Lebenserinnerungen, S. 11.

13 Felisch, Lebenserinnerungen, S. 11.

14 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-II/1164477 ausgewertet.

1933 in eine Eliteposition eingetreten – drei von ihnen 1932 und einer 1929. Unter den Spitzenbeamten des Untersuchungszeitpunktes 1934 (N=99) war der Personalaustausch prozentual geringer. Mehr als ein Drittel (36,8 Prozent) der Spitzenbeamten, die 1934 im Amt waren, waren auch in der Weimarer Republik Mitglied der politisch-administrativen Elite gewesen. Der quantitative Personalaustausch war damit sowohl in der Verwaltungselite als auch in der Gruppe der Exekutivpolitiker geringer als beim Systemumbruch vom Kaiserreich zur Weimarer Republik (siehe Abb. 17).

Zum Untersuchungszeitpunkt 1939 waren noch 7,7 Prozent Exekutivpolitiker und 14 Prozent der Spitzenbeamten frühere Mitglieder der politisch-administrativen Elite der Weimarer Republik. 1944 betraf dies rund zehn Prozent der Exekutivpolitiker und fünf Prozent der Beamten. Der Anteil derjenigen, die bereits in Weimar zur hier betrachteten Elite gehörten, war also 1944 erstmals unter den Exekutivpolitikern größer als unter den Spitzenbeamten (siehe Abb. 17).

Ein bekanntes Beispiel für eine Person, die in beiden Systemen zur politisch-administrativen Elite gehörte, ist der 1880 geborene und 1953 gestorbene Diplomat Otto Meißner. Meißner war eigentlich Beamter und hatte bereits in der Weimarer Republik als Leiter des Büros der Reichspräsidenten Friedrich Ebert und Paul von Hindenburg gearbeitet. Bereits unter Ebert wurde er 1920 Ministerialdirektor und 1923 Staatssekretär und war damit Teil der Verwaltungselite der Weimarer Republik. Im Nationalsozialismus setzte Meißner seine Tätigkeit fort und wurde 1937 von Hitler zum Staatsminister im Rang eines Reichsministers ernannt. Damit war er nach der hier verwendeten Definition (Positionsansatz) ab 1937 Teil der politischen Elite im Nationalsozialismus und vorher Mitglied der administrativen Elite. Franz Menges beschreibt Meißner wie folgt:

„Wendig und stets beflissen, überaus fleißig und einsatzbereit, aber auch ehrgeizig und ehrsüchtig (er besaß noch mehr Orden als Göring), verkörperte M. den Beamtentypus, der sich für patriotisch und unpolitisch hielt. Daher war es ihm möglich, so unterschiedlichen Präsidenten wie Ebert, Hindenburg und Hitler zu dienen. Obwohl von deutschnationaler Gesinnung, ließ er keinen Zweifel an seiner Loyalität gegenüber dem Sozialdemokraten Ebert aufkommen und verteidigte ihn gegen Verleumdungen von rechts. Mit Hindenburg verband M. ein enges, herzliches Einvernehmen. (...) Nach Hitlers Machtergreifung und Hindenburgs Tod blieb M. in seinem Amt (...). Hitler dankte M. seine blinde Solidarität und Beflissenheit, indem er ihn 1937 zum Staatsminister im Rang eines Reichsministers ernannte“<sup>15</sup>

Ein weiteres Beispiel einer Person, die in beiden Systemen zur politisch-administrativen Elite gehörte, ist neben dem bereits erwähnten Eduard Vogel der promovierte Physiker Bernhard Gleichmann. Wie Vogel war Gleichmann ein technischer Fachexperte: Er diente von 1921 bis zu seiner Pensionierung 1934 als Abteilungsleiter im Reichsverkehrsministerium.<sup>16</sup>

---

15 Franz Menges: Neue Deutsche Biographie (16) 1990.

16 PAE-proso-Datensatz.

Nicht nur Personen mit technischer Fachexpertise blieben zum Teil im Amt, sondern auch einige Juristen mit klassischer Justiz- und Verwaltungskarriere. Ein Beispiel hierfür ist der 1885 geborene Hans Richter, der von 1929 bis 1936 Abteilungsleiter im Reichsjustizministerium war, anschließend im Nationalsozialismus als Reichsanwalt am Reichsgericht in Leipzig tätig war und nach Zwischenstationen als Staatsanwalt und Ministerialbeamter während der Besatzungszeit in der jungen Bundesrepublik Senatspräsident am Bundesgerichtshof wurde.<sup>17</sup> Laut Entnazifizierungsakten wurde Richter als „Mitläufer“ eingestuft. Diese Einordnung wird in der neueren Forschung kritisch gesehen: „Entgegen seinen Ausführungen im Entnazifizierungsverfahren, dass er mit politischen Strafsachen nicht befasst gewesen sei, war Hans Richter als Abteilungsleiter der Reichsanwaltschaft mit diversen Nichtigkeitsbeschwerden befasst. Er erwies sich insoweit als politisch opportuner Anklagevertreter“.<sup>18</sup> Bemerkenswert ist auch der Fall von Rudolf Ostertag. Der 1875 geborene Ostertag hatte sich nach einem Einstieg als mittlerer Beamter der württembergischen Finanzverwaltung in der Verwaltung des Kaiserreichs bis zum Referenten in der Reichskanzlei hochgearbeitet. Im März 1919 wurde er Abteilungsleiter der Reichskanzlei und bleibt bis Juni 1940 in dieser Position, bevor er zum Referatsleiter in der Reichskanzlei degradiert wurde und im Juli 1944 in Pension ging.<sup>19</sup>

Diese Beispiele und die von uns erhobenen Daten zum Umfang des Personalaustauschs in der politisch-administrativen Elite des Nationalsozialismus im Vergleich zur Weimarer Republik verdeutlichen, dass die Idee der Abschaffung und Ersetzung der staatlichen Verwaltung, die vor 1933 von der NSDAP verfolgt wurde,<sup>20</sup> recht schnell an Bedeutung verlor. Bereits in den ersten Monaten ihrer Herrschaft merkten die NS-Machthaber, dass sie auf eine funktionierende Verwaltung angewiesen waren, um ihre Agenda umzusetzen und ihre Macht abzusichern.<sup>21</sup>

### 6.2.3 Bundesrepublik

In Bezug auf den Personalaustausch in den politischen und administrativen Elitepositionen in der ersten Regierungsperiode von Bundeskanzler Konrad Adenauer während der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1949–1953) zeigen unsere Ergebnisse einen vollständigen Personalaustausch unter den Exekutivpolitikern und einen weitgehenden Personalaustausch unter den Spitzenbeamten. 4,6 Prozent (6 Personen) der 130 Spitzenbeamten dieser Regierungsperiode waren allerdings auch schon unter Hitler Mitglied der Verwaltungselite. Beispielhaft erwähnt werden sollen Fritz von Twardowski und Hermann Kunde.

---

17 PAE-proso-Datensatz.

18 Malte Wilke: Staatsanwälte als Anwälte des Staates? Die Strafverfolgungspraxis von Reichsanwaltschaft und Bundesanwaltschaft vom Kaiserreich bis in die frühe Bundesrepublik (Beiträge zu Grundfragen des Rechts 16), Göttingen 2015.

19 PAE-proso-Datensatz.

20 Mommsen, Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning.

21 Strobel/Veit, Incomplete democratisation, system transformations, and the civil service.

Der Diplomat Fritz von Twardowski war, bevor er als Generalkonsul in Istanbul amtierte, im Nationalsozialismus mehrere Jahre Abteilungsleiter in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes gewesen und für seine Beförderung in dieses Amt<sup>22</sup> auch nach mehreren erfolglosen Aufnahmeanträgen<sup>23</sup> im März 1940 in die NSDAP eingetreten. Dennoch gab es Zweifel an seiner „politischen Zuverlässigkeit“. Im Rahmen des Attentats zum 20. Juli 1944 auf Hitler wurde er mehrfach verhört, letztlich aber freigesprochen.<sup>24</sup> In der jungen Bundesrepublik war er von 1950 bis 1952 Regierungssprecher, um anschließend in den diplomatischen Dienst zurückzukehren.<sup>25</sup>

Hermann Kunde galt als „Opfer“ der NS-Zeit.<sup>26</sup> Er war unter Hitler von Januar 1943 bis September 1944 Abteilungsleiter im Reichsministerium für Bewaffung und Munition gewesen<sup>27</sup> und durch kritische Äußerungen gegenüber den NS-Machthabern aufgefallen. Nach Denunziation durch Kollegen, unter anderem wegen Hörens von Feindsendern, war Kunde ab September 1944 für acht Monate in Haft. Vorgeworfen wurden ihm außerdem Wehrkraftersetzung und Feindbegünstigung.<sup>28</sup> In der jungen Bundesrepublik war Kunde bis 1961 Abteilungsleiter im Verkehrsministerium.

In den nachfolgenden Legislaturperioden des Deutschen Bundestages blieb es dabei, dass die Personalaustauschquote im Vergleich zum NS-System in der Verwaltungselite sehr hoch und bei Politikern 100 Prozent war (siehe Abb. 17). Fraglich ist, ob es gegebenenfalls zu einer Reaktivierung der politisch-administrativen Eliten aus der Weimarer Republik gekommen war. Die Datenanalyse zeigt, dass dies nicht der Fall war: Nur ein einziges Elitemitglied der Weimarer Republik kam in der jungen Bundesrepublik in ein entsprechendes Spitzenamt. Wilhelm Niklas war Mitglied der CSU, in der Weimarer Republik Abteilungsleiter im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und im ersten Kabinett Adenauer Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

- 
- 22 Michael Mayer: Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten. Das Auswärtige Amt im Dritten Reich – Eine Binnendifferenzierung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), H. 4, S. 509–532.
  - 23 Deutscher Bundestag: Schriftlicher Bericht des Untersuchungsausschusses (47. Ausschuß) gemäß Antrag der Fraktion der SPD betreffend Prüfung, ob durch die Personalpolitik Mißstände im Auswärtigen Dienst eingetreten sind, Bonn 1949.
  - 24 Sebastian Weitkamp: Kooperativtäter – die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an der NS-Gewaltpolitik jenseits der „Endlösung“, in: Johannes Hürter/Michael Mayer (Hg.): Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 109), Berlin/Boston 2014, S. 197–217, hier S. 212.
  - 25 Bernd Ispording/Gerhard Keiper/Martin Kröger (Bearbeiter): T–Z, Nachträge, in: Johannes Hürter (Hg.): Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871–1945, Paderborn 2014, hier S. 84ff.
  - 26 Heike Amos/Bernd Kreuzer/Christian Packheiser/Stefanie Palm/Niels Weise: Das deutsche Verkehrswesen: Kontinuitäten und Transformationen zwischen NS-Staat, Bundesrepublik und DDR, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 70 (2022), H. 2, S. 421–430.
  - 27 PAE-proso-Datensatz.
  - 28 Christian Packheiser: Aufarbeitung der Geschichte des Bundesverkehrsministeriums (BVM) und des Ministeriums für Verkehrswesen (MfV) der DDR hinsichtlich Kontinuitäten und Transformationen zur Zeit des Nationalsozialismus: Vorstudie, München/Berlin 2018.

## 6.2.4 DDR

Für die DDR sind repräsentative Aussagen zum Umfang der Elitenzirkulation auf Basis des PAE-proso-Datensatzes nur für die Exekutivpolitiker:innen möglich. Der Personalaustausch betrug hier über alle Wahlperioden der Volkskammer hinweg 100 Prozent, und zwar sowohl im Vergleich zum Nationalsozialismus als auch im Vergleich zur Weimarer Republik. Die politische Elite der DDR bildeten also ausschließlich Personen, die weder im Nationalsozialismus noch in der Weimarer Republik eine vergleichbare Eliteposition innehatten.

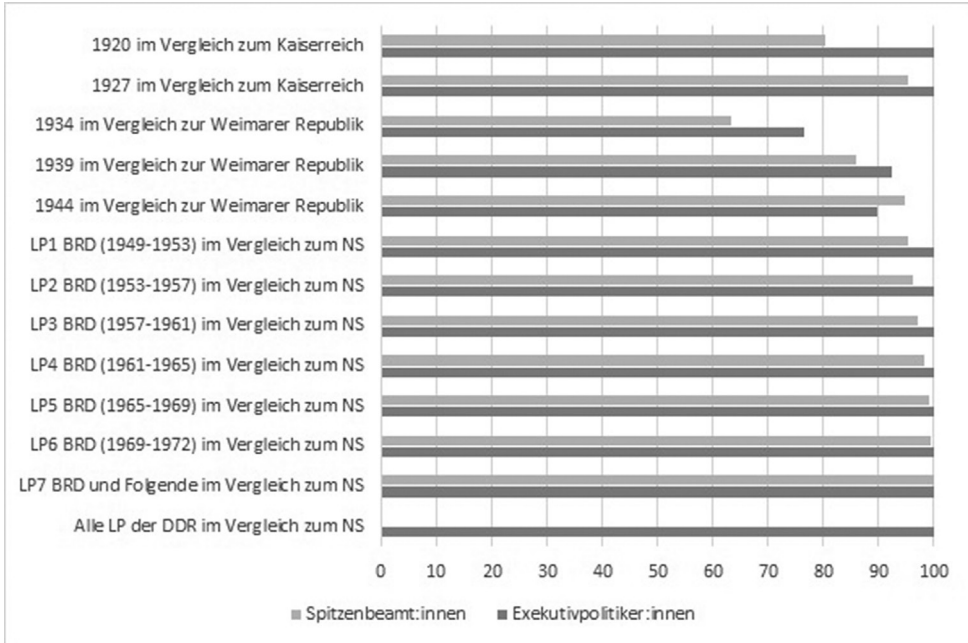
## 6.2.5 Vergleichende Übersicht

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass der Umfang der Elitenzirkulation bei allen betrachteten Systemtransformationen hoch war, allerdings bestehen quantitative Unterschiede. Unter den Exekutivpolitiker:innen lag der Umfang der Elitenzirkulation stets bei 100 Prozent – mit Ausnahme des Nationalsozialismus, wo der Umfang 1934 bei 76,5 Prozent und zu den beiden späteren Messzeitpunkten im Nationalsozialismus (1939 und 1944) bei Werten um die 90 Prozent lag. In der Verwaltungselite betrug der Umfang der Elitenzirkulation im Vergleich zum Vorgängersystem stets weniger als 100 Prozent. Im Vergleich der Systemtransformationen finden wir den geringsten Umfang der Elitenzirkulation der Verwaltungselite im Nationalsozialismus, gefolgt von der Weimarer Republik und der Bundesrepublik mit dem höchsten Umfang der Elitenzirkulation in der Verwaltungselite. Gemeinsam ist den drei Systemtransformationen vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus und vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik, dass der Umfang der Elitenzirkulation in der Verwaltungselite im Zeitverlauf anstieg. In der Bundesrepublik erreichte der Umfang der Elitenzirkulation allerdings erst in LP 7, also ab 1972 und damit 27 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes, 100 Prozent (siehe Abb. 17).

## 6.3 Tiefe der Elitenzirkulation

Aussagekräftiger für die Qualität des Elitenaustauschs nach einer Systemtransformation als der im vorherigen Unterkapitel betrachtete rein quantitative Personalaustausch ist die Tiefe der Elitenzirkulation. Hier geht es um die Frage, inwiefern die neuen Eliten bereits im vorherigen System im (systemtragenden) politisch-administrativen Bereich tätig waren oder nicht. Die Tiefe der Elitenzirkulation ist umso ausgeprägter, je höher der Anteil der Elitemitglieder im neuen System ist, die im vorherigen System nicht hauptberuflich in Politik oder Verwaltung tätig waren. Wir analysieren deshalb im Folgenden den prozentualen Anteil der Elitemitglieder des neuen Systems, die im vorherigen System nicht hauptberuflich in Politik oder Verwaltung tätig waren und vergleichen diese Anteile zwischen den Systemen. Weiterhin analysieren wir für jede Kohorte den Anteil derjenigen Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen, die

Abb. 17 Umfang der Elitenzirkulation im Vergleich zum Vorgängersystem



Quelle: PAE-proso-Datensatz

Berufserfahrung in Politik oder Verwaltung aus einem vorherigen System mitbringen. Zudem wird die letzte Vorposition der jeweils ersten Elitenkohorte eines neuen Systems analysiert.

### 6.3.1 Weimarer Republik

Für die Weimarer Republik lässt sich feststellen, dass die Tiefe der Elitenzirkulation in beiden Teileliten gering ausgeprägt war. Nur 19 Prozent der Spitzenbeamten aus dem Jahr 1920 (12 von 63 Personen) und 15 Prozent der Politiker (2 von 13 Personen) waren im Kaiserreich *nicht* im politischen oder administrativen Sektor berufstätig gewesen. Umgekehrt formuliert: 81 Prozent der politisch-administrativen Eliten der 1920er Kohorte waren auch schon im Kaiserreich in der Politik oder der Verwaltung hauptberuflich tätig gewesen. Während viele der Spitzenbeamten des Jahres 1920 auf eine langjährige Karriere in der Verwaltung des Kaiserreichs zurückblicken konnten, hatten die Regierungspolitiker des Jahres 1920 im Kaiserreich oft Reichstagsmandate innegehabt. Ein Beispiel für einen Regierungspolitiker, der im Kaiserreich Berufserfahrung in Politik *und* Verwaltung gesammelt hatte, ist Johannes Giesberts. Giesberts war im Kaiserreich ab 1905 langjähriges Reichstagsmitglied der Zentrumspartei und arbeitete ab Januar 1918 im Reichs-

wirtschaftsamt. In der jungen Weimarer Republik amtierte er bis 1922 als Reichspostminister.<sup>29</sup>

In der Kohorte 1927 war die Tiefe der Elitenzirkulation im Vergleich zum Kaiserreich unter den Politikern wesentlich ausgeprägter, das heißt ein deutlich höherer Anteil von ihnen als 1920 hatte im Kaiserreich nicht in Politik oder Verwaltung gearbeitet (1927: 41,7 Prozent, 1920: 15,4 Prozent). Dennoch stellten diejenigen, die bereits im Kaiserreich hauptamtlich in Politik oder Verwaltung tätig waren, immer noch die Mehrheit. Bei den Beamten der 1927er Kohorte gab es im Vergleich zu 1920 ebenfalls einen Anstieg, allerdings war dieser viel geringer: Noch immer hatten fast drei Viertel der Beamten bereits im Kaiserreich in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet. Diese Ergebnisse decken sich mit den Erkenntnissen früherer Forschungsarbeiten. So stellte zum Beispiel Zapf<sup>30</sup> fest, dass in der Weimarer Republik dieselben bürgerlichen Gruppen wie im Kaiserreich in der Verwaltung tonangebend blieben.

### 6.3.2 Nationalsozialismus

Die Tiefe der Elitenzirkulation im Nationalsozialismus im Vergleich zur Weimarer Republik war insgesamt ausgeprägter als in der Weimarer Republik im Vergleich zum Kaiserreich. Mit anderen Worten: Im Nationalsozialismus wurden mehr Personen ohne Politik- und Verwaltungserfahrung aus dem Vorgängersystem in politische und administrative Elitepositionen rekrutiert als in der Weimarer Republik, die personelle Kontinuität zum Vorgängersystem war geringer.

Allerdings waren die Unterschiede bei den Beamten zunächst nur marginal: Von den Spitzenbeamten im Nationalsozialismus 1934 hatten nur 23 Prozent in der Weimarer Republik keine Berufserfahrung im politischen oder administrativen Sektor gesammelt, das heißt mehr als drei Viertel von ihnen waren auch in der Weimarer Republik in der Politik (9 Prozent) oder – häufiger – der Verwaltung (knapp 70 Prozent) tätig gewesen.<sup>31</sup> Dieser Wert ist im historischen Vergleich ungewöhnlich hoch und unterstreicht schon zu diesem frühen Zeitpunkt des NS-Systems dessen ausgeprägte Politisierung.

Unter den 17 NS-Politikern des Jahres 1934 hatten insgesamt zehn Personen bereits in der Weimarer Republik Berufserfahrung im politischen oder administrativen Bereich gesammelt. Zu den beiden späteren Erhebungszeitpunkten im Nationalsozialismus prägte sich die Tiefe der Elitenzirkulation im Vergleich zur Weimarer Republik weiter aus, wobei unter den Spitzenbeamten stets mehr erfahrenes Personal aus der Weimarer Republik zu finden war als unter den Politikern. Zum letzten Erhebungszeitpunkt im Nationalsozialismus, im Jahr 1944, befanden sich in Gruppe der Spitzen-

---

29 Neue Deutsche Biographie: Giesberts, Johann, siehe: <https://daten.digital-sammlungen.de/0001/bsb00016322/images/index.html?seite=389>; PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 3901/100260 ausgewertet.

30 Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, S. 140.

31 Die Summe liegt über 100 Prozent, da auch eine vorherige Tätigkeit in Politik und Verwaltung möglich ist.

beamten immer noch mehrheitlich (52 Prozent) Personen, die bereits in der Weimarer Republik in der Verwaltung gearbeitet hatten.

Kontinuitäten vom Nationalsozialismus bis zurück ins Kaiserreich lassen sich mit den Daten ebenfalls aufzeigen. In der 1934er Kohorte hatten rund zwei Fünftel der Verwaltungseliten bereits im Kaiserreich in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet. Von den Politikern der 1934er Kohorte hatten knapp 30 Prozent im Kaiserreich in Politik oder Verwaltung gearbeitet. 1939 und 1944 wurden die Kontinuitäten zum Kaiserreich vor allem in der Gruppe der Spitzenbeamten geringer, was zum Teil demografische Gründe hat. 1944 hatten noch 16 Prozent der NS-Spitzenbeamten bereits im Kaiserreich in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet.

Insgesamt wird deutlich, dass auch in den Spitzenpositionen der NS-Verwaltung vielfach erfahrene Personen saßen, die bereits in Vorgängersystemen in der Verwaltung tätig waren. Das Prinzip, auf Beamte aus der zweiten Reihe („Prinzip des Zweiten Mannes“) zurückzugreifen<sup>32</sup> wurde in der Literatur bereits für niedrigere Bereiche des NS-Verwaltungsapparates beschrieben, spielte aber offensichtlich auch für die leitenden Verwaltungspositionen in den Ministerien eine Rolle.

### 6.3.3 Bundesrepublik

Die Tiefe der Elitenzirkulation in der jungen Bundesrepublik war im Vergleich zu den beiden vorherigen Systemtransformationen (vom Kaiserreich zur Weimarer Republik sowie von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus) stärker ausgeprägt (siehe Abb. 18). Allerdings traten zum einen erhebliche Unterschiede zwischen Politiker:innen und Beamt:innen auf, zum anderen ist bei der Interpretation der Zahlen zu berücksichtigen, dass durch die Besatzungszeit eine längere Übergangszeit existierte. Letzteres schränkt die Vergleichbarkeit der Zahlen über die Systeme hinweg ein.

Von den 18 Exekutivpolitiker:innen, die in der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1949–1953) im Amt waren, waren 13 während der NS-Zeit nicht in Politik oder Verwaltung tätig gewesen. Von den 130 Spitzenbeamt:innen dieser Periode traf das hingegen auf einen deutlich geringeren Teil zu: Nur rund ein Drittel von ihnen war im Nationalsozialismus nicht im staatstragenden Bereich von Politik oder Verwaltung tätig gewesen. Umgekehrt waren fast zwei Drittel der Spitzenbeamten der ersten Legislaturperiode bereits im Nationalsozialismus im Verwaltungsdienst tätig (64,6 Prozent), hinzu kamen einige wenige (1,5 Prozent), die im Nationalsozialismus hauptberuflich in der Politik aktiv waren. Im Laufe der ersten vier Legislaturperioden sank der Anteil der bereits im Nationalsozialismus im Verwaltungsdienst befindlichen Spitzenbeamt:innen der jungen Bundesrepublik zunächst nicht – bis zum Ende der vierten Legislaturperiode blieb er auf dem hohen Niveau von knapp zwei Drit-

---

32 Christopher Beckmann: Machtergreifung vor Ort. Zur Herrschaftsetablierung von NSDAP und KPD / SED in den Gemeindeverwaltungen eines sächsischen Landkreises, in: Günther Heydemann (Hg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 398), Bonn 2003, S. 94–116.

teln. Erst ab der fünften Legislaturperiode, also nach dem Ende der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer, begann er zu sinken (siehe Abb. 19 und Tab. 11).

Tabelle 11: Anteil der Politiker:innen und Spitzenbeamten:innen in der Bundesrepublik ohne Berufserfahrung in Politik oder Verwaltung im Nationalsozialismus (in Prozent der jeweiligen Teilleite)

Legislaturperiode	Politiker:innen	Spitzenbeamten:innen
LP 1 (1949–1953)	72,2	34,6
LP 2 (1953–1957)	83,3	33,3
LP 3 (1957–1961)	85,7	35,8
LP 4 (1961–1965)	88,2	35,9
LP 5 (1965–1969)	93,5	51,6
LP 6 (1969–1972)	97,4	71,2
LP 7 (1972–1976)	100	84,7
LP 8 (1976–1980)	100	97,6
LP 9 (1980–1983)	97,6	99,5
LP 10 (1983–1987)	96,2	100
LP 11 (1987–1990)	98,5	100

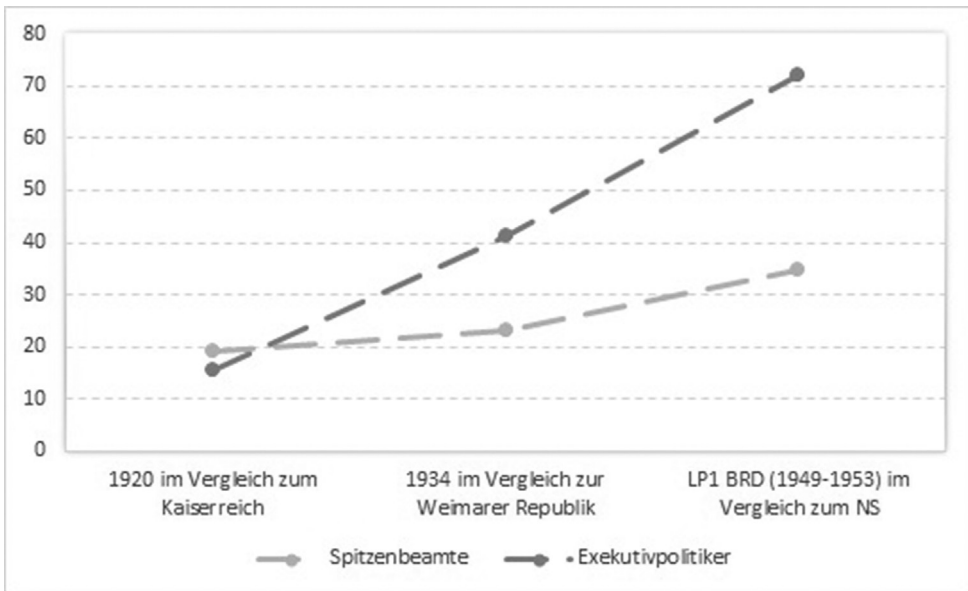
Quelle: PAE-proso-Datensatz

Bei den Exekutivpolitiker:innen war die Tiefe der Elitenzirkulation im Vergleich zum Nationalsozialismus von Anfang an höher. Der Anteil derjenigen Exekutivpolitiker:innen, die im Nationalsozialismus im Politik oder Verwaltung tätig gewesen waren, wurde bis LP 7 (1972–1976) – wo er erstmals bei null Prozent lag – von Legislaturperiode zu Legislaturperiode geringer (siehe Tab. 11). Dennoch waren noch bis Ende der 1980er Jahre vereinzelt Exekutivpolitiker:innen im Amt, die im Nationalsozialismus im Verwaltungsdienst tätig gewesen waren. Ein Beispiel hierfür ist der 1918 in Neustadt an der Aisch geborene CSU-Politiker Werner Dollinger. Dollinger hatte zwischen 1962 bis 1969 sowie 1982 bis 1987 verschiedene Ministerposten inne, zuletzt 1982 bis 1987 als Bundesverkehrsminister. Dollinger hatte nach Ende seines Studiums 1942 in der Außenhandelsstelle<sup>33</sup> für Nordbayern und Südthüringen in Nürnberg gearbeitet, bevor er ab 1943 als Soldat im Zweiten Weltkrieg eingesetzt wurde.<sup>34</sup>

33 Außenhandelsstellen waren im Nationalsozialismus Teil der staatlichen Verwaltung. Sie waren der Reichsstelle für Außenhandel nachgeordnet und bestanden bis zu ihrer Eingliederung in die Gauwirtschaftskammern Anfang April 1943.

34 Vgl. [https://www.bundesarchiv.de/nachlassdatenbank/viewsingle.php?person\\_id=39975&asset\\_id=45216](https://www.bundesarchiv.de/nachlassdatenbank/viewsingle.php?person_id=39975&asset_id=45216) (aufgerufen am 25.1.2024).

Abb. 18 Tiefe der Elitenzirkulation im Systemvergleich (Anteil der Personen ohne Berufstätigkeit im politischen oder administrativen Sektor in vorherigen Systemen)

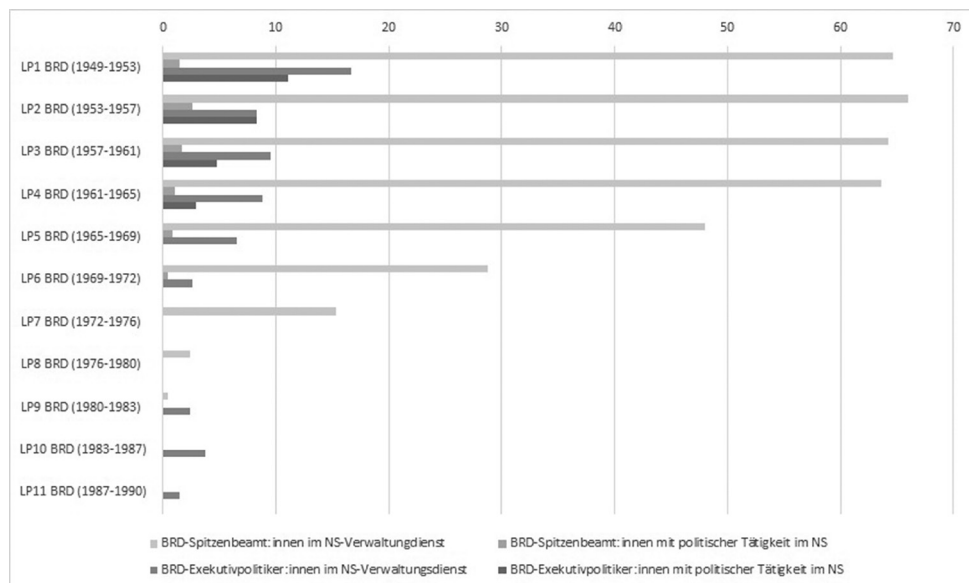


Quelle: PAE-proso-Datensatz

Im Zuge von Systemtransformationen entsteht bei der Rekrutierung von Eliten ein Trade-Off zwischen politischer Belastung und Expertise beziehungsweise Erfahrung. Es könnte deshalb vermutet werden, dass nach der Gründung der Bundesrepublik verstärkt auf unbelastetes, aber kompetentes und erfahrenes Personal aus der Weimarer Republik zurückgegriffen wurde, um Elitepositionen zu besetzen. Dies war zum Teil der Fall (siehe Abb. 20). So gelangten in der ersten Legislaturperiode der Bundesrepublik mehrere Politiker in ein Regierungsamt, die bereits in der Weimarer Republik hauptberufliche Politiker oder – häufiger – Verwaltungsbeamte gewesen waren. Unter den Spitzenbeamten lag der Anteil derjenigen, die schon während der Weimarer Republik in der öffentlichen Verwaltung tätig gewesen waren, noch höher (rund 58 Prozent). Hierbei handelte es sich aber vielfach um Personen, die nicht nur in der Weimarer Republik, sondern auch im Nationalsozialismus in der Verwaltung tätig gewesen waren – deren Verwaltungskarriere also abgesehen von einem möglichen Kriegsdienst und möglichen temporären Unterbrechungen während der Besatzungszeit weitgehend ungebrochen die verschiedenen Systemtransformationen überstanden hatte. In den folgenden Legislaturperioden ging dieser Anteil aus demografischen Gründen deutlich zurück.

Ein nicht unerheblicher Teil der politisch-administrativen Elite der jungen Bundesrepublik hatte sogar bereits im Kaiserreich im selben Sektor gearbeitet: Dies traf in der ersten Legislaturperiode auf fünf von 18 Politiker:innen und auf 6,9 Prozent

Abb. 19 Politisch-administrative Eliten der Bundesrepublik, die im Nationalsozialismus in Politik oder Verwaltung tätig waren (nach LP, in Prozent)



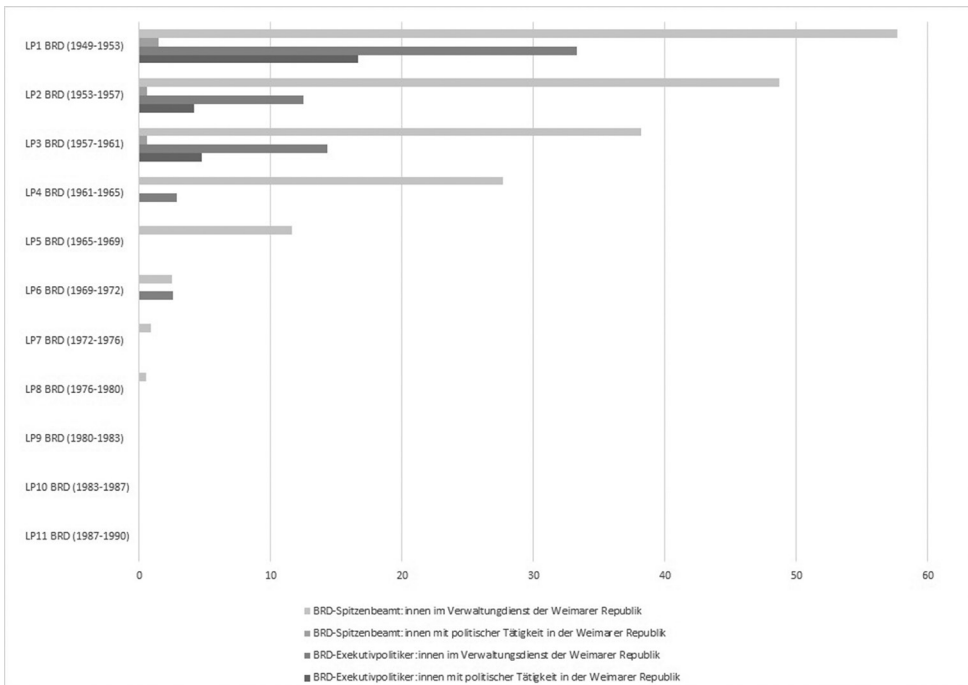
Quelle: PAE-proso-Datensatz

der 130 Spitzenbeam:t:innen zu. Aus demografischen Gründen verlor diese Traditionslinien in den folgenden Perioden aber rasch an Bedeutung.

Bezüglich der Tiefe der Elitenzirkulation sind erhebliche Unterschiede zwischen den Ressorts zu beobachten (siehe Abb. 21). In einem ersten Auswertungsschritt wurden alle Mitglieder der politisch-administrativen Elite der Bundesrepublik (also Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeam:t:innen) eines jeden Ressorts in den LP 1 bis 10 betrachtet, da das Thema danach aus demografischen Gründen irrelevant wird (siehe Abb. 19). In die Auswertung nicht mit einbezogen wurden die Ressorts mit sehr geringen Fallzahlen im Zeitraum LP 1 bis LP 10 wie zum Beispiel das Bundesumweltministerium (BMU) oder das Bundesgesundheitsministerium (BMG). Die Fallzahlen für diese beiden Ministerien sind gering, weil das BMU erst 1986 als eigenständiges Ministerium gegründet wurde und das BMG vor 1990 nur im Zeitraum 1961 bis 1969 ein eigenständiges Ressort war (siehe Anhang, Liste der Ministerien).

Im Ressortvergleich zeigen sich einige interessante Ergebnisse. Spitzenreiter in Bezug auf den Anteil der Elitemitglieder, die im Nationalsozialismus in der Verwaltung tätig waren, sind mit über 40 Prozent zwei Ministerien: das Bundesministerium für Verkehr (BMV) und das Bundesministerium für Post und Telekommunikation (BMP). Beide Ministerien gelten als eher fachlich orientiert und weniger stark politisiert. Fachliche Expertise und einschlägige Verwaltungserfahrung wurden hier offensichtlich für so wichtig gehalten, dass eine frühere Tätigkeit in der NS-Verwaltung

Abb. 20 Politisch-administrative Eliten der Bundesrepublik, die in der Weimarer Republik in Politik oder Verwaltung tätig waren (nach LP, in Prozent)



Quelle: PAE-proso-Datensatz

in besonderem Maße kein Hinderungsgrund für das Erreichen von Spitzenämtern in der Bundesrepublik war. Vergleichsweise hohe Anteile an Elitemitgliedern mit Verwaltungserfahrung im Nationalsozialismus finden sich außerdem im Bundesbauministerium (BMBau, 35 Prozent), im Bundesinnenministerium (BMI, 33 Prozent), im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL, 31 Prozent) und im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt, 31 Prozent). Besonders niedrig ist der Anteil im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ, neun Prozent). Dies ist durch dessen spätere Gründung im Jahr 1961 zu erklären. Vergleichsweise niedrig sind die Werte außerdem mit je rund elf Prozent im Bundeskanzleramt (BKAm), im Bundespresseamt (BPA) und im ab 1955 bestehenden Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF, ehemals Bundesministerium für Atomfragen). Auch das 1953 gegründete Bundesfamilienministerium (BMFSFJ, zwölf Prozent) hat vergleichsweise niedrige Anteile entsprechenden Spitzenpersonals. Die Gründe hierfür variieren. Beim BMBF und beim BMFSFJ handelte es sich um Neugründungen in den 1950er Jahren. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung war hochideologisiert und damit als Rekrutierungspool für Personal und insbesondere Spitzen-

personal der genannten Ministerien in der Bundesrepublik offensichtlich besonders ungeeignet. Bundeskanzleramt und Bundespresseamt sind Organisationen, die politisch besonders salient sind. Dass der Anteil an Elitemitgliedern mit Verwaltungserfahrung im Nationalsozialismus in diesen beiden Organisationen vergleichsweise gering ist, verwundert deshalb nicht, schließlich ist zu erwarten, dass die Aufmerksamkeit der parlamentarischen Opposition und der kritischen Öffentlichkeit und Medien für politisch fragliche Besetzungen von Spitzenämtern hier besonders groß war.<sup>35</sup> Im Gegenteil: Dass deren Anteil dennoch zweistellige Prozentwerte erreicht, wirft die Frage auf, aus welchen Gründen diese Personen trotz ihrer staatsnahen Tätigkeit im Nationalsozialismus in Schlüsselpositionen der Bundesrepublik gelangen konnten. Diese Frage kann mit unserem Datenmaterial nicht beantwortet werden, hierzu sind vertiefte historische Studien zu den einzelnen Fällen notwendig. Diese liegen zum Teil bereits vor. Zu verweisen ist insbesondere auf eine Studie des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam zum Bundeskanzleramt<sup>36</sup> sowie auf verschiedene Teilprojekte im Rahmen des Forschungsprogrammes zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zentraler deutscher Behörden. In Bezug auf Individuen hat insbesondere der Fall des langjährigen Chefs des Bundeskanzleramtes unter Konrad Adenauer, Hans Globke, in der geschichtswissenschaftlichen Literatur und in der öffentlichen Debatte eine hohe Aufmerksamkeit erfahren.<sup>37</sup> Auch zu anderen Spitzenbeamten der Bundesrepublik liegen Studien vor, die sich mit deren Rolle im Nationalsozialismus beschäftigen. Ein Beispiel für eine systemnahe Person, die in der Bundesrepublik im Ministerialdienst Karriere machen konnte, ist Josef Stralau. Stralau wurde 1957 Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium und anschließend bis 1971 Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium. Er war im Nationalsozialismus im öffentlichen Gesundheitsdienst tätig gewesen<sup>38</sup> und trat als überzeugter „Rassenhygieniker“<sup>39</sup> in Erscheinung.

---

35 Berücksichtigt man auch die mittleren und unteren Leitungsebenen, liegt das Bundeskanzleramt bezüglich der formalen NS-Belastung (Mitgliedschaft in NS-Organisationen) im Durchschnitt der obersten Bundesbehörden. Vgl. Nadine Freund/Johannes Hürter/Eszter Kiss/Christian Mentel/Thomas Raitel/Martin Sabrow/Thomas Schaarschmidt/Gunnar Take/Annette Vowinkel: Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit. Ein Forschungsprojekt des IfZ und des ZZf, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 67 (2019), H. 2, S. 307–319, hier S. 312.

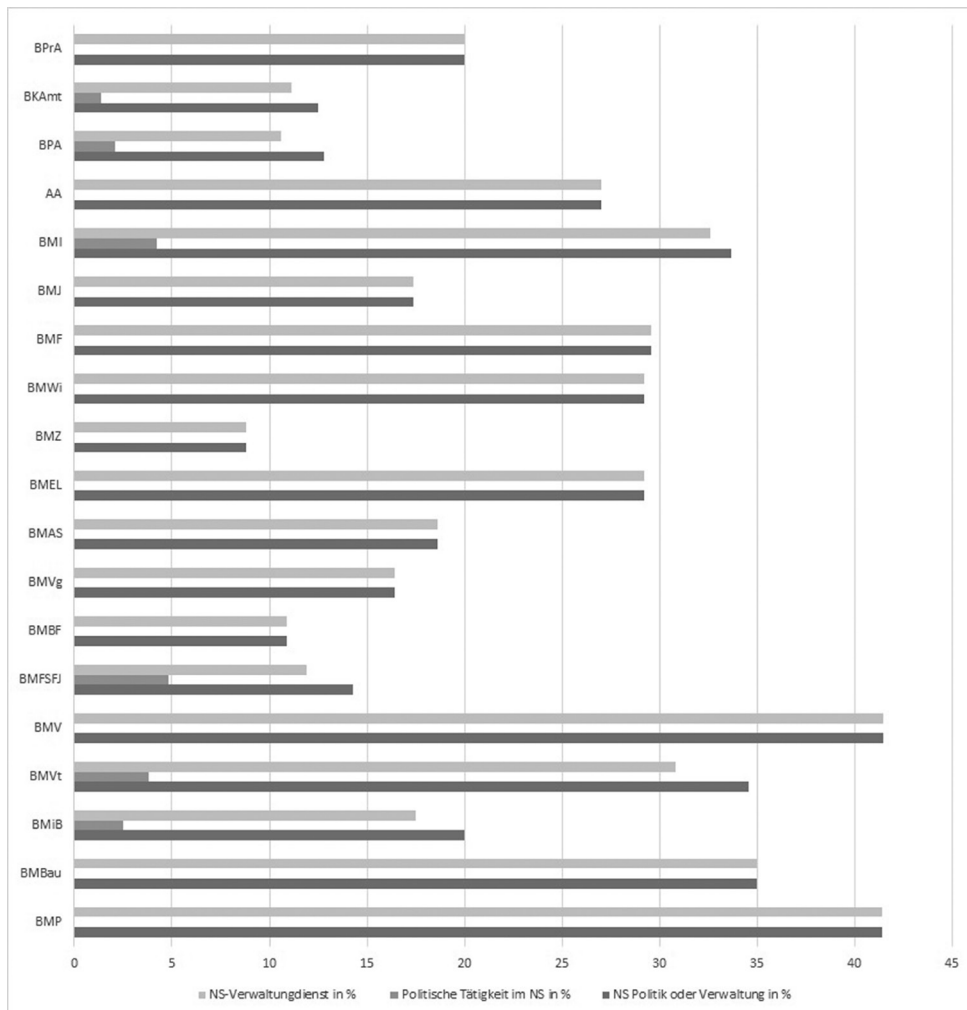
36 Jutta Braun/Nadine Freund/Christian Mentel/Gunnar Take: Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit, Göttingen 2024.

37 Siehe zum Beispiel Erik Lommatzsch: Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt am Main 2009; Carsten Sick: Hans Globke (1898–1973) – eine bundesdeutsche Nachkriegskarriere?, Kappelrodeck 2020; Klaus Bästlein: Der Fall Globke. Propaganda und Justiz in Ost und West, Berlin 2018; Jürgen Bevers: Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur grauen Eminenz der Bonner Republik, Berlin 2009; Freund et al.: Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit. Ein Forschungsprojekt des IfZ und des ZZf.

38 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-II/990516, PERS 101/79532–79535 und PERS 6/295590 ausgewertet.

39 Lutz Kreller/Franziska Kuschel: Vom „Volkskörper“ zum Individuum. Das Bundesministerium für Gesundheitswesen nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2022.

Abb. 21 Anteil der Mitglieder der politisch-administrativen Eliten der Bundesrepublik (für LP 1 bis LP 10), die im Nationalsozialismus in der Verwaltung oder in der Politik berufstätig waren, nach Ressort (in Prozent)



Anmerkungen: Wegen geringer Fallzahlen im oben genannten Zeitraum wurden das BMG, das BMU und das BMBes hier weggelassen. Die Ressorts hatten in der Geschichte der Bundesrepublik zum Teil andere Namen und andere Abkürzungen. Eine Übersicht der Ressorts mit den hier verwendeten Abkürzungen findet sich im Anhang. Für die Auswertungen nach Ressort wurde das 1969–1986 bestehende Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit der Kategorie Bundesfamilienministerium (Kürzel „BMFSFJ“) zugeschlagen. Das von 2002–2005 bestehende Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung wurde der Kategorie Bundesgesundheitsministerium (Kürzel „BMG“) zugeschlagen. Das von 2002–2005 bestehende Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde der Kategorie Bundeswirtschaftsministerium (Kürzel „BMWi“) zugeschlagen. Quelle: PAE-proso-Datensatz

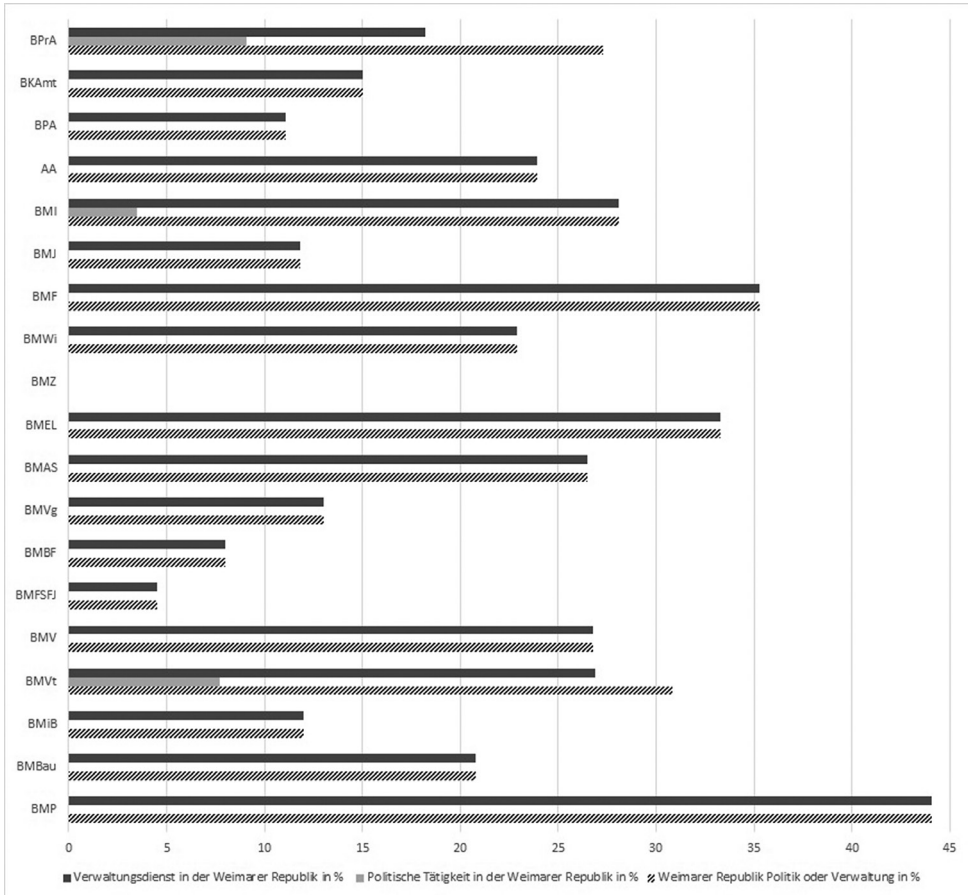
Elitemitglieder, die während des Nationalsozialismus hauptberuflich politisch tätig waren, gab es in vielen Ressorts gar nicht – in sechs Organisationen (BK Amt, BPA, BMI, BMFSFJ, BMVT, BMiB) gab es jedoch insgesamt sieben Personen, auf die das zutraf. Diese waren zumeist nur für kurze Zeit Reichstagsmitglied im Nationalsozialismus, wie beispielsweise der spätere Innenstaatssekretär Hans Ritter von Lex (bis März 1933 im Reichstag) oder der spätere Minister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser (bis November 1933 im Reichstag, später im NS-Widerstand). Ein anderes Beispiel ist Edmund Forschbach, der 1933 zunächst Mitglied des Preußischen Landtages als DNVP-Abgeordneter und 1933/1934 zudem Reichstagsabgeordneter (als „Hospitant“ der NSDAP-Fraktion) war. In der jungen Bundesrepublik unter Konrad Adenauer war Forschbach von 1955 bis 1956 Leiter des Bundespresseamtes. Auch Adenauer selbst fällt in diese Kategorie, da er nach der Machtübernahme Hitlers weiter Oberbürgermeister von Köln war und als dieser von den Nationalsozialisten im April 1933 vom Dienst suspendiert wurde. Beispiele wie Kaiser oder Adenauer zeigen, dass die statistischen Daten als solche immer interpretationsbedürftig sind und aus einer temporären hauptberuflichen politischen Tätigkeit, gerade in der Frühzeit des Nationalsozialismus, nicht automatisch auf eine ausgeprägte Systemnähe geschlossen werden kann. Allerdings gibt es auch Fälle mit einer nachgewiesenermaßen bestehenden ausgeprägten Systemnähe. Ein Beispiel hierfür ist Gerhard Scheffler, 1955 bis 1958 Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern. Scheffler war während des Nationalsozialismus nicht nur Beamter im Reichsinnenministerium, sondern hatte als Oberbürgermeister von Posen ab 1939 auch ein politisches Amt inne. Aus seinem Nachlass lässt sich eine „antidemokratische, rassistische und antisemitische Gesinnung“<sup>40</sup> erkennen.

Ressortunterschiede lassen sich nicht nur für karrierebezogene Kontinuitäten zum NS-System feststellen, sondern auch bezüglich der Frage, inwiefern auf erfahrenes Personal der Weimarer Republik zurückgegriffen wurde. In einem zweiten Auswertungsschritt wurden deshalb alle Mitglieder der politisch-administrativen Elite der Bundesrepublik (also Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen) eines jeden Ressorts in LP 1 bis 6 betrachtet, da danach aus demografischen Gründen nur noch sehr vereinzelt Berufserfahrung in der Weimarer Republik zu finden ist (siehe Abb. 20). Es zeigt sich (siehe Abb. 22), dass das Bundesministerium für Post und Telekommunikation hier absoluter Spitzenreiter ist (44 Prozent der Elitemitglieder waren bereits in der Weimarer Republik in der Verwaltung tätig). In diesem Ministerium, welches bereits auch bezüglich der NS-Verwaltungserfahrung besonders hohe Werte aufwies, scheinen Karrieren in der Verwaltung unabhängiger von den politischen Systembrüchen gewesen zu sein als in anderen Ministerien: Fachliche Expertise und entsprechende Berufserfahrung in der Verwaltung waren hier prioritär. Relativ hoch sind die Werte ebenfalls erneut für die Ressorts Finanzen (BMF) sowie Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Durch die gleichermaßen hohen Werte für den Nationalsozialismus und für die Weimarer Republik zeichnet sich für diese Fälle ab, dass

---

40 Christian Schmitt: Ein Antisemit im Bundesinnenministerium? <http://ausstellung.geschichte-innenministerien.de/biografien/gerhard-scheffler/#!first> (aufgerufen am 25.1.2024).

Abb. 22 Anteil der politisch-administrativen Eliten der Bundesrepublik (für LP 1 bis LP 6), die in der Weimarer Republik in der Verwaltung oder in der Politik berufstätig waren, nach Ressort (in Prozent)



Anmerkungen: Wegen geringer Fallzahlen im oben genannten Zeitraum wurden das BMG, das BMU und das BMBes hier weggelassen. Die Ressorts hatten in der Geschichte der Bundesrepublik zum Teil andere Namen und andere Abkürzungen. Eine Übersicht der Ressorts mit den hier verwendeten Abkürzungen findet sich im Anhang. Für die Auswertungen nach Ressort wurde das 1969–1986 bestehende Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit der Kategorie Bundesfamilienministerium (Kürzel „BMFSFJ“) zugeschlagen. Das von 2002–2005 bestehende Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung wurde der Kategorie Bundesgesundheitsministerium (Kürzel „BMG“) zugeschlagen. Das von 2002–2005 bestehende Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde der Kategorie Bundeswirtschaftsministerium (Kürzel „BMWi“) zugeschlagen. Quelle: PAE-proso-Datensatz

die Wertschätzung der Expertise und fachlichen Kompetenzen des Spitzenpersonals weitgehend unabhängig war von der Art des politischen Systems, in welchem einschlägige Expertise erworben wurde. Auch für die Bundesministerien, in denen bei der Besetzung der Spitzenpositionen im Ressortvergleich in geringerem Maße auf erfahrenes Personal eines Vorgängersystems zurückgegriffen wurde, zeigt sich meist ein ähnliches Muster für Nationalsozialismus und Weimarer Republik. So sind die Anteile der Elitemitglieder mit Erfahrung in der Verwaltung der Weimarer Republik unter anderem im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Bundesministerium für Bildung und Forschung (und seinen Vorgängern), im Bundesfamilienministerium und im Bundespresseamt vergleichsweise gering. Auch im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMiB), im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und im Bundeskanzleramt sind die Anteile unterdurchschnittlich (siehe Abb. 22).

Personen mit hauptberuflicher politischer Tätigkeit in der Weimarer Republik gab es in der Bundesrepublik in drei der betrachteten Behörden: im Bundespräsidialamt, im Bundesministerium des Innern und im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Insgesamt handelt es sich dabei um fünf Personen (Theodor Heuss, Robert Lehr, Hans Lukaschek, Hans Ritter von Lex, Ottmar Schreiber). Diese gehörten in der Weimarer Republik unterschiedlichen Parteien an (zum Beispiel Zentrum, DNVP, DDP, BVP, DVP) und hatten in den 1950er Jahren politische Ämter (Bundespräsident, Bundesinnenminister, Bundesminister für Vertriebene) oder leitende Verwaltungsämter inne.

Abschließend lässt der Ressortvergleich erkennen, dass die personellen Kontinuitäten variieren und sich vor allem zwischen eher technisch-fachlich orientierten Ministerien wie dem Post-, dem Verkehrs- oder dem Landwirtschaftsministerium und politisch besonders salienten Organisationen wie dem Bundeskanzleramt oder dem Bundespresseamt oder in im Nationalsozialismus stark ideologisierten Politikbereichen wie der Familienpolitik unterschieden. Während Erstere auch in den Spitzenpositionen zu einem nicht unerheblichen Anteil auf erfahrenes Personal des Nationalsozialismus und der Weimarer Republik zurückgegriffen, war dies für Letztere in geringerem Maße der Fall. Festzuhalten ist allerdings auch, dass es in allen Bundesministerien personelle Kontinuitäten gibt, die sich über einen langen Zeitraum, bis in die 1980er Jahre hinein, nachweisen lassen.

#### 6.3.4 DDR

Für die DDR sind repräsentative Aussagen zur Tiefe der Elitenzirkulation aufgrund der Datenlage nur für die Exekutivpolitiker:innen möglich. Wie in Abbildung 23 ersichtlich, gab es in der DDR einige Exekutivpolitiker:innen, die im Nationalsozialismus in der Verwaltung tätig gewesen waren. Der Anteil der DDR-Exekutivpolitiker:innen mit Berufserfahrung in der NS-Verwaltung lag während der Provisorischen Volkskammer (LP 0) bei 10,4 Prozent. In LP 1 betrug er fünf Prozent und sank dann im Laufe der nachfolgenden Legislaturperioden langsam ab. Erst in LP 10, also im Jahr 1990, war keine Person mehr im NS-Verwaltungsdienst tätig gewesen.

Ein Beispiel für einen DDR-Politiker mit Verwaltungserfahrung im Nationalsozialismus ist Helmut Brandt. Brandt hatte während des Nationalsozialismus zeitweise in der Ministerialverwaltung gearbeitet und war in der frühen DDR Staatssekretär zunächst im DDR-Justizministerium, bevor er im September 1950 festgenommen und nach langjähriger Untersuchungshaft 1954 wegen „staatsfeindlicher Arbeit“ zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde. 1964 wurde er von der Bundesrepublik freigekauft.<sup>41</sup> Von den DDR-Politikern mit Verwaltungserfahrung im Nationalsozialismus hatten mehrere nur für eine kürzere Übergangszeit nach der Machtergreifung Hitlers noch im Verwaltungsdienst gearbeitet und waren rasch aus dem Dienst entlassen wurden. Dies trifft beispielsweise auf Otto Grotewohl zu, der von 1928 bis 1933 Präsident der Braunschweiger Landesversicherungsanstalt war, oder auf Ruth Fabisch, die 1934 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ entlassen wurde.<sup>42</sup> Es gab aber auch Fälle mit einer längerfristigen Verwaltungstätigkeit im Nationalsozialismus. Ein Beispiel hierfür ist Max Suhrbier, der während der gesamten NS-Zeit in der Verwaltung arbeitete.<sup>43</sup>

Personen mit beruflicher Erfahrung im Sektor Politik während des Nationalsozialismus gab es in DDR mit einer Ausnahme nicht: Der 1899 in Zoppot geborene Anton Plenikowski war seit 1928 KPD-Abgeordneter des Danziger Volkstages. Nachdem die KPD im Nationalsozialismus verboten wurde, behielt er sein Abgeordnetenmandat bei und zog 1935 über die zwei Personen umfassende Liste Plenikowski wieder in den Danziger Volkstag ein. Während sein Abgeordneterkollege Otto Langnau später zur NSDAP-Fraktion wechselte, kam dies für Plenikowski nicht in Frage. Er gab sein Mandat auf und emigrierte 1937 nach Schweden.<sup>44</sup>

Nicht nur die hier im Zentrum der Analysen stehenden Positionen in der Verwaltung oder in der Politik kennzeichneten im Nationalsozialismus eine Systemnähe, auch Positionen insbesondere in der SS gehören hierzu. Wenngleich in der DDR aufgrund der strikteren Entnazifizierung nur wenige Personen mit einer ausgeprägten NS-Vergangenheit in politische Positionen gelangten,<sup>45</sup> so gab es doch Ausnahmen,

---

41 Hermann Wentker: Ein deutsch-deutsches Schicksal. Der CDU-Politiker Helmut Brandt zwischen Anpassung und Widerstand, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), H. 3, S. 465–506.

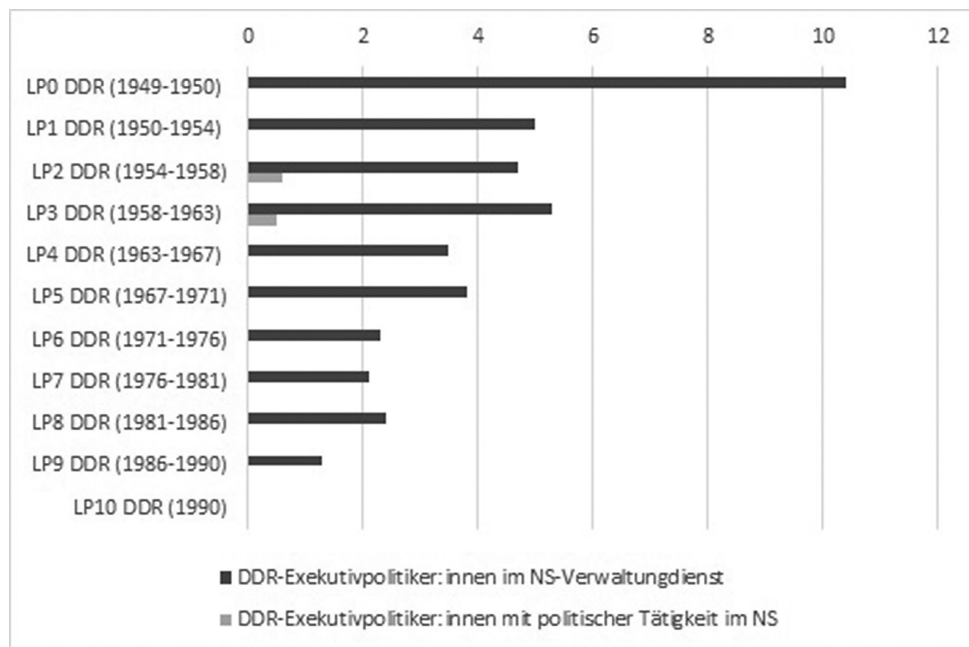
42 Gabriele Baumgartner: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Band 1, München 1996.

43 Gabriele Baumgartner: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Band 2, München 1996.

44 Baumgartner, Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Band 2, S. 653; Nachlass Anton Plenikowski: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/ny4141/index.htm> (aufgerufen am 24.1.2024).

45 In den DDR-Ministerien waren in der Anfangszeit fünf bis sechs Prozent des Personals ehemalige NSDAP-Parteimitglieder, also deutlich weniger als in den Bundesministerien. „In kompetenzärmeren Organen wie den Länderverwaltungen lag das Niveau mitunter doppelt so hoch. Der Ost-Berliner Staatsapparat sollte mehr als andere Behörden mit Kadern besetzt sein, die keinen Anlass boten, an ihrer politischen Zuverlässigkeit zu zweifeln.“ Jens Kuhlemann: Differenzierte Biografien, differenzierte Integration: Ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und den DDR-Regierungsdienststellen (1948–1957), in: Historical Social Research 35 (2010), H. 3, S. 95–116, hier S. 98.

Abb. 23 Anteil der DDR-Exekutivpolitiker:innen, die im Nationalsozialismus in Politik oder Verwaltung tätig waren



Quelle: PAE-proso-Datensatz

weil auch in der DDR kein sofortiger Verzicht auf alle dem NS-System nahestehenden Fachleute möglich war und auch weil ehemaligen Nationalsozialisten im Rahmen der „Wiedereingliederung“ – so zumindest das Gesetz, die Praxis sah zum Teil anders aus – die Chance gegeben werden sollte, sich über politische Loyalität zur SED zu bewähren.<sup>46</sup> Zu nennen ist beispielsweise der 1922 in Annahütte geborene Katholik Max Hartwig. Hartwig wurde 1939, damals war er 17 Jahre alt, Mitglied der Waffen-SS. Er erhielt eine militärische Ausbildung im SS-Totenkopfverband und war unter anderem in der SS-Wachmannschaft der Konzentrationslager Oranienburg und Buchenwald tätig. In der DDR war er von 1957 bis zu seiner Entlassung aus dem Amt 1960 (wegen Bekanntwerdens seiner SS-Vergangenheit über westdeutsche Medien) Stellv. Staatssekretär für Kirchenfragen.<sup>47</sup> Wegen seiner SS-Vergangenheit war er erpressbar und wurde deshalb als Informant des Ministeriums für Staatssicherheit zur

46 Kuhlemann, Differenzierte Biografien, differenzierte Integration; vgl. auch Münkel/Heidenreich, Das DDR-Landwirtschaftsministerium – Politik und Personal.

47 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-III/314896 ausgewertet.

Bespitzelung seiner Chefs – des Staatssekretärs für Kirchenfragen Werner Eggerath und seines vorigen Chefs Otto Nuschke – eingesetzt.<sup>48</sup>

Wenngleich uns keine repräsentativen Daten für die DDR-Verwaltungselite vorliegen, so ist doch zu vermuten, dass in dieser Teilelite in der DDR weniger Personen mit einem Hintergrund in der NS-Verwaltung zu finden waren als in der Bundesrepublik. Ursächlich hierfür ist unter anderem, dass die Besatzungsmacht der SBZ verfügt hatte, dass die NS-Eliten dort vollständig zu ersetzen seien. Mitglieder der neuen Führungsgruppe wurden zum Teil aus der Emigration zurückgeholt.<sup>49</sup> Gleichzeitig ist anzunehmen, dass ein vollständiger Austausch der Verwaltungseliten in der DDR nicht umgesetzt werden konnte, da man auch in der DDR nicht an allen Stellen auf die Expertise erfahrener Beamter verzichten konnte. Es ist Aufgabe zukünftige Forschungsarbeiten, die Tiefe der Elitenzirkulation der DDR-Verwaltungselite genauer zu untersuchen und verlässliche Zahlen zu präsentieren.

#### 6.4 NSDAP-Mitglieder in Bundesministerien

Der Anteil der früheren NSDAP-Parteigenossen ist in der Vergangenheit in zahlreichen Studien für verschiedene Ressorts untersucht worden. Die hier präsentierten Werte sind als Mindestwerte zu verstehen, da im Rahmen unseres Projektes primär öffentlich zugängliche biografische Informationen sowie Akten des Bundesarchives ausgewertet wurden und die reale Anzahl der Parteimitglieder gegebenenfalls noch höher lag. Dass der Anteil der ehemaligen NSDAP-Parteimitglieder in den Bundesministerien der jungen Bundesrepublik hoch war, ist hinreichend bekannt und wird von unseren Daten auch für die Inhaber:innen der allerhöchsten Verwaltungspositionen bestätigt (Tab. 12), wenngleich der Anteil der ehemaligen Parteigenossen dort zumeist niedriger war als auf der mittleren Leitungsebene (Referatsleitungen und Unterabteilungsleitungen).<sup>50</sup> Im Laufe der ersten vier Legislaturperioden, also unter Bundeskanzler Adenauer, stieg der Anteil der ehemaligen NSDAP-Parteigenossen in

---

48 Vgl. <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DO4-9572/index.htm?kid=37882542-b2f2-40f8-9cf1-92b6d269ee6a> (aufgerufen am 30.1.2024).

49 Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 260.

50 Vergleichszahlen unter Einbezug der mittleren Leitungsebenen siehe Martin Münzel: *Neubeginn und Kontinuitäten. Das Spitzenpersonal der zentralen deutschen Arbeitsbehörden 1945–1960*, in: Alexander Nützenadel (Hg.): *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen*, Göttingen 2017, S. 494–551, hier S. 527; Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 493; Stefanie Palm/Irina Stange: *Vergangenheiten und Prägungen des Personals des Bundesinnenministeriums*, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hg.): *Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus (Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945 Band 1)*, Göttingen 2018, S. 122–181, hier S. 123 und 147; Joachim Rückert: *Einige Bemerkungen über Mitläufer, Weiterläufer und andere Läufer im Bundesministerium der Justiz nach 1949*, in: Manfred Görtemaker/Christoph Safferling (Hg.): *Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit. Eine Bestandsaufnahme*, Göttingen/Bristol, Conn. 2013, S. 60–87, hier S. 66–67.

den Spitzenpositionen der Bundesministerialverwaltung zunächst an – offensichtlich wurde die NS-Vergangenheit zunehmend unwichtiger, wenn es um die Besetzung dieser Positionen ging. Auch „Alte Kämpfer“ und „Frühe Freunde“, die vor 1933 der NSDAP beigetreten waren, fanden sich in dieser Zeit zunehmend in der Gruppe der Spitzenbeamt:innen (Tab. 12). Die große Mehrheit der ehemaligen NSDAP-Parteigenossen unter den Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik war jedoch zu allen Beobachtungszeitpunkten erst ab 1933 der NSDAP beigetreten. Ab Mitte der 1960er Jahre begann der Anteil der ehemaligen NSDAP-Parteimitglieder zu sinken, ab Mitte der 1970er Jahre war er in der Gruppe der Spitzenbeamt:innen nur noch sehr gering. Dennoch gab es auch in den 1980er Jahren noch einige Spitzenbeamt:innen mit NSDAP-Hintergrund.

Tabelle 12: NSDAP-Mitglieder unter den Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik (in Prozent)

Messzeitpunkt	Kein NSDAP-Mitglied	NSDAP-Mitglied mit Parteieintritt ab 1933	NSDAP-Mitglied vor 1933
LP 1 (1949–1953)	76,2	23,1	0,8
LP 2 (1953–1957)	68,6	30,1	1,3
LP 3 (1957–1961)	64,2	34,1	1,7
LP 4 (1961–1965)	60,3	36,4	3,3
LP 5 (1965–1969)	67,6	30,2	2,2
LP 6 (1969–1972)	80,8	18,2	1,0
LP 7 (1972–1976)	91,6	6,5	1,9
LP 8 (1976–1980)	98,1	1,5	0,5
LP 9 (1980–1983)	99,5	0,5	0,0
LP 10 (1983–1987)	99,5	0,5	0,0
LP 11 (1987–1990)	99,1	0,9	0,0

Quelle: PAE-proso-Datensatz

Bei den Exekutivpolitiker:innen der Bundesrepublik war der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder niedriger, stieg aber in den ersten Legislaturperioden zunächst an. Diese nachlassende Aufmerksamkeit für NS-Vergangenheiten wurde von der historischen Behördenforschung bereits mehrfach beschrieben und wird durch unsere Daten für die gesamte Bundesministerialverwaltung untermauert. Während es in der ersten Amtsperiode von Konrad Adenauer kein ehemaliges NSDAP-Mitglied im Kabinett gab, gab es in der zweiten Legislaturperiode drei Exekutivpolitiker, die zuvor NSDAP-Mitglieder gewesen waren. Es handelt sich dabei um den damaligen Bundesminister für Wohnungsbau Victor-Emanuel Preusker (der auch SS- und SA-Mitglied

gewesen war),<sup>51</sup> den ehemaligen Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Theodor Oberländer (der auch SA-Mitglied gewesen war)<sup>52</sup> und den ehemaligen Bundesminister des Innern (1953–1961), des Auswärtigen (1961–1966) und der Verteidigung (1966–1969) Gerhard Schröder (im September 1943 wieder aus der NSDAP ausgetreten).<sup>53</sup> In der dritten Legislaturperiode gab es vier Exekutivpolitiker:innen mit vorheriger NSDAP-Parteimitgliedschaft, in der vierten Legislaturperiode neun, in der fünften Legislaturperiode zwölf, in der sechsten Legislaturperiode zehn. Ab der siebten Legislaturperiode ging die absolute Anzahl ebenso wie der prozentuale Anteil der Exekutivpolitiker:innen mit früherer NSDAP-Parteimitgliedschaft wieder zurück, dennoch gab es auch Ende der 1980er Jahre, in LP 11, vier Exekutivpolitiker:innen (6,2 Prozent) mit NSDAP-Vergangenheit. Eine qualitative Einordnung und Bewertung der NS-Belastung dieser Personen ist mit unseren Daten selbstverständlich nicht möglich, hierfür wären vertiefende Studien zu den einzelnen Personen nötig, die zum Teil bereits vorliegen.

Die Ressortunterschiede in Bezug auf den Anteil der ehemaligen NSDAP-Parteimitglieder in den PAE-Positionen sind erheblich. Wertet man die Daten für die ersten sechs Legislaturperioden nach Ressort aus, so treten die geringsten Anteile ehemaliger NSDAP-Mitglieder unter den PAE mit 8,0 beziehungsweise 8,8 Prozent im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen beziehungsweise im Bundesministerium für Arbeit (und Sozialordnung) auf. Vergleichsweise niedrige Anteile an NSDAP-Mitgliedern unter den PAE in LP 1 bis LP 6 haben außerdem das Bundesministerium der Verteidigung (11,6 Prozent), das Bundeskanzleramt (15 Prozent), das Bundesministerium der Finanzen (15,7 Prozent) und das Bundesfamilienministerium (18,2 Prozent). Besonders hoch sind die Anteile im Bundesministerium des Innern (50,9 Prozent). Die anderen Bundesministerien weisen Anteile zwischen 31 (das erst 1961 gegründete Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) und 37 Prozent (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) auf. Werte unter 30 Prozent haben zudem das Bundespresseamt (22,2 Prozent), das Bundesministerium der Justiz (23,5 Prozent) und das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (26,5 Prozent). Auch wenn unsere Angaben als Mindestwerte zu verstehen sind, da mit den ausgewerteten Archivalien und öffentlich zugänglichen Informationen nicht alle Fälle zweifelsfrei geklärt werden konnten – denn es ist bekannt, dass damals aktenkundig gewordene Auskünfte der Personen zum Teil nicht korrekt waren –, so deuten die Unterschiede zwischen den Behörden doch darauf hin, dass für die Bundesministerien einerseits unterschiedliche Klientel rekrutiert wurden und es andererseits – bezogen auf die Verwaltungselite – Unterschiede in der Aufmerksam-

---

51 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, PERS 6/213608 ausgewertet. Vgl. auch <https://dserver.bundestag.de/btd/17/081/1708134.pdf>, S. 14 (aufgerufen am 1.2.204).

52 PAE-proso-Datensatz. Vgl. auch <https://dserver.bundestag.de/btd/17/081/1708134.pdf>, S. 14 (aufgerufen am 1.2.204).

53 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 55/22877 ausgewertet. Vgl. auch <https://dserver.bundestag.de/btd/17/081/1708134.pdf>, S. 14 (aufgerufen am 1.2.204).

keit für die NS-Vergangenheit im Zuge von Personalentscheidungen auf der Ebene der politischen Beamt:innen gab. Da auf diese Personalfragen vor allem die jeweiligen Bundesminister:innen einen großen Einfluss haben, liegt hier vermutlich ein Schlüssel zur Erklärung der Ressortunterschiede. Eine Einordnung und Bewertung der NSDAP-Mitgliedschaften im Sinne einer NS-Belastung kann hier nicht erfolgen, dafür wäre eine vertiefte Auseinandersetzung mit den einzelnen Fällen nötig, da Eintritt in die Partei aus ganz unterschiedlichen Gründen erfolgen konnten – zum Beispiel aus Überzeugung, aus Opportunismus oder unter Druck.<sup>54</sup>

## 6.5 Zwischenfazit

Unsere empirischen Analysen bestätigen viele der zu Beginn dieses Kapitels aufgestellten Thesen. Mit Blick auf den *Umfang* der Elitenzirkulation wurde für die Systemtransformation vom NS-System zur Bundesrepublik die These aufgestellt, dass der Umfang des Personalaustauschs in PAE-Positionen in den Gründungsjahren der Bundesrepublik hoch war. Dies bestätigen unsere Daten: 100 Prozent der Regierungsmitglieder und 95 Prozent der Beamt:innen der ersten Regierungsperiode unter Konrad Adenauer waren im Nationalsozialismus in keiner politisch-administrativen Eliteposition gewesen. In den nachfolgenden Legislaturperioden wurde der Anteil der Beamt:innen mit einer politisch-administrativen Eliteposition zunehmend geringer und erreichte in LP 7 erstmals null Prozent. Für zwei andere der betrachteten Systemtransformationen (Kaiserreich zur Weimarer Republik, Nationalsozialismus zur DDR) trifft dies für die politische Elite ebenfalls zu 100 Prozent zu. Mit anderen Worten: Nach dem Systemwechsel stammte hier keines der Regierungsmitglieder aus der politisch-administrativen Elite des Vorgängersystems. Für den Nationalsozialismus im Vergleich zur Weimarer Republik zeigen sich jedoch Abweichungen von diesem Muster: Der Anteil der NS-Exekutivpolitiker, die bereits vorher eine entsprechende Eliteposition innehatten, lag zum ersten Messzeitpunkt (1. September 1934) bei knapp einem Viertel. Später war er geringer, erreichte aber nie die für die anderen Systemtransformationen typischen null Prozent. Hierin schlägt sich nieder, dass die anderen drei Systemtransformationen durch die Revolution 1918/19 beziehungsweise den Zusammenbruch des NS-Regimes mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und die Neugründung von zwei Staaten 1949, und damit durch einen klar definierten Bruch, gekennzeichnet waren, während Hitler zunächst innerhalb des vorherigen Systems an die Macht kam, bevor er dieses systematisch umgestaltete.

Für die Verwaltungseliten wurde die These aufgestellt, dass der Personalaustausch hier im Gegensatz zur politischen Elite nicht vollständig war und beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik aufgrund der hohen Kontinuität des Verwaltungssystems geringer war als bei den anderen Systemtransformationen. Die Daten zeigen, dass Ersteres zutrifft: Wenngleich der Personalaustausch nach den Sys-

---

54 Vgl. zum Beispiel Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 496.

temwechselln auch in der Verwaltungselite umfangreich war, lag dieser in keinem Fall bei 100 Prozent. Im Vergleich der drei Systemtransformationen, für welche Daten zur Verwaltungselite vorliegen (Kaiserreich zur Weimarer Republik, Weimarer Republik zum Nationalsozialismus, Nationalsozialismus zur Bundesrepublik), war der Personalaustausch in der bundesrepublikanischen Verwaltungselite im Vergleich zum Nationalsozialismus am größten (95 Prozent in LP 1) und in der NS-Elite im Vergleich zur Weimarer Republik am niedrigsten (63 Prozent zum Messzeitpunkt 1934). Anders als eingangs vermutet, war der Personalaustausch in den Verwaltungsspitzenpositionen beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik also nicht am geringsten, sondern lag mit einem Wert von 80 Prozent zum Messzeitpunkt 1920 zwischen den beiden anderen Systemwechseln. Anders als aus theoretischen Überlegungen heraus antizipiert, kam es in der Gründungsphase der Bundesrepublik auch nicht zu einer Reaktivierung der Verwaltungseliten der Weimarer Republik. Dies deckt sich mit bisherigen Erkenntnissen aus anderen Forschungszusammenhängen.<sup>55</sup>

Hinsichtlich der *Tiefe* der Elitenzirkulation wurde für die Weimarer Republik antizipiert, dass im Bereich der Verwaltungseliten vielfach Personen aus der Verwaltung im Kaiserreich rekrutiert wurden, die dort noch kein Spitzenamt innehatten. Dies war tatsächlich der Fall, und zwar nicht nur in der Verwaltungselite, sondern auch in den betrachteten politischen Positionen: 81 Prozent der Beamten und 85 Prozent der Exekutivpolitiker des Jahres 1920 hatten bereits im Kaiserreich berufliche Stationen im politisch-administrativen Bereich, häufig langjährige Verwaltungskarrieren, absolviert. Hier zeigt sich, dass eine Analyse der Tiefe der Elitenzirkulation noch aufschlussreicher ist als die bloße Betrachtung des Umfangs der Elitenzirkulation. Unsere Auswertungen decken sich mit Annahmen aus der Literatur, beispielsweise mit der These von Stolleis zur Weimarer Republik, dass die Verwaltung „mit einer Phasenverzögerung auf Umbrüche der Revolution“<sup>56</sup> reagiert hat. Statt der Abbildung politischer Veränderungen hin zu einem neuen System zeigt sich in der Weimarer Republik vielmehr eine Verstetigung hergebrachter Muster und eine hohe Kontinuität und Homogenität der Verwaltungselite. Die politische Dynamik und Instabilität der Weimarer Republik stand somit traditionellen, verfestigten Verwaltungsstrukturen und -karrieren gegenüber. Auch in den späteren Jahren der Weimarer Republik herrschte eine „Dissoziation zwischen der Legislative und der Exekutive“<sup>57</sup> vor, die Identifikation der Beamtenschaft mit dem neuen politischen System blieb gering. In dieser Entfremdung der Eliten kann ein Beitrag zum Aufstieg des Nationalsozialismus gesehen werden; in der Beamtenschaft verstärkte sich der Wunsch nach einem starken Staat als Kontrast zur Weimarer Volatilität.

Für den Nationalsozialismus wurde aufgrund der für autokratische Systeme typischen „Säuberungspolitik“ erwartet, dass im Vergleich zum Systemwechsel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik deutlich weniger Beamte und Politiker des Vor-

---

55 Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, S. 260.

56 Stolleis, Öffentliches Recht in Deutschland, S. 106.

57 Best, Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867–1918, S. 37.

gängersystems in Elitepositionen gelangten. Das wird durch die Daten zwar in der Tendenz bestätigt, die Unterschiede sind aber vor allem beim Verwaltungspersonal nur gering. So hatten im Nationalsozialismus im Jahr 1934 77 Prozent der Beamten und 59 Prozent der Politiker bereits in der Weimarer Republik im staatstragenden Bereich von Politik und Verwaltung gearbeitet. Die Tiefe der Elitenzirkulation unterschied sich bei dem Spitzenbeamten also nicht in erheblichem Maße vom vorherigen Systemwechsel: hier sehen wir vor allem für den Verwaltungsbereich eine hohe Kontinuität sowohl zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik als auch zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Bei den Politikern sind die Unterschiede zwischen den beiden Systemwechseln größer, dennoch hatte auch 1934 die Mehrheit der Regierungsmitglieder Berufserfahrung in Politik oder Verwaltung des Vorgängersystems gesammelt. Die „Säuberungspolitik“ im NS-System war zu diesem Zeitpunkt weniger durchgreifend als zu den beiden späteren Erhebungszeitpunkten im Nationalsozialismus, das heißt im Laufe des NS-Systems wurde der Anteil der Spitzenbeamten mit Verwaltungserfahrung in der Weimarer Republik geringer. Ehemaliger Weimarer Beamte bildeten aber auch zum letzten Erhebungszeitpunkt im Nationalsozialismus (1944) immer noch die Mehrheit der NS-Spitzenbeamten.

Für die Bundesrepublik wurde die These aufgestellt, dass die politischen Eliten der jungen Bundesrepublik nicht aus der „zweiten Reihe“ der politischen Eliten im Nationalsozialismus stammten. Dies ist zutreffend, wenngleich einige Exekutivpolitiker:innen der Bundesrepublik zwar nicht in der NS-Politik, aber doch in der NS-Verwaltung tätig gewesen waren. Für den Verwaltungsbereich wurde eine geringere Tiefe der Elitenzirkulation erwartet. Auch das wird durch unsere Daten bestätigt: 67 Prozent der Spitzenbeamt:innen in LP 1 hatten im Nationalsozialismus in der Verwaltung oder (selten) in der Politik gearbeitet. Umgekehrt heißt das: Nur rund ein Drittel war im Nationalsozialismus nicht im staatstragenden politisch-administrativen Bereich tätig gewesen. Im Vergleich zu den beiden vorherigen Systemwechseln war die Tiefe der Elitenzirkulation somit zwar etwas höher, von einer umfassenden und in die Tiefe gehenden Elitenzirkulation kann aber auch hier keine Rede sein. Mit fortschreitender Zeit wurde der Anteil der bereits in der NS-Verwaltung sozialisierten PAE-Mitglieder der Bundesrepublik unter anderem aus demografischen Gründen geringer. Auffällig ist jedoch, dass diese Entwicklung für die Verwaltungseliten erst ab LP 5, also ab Mitte der 1960er Jahre, an Dynamik gewann. Eine ähnliche Dynamik ist auch bezüglich der ehemaligen NSDAP-Parteimitglieder in den Spitzenpositionen der Bundesministerien zu erkennen.

Der *Modus* der Elitenzirkulation ist mit Blick auf personelle Kontinuitäten in der Elite eher abrupt als inkrementell. Betrachtet man jedoch die Tiefe der Elitenzirkulation, zeigt sich ein eher inkrementelles Muster. So dauerte es in der Bundesrepublik mehrere Jahrzehnte, bis in der Verwaltungselite keine ehemaligen NS-Verwaltungsbediensteten mehr zu finden waren. Im Nationalsozialismus zeigt sich ebenfalls ein inkrementelles Muster, allerdings war die Geschwindigkeit des Personalumbaus höher als in der Bundesrepublik: Während der Anteil der nicht im politisch-administrativen Bereich des Vorgängersystems sozialisierten Spitzenbeamten zwischen 1934 und 1944 innerhalb von zehn Jahren um 24 Prozentpunkte anstieg, veränderte sich in den ersten zehn Jahren der Bundesrepublik diesbezüglich fast nichts. Erst später

setzte ein Anstieg ein. Die Zahlen für den Nationalsozialismus spiegeln wider, dass in diesem Regime ein umfassender personeller Austausch angestrebt wurde, der aber nicht immer realisiert werden konnte.<sup>58</sup> Dieser angestrebte personelle Austausch bezog sich nicht nur auf die hier untersuchten politisch-administrativen Eliten, sondern auf alle politischen und administrativen Ebenen.<sup>59</sup>

In der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Bundesrepublik erfüllten die Besatzungszonen eine Art „Scharnierfunktion“,<sup>60</sup> über die bis zur Neugründung zentralstaatlicher Ministerien eine Umgestaltung der Zusammensetzung, jedoch nicht notwendigerweise ein Austausch vor allem des administrativen Personals stattfand. In ähnlicher Weise spricht Stolleis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar von einem „Zivilisationsbruch“,<sup>61</sup> allerdings habe es „[i]m Übrigen [...] in der Gesellschaft, in Administration und Staat mehr Kontinuität als Brüche [gegeben], sodass die Metapher der ‚Stunde Null‘ nur zu einem kleinen Teil [zutrifft]“.<sup>62</sup> Die hohe personelle Kontinuität, die durch unsere Auswertungen zur Tiefe der Elitenzirkulation empirisch bestätigt und spezifiziert wird, lässt sich mindestens zum Teil durch wahrgenommene Notwendigkeiten erklären: Trotz des unterschiedlichen Aufbaus administrativer Strukturen in den vier Besatzungszonen zeigte sich schnell, dass eine funktionsfähige Verwaltung nicht aufzubauen war, wenn auf jegliches verwaltungserfahrenes Personal mit einer Verbindung zum NS-Regime – entweder durch eine Parteimitgliedschaft oder -tätigkeit oder eine Position in der NS-Verwaltung – verzichtet werden würde, was letztlich eine Wiedereinsetzung entsprechender Personen notwendig machte.<sup>63</sup> Die Belastung der Personen wurde dabei häufig nur sehr oberflächlich geprüft,<sup>64</sup> in vielen Fällen zeigte sich viel eher ein „praktizierte[r] politische[r] Legalitätsalibismus“.<sup>65</sup> Als Experten in die Nachkriegsverwaltung übernommen wurden vor allem – aber längst nicht ausschließlich – Personen, die zur Zeit des Nationalsozialismus in technischen oder für Infrastrukturen zuständigen Ressorts gearbeitet hatten.

Als unproblematisch wurden dabei vor allem Personen wahrgenommen, die zwar während des NS-Regimes (Leitungs-)Positionen in der öffentlichen Verwaltung innegehabt hatten, aber darüber hinaus kaum offen politisch engagiert waren. In einem

---

58 Vgl. auch Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 133–134.

59 Bracher/Sauer/Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 507; Christiane Kuller: *Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus 1)*, München 2013.

60 Münzel, *Neubeginn und Kontinuitäten*, S. 495.

61 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 130.

62 Stolleis, *Öffentliches Recht in Deutschland*, S. 130.

63 Jan Foitzik: *Sowjetische Ordnungspolitik und deutsche Ordnungsambition*, in: Jan Foitzik (Hg.): *Sowjetische Kommandaturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR*, Berlin 2015, S. 99–254, hier S. 231; Giessing, *Deutsche Eliten im 20. Jahrhundert*, S. 152; Klaus Schroeder: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998.

64 Nikita W. Petrow: *Die sowjetische Besatzungsverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands*, in: Jan Foitzik (Hg.): *Sowjetische Kommandaturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR*, Berlin 2015, S. 33–97, hier S. 44.

65 Foitzik, *Sowjetische Ordnungspolitik und deutsche Ordnungsambition*, S. 251.

solchen Fall erfolgte eine Konzentration auf die fachliche Expertise. Dies betrifft beispielsweise Herrmann Giess: Er war während der gesamten NS-Zeit als Abteilungsleiter im Reichspostministerium tätig, hatte jedoch auch schon zur Zeit der Weimarer Republik im Reichspostministerium gearbeitet. Mit diesem Hintergrund nahm er ab 1945 in der britischen Besatzungszone eine einem Staatssekretär entsprechende Position ein, um das Postsystem wiederaufzubauen. In der Nachkriegsverwaltung waren mehrere Personen vertreten, die zuvor leitende Positionen im Reichsverkehrsministerium innegehabt hatten. Dies trifft zum Beispiel auf Gustav Dilli zu, der nach einer kurzen Zeit als Leiter der Reichsverkehrsdirektion Kiew in den Jahren 1942 bis 1945 als Abteilungsleiter für Eisenbahnbetrieb im Reichsverkehrsministerium eingesetzt war und dort an der Organisation der Sonderzüge für Deportationen beteiligt war. Nach 1945 war er Vizepräsident der Bundesbahn. Eine ähnliche Karriereentwicklung durchlief Max Leibbrand: Im Februar 1942 übernahm er die Leitung der Betriebs- und Bauabteilung im Reichsverkehrsministerium, in deren Verantwortung unter anderem die Organisation und Planung der Deportationszüge fiel. Leibbrand trat 1937 der NSDAP bei und sprach sich öffentlich für das System und die Ideologie des Nationalsozialismus aus. Auch Leibbrand war nach 1945 Leiter der Reichsbahn-Generaldirektion für die britische Besatzungszone. Diese Fälle zeigen, dass bereits in der Besatzungszeit ein Muster etabliert wurde, welches sich später in der Bundesrepublik – wie unsere Ressortauswertung in Kapitel 6.3.3 zeigt – fortsetzte: Im technischen und als eher unpolitisch wahrgenommen Bereich, namentlich im Verkehrsministerium und im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, waren die personellen Kontinuitäten zur NS-Verwaltung, aber auch zur Verwaltung der Weimarer Republik, besonders hoch. Nach Gründung der Bundesrepublik kam es dennoch zumindest zu einem „Teilbruch“ mit der Besatzungszeit: Personen sollten aus dortigen Vorgängerbehörden nicht ungeprüft übernommen werden, sodass es nur zu einer partiellen Übernahme von Personal in Leitungspositionen (Referatsleitung aufwärts) der Ministerien kam.<sup>66</sup>

Abschließend soll noch eine methodische Anmerkung zu den in diesem Buch verwendeten Daten gemacht werden: Insgesamt ist es eine Limitation des PAE-proso-Datensatzes, dass sich die Konsequenzen des Systemumbruchs auf die politischen und administrativen Eliten direkt nach dem Ende des Nationalsozialismus mit dem hier verwendeten Ansatz nicht eindeutig erfassen lassen. Dies liegt in den sich in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre in den Besatzungszonen entwickelnden politischen und administrativen Strukturen begründet, in denen klassische politische und Verwaltungseliten mit dem Positionsansatz nur schwer auszumachen sind. Der PAE-proso-Datensatz enthält daher für die Besatzungszeit keine Daten zu Ministerialeliten, die als Gesamtgruppe direkt mit den Auswertungen der anderen Erhebungszeitpunkte verglichen werden könnten.

---

66 Kießling, Landwirtschaftsministerium und Agrarpolitik in der alten Bundesrepublik, S. 418.

## 7. Berufsbiografien politisch-administrativer Eliten

Da der Schwerpunkt des Erkenntnisinteresses dieses Buches auf der Analyse von Kontinuitäten und Diskontinuitäten mit Fokus auf die Karrieren der politisch-administrativen Eliten liegt, widmet sich dieses Kapitel den Berufsbiografien und versucht, Entwicklungslinien und Veränderungen der Karrieren beider Teileliten im Detail nachzuvollziehen. Zum besseren Verständnis der teils recht komplexen und abstrakten Abbildungen und Ergebnisdarstellungen wird nachfolgend zunächst erläutert, wie Karrieren in dieser Studie erhoben und gemessen wurden.

### 7.1. Operationalisierung von Karrieren

Aus der Analyse der Berufsbiografie einer Person vor ihrem Eliteeintritt lassen sich Karrieremuster herleiten. Die Muster ergeben sich aus der Zuordnung der beruflichen Positionen zu Sektoren sowie aus der Erfassung der Zeit, die eine Person in den verschiedenen Sektoren gearbeitet hat. Im Rahmen unserer Datenerhebung wurden folgende Sektoren unterschieden (siehe Codebuch im Anhang): Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche, Verbände, Öffentliche Sicherheit, Justiz, Kultur, Bildung, Gesundheit, Medien. Der Sektor Politik wurde in „Politik mit Mandat“ und „Politik ohne Mandat“ aufgegliedert.<sup>1</sup> Für die Berechnung der Dauer einer Sektorzugehörigkeit wurde die Dauer aller hauptberuflichen Positionen einer Person im jeweiligen Sektor addiert (in Monaten). Die Anzahl und zeitliche Folge von Positionswechseln innerhalb und zwischen Sektoren ist – wenngleich diese im PAE-proso-Datensatz erfasst ist und zukünftig ausgewertet werden könnte – für die Analysen in diesem Kapitel nicht relevant. Der Fokus liegt hier vielmehr auf der Sozialisation innerhalb eines Sektors sowie auf dem Erwerb sektorspezifischer Kenntnisse und Fähigkeiten.

Für die verschiedenen Zeiten und Elitengruppen werden in diesem Kapitel unterschiedliche Auswertungen durchgeführt. Erstens wird der Sektor der letzten Vorposition vor dem Eintritt in eine Eliteposition (zur Definition von Elitepositionen und Vorpositionen in unserer Untersuchung siehe Kapitel 3 und Codebuch im Anhang) dargestellt. Zweitens werden die Karrieremuster ausgewertet. Diese Analyse stützt sich weitgehend auf die etablierte Differenzierung von Karrieren nach Hans-Ulrich Derlien.<sup>2</sup> Allerdings weicht die hier verwendete Operationalisierung etwas von

---

1 Zum Bereich „Politik mit Mandat“ gehören Parlamentsmitglieder und Exekutivpolitiker:innen. Zum Bereich „Politik ohne Mandat“ gehören beispielsweise hauptberufliche Parteiangestellte, Fraktionsmitarbeiter:innen und persönliche Mitarbeiter:innen von Abgeordneten. Diese Differenzierung wird in diesem Kapitel nicht genutzt, spielt aber für die Auswertungen in Kapitel 8 eine Rolle.

2 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik.

Derlien ab (siehe Tab. 13). Neben den Karrieremustern wird drittens mit Blick auf die gesamte Karriere vor Eliteeintritt analysiert, in welchen Sektoren Vorpositionen vorliegen. Für die Verwaltungselite wird darüber hinaus dargestellt, inwiefern die Spitzenbeamten zuvor in Landes- oder Kommunalverwaltungen tätig waren. Schließlich wird für die verschiedenen Untersuchungszeiträume analysiert, welche Positionen die Elitemitglieder nach ihrem Austritt aus der Elite einnahmen (Nachpositionen).

Tabelle 13: Karrieretypen

<b>Karrieretypen Exekutivpolitiker:innen</b>	<b>Beschreibung</b>
reine Politikkarriere	die Person hat ihre Karriere bis zum Eliteeintritt ausschließlich im Sektor Politik verbracht
Politikkarriere	die Person hat ihre Karriere bis zum Eliteeintritt im Sektor Politik verbracht, hat aber mindestens eine Vorposition in einem anderen Sektor und insgesamt weniger als vier Jahre außerhalb des Sektors Politik gearbeitet
Mischkarriere Politik	die Person hat mindestens eine Vorposition im Sektor Politik, aber auch vier oder mehr Jahre außerhalb des Sektors Politik gearbeitet
Seiteneinsteigerkarriere Politik	alle Vorpositionen waren außerhalb des Sektors Politik
<b>Karrieretypen Spitzenbeamten:innen</b>	<b>Beschreibung</b>
reine Verwaltungskarriere	die Person hat ihre Karriere bis zum Eliteeintritt ausschließlich im Sektor Verwaltung verbracht
Verwaltungskarriere	die Person hat ihre Karriere bis zum Eliteeintritt im Sektor Verwaltung verbracht, hat aber mindestens eine Vorposition in einem anderen Sektor und insgesamt weniger als vier Jahre außerhalb des Sektors Verwaltung gearbeitet
Mischkarriere Verwaltung	die Person hat mindestens eine Vorposition im Sektor Verwaltung, aber auch vier oder mehr Jahre außerhalb des Sektors Verwaltung gearbeitet
Seiteneinsteigerkarriere Verwaltung	alle Vorpositionen waren außerhalb des Sektors Verwaltung

## 7.2. Verwaltungskarrieren im Kaiserreich

Zu Beginn des Kaiserreichs bestand die Beamtenschaft überwiegend aus Personen, die aus der preußischen Verwaltung übernommen worden waren. Die höhere Beamtenschaft des Kaiserreiches zeichnete sich daher zunächst – wie in Kapitel 5 genauer beschrieben – durch eine „klare politisch-soziale Homogenität“<sup>3</sup> aus. Zwischen 1871 und 1918 bauten Reichskanzler Otto von Bismarck und seine Nachfolger die Reichsämter stetig aus, wodurch der Bedarf an neuem Personal wuchs. Die Anzahl der Beamten in den Reichsämtern stieg in dieser Zeit mit einem im Vergleich zur nachgeordneten Verwaltung, zur Post und zur Bahn „überproportionalen Wachstum“<sup>4</sup> um 75 Prozent an.<sup>5</sup> Die Homogenität der Beamtenschaft blieb auch in dieser Phase des Wachstums erhalten.

Deutlich mehr als drei Viertel der Spitzenbeamten des Kaiserreiches (78,6 Prozent<sup>6</sup>) übten bereits direkt vor der Übernahme ihrer ersten Eliteposition eine Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung, häufig in einem Reichsamt, aus. Diejenigen Spitzenbeamten, die nicht aus der inneren Verwaltung rekrutiert wurden, kamen ebenfalls aus dem öffentlichen Sektor und hatten vor Antritt ihrer Eliteposition entweder eine militärische Position inne (sieben Personen, 16,7 Prozent) oder waren Richter (zwei Personen, 4,8 Prozent).<sup>7</sup> Beim Eintritt in die administrative Elite zeigt sich somit eine geringe Mobilität zwischen verschiedenen Sektoren (siehe Abb. 24).

Die Dominanz von Verwaltungskarrieren bestätigt sich auch bei der Betrachtung der Gesamtkarriere der Elitemitglieder (zur Operationalisierung siehe Kap. 7.1). Die Mehrheit der Spitzenbeamten des Kaiserreiches, deren Berufsbiografie nachgezeichnet werden kann, hat ihre Karriere ganz oder teilweise in der öffentlichen Verwaltung verbracht. 38,1 Prozent können als „reine Verwaltungskarrieren“ klassifiziert werden, und weitere 23,8 Prozent sind Verwaltungskarrieren, die überwiegend in der öffentlichen Verwaltung verbracht wurden und weniger als vier Jahre Tätigkeiten in anderen Sektoren umfassen („Verwaltungskarrieren“, siehe Tab. 13). Auch Reichskanzler von Bethmann Hollweg absolvierte vor seinem Amtsantritt eine Karriere in der Verwaltung. Eine Mischkarriere mit Verwaltungsanteilen („Mischkarriere Verwaltung“, siehe Tab. 13) liegt bei 19 Prozent der Spitzenbeamten des Jahres 1913 vor. Weitere 19 Prozent sind Seiteneinsteiger. Von den Seiteneinsteigern stammen die allermeisten aus dem Bereich des Militärs. Zwei weitere Personen hatten vor ihrem Eliteeintritt zudem eine Karriere im Sektor Justiz absolviert. Betrachtet man die einzelnen Vor-

---

3 Conze, »Ich schwöre Treue ...«, S. 45.

4 Conze, »Ich schwöre Treue ...«, S. 44.

5 Hans Hattenhauer/Walter Wiese: Geschichte des deutschen Beamtentums (Handbuch des öffentlichen Dienstes 1), Köln 1993.

6 Die prozentualen Werte beziehen sich auf alle Spitzenbeamten des Untersuchungszeitpunktes 1913, für welche die Position, die sie unmittelbar vor Antritt ihrer Eliteposition innehatten, bekannt ist. Bei 13 Personen ist nicht bekannt, welche Position sie vor ihrem Eintritt in die administrative Elite innehatten.

7 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite im Kaiserreich am 1. September 1913, S. 12.

positionen, so hat ein reichliches Drittel (35,7 Prozent) der 42 Spitzenbeamten, deren Berufsbiografie bekannt ist, mindestens eine Vorposition im Sektor Justiz vorzuweisen. 31 Prozent haben ihren Berufsweg ganz oder teilweise beim Militär verbracht. Vorpositionen in den Sektoren Verbände, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kirche, Kultur, Wirtschaft oder Medien sind hingegen für keinen einzigen Fall dokumentiert.

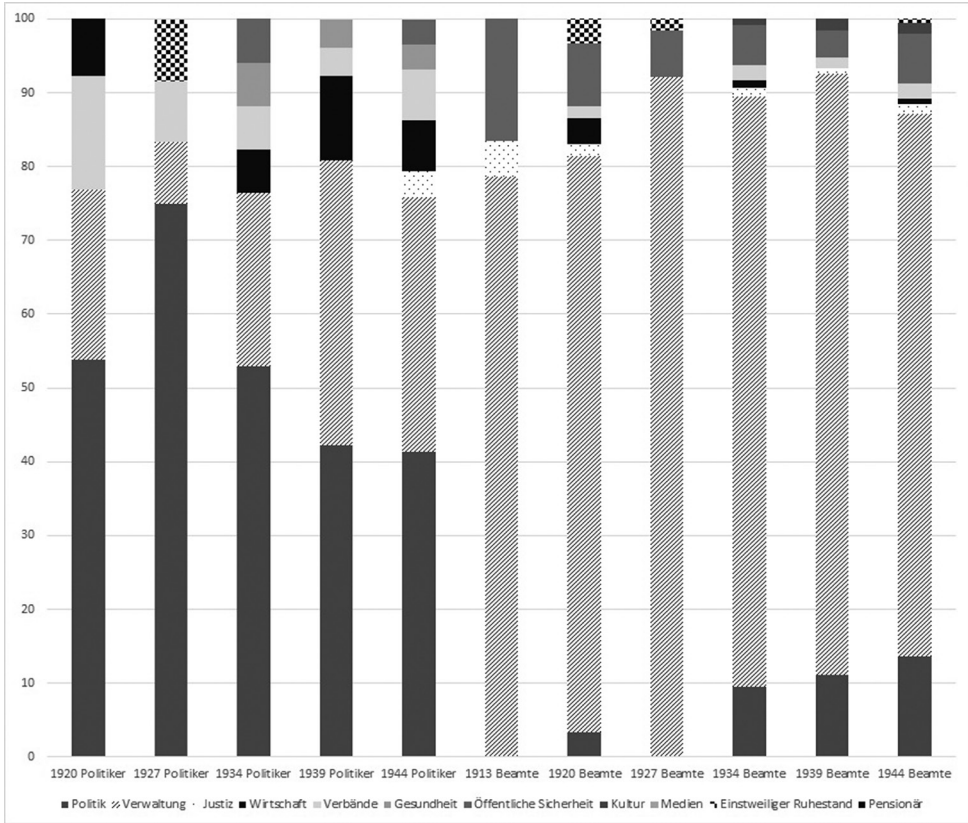
Die aus der Literatur bereits bekannte Dominanz Preußens spiegelt sich auch in unseren Daten wieder. Bei einer Auswertung der Dienstherrn in den Vorpositionen dominiert seitens der Bundesgliedstaaten das auch einwohnermäßig klar dominierende Preußen: 47,6 Prozent der Spitzenbeamten der 1913er Kohorte, deren Berufsbiografie bekannt ist, waren in einer oder mehreren Vorpositionen in der preußischen Landesverwaltung tätig. Förderlich war hierfür sicherlich auch, dass Berlin nicht nur Reichshauptstadt, sondern auch Preußens Hauptstadt und damit Sitz zahlreicher preußischer Behörden war. Neben Preußen ist nur das Reichsland Elsass-Lothringen nennenswert vertreten: 11,9 Prozent der Spitzenbeamten des Jahres 1913 hatten hier mindestens eine Vorposition. Andere große Gliedstaaten wie Bayern, Württemberg, Sachsen, Hessen, Hamburg oder Baden spielten als Rekrutierungspool für die Verwaltungselite auf Reichsebene keine oder kaum eine Rolle. In der 1913er Kohorte tauchen jedoch zumindest Sachsen und Württemberg als vorheriger Dienstherr für jeweils einen Fall auf.

Vorpositionen auf kommunaler Ebene kommen selten vor. Insgesamt haben rund 60 Prozent der Spitzenbeamten des Kaiserreichs berufliche Vorerfahrung in einer Verwaltung auf Landesebene beziehungsweise auf Ebene der Gliedstaaten – dem gegenüber stehen 81 Prozent mit beruflicher Vorerfahrung in einem Reichsamt und nur rund 14 Prozent mit beruflicher Vorerfahrung in der Verwaltung einer Kommune. Die Karrieren der Spitzenbeamten des Kaiserreichs umfassen nicht selten einen Ebenenwechsel von der Landes- zur Reichsebene (40,5 Prozent der Fälle). Ebenenwechsel zwischen allen drei Verwaltungsebenen (Kommune, Land und Reichsebene) sind mit 7,1 Prozent seltener, ebenso wie Karrieren, die Vorpositionen auf kommunaler Ebene und Reichsebene, aber nicht auf Landesebene umfassen (ebenfalls 7,1 Prozent).

### **7.3. Karrieren politischer und administrativer Eliten in der Weimarer Republik**

Bei einer Analyse der Vorposition 1 (siehe Kap. 3.2), also derjenigen Positionen, welche die Elitemitglieder direkt vor ihrem Eintritt in die erste Eliteposition innehatten (im Folgenden als „letzte Vorposition“ bezeichnet), zeigt sich Folgendes: Von den Exekutivpolitikern der 1920er Kohorte hatte reichlich die Hälfte ihre letzte Vorposition in der Politik, gefolgt von einem knappen Viertel, die ihre letzte Vorposition in der Verwaltung hatten. 1927 verändert sich dieses Bild zugunsten des Sektors Politik: 75 Prozent der Exekutivpolitiker hatten nun ihre letzte Vorposition im Sektor Politik. In der Verwaltungselite ist eine letzte Vorposition in der öffentlichen Verwaltung mit Abstand am häufigsten vertreten. Dies betrifft mehr als drei Viertel der Spitzenbeamten des Jahres 1920 und über 90 Prozent der Spitzenbeamten des Jahres 1927. Der Eintritt in eine Eliteposition in der Verwaltung erfolgte in der Weimarer Republik also durch

Abb. 24 Sektor der letzten Vorposition 1913 bis 1944



Quelle: PAE-proso-Datensatz

einen vertikalen Wechsel innerhalb des Verwaltungssektors und nicht durch einen Quereinstieg aus einem anderen Sektor (zum Beispiel Verbände, Justiz oder Militär). Dies trifft auch für die Politiker zu: Auch diese wurden vor allem aus dem gleichen Sektor rekrutiert (siehe Abb. 1).

Quereinsteiger gibt es vereinzelt in beiden Gruppen: Im Stichjahr 1920 waren drei Politiker zuvor in der Verwaltung und zwei Personen zuvor bei einem Verband tätig. Hinzu kommt eine Person, die bereits kurzzeitig pensioniert gewesen war (Wilhelm Groener). In der Gruppe der Spitzenbeamten wechselten zwei Personen aus der Politik in eine administrative Eliteposition, fünf Personen kamen aus dem Militär, jeweils zwei Personen wechselten aus der Wirtschaft in die Verwaltungselite oder wurden aus dem Ruhestand zurückgerufen, jeweils eine Person (1,7 Prozent) arbeitete zuvor im Sektor Justiz beziehungsweise Verbände. Im Stichjahr 1927 wurden drei der zwölf Politiker nicht direkt aus dem Sektor Politik rekrutiert (jeweils eine Person aus den Sektoren Verwaltung und Kirche und eine Person aus dem einstweiligen Ruhestand).

Von den 64 Spitzenbeamten der 1927er Kohorte, deren letzte Vorposition bekannt ist, wurden 59 aus der öffentlichen Verwaltung rekrutiert, eine Person wurde aus dem einstweiligen Ruhestand geholt, und vier Personen kamen aus dem Sektor Öffentliche Sicherheit.<sup>8</sup> Insgesamt war die sektorinterne Rekrutierung somit 1927 noch etwas stärker ausgeprägt als 1920.

Ein Beispiel für einen der wenigen Quereinsteiger in eine Spitzenposition der Verwaltung der Weimarer Republik ist Paul Beusch. Der 1883 in Eßfeld geborene Beusch war vor seinem Eintritt in das Reichsfinanzministerium im Jahr 1919 im Sektor Verbände tätig gewesen. Nach seiner Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften in München wirkte Beusch von 1907 bis 1919 in einem sozialreformerischen und katholischen Interessenverband, der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach, als Dezernent für Finanz- und Wirtschaftspolitik. In dieser Zeit sammelte Beusch nicht nur einschlägige berufliche Erfahrungen im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik, sondern hatte sich auch publizistisch tiefgehend mit den Themen der Reichsfinanzen und -wirtschaft sowie Steuern auseinandergesetzt und sich durch diese Faktoren für seine Stelle im Reichsfinanzministerium exponieren können.<sup>9</sup> Mit großer Sicherheit kann zudem von einer jahrelangen Festigung wichtiger politisch-katholischer Netzwerke in dem der Zentrumsparterie nahestehenden Volksverein für das katholische Deutschland ausgegangen werden.<sup>10</sup>

Die These der Relevanz dieser Netzwerke verfestigt sich dadurch, dass Beusch 1919 unter dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger in das Reichsfinanzministerium geholt wurde und auch Heinrich Brauns als ehemaliger Volksvereinskollege von Beusch in der 1920er Elite auftaucht. Heinrich Brauns war ebenfalls Quereinsteiger aus dem Sektor Verbände – nachdem er ab 1900 in verschiedenen Positionen und ab 1903 schließlich als Direktor der Organisationsabteilung und der Volkswirtschaftlichen Kurse in der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach tätig war, trat er 1920 in die politische Elite der Weimarer Republik ein.<sup>11</sup> Von 1920 bis 1928 war Brauns Reichsarbeitsminister sowie von 1925 bis 1926 zugleich Minister für die besetzten Gebiete.

Betrachtet man die Gesamtkarriere, zeigen sich ähnliche Muster. Die Karrieren der Exekutivpolitiker in der Weimarer Republik sind Mischkarrieren (1920: acht von 13 Personen; 1927: neun von zwölf Personen) zwischen dem Sektor Politik und einem anderen Sektor oder Seiteneinsteigerkarrieren (1920: fünf von 13 Personen, 1927: drei von zwölf Personen). Reine Politikkarrieren und Politikkarrieren mit weniger als vier Jahren Arbeitserfahrung in einem anderen Sektor kommen nicht vor. Besonders ver-

---

8 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1927, S. 14.

9 Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordnete auf Basis der Parlamentsalmanache/Reichshandbücher 1867–1938, vgl. <https://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de/select.html?pnd=129870153> (aufgerufen am 25.1.2024).

10 Gotthard Klein: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 75), Paderborn/München/Wien/Zürich 1996.

11 Vgl. [https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrag/kap1\\_2/para2\\_291.html](https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrag/kap1_2/para2_291.html) (aufgerufen am 25.1.2024).

breitet sind sowohl in der 1920er Kohorte als auch in der 1927er Kohorte Vorpositionen in Verwaltung, Justiz, Verbänden, Wirtschaft und Militär.

Bei den Spitzenbeamten der Weimarer Republik zeigt sich bei der Betrachtung der Gesamtkarriere vor Eliteeintritt wiederum die bereits im Kaiserreich übliche Dominanz verwaltungsinterner Karrieren, wobei das Bild für die 1920er Kohorte durch den Ersten Weltkrieg etwas gemischter ist als die Ergebnisse für die 1927er Kohorte. Von den 59 Spitzenbeamten der 1920er Kohorte in der Weimarer Republik, deren Berufsbiografie bekannt ist, hatten 35,6 Prozent eine reine Verwaltungskarriere hinter sich und weitere 18,6 Prozent hatten eine Verwaltungskarriere absolviert, die für weniger als vier Jahre durch Tätigkeiten in mindestens einem anderen Sektor ergänzt wurde. Mischkarrieren zwischen der Verwaltung und einem anderen Sektor weisen ein Drittel der Spitzenbeamten 1920 auf, rund zwölf Prozent sind Seiteneinsteiger. Das bedeutet, dass 88 Prozent bereits zuvor, häufig über eine lange Zeit, in der Verwaltung gearbeitet hatten. Berufliche Erfahrungen in anderen Sektoren wurden, wenn überhaupt vorhanden, häufig im Sektor Justiz gesammelt (rund ein Drittel). 13,6 Prozent der Spitzenbeamten des Jahres 1920 hatten mindestens eine Vorposition im Sektor Wirtschaft, 5,1 Prozent im Sektor Verbände, je 3,4 Prozent mindestens eine Vorposition im Sektor Medien, Wissenschaft beziehungsweise Politik und 1,7 Prozent mindestens eine Vorposition im Sektor Bildung. Vorpositionen in den Sektoren Gesundheit, Kirche oder Kultur kommen gar nicht vor. Vorpositionen im Militär sind aufgrund des Ersten Weltkrieges recht weit verbreitet. In der 1927er Kohorte gibt es nur 4,6 Prozent Seiteneinsteiger, alle anderen Spitzenbeamten haben – oft langjährige – Verwaltungserfahrung (siehe Abb. 28). Vorpositionen in anderen Sektoren kommen bei den Spitzenbeamten 1927 nur im Bereich des Militärs und im Justizbereich in größerer Anzahl vor.

Unter die Spitzenbeamten mit einer Verwaltungskarriere fällt beispielsweise Hermann Rettig. Hermann Rettig hatte von 1920 bis 1938 die Position eines Abteilungsleiters im Reichsarbeitsministerium inne. Nachdem Rettig im Jahr 1897 sein Assessorexamen absolviert hatte, trat er 1907 erst in den Bayerischen Staatsverwaltungsdienst ein und wechselte 1907 in den Reichsdienst. Zwischen 1907 und 1920 war Rettig als Regierungsrat und Geheimer Regierungsrat im Reichsversicherungsamt tätig und wechselte anschließend ins Reichsarbeitsministerium. Ab 1923 war Rettig Abteilungsleiter im Reichsarbeitsministerium. Rettig verblieb 15 Jahre in dieser Position. Im Alter von 66 Jahren wurde er im September 1938 schließlich pensioniert.<sup>12</sup> Hermann Rettig wurde in seiner Verwaltungskarriere für das Deutsche Kaiserreich, die Weimarer Republik und die Nationalsozialisten tätig, wobei er in den beiden letztgenannten Systemen in der administrativen Elite als Abteilungsleiter aktiv war.

Wie das Beispiel Rettigs zeigt, sind Verwaltungskarrieren nicht notwendigerweise Karrieren, die allein in Behörden auf zentralstaatlicher Ebene stattfinden. In nicht wenigen Fällen finden im Laufe der Karriere auch Ebenenwechsel statt – Rettig wechselte

---

12 Vgl. <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/Biografien/Hermann-Rettig> (aufgerufen am 24.1.2024).

beispielsweise von der Bayerischen Staatsverwaltung in den Reichsdienst. Fanden solche Wechsel im Kaiserreich noch vor allem zwischen der Preußischen Verwaltung und der Reichsverwaltung statt, so wird das Bild in der Weimarer Republik etwas bunter – nun finden sich vereinzelt auch Personen in der Verwaltungselite, die vorher beispielsweise im Bayrischen, Württembergischen, Badischen oder Hessischen Landesdienst waren. Wie bereits im Kaiserreich, ist auch Elsass-Lothringen in gewissem Umfang vertreten. Preußen dominiert allerdings weiterhin stark – 59,3 Prozent der Spitzenbeamten 1920 und 55,4 Prozent der Spitzenbeamten 1927 hatten zuvor in der Preußischen Landesverwaltung gearbeitet.<sup>13</sup> Insgesamt haben 1920 76 Prozent und 1927 80 Prozent der Spitzenbeamten vorherige Arbeitserfahrung in einer Landesverwaltung gesammelt. Arbeitserfahrung in einer Kommunalverwaltung besaßen 1920 rund 15 Prozent und 1927 rund zwölf Prozent der Spitzenbeamten. Typische Rekrutierungsmuster zwischen den Ebenen bleiben im Vergleich zum Kaiserreich erhalten: Ebenenwechsel von einer Landesverwaltung in die Reichsverwaltung kommen häufig vor (1920: 50,8 Prozent der Spitzenbeamten; 1927: 71 Prozent der Spitzenbeamten), während Karrieresprünge vom kommunalen Verwaltungsdienst in die Reichsverwaltung und Karrieren, die alle drei Verwaltungsebenen umfassen, seltener sind.

#### **7.4. Karrieren politischer und administrativer Eliten im Nationalsozialismus**

Der im Kaiserreich und in der Weimarer Republik beobachtbare Trend, dass Elitemitglieder ihre Position eher durch einen vertikalen Wechsel innerhalb eines Sektors statt durch einen horizontalen Wechsel zwischen Sektoren erreichen, schwächt sich im Nationalsozialismus ab. In der 1934er Kohorte hat zwar noch eine knappe Mehrheit der Exekutivpolitiker direkt aus einer politischen Position in die politische Elite gewechselt, für die beiden nachfolgenden Messzeitpunkte im Nationalsozialismus (1939 und 1944) trifft dies aber nur noch auf knapp über 40 Prozent der NS-Exekutivpolitiker zu. Der Anteil der NS-Exekutivpolitiker, deren letzte Vorposition in der Verwaltung lag, war im Nationalsozialismus relativ groß: 1934 betraf dies ein knappes Viertel der NS-Exekutivpolitiker, 1939 mehr als 38 Prozent und 1944 mehr als 34 Prozent. Insgesamt sind die NS-Politiker hinsichtlich ihrer Vorpositionen untereinander weniger homogen, als dies für die Exekutivpolitiker der Weimarer Republik der Fall war. Bei der Betrachtung der letzten Vorpositionen finden sich neben den Sektoren Politik und Verwaltung auch Positionen in der Justiz, dem Militär, der Wirtschaft, in Verbänden und im Gesundheitssektor (siehe Abb. 24). Hierin manifestieren sich fundamentale Unterschiede der Regime: Die nationalsozialistische Ideologie durchdrang alle Lebens- und Berufsbereiche. „Politische“ Berufserfahrungen, die auf eine Eliteposition vorbereiten können, waren nicht mehr auf klassische politische Positionen in Regierungen, Parlamenten oder Parteien beschränkt. Das Erwerben relevanter

---

13 Die Prozentangaben beziehen sich auf alle Spitzenbeamten des jeweiligen Messzeitpunktes, deren Berufsbiografie bekannt ist.

Erfahrungen, Kompetenzen und vor allem das Knüpfen der richtigen Verbindungen für den Eintritt in die politische Elite erfolgten stattdessen in diversen Berufsfeldern und Organisationskontexten.

Bei der Analyse der Vorpositionen der Verwaltungseliten im Nationalsozialismus zeigt sich eine Zunahme der Rekrutierung aus dem Sektor Politik bei einer gleichzeitig (zwischen 1939 und 1944) rückläufigen direkten Rekrutierung aus der Verwaltung (siehe Abb. 24). Die in der preußischen Tradition und im Weberianischen Sinne strikte Trennung zwischen Politik und Verwaltung löst sich hier langsam auf, Politik und Verwaltung vermischen sich zunehmend.

Für eine detaillierte Betrachtung sind vor allem solche Personen interessant, die ohne professionelle Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung in eine administrative Eliteposition gekommen sind. Bei diesen Personen kann kein vertieftes Dienstwissen vermutet werden, welches sich nur durch Arbeitserfahrung in der Verwaltung entwickelt. Wie auch bei persönlichen und bildungsbezogenen Merkmalen zeigt sich im Verlauf des Nationalsozialismus, dass das Kriterium Verwaltungserfahrung teils von (partei-)politischer Erfahrung und einer starken Ideologisierung überlagert wird (siehe auch Kap. 8). Als Beispiel kann Artur Axmann angeführt werden. Der 1913 in Berlin geborene Axmann war ab 1928 Mitglied der Hitlerjugend und wurde 1931 Mitglied der NSDAP. 1932 wurde er in die Reichsleitung der Hitlerjugend berufen und wurde im Mai 1933 Gebietsführer und Leiter des „Sozialen Amtes der Reichsjugendführung“. Im August 1940, mit 27 Jahren, folgte seine Berufung in das Amt des Reichsjugendführers.<sup>14</sup> Ein anderes Beispiel ist Joseph Roth. Im Gegensatz zu vielen anderen späteren Elitemitgliedern war der 1897 in München geborene Roth, ab 1936 Abteilungsleiter im Ministerium für Kirchliche Angelegenheiten, zwar kein frühes Mitglied der NSDAP (er trat 1937 in die Partei ein),<sup>15</sup> setzte sich aber sehr stark für die nationalsozialistische Ideologie ein und pflegte schon früh Kontakte zur NSDAP.<sup>16</sup> Der Theologe hatte bereits in den 1920er Jahren Kontakte zu völkischen und antisemitischen Kreisen<sup>17</sup> und verfasste 1923 die Broschüre „Katholizismus und Judenfrage“.<sup>18</sup> Er verband darin die Ideologie der Volksgemeinschaft mit religiösen und theologischen Aussagen. „Als Autor und Prediger trommelte er unermüdlich für die NS-Bewegung, ihre antidemokratische Haltung, ihren Revanchismus und ihren Antisemitismus“, konstatieren Andreas Holzem und Antonia Leugers mit Blick auf die Lebensgeschichte von Roth und folgern: „Nach dem Januar 1933 sollte sich das für ihn auszahlen.“<sup>19</sup>

---

14 Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich: wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2011, S. 510.

15 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-II/849181 ausgewertet.

16 Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, S. 510; Andreas Holzem/Antonia Leugers: Krieg und Frieden in München 1914–1939. Topografie eines Diskurses: Darstellung und Dokumente, Paderborn 2021.

17 Georg Denzler: Widerstand ist nicht das richtige Wort. Katholische Priester. Bischöfe und Theologen im Dritten Reich, Zürich 2003.

18 Johann Roth: Katholizismus und Judenfrage, München 1923.

19 Holzem/Leugers, Krieg und Frieden in München 1914–1939, S. 455.

Ein drittes Beispiel ist Franz Hayler. Nach seinem freiwilligen Militäreinsatz im Ersten Weltkrieg begann der 1900 in Schwarzenfeld in Bayern geborene Hayler 1919 ein Studium der Staatswissenschaften in München, welches er 1927 mit einer Promotion abschloss. Während seines Studiums beteiligte sich Hayler als Freikorpskämpfer unter anderem an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik und war 1923 am Hitlerputsch beteiligt.<sup>20</sup> Als frühes NSDAP-Mitglied und langjähriges Mitglied der SS gehörte Hayler zu den „Alten Kämpfern“. Hayler wurde 1942 Mitglied des Reichstags und übernahm im November 1943 ohne vorherige Verwaltungserfahrung das Amt des Staatssekretärs und Vertreters des Ministers im Reichswirtschaftsministerium.<sup>21</sup>

Bei den Analysen der gesamten Karriere der Elitemitglieder vor ihrem Eintritt in die Elite zeigt sich für die NS-Politiker, dass sich – wie auch schon für die Weimarer Republik festgestellt – keine reinen Politikkarrieren finden lassen; stattdessen werden politische Positionen durch Berufsstationen in anderen Sektoren ergänzt. Von den NS-Politikern des Jahres 1934 hatten rund 53 Prozent eine Mischkarriere zwischen Politik und einem oder mehreren anderen Sektoren absolviert. Weitere 47 Prozent waren Seiteneinsteiger. 1939 sieht es sehr ähnlich aus: 50 Prozent haben eine Mischkarriere, und 50 Prozent sind Seiteneinsteiger. 1944 verändert sich das nicht fundamental, allerdings geht der Anteil der Seiteneinsteiger etwas zurück und liegt nun bei 41,4 Prozent. Zudem gibt es 1944 erstmals eine Person, die ihre Karriere hauptsächlich in der Politik verbracht hat. Dabei handelt es sich um den Hitler-Vertrauten Martin Bormann.<sup>22</sup> Vorpositionen haben die NS-Politiker besonders häufig im Militär, in der Verwaltung sowie in der Wirtschaft, teils aber auch in der Wissenschaft oder im Justizsektor oder – in der 1944er Kohorte – im Verbandssektor. In der 1944er Kohorte haben außerdem fünf der 29 Exekutivpolitiker eine oder mehrere Vorpositionen im Sektor Medien.

Während keiner der NS-Politiker eine reine Politikkarriere hat, gibt es zumindest unter den NS-Spitzenbeamten eine Person, deren Karriere vor Eintritt in die Verwaltungselite als Ein-Sektor-Karriere im Sektor Politik klassifiziert werden kann. Es handelt sich dabei um Wilhelm Haegert, der nach dem Abbruch seines juristischen Referendariats 1932 eine Tätigkeit als Reichspropagandaleiter der NSDAP aufnahm und bis zu seiner Ernennung als Abteilungsleiter im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hauptberuflich ausschließlich für die Partei tätig war.

In der NS-Verwaltungselite spielten rein administrative Karrieren im Vergleich zur Verwaltungselite in der Weimarer Republik eine deutlich geringere Rolle. Zu allen drei Erhebungszeitpunkten im Nationalsozialismus lag der Anteil der Verwaltungskarrieren und reinen Verwaltungskarrieren bei unter 30 Prozent aller Spitzenbeamten, während es sehr viele Mischkarrieren und auch einen über die drei Erhebungszeitpunkte hinweg zunehmenden Anteil an Seiteneinsteigern gab (siehe Abb.

---

20 Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, S. 234.

21 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-III/529565, R 9361-II/353073, R 8034-III/ 182, NS 5-VI/ 17600 und PERS 6/39327 ausgewertet.

22 Karl Buchheim: „Bormann, Martin“, in: Neue Deutsche Biographie 2 (1955), S. 465-466.

28). Vorpositionen außerhalb der Verwaltung finden sich vor allem im Militär, in der Justiz, in der Politik und in der Wirtschaft. Auffällig ist, dass der Anteil der Spitzenbeamten mit mindestens einer Vorposition im politischen Sektor im Nationalsozialismus im Zeitverlauf zunimmt (1934: 16,8 Prozent; 1939: 19,7 Prozent, 1944: 23,1 Prozent). Ein zunehmender Anteil ist auch für die Spitzenbeamten mit mindestens einer Vorposition in der Privatwirtschaft zu erkennen (1934: 14,3 Prozent; 1939: 18,2 Prozent; 1944: 26,5 Prozent). Der Anteil der Spitzenbeamten mit mindestens einer Vorposition in den Medien oder in der Wissenschaft ist geringer, steigt aber im Zeitverlauf ebenfalls an. In der Kohorte 1944 hatten 8,8 Prozent der Spitzenbeamten mindestens eine Vorposition im Sektor Medien und 7,5 Prozent im Sektor Wissenschaft. Eine gegenläufige Entwicklung gibt es für Vorpositionen im Sektor Justiz: hier geht der Anteil im Nationalsozialismus zurück – dennoch weist auch 1944 noch ein reichliches Fünftel der NS-Spitzenbeamten in diesem Sektor auf. Im Vergleich zur Weimarer Republik fällt auf, dass bei den NS-Spitzenbeamten erstmals berufliche Stationen in Sektoren vorkommen, in denen keines der Mitglieder der Verwaltungselite der Weimarer Republik tätig war: Bei der Analyse der NS-Eliten findet sich zum ersten Mal die Sektoren Kirche und Kultur. Beispielhaft für diese beiden Sektoren stehen hier der bereits erwähnte Joseph Roth sowie Heinz Drewes, deren ministerielle Tätigkeitsfelder im NS-System sich thematisch eng an den vorab für ihre Karriere charakteristischen Sektoren bewegten (Roth – Kirche, Drewes – Kultur).

Zwar gab es unter den NS-Spitzenbeamten mehr Quereinsteiger als zuvor (siehe Abb. 28), dennoch brachte die große Mehrheit der Spitzenbeamten Verwaltungserfahrung mit ins Amt. Wie schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, war diese nicht selten auf Landesebene gesammelt worden. Wie zuvor dominiert hier Preußen: Von den Spitzenbeamten des Jahres 1934 hatten mehr als 70 Prozent zu früheren Karrierezeitpunkten in der Preußischen Landesverwaltung gearbeitet. Bei den Spitzenbeamten des Jahres 1939 lag der Anteil derjenigen, die früher in der Preußischen Landesverwaltung gearbeitet hatten, immerhin noch bei 58 Prozent und 1944 bei 45 Prozent. Neben der Preußischen Landesverwaltung spielt im Nationalsozialismus vor allem die ehemalige Bayrische Landesverwaltung als Vorposition eine gewisse Rolle – allerdings liegt der Anteil hier zu allen drei Messzeitpunkten des Nationalsozialismus unter zehn Prozent und ist damit weit entfernt von den Anteilen der ehemaligen Preußischen Landesverwaltung. Kommunalerfahrung spielt, wie auch in der Weimarer Republik und im Kaiserreich, nur eine sehr geringe Rolle.

Der Eliteaustritt von Spitzenbeamten geschah innerhalb des NS-Systems zum Teil auf eigenen Antrag, allerdings handelte es sich dabei zum Teil de facto um erzwungene Rücktrittsgesuche. Ein Beispiel für einen vermutlich freiwilligen Eliteaustritt eines Mitglieds der Verwaltungselite auf eigenen Antrag ist der Verwaltungsjurist Hans Pfundtner, der im August 1943 aus Protest gegen die Ernennung Himmlers zum Reichsinnenminister zurücktrat.<sup>23</sup> Als Beispiel für ein erzwungenes Rücktritts-

---

23 Stephan Lehnstaedt: Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 54 (2006), H. 4, S. 639–972.

gesucht kann der Fall Werner von Blombergs genannt werden. Von Blomberg hatte 1938 eine ehemalige Prostituierte geheiratet und damit gegen die von ihm selbst verschärften Heiratsvorschriften für Wehrmichtsangehörige verstoßen. Infolge dieses Skandals musste er kurz darauf seinen Rücktritt einreichen.<sup>24</sup> Es gibt aber auch Fälle, in denen die Entlassung aus dem Amt offen aus politischen Gründen erfolgte. Ein Beispiel hierfür ist Karl Bömer. Dieser wurde 1941 als Leiter der Auslandspresseabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda entlassen: In der bulgarischen Botschaft in Berlin soll er im Mai 1941 bei einem Botschaftsempfang alkoholisiert Andeutungen zum bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion getätigt haben, woraufhin er angeklagt und wegen fahrlässigen Landesverrats zu drei Jahren Haft verurteilt wurde.

### 7.5. Karrieren politischer und administrativer Eliten in der Bundesrepublik

Die letzte Vorposition der Exekutivpolitiker:innen in der Bundesrepublik liegt in allen Legislaturperioden mehrheitlich im selben Sektor. Allerdings war der Anteil der Politiker, die aus einer Vorposition im politischen Sektor – meist einer Position als Bundestagsabgeordnete:r oder Mitglied einer Landesregierung<sup>25</sup> – rekrutiert wurden, in den ersten Legislaturperioden etwas geringer und pegelt sich erst ab Anfang der 1960er Jahre auf einem Niveau um die 90 Prozent ein. Schwankungen zwischen den Legislaturperioden existieren, so ist der Anteil der direkt aus dem politischen Sektor rekrutierten Politiker:innen beispielsweise zwischen LP 6 und LP 8 etwas geringer als davor und danach. Letzte Vorpositionen in der Verwaltung kommen regelmäßig vor, die Werte schwanken hier zwischen null Prozent und über sechs Prozent – mit Ausnahme der ersten beiden Legislaturperioden, in denen deutlich mehr Politiker:innen aus der Verwaltung rekrutiert wurden. Seiteneinsteiger:innen in politische Elitepositionen kamen anfangs vor allem aus den Sektoren Wirtschaft oder Verbände, während in den letzten drei betrachteten Legislaturperioden nur Seiteneinsteiger aus den Bereichen Wissenschaft/Bildung oder Gesundheit vorkommen (siehe Abb. 25).

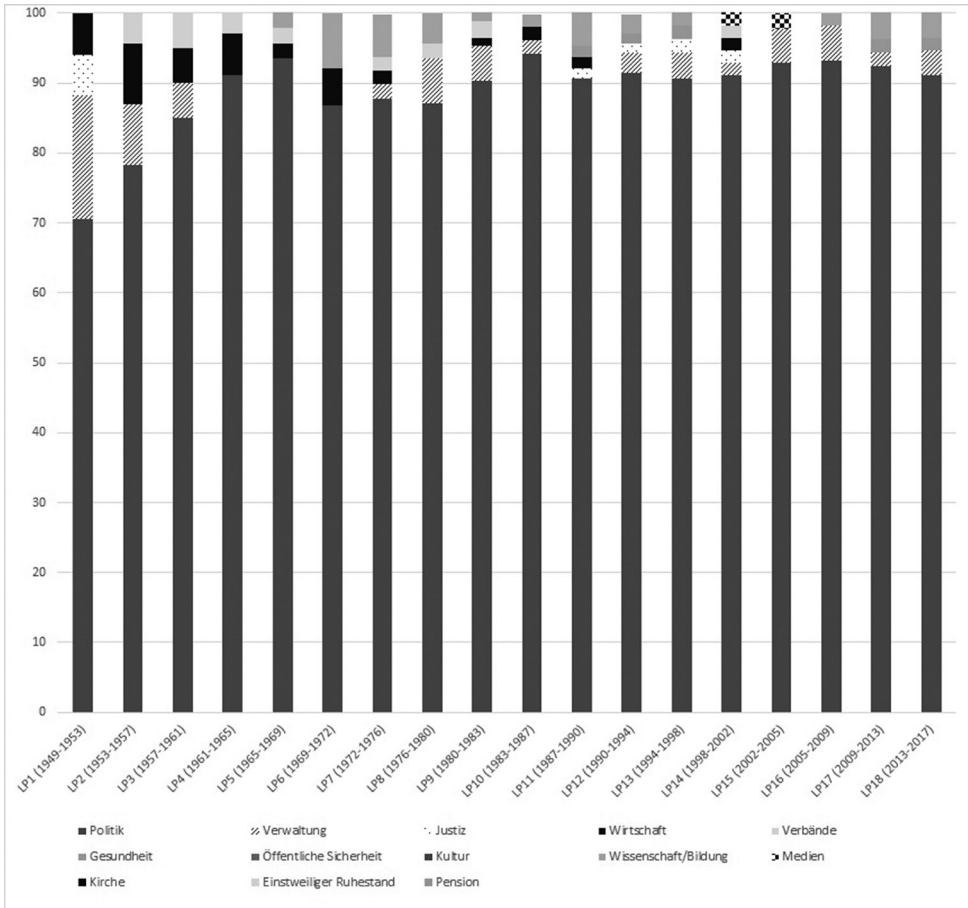
Hinsichtlich der letzten Vorposition der Spitzenbeamten:innen der Bundesrepublik ergibt sich ein recht einheitliches Bild (siehe Abb. 26). Über alle Legislaturperioden hinweg bilden letzte Vorpositionen in der Verwaltung die große Mehrheit. Letzte Vorpositionen im politischen Sektor kommen in allen Legislaturperioden in einem eher geringen Umfang vor, sind aber seit den 1980er Jahren etwas häufiger als vorher. Letzte Vorpositionen in den Sektoren Wirtschaft oder Verbände kommen ebenfalls in geringem Umfang vor und sind seit Ende der 1990er Jahre etwas häufiger als zuvor. Umgekehrt ist der Trend für den Justizsektor: dieser spielt seit den 1970er Jahren als Rekrutierungsorte kaum noch eine Rolle. Der Gesundheitssektor, der Kultursektor und die Kirchen sind als Rekrutierungsorte der bundesdeutschen Verwaltungselite

---

24 Vgl. <https://www.dhm.de/lemo/biografie/werner-von-blomberg.html> (aufgerufen am 25.1.2024).

25 Fischer/Kaiser, *Wie gewonnen, so zerronnen?*; Klaus von Beyme: *Elite Relations in Germany*, in: *German Politics* 10 (2001), H. 2, S. 19–36.

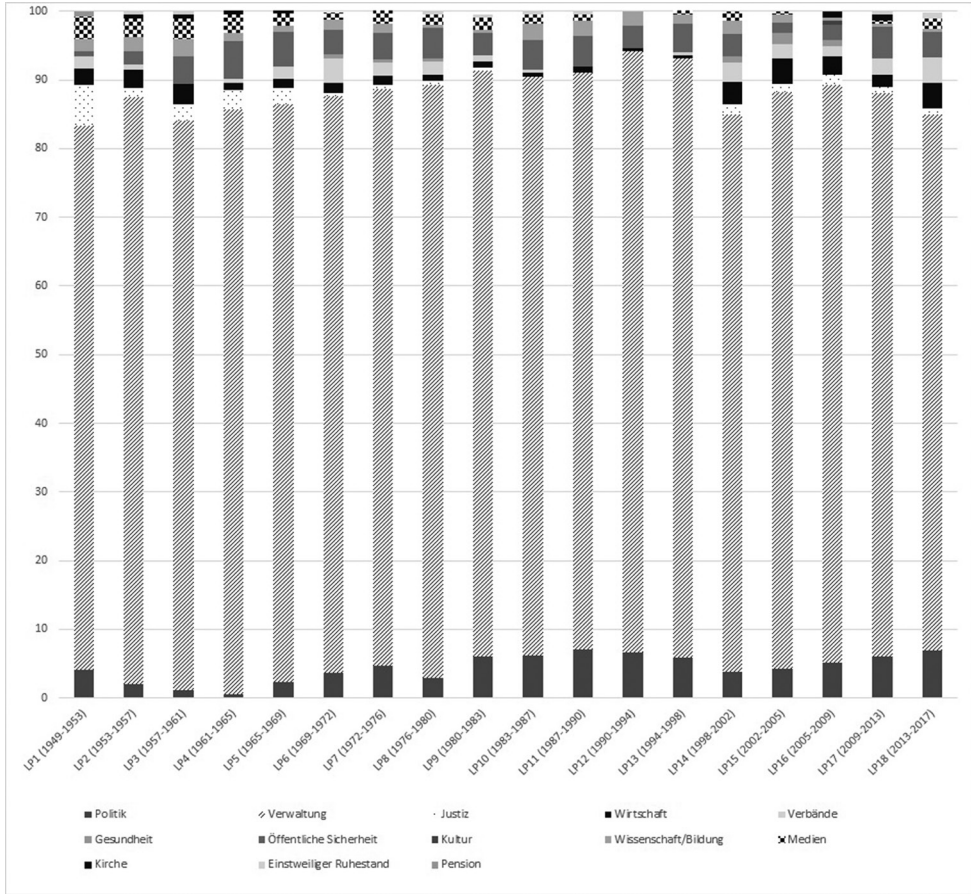
Abb. 25 Sektor der letzten Vorposition der Exekutivpolitiker:innen in der Bundesrepublik



Quelle: PAE-proso-Datensatz

irrelevant. Der Sektor Öffentliche Sicherheit (dazu gehören Militär, Polizeien und Geheimdienste) ist regelmäßiger Rekrutierungsort für rund zwei bis fünf Prozent der Spitzenbeamt:innen; eine Ausnahme hiervon bildet LP 1. In allen Legislaturperioden wurden auch einige Wissenschaftler:innen direkt aus ihren akademischen Positionen in die Verwaltungselite geholt, ihr Anteil ist insgesamt aber nur gering. Insgesamt dominiert Kontinuität – bei der Betrachtung der letzten Vorposition sind zwar inkrementelle Veränderungen erkennbar, es lassen sich aber keine abrupten Veränderungen ausmachen und auch keine starken Auf- oder Abwärtstrends bestimmter Sektoren identifizieren (siehe Abb. 26).

Abb. 26 Sektor der letzten Vorposition der Spitzenbeam:t:innen in der Bundesrepublik



Quelle: PAE-proso-Datensatz

Aufschlussreicher als die Betrachtung der letzten Vorposition ist die Analyse der Gesamtkarrieren, da diese ein vollständigeres Bild ermöglicht. Bei den bundesdeutschen Exekutivpolitiker:innen zeigt sich, dass diese zunächst überwiegend Mischkarrieren mit Positionen im politischen Sektor und Positionen in mindestens einem anderen Sektor hatten. Mehr als 20 Prozent der Exekutivpolitiker:innen in LP 1 waren zudem Seiteneinsteiger. Politikkarrieren ohne oder mit nur wenig Arbeitserfahrung in anderen Sektoren gab es in den ersten drei Legislaturperioden gar nicht. Diese traten anschließend zwar vereinzelt auf, begannen aber erst in den 1970er Jahren, sich stärker zu etablieren: Zwischen LP 7 und LP 13 stieg deren Anteil durchgängig an – in LP 13 hatten rund 38 Prozent der Exekutivpolitiker:innen eine Politikkarriere hinter sich. Damit war der Spitzenwert in unserem Datenmaterial erreicht. Anschließend

blieben die Anteile zwar stets über 30 Prozent (mit Ausnahme von LP 16, als die FDP mitregierte), blieben aber unter dem Spitzenwert von LP 13 (siehe Abb. 27).

Da Mischkarrieren unter den Politiker:innen sehr verbreitet sind, stellt sich die Frage, in welchen anderen Sektoren diese bevorzugt vor oder parallel zu ihrer politischen Karriere tätig waren. In den ersten drei Jahrzehnten der Bundesrepublik war Erfahrung in der Wirtschaft weit verbreitet – in LP 1 bis LP 6 hatten deutlich mehr als 50 Prozent der Exekutivpolitiker:innen zeitweise in der Wirtschaft gearbeitet. Auch später hatte weiterhin ein größerer Anteil der Exekutivpolitiker:innen mindestens eine Vorposition in der Wirtschaft – allerdings betraf dies in den jüngeren Legislaturperioden nur noch rund ein Viertel aller Exekutivpolitiker:innen. Weit verbreitet ist außerdem berufliche Erfahrung in der Verwaltung<sup>26</sup> – hier liegen die Werte in einigen wenigen Legislaturperioden (LP 1, LP 9 und LP 16) sogar über 40 Prozent, ansonsten schwanken sie meist zwischen 20 und 40 Prozent. Ein Grund hierfür ist, dass ein Wechsel in die hauptberufliche Politik für Bedienstete der Verwaltung besonders risikolos ist, da diese danach meist wieder in ihren Job zurückkehren können. Bis Ende der 1970er Jahre gab es sogar handfeste finanzielle Anreize, die einen solchen Wechsel noch attraktiver machten:

„Das Überwechseln in die Politik war bis Ende der siebziger Jahre besonders für Angehörige des Öffentlichen Dienstes interessant: risikolos, weil man stets auf seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren konnte, attraktiv, da man bei Mandatsübernahme in den einstweiligen Ruhestand unter Fortzahlung von zwei Dritteln der Dienstbezüge versetzt wurde und so zusammen mit Diäten hübsche Einkommen erzielen konnte. Dem hat 1975 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein Ende gemacht.“<sup>27</sup>

In diesem Urteil wurde festgestellt, dass diese materielle Privilegierung von Beamten:innen verfassungsrechtlich nicht zulässig ist,<sup>28</sup> seitdem erfolgt eine Beurlaubung ohne Bezüge, wenn Beamte ein Bundestags- oder Landtagsmandat wahrnehmen.<sup>29</sup>

In den frühen Jahren der Bundesrepublik wies zudem ein größerer Anteil der Politiker:innen Erfahrung im Sektor Justiz auf. Der Sektor Wissenschaft ist seit Anfang der 1980er Jahre besonders häufig vertreten – meist bringt seitdem zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Exekutivpolitiker:innen derartige berufliche Vorpositionen mit. Vorpositionen im Sektor Verbände waren in den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik deutlich verbreiteter, als sie es heute sind. Dafür hatten in einigen der jüngeren Legislaturperioden recht viele Exekutivpolitiker:innen einen Hintergrund im Bildungssektor als Lehrer:innen.

Für die Spitzenbeamten:innen zeigt die Analyse der Karrieremuster ganz deutlich, dass klassische Verwaltungskarrieren („reine Verwaltungskarrieren“ und „Verwaltungskarrieren“ mit nur kurzer Berufstätigkeit außerhalb der Verwaltung, siehe Tab.

---

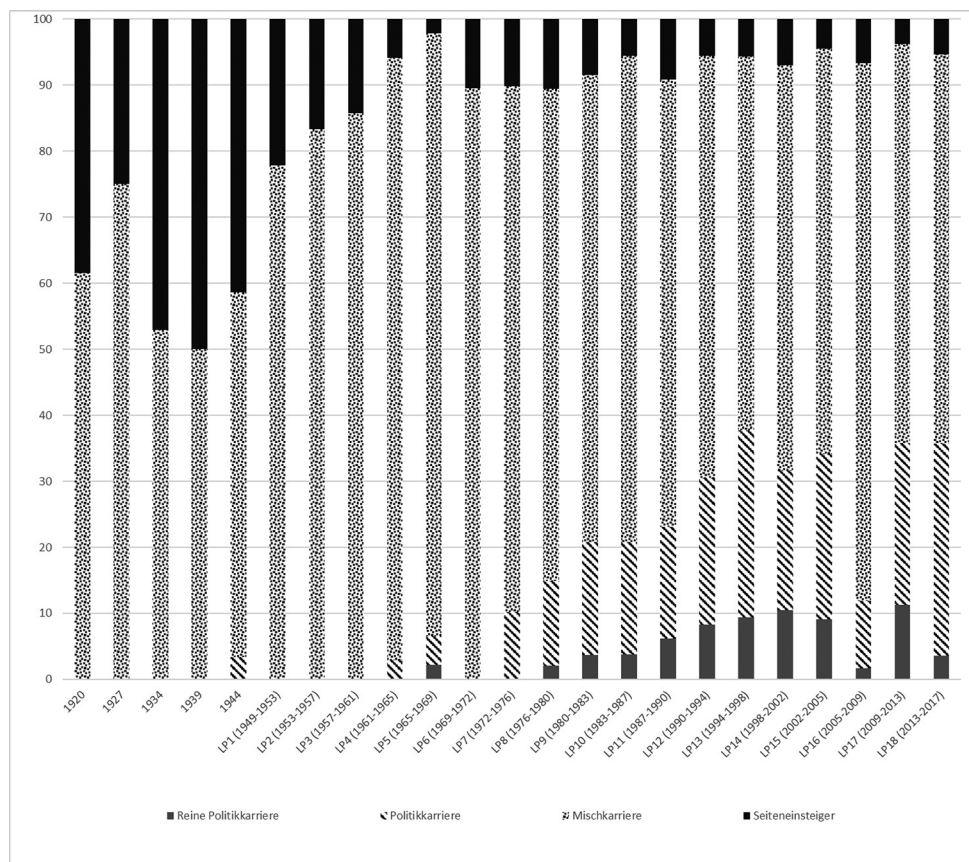
26 Vgl. auch Fischer/Kaiser, *Wie gewonnen, so zerronnen?*, S. 199.

27 Mannewitz/Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 497.

28 Schlußurteil des Zweiten Senats vom 5. November 1975 auf die mündliche Verhandlung vom 18. Juni 1975 – 2 BvR 193/74.

29 Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 269.

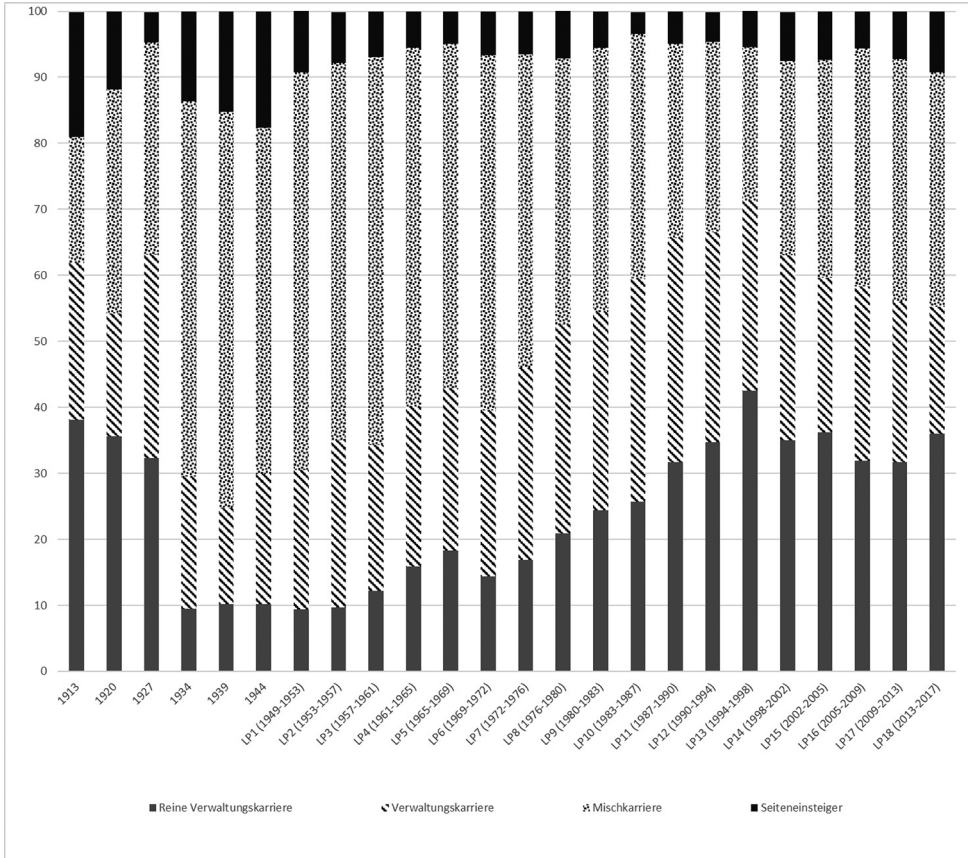
Abb. 27 Karrieremuster der Exekutivpolitiker:innen 1913 bis 2017



Quelle: PAE-proso-Datensatz

13) zunächst nicht die Mehrheit bildeten (siehe Abb. 28). Von LP 1 an stieg deren Anteil aber fast kontinuierlich an, bis er in der letzten Regierungsperiode Helmut Kohls (LP 13) einen Höchststand erreichte. Der Anteil klassischer Verwaltungskarrieren lag zu diesem Zeitpunkt bei über 70 Prozent. Ab LP 14, also seit der Regierungszeit Gerhard Schröders, ist der Anteil der Spitzenbeamt:innen mit klassischen Verwaltungskarrieren wieder zurückgegangen, in der letzten erhobenen LP (2013–2017) lag er bei rund 55 Prozent. Die übrigen Personen haben überwiegend eine „Mischkarriere“ (siehe Tab. 13) mit Anteilen in der Verwaltung und Anteilen in mindestens einem anderen Sektor absolviert. Zu einem kleinen Anteil gibt es auch Seiteneinsteiger. Deren Anteil scheint seit den 1970er Jahren unter Regierungen mit SPD-Beteiligung generell etwas größer zu sein als unter den CDU-Regierungen. Insgesamt bleibt der Anteil der Seiteneinsteiger aber stets unter zehn Prozent.

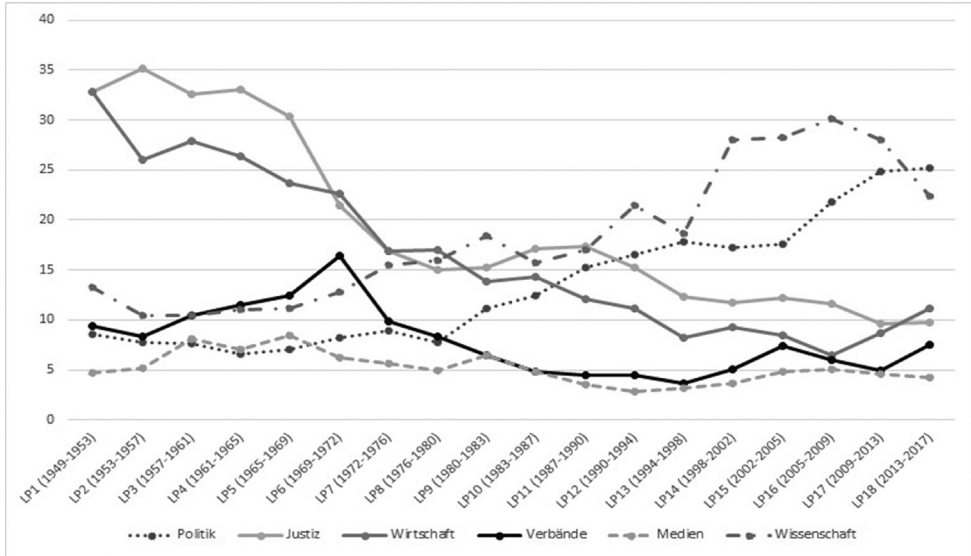
Abb. 28 Karrieremuster der Verwaltungseliten 1913 bis 2017



Quelle: PAE-proso-Datensatz

Eine Auswertung der Vorpositionen nach Sektoren zeigt, dass anfangs zwei Sektoren dominierten: Justiz und Wirtschaft. Viele der Spitzenbeamt:innen der Adenauerzeit hatten Teile ihres Arbeitslebens in diesen beiden Sektoren verbracht. Die Rekrutierung von Beamten aus dem Justizsektor war bereits in der Weimarer Republik üblich gewesen und bot in der jungen Bundesrepublik – trotz der nicht unumstrittenen Rolle des Justizwesens im Nationalsozialismus – eine Möglichkeit, fachkompetentes Personal zu rekrutieren, welches politisch unbelasteter schien. Höhere Anteile an Personen mit Vorerfahrung in der Privatwirtschaft hatte es auch im Nationalsozialismus gegeben (siehe Kap. 6.2.3). Die vergleichsweise hohen Anteile an Personen mit beruflicher Vorerfahrung in anderen Sektoren spiegeln wider, dass man aufgrund der Historie nicht nahtlos an etablierte Rekrutierungsmuster aus der Weimarer Republik anschließen konnte. Im Laufe der Zeit setzte sich dann bis in die zweite Hälfte der

Abb. 29 Erfahrung der Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik in ausgewählten Sektoren



Anmerkungen: Die Darstellung bezieht sich auf die Gesamtkarriere einer Person bis zum Erreichen der ersten Eliteposition. Dargestellt wird jeweils der Anteil der Personen mit mindestens einer Vorposition im entsprechenden Sektor an allen Spitzenbeamt:innen der jeweiligen Legislaturperiode, deren Berufsbiografie bekannt ist. Quelle: PAE-proso-Datensatz

1990er Jahre hinein wieder das hergebrachte Muster vollständig oder überwiegend in der Verwaltung verbrachter Karrieren durch. Der Anteil der Spitzenbeamt:innen mit Vorpositionen in Justiz beziehungsweise Privatwirtschaft ging dementsprechend bis Ende der 1960er Jahre deutlich zurück (siehe Abb. 29).

Allerdings nimmt der Anteil der Spitzenbeamt:innen mit Vorpositionen im Politiksektor seit LP 8 zu. In der letzten erhobenen Legislaturperiode (2013–2017) ist Politik nach der Verwaltung derjenige Sektor, in welchem die meisten Spitzenbeamt:innen zuvor für einige Zeit gearbeitet haben. Eine ausführliche Analyse und Diskussion des Phänomens der Politisierung der Verwaltung leistet Kapitel 8.

In LP 12 bis LP 17 bildete der Sektor Wissenschaft nach Verwaltung den Spitzenreiter, auch in LP 18 liegen Wissenschaft und Politik nahe beieinander. Abbildung 29 zeigt, dass der Anteil der Spitzenbeamt:innen mit Arbeitserfahrung im Sektor Wissenschaft bereits seit Mitte der 1960er Jahre zugenommen hatte. Hier spielen vermutlich verschiedene Ursachen eine Rolle. So war es bis in die 1960er Jahre hinein möglich, das Erststudium mit einer Promotion abzuschließen, ohne vorher einen separaten Abschluss zu erwerben. Danach setzte sich das heute gültige System durch, dass eine Promotion erst nach dem Studienabschluss angestrebt werden kann. Häufig geschieht dies im Rahmen einer wissenschaftlichen Tätigkeit an einer Universität,

sofern kein Promotionsstipendium vorliegt oder die Promotion nicht nebenberuflich erfolgt. Eine Ausnahme bilden hier neben den für unsere Zielgruppe nicht relevanten Mediziner:innen die Jurist:innen. Juristische Dissertationen werden traditionell häufig im Rahmen des Referendariates geschrieben. Dies taucht in unserer Erhebung nicht als Vorposition auf, sondern gilt als Teil der Ausbildung. Der rückläufige Anteil der Jurist:innen unter den Spitzenbeamt:innen ist demnach ein weiterer Erklärungsfaktor für die zunehmenden Bedeutung von beruflichen Vorpositionen im Sektor Wissenschaft. Auch die in der Soziologie vieldiskutierte Tendenz einer „Verwissenschaftlichung der Politik“ könnte für die steigenden Zahlen eine Rolle spielen.<sup>30</sup>

Vorpositionen im Bereich der Verbände – hierzu gehören in unserer Datenerhebung sowohl Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, andere Interessensverbände als auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – kommen regelmäßig vor; der Anteil der Spitzenbeamt:innen mit mindestens einer Vorposition in diesem Sektor schwankt zwischen 3,7 Prozent (LP 13) und 16,4 Prozent (LP 6). Nach von Beyme<sup>31</sup> sind die besonders hohen Werte in LP 6 vor allem auf den Anstieg der Spitzenbeamt:innen mit einer Gewerkschaftskarriere zurückzuführen. Im Zeitverlauf ist für Vorpositionen im Bereich der Verbände insgesamt keine klare Entwicklung erkennbar. Bis Ende der 1970er Jahre spielen Vorpositionen im Sektor Verbände eine größere Rolle als in den 1980er und 1990er Jahren. In den 2000er und 2010er Jahren liegen die Werte jedoch wieder etwas höher (siehe Abb. 29).

Neben den in Abbildung 29 aufgeführten Sektoren wurden im Rahmen unserer Datenerhebung noch weitere Sektoren erhoben. Diese sind mit Ausnahme des militärischen Bereichs – hier handelt es sich aber primär um Kriegsdienstesätze für die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und nicht um militärische Karrieren in der Bundeswehr – für die Verwaltungselite unbedeutend. Aus dem Sektor Kirche stammten beispielsweise in den verschiedenen Legislaturperioden der Bundesrepublik nur zwischen null und drei Prozent,<sup>32</sup> ebenfalls sehr niedrige Werte weisen die Sektoren Bildung, Kultur und Gesundheit auf.

Da Landesverwaltungen traditionell ein wichtiger Rekrutierungsort für spätere Spitzenbeamte auf zentralstaatlicher Ebene in Deutschland waren, lohnt sich ein detaillierterer Blick auf die Verwaltungserfahrung der Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik. Dabei zeigt sich, dass hergebrachte Muster zunächst erhalten blieben. Dies betrifft vor allem die Dominanz Preußens. Von den Spitzenbeamt:innen in LP 1 hatten noch mehr als 50 Prozent vorherige berufliche Stationen in der Preußischen Landesverwaltung vorzuweisen. In LP 2 betrifft dies noch rund 41 Prozent der Spitzenbeamt:innen, in LP 3 rund 34 Prozent, in LP 4 28 Prozent. Danach geht der Anteil der

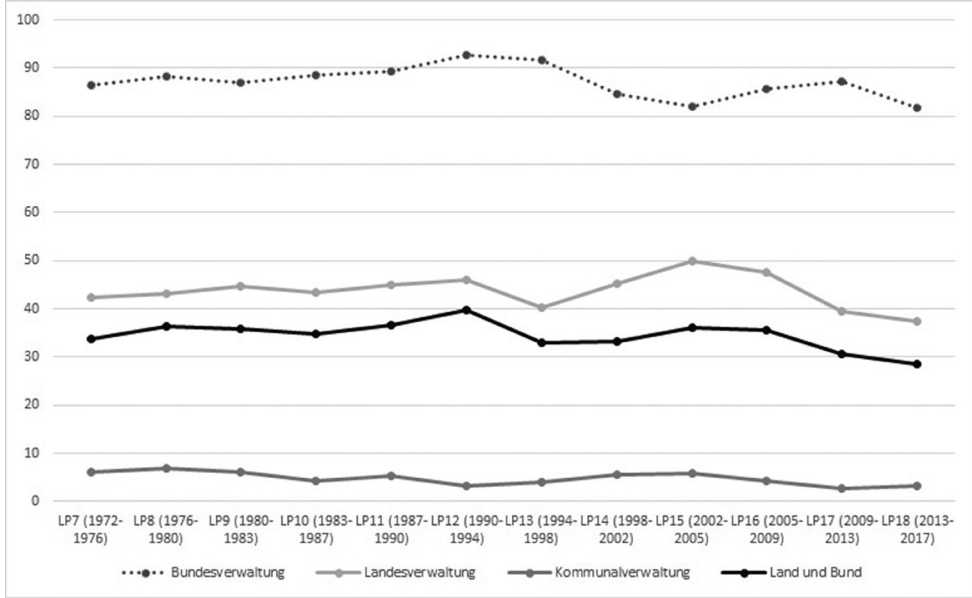
---

30 Peter Weingart: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist 2001; Peter Weingart/Justus Lentsch: Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland, Weilerswist 2008.

31 Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland.

32 Ähnlich vgl. Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, S. 272.

Abb. 30 Vorpositionen der Spitzenbeamt:innen auf verschiedenen Verwaltungsebenen (LP 7 bis LP 18)



Quelle: PAE-proso-Datensatz

Spitzenbeamt:innen mit beruflichen Stationen in der Preußischen Landesverwaltung – vor allem aus demografischen Gründen – rasch und deutlich zurück.

Inwiefern Spitzenbeamt:innen der Bundesrepublik aus den westdeutschen Landes- und Kommunalverwaltungen ab 1949 rekrutiert wurden, lässt sich erst nach einer Etablierungsphase des neuen Systems sinnvoll auswerten. Abbildung 30 verdeutlicht, dass Vorerfahrung in der Bundesverwaltung durchgängig für mehr als 80 Prozent der Spitzenbeamt:innen vorliegt. Vorerfahrung in einer Landesverwaltung besitzen zwischen 40 und 50 Prozent der Spitzenbeamt:innen, nur in den letzten beiden LP 17 und 18 liegen die Werte knapp unter 40 Prozent. Dabei zeigt sich, dass ein Großteil keine reinen Landesverwaltungskarrieren hinter sich hat, sondern vor Erreichen der Eliteposition sowohl in der Landesverwaltung als auch in der Bundesverwaltung tätig war. Vorerfahrung in einer Kommunalverwaltung ist durchgängig eher selten – ein Muster, das wir bereits aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik kennen.

Analysiert man die beruflichen Vorerfahrungen in Landesverwaltungen nach Bundesland, so zeigen sich für die einzelnen Bundesländer teils größere Schwankungen. Beispielsweise war der Anteil der Spitzenbeamt:innen mit beruflicher Vorerfahrung in der Bayerischen Landesverwaltung unter Gerhard Schröder mit 3,3 Prozent (LP 14) beziehungsweise 1,6 Prozent (LP 15) deutlich geringer als unter Helmut Kohl

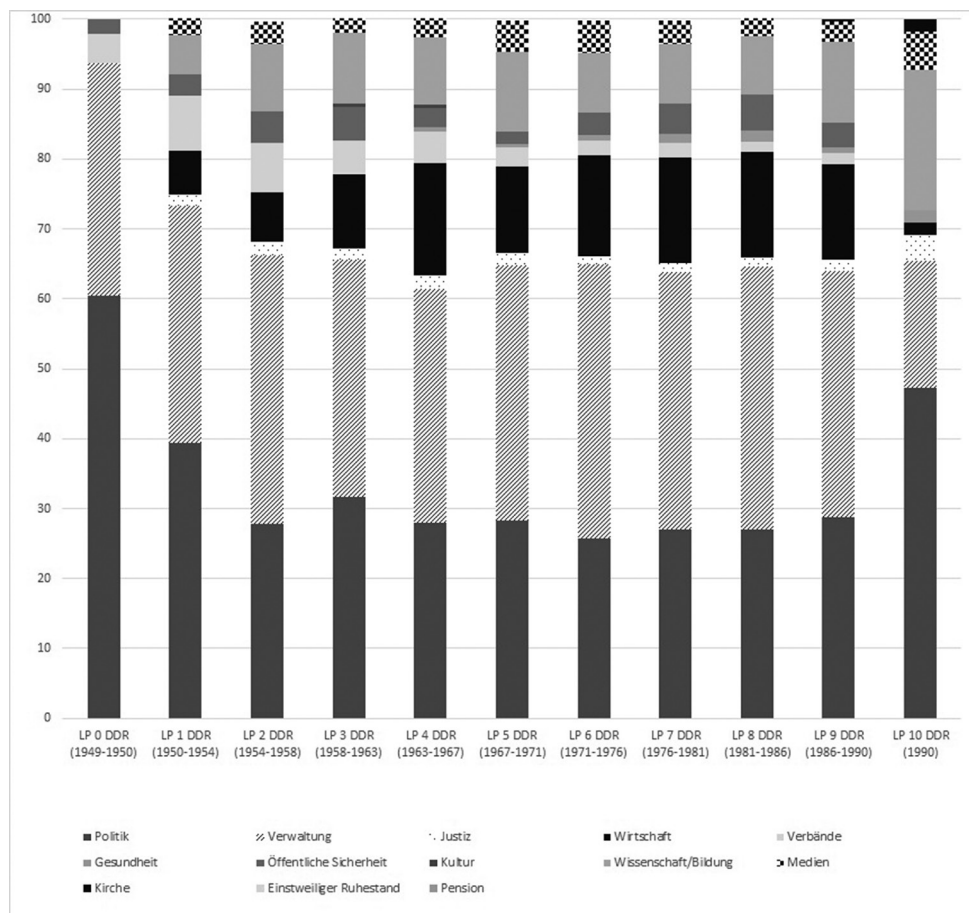
(zum Beispiel LP 11: acht Prozent, LP 12: 6,6 Prozent) oder unter Angela Merkel (zum Beispiel LP 17: 5,5 Prozent). Umgekehrt verhält es sich mit Niedersachsen: Unter Kohl lag der Anteil der Spitzenbeamt:innen mit beruflichen Vorpositionen in der niedersächsischen Landesverwaltung bei ein bis drei Prozent, unter Gerhard Schröder stieg er abrupt auf sieben Prozent an und lag in den darauffolgenden Legislaturperioden – also auch unter Angela Merkel – bei acht bis neun Prozent.

## 7.6. Karrieren politischer Eliten in der DDR

Die Karrieren der DDR-Exekutivpolitiker:innen unterscheiden sich deutlich von denen in der Bundesrepublik. Allein bei Betrachtung der letzten Vorposition vor Eliteeintritt zeigt sich, dass das Spektrum vorheriger Positionen viel breiter ist (siehe Abb. 31). Eine ähnliche Tendenz hatten wir auch für den Nationalsozialismus festgestellt. Insgesamt zeigen sich mehrere Parallelen zu den für den Nationalsozialismus beschriebenen Mustern: Auch in der DDR kamen Politiker:innen mehrheitlich aus Vorpositionen in den Sektoren Politik und Verwaltung, wobei im Vergleich zu den demokratischen Regimen vor allem der hohe Anteil direkter Rekrutierungen aus der Verwaltung ins Auge sticht. Dies unterstreicht die für den Nationalsozialismus und die DDR charakteristische hohe Politisierung des Verwaltungssystems. Die Abgrenzung zwischen Politik und Verwaltung ist in beiden Systemen viel geringer als in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik, und dies schlägt sich in gemischten Karrieremustern nieder. Der Anteil derjenigen Exekutivpolitiker:innen der DDR, die aus anderen Sektoren als Politik oder Verwaltung rekrutiert wurden, ist größer als im Nationalsozialismus: ab LP 3 betraf dies meist rund ein Drittel der Exekutivpolitiker:innen. Viele von ihnen kamen aus Positionen in der DDR-Planwirtschaft, also aus den staatlich gesteuerten und ebenfalls hochpolitisierten Volkseigenen Betrieben. Weiterhin wurde regelmäßig eine größere Gruppe der DDR-Exekutivpolitiker:innen aus Positionen in Wissenschaft und Bildung rekrutiert, meist aus wissenschaftlichen Einrichtungen. Nach den ersten freien Wahlen, in LP 10, erreichte der Anteil der Wissenschaftler:innen unter den Exekutivpolitiker:innen den Höchstwert von 20 Prozent.

Betrachtet man die Vorpositionen für den gesamten Karriereverlauf vor Eliteeintritt, dominieren bei den DDR-Exekutivpolitiker:innen neben Vorpositionen in der Politik (in Abb. 32 nicht mit ausgewiesen) vor allem Vorpositionen in der Wirtschaft und in der Verwaltung. Vorpositionen in der Wirtschaft besaß dabei ein noch größerer Anteil der DDR-Exekutivpolitiker:innen als Vorpositionen in der Verwaltung (siehe Abb. 31 und 32). Allerdings geht der Anteil der DDR-Exekutivpolitiker:innen mit Vorpositionen in der Wirtschaft im Zeitverlauf sukzessive zurück, während der Anteil der DDR-Exekutivpolitiker:innen mit Vorpositionen in der Verwaltung fast durchgängig auf einem ähnlichen Niveau bleibt. Vorpositionen in der Justiz sind äußerst selten. Vorpositionen in Verbänden und in den Medien spielten vor allem anfangs eine größere Rolle. Dies kann durch die wichtige Rolle der staatlichen Propaganda in der DDR erklärt werden, hier zeigen sich gewisse Parallelen zum Nationalsozialismus. Sie waren aber ab den 1970er Jahren nur noch für jeweils unter zehn Prozent der DDR-

Abb. 31 Sektor der letzten Vorposition der Politiker:innen der DDR

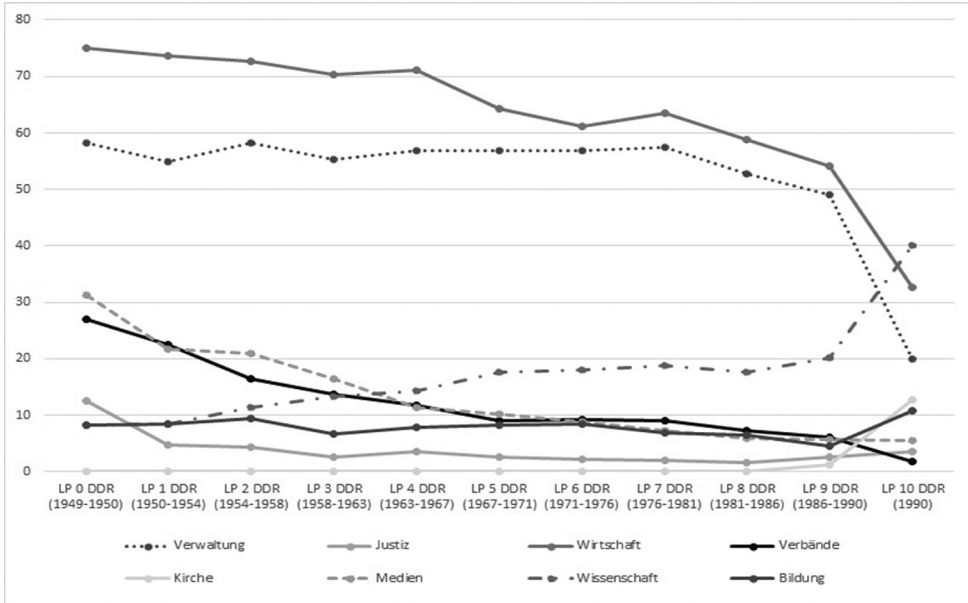


Quelle: PAE-proso-Datensatz

Exekutivpolitiker:innen zu verzeichnen. Vorpositionen in der Wissenschaft nahmen im Zeitverlauf an Bedeutung zu. Die Regierungszeit nach den ersten freien Wahlen 1990 sticht hinsichtlich der Vorpositionen heraus – die Muster sind hier anders als zuvor. Wir finden erstmals mehrere DDR-Exekutivpolitiker:innen mit Vorpositionen in einer Kirche. Hierin spiegelt sich die Rolle der Kirchen in der friedlichen Revolution 1989 wider. Der Anteil der DDR-Exekutivpolitiker:innen mit Vorpositionen in der Wissenschaft verdoppelt sich im Vergleich zu LP 9, während der Anteil derjenigen mit Vorpositionen in der Verwaltung sich mehr als halbiert (siehe Abb. 32).

Kategorisiert man die Karrieremuster der DDR-Exekutivpolitiker:innen nach der in Tabelle 13 erläuterten Systematik, so zeigt sich, dass die „Seiteneinsteiger“ ab LP

Abb. 32 Sektoren der Vorpositionen der DDR-Politiker:innen



Quelle: PAE-proso-Datensatz

2 die größte Gruppe bilden. Ab LP 3 liegt der Anteil der „Seiteneinsteiger“ bei über 50 Prozent, von LP 6 bis LP 9 sogar bei über 60 Prozent. Allerdings passt die Bezeichnung dieses Karrieretyps als „Seiteneinsteiger“ für das DDR-System gar nicht, da das System ja gerade durch eine starke Politisierung aller Sektoren gekennzeichnet war. Dies führte dazu, dass sehr viele Politiker:innen zuvor Karrieren in der Verwaltung und in der Wirtschaft, teils aber auch in der Wissenschaft, absolviert hatten und dann mit ihrer politischen Spitzenposition erstmals eine formal als „politisch“ definierte Position erreichten, obwohl auch für ihre vorherigen Positionen politische Faktoren eine wichtige Rolle spielten. Mischkarrieren zwischen Politik und mindestens einem anderen Sektor gehen in der DDR von anfangs über 50 Prozent der Politiker:innen auf 25 Prozent in den 1980er Jahren zurück. Politikkarrieren, das heißt ausschließlich oder fast ausschließlich im Sektor Politik verbrachte Berufsbiografien, finden wir in der DDR bei einem geringeren Anteil der Exekutivpolitiker:innen – zwischen LP 3 und LP 9 liegen die Anteile zwischen zehn und 14 Prozent.

## 7.7. Zwischenfazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Karrieren der Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik<sup>33</sup> klar unterscheidbare Profile aufweisen. Das bedeutet jedoch nicht, dass es gar keine Parallelen oder Ähnlichkeiten gibt. So gab es beispielsweise in allen drei Regimen Exekutivpolitiker:innen mit vorherigen Berufsstationen in der Verwaltung. Allerdings war der Anteil derjenigen Exekutivpolitiker:innen, die direkt aus der Verwaltung rekrutiert wurden, im Nationalsozialismus besonders hoch. Hierin spiegelt sich wider, dass Politik und Verwaltung im Nationalsozialismus stärker vermischt waren und eine höhere Politisierung der Verwaltung vorlag als in den anderen beiden Systemen (für Detailanalysen zur Politisierung siehe Kapitel 8).

Betrachtet man die beiden Elitegruppen getrennt, so sind im Zeitverlauf und Regimevergleich einige Beobachtungen hervorzuheben. Für die Exekutivpolitiker:innen besteht die wesentlichste Entwicklungslinie des betrachteten Zeitraums darin, dass „reine Politikkarrieren“ und „Politikkarrieren“ (siehe Tab. 13), die in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik bis Anfang der 1970er Jahre fast keine Rolle spielten, seitdem an Bedeutung gewonnen haben. In den 2010er Jahren hat mehr als ein Drittel der Exekutivpolitiker:innen in der Bundesrepublik einen solchen Karrierehintergrund. Diese Entwicklung wird in der Literatur als Professionalisierung der Politik bezeichnet.<sup>34</sup> Damit verbunden sind die von uns untersuchten längeren und (fast ausschließlich) politischen Karrieren, spezifische Aufstiegswege und Selektionskriterien – rekrutiert wird also aus einem kleineren Pool, für den Parteien und deren Jugendorganisationen eine wichtige Rolle spielen.<sup>35</sup> Ein Seiteneinstieg in eine Position als Exekutivpolitiker:in – also ein Einstieg ohne vorherige hauptberufliche Tätigkeiten im Sektor Politik – war in der Weimarer Republik und in noch größerem Umfang im Nationalsozialismus und vor allem in der DDR durchaus üblich, während dieser Karrierepfad in der Bundesrepublik von Anfang an weniger häufig auftrat und im Zeitverlauf tendenziell weiter an Bedeutung verlor. Seit 1980 lag der Anteil der Seiteneinsteiger in der Bundesrepublik stets (zum Teil deutlich) unter zehn Prozent. Im Gegensatz dazu kristallisierte sich der Karrierepfad der Seiteneinsteiger in der DDR als häufigster Pfad heraus, gefolgt von Mischkarrieren in der Politik und einem anderen Sektor. Reine Politikkarrieren und Politikkarrieren (zur Operationalisierung der Karrieretypen siehe Tab. 13) traten in der DDR gelegentlich auf, Exekutivpolitiker:innen mit diesem Profil bildeten aber auch noch in den 1980er Jahren eine vergleichsweise kleine Gruppe. DDR und Nationalsozialismus

---

33 Für das Kaiserreich kann hierzu aufgrund der geringen Anzahl an Positionen in der Gruppe der Exekutivpolitiker keine Aussage getroffen werden. Für die DDR ist ebenfalls keine Aussage zum Vergleich der beiden Elitegruppen möglich, da im Rahmen des Forschungsprojektes nur die Exekutivpolitiker:innen erhoben werden konnten.

34 Vgl. zum Beispiel Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 270.

35 Mannewitz/Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*.

weisen hier wieder einige Parallelen auf – in beiden Regimen dominierten bei den Exekutivpolitiker:innen Mischkarrieren und Seiteneinsteigerkarrieren.

Bezüglich der Frage, wo die Exekutivpolitiker:innen direkt vor ihrer Amtsübernahme tätig waren, sind Parallelen zwischen den beiden demokratischen Systemen auf der einen Seite und den beiden autokratischen Systemen auf der anderen Seite erkennbar. Während sowohl im Nationalsozialismus als auch in der DDR eine direkte Rekrutierung aus dem politischen Sektor zwar üblich war – dies traf auf jeweils über 50 Prozent der Exekutivpolitiker:innen zu Beginn des Regimes zu –, gibt es dennoch zwei wesentliche Unterschiede zur Weimarer Republik und zur Bundesrepublik: Erstens war der Anteil der direkt aus dem politischen Sektor rekrutierten Exekutivpolitiker:innen im Nationalsozialismus und in der DDR geringer als in der Weimarer Republik (1927er Messzeitpunkt) und in der Bundesrepublik (alle Legislaturperioden). Zweitens weisen die beiden autokratischen Systeme diesbezüglich einen Abwärtstrend auf, während die Entwicklung über die Zeit in den beiden demokratischen Systemen genau umgekehrt verläuft. Während gegen Ende der DDR vor der friedlichen Revolution 1989 weniger als ein Drittel der Exekutivpolitiker:innen direkt aus einer politischen Position in ihr Amt came, waren es zur selben Zeit in der Bundesrepublik rund 90 Prozent. Die abnehmende Tendenz zu direkten Rekrutierungen aus der Politik und die Dominanz von Mischkarrieren und Seiteneinsteigerkarrieren in beiden autokratischen Regimen reflektieren den großen Einfluss der dominierenden Parteien (NSDAP beziehungsweise SED) und ihres Apparates auf andere gesellschaftliche Bereiche und Sektoren. Das Kadernsystem der DDR unterstützte die Herausbildung einer Elite, die nicht sektoral getrennt ist, sondern zwischen Führungspositionen in verschiedenen Sektoren wechselt, in besonderem Maße. Für das NS-Regime unter Hitler war die Tendenz zur Auflösung sektoral getrennter Eliten ebenfalls typisch, wenngleich die unterschiedlichen Zeiträume des Bestehens der Regime und die Sondersituation des Zweiten Weltkrieges dem Vergleich Grenzen setzen. In der Bundesrepublik hingegen dominieren im Unterschied dazu politisch-administrative Eliten mit klareren Grenzen zu anderen Sektoren wie Wirtschaft, Medien oder Militär, aber auch mit einer – trotz gewisser Hybridisierungstendenzen (siehe Kap. 8), klareren Abgrenzung politischer und administrativer Karrieren.

Die Karrieren der Spitzenbeamten:innen weisen insgesamt eine höhere Kontinuität auf als die Karrieren der Exekutivpolitiker:innen und unterscheiden sich auch weniger stark zwischen den Regimen, wobei einschränkend darauf hinzuweisen ist, dass Aussagen zur DDR für die Spitzenbeamten:innen nicht möglich sind, da hierzu vollständige Daten fehlen. Bei den Spitzenbeamten:innen – egal zu welcher Zeit und in welchem politischen Regime – dominieren die Karrieren, die primär innerhalb der Verwaltung verbracht wurden. Reine Verwaltungskarrieren ohne jegliche Berufsstation in einem anderen Sektor finden wir zu besonders großen Anteilen (rund ein Drittel oder mehr) im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik ab Ende der 1980er Jahre. Rechnet man Verwaltungskarrieren mit kurzen Stationen in mindestens einem anderen Sektor (weniger als vier Jahre) und reine Verwaltungskarrieren zusammen, so zeigt sich, dass diese klassischen Verwaltungslaufbahnen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik ab Mitte der 1970er Jahre stets

mehr als 60 Prozent der Spitzenbeamt:innen absolviert hatten. Diese Zahlen verdeutlichen, dass es in der Bundesrepublik rund ein Vierteljahrhundert dauerte, bis die klassischen Verwaltungskarrieren wieder genauso stark vertreten waren wie vor der NS-Zeit. Bis heute sind diese traditionellen Karrierehintergründe weiterhin genauso stark vertreten wie noch im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Im Nationalsozialismus und in der frühen Bundesrepublik dominierten hingegen Mischkarrieren zwischen Verwaltung und mindestens einem anderen Sektor, im Nationalsozialismus waren zusätzlich die Seiteneinsteigerkarrieren relativ häufig. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich: In der jungen Bundesrepublik waren die Karrieren der Verwaltungsbediensteten häufig durch den Krieg und den Dienst bei der Wehrmacht unterbrochen worden, oder es wurde auf vermeintlich „unbelastetes“ Personal aus dem Justizsektor zurückgegriffen. Viele Spitzenbeamte der jungen Bundesrepublik hatten außerdem berufliche Vorerfahrungen in der Wirtschaft. Im Nationalsozialismus gab es ebenfalls zahlreiche Spitzenbeamte mit Vorpositionen im Militär, in der Justiz oder in der Wirtschaft. Hinzu kam aber ein im Zeitverlauf zunehmender Anteil an NS-Spitzenbeamten mit Vorpositionen im politischen Sektor – Verwaltung und Politik vermischten sich hier stärker als zuvor und danach. Auch Vorpositionen in den Medien oder der Wissenschaft traten im Nationalsozialismus häufiger auf. Für die Spitzenbeamten im Nationalsozialismus zeigt sich eine ähnliche Entwicklungstendenz wie bereits für die NS-Exekutivpolitiker beschrieben: Horizontale Wechsel zwischen den Sektoren werden in diesem System, welches dem traditionellen Weberianischen Verwaltungsapparat misstraute und das durch einen hohen Einfluss der NSDAP und ihres Apparates auf alle gesellschaftlichen Bereiche geprägt war, häufiger; traditionelle sektorale Trennungen zwischen den Eliten<sup>36</sup> werden durchlässiger, und vor allem die Grenze zwischen Politik und Verwaltung verwischt stärker als zuvor.

---

36 Beyme, *Elite Relations in Germany*, S. 19.

## 8. Politisierung der Verwaltung

Im Zentrum dieses Kapitels steht die Politisierung der Verwaltung. Dabei lassen wir Fragen der verhaltensbezogenen und strukturellen Politisierung (siehe Kap. 2.2.1) weitgehend außen vor und konzentrieren uns auf die mit dem prosopografischen Datenmaterial messbaren Formen der Politisierung des Verwaltungspersonals. Zentral ist dabei die Frage, inwiefern das Spitzenpersonal der Verwaltung in Deutschland zu unterschiedlichen Zeiten eine Politiknähe besaß, die sich beispielsweise in früheren politischen Mandaten, einer Parteimitgliedschaft, der Übernahme von Parteiämtern oder auch in der Übernahme politiknaher beruflicher Positionen niederschlägt. Uns interessiert dabei auch, wie sich diese Politiknähe im Laufe der Zeit entwickelt hat und welche Entwicklungslinien sowie systemtypischen Merkmale sich beobachten lassen. Besonders intensiv gehen wir auf die Entwicklung in der Bundesrepublik ein und untersuchen, ob und inwiefern sich die in der verwaltungswissenschaftlichen Literatur beschriebene zunehmende Politisierung der Verwaltungseliten mit Hilfe der Analyse von Karrieredaten bestätigen lässt.

### 8.1 Traditionslinien im Kaiserreich und in der Weimarer Republik: Trennung oder Vermischung von Politik und Verwaltung?

Deutschland ist berühmt für seine lange Tradition einer bürokratischen Verwaltung. Max Webers Bürokratietheorie ist nicht ohne Grund hierzulande entwickelt worden, gehen doch die Traditionslinien des bürokratischen Modells ins alte Preußen zurück. Bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden unter dem preußischen König Friedrich Wilhelm I die bürokratischen Grundprinzipien geformt, die bis heute die deutsche Verwaltung prägen. Damals wurde ein Verwaltungssystem etabliert, in dem Beamte dem Staat und dem König mit preußischen Tugenden wie Loyalität, Fleiß, Pünktlichkeit, politischer Neutralität, Sparsamkeit und Unbestechlichkeit dienten.<sup>1</sup> Es entwickelt sich eine Beamtenmentalität, in der Beamte sich zuvorderst als treue Diener des Staates und der Monarchie sahen.<sup>2</sup> Im Kaiserreich bildete die dem Kaiser treu ergebene Beamtenschaft einen Gegenpol zu politischen Parteien und Gewerkschaften.<sup>3</sup> Die Mitgliedschaft in einer Partei wie auch die Ausübung eines Wahlmandats waren im Kaiserreich für Beamte zwar nicht verboten, und auch die Per-

---

1 Markus Koops: Die Fortentwicklung des Berufsbeamtentums unter Einbeziehung aktueller Tendenzen im Beamtenrecht, Hamburg 2008; Caplan, Government without administration.

2 Caplan, Government without administration.

3 Rebutisch, Verfassungswandel und Verwaltungsstaat vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.

sonalauswahl erfolgte „parteilich keineswegs neutral“,<sup>4</sup> eine „aktive Betätigung in den Parteien oder gar Parteizugehörigkeit“<sup>5</sup> war aber nicht erwünscht, wenngleich sie empirisch durchaus vorkam.<sup>6</sup> Während des Dienstverhältnisses wurde eine Parteimitgliedschaft zumindest bei einer bestimmten politischen Ausrichtung der Partei mindestens missbilligt; so wurde der Einsatz für eine systemkritische Partei als Verletzung der Dienstpflichten gesehen.<sup>7</sup> Der Fraktionsvorsitzende der Deutschkonservativen Partei (DKP) im Reichstag erklärte den Einsatz für die Sozialdemokratie und eine entsprechende Parteizugehörigkeit für „mit dem Eingehen eines solchen Treueverhältnisses [...] unvereinbar“.<sup>8</sup> Die offizielle Zulassung von Sozialdemokraten für Positionen im öffentlichen Dienst während des Ersten Weltkriegs beschränkte sich auf nachgeordnete Verwaltungszweige und blieb ohne Konsequenzen für die Zusammensetzung der leitenden Beamtenschaft.<sup>9</sup> Die für dieses Buch ausgewerteten Daten bestätigen die hohe politische Zurückhaltung der Beamtenschaft: Für keinen der betrachteten Spitzenbeamten im Kaiserreich ist bekannt, dass die Person zur Zeit der Ausübung ihrer Eliteposition im Kaiserreich (partei-)politisch engagiert war. Für keinen der Spitzenbeamten der 1913er Kohorte ist eine Parteimitgliedschaft im Kaiserreich dokumentiert.<sup>10</sup>

Auch zu den beiden Messzeitpunkten in der Weimarer Republik (1920 und 1927) waren die Spitzenbeamten mehrheitlich keine Parteimitglieder; im Unterschied zum Kaiserreich gab es aber eine Reihe von Spitzenbeamten, die auch parteipolitisch engagiert waren.<sup>11</sup> Manche von ihnen waren in der Weimarer Republik nur einfaches Parteimitglied ohne die Übernahme von Parteiämtern oder Mandaten, andere betätigten sich aktiv politisch, zum Beispiel indem sie ein Reichstagsmandat übernahmen. Ein Beispiel für Ersteres ist Hermann Emil Kuenzer (1872–1946), in der Weimarer Republik Ministerialdirektor im Innenministerium. Kuenzer war im Kaiserreich Mitglied der Nationalliberalen Partei (NLP) und in der Weimarer Republik Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).<sup>12</sup> Ein Beispiel für Letzteres ist Paul Beusch (1883–1925): Beusch war Anfang der 1920er Jahre Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium und zog nach seiner Entlassung aus dem Amt im April 1924 für die Zentrumspartei

---

4 Dreier, *Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat*, S. 91; vgl. auch Fenske, *Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat*, S. 121.

5 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 15.

6 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 15.

7 Conze, »Ich schwöre Treue ...«, S. 46.

8 Gerhard Albert Ritter: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Ein historisches Lesebuch*, Göttingen 1992.

9 Morsey, *Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning*, S. 108.

10 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, *Die Politisch-Administrative Elite im Kaiserreich am 1. September 1913*, S. 21.

11 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, *Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1920*, S. 24; Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, *Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1927*, S. 24.

12 PAE-proso-Datensatz, siehe auch [https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrhl/kap1\\_4/para2\\_316.html](https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrhl/kap1_4/para2_316.html) (aufgerufen am 27.1.2024).

in den Reichstag ein.<sup>13</sup> Auch Carl Christian Friedrich Schmid (1886–1955) ist einer der wenigen Spitzenbeamten der Weimarer Republik, die ein Reichstagsmandat innehatten: Er war 1926 bis 1930 Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, saß aber auch von 1924 bis 1928 im preußischen Landtag und von 1928 bis 1932 als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei (DVP) im Reichstag.<sup>14</sup>

Waren die Spitzenbeamten politisch aktiv, wurde ihre Sympathie für bestimmte Parteien und Ansichten häufig durch die ideelle Verbindung zum politischen System des Kaiserreichs beeinflusst: Fühlten sich die Personen auch nach dem Systemwechsel noch stark dem Kaiserreich verbunden, tendierten sie zu einer konservativen bis hin zu einer nationalistischen politischen Ausrichtung und nahmen vielfach eine kritische Haltung gegenüber dem politischen System der Weimarer Republik ein. Eine solche kritische Haltung äußerte sich bei den Spitzenbeamten zum Beispiel im Wunsch nach einem „starken Mann“ an der Spitze des Staates, wie beispielsweise für Paul Felisch (1855–1933) überliefert.<sup>15</sup> In Einzelfällen zeigten Spitzenbeamte nicht nur die recht weit verbreitete persönliche Distanz zu dem von schwierigen parteipolitischen Verhandlungen und politischer Instabilität geprägten System der Weimarer Republik, sondern auch einen aktiven Einsatz für eine „Entpolitisierung“ staatlicher Institutionen, also eine Trennung zwischen staatlichen Organisationen und parteipolitischem Einflussbereich. Ein bekanntes Beispiel für einen solchen Einsatz ist Hans von Seeckt (1866–1936), ab 1919 Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium und bis 1926 Chef der Heeresleitung. Von Seeckt trug maßgeblich zur Loslösung der Reichswehrentwicklung von politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik und ihrer politischen Kontrolle bei (Reichswehr als „Staat im Staat“).<sup>16</sup> Nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst engagierte sich von Seeckt verstärkt politisch. Im Oktober 1931 nahm er am Gründungstreffen der Harzburger Front teil,<sup>17</sup> wo sich rechte Organisationen wie der Alldeutsche Verband versammelten, um ihre Geschlossenheit gegenüber der Weimarer Republik zu demonstrieren. Zwischen 1930 und 1932 war von Seeckt zudem Reichstagsabgeordneter der DVP.<sup>18</sup>

Abschließend ist nochmals zu betonen, dass es sich bei den genannten Beispielen eher um untypische Fälle handelt: Die Spitzenbeamten der Weimarer Republik waren mehrheitlich nicht politisch aktiv oder formal parteipolitisch gebunden: Die meisten von ihnen weisen in ihrer Vita keine Parteimitgliedschaften, Parteiämter oder politischen Mandate auf, wobei Parteimitgliedschaften insgesamt noch häufiger vor-

---

13 PAE-proso-Datensatz, siehe auch <https://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de/selectmaske.html?pnd=129870153&recherche=ja> (aufgerufen am 27.1.2024).

14 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, NS 5-VI/17724 und R 9361-II/1112101 ausgewertet.

15 Felisch, Lebenserinnerungen. – Eine starke Verhaftung im politischen System des Kaiserreichs war für Spitzenpolitiker im Gegensatz zu Beamten langfristig nicht geduldet: Karl Stingl, ab November 1922 Reichspostminister, musste seinen Posten aufgrund seiner Haltung als überzeugter Monarchist bereits im August 1923 wieder verlassen.

16 Heinz Hürten: „Seeckt, Hans von“, in: Neue Deutsche Biographie (2010), S. 139–140.

17 Lebendiges Museum Online: Hans von Seeckt 1866–1936, Berlin 2014.

18 Hürten, „Seeckt, Hans von“.

handen sind als Parteiämter oder politische Mandate.<sup>19</sup> Zum Untersuchungszeitpunkt 1927 gab es unter insgesamt 69 Spitzenbeamten zwölf Personen, welche – die NSDAP ausgeklammert – Mitglied einer Partei der Weimarer Republik waren, zumeist der DVP (fünf Personen) oder des Zentrums (vier Personen). Einige Spitzenbeamte der 1927er Kohorte waren zudem (später) Mitglied der NSDAP. Mehr als zwei Drittel der Spitzenbeamten des Jahres 1927 waren ausgehend von den von uns ausgewerteten Dokumenten und Archivalien nie – also auch nicht vor oder nach ihrer Amtszeit – Mitglied einer politischen Partei.<sup>20</sup> Die in der Monarchie etablierte Tradition der politischen Zurückhaltung der Beamtenschaft und der Trennung von Politik und Verwaltung setzte sich also in der Weimarer Republik fort, wenngleich sie im Vergleich zum Kaiserreich deutlich weniger strikt war. Gemäß der Formulierung „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“ in Artikel 130 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung war ein direktes politisches Engagement der Spitzenbeamten wenig verbreitet. Spitzenbeamte hatten üblicherweise eine typische Verwaltungskarriere absolviert (siehe Kap. 7.3), mit der eine entsprechende politische Zurückhaltung verbunden war. Beispiele für Berufspolitiker, die anschließend leitende Verwaltungspositionen in den Ministerien der Weimarer Republik übernahmen, gibt es im PAE-proso-Datensatz dementsprechend fast keine. Eine Ausnahme ist neben dem bereits genannten Carl Christian Friedrich Schmid der Jurist Andreas Grieser (1868–1955), der 1918 bis 1920 Erster Bürgermeister von Würzburg und 1919 bis 1921 Mitglied des Bayerischen Landtages war und anschließend im Reichsarbeitsministerium Karriere machte, in der Endphase der Weimarer Republik als dortiger Staatssekretär.<sup>21</sup>

Umgekehrt war es unter den Ministern der Weimarer Republik keine Seltenheit, dass diese Berufserfahrung in der Verwaltung hatten. Dies trifft beispielsweise auf Andreas Hermes (1878–1964) zu. Hermes war nach Gründung der Weimarer Republik zunächst Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, bevor er Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und anschließend Reichsfinanzminister wurde.<sup>22</sup> Ein weiteres Beispiel ist Oskar Gustav Rudolf Hergt (1869–1967): Der Jurist Hergt war im Kaiserreich langjähriger Beamter im preußischen Finanzministerium gewesen und in der Weimarer Republik 1927–1928 Reichsjustizminister und stellvertretender Reichskanzler.<sup>23</sup> Auch Johannes Popitz (1884–1945) war im Kaiserreich zunächst Beamter im preußischen Innenministerium, setzte seine Verwaltungskarriere in der Weimarer Republik im Reichsfinanzministerium fort und wirkte dort 1925 bis

---

19 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1920, S. 24; Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1927, S. 24.

20 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1927, S. 24.

21 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 8034-III/165 und R 3901/100289 ausgewertet.

22 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 2/103105 ausgewertet.

23 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 3001/60025 ausgewertet.

1929 als Staatssekretär. Im November 1932 wurde Popitz zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und kommissarischen Leiter des preußischen Finanzministeriums ernannt.<sup>24</sup> Weitere Beispiele für Minister der Weimarer Republik, die ursprünglich aus der Verwaltung stammten, sind Walter von Keudell (1884–1973), Heinrich Köhler (1878–1949), Hans von Raumer (1870–1965) und Erich Koch-Weser (1875–1944).<sup>25</sup>

Es ist hervorzuheben, dass es trotz der Traditionslinie einer unpolitischen, neutralen Verwaltung in der Weimarer Republik diverse Beispiele gibt, wo sich beide Sphären – Politik und Verwaltung – in den Karrieren oder durch eine parteipolitische Orientierung der Beamten vermischen. Dabei ist der Weg von der Verwaltung in die Politik deutlich verbreiteter als der umgekehrte Weg von der Politik in Spitzenämter der Verwaltung. Prägend hierfür sind zwei Aspekte: die Institution des politischen Beamten und die Tradition einer Trennung von Amt und Person.

Die Institution des politischen Beamten wurde bereits in Preußen geschaffen, um Spitzenbeamte als Bindeglieder zwischen Politik und Verwaltung zu installieren und den Austausch von Spitzenbeamten aus politischen Gründen zu ermöglichen. Eine grundsätzliche politische Loyalität gegenüber dem Minister beziehungsweise der Regierung ist in dieser Institution als Selektionskriterium für Spitzenbeamte angelegt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass nicht alle Spitzenbeamten der Weimarer Politik eine völlig „unpolitische“ Vita haben. Zu vermuten ist sogar, dass mehr Spitzenbeamten als im PAE-proso-Datensatz dokumentiert eine Parteinähe oder bestimmte politische Ausrichtung aufwiesen, die sich aber eben nicht immer in einer formalen Parteimitgliedschaft, in Parteiämtern, Mandaten oder entsprechenden beruflichen Stationen niederschlug.

Die Trennung von Amt und Person ist Teil des Weberianischen Bürokratiemodells und ein wesentlicher Aspekt der Verwaltungsentwicklung in Deutschland. Diese Trennung von Amt und Person beinhaltet die Trennung der Amtsgeschäfte von der Privatperson. Im Amt und in der Amtsausübung ist politische Zurückhaltung zu wahren, als Privatperson ist die Nähe zu einer politischen Partei aber kein Hinderungsgrund für den Staatsdienst als Beamter. Diese Traditionslinie ist bereits im Kaiserreich angelegt: So war eine Parteimitgliedschaft in Deutschland für Beamte nie generell verboten, und auch die Regelungen zum parteipolitischen Engagement Beamter waren stets wenig restriktiv.

## 8.2 Politisierung der Verwaltung im Nationalsozialismus

Das Konzept der Politisierung wurde bisher selten auf autokratische Systeme angewendet, wenngleich es einige Texte gibt, die sich vor allem mit der Volksrepublik

---

24 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 2/103238; R 4901/25232; R 9361-I/30284 und R 9361-VI/2312 ausgewertet.

25 PAE-proso-Datensatz.

China, vereinzelt aber auch mit anderen Regimen beschäftigen.<sup>26</sup> Hilfreich für die Analyse autokratischer Systeme mit dem Politisierungskonzept ist die Unterscheidung zwischen formaler und de facto-Politisierung. In Autokratien kann davon ausgegangen werden, dass die formalen Restriktionen in Bezug auf die politische Steuerung der Verwaltung viel geringer sind als in demokratischen Systemen und – auch wenn sie de iure vorhanden sind – weniger starke Auswirkungen auf tatsächliche Entscheidungsprozesse haben. Dennoch ist es interessant zu analysieren, inwiefern in der Ausprägung der de facto-Politisierung im Zeitverlauf und im Ressortvergleich Veränderungen auftreten und wie diese zu bewerten sind. Einige relevante Ergebnisse unserer Analysen zum NS-System werden in diesem Kapitel vorgestellt, wobei wir uns auf die de facto-Politisierung der Verwaltungseliten konzentrieren und andere Aspekte wie etwa den strukturellen Umbau des Verwaltungssystems verbunden mit dem Aufbau von Parallelstrukturen weitgehend außen vorlassen.<sup>27</sup>

Während Politik und Verwaltung in der Weimarer Republik trotz der dargestellten Schnittstellen relativ strikt voneinander getrennt waren, änderte sich dies nach der Machtergreifung Hitlers. So ist bekannt, dass im Nationalsozialismus eine massive Parteipolitisierung der Beamtenschaft sowie – vor allem in den unteren Verwaltungsebenen – eine „in riesenhaftem Ausmaß betriebene Ämterpatronage“<sup>28</sup> stattfanden (siehe Kap. 6.2.2 und Kap. 6.3.2). Dies spiegelt sich auch in unseren Daten wider. Zum Stichtag 1. September 1939 konnte für fast rund 79 Prozent der erhobenen Spitzenbeamten eine Mitgliedschaft in der NSDAP festgestellt werden, fünf Jahre zuvor hatte dies auf rund 61 Prozent der Spitzenbeamten zugefallen (siehe Tab. 14).<sup>29</sup> Obwohl zwischen dem 19. April 1933 und dem 1. Mai 1939 ein Aufnahmestopp bei der NSDAP galt, ist der Anteil der Parteigänger unter den NSDAP-Spitzenbeamten zwischen dem 1. September 1934 (erster Messzeitpunkt im Nationalsozialismus) und dem 1. September 1939 (zweiter Messzeitpunkt im Nationalsozialismus) nicht unerheblich angestiegen. Dies ist unter anderem durch die Ausweitung der Elitepositionen im Zuge der Schaffung neuer Behörden und Abteilungen zu erklären, die Leitungspositionen dieser neuen Strukturen wurden vielfach mit NSDAP-Parteimitgliedern besetzt. Der bereits zum ersten Messzeitpunkt hohe Anteil der NSDAP-Parteigänger spiegelt wider, dass der Systemwechsel zur Diktatur und das Gesetz zur Wiederher-

---

26 Hon S. Chan/Edward Li Suizhou: Civil Service Law in the Peoples Republic of China: A Return to Cadre Personnel Management, in: *Public Administration Review* 67 (2007), H. 3, S. 383–398; Bo Rothstein: The Chinese Paradox of High Growth and Low Quality of Government: The Cadre Organization Meets Max Weber, in: *Governance* 28 (2015), H. 4, S. 533–548; Xie Qing-kui: Chinese public administration: misunderstanding and implications, in: *International Journal of Public Administration* 16 (1993), H. 9, S. 1431–1458; Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*.

27 Siehe hierfür zum Beispiel Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*.

28 Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, S. 39; vgl. auch Ruck, *Korpsgeist und Staatsbewußtsein*, S. 108.

29 Einschränkung ist hier darauf hinzuweisen, dass im Rahmen unseres Projektes primär öffentlich zugängliche biografische Informationen sowie Akten des Bundesarchives ausgewertet wurden und die reale Anzahl der Parteimitglieder gegebenenfalls noch höher lag. Die Angaben sind somit als Mindestanzahl zu verstehen.

stellung des Berufsbeamtentums vom Frühjahr 1933 zu einem „ganz erheblichen Anpassungsdruck“<sup>30</sup> innerhalb der bestehenden Beamtschaft geführt hatten. Im Zeitverlauf sank der Anteil der NS-Spitzenbeamten, die keine NSDAP-Parteimitglieder waren, während der Anteil der Parteigenossen zunahm. „Alte Kämpfer“ und „Frühe Freunde“, die vor 1933 der NSDAP beigetreten waren, gab es 1934 zu 31 Prozent, 1939 zu 34 Prozent und 1944 zu 41 Prozent (siehe Tab. 14).

Tabelle 14: NSDAP-Mitgliedschaft der Spitzenbeamten im Nationalsozialismus

Messzeitpunkt	Kein NSDAP-Mitglied	NSDAP-Mitglied mit Parteieintritt ab 1933	NSDAP-Mitglied vor 1933
1934 (1. September)	39,4	29,3	31,3
1939 (1. September)	21,4	44,3	34,3
1944 (1. September)	14,7	44,0	41,3

Quelle: PAE-proso-Datensatz

Dennoch waren nicht alle Beamten – und auch nicht alle Spitzenbeamten – NSDAP-Parteigänger; fachliche Expertise verbunden mit politischer Zuverlässigkeit wurde bei Personalentscheidungen im Nationalsozialismus teils als wichtiger erachtet als eine formale Parteimitgliedschaft, welche durch den Aufnahmestopp der NSDAP auch bei einem Eintrittswillen seitens des Beamten über mehrere Jahre hinweg ohnehin nicht realisiert werden konnte. Die Personen, die 1939 zu den rund zehn Prozent der Spitzenbeamten ohne eine im Rahmen unserer Datenauswertung feststellbare formelle NSDAP-Mitgliedschaft gehörten, waren somit keinesfalls allesamt politisch neutral und nicht an einer Parteimitgliedschaft interessiert. So war beispielsweise Karl Maria Hettlage (1902–1995), ab 1942 Abteilungsleiter im NS-Rüstungsministerium unter Albert Speer, nie NSDAP-Mitglied.<sup>31</sup> Gleichzeitig diente er dem NS-System loyal und war im Rahmen seiner Tätigkeit beim Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt Speer „an der systematischen Vertreibung Tausender Berliner Juden aus ihren Wohnungen beteiligt“.<sup>32</sup> Hettlage war in der jungen Bundesrepublik als Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen ebenfalls Mitglied der Verwaltungselite. Die Historikerin Susanna Schrafstetter stellt hierzu fest: „Am Fall Hettlage lässt sich nachzeichnen, wie hohe Funktionsträger des NS-Staates, die sich ein gewisses Maß an ideologischer Resistenz bewahrt hatten, dies in der Entnazifizierung dazu benutzen konnten, sich zum aktiven Widerstandskämpfer zu „befördern“ und damit ihre Rolle

30 Fenske, Bürokratie in Deutschland, S. 43.

31 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, NS 5-VI/17608 und R 9361-III/ 530937 ausgewertet.

32 Susanna Schrafstetter: Verfolgung und Wiedergutmachung. Karl. M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), H. 3, S. 431–466.

im NS-Herrschaftssystem und ihre Mitverantwortung vollständig auszublenden.“<sup>33</sup> Ein anderes Beispiel ist Erich Albrecht, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt,<sup>34</sup> der dreimal die Mitgliedschaft in der NSDAP (1939, 1941 und 1943<sup>35</sup>) beantragte, aber jedes Mal abgelehnt wurde. Ähnlich verhielt es sich bei Helmut Bojunga (1898–1958), von 1934 bis 1938 Abteilungsleiter im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.<sup>36</sup> Bojunga beantragte 1938 die NSDAP-Mitgliedschaft, sie wurde ihm aber nicht gewährt.<sup>37</sup> Einige Spitzenbeamte ohne NS-Mitgliedschaft hatten ihre Karriere als Fachexperten seit der Weimarer Republik fortgesetzt – wie diese zum NS-System standen, ließe sich nur durch vertiefte Forschungsarbeiten rekonstruieren. In der geschichtswissenschaftlichen Forschung besteht aber Einigkeit darüber, dass nur wenige der NS-Spitzenbeamten als Widerständler einzuordnen sind, und das belegen auch unsere Auswertungen des PAE-proso-Datensatzes. Zu diesen Einzelfällen gehört Georg Thomas (1890–1946), der von 1939 bis 1942 Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht war. Thomas war bereits 1938/39 an Militärputschplanungen beteiligt und wurde nach dem Fund ihn belastender Dokumente im Oktober 1944 verhaftet und interniert.<sup>38</sup>

Minister waren im Nationalsozialismus typischerweise NSDAP-Mitglieder, allerdings gab es in den Anfangsjahren auch Ausnahmen: Paul Freiherr von Eltz-Rübenach (1875–1943) war bereits zum Ende der Weimarer Republik (1932) Reichsminister für Verkehr und Post geworden und behielt diese Position auch nach der Machtübernahme Hitlers bei. Als Katholik bewahrte er Distanz zur NSDAP und blieb parteilos. In der Kabinettsitzung vom 30. Januar 1937 wollte Hitler anlässlich des vierten Jubiläums seiner Machtübernahme allen noch parteilosen Kabinettsmitgliedern das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP verleihen und sie damit in die Partei aufnehmen. Eltz-Rübenach nahm das Abzeichen nicht an, da er die Parteilinie gegenüber der katholischen Kirche kritisierte. Da Hitler diesbezüglich nicht einlenkte, reichte von Eltz-Rübenach seinen Rücktritt ein.<sup>39</sup>

Die Politisierung der Verwaltung im Nationalsozialismus ist über die bloße Betrachtung des Anteils der NSDAP-Parteimitglieder nicht angemessen zu erfassen –

---

33 Schrafstetter, Verfolgung und Wiedergutmachung. Karl. M. Hettlage, S. 433.

34 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 9361-II/4689 ausgewertet.

35 Hans-Jürgen Döscher: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, Berlin 1987.

36 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 3001/52270, R 9361-II/97610 und R 601/1964 ausgewertet.

37 Vgl. <https://ns-reichsministerien.de/2020/03/09/helmut-bojunga/> (aufgerufen am 28.1.2024).

38 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, PERS 6/301092 und PERS 6/365 ausgewertet, siehe auch <https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/georg-thomas/> (aufgerufen am 28.1.2024).

39 Michael Grüttner: Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933–1939, Stuttgart 2015; PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 601/1913, R 9361-II/173012, R 9361-III/521639 und R 9361-I/568 ausgewertet. Vgl. auch <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/peter-paul-raimund-freiherr-von-eltz-ruebenach/DE-2086/lido/57c6a31620ab00.28222287> (aufgerufen am 28.1.2024).

könnten doch hinter einer solchen Parteimitgliedschaft auch andere Gründe als eine ausgeprägte persönliche Überzeugung von der NS-Ideologie stehen. Es ist deshalb wichtig, verschiedene Indikatoren zu betrachten. Hierzu gehört der Umfang des Personalaustauschs in den Elitepositionen der Verwaltung. Die in Kapitel 6.2.2 im Detail dargestellten Analysen zur Elitenzirkulation zeigen, dass in der Verwaltungselite im Nationalsozialismus ein umfangreicher, aber kein vollständiger Personalaustausch im Vergleich zur Weimarer Republik stattfand: Von den Spitzenbeamten 1934 war mehr als ein Drittel auch in der Weimarer Republik Mitglied der Verwaltungselite gewesen. Knapp zwei Drittel der Inhaber von Spitzenpositionen in der Verwaltung wurden also ausgetauscht. Auch 1939 waren noch rund 14 Prozent der administrativen Spitzenpositionen in den Reichsministerien mit früheren Spitzenbeamten der Weimarer Republik besetzt, 1944 waren es noch rund fünf Prozent. Betrachtet man die Tiefe der Elitenzirkulation (siehe Kap. 6.3.2) zeigt sich, dass mehr als zwei Drittel (knapp 70 Prozent) der Spitzenbeamten des Jahres 1934 bereits in der Weimarer Republik in der öffentlichen Verwaltung tätig waren. Neun Prozent, also fast jeder zehnte Spitzenbeamte 1934, hatten in der Weimarer Republik Berufserfahrung in der Politik gesammelt. Dieser mit bisherigen Traditionen brechende, relativ hohe Wert unterstreicht schon zu diesem frühen Zeitpunkt des NS-Systems die ausgeprägte Politisierung der Verwaltung. Zu den beiden späteren Erhebungszeitpunkten im Nationalsozialismus prägte sich die Tiefe der Elitenzirkulation im Vergleich zur Weimarer Republik weiter aus, wenngleich die personellen Kontinuitäten zum Vorgängersystem weiterhin hoch blieben. Zum letzten Erhebungszeitpunkt im Nationalsozialismus, im Jahr 1944, befanden sich in der Gruppe der Spitzenbeamten jedoch immer noch mehrheitlich (52,7 Prozent) Personen, die bereits in der Weimarer Republik in der Verwaltung gearbeitet hatten (siehe auch Kap. 6.3.2).

Durch die Besetzung von Leitungspositionen auch unterhalb der Elite mit vergleichsweise jungen Personen, die NSDAP-Mitglieder waren, wurde ein Generationswechsel angestrebt, durch den Beamte mit einer Verwurzelung in den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums und seiner politischen Neutralität durch Jüngere ersetzt werden sollten, die ihre Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung mit dem Vertreten einer Ideologie verbanden.<sup>40</sup> Dies bildet sich auch in unseren Daten ab: Werden die Elitemitglieder in Alterskohorten eingeteilt (jünger als 30 Jahre, 31 bis 35 Jahre, 36 bis 40 Jahre, 41 bis 45 Jahre, 46 bis 50 Jahre, 51 bis 55 Jahre und 56 bis 60 Jahre), zeigt sich der höchste Anteil an NSDAP-Mitgliedern in den Kohorten 31 bis 35 und 41 bis 45 Jahre (mehr als 95 Prozent aller Personen in der Kohorte). In den älteren Kohorten (46 bis 50 und 51 bis 55 Jahre) gehörten zum Erhebungszeitraum 1944 zwischen 80 und 90 Prozent nachweislich der NSDAP an. Dieses Ergebnis auf Reichsebene entspricht auch der Beobachtung von Ruck bei der Untersuchung des Einflusses des Nationalsozialismus auf die Verwaltung in Württemberg: „Nahezu drei von vier Beamten der 1870er Geburtsjahrgänge mochten ihre jahrzehntelang kultivierte Distanz zu jedweder Parteiorganisation weder jetzt noch später aufgeben; von den in der

---

40 Strobel, Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen, S. 110.

anschließenden Dekade geborenen Kollegen entschloß sich nicht einmal jeder zweite zu diesem Schritt.“<sup>41</sup>

Parteiämter wurden durch Verwaltungsmitarbeiter im Nationalsozialismus häufiger und offener als in der Weimarer Republik ausgeübt. Zahlreiche Mitglieder der Verwaltungselite im Nationalsozialismus, wie zum Beispiel Hermann Esser, Konstantin Hierl und Heinrich Himmler, waren auf nationaler Ebene für die NSDAP tätig. Spitzenbeamte wie beispielsweise Roland Freisler, Kurt Daluege und Wilhelm Stuckart arbeiten auf einer untergeordneten Ebene für die NSDAP. Knapp 20 Prozent der Personen, die am 1. September 1934 zur administrativen Elite gehörten, übten bekanntermaßen ein Parteiamt aus. Die realen Zahlen liegen vermutlich höher, da nicht alle entsprechenden Aktivitäten in den von uns ausgewerteten Quellen vermerkt sind und da die Betroffenen nach Kriegsende versuchten, eventuelle Parteiämter innerhalb der NSDAP nicht publik zu machen und zu verbergen. Nicht nur durch die Zahl der NSDAP-Mitgliedschaften, sondern auch durch die aktive Parteiarbeit schon in einer frühen Phase des NS-Regimes zeigt sich, dass vor allem jüngere Beamte eine bereits vorhandene „politische Präferenz, die bis dahin oft aus Sorge vor Nachteilen zurückgestellt worden war, jetzt ohne weiteres offen zeigen [konnten]“.<sup>42</sup>

Die Übernahme politischer Mandate war in der Gruppe der Spitzenbeamten im Nationalsozialismus keine Seltenheit. In der Möglichkeit, gleichzeitig ein hohes Verwaltungsamt innezuhaben und Reichstagsmitglied zu sein, spiegelt sich die für autokratische Systeme typische Auflösung der Grenzen zwischen Politik und Verwaltung wider. Während ihrer Mitgliedschaft in der administrativen Elite des Nationalsozialismus waren zum Beispiel die Staatssekretäre Roland Freisler (Justizministerium), Konstantin Hierl (Reichsarbeitsministerium) und Fritz Reinhardt (Reichsfinanzministerium) sowie die Abteilungsleiter Rudolf Buttman (Reichsinnenministerium), Adolf Schmidt-Bodenstedt (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung) und Anton Reinthaller (Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft) durchgängig Mitglieder des Reichstages. Zu bedenken ist allerdings, dass der Reichstag spätestens ab 1934 trotz der Wahlen 1936 und 1938 keine Macht mehr ausübte. Die machtpolitische Bedeutung dieser Mandate ist daher eher als gering einzustufen.

Unabhängig von Parteiarbeit und -mitgliedschaft zeigt sich bei der Analyse der in Akten dokumentierten politischen Äußerungen, dass sich unter den politisch-administrativen Eliten des Jahres 1934 durchaus noch Personen fanden, die der Weimarer Republik positiv gegenüberstanden hatten. Als Beispiel kann Hjalmar Schacht angeführt werden. Der studierte Wirtschaftswissenschaftler wurde im März 1933 zum Reichsbankpräsidenten ernannt, nachdem er dieses Amt auch schon von Dezember 1923 bis März 1930 innegehabt hatte. Der einstige Demokrat und Mitbegründer der DDP setzte sich vor der Machtergreifung für die Kanzlerschaft Hitlers ein. Er distanzierte sich aber ab November 1937 zunehmend von der nationalsozialistischen Po-

---

41 Ruck, *Korpsgeist und Staatsbewußtsein*, S. 90.

42 Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, S. 41.

litik, da er eine Konsolidierung der Finanzen nicht umsetzen konnte. Aufgrund einer Denkschrift gegen die nationalsozialistische Rüstungs- und Finanzpolitik wurde er im Januar 1939 von Hitler aus seinem Amt als Reichsbankpräsident entlassen und entwickelte eine regimekritische Haltung. Seit Ende der 1930er Jahre hatte er Verbindungen zu Widerstandskreisen. Zwar war er am Attentat des 20. Juli 1944 nicht beteiligt, wurde aber in dessen Folge verhaftet und bis Kriegsende in den Konzentrationslagern Ravensbrück, Flossenbürg und Dachau inhaftiert.<sup>43</sup> Ein anderes Beispiel ist Richard Meyer von Achenbach: Der Diplomat, der in der Weimarer Republik überwiegend als deutscher Gesandter im Ausland eingesetzt wurde und in dieser Position zwangsläufig als persönlicher Vertreter des Systems die Republik mit Worten und Taten nach außen repräsentierte, übernahm im August 1931 die Leitung der Ostabteilung im Auswärtigen Amt. Diese Position konnte er als Kriegsversehrter des Ersten Weltkrieges trotz seines jüdischen Vaters auch nach 1933 noch für einige Zeit halten. 1935 wurde er in den Ruhestand versetzt, 1939 folgte die Emigration nach Schweden.<sup>44</sup> Diese Beispiele untermauern, dass eine frühere unterstützende Haltung zur Weimarer Demokratie nicht zwangsläufig zu einem Ausschluss aus der NS-Elite führen musste. Viel häufiger und typischer ist jedoch der Fall, dass Elitemitglieder des Nationalsozialismus zur Zeit der Weimarer Republik deren politisches System kritisch betrachtet hatten. Dies trifft in besonderem Maße auf die NS-Spitzenbeamten zu, die die NSDAP als „Alte Kämpfer“ bereits in den frühen 1920er Jahren unterstützt hatten. Hierzu gehören unter anderen diejenigen NS-Spitzenbeamten, die am Hitler-Putsch von 1923 beteiligt gewesen waren, wie etwa Albert Ganzenmüller, Hans Hinkel und Friedrich Weber.

Aus der Literatur, die sich mit der Politisierung der Verwaltung in autokratischen Systemen beschäftigt, lassen sich zwei gegensätzliche Hypothesen zur Entwicklung des Umfangs des Personalaustauschs nach dem Systemwechsel ableiten. So besteht Einigkeit darüber, dass in der zentralen Phase der Systemtransformation zunächst ein umfassender Personalaustausch zu erwarten ist, aber nicht darüber, wie es danach weitergeht. Giessing argumentiert, dass davon auszugehen ist, dass der Personalaustausch (also der Umfang der Elitenzirkulation) in autokratischen Systemen im Zeitverlauf aufgrund der Nichtexistenz von freien Wahlen und Regierungswechseln rasch geringer wird. Nach einem anfänglichen Austausch sei nur noch von einer „gemäßigten Zirkulation und Fluktuation von Personen“<sup>45</sup> auszugehen, die aus einer Verstetigung des politischen Systems im Zeitverlauf resultiere. Aus der Literatur zur Polykratie<sup>46</sup> könnte jedoch auch genau das Gegenteil geschlussfolgert werden,

---

43 PAE-proso-Datensatz. Für die Codierung des Falls wurden öffentlich zugängliche biografische Materialien sowie BArch, R 2501/20700 und R 9361-II/876696 ausgewertet.

44 PAE-proso-Datensatz. Siehe auch [https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0011/adr/admr/kap1\\_1/para2\\_174.html](https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0011/adr/admr/kap1_1/para2_174.html) (aufgerufen am 28.1.2024).

45 Giessing, *Deutsche Eliten im 20. Jahrhundert*, S. 295.

46 Bracher/Sauer/Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*; Bernhard Gotto: *Polykratische Selbststabilisierung. Mittel- und Unterinstanzen in der NS-Diktatur*, in: Rüdiger Hachtmann (Hg.): *Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur* (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 22), Göttingen 2006, S. 28–50; Hüttenberger, *Nationalsozia-*

nämlich dass es eine Strategie der politischen Machthaber sein kann, die Verwaltung zu kontrollieren und deren Einflussbereich zu begrenzen – und zwar nicht nur indem konkurrierende Ämter und Positionen geschaffen werden, sondern auch, indem Leitungspositionen in der Verwaltung nicht zu lange mit derselben Person besetzt bleiben und dadurch gezielt eine den Einfluss der Verwaltung begrenzende Elitenzirkulation in der Verwaltung erzeugt wird.

Vergleich man den Umfang der Elitenzirkulation zu den drei Messzeitpunkten im Nationalsozialismus, so zeigt sich, dass 73 Prozent der am 1. September 1939 im Amt befindlichen Politiker bereits fünf Jahre zuvor Elitemitglieder gewesen waren. Bei den Beamten hingegen war die personelle Kontinuität deutlich geringer: Nur ein reichliches Drittel von ihnen (36 Prozent) war zum Messzeitpunkt 1934 ebenfalls Teil der Verwaltungselite gewesen, rund 64 Prozent waren neu. Dies war vor allem eine Folge der Expansion der Reichsministerien. Neuernennungen fanden in neu geschaffenen Abteilungen der Ministerien sowie in den neu geschaffenen Ministerien statt.<sup>47</sup> Zum Messzeitpunkt 1944 war die Kontinuität in beiden Teileliten höher: 83 Prozent der Politiker und 46 Prozent der Spitzenbeamten der 1944er Kohorte waren auch zum Messzeitpunkt 1939 Teil der Elite gewesen. Der Personalaustausch beziehungsweise Umfang der Elitenzirkulation war in der Verwaltungselite des Nationalsozialismus also höher als unter den NS-Exekutivpolitikern. Diese Beobachtung eines höheren Umfangs der Elitenzirkulation unter Spitzenbeamten als unter Exekutivpolitikern im Nationalsozialismus wird auch in der durchschnittlichen Gesamtdauer der Elitemitgliedschaft reflektiert. Diese Gesamtdauer wird für Spitzenbeamte im Laufe des Nationalsozialismus immer geringer: Für die Kohorte 1934 liegt die Gesamtdauer der Elitemitgliedschaft bei durchschnittlich 8,8 Jahren. 1939 reduziert sich dieser Wert auf acht Jahre, und im Jahr 1944 liegt er bei 6,1 Jahren.<sup>48</sup> Auch der Median der Gesamtdauer der Elitemitgliedschaft sinkt in diesem Zeitraum, von 8,6 im Jahr 1934 über 7,4 im Jahr 1939 auf 5,3 im Jahr 1944.<sup>49</sup> Für die NS-Politiker hingegen ist die durchschnittliche Gesamtdauer der Elitemitgliedschaft erstens zu allen drei Messzeitpunkten höher als für die Beamten und verändert sich zweitens zwischen den Messzeitpunkten

---

listische Polykratie; Martin Broszat: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984.

47 Strobel, Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen, S. 100.

48 Bastian Strobel/Simon Scholz-Paulus/Stefanie Vedder/Sylvia Veit: Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1934. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 4, Kassel 2021; Bastian Strobel/Simon Scholz-Paulus/Stefanie Vedder/Sylvia Veit: Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1939. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 5, Kassel 2021; Bastian Strobel/Simon Scholz-Paulus/Stefanie Vedder/Sylvia Veit: Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1944. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 6, Kassel 2021.

49 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1934, S. 20; Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1939, S. 21; Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1944, S. 21.

kaum.<sup>50</sup> Die Vermutung Giessings, dass der Personalaustausch nach dem Systemwechsel rasch geringer wird, lässt sich mit unseren Daten für das NS-System für Politiker, jedoch für Spitzenbeamten nur bedingt bestätigen. Deren Fluktuation ist deutlich höher.<sup>51</sup> Zu beachten ist bei der Interpretation dieser Zahlen, dass bei einer Systemdauer von etwas über zwölf Jahren und einer großangelegten Umgestaltung des politisch-administrativen Systems sowie unter Berücksichtigung des Krieges der Begriff der „Etablierung“ eines Systems, den Giessing in diesem Kontext nutzt, kritisch gesehen werden muss. Vielmehr könnten das „wuchernde ] Dickicht konkurrierender Instanzen“<sup>52</sup> von (Sonder-)Behörden, ihre Verquickung mit Parteistellen und unübersichtliche Kommunikationswege nach einer Phase der „innen- und außenpolitischen Stabilisierung bis etwa 1937/39“<sup>53</sup> für eine innere Verunsicherung von zentralen Entscheidungsträgern und eine Unbeständigkeit des Systems hinter einer „Fassade des Ordnungsstaates“<sup>54</sup> sprechen. Eine solche Verbindung dynamischer Organisationsentwicklungen, undurchsichtiger Kompetenzverteilungen und personenbezogener Politik spricht eher für eine höhere Zirkulation und Fluktuation des Spitzenpersonals in der Verwaltung, wie wir sie auch empirisch in der Tendenz beobachten können.

Strobel analysierte auf Basis des PAE-proso-Datensatzes Ressortunterschiede in der Politisierung zu den drei Messzeitpunkten 1934, 1939 und 1944. Er erstellte hierfür einen Politisierungsindex<sup>55</sup> und verglich die Mittelwerte des Politisierungsindex für die Ressorts mit Hilfe einer einfaktoriellen Varianzanalyse. Weiterhin führte er eine hierarchische Clusteranalyse durch, um zu prüfen, inwiefern sich verschiedene Ressorts zu „Politisierungsclustern“ zusammenfassen lassen.<sup>56</sup> Seine Analyse kommt zu zwei zentralen Ergebnissen: Erstens steigt der Gesamtmittelwert des Politisierungsindex vor allem zwischen den beiden Messzeitpunkten 1934 und 1939 an, während zwischen 1939 und 1944 nur ein sehr geringer weiterer Anstieg zu beobachten ist.<sup>57</sup> Dies deckt sich weitgehend mit unseren Analysen auf Basis von Daten zum Umfang der Elitenzirkulation und zu politischen Aktivitäten der Spitzenbeamten. Zweitens lassen sich Cluster hochpolitisierter Ressorts von Clustern weniger stark politisierter Ressorts unterscheiden. Es zeigt sich, dass im Cluster mit einem hohen Politisierungsgrad vor allem jene Ressorts zu finden sind, die ideologisch wichtige Themen bearbeiteten, wie zum Beispiel das Reichsministerium des Innern, das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung oder das Reichsministerium für

---

50 Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1934, S. 20; Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1939, S. 21; Strobel/Scholz-Paulus/Vedder/Veit, Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1944, S. 21.

51 Vgl. auch Lang, Die Verwaltungselite in Deutschland und Frankreich 1871–2000, S. 196.

52 Frei, Der Führerstaat, S. 84; vgl. auch Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, S. 421.

53 Benz, Konsolidierung und Konsens 1934–1939, S. 48.

54 Benz, Konsolidierung und Konsens 1934–1939, S. 52.

55 Strobel, Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen, S. 36.

56 Strobel, Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen, S. 69.

57 Strobel, Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen, S. 99 und 122.

Volksaufklärung und Propaganda.<sup>58</sup> Im Cluster mit einem vergleichsweise niedrigen Politisierungsgrad sind eher technische Ressorts, in denen eine hohe Fachexpertise wichtig war, zu finden – wie das Reichsverkehrsministerium oder das Reichspostministerium.<sup>59</sup> Dies sind auch jene Ministerien, in denen in der Bundesrepublik ab 1949 in besonders hohem Umfang auf erfahrenes Personal aus der NS-Verwaltung zurückgegriffen wurde (siehe Kap. 6.3.3).

### 8.3 Politisierung der Verwaltung in der Bundesrepublik: Variationen und Trends

Die Politisierung der Verwaltung ist kein Phänomen, welches auf autokratische Staaten beziehungsweise Systeme beschränkt ist. Während in autokratischen Systemen die Politisierung der Verwaltung besonders weitreichend ist und eine umfangreiche Kontrolle, Steuerung und Instrumentalisierung der Verwaltung durch die politischen Machthaber beinhaltet, wird für Demokratien im Idealfall davon ausgegangen, dass die politische Kontrolle der Verwaltung klaren institutionellen Schranken unterliegt, die von beiden Seiten akzeptiert werden. Politik und Verwaltung sind also strikter voneinander getrennt. Dennoch gibt es auch in Demokratien das Phänomen der Politisierung der Verwaltung, dessen Beschreibung und Messung Gegenstand zahlreicher politik- und verwaltungswissenschaftlicher Forschungsarbeiten ist.<sup>60</sup> Ursächlich hierfür ist die Beobachtung, dass insbesondere in den politiknahen Ministerien und zentralen Behörden eine gewisse politische Responsivität, auch funktionale Politisierung genannt, notwendig ist, um die dort typischerweise anfallenden Aufgaben wie beispielsweise die Vorbereitung eines Gesetzentwurfes überhaupt erledigen zu können.<sup>61</sup> Auch wird in der Literatur beschrieben, dass für Beförderungen und insbesondere für die Besetzung von Leitungspositionen in vielen Ländern (partei-)politische Erwägungen und die persönliche Loyalität – und

---

58 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 70, 191, 123.

59 Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*, S. 70, 191, 123.

60 Vgl. unter anderem B. Guy Peters/Jon Pierre: *Politicization of the civil service in comparative perspective. The quest for control*, London/New York 2004; Tobias Bach: *Top Officials' Careers and the Relationship between Politics and Administration*, in: *NISPAcee Journal of Public Administration and Policy* 13 (2020), H. 2, S. 35–48; Carl Dahlström/Birgitta Niklasson: *The Politics of Politicization in Sweden*, in: *Public Administration* 91 (2013), H. 4, S. 891–907; Jørgen Grønnegaard Christensen/Robert Klemmensen/Niels Opstrup: *Politicization and the Replacement of Top Civil Servants in Denmark*, in: *Governance* 27 (2014), H. 2, S. 215–241.

61 John Alford/Jean Hartley/Sophie Yates/Owen Hughes: *Into the Purple Zone. Deconstructing the Politics/Administration Distinction*, in: *The American Review of Public Administration* 47 (2017), H. 7, S. 752–763; Hustedt/Salomonsen, *Ensuring political responsiveness: politicization mechanisms in ministerial bureaucracies*; Veit/Fromm/Ebinger, „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten; Ebinger/Veit/Fromm, *The partisan-professional dichotomy revisited: Politicization and decision-making of senior civil servants*; Jana Marleen Walter: *Funktionale Politisierung als informelle Institution. Eine „Grounded Typology“ politikzentrierter Handlungsentscheidungen (Interdisziplinäre Organisations- und Verwaltungsforschung)*, Wiesbaden 2023; Derlien/Mayntz, *Party Patronage and Politicization of the West German Administrative Elite 1970–1987*.

nicht nur rein leistungsbezogene Kriterien – empirisch eine Rolle spielen.<sup>62</sup> Die von Wilson und Weber geprägte Vorstellung einer klaren Trennung von Politik und Verwaltung verbunden mit der Idee einer völlig unpolitischen Verwaltung gilt deshalb heute als nicht realitätsnah.<sup>63</sup>

Für die Bundesrepublik Deutschland liegen verschiedene Studien zur Politisierung der Verwaltung vor. Diese basieren zum einen auf Interviews oder Survey-Daten und zum anderen auf prosopografischen Auswertungen. Der erstgenannte Zugang wurde im Zuge der *Comparative Elite Studies*<sup>64</sup> sowie der PAE-Studien<sup>65</sup> genutzt, um die weitreichende funktionale Politisierung des Leitungspersonals in der bundesdeutschen Ministerialbürokratie sowie den vergleichsweise hohen Anteil an Parteimitgliedern in diesen Positionen zu beschreiben. Eine neuere, ebenfalls auf Interviews basierende Studie belegt, dass die funktionale Politisierung nicht nur Führungskräfte betrifft, sondern bereits auf der Arbeitsebene der Bundesministerien eine wichtige Rolle spielt.<sup>66</sup> Prosopografische Auswertungen wurden in der Vergangenheit vor allem von Hans-Ulrich Derlien vorgelegt. Derlien hatte über viele Jahre hinweg biografische Daten ausgewertet und einen Datensatz zu den politisch-administrativen Eliten in Bundesministerien für den Zeitraum 1949 bis 1999 angelegt. Dieser Datensatz enthielt unter anderem Informationen zur Parteimitgliedschaft, zu Parteiämtern und politischen Mandaten, die Spitzenbeamt:innen im Laufe ihres Lebens innehatten. Derlien<sup>67</sup> zeigt für den Zeitraum 1949 bis 1999, dass nur eine Minderheit der Spitzenbeamt:innen in den Bundesministerien in ihrer Vita politische Mandate auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene vorweisen kann. Dabei treten Unterschiede zwischen Staatssekretär:innen und Abteilungsleiter:innen auf: Erstere weisen deutlich häufiger parteipolitische Bezüge auf als Letztere. Derliens Studien zeigen auch, dass ein Personalaustausch von Spitzenbeamt:innen nach Regierungswechseln (häufig verbunden mit der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand) in den ersten fünfzig Jahren

---

62 Vgl. zum Beispiel Laurenz Ennser-Jedenastik: Political Control and Managerial Survival in State-Owned Enterprises, in: *Governance* 27 (2014), H. 1, S. 135–161; Laurenz Ennser-Jedenastik: The party politicization of administrative elites in the Netherlands, in: *Acta Politica* 51 (2016), H. 4, S. 451–471; Bach/Veit, The Determinants of Promotion to High Public Office in Germany; Katarina Staronova/Marek Rybar: Personal or Party Roots of Civil Service Patronage? Ministerial Change Effects on the Appointments of Top Civil Servants, in: *Administration & Society* 53 (2021), H. 5, S. 651–679.

63 Jann/Veit, *Politics and Administration in Germany*.

64 Aberbach/Rockman/Putnam, Bureaucrats and politicians in western democracies; Derlien/Mayntz, Party Patronage and Politicization of the West German Administrative Elite 1970–1987.

65 Schwanke/Ebinger, Politisierung und Rollenverständnis der deutschen Administrativen Elite 1970 bis 2005; Ebinger/Jochheim, Wessen loyale Diener?; Ebinger/Lux/Kintzinger/Garske, Die Deutsche Verwaltungselite der Regierungen Brandt bis Merkel II; Falk Ebinger/Sylvia Veit/Bastian Strobel: Role Models in the Senior Civil Service: How Tasks Frame the Identification of Senior Bureaucrats with Active and Reactive Roles, in: *International Journal of Public Administration* 45 (2022), H. 14, S. 991–1002; Beneke/Döhler/Ebinger/Veit, 50 Jahre Forschungsprojekt ‚Politisch-Administrative Elite‘.

66 Walter, Funktionale Politisierung als informelle Institution.

67 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, S. 305–306.

der Bundesrepublik häufig war<sup>68</sup> und dass eine Parteimitgliedschaft unter Spitzenbeamt:innen weit verbreitet<sup>69</sup> ist.

Mit dem PAE-proso-Datensatz können ähnliche Untersuchungen wie jene Derliens für einen längeren Zeitraum durchgeführt und durch weitere Analysen ergänzt werden. Dabei werden im Folgenden zwei Messgrößen im Mittelpunkt stehen, die besonders aussagekräftig sind. Dies sind erstens die Messung des Umfangs und der Tiefe der Elitenzirkulation in der Bundesministerialverwaltung im Vergleich der Legislaturperioden und zweitens die Messung einer karrierebezogenen Politikinähe der Spitzenbeamt:innen. Daten zur Parteimitgliedschaft wurden im PAE-proso-Datensatz ebenfalls erfasst. Wir halten diese aber für wenig aussagekräftig, da eine Parteimitgliedschaft in der Bundesrepublik als Privatangelegenheit gilt und nicht in Personalakten erfasst wird. Auch gibt es keine Policy, die vorschreibt, dass Spitzenbeamt:innen ihre Parteimitgliedschaft offenlegen müssen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass wir mit unserer Auswertungsmethodik nicht alle Parteimitglieder erfassen können.

### 8.3.1 Umfang und Tiefe der Elitenzirkulation in der Bundesrepublik in zeitlicher Perspektive

Der Umfang der Elitenzirkulation wird definiert als der Anteil der Personen zu einem Zeitpunkt X, die zu einem vorherigen Zeitpunkt Y nicht Mitglied der betrachteten Elitengruppe waren. Er kann auch als ‚Personalaustauschquote‘ bezeichnet werden. Um die Entwicklung innerhalb der Bundesrepublik nachzuzeichnen, haben wir in einem ersten Schritt die Personalaustauschquote unter Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen im Vergleich zur jeweils vorherigen Legislaturperiode berechnet (siehe Abb. 33). Für die erste Legislaturperiode wurde die Personalaustauschquote im Vergleich zum Nationalsozialismus berechnet, die sehr hoch war. Klammert man diese Sondersituation aus, so zeigt sich im Verlauf der Entwicklung der Bundesrepublik keine lineare Entwicklung der Personalaustauschquote. Diese schwankt zwischen den Legislaturperioden.

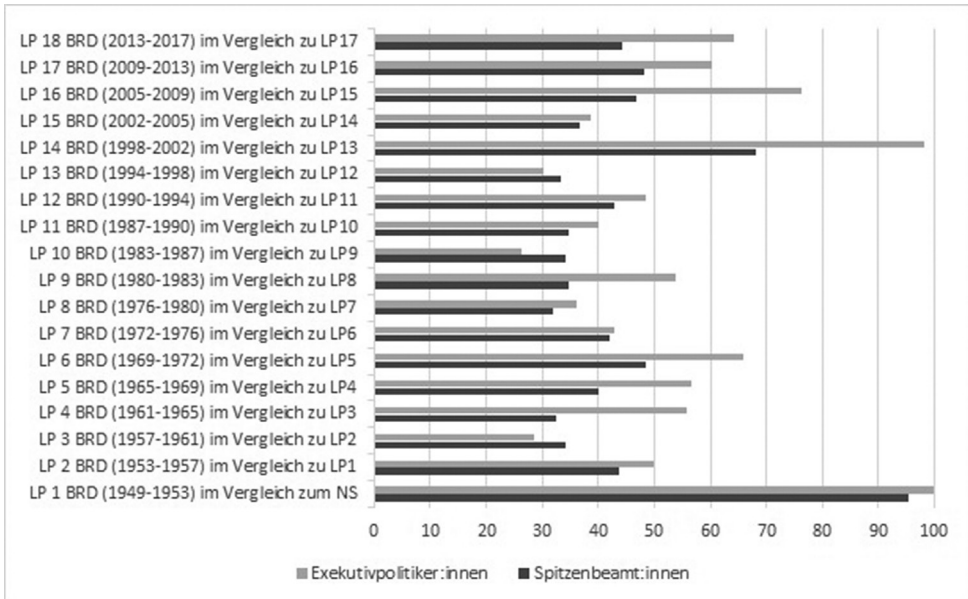
Die Höchstwerte sowohl für Exekutivpolitiker:innen als auch für Spitzenbeamt:innen im Untersuchungszeitraum bis LP 18 finden sich in LP 14, also in der ersten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Dieser „echte Regierungswechsel“, bei dem keine der vorherigen Koalitionsparteien weiterhin mitregierte, sticht somit deutlich heraus. Bundesminister:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen wurden vollständig ausgetauscht. Der einzige Exekutivpolitiker, der in beiden Legislaturperioden (zumindest teilweise) Teil der Elite war, ist Bundespräsident Roman Herzog. Dieser war vom 1. Juli 1994 bis zum 30. Juni 1999 im Amt.

---

68 Derlien, Personalpolitik nach Regierungswechseln.

69 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, S. 318.

Abb. 33 Personalaustauschquote der PAE in der Bundesrepublik



Anmerkung: Die Personalaustauschquote ist der Anteil der Spitzenbeam:innen beziehungsweise Exekutivpolitiker:innen einer Legislaturperiode, die in der vorherigen LP (beziehungsweise bei LP 1 im Nationalsozialismus) nicht Mitglied der betrachteten Elitengruppe waren. Quelle: PAE-proso-Datensatz

Bei den Spitzenbeam:innen ist die Personalaustauschquote mit rund 68 Prozent ebenfalls hoch, wenngleich deutlich geringer als bei den Exekutivpolitiker:innen. Dies hat unterschiedliche Ursachen. Erstens wird gerade auf Ebene der Abteilungsleitungen die Expertise der Amtsinhaber:innen geschätzt, was dazu führt, dass diese teils trotz Minister:innen- oder Regierungswechsels im Amt bleiben. Zweitens war es nach 16 Jahren in der Opposition für die Minister:innen der SPD und der Grünen teils schwer, geeignete – also verwaltungserfahrene, führungserfahrene, fachlich kompetente und parteipolitische loyale – Kandidat:innen für die Spitzenbeam:innenpositionen zu finden. So blieb nach dem Regierungswechsel 1998 ein Teil der politischen Beam:innen zunächst im Amt. Einige von ihnen wurden später im Laufe der Legislaturperiode ausgetauscht, andere blieben über die gesamte Legislaturperiode hinweg im Amt.<sup>70</sup> Insgesamt war knapp ein Drittel der Spitzenbeam:innen sowohl in LP 13 als auch in LP 14 Mitglied der Verwaltungselite (siehe Abb. 33). Dies betraf fast

70 Vgl. auch Ebinger/Jochheim, Wessen loyale Diener? Wie die große Koalition die deutsche Ministerialbürokratie veränderte, S. 333. Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden sind unsere Zahlen zur Personalaustauschquote und die Zahlen von Ebinger und Jochheim (2009) nicht identisch.

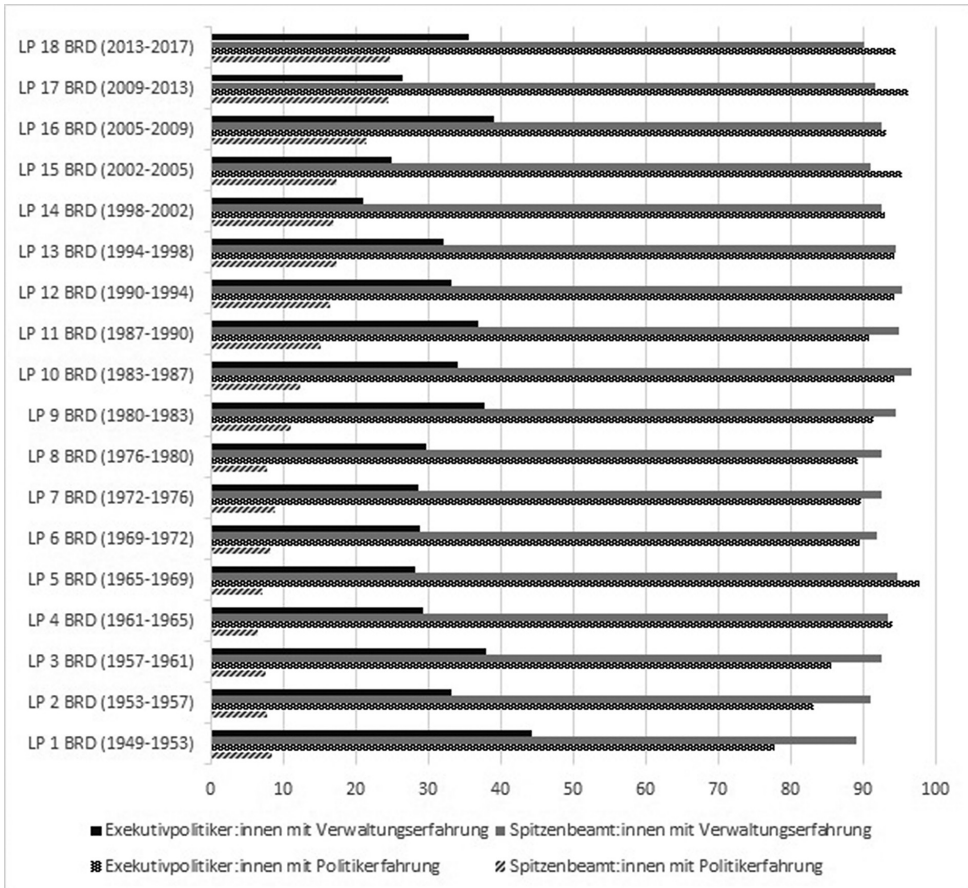
ausschließlich die Abteilungsleitungsebene. Als einziger beamteter Staatssekretär war Peter Wichert in beiden Legislaturperioden im Amt: Wichert war zwischen 1991 bis 2000 und anschließend noch einmal von 2005 bis 2009 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Zusätzlich gab es einige wenige Personen, die unter Kohl Abteilungsleitungen innehatten und unter Schröder Staatssekretäre wurden. Ein Beispiel hierfür ist Axel Gerlach, ab 1995 Leiter der Zentralabteilung im Bundeswirtschaftsministerium und ab 1999 beamteter Staatssekretär im selben Haus.

Die niedrigste Personalaustauschquote der Spitzenbeamten:innen verzeichnen wir mit 32 Prozent für die achte Legislaturperiode, also für die zweite Amtszeit von Helmut Schmidt. Kaum höher war die Personalaustauschquote in der dritten und vierten Amtszeit von Konrad Adenauer, in der dritten Amtszeit von Helmut Schmidt und unter Helmut Kohl (mit Ausnahme der LP 12, also nach der Vereinigung). Auffällig ist, dass unter Bundeskanzlerin Merkel die Personalaustauschquote stets deutlich über 40 Prozent lag, teils nahe an der 50-Prozent-Marke. Dies hat vermutlich weniger mit den seit 2005 amtierenden Regierungen zu tun, sondern ist Ausfluss einer zunehmenden Personalisierung von Politik, die dazu führt, dass die persönliche Loyalität von Spitzenbeamten:innen bedeutsam ist, möglicherweise sogar wichtiger als deren Parteibuch. Spitzenbeamten:innen werden also zunehmend häufiger auch dann ausgetauscht, wenn alte und neue Minister:innen dasselbe Parteibuch haben.

In einem nächsten Analyseschritt wurde die Tiefe der Elitenzirkulation mit Fokus auf die Sektoren Politik und Verwaltung untersucht. Aus einer Politisierungsperspektive ist dabei insbesondere interessant, wie sich der Anteil der Spitzenbeamten:innen mit Berufserfahrung im politischen Sektor entwickelt hat. Abbildung 34 verdeutlicht, dass der Anteil der Spitzenbeamten:innen mit beruflicher Erfahrung im politischen Sektor vor Eliteeintritt im Zeitverlauf gestiegen ist. War deren Anteil in den ersten acht Legislaturperioden des Deutschen Bundestages durchgängig einstellig (meist rund acht Prozent mit leichten Schwankungen nach unten oder oben), so setzte ab der neunten Legislaturperiode ein fast kontinuierlicher Anstieg ein. In den letzten beiden hier untersuchten Legislaturperioden lag der Anteil der Spitzenbeamten:innen mit vorheriger Berufserfahrung im politischen Sektor bei knapp 25 Prozent. Dies deutet auf eine zunehmende Vermischung politischer und administrativer Karrieren hin, die zu Beginn der 1980er Jahre begann und als Anzeichen für eine wachsende Politisierung der Spitzenpositionen in der Verwaltung gewertet werden kann. Dabei ist es charakteristisch, dass die Spitzenbeamten:innen mit politischer Erfahrung häufig auch Erfahrung in der Verwaltung vorweisen können. Bei der politischen Erfahrung handelt es sich beispielsweise um temporäre Abordnungen an eine Fraktion im Parlament, um Tätigkeiten im Abgeordnetenbüro oder um berufliche Tätigkeiten innerhalb des Parteiapparates und nur selten um eigene Erfahrung als gewählter Politiker:in (siehe Kap. 7.3.2).

Die Vermischung politischer und administrativer Karrieren findet auch in umgekehrter Richtung statt, allerdings mit einer anderen Dynamik im Zeitverlauf. Exekutivpolitiker:innen mit Verwaltungserfahrung gab es in der Bundesrepublik – wie auch schon in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus – durchgängig in nicht unerheblichem Ausmaß: die Werte schwanken zwischen 21,1 Prozent (LP 14)

Abb. 34 Tiefe der Elitenzirkulation in der Bundesrepublik im Vergleich der Legislaturperioden



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Verwaltungserfahrung umfasst jegliche Form einer hauptberuflichen Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung vor dem erstmaligen Eintritt in eine Eliteposition. Politikererfahrung umfasst jegliche Form einer hauptberuflichen Tätigkeit im politischen Sektor (als Politiker:in oder als Mitarbeiter:in einer Partei oder als Mitarbeiter:in im Parlament, zum Beispiel als Fraktionsmitarbeiter:in oder Mitarbeiter:in von Abgeordneten) vor dem erstmaligen Eintritt in eine Eliteposition. Eine methodische Einschränkung ergibt sich daraus, dass Missings zu Karrierepositionen in dieser Auswertung unbeachtet blieben. Für die meisten Fälle konnten ausführliche Informationen zu den Karrierewegen rekonstruiert werden. Es gibt im PAE-proso-Datensatz nur einen Fall mit vollständig fehlenden Angaben zur Sektorserfahrung, der für die Auswertung in dieser Tabelle aber keine Rolle spielt, da es sich um ein DDR-Elitemitglied handelt. Einige Fälle enthalten unvollständige Karriereangaben, in allen Fällen war dann aber zumindest die Verwaltungserfahrung in Vorpositionen rekonstruierbar. Quelle: PAE-proso-Datensatz

und 44,4 Prozent (LP 1). Eine lineare Entwicklung ist nicht zu erkennen, stattdessen schwanken die Werte zwischen den Legislaturperioden in unterschiedliche Richtungen. Vergleichsweise geringe Werte finden wir unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Generell sind die Anteile der Exekutivpolitiker:innen mit Verwaltungserfahrung unter SPD-Kanzlern etwas geringer als unter CDU-Kanzler:innen. Dass ehemalige Verwaltungsbedienstete in politische Spitzenämter gelangen, hat in Deutschland eine lange Tradition. Bereits im Kaiserreich wurden „Ministerposten und Staatssekretariate [...] überall in Deutschland in der Regel an meistens sehr gut qualifizierte Karrierebeamte vergeben. Insofern erwuchs aus dem höheren Dienst die regierende Schicht.“<sup>71</sup> Diese Traditionslinie wirkt demnach trotz der Herausbildung von Berufspolitiker:innen bis heute fort, wenngleich ehemalige Beamte:innen anders als in der Spätzeit der Monarchie heute nicht mehr die Mehrheit der Exekutivpolitiker:innen stellen.

Echte Seiteneinstiege in PAE-Positionen sind in beiden Teileliten eher selten. Unter den Exekutivpolitiker:innen lag der Anteil der Personen ohne vorherige Politikerfahrung seit Beginn der 1980er Jahre kontinuierlich unter zehn Prozent, teils sogar bei unter fünf Prozent (siehe Abb. 34). In der Verwaltungselite lag der Anteil der Spitzenbeamte:innen ohne vorherige Verwaltungserfahrung durchgängig unter zehn Prozent, mit Ausnahme der ersten Legislaturperiode, in welcher der Wert knapp über zehn Prozent lag. Ein typisches Beispiel für einen Spitzenbeamten dieser Gruppe aus der jüngeren Zeit ist Thorben Albrecht. Der 1970 in Lüneburg geborene Albrecht absolvierte nach Ende seines Studiums verschiedene Karrierestationen bei der SPD, unter anderem zuletzt als Leiter der Abteilung für politische Planung und Analysen der SPD, sowie im Gewerkschaftsbereich, bevor er im Januar 2014 Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde. Die damalige Ministerin Andrea Nahles kannte er bereits aus früheren Karrierestationen und insbesondere aus seiner Zeit als Büroleiter von Nahles während ihrer Zeit als Generalsekretärin der SPD.

### 8.3.2 Karrierebezogene Politiknähe der Verwaltungseliten in der Bundesrepublik in zeitlicher Perspektive

Nachdem im vorherigen Unterkapitel Umfang und Tiefe der Elitenzirkulation in der Bundesrepublik in beiden Teileliten im Vergleich zwischen den Legislaturperioden dargestellt wurden, liegt der Fokus dieses Unterkapitels ausschließlich auf der Verwaltungselite. Im Mittelpunkt steht die Frage, in welchen Positionen Spitzenbeamte:innen vor ihrer Ernennung Erfahrungen mit der Politik gesammelt haben und wie sich die Häufigkeit unterschiedlicher ‚Erfahrungstypen‘ in der Verwaltungselite im Zeitverlauf entwickelt. Der Fokus liegt also auf der karrierebezogenen Messung von Politisierung.<sup>72</sup> Politisierung wird hier in Anlehnung an Peters<sup>73</sup> verstanden als die

---

71 Fenske, Bürokratie in Deutschland, S. 12.

72 Bach, Top Officials' Careers and the Relationship between Politics and Administration; Bach/Veit, The Determinants of Promotion to High Public Office in Germany.

73 Peters/Pierre, Politicization of the civil service.

zunehmende Bedeutung politischer Kriterien bei der Besetzung von leitenden Verwaltungspositionen. Um Politisierung zu messen, werden vier Typen politischer Erfahrung, die Spitzenbeamt:innen in früheren Karrierestadien gesammelt haben können, unterschieden. Zentral ist dabei die grundlegende Differenzierung zwischen *frontstage political experience* (FPE) und *backstage political experience* (BPE).<sup>74</sup>

FPE umfasst die Wahrnehmung politischer Mandate, also eigene Erfahrung als gewählte:r Politiker:in. Subtyp FPE-a umfasst politische Mandate auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene, also Tätigkeiten als Parlamentarier:in auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene sowie eventuelle frühere Positionen als Regierungschef:in, Minister:in, Parlamentarische:r Staatssekretär:in oder EU-Kommissar:in. Auch vergleichbare Positionen im Ausland fallen in diese Kategorie. Subtyp FPE-b umfasst nebenberufliche Mandate auf kommunaler Ebene.

BPE bezieht sich auf Berufserfahrung in politiknahen Positionen, ohne selbst Politiker:in zu sein. Subtyp BPE-a beinhaltet entsprechende Positionen in der Legislative und bei Parteien sowie parteinahen Stiftungen. Dazu gehören beispielsweise Positionen als Fraktionsmitarbeiter:in, als Mitarbeiter:in eines oder einer Abgeordneten, berufliche Positionen in der Bundesgeschäftsstelle einer Partei oder Referent:innen-tätigkeiten für eine politische Stiftung wie die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU-nah), die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-nah) oder andere. Subtyp BPE-b umfasst politiknahe Positionen in der öffentlichen Verwaltung, die keine Elitepositionen sind. Typisch sind hier Tätigkeiten im Ministerbüro oder im Leitungsstab eines Ministeriums sowie Positionen als persönliche Referent:innen von Minister:innen oder Staatssekretär:innen auf Bundes- oder Landesebene. Auch Positionen im Bundeskanzleramt oder in einer Staatskanzlei fallen in diese Kategorie.

Für die empirische Messung der vier Typen politischer Erfahrung wurde der PAE-proso-Teildatensatz für die Verwaltungselite der Bundesrepublik so umcodiert, dass jede neue Eliteposition in der Verwaltung einen Fall bildet. Spitzenbeamt:innen, die zwei oder mehr unterschiedliche Positionen in der Verwaltungselite der Bundesrepublik innehatten, tauchen in diesem Datensatz also mehrfach auf, da die Ernennungen in die jeweiligen Positionen zu unterschiedlichen Zeiten stattfanden. Der umcodierte PAE-proso Teildatensatz für die Verwaltungselite der Bundesrepublik („Ernennungsdatensatz“) umfasst 2.145 Fälle (Ernennungen).

Im Ergebnis der deskriptiven Analyse (siehe Abb. 35) zeigt sich bei den Spitzenbeamt:innen eine im Zeitverlauf stark zunehmende Verbreitung von BPE. Die persönliche Erfahrung als Politiker:in vor der Ernennung als Spitzenbeamte:r (FPE) bleibt hingegen durchgängig auf einem niedrigen Niveau. Dies gilt für beide Subtypen von FPE.

In Bezug auf BPE ist vor allem der Subtyp BPE-b, also vorherige berufliche Positionen in politiknahen Bereichen der Exekutive, weit verbreitet. Der Anteil der Spitzenbeamt:innen mit diesem Hintergrund lag in den ersten sieben Legislaturperioden

---

74 Sylvia Veit/Stefanie Vedder: Measuring civil service politicization with career data: Backstage and frontstage political experience of top civil servants in the German ministerial administration, in: Public Administration (2023), Online First: <https://doi.org/10.1111/padm.12967>.

stets unter 30 Prozent und ist seit den 2000er Jahren auf Werte über 50 Prozent angestiegen. Subtyp BPE-a gab es aufgrund der historischen Entwicklung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik kaum. Über die Zeit ist ein Anstieg zu beobachten, in den letzten drei Legislaturperioden unserer Studie (LP 16 bis LP 18) lag hier der Anteil über 20 Prozent. Zahlreiche Spitzenbeamt:innen können beide Typen politischer Erfahrung in Backstage-Positionen (BPE) in ihrer Vita vorweisen. Die Gesamtwerte für BPE lagen seit LP 16 stets über 60 Prozent. Dabei zeigen sich klare Unterschiede zwischen beamteten Staatssekretär:innen und Abteilungsleiter:innen: Politische Erfahrung jeglicher Form ist unter den Inhaber:innen der höchsten Verwaltungsposition in Deutschland, den beamteten Staatssekretär:innen, verbreiteter als unter den Spitzenbeamt:innen der zweiten hierarchischen Ebene, den Abteilungsleiter:innen. In besonderem Maße gilt dies für FPE, also für die persönliche Erfahrung als gewählter Politiker:in.<sup>75</sup>

Insgesamt zeigt die hier vorgestellte Analyse der karrierebezogenen Politiknähe von Spitzenbeamt:innen, dass sich diese im Zeitverlauf verändert hat. Zwar bleibt die bereits von Derlien beschriebene weitgehende Trennung der Karrieren von Politiker:innen und Beamt:innen in dem Sinne erhalten, dass frühere Berufspolitiker:innen nur selten in Spitzenpositionen der Verwaltung gelangen.<sup>76</sup> Gleichzeitig wird aber deutlich, dass Spitzenbeamt:innen heute überwiegend und in deutlich stärkerem Maße als früher auf Karrieren zurückblicken, die politiknahe Positionen – etwa als persönlicher Referent:in, als Mitarbeiter:in des Ministerbüros, als Fraktionsmitarbeiter:in oder als Mitarbeiter:in der Parteizentrale – beinhalten. Dies bestätigt empirisch und auf einer erweiterten Datenbasis das, was Goetz<sup>77</sup> und Schröter<sup>78</sup> bereits für die 1990er und frühen 2000er Jahre als verbreiteten Karrierepfad von Spitzenbeamt:innen in Deutschland beschrieben haben. Die hohe Bedeutung von BPE reflektiert die Anforderungen, die an Spitzenbeamt:innen gestellt werden, die in einem hochpolitischen Umfeld agieren. Die zunehmende Personalisierung und Medialisierung der Politik<sup>79</sup> und die Veränderungen im deutschen Parteiensystem<sup>80</sup> spiegeln sich auch in der Arbeit der Spitzenbeamt:innen wider. Konnten sie früher oft im Hintergrund als „zweiter Mann“ (oder seltener als „zweite Frau“) agieren, stehen vor allem die

---

75 Veit/Vedder, Measuring civil service politicization with career data.

76 Hans-Ulrich Derlien: Mandarins or Managers? The Bureaucratic Elite in Bonn, 1970 to 1987 and Beyond, in: *Governance* 16 (2003), H. 3, S. 401–428.

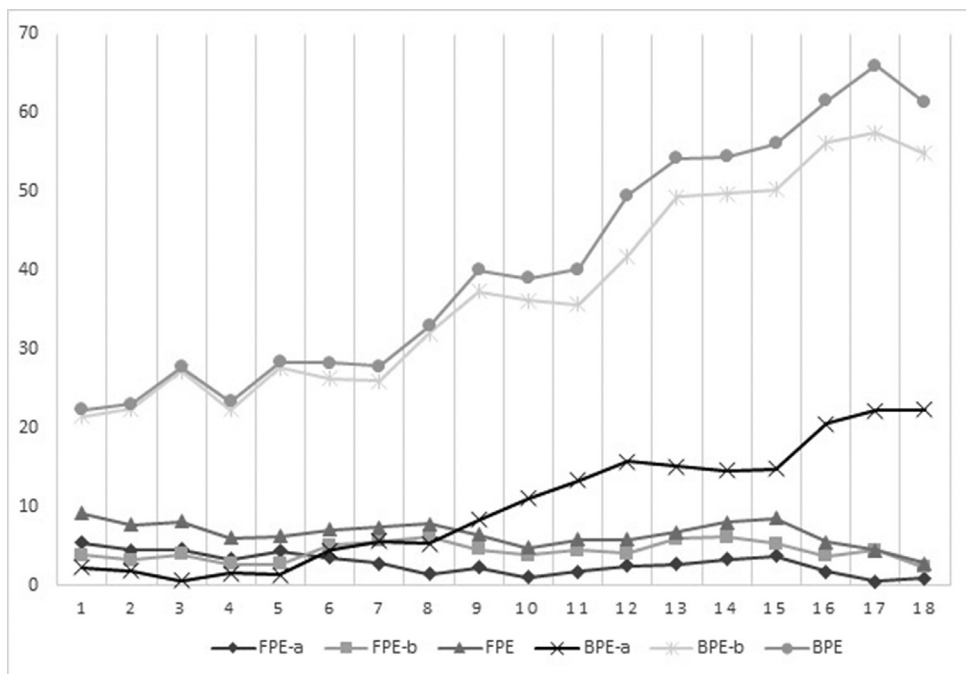
77 Goetz, *Acquiring Political Craft: Training Grounds for Top Officials in the German Core Executive*.

78 Eckhard Schröter: The politicization of the German civil service: a three-dimensional portrait of the ministerial bureaucracy, in: B. Guy Peters/Jon Pierre (Hg.): *Politicization of the civil service in comparative perspective. The quest for control*, London/New York 2004, S. 55–80.

79 Vgl. zum Beispiel Tine Ustad Figenschou/Rune Karlsen/Kristoffer Kolltveit/Kjersti Thorbjørnsrud: *Serving the Media Ministers: A Mixed Methods Study on the Personalization of Ministerial Communication*, in: *The International Journal of Press/Politics* 22 (2017), H. 4, S. 411–430; Frank Esser/Jesper Strömbäck: *Mediatization of Politics Understanding the Transformation of Western Democracies*, London 2014; Kristoffer Kolltveit/Richard Shaw: *Core Executives in a Comparative Perspective. Governing in Complex Times*, Cham 2022.

80 Oskar Niedermayer: *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden 2013.

Abb. 35 Typen politischer Erfahrung der Spitzenbeamt:innen in der Bundesrepublik nach Legislaturperiode



Anmerkungen: Beschriftung der x-Achse: LP. Angaben in Prozent. FPE-a: Anteil der Spitzenbeamt:innen, die in der jeweiligen LP ernannt wurden und Erfahrung als Politiker:in auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene mitbrachten. FPE-b: Anteil der Spitzenbeamt:innen, die in der jeweiligen LP ernannt wurden und Erfahrung als Mandatsträger:in auf kommunaler Ebene mitbrachten. FPE: Anteil der Spitzenbeamt:innen, die in der jeweiligen LP ernannt wurden und entweder FPE-a oder FPE-b aufwiesen. BPE-a: Anteil der Spitzenbeamt:innen, die in der jeweiligen LP ernannt wurden und Berufserfahrung in politiknahen Positionen in der Legislative, bei Parteien oder parteinahen Stiftungen mitbrachten. BPE-b: Anteil der Spitzenbeamt:innen, die in der jeweiligen LP ernannt wurden und Berufserfahrung in politiknahen Positionen in der Exekutive mitbrachten. BPE: Anteil der Spitzenbeamt:innen, die in der jeweiligen LP ernannt wurden und entweder BPE-a oder BPE-b aufwiesen. Quelle: Veit/Vedder, Measuring civil service politicization with career data

Staatssekretär:innen heute viel stärker auch selbst im Lichte der Öffentlichkeit.<sup>81</sup> Eine klassische Verwaltungskarriere vermittelt die hierfür nötigen Kompetenzen nur sehr begrenzt. Minister:innen wählen als ihre Spitzenbeamt:innen also nicht nur aus politischen Loyalitätserwägungen heraus Personen, die in ihrer früheren Karriere politische Erfahrungen gesammelt haben, sondern sie wählen diese Personen auch des-

81 Ähnlich auch die Behördenleiter:innen, siehe Simon Fink: Behördenleiter im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit, in: der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 13 (2020), H. 2, S. 405–429.

halb aus, weil sie entsprechende Kompetenzen und die notwendige Vernetzung im politischen Raum mitbringen. Dass diese Personen gleichermaßen dafür geeignet sein müssen, eine Verwaltung zu leiten, steht außer Frage und ist einer der Gründe dafür, dass die allermeisten Spitzenbeamt:innen weiterhin zumindest einen Teil ihrer Karriere in der öffentlichen Verwaltung verbracht haben.

#### **8.4 Zwischenfazit**

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass langfristige Traditionslinien die heute typische Form der Politisierung der Verwaltung in Deutschland prägen. Verwaltungskarrieren unterscheiden sich von politischen Karrieren. Trotz einer ausgeprägten formalen Politisierung der Spitzenämter in der Ministerialverwaltung durch die Institution der ‚politischen Beamt:innen‘ werden früher wie heute meist Personen in diese Ämter berufen, die eine langjährige Verwaltungserfahrung mitbringen. Auch das vorherige direkte politische Engagement in Form von Mandaten oder parteipolitischen Ämtern ist in Deutschland zwar wenig reguliert, aber nach wie vor nur für eine Minderheit der Spitzenbeamt:innen zutreffend. Typisch hingegen ist für die letzten Jahrzehnte eine sich über die Karriere in der Verwaltung ergebende Politiknähe. Die Verwaltungskarriere von Spitzenbeamt:innen wurde in den vergangenen Dekaden zunehmend durch Positionen im Unterstützungsapparat von Parlamentarier:innen, Fraktionen und Parteien ergänzt.

## 9. Fazit

Ziel dieser Studie war es, die Führungsgruppen in Politik und Verwaltung in Deutschland über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert empirisch zu vermessen. Diese Führungsgruppen wurden in der vorliegenden Studie prosopografisch untersucht. Auf Basis öffentlich zugänglicher biografischer Informationen, extrahiert aus Büchern, Presseartikeln, Onlinearchiven, Webauftritten et cetera, sowie auf der Grundlage von Archivalien wurden die kollektiven Sozial- und Karriereprofile der Führungsgruppen (Eliten) erhoben und mit Hilfe statistischer Methoden analysiert. Bei der Auswertung der Daten stand stets die Veränderung der kollektiven Profile der Führungsgruppen im Vordergrund und nicht die Analyse und Einordnung von Einzelfällen. Einzelne Personen wurden im Buch aber dennoch an einigen Stellen genannt, um bestimmte Karriere- und Sozialprofile am konkreten Fall zu illustrieren.

Der den Auswertungen zugrunde liegende PAE-proso-Datensatz ermöglicht vielfältige Auswertungsmöglichkeiten, und nicht alle erhobenen Variablen wurden für die Analysen in diesem Buch verwendet. Weitere Auswertungen sind zukünftigen Forschungsarbeiten vorbehalten. Zudem kann der Datensatz verwendet werden, um gezielt nach Personen zu suchen, deren Biografien bestimmte Merkmale aufweisen, um tiefergehende Forschungsarbeiten zu Einzelfällen anzuschließen. Die in diesem Buch präsentierten Analysen fokussieren auf ausgewählte Aspekte der Sozialprofile und Karriereverläufe von Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen in Deutschland im Zeitraum 1913 bis 2017. Einige zentrale Erkenntnisse aus diesen Analysen sollen an dieser Stelle überblicksartig zusammengefasst werden.

Eine wichtige Erkenntnis, die sich aus dem Vergleich der verschiedenen politischen Systeme ergibt, bezieht sich auf den Grad der Abgeschlossenheit der beiden Teileliten (als Element einer Elitendifferenzierung, siehe Kap. 2.1.1). Die Auswertungen belegen, dass Verwaltungseliten und Exekutivpolitiker:innen in den beiden hier untersuchten demokratischen Regimen Weimarer Republik und Bundesrepublik stärker abgeschlossene Gruppen bildeten als im NS-Regime – zur DDR kann wegen fehlender Daten zu den Verwaltungseliten diesbezüglich keine Aussage gemacht werden. Allerdings zeigen die Analysen der Karrieren der DDR-Exekutivpolitiker:innen, dass die Abgeschlossenheit der Sektoren deutlich geringer war als dies in demokratischen Systemen üblich ist – mit dem Kadernsystem wurden vertikale und horizontale Sektorenwechsel der politischen Eliten der DDR explizit verfolgt und gefördert. Die stärkere Abgrenzung der beiden Teileliten voneinander – genauso wie von anderen Elitesektoren<sup>1</sup> – ist jedoch kein singuläres Merkmal der demokratischen Regime in Deutschland, sondern für moderne Demokratien generell typisch. Aufgrund unterschiedlicher Rekrutierungskriterien und Reputationsmechanismen sind

---

1 Detlef Grieswelle: Eliten, in: Oscar W. Gabriel (Hg.): *Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft*, Düsseldorf 2004, 224–237.

die Ähnlichkeiten der Karrieren von Eliten in verschiedenen Sektoren ebenso wie der Sektortransfer von Eliten in demokratischen Staaten meist begrenzt. Dass dies für die Verwaltungselite aufgrund strikterer Rekrutierungskriterien und der Gefahr von Reputationsverlusten bei offensichtlicher Missachtung des Leistungsprinzips in besonderem Maße gilt, zeigt beispielsweise eine Studie zu dänischen Eliten,<sup>2</sup>

Die wechselseitige Abgrenzung der Teileliten, die sich in grundsätzlich getrennten Karrierepfaden<sup>3</sup> und nicht zu stark ausgeprägten horizontalen Wechseln aus anderen Sektoren in die entsprechende Teilelite niederschlägt, ist allerdings keineswegs absolut. Zwar unterscheiden sich die Karrierepfade von Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen deutlich, allerdings gab es sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Bundesrepublik stets einen gewissen Anteil horizontaler Wechsler von einer Elitegruppe in die andere. Dieser Wechsel erfolgte viel häufiger von einer Eliteposition in der Verwaltung in eine Eliteposition in der Politik als umgekehrt, was mit dem hohen Grad der Professionalisierung von Verwaltungskarrieren in Deutschland zu tun hat. Auch wenn man die Karrierehintergründe auf dem Weg in die Elite analysiert, sehen wir deutlich mehr Personen mit beruflichen Vorerfahrungen in der Verwaltung in einer politischen Spitzenposition als umgekehrt. Im Nationalsozialismus gab es im Vergleich zur Weimarer Republik und zur Bundesrepublik vor allem deutlich mehr Personen mit beruflichen Vorerfahrungen in der Politik, die in Spitzenpositionen der Verwaltung gelangten. Auch der Anteil der Parteigänger und in sonstiger Form politisch aktiven Personen in der Verwaltungselite war viel größer als in der Weimarer Republik.

In der Bundesrepublik hingegen etablierte sich über die Jahrzehnte ein System, das ebenfalls durch einen hohen Anteil an Parteigänger:innen in der Verwaltungselite geprägt ist. Im Unterschied zum Nationalsozialismus sind diese aber nicht Mitglied einer einzigen Partei, sondern decken mit ihren Parteimitgliedschaften das Spektrum der demokratischen Parteien ab. Ohne Zweifel dominieren dabei diejenigen Parteien, die auf Bundesebene bereits an Regierungen beteiligt waren, es sind aber keine Tendenzen bekannt, dass einzelne Bundesministerien von einer bestimmten Partei dominiert oder vereinnahmt werden. Galt die Beamtenschaft in den Bundesministerien in der jungen Bundesrepublik unter Adenauer und mindestens bis in die späten 1980er Jahre hinein noch als stark konservativ dominiert, so ist dies heute so nicht mehr zu halten, vor allem SPD und Grüne haben stark „aufgeholt“.<sup>4</sup> Die hohe Toleranz für eine parteipolitische Nähe oder sogar ein parteipolitisches Engagement von Spitzenbeamt:innen in der Bundesrepublik ist im internationalen Vergleich herausstechend, in vielen anderen Demokratien gibt es hier deutlich striktere Restriktionen. Die heutige Situation ist die Konsequenz verschiedener Faktoren. Zum einen gibt es

---

2 Anne Skorkjaer Binderkrantz/Jørgen Grønnegård Christensen/Peter Munk Christiansen/Marie Kaldahl Nielsen/Helene Helboe Pedersen: Closed shutters or revolving doors? Elite career track similarity and elite sector transfers in Denmark, in: *European Journal of Political Research* (2023), Online first: <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12627>.

3 Derlien, Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik.

4 Beneke/Döhler/Ebinger/Veit, 50 Jahre Forschungsprojekt ‚Politisch-Administrative Elite‘.

eine historische Entwicklungslinie, Parteimitgliedschaften von Beamt:innen formal nicht zu verbieten und deren parteipolitisches Engagement zu ermöglichen, die bis ins Kaiserreich zurückreicht. Auch die Idee, dass Spitzenbeamt:innen quasi paritätisch verschiedene etablierte Parteien repräsentieren sollen, entstammt preußischen Traditionen. Hinzu kommt, dass die hergebrachte Institution der politischen Beamten über alle Systemwechsel hinweg (Ausnahme DDR) fast unverändert beibehalten wurde. Diese Institution ermöglicht die Berücksichtigung politischer Kriterien bei der Besetzung der entsprechenden Positionen. Zum anderen ist die heutige Situation eine Folge der Erfahrungen im Nationalsozialismus: Die obrigkeitsstaatlich geprägten Beamt:innen, die sich zuvorderst als neutrale Staatsdiener sahen und ihren politischen Vorgesetzten dienten, wirkten im Nationalsozialismus systemstabilisierend und setzten Deportationen und andere verbrecherische Aktivitäten des Regimes effizient um. Dem entgegenzuwirken, indem eine hohe Identifikation der Beamt:innen mit demokratischen Werten und dem demokratischen System und Parteienwettbewerb unterstützt und gefördert wird, war eine der verwaltungspolitischen Lehren aus der NS-Zeit.<sup>5</sup>

Ein weiterer Fokus dieser Untersuchung lag auf den personellen Kontinuitäten über die betrachteten Systemwechsel hinweg, wobei sowohl der Umfang der Elitenzirkulation (Anteil der ausgetauschten Personen in der Elite im Vergleich zum Vorgängersystem) als auch die Tiefe der Elitenzirkulation (Anteil der Elitemitglieder, die im Vorgängersystem nicht im staatstragenden Bereich von Politik und Verwaltung tätig waren) untersucht wurden. Der Umfang der Elitenzirkulation war bei allen betrachteten Systemtransformationen hoch, die Elitemitglieder wurden stets mehrheitlich und zum Teil sogar vollständig ausgetauscht. Dabei gilt systemunabhängig, dass die Austauschrate unter den Exekutivpolitiker:innen höher war als unter der Spitzenbeamt:innen.<sup>6</sup> Im Vergleich der Systemtransformationen bestehen quantitative Unterschiede. Unter den Exekutivpolitiker:innen lag der Umfang der Elitenzirkulation bei drei der vier betrachteten Systemtransformationen bei 100 Prozent – dies betrifft den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik sowie die Übergänge vom Nationalsozialismus zur DDR beziehungsweise zur Bundesrepublik. Im Nationalsozialismus hingegen lag der Umfang der Elitenzirkulation zum Messzeitpunkt 1. September 1934 bei 76,5 Prozent, zu den beiden späteren Messzeitpunkten im Nationalsozialismus (1939 und 1944) betrug er rund 90 Prozent. Ein vollständiger Austausch der Exekutivpolitiker im Vergleich zum Weimarer System wurde also hier nie umgesetzt. In der Verwaltungselite war der Umfang der Elitenzirkulation in der Bundesrepublik (im Vergleich zum Nationalsozialismus) größer als in der Weimarer Republik (im Vergleich zum Kaiserreich). Am geringsten war der Umfang der Elitenzirkulation der Verwaltungselite im Nationalsozialismus (im Vergleich zur Weimarer Republik).

---

5 Jann/Veit, *Politics and Administration in Germany*; Werner Jann/Sylvia Veit: Germany, in: Montgomery Van Wart/Annie Hondeghem/Erwin Schwella/Paul Suino (Hg.): *Leadership and Culture. Comparative Models of Top Civil Servant Training*, Basingstoke 2015, S. 183–198.

6 Einschränkung: Für die DDR konnte dies nicht untersucht werden, da nur die Gruppe der Exekutivpolitiker:innen in den DDR-Ministerien vollständig erhoben wurde.

Für beide Teileliten gilt demnach, dass die Austauschrate beim Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus geringer war als bei den anderen betrachteten Systemtransformationen. Hierin spiegelt sich wieder, dass bereits in der Spätphase der Weimarer Republik antidemokratische Tendenzen etabliert waren, die einen vollständigen Personalaustausch nicht unbedingt nötig machten. Außerdem zeigt sich hierin der prozessuale Charakter der Systemtransformation: Beispielsweise blieb Hindenburg bis zu seinem Tod Anfang August 1934 weiter Reichspräsident, und es wurde 1933 zunächst eine Koalitionsregierung gebildet; auch blieben die Weimarer Reichsministerien nahtlos bestehen. Schließlich ist die geringere Austauschrate auch durch den Aufbau von alternativen Machtstrukturen zu erklären – das Kabinett als Kollektivorgan wurde im Nationalsozialismus de facto immer stärker entmachtet, zu den staatlichen Verwaltungsbehörden wurden alternative Strukturen etabliert, die es erlaubten, den traditionellen Behörden Zuständigkeiten und Kompetenzen zu entziehen (siehe Kap. 4.3).

Während der Umfang der Zirkulation der Verwaltungseliten beim Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus im Vergleich der Systemtransformationen am geringsten war, zeigte sich die geringste Tiefe der Zirkulation der Verwaltungseliten und der Exekutivpolitiker:innen beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Am größten ist der Anteil der Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamt:innen ohne Berufstätigkeit im politischen oder administrativen Sektor des vorherigen Systems wiederum in der Bundesrepublik, während die Werte für den Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus dazwischen liegen. Generell ist der Anteil der Elitemitglieder ohne Vorerfahrung im politischen oder administrativen Sektor des vorherigen Systems unter den Exekutivpolitiker:innen größer als unter den Spitzenbeamt:innen – mit Ausnahme des Übergangs vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, wo in beiden Teileliten gleichermaßen überwiegend Personen zu finden waren, die im Kaiserreich ebenfalls in der Verwaltung oder (selten) in der Politik gearbeitet hatten (siehe Abb. 18).

„Neue Eliten“ im weiteren Sinne finden wir also am ehesten in der Bundesrepublik, wenngleich auch hier insbesondere in der Verwaltungselite weitreichende Kontinuitäten zu den Vorgängersystemen bestanden. So betrug der Anteil der Spitzenbeamt:innen der ersten Legislaturperiode der Bundesrepublik, die im Nationalsozialismus nicht in Politik oder Verwaltung gearbeitet hatten, nur knapp 35 Prozent. Er war damit zwar größer als bei den vorherigen beiden Systemtransformationen, aber immer noch so, dass klar die Kontinuitäten dominierten – fast zwei Dritteln der Verwaltungseliten der Gründungsphase der Bundesrepublik hatten nämlich bereits im Nationalsozialismus in der Verwaltung oder (selten) in der Politik gearbeitet. Insgesamt dominieren die Kontinuitäten – weder die Revolution von 1918/19 noch die Säuberungspolitik der Nationalsozialisten noch die Gründung der Bundesrepublik führten dazu, dass mehrheitlich „neues Personal“ in die Spitzenämter der Verwaltung gelangte.

Dass die Tiefe der Elitenzirkulation in der Bundesrepublik bezogen auf den Nationalsozialismus vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung eher gering war, wurde in der Vergangenheit bereits durch verschiedene Studien aus dem Bereich der

historischen Behördenforschung und der politischen Elitenforschung gezeigt.<sup>7</sup> Bisher fehlte allerdings ein umfassendes Bild für die gesamte Bundesministerialverwaltung, welches auch einen systematischen Ressortvergleich ermöglicht. Diese Lücke hat die vorliegende Studie gefüllt. Ein zentrales Ergebnis der Analysen ist, dass im Ressortvergleich zwei Bundesministerien herausstechen, in denen besonders viele Elitemitglieder zu finden sind, die bereits im Nationalsozialismus in der Verwaltung tätig waren: Dies sind das Bundesministerium für Verkehr und das Bundesministerium für Post und Telekommunikation. Beide Ministerien weisen besonders hohe personelle Kontinuitäten auf, die über die Fachexpertise der Personen gerechtfertigt wurde. Insbesondere im Bundesministerium für Post und Telekommunikation ist der Anteil ungebrochener Karrieren, die neben dem Nationalsozialismus auch Verwaltungspositionen in der Weimarer Republik umfassen, besonders hoch. Auch im Bundesbauministerium, im Bundesinnenministerium, im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte waren die personellen Kontinuitäten im Ressortvergleich überdurchschnittlich, während unter anderen das Bundeskanzleramt, das Bundespresseamt, das Bundesfamilienministerium oder das frühere Bundesministerium für Atomfragen (einschließlich dessen Nachfolgeorganisationen) niedrigere personelle Kontinuitäten aufwiesen (siehe Kap. 6.3.3). Abschließend weist der Ressortvergleich darauf hin, dass die personellen Kontinuitäten zwischen den Bundesministerien teils erheblich variieren und sich vor allem zwischen eher technisch-fachlich orientierten Ministerien wie dem Post-, dem Verkehrs- oder dem Landwirtschaftsministerium und politisch besonders salienten Organisationen wie dem Bundeskanzleramt oder dem Bundespresseamt oder in im Nationalsozialismus stark ideologisierten Politikbereichen wie der Familienpolitik unterschieden. Während Erstere auch in den Spitzenpositionen zu einem nicht unerheblichen Anteil auf erfahrenes Personal des Nationalsozialismus (und – da die Karrieren vielfach ungebrochen waren – der Weimarer Republik) zurückgriffen, war dies für Letztere in geringerem Maße der Fall. Festzuhalten ist allerdings auch, dass es in allen Bundesministerien und obersten Bundesbehörden personelle Kontinuitäten gibt, die sich über einen langen Zeitraum, bis in die 1980er Jahre hinein, nachweisen lassen und dass auch in den Organisationen mit geringeren prozentualen Anteilen personeller Kontinuitäten besonders brisante Einzelfälle von Elitemitgliedern mit einer hohen NS-Belastung vorkamen. Zudem beschäftigen sich unsere Analysen nur mit den beiden höchsten hierarchischen Ebenen des Verwaltungspersonals, Aussagen zur mittleren Leitungsebene, insbesondere zu

---

7 Lewis J. Edinger: Post-totalitarian leadership: elites in the German Federal Republic, in: *American Political Science Review* 54 (1960), H. 1, S. 58–83; Lewis J. Edinger: Continuity and Change in the Background of German Decision-Makers, in: *Western Political Science Quarterly* 14 (1961), H. 1, S. 17–36; Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit*; Alexander Nützenadel: *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen* (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus), Göttingen 2017; Bösch/Wirsching, *Hüter der Ordnung*; Raithe/Weise, „Für die Zukunft des deutschen Volkes“.

Unterabteilungsleitern und Referatsleitern, sind deshalb nicht möglich und schränken die Aussagekraft des Ressortvergleichs ein.

Insgesamt bestätigen die hier durchgeführten Analysen, dass es in der Verwaltungselite der Bundesrepublik zahlreiche Personen gab, die das NS-System durch die Wahrnehmung verantwortlicher Positionen in der Verwaltung mitgetragen haben. Eine detailliertere und auch mittlere Leitungspositionen umfassende Studie zum Atom- und Forschungsministerium hält hierzu fest, dass viele leitende Ministerialbeamte dieses Ministeriums „aus heutiger Sicht eine massive funktionale NS-Belastung aufweisen, da sie in der Endphase des Regimes in hohen und verantwortungsvollen beruflichen oder militärischen Positionen gestanden und diese auch aktiv ausgefüllt haben“.<sup>8</sup> Eine qualitative Auseinandersetzung mit der NS-Belastung zeigte jedoch für das Atom- und Forschungsministerium auch, dass nur sehr wenige leitende Verwaltungsbeamte eine besondere Affinität zur NS-Ideologie aufwiesen. „Alte Nazis im ideologischen Sinne hat es im Ministerium wohl nur wenige gegeben.“<sup>9</sup> Die Existenz umfassender personeller Kontinuitäten ist also nicht gleichzusetzen mit einem Wiederaufstieg der NS-Eliten, dennoch haben in der NS-Zeit nicht unterbrochene Karrieren eine Prägestkraft auf die Individuen, die berücksichtigt werden müssen, wenn Fragen des Umgangs der Bundesministerien mit der NS-Vergangenheit ihres Personals diskutiert werden.<sup>10</sup>

Die Policy der westlichen Alliierten, den administrativen Apparat in den von ihnen besetzten Sektoren umfassend zu entnazifizieren (Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrates) und gleichzeitig rasch eine effiziente Verwaltung für eine wirtschaftlich starke Bundesrepublik als Teil der westlichen Allianz aufzubauen, gelang nicht. Viele Beamte der NS-Zeit, häufig frühere NSDAP-Parteigänger, gelangten in der jungen Bundesrepublik in Spitzenpositionen.<sup>11</sup> Der Rückgriff auf erfahrenes Verwaltungspersonal aus der NS-Zeit wurde damit gerechtfertigt, dass deren Kompetenz unentbehrlich sei – ehemalige NSDAP-Parteigänger einzustellen und zu befördern galt deshalb als nahezu unumgänglich und legitim, solange sie Mitläufer gewesen waren und keine aktive Rolle bei der Unterstützung des NS-Regimes gespielt hatten.<sup>12</sup>

Die Betonung der Wichtigkeit von Kompetenz und fachlicher Expertise hatte im Übrigen auch im Nationalsozialismus eine Rolle gespielt – hier blieben einige Weimarer Beamte im Amt und konnten aufgrund ihrer Fachkompetenz Karriere machen, obwohl sie keine explizite Nähe zur NS-Ideologie aufwiesen.<sup>13</sup> Die mangelnde Kompetenz und Qualifikation der NS-Quereinsteiger – der „Alten Kämpfer“ und „Frühen Freunde“ der nationalsozialistischen Bewegung – in die Verwaltung wurde während

---

8 Raithel/Weise, „Für die Zukunft des deutschen Volkes“, S. 425.

9 Raithel/Weise, „Für die Zukunft des deutschen Volkes“, S. 425.

10 Vgl. auch Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 260.

11 Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, 28, 58.

12 Edinger, *Post-totalitarian leadership: elites in the German Federal Republic*, S. 76.

13 Vgl. zum Beispiel Sebastian Weitkamp: *Kooperativtäter – die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an der NS-Gewaltpolitik jenseits der „Endlösung“*, in: Johannes Hürter/Michael Mayer (Hg.): *Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 109), Berlin/Boston 2014, S. 197–218; Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich*.

des Nationalsozialismus selbst von einigen führenden NS-Politikern mitunter als problematisch angesehen, sodass diese die NS-Quereinsteiger gar nicht unbedingt in ihren Verwaltungen haben wollten.<sup>14</sup>

Ein deutlich umfassenderer Neuaufbau der Führungsschicht – für die Verwaltungseliten sind hier allerdings noch weitere Forschungen nötig – fand in der DDR statt.<sup>15</sup> Die Analysen des PAE-proso-Datensatzes zeigen, dass in der ersten Legislaturperiode der Bundesrepublik rund 28 Prozent der Exekutivpolitiker im Nationalsozialismus in Politik oder Verwaltung berufstätig gewesen waren, während der Anteil der DDR-Exekutivpolitiker:innen mit Berufserfahrung in der NS-Verwaltung in LP 0 der DDR-Volkskammer rund zehn Prozent und in LP 1 fünf Prozent betrug.

Neben der Elitenzirkulation über Systemwechsel hinweg ist auch die Elitenzirkulation innerhalb des Systems von hoher Relevanz. Elitenzirkulation wird als ein wichtiges Element von Demokratien verstanden, eine fehlende Elitenzirkulation wird als eher problematisch gesehen.<sup>16</sup> Die Analysen in Kapitel 8.3.1 zeigen, dass die Elitenzirkulation in der Bundesrepublik von Anfang an in nennenswertem Umfang vorhanden war. Auch wenn keine Veränderung in der Regierungskoalition stattfand, zirkulierte stets mindestens ein Viertel der Eliten. Besonders groß war die Elitenzirkulation in der Bundesrepublik abgesehen von der ersten Legislaturperiode nach der Staatsgründung nach dem ersten vollständigen Regierungswechsel, der 1998 stattfand und die Regierungskoalition aus SPD und Grünen an die Macht brachte. Im NS-System fand ebenfalls eine gewisse Elitenzirkulation statt – allerdings nicht im engsten Zirkel der Macht. Stärker als in den Systemen zuvor und als in der Bundesrepublik konnten die politisch-administrativen Eliten berufliche Vorpositionen in anderen Sektoren vorweisen und wurden teils auch direkt aus diesen rekrutiert (Seiteneinsteiger). Dies kann als Ausdruck einer geringeren Elitendifferenzierung im Nationalsozialismus interpretiert werden und tritt in der DDR in ähnlicher Art und Weise auf.

Personelle Kontinuitäten können nicht nur auf individueller Ebene in Bezug auf berufliche und parteipolitische Positionen betrachtet werden. Sie spielen auch eine Rolle, wenn die kollektiven Sozialprofile von Eliten in verschiedenen Systemen und Regimen miteinander verglichen werden. Bezüglich dieser Sozialprofile konnten in diesem Buch verschiedene Kontinuitäten und Veränderungstendenzen herausgearbeitet werden. Deutlich wurde dabei vor allem, dass die Gruppe der Exekutivpolitiker:innen hinsichtlich ihres Sozialprofils dynamischer ist und sich politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen schneller in Merkmalen dieser Teielite niederschlagen, wenngleich erwartungsgemäß keine der beiden Gruppen auch nur annähernd repräsentativ für die Bevölkerung ist. Die Gruppe der Spitzenbeamt:innen

---

14 Zu unteren und mittleren Verwaltungsebenen vgl. Strobel, *Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen*.

15 Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, S. 57; Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 260.

16 Francisco Salvador Barroso Cortés/Christophe Kairouz: *The Lack of Circulation of Elites in Lebanon: Towards Communitocracy and Autocratization*, in: *Contemporary Review of the Middle East* 10 (2023), H. 1, S. 9–30.

erscheint im Gegensatz dazu homogener und veränderungsresistenter – nur verzögert und inkrementell treten hier Veränderungen auf. Deutlich wird diese beispielsweise beim Frauenanteil, dessen substanzielle Erhöhung in der Gruppe der Exekutivpolitiker:innen in der Bundesrepublik Jahrzehnte vor der Verwaltungselite einsetzte. Der Frauenanteil ist auch ein anschauliches Beispiel dafür, dass ideologische Erwägungen auch in Autokratien nicht immer die Durchschlagskraft entfalten, die sie auf Verlautbarungsebene haben. So schlug sich die von der DDR stark proklamierte Gleichberechtigung der Frau nicht in einer entsprechenden Besetzung der untersuchten Elitenebenen nieder.

Exekutivpolitiker:innen und Spitzenbeamten:innen in Deutschland unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft – zumindest für die Bundesrepublik ist gut dokumentiert, dass Mitglieder der politischen Teilelite häufiger aus der Mittelschicht oder kleinbürgerlichen Verhältnissen stammen als Mitglieder der Verwaltungselite,<sup>17</sup> die traditionell aus den höheren gesellschaftlichen Schichten kommen,<sup>18</sup> sondern graduell auch in ihrem Bildungsstand. Zwar sind beide Gruppen formal hochgebildet und häufig Akademiker:innen, die Verwaltungseliten weisen im Schnitt aber einen noch höheren formalen Bildungsgrad auf als die Exekutivpolitiker:innen. Dieser Unterschied bestand sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Bundesrepublik, aber nicht im durch eine stärkere Angleichung und Vermischung der beiden Teileliten charakterisierten NS-System. In der DDR war der formale Bildungsgrad der Exekutivpolitiker:innen zunächst relativ niedrig, stieg aber im Zeitverlauf an. Wie auch beim Frauenanteil zeigt sich hierin, dass die staatstragende Ideologie in der DDR mit der Zeit stärker hinter funktionale Erfordernisse zurücktrat und auch in DDR das typische Muster auftritt, dass die Eliten ein höheres Bildungsniveau haben als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Die traditionell große Homogenität der Verwaltungseliten hat sich im Untersuchungszeitraum verringert. Zunächst dominierten evangelische Männer mit bürgerlichem und nicht selten auch adligem Familienhintergrund. Diese hatten häufig Väter, die ebenfalls höhere Beamte gewesen waren. Sie hatten zumeist eine langjährige Verwaltungskarriere absolviert, bevor sie ihr Spitzenamt erreichten. Häufig beinhaltete diese Karriere Stationen in der preußischen Landesverwaltung und dann in einem Reichsamt oder Reichsministerium. Neben diesem klassischen Pfad entstammten die Spitzenbeamten in den militärisch ausgerichteten Ämtern dem Militär. Da die meisten Spitzenbeamten Jura studiert hatten, waren einige auch im Justizwesen beschäftigt, bevor sie in die Ministerialverwaltung eintraten. Studiert wurde bevorzugt in Berlin oder Leipzig, und häufig trugen die Spitzenbeamten einen Dokortitel. Leichte Heterogenisierungstendenzen setzten bereits in der Weimarer Republik ein: Der Anteil der Spitzenbeamten mit adligem Familienhintergrund ging zurück, und es fanden

---

17 Allerdings wird für die letzten Jahrzehnte eine zunehmende Herkunft der politischen Eliten aus dem Bürgertum beschrieben, die durch generelle Wandlungsprozesse – Bildungsexpansion, Akademisierung vieler Berufe et cetera – erklärt werden kann. Der beschriebene Unterschied zu den Verwaltungseliten besteht dennoch weiterhin.

18 Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten*.

sich mehr Katholiken in der Verwaltungselite. Ansonsten blieben die hergebrachten Muster jedoch erhalten. Im Nationalsozialismus stieg der Anteil der Spitzenbeamten mit adligem Familienhintergrund sogar wieder an, dafür sank der Anteil der Juristen und insgesamt der Anteil der Akademiker – was nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass auch im Nationalsozialismus die meisten Spitzenbeamten Akademiker waren. In Bezug auf die Sozialprofile zeigt sich für die Spitzenbeamten im Nationalsozialismus somit trotz moderater Veränderungen auf einigen Merkmalsdimensionen kein Bruch mit hergebrachten Mustern. In der Bundesrepublik schlug sich die Betonung der fachlichen Kompetenz bei Personalentscheidungen vor allem in einem extrem hohen formalen Bildungsniveau nieder. Der Anteil der Promovierten unter den Spitzenbeamten war so hoch wie nie zuvor. Das Juristenmonopol und die Herkunft aus Beamtenfamilien sowie die ausschließlich männliche Besetzung dieser Positionen blieben zunächst erhalten. Im Laufe der Entwicklung der Bundesrepublik zeigt sich auf allen Dimensionen die Entwicklung hin zu mehr Heterogenität: die Studienorte sind vielfältiger als in den Vorgängersystemen, der Juristenanteil ging über die Jahrzehnte deutlich zurück, der Promoviertenanteil sank, die Dominanz der Protestanten löste sich auf, und die Verwaltungselite wurde ab Ende der 1990er Jahre weiblicher. Diese Heterogenisierung, die nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass die heutigen bundesrepublikanischen Spitzenbeamten:innen immer noch eine homogenere Gruppe bilden als die Exekutivpolitiker:innen, hat unterschiedliche Ursachen und reflektiert gesellschaftliche Entwicklungen.

Während die Homogenität der Gruppe der Spitzenbeamten im Kaiserreich gewollt war, ist heute eher das Gegenteil der Fall: Ansprüche an Repräsentativität haben auch die Verwaltung erreicht. Mit Blick auf den Frauenanteil, den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund und den Anteil der Ostdeutschen in der Verwaltungselite wird Diversität stärker als früher eingefordert. Dies schlägt sich in entsprechenden politischen Maßnahmen nieder, die für die hier betrachtete Ebene der Spitzenbeamten:innen allerdings wenig verbindlich sind. Üblich ist die Etablierung eines Monitorings, um ausgehend von konkreten Zahlen Veränderungen einfordern zu können. So sieht das Bundesgleichstellungsgesetz seit 2015 die jährliche Erstellung eines Gleichstellungsindex für die obersten Bundesbehörden vor, der vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird. In diesem Gleichstellungsindex, der eine deutlich größere Gruppe an Leitungspositionen in den Bundesministerien umfasst als der PAE-proso-Datensatz, werden auch Ressortunterschiede ausgewiesen. Diese zeigen, dass unter Berücksichtigung der mittleren Hierarchieebenen die von uns im Längsschnitt als Ressorts mit besonders niedrigem Frauenanteil in den Spitzenpositionen identifizierten Bundesministerien (Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Verteidigung, Bundesverkehrsministerium, Bundespresseamt) ebenfalls unterdurchschnittliche Frauenanteile aufweisen.<sup>19</sup> Auch der Anteil der Ostdeutschen in Leitungspositionen in der

---

19 Statistisches Bundesamt, Gleichstellungsindex 2022. Gleichstellung von Männern und Frauen in obersten Bundesbehörden, S. 7.

Bundesverwaltung unterliegt in jüngerer Zeit einem Monitoring – allerdings wurde ein Konzept hierzu erst nach Ende unseres Untersuchungszeitraumes, im Januar 2023, verabschiedet. Das Konzept zeigt, dass Ostdeutsche in den Bundesministerien in der Gruppe der beamteten Staatssekretäre (fünf Prozent Ostdeutsche) und Abteilungsleitungen (drei Prozent Ostdeutsche) ebenso wie in Unterabteilungsleitungspositionen (knapp sechs Prozent Ostdeutsche) und Referatsleitungen (acht Prozent Ostdeutsche) unterrepräsentiert sind – ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt ca. 16 Prozent.<sup>20</sup> Die Erhöhung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere in deren Führungspositionen wird zwar diskutiert, ein Monitoring zu diesem Thema existiert für die Bundesverwaltung und insbesondere die Bundesministerien jedoch nicht.

Abschließend sei auf einige Limitationen des hier präsentierten Forschungsprojektes hingewiesen. Mit der Nachzeichnung der Entwicklungen über mehrere Systemwechsel hinweg mit Hilfe des PAE-proso-Datensatzes wird eine fundierte Grundlage für nachfolgende Forschungsarbeiten gelegt und eine Datenbasis geschaffen, die in dieser systematischen Form im Quer- und Längsschnitt bisher nicht vorlag. Die hier verwendeten Daten und Methoden lassen keine vertiefte Erforschung der Ursachen der systembezogenen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu. Ursachen können zwar auf Basis der Ergebnisse anderer Forschungszweige, insbesondere der historischen Behördenforschung und der politischen Elitenforschung, rekonstruiert und diskutiert werden. Um Personalentscheidungen im Einzelfall nachzuvollziehen und zu bewerten, wären jedoch vertiefende Fallstudien und historische Studien, basierend auf einer fundierten und umfangreichen Auswertung von weiteren Archivalien,<sup>21</sup> notwendig. Für einzelne Personen wurden solche Studien bereits durchgeführt.<sup>22</sup> Der PAE-proso-Datensatz ermöglicht die Identifizierung weiterer interessanter – typischer oder untypischer – Einzelfälle, die Gegenstand zukünftiger Forschungsarbeiten sein könnten.

---

20 Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Konzept Ostdeutsche in Führungspositionen. Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen in der Bundesverwaltung.

21 Beispielsweise müssten hierfür auch die in verschiedenen Archiven lagernden Akten der Spruchkammerverfahren systematisch gesichtet und ausgewertet werden.

22 Vgl. die entsprechenden Literaturverweise bei den in diesem Buch genannten Personen, vgl. auch zum Beispiel Tim Szatkowski: Karl Carstens. Eine politische Biographie, Köln/Weimar/Wien 2007.

# Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AfD	Alternative für Deutschland
BBG	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
BKAmt	Bundeskanzleramt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBau	Bundesministerium für Bau
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern
BMiB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMP	Bundesministerium für Post und Telekommunikation
BMRat	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder
BMSchatz	Bundesschatzministerium
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMV	Bundesministerium für Verkehr
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMVT	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BPA	Bundespresseamt
BPE	backstage political experience
BprA	Bundespräsidialamt
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft

DKP	Deutschkonservative Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EIGE	European Institute for Gender Equality
FDP	Freie Demokratische Partei
FPE	frontstage political experience
Gestapo	Geheime Staatspolizei
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
LP	Legislaturperiode
LDP	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NGO	Nichtregierungsorganisation
NLP	Nationalliberale Partei
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PAE	politisch-administrative Elite
PSiS	Parlamentarische Staatssekretär:innen
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sonderforschungsbereich
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZK	Zentralkomitee
ZKDS	Zentraler Kaderdatenspeicher

# Literaturverzeichnis

- Aberbach, Joel D./Rockman, Bert/Putnam, Robert D.: *Bureaucrats and politicians in western democracies*, Cambridge, Mass 1981.
- Akanawa, Emmanuel E.: *International Students in Western Developed Countries: History, Challenges, and Prospects*, in: *Journal of International Students* 5 (2015), H. 3, S. 271–284.
- Alford, John/Hartley, Jean/Yates, Sophie/Hughes, Owen: *Into the Purple Zone. Deconstructing the Politics/Administration Distinction*, in: *The American Review of Public Administration* 47 (2017), H. 7, S. 752–763.
- Aly, Götz: *Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2007.
- Amos, Heike: *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat (Diktatur und Widerstand 4)*, Münster/Hamburg/London 2003.
- Amos, Heike/Kreuzer, Bernd/Packheiser, Christian/Palm, Stefanie/Weise, Niels: *Das deutsche Verkehrswesen: Kontinuitäten und Transformationen zwischen NS-Staat, Bundesrepublik und DDR*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 70 (2022), H. 2, S. 421–430.
- An, Seung-Ho/Song, Miyeon/Meier, Kenneth J.: *Representative bureaucracy and the policy environment: Gender representation in Forty-Four countries*, in: *Public Administration* 100 (2022), H. 4, S. 900–922.
- Andersen, Uwe/Bogumil, Jörg/Marschall, Stefan/Woyke, Wichard: *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2021.
- Andrews, Rhys/Ashworth, Rachel: *Representation and Inclusion in Public Organizations: Evidence from the U.K. Civil Service*, in: *Public Administration Review* 75 (2015), H. 2, S. 279–288.
- Aron, Raymond: *Social Structure and the ruling class*, in: *British Journal of Sociology* 1 (1950), H. 1, S. 126–143.
- Auf dem Hövel, Jörg: *Politisierung der öffentlichen Verwaltung. Eine empirische Untersuchung der Stadtverwaltung Hamburg (Forschung Politikwissenschaft 183)*, Wiesbaden 2003.
- Bach, Tobias: *Top Officials' Careers and the Relationship between Politics and Administration*, in: *NISPAcee Journal of Public Administration and Policy* 13 (2020), H. 2, S. 35–48.
- Bach, Tobias/Jantz, Bastian/Veit, Sylvia: *Verwaltungspolitik als Politikfeld*, in: Bernhard Blanke/Stephan Bandemer/Frank Nullmeier/Göttrik Wewer (Hg.): *Handbuch zur Verwaltungsreform*, Wiesbaden 2011, S. 527–536.
- Bach, Tobias/Veit, Sylvia: *The Determinants of Promotion to High Public Office in Germany: Partisan Loyalty, Political Craft, or Managerial Competencies?* in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 28 (2017), H. 2, S. 254–269.
- Bäck, Hanna/Hadenius, Axel: *Democracy and State Capacity: Exploring a J-Shaped Relationship*, in: *Governance* 21 (2008), H. 1, S. 1–24.
- Bästlein, Klaus: *Der Fall Globke. Propaganda und Justiz in Ost und West*, Berlin 2018.
- Bauer, Michael W.: *Public Administration Under Populist Rule: Standing Up Against Democratic Backsliding*, in: *International Journal of Public Administration* (2023). Online first: DOI: 10.1080/01900692.2023.2243400.
- Bauer, Michael W./Becker, Stefan: *Democratic Backsliding, Populism, and Public Administration*, in: *Perspectives on Public Management and Governance* 3 (2020), H. 1, S. 19–31.

- Bauer, Michael W./Peters, B Guy/Pierre, Jon/Yesilkagit, Kutsal/Becker, Stefan: Liberal-democratic backsliding and public administration, Cambridge 2021.
- Baumgartner, Gabriele: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Band 1, München 1996.
- Baumgartner, Gabriele: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Band 2, München 1996.
- Beckmann, Christopher: Machtergreifung vor Ort. Zur Herrschaftsetablierung von NSDAP und KPD / SED in den Gemeindeverwaltungen eines sächsischen Landkreises, in: Günther Heydemann (Hg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung 398), Bonn 2003, S. 94–116.
- Beneke, Jasmin Theres/Döhler, Marian/Ebinger, Falk/Veit, Sylvia: 50 Jahre Forschungsprojekt ‚Politisch-Administrative Elite‘, in: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 16 (2023), H. 1, S. 1–11.
- Benz, Wolfgang: Konsolidierung und Konsens 1934–1939, in: Broszat, Martin (Hg.): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge, München 2007, S. 48–64.
- Best, Heinrich: Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867–1918, in: Historical Social Research 13 (1988), H. 1, S. 5–74.
- Best, Heinrich/Higley, John: The Palgrave handbook of political elites, London 2018.
- Best, Heinrich/Hornbostel, Stefan: Die Analyse prozess-produzierter Daten am Beispiel des Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: Historical Social Research 28 (2003), H. 1, S. 108–127.
- Beyers, Jürgen: Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur grauen Eminenz der Bonner Republik, Berlin 2009.
- Beyme, Klaus von: Elite Relations in Germany, in: German Politics 10 (2001), H. 2, S. 19–36.
- Beyme, Klaus von: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2017.
- Bibliographisches Institut: Meyers Konversations-Lexikon. 17. Ergänzungsband, Leipzig/Wien 1890.
- Binderkrantz, Anne Skorkjaer/Grønnegård Christensen, Jørgen/Munk Christiansen, Peter/Kaldahl Nielsen, Marie/Helboe Pedersen, Helene: Closed shutters or revolving doors? Elite career track similarity and elite sector transfers in Denmark, in: European Journal of Political Research (2023), Online first: <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12627>
- Blaschke, Olaf: Katholizismus und Antisemitismus Im Deutschen Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 122), Göttingen 1999.
- Bloch, Roland/Mitterle, Alexander: Produzieren deutsche Hochschulen Eliten? Zum strategischen Verhältnis von Organisation und Arbeitsmarkt, in: Zeitschrift für Pädagogik 65. Beiheft (2019), S. 192–209.
- Blom-Hansen, Jens/Baekgaard, Martin/Serritzlew, Søren: How bureaucrats shape political decisions: The role of policy information, in: Public Administration 99 (2021), H. 4, S. 658–678.
- Blondel, Jean: Government ministers in the contemporary world (Political executives in comparative perspective 3), London 1985.
- Bluhm, Michael/Jacobs, Olaf: Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung, Leipzig 2016.
- Bogumil, Jörg/Jann, Werner: Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2020.
- Boldt, Hans: Deutscher Konstitutionalismus und Bismarckreich, in: Stürmer, Michael (Hg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft, 1870–1918, Unveränderter Nachdruck des erstmals 1970 erschienen Werkes, Kronberg 1977, S. 119–142.

- Bösch, Frank/Wirsching, Andreas: Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus (Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945 Band 1), Göttingen 2018.
- Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960.
- Braun, Jutta/Freund, Nadine/Mentel, Christian/Take, Gunnar: Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit, Göttingen 2024.
- Broszat, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984.
- Broszat, Martin: Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge, München 2007.
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, Wiesbaden 2007.
- Buchheim, Karl: „Bormann, Martin“, in: Neue Deutsche Biographie 2 (1955), S. 465-466.
- Bude, Heinz: Auf der Suche nach Elite, in: Kursbuch 139 (2000), S. 9-16.
- Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Wiesbaden 1997.
- Burton, Michael/Higley, John: The Study of Political Elite Transformations, in: International Review of Sociology 11 (2001), H. 2, S. 181-199.
- Caplan, Jane: Government without administration. State and civil service in Weimar and Nazi Germany (Oxford historical monographs), Oxford 1988.
- Chan, Hon S./Suizhou, Edward Li: Civil Service Law in the Peoples Republic of China: A Return to Cadre Personnel Management, in: Public Administration Review 67 (2007), H. 3, S. 383-398.
- Christensen, Jørgen Grønnegaard/Klemmensen, Robert/Opstrup, Niels: Politicization and the Replacement of Top Civil Servants in Denmark, in: Governance 27 (2014), H. 2, S. 215-241.
- Christensen, Jørgen Grønnegård/Opstrup, Niels: Bureaucratic dilemmas: Civil servants between political responsiveness and normative constraints, in: Governance 3 (2018), S. 481-498.
- Christiansen, Peter Munk/Niklasson, Birgitta/Öhberg, Patrik: Does politics crowd out professional competence? The organisation of ministerial advice in Denmark and Sweden, in: West European Politics 39 (2016), H. 6, S. 1230-1250.
- Claessen, Clint: Accruing career capital: How party leaders with more political experience survive longer, in: Party Politics (2023), 135406882311703.
- Conze, Eckart/Frei, Norbert/Hayes, Peter/Zimmermann, Moshe: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.
- Conze, Vanessa: »Ich schwöre Treue ...«. Der politische Eid in Deutschland zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 237), Göttingen 2020.
- Conze, Werner: Das Deutsche Reich in der deutschen Geschichte: Bruch oder Kontinuität, in: Langewiesche, Dieter (Hg.): Ploetz. Das deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche, Freiburg 1984, S. 15-27.
- Conze, Werner: Ereignisse und Entwicklungen 1851-1918, in: Langewiesche, Dieter (Hg.): Ploetz. Das deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche, Freiburg 1984, S. 81-116.
- Corni, Gustavo: Richard Walther Darré. Der „Blut-und-Boden“-Ideologe, in: Smelser, Ronald/Syring, Enrico/Zitelmann, Rainer (Hg.): Die braune Elite: 22 biographische Skizzen (Band 1), Darmstadt 1989, S. 15-27.

- Cortés, Francisco Salvador Barroso/Kairouz, Christophe: The Lack of Circulation of Elites in Lebanon: Towards Communitocracy and Autocratization, in: *Contemporary Review of the Middle East* 10 (2023), H. 1, S. 9–30.
- Dahlström, Carl/Niklasson, Birgitta: The Politics of Politicization in Sweden, in: *Public Administration* 91 (2013), H. 4, S. 891–907.
- Dähn, Horst: *Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980* (Studien zur Sozialwissenschaft 52), Opladen 1982.
- Dahrendorf, Ralf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968.
- Dahrendorf, Ralf: Soziologie und Nationalsozialismus, in: Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (Hg.): *Kultur und Gesellschaft: Gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie. Beiträge der Forschungs Komitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen*, Zürich 1989, S. 669–675.
- Demel, Walter: *Der europäische Adel. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, München 2005.
- Denzler, Georg: *Widerstand ist nicht das richtige Wort. Katholische Priester. Bischöfe und Theologen im Dritten Reich*, Zürich 2003.
- Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland: *Konzept Ostdeutsche in Führungspositionen. Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen in der Bundesverwaltung*, Berlin 2023.
- Derlien, Hans-Ulrich: Personalpolitik nach Regierungswechseln, in: Derlien, Hans-Ulrich/Murswiek, Axel (Hg.): *Regieren nach Wahlen*, Wiesbaden, Opladen 2001, S. 39–57.
- Derlien, Hans-Ulrich: Mandarins or Managers? The Bureaucratic Elite in Bonn, 1970 to 1987 and Beyond, in: *Governance* 16 (2003), H. 3, S. 401–428.
- Derlien, Hans-Ulrich: Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik, in: Jann, Werner/König, Klaus (Hg.): *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (Neue Staatswissenschaften 9), Tübingen 2008, S. 291–328.
- Derlien, Hans-Ulrich/Mayntz, Renate: Party Patronage and Politicization of the West German Administrative Elite 1970–1987 – Towards Hybridization? in: *Governance* 2 (1989), H. 4, S. 384–404.
- Deutsch, Karl W./Edinger, Lewis J.: *Germany rejoins the powers. Mass opinion, interest groups, and elites in contemporary German foreign policy*, Stanford, Calif. 1959.
- Deutsch, Karl W./Edinger, Lewis J./Macridis, Roy C./Merritt, Richard L.: *France, Germany and the Western Alliance. A study of elite attitudes on european integration and world politics*, New York 1967.
- Deutscher Bundestag: *Schriftlicher Bericht des Untersuchungsausschusses (47. Ausschuß) gemäß Antrag der Fraktion der SPD betreffend Prüfung, ob durch die Personalpolitik Mißstände im Auswärtigen Dienst eingetreten sind*, Bonn 1949.
- Deutscher Bundestag: *Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der „Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung“*. Berichtszeitraum 1986 bis 1988. Drucksache 11/8129 vom 15. Oktober 1990. 1990.
- Deutsches Reich: *Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Von der 1. Sitzung am 6. Februar 1919 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919* (Verhandlungen des Reichstages 326. 1919/1920), Berlin 1920.
- Döscher, Hans-Jürgen: *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich*, Berlin 1987.
- Dowding, Keith M./Dumont, Patrick: *The selection of ministers around the world* (Routledge research on social and political elites 5), London/New York 2015.
- Dreier, Horst: *Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat. Genese, aktuelle Bedeutung und funktionelle Grenzen eines Bauprinzips der Exekutive*, Tübingen 1991.

- Ebinger, Falk/Jochheim, Linda: Wessen loyale Diener? Wie die große Koalition die deutsche Ministerialbürokratie veränderte, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 2 (2009), S. 327–345.
- Ebinger, Falk/Lux, Nicolas/Kintzinger, Christoph/Garske, Benjamin: Die Deutsche Verwaltungselite der Regierungen Brandt bis Merkel II. Herkunft, Zusammensetzung und Politisierung der Führungskräfte in den Bundesministerien, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 2 (2018), S. 389–411.
- Ebinger, Falk/Veit, Sylvia/Fromm, Nadin: The partisan-professional dichotomy revisited: Politicization and decision-making of senior civil servants, in: *Public Administration* 97 (2019), H. 4, 861–876.
- Ebinger, Falk/Veit, Sylvia/Strobel, Bastian: Role Models in the Senior Civil Service: How Tasks Frame the Identification of Senior Bureaucrats with Active and Reactive Roles, in: *International Journal of Public Administration* 45 (2022), H. 14, S. 991–1002
- Ebinger, Lewis J.: Post-totalitarian leadership: elites in the German Federal Republic, in: *American Political Science Review* 54 (1960), H. 1, S. 58–83.
- Ebinger, Lewis J.: Continuity and Change in the Background of German Decision-Makers, in: *Western Political Science Quarterly* 14 (1961), H. 1, S. 17–36.
- Ebinger, Michael: Eliten, in: Andersen, Uwe/Bogumil, Jörg/Marschall, Stefan/Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2021, S. 247–251.
- Ennsner-Jedenastik, Laurenz: Political Control and Managerial Survival in State-Owned Enterprises, in: *Governance* 27 (2014), H. 1, S. 135–161.
- Ennsner-Jedenastik, Laurenz: The party politicization of administrative elites in the Netherlands, in: *Acta Politica* 51 (2016), H. 4, S. 451–471.
- Eschenburg, Theodor: *Ämterpatronage*, Stuttgart 1961.
- Esser, Frank/Strömbäck, Jesper: *Mediatization of Politics Understanding the Transformation of Western Democracies*, London 2014.
- Felisch, Paul: *Lebenserinnerungen. Eine Karriere im Kaiserreich*, Kiel 2015.
- Fenske, Hans: Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat, in: Herzog, Roman (Hg.): *Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer* (Schriftenreihe der Hochschule Speyer 50), Berlin 1972.
- Fenske, Hans: *Bürokratie in Deutschland. Vom späten Kaiserreich bis zur Gegenwart* (Beiträge zur Zeitgeschichte 15), Berlin 1985.
- Fesser, Gerd: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914*, Köln 2015.
- Figenschou, Tine Ustad/Karlsen, Rune/Kolltveit, Kristoffer/Thorbjørnsrud, Kjersti: Serving the Media Ministers: A Mixed Methods Study on the Personalization of Ministerial Communication, in: *The International Journal of Press/Politics* 22 (2017), H. 4, S. 411–430.
- Fink, Simon: Behördenleiter im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 13 (2020), H. 2, S. 405–429.
- Fischer, Jörn/Kaiser, André: Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister, in: *Politische Vierteljahresschrift* (2011), Sonderheft 44, S. 198–212.
- Fleischer, Julia: Partisan and professional control: Predictors of bureaucratic tenure in Germany, in: *Acta Politica* 51 (2016), H. 4, S. 433–450.
- Foitzik, Jan: Sowjetische Ordnungspolitik und deutsche Ordnungsmaschinerie, in: Jan Foitzik (Hg.): *Sowjetische Kommandaturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR*, Berlin 2015, S. 99–254.

- Föllmer, Moritz: Der „kranke Volkskörper“, industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (2001), S. 41–67.
- François, Etienne: Preußen und Katholizismus. Eine Tour d’horizon, in: Faber, Richard/Puschner, Uwe (Hg.): *Preußische Katholiken und katholische Preußen im 20. Jahrhundert*, Würzburg 2011, S. 21–31.
- Frei, Norbert: *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 2007.
- Freund, Nadine/Hürter, Johannes/Kiss, Eszter/Mentel, Christian/Raithel, Thomas/ Sabrow, Martin/Schaarschmidt, Thomas/Take, Gunnar/Vowinkel, Annette: Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit. Ein Forschungsprojekt des IfZ und des ZZF, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 67 (2019), H. 2, S. 307–319.
- Garstecki, Joachim: Die Friedensarbeit der Kirchen in der DDR und die friedliche Revolution, in: *Evangelische Theologie* 71 (2011), H. 5, S. 357–375.
- Gebauer, Ronald: War die DDR eine entdifferenzierte Gesellschaft? Ergebnisse einer Ereignisanalyse auf Basis der Daten des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: *Historical Social Research* 28 (2003), H. 1–2, S. 216–246.
- Gebauer, Ronald/Remy, Dietmar/Salheiser, Axel: Der Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“: Prozessproduzierte Daten als Quelle für die quantitative historische Sozialforschung und eine Soziologie des DDR-Sozialismus, in: *Historical Social Research* 29 (2004), H. 4, S. 196–219.
- Gies, Horst: *Richard Walther Darré. Der „Reichsbauernführer“, die nationalsozialistische „Blut und Boden“-Ideologie und Hitlers Machteroberung*, Göttingen 2019.
- Giessing, Hermann: *Deutsche Eliten im 20. Jahrhundert. Zusammenhangsformen von Bildungsstruktur, gesellschaftlicher Werteorientierung und Eliterekrutierung*, Aachen 2014.
- Goetz, Klaus H.: *Acquiring Political Craft: Training Grounds for Top Officials in the German Core Executive*, in: *Public Administration* 75 (1997), H. 4, S. 753–775.
- Gössel, Klaus-Dieter: *Beamtentum im Nationalsozialismus*, in: Friedensberger, Martin/Gössel, Klaus-Dieter/Schönknecht, Eberhard (Hg.): *Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente (Veröffentlichungen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz)*, Bremen 2002, S. 95–142.
- Gotto, Bernhard: *Polykratische Selbststabilisierung. Mittel- und Unterinstanzen in der NS-Diktatur*, in: Hachtmann, Rüdiger (Hg.): *Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 22)*, Göttingen 2006, S. 28–50.
- Gram, Hjalte/Grøn, Caroline Howard: *One of the Boys? Gender Similarities and Differences in Human Capital among Senior Civil Servants in Denmark*, in: *Scandinavian Political Studies* 43 (2020), H. 4, S. 241–263.
- Grashoff, Udo: *Legitimation, Repression und Kooptation in der DDR*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 1 (2012), S. 123–146.
- Grieswelle, Detlef: *Eliten*, in: Gabriel, Oscar W. (Hg.): *Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft*, Düsseldorf 2004, S. 224–237.
- Groß, Hermann/Bohnfeld, Jörg: *Regieren aus der zweiten Reihe: Der parlamentarische Staatssekretär im Bund*, in: Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus (Hg.): *Analyse demokratischer Regierungssysteme*, Wiesbaden 2010, S. 237–256.
- Grüttner, Michael: *Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik (Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 6)*, Heidelberg 2004.
- Grüttner, Michael: *Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933–1939*, Stuttgart 2015.
- Hartmann, Michael: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt 2002.

- Hattenhauer, Hans/Wiese, Walter: Geschichte des deutschen Beamtentums (Handbuch des öffentlichen Dienstes 1), Köln 1993.
- Heger, Katharina/Heft, Kathleen: Vergeschlechtlichte Macht. Das intersektionale Geschlechterverhältnis in bundesdeutschen Eliten (DeZIM Research Notes 11), Berlin 2022.
- Heger, Katharina/Vogel, Lars: Die Positionsauswahl der Elitenstudie 2019 – Sample Report, in: Kollmorgen, Raj/Vogel, Lars/Zajak, Sabrina (Hg.): Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Wiesbaden 2024, S. 69-106.
- Hehl, Ulrich von: Nationalsozialistische Herrschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte 39), München 2001.
- Heinsohn, Kirsten: „Grundsätzlich“ gleichberechtigt. Die Weimarer Republik in frauenhistorischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 18–20 (2018), S. 39–45.
- Heyland, Carl: Das Berufsbeamtentum im neuen demokratischen deutschen Staat. Eine staatsrechtliche Studie, Berlin/Boston 2020.
- Hoffmann-Lange, Ursula: Eliteforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) (1983), H. 47, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/532865/eliteforschung-in-der-bundesrepublik-deutschland/> (aufgerufen am 2.2.2024).
- Hoffmann-Lange, Ursula: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen 1992.
- Hoffmann-Lange, Ursula: Eliten, in: Helms, Ludger/Jun, Uwe (Hg.): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung, Frankfurt am Main 2004, S. 239–266.
- Hoffmann-Lange, Ursula: Theory-Based Typologies of Political Elites, in: Best, Heinrich/Higley, John (Hg.): The Palgrave handbook of political elites, London 2018, S. 53–68.
- Holtmann, Everhard: Führen Regierungen tatsächlich? Zur Praxis gouvernementalen Handelns, Wiesbaden 2008.
- Holzem, Andreas/Leugers, Antonia: Krieg und Frieden in München 1914–1939. Topografie eines Diskurses: Darstellung und Dokumente, Paderborn 2021.
- Hornbostel, Stefan: Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster: Befunde aus der Analyse des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: Hornbostel, Stefan (Hg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR (Reihe „Soziologie der Politik“ 2), Wiesbaden 1999, S. 177–210.
- Hsieh, Chih-wei/Winslow, Elizabeth: Gender Representation in the Federal Workforce. A Comparison Among Groups, in: Review of Public Personnel Administration 26 (2006), H. 3, S. 276–295.
- Hürten, Heinz: „Seeckt, Hans von“, in: Neue Deutsche Biographie (2010), S. 139–140.
- Hustedt, Thurid: Ministerialverwaltung im Wandel (Staatslehre und politische Verwaltung 18), Baden-Baden 2012.
- Hustedt, Thurid/Houlberg Salomonsen, Heidi: Ensuring political responsiveness: politicization mechanisms in ministerial bureaucracies, in: International Review of Administrative Sciences 80 (2014), H. 4, S. 746–765.
- Hüttenberger, Peter: Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), H. 4, S. 417–442.
- Ispording, Bernd/Keiper, Gerhard/Kröger, Martin (Bearbeiter): T-Z, Nachträge, in: Hürter, Johannes (Hg.): Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871–1945, Paderborn 2014.
- Jaeck, Tobias/Harm, Katrin/Aderhold, Jens: Einheit der Eliten? Die Transformation ostdeutschen Entscheidungspersonals zwischen Divergenzvermutungen und sich annähernden Professionalisierungsmustern, in: Berliner Journal für Soziologie 23 (2013), H. 2, S. 229–256.

- Jahn, Detlef: Changing of the guard: trends in corporatist arrangements in 42 highly industrialized societies from 1960 to 2010, in: *Socio-Economic Review* 14 (2016), H. 1, S. 47–71.
- Jann, Werner/König, Klaus: *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (Neue Staatswissenschaften 9), Tübingen 2008.
- Jann, Werner/Veit, Sylvia: *Politicisation of Administration or Bureaucratisation of Politics? The case of Germany* (Potsdamer Diskussionspapiere zur Verwaltungswissenschaft 6), Potsdam 2010.
- Jann, Werner/Veit, Sylvia: Germany, in: Van Wart, Montgomery/Hondeghem, Annie/Schwella, Erwin/Suino, Paul (Hg.): *Leadership and Culture. Comparative Models of Top Civil Servant Training*, Basingstoke 2015, S. 183–198.
- Jann, Werner/Veit, Sylvia: *Politics and Administration in Germany*, in: Kuhlmann, Sabine/Proeller, Isabella/Schimanke, Dieter/Ziekow, Jan (Hg.): *Public Administration in Germany*, London 2021, S. 145–162.
- Jesse, Eckhard: *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90*, Köln/Weimar/Wien 2011.
- Kaina, Viktoria: Zwischen den Welten: Die Funktionsbewertung des politischen Systems in Führungsschicht und Bevölkerung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31 (2000), H. 1, S. 131–155.
- Kaina, Viktoria: Deutschlands Eliten – Kontinuität und Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B10* (2004), S. 8–16.
- Kaina, Viktoria: *Eliteforschung*, in: Kaina, Viktoria (Hg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden 2009, S. 385–419.
- Kater, Michael H.: Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969), H. 2, S. 181–218.
- Kennedy, Brandy: Unraveling Representative Bureaucracy. A Systematic Analysis of the Literature, in: *Administration & Society* 46 (2014), H. 4, S. 395–421.
- Khan, Shamus Rahman: The Sociology of Elites, in: *Annual Review of Sociology* 38 (2012), S. 361–377.
- Kießling, Friedrich: *Landwirtschaftsministerium und Agrarpolitik in der alten Bundesrepublik*, in: Möller, Horst/Bitterlich, Joachim/Corni, Gustavo/Kießling, Friedrich/Münkel, Daniela/Schlie, Ulrich (Hg.): *Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger*, Berlin/München/Boston 2020, S. 367–512.
- Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich: Wer war was vor und nach 1945*, 3. Auflage, Frankfurt am Main 2011.
- Klein, Gotthard: *Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 75), Paderborn/München/Wien/Zürich 1996.
- Klöcker, Michael/Tworuschka, Udo/Rötting, Martin: *Handbuch der Religionen*, Hohenwarsleben 2023.
- Knight, Max: *The German Executive 1890–1933* (Hoover Institute Studies. Series B, Elites No. 4), Stanford, Calif. 1955.
- Kollmorgen, Raj: Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten nach fünf- und zwanzig Jahren Vereinigungsprozess, in: *Berliner Debatte* Initial 26 (2015), S. 17–33.
- Kollmorgen, Raj: Ein anhaltendes Defizit? Ostdeutsche in den Eliten als Problem und Aufgabe, in: Kowalczyk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hg.): *(Ost)Deutschlands Weg*, Bonn/Berlin 2021, S. 231–250.
- Kollmorgen, Raj/Vogel, Lars/Zajak, Sabrina (Hg.): *Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund*. Wiesbaden 2024.
- Kolltveit, Kristoffer/Shaw, Richard: *Core Executives in a Comparative Perspective. Governing in Complex Times*, Cham 2022.

- König, Klaus/Bartsch, Heinz: Verwaltungsstrukturen der DDR, Baden-Baden 1991.
- Koop, Volker: Alfred Rosenberg. Der Wegbereiter des Holocaust – Eine Biographie, Köln/Wien 2016.
- Koops, Markus: Die Fortentwicklung des Berufsbeamtentums unter Einbeziehung aktueller Tendenzen im Beamtenrecht, Hamburg 2008.
- Kordt, Erich: The Public Servant in Germany, in: *Public Administration* 16 (1938), H. 2, S. 173–184.
- Kotulla, Michael: Einführung in die Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom Alten Reich bis Weimar (1495 bis 1933), Berlin 2007.
- Kreller, Lutz/Kuschel, Franziska: Vom „Volkskörper“ zum Individuum. Das Bundesministerium für Gesundheitswesen nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2022.
- Kropp, Sabine: Vergleichen in der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2005.
- Kuhlemann, Jens: Differenzierte Biografien, differenzierte Integration: Ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und den DDR-Regierungsdienststellen (1948–1957), in: *Historical Social Research* 35 (2010), H. 3, S. 95–116.
- Kuhlmann, Sabine/Proeller, Isabella/Schimanke, Dieter/Ziekow, Jan: *Public Administration in Germany*, London 2021.
- Kuhlmann, Sabine/Veit, Sylvia: The Federal Ministerial Bureaucracy, the Legislative Process and Better Regulation, in: Kuhlmann, Sabine/Proeller, Isabella/Schimanke, Dieter/Ziekow, Jan (Hg.): *Public Administration in Germany*, London 2021, S. 357–374.
- Kuller, Christiane: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus 1), München 2013.
- Küpper, Jost: Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer (Europäische Hochschulschriften Reihe 31, Politikwissenschaft 79), Frankfurt am Main 1985.
- Lane, David: *Elites and Classes in the Transformation of State Socialism*, New York 2011.
- Lanfranchi, Joseph/Narcy, Mathieu: Female Overrepresentation in Public and Nonprofit Sector Jobs, in: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 44 (2015), H. 1, S. 47–74.
- Lang, Florian: Die Verwaltungselite in Deutschland und Frankreich 1871–2000. Regimewechsel und Pfadabhängigkeiten, Baden-Baden 2005.
- Lapp, Peter Joachim: Der Ministerrat der DDR. Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung (Studien zur Sozialwissenschaft 49), Wiesbaden 1982.
- Lauth, Hans-Joachim/Kneuer, Marianne/Pickel, Gert: *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2016.
- Lebendiges Museum Online: Hans von Seeckt 1866–1936, Berlin 2014.
- Lehnstaedt, Stephan: Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 54 (2006), H. 4, S. 639–972.
- Lennartz, Jannis: *Kanzlerdemokratie*, Tübingen 2023.
- Lerner, Daniel: *The Nazi Elite*, Stanford 1951.
- Lewin, Leif: The rise and decline of corporatism: The case of Sweden, in: *European Journal of Political Research* 26 (1994), H. 1, S. 59–79.
- Lewis, David E.: Staffing Alone: Unilateral Action and the Politicization of the Executive Office of the President, 1988–2004, in: *Presidential Studies Quarterly* 35 (2005), H. 3, S. 496–514.
- Lewis, David E.: *The politics of presidential appointments. Political control and bureaucratic performance*, Princeton 2008.

- Lilla, Joachim: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924 (Eine Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien), Düsseldorf 2004.
- Lindvall, Johannes/Sebring, Joakim: Policy reform and the decline of corporatism in Sweden, in: *West European Politics* 28 (2005), H. 5, S. 1057–1074.
- Llorens, Jared J./Wenger, Jeffrey B./Kellough, J. Edward: Choosing Public Sector Employment: The Impact of Wages on the Representation of Women and Minorities in State Bureaucracies, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 18 (2007), H. 3, S. 397–413
- Loch, Thorsten: Deutsche Generale 1945–1990. Profession – Karriere – Herkunft (Deutsch-deutsche Militärgeschichte 2), Berlin 2021.
- Loch, Thorsten/Müller, Daniel F./Naumann, André/Schulz, Stephanie: Zur sozialen Herkunft deutscher Admirale und Luftwaffengenerale im Kalten Krieg. Eine sozioempirische Dokumentation zur deutsch-deutschen Militärgeschichte, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 81 (2022), H. 2, S. 486–515.
- Lommatzsch, Erik: Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt am Main 2009.
- Loth, Wilfried: Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreichs, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), H. 3, S. 279–310.
- Loth, Wilfried: Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit), München 1997.
- Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im Bewusstsein der deutschen Gegenwart, in: Lübbe, Hermann (Hg.): Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheit, Paderborn/München 2007, S. 11–38.
- Lüdicke, Lars: Die Personalpolitik der Minister Neurath und Ribbentrop, in: Hürter, Johannes/Mayer, Michael (Hg.): Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte), Berlin/Boston 2014, S. 37–57.
- Mählert, Ulrich: Geschichte der DDR. 1949–1990, Jena 2013.
- Majer, Diemut: Die Auflösung der Weimarer Republik, in: Hirsch, Martin/Majer, Diemut/Meinck, Jürgen (Hg.): Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945, Köln 1984, S. 43–91.
- Majer, Diemut: Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei, Stuttgart/Berlin 1987.
- Malinowski, Stephan: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat (Elitenwandel in der Moderne 4), Berlin 2022.
- Mannewitz, Tom/Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2022.
- Martens, Bernd: East German economic elites and their companies two decades after the transformation („Wende“): Still following the patterns of the 1990s, in: *Journal of East European Management Studies* 13 (2008), H. 4, S. 305–326.
- Mayer, Michael: Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten. Das Auswärtige Amt im Dritten Reich – Eine Binnendifferenzierung, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), H. 4, S. 509–532.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W.: Policy-making in the German federal bureaucracy, Amsterdam 1975.
- Mazón, Patricia: Das akademische Bürgerrecht und die Zulassung von Frauen zu den deutschen Universitäten 1865–1914, Berlin 2001.

- Mckay, Joanna: Women in German Politics: Still Jobs for the Boys? in: *German Politics* 13 (2004), H. 1, S. 56–80.
- Mecking, Sabine: „Chefin oder Mauerblümchen?“. Frauen in der öffentlichen Verwaltung der Bundesrepublik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), H. 3, S. 465–497.
- Menges, Franz: *Neue Deutsche Biographie* (16) 1990.
- Mentel, Christian/Weise, Niels: *Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung*, Potsdam 2016.
- Meuschel, Sigrid: *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt am Main 1992.
- Meyer, Gerd: Frauen in den Machthierarchien der DDR oder: Der lange Weg zur Parität. Empirische Befunde 1971–1985, in: *Deutschland Archiv* 19 (1986), S. 294–311.
- Meyer, Gerd: *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien 3)*, Tübingen 1991.
- Middendorf, Stefanie: *Finanzpolitische Fundamente der Demokratie? Haushaltsordnung, Ministerialbürokratie und Staatsdenken in der Weimarer Republik*, in: Müller, Tim B./Tooze, Adam (Hg.): *Normalität und Fragilität // Normalität und Fragilität : Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 315–343.
- Mills, Charles Wright: *The power elite*, London 1956.
- Mockenhaupt, Hubert: *Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns (Beiträge zur Katholizismusforschung)*, München/Paderborn, Wien 1977.
- Molina, Oscar/Rhodes, Martin: Corporatism: The Past, Present, and Future of a Concept, in: *Annual Review of Political Science* 5 (2002), S. 305–331.
- Mommsen, Hans: *Beamtentum im Dritten Reich (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte)*, München 1966.
- Mommsen, Hans: Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 21 (1973), H. 2, S. 151–165.
- Morsey, Rudolf: Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning, in: Herzog, Roman (Hg.): *Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Schriftenreihe der Hochschule Speyer 50)*, Berlin 1972, S. 101–116.
- Mulgan, Richard: How Much Responsiveness is Too Much or Too Little? in: *Australian Journal of Public Administration* 67 (2008), H. 3, S. 345–356.
- Münkel, Daniela/Heidenreich, Ronny: *Das DDR-Landwirtschaftsministerium – Politik und Personal*, in: Möller, Horst/Bitterlich, Joachim/Corni, Gustavo/Kießling, Friedrich/Münkel, Daniela/Ulrich Schlie (Hg.): *Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger*, Berlin/München/Boston 2020, S. 515–650.
- Münzel, Martin: Neubeginn und Kontinuitäten. Das Spitzenpersonal der zentralen deutschen Arbeitsbehörden 1945–1960, in: Nützenadel, Alexander (Hg.): *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus)*, Göttingen 2017, S. 494–551.
- Murdoch, Zuzana/Connolly, Sara/Hussein, Kassim/Geys, Benny: Legitimacy crises and the temporal dynamics of bureaucratic representation, in: *Governance* 35 (2022), H. 1, S. 65–82.
- Nadporozhskii, Iliia: Influence of elite rotation on authoritarian resilience, in: *Democratization* 30 (2023), H. 5, S. 794–814.
- Neugebauer, Martin/Reimers, David/Schindler, Steffen/Stocké, Volker: Inequality in Transitions to Secondary School and Tertiary Education in Germany, in: Jackson, Michelle Victoria (Hg.): *Deter-*

- mined to succeed? Performance versus choice in educational attainment, Stanford, Calif. 2013, S. 56–88.
- Niclauß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, Wiesbaden 2015.
- Niedermayer, Oskar: Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013.
- Nuscheler, Franz: Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister – Das britische Vorbild, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1 (1970), H. 1, S. 83–89.
- Nützenadel, Alexander (Hg.): Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus), Göttingen 2017.
- Nützenadel, Alexander: Einleitung, in: Nützenadel, Alexander (Hg.): Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus), Göttingen 2017, S. 11–29.
- Nyrup, Jacob/Bramwell, Stuart: Who Governs? A New Global Dataset on Members of Cabinets, in: American Political Science Review 114 (2020), H. 4, S. 1366–1374.
- Nyrup, Jacob/Yamagishi, Hikaru/Bramwell, Stuart: Consolidating Progress: The Selection of Female Ministers in Autocracies and Democracies, in: American Political Science Review (2023), S. 1–20.
- Oberfield, Zachary W.: Becoming Bureaucrats. Socialization at the Front Lines of Government Service, Philadelphia 2014.
- Packheiser, Christian: Aufarbeitung der Geschichte des Bundesverkehrsministeriums (BVM) und des Ministeriums für Verkehrswesen (MfV) der DDR hinsichtlich Kontinuitäten und Transformationen zur Zeit des Nationalsozialismus: Vorstudie, München/Berlin 2018.
- Page, Benjamin: Die Regimeeliten der DDR während der Krisen 1953 und 1989. Eine komparative Krisenstudie aus der Perspektive des Politbüros der SED, Wiesbaden 2019.
- Page, Edward C.: Conclusion: Senior Officials in Western Europe, in: Page, Edward C./Wright, Vincent (Hg.): Bureaucratic élites in western European states. A comparative analysis of top officials, Oxford 1999, S. 266–279.
- Palm, Stefanie/Stange, Irina: Vergangenheiten und Prägungen des Personals des Bundesinnenministeriums, in: Bösch, Frank/Wirsching, Andreas (Hg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus (Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945 Band 1), Göttingen 2018, S. 122–181.
- Pareto, Vilfredo: The Mind and Society, New York 1935.
- Peters, B. Guy: Politicisation: What Is It and Why Should We Care?, in: Neuhold, Christine/Vanhoonaeker, Sophie/Verhey, Luc (Hg.): Civil servants and politics. A delicate balance, Basingstoke 2013, S. 12–24.
- Peters, B. Guy/Pierre, Jon: Politicization of the civil service in comparative perspective. The quest for control, London/New York 2004.
- Peters, B. Guy/Pierre, Jon: Politicization of the civil service: concepts, causes, consequences, in: Peters, B. Guy/Pierre, Jon (Hg.): Politicization of the civil service in comparative perspective. The quest for control, London/New York 2004, S. 1–13.
- Peterson, E. N./Dietz, Heribert: Die Bürokratie und die NSDAP, in: Der Staat 2 (1967), S. 151–173.
- Petrow, Nikita W.: Die sowjetische Besatzungsverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands, in: Foitzik, Jan (Hg.): Sowjetische Kommandaturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR, Berlin 2015, S. 33–97.
- Petzschmann, Paul: Nazi Germany and Public Administration 1933–42: The Most important Laboratory for Depression America?, in: Public Administration 92 (2014), H. 2, S. 259–273.

- Plum, Günter: Die Übernahme und Sicherung der Macht 1933/34, in: Broszat, Martin (Hg.): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge, München 2007, S. 34–47.
- Putnam, Robert D.: *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs 1976.
- Qing-kui, Xie: Chinese public administration: misunderstanding and implications, in: *International Journal of Public Administration* 16 (1993), H. 9, S. 1431–1458.
- Raithel, Thomas: Die Haltung von Eliten, Verbänden und Parteien. Überlegungen zum Einfluss auf die Stabilität und Instabilität parlamentarischer Demokratien zwischen den Weltkriegen, in: Gusy, Christoph (Hg.): *Demokratie in der Krise: Europa in der Zwischenkriegszeit (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat 45)*, Baden-Baden 2008, S. 105–121.
- Raithel, Thomas/Weise, Niels: „Für die Zukunft des deutschen Volkes“. Das bundesdeutsche Atom- und Forschungsministerium zwischen Vergangenheit und Neubeginn 1955–1972, Göttingen 2022.
- Rauh, Manfred: *Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 47)*, Düsseldorf 1973.
- Rebenstorf, Hilke: Integration und Segmentation der Führungsschicht – Stratifikationstheoretische Determinanten, in: Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke (Hg.): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Wiesbaden 1997, S. 123–155.
- Rebentisch, Dieter: *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945 (Frankfurter historische Abhandlungen 29)*, Stuttgart 1989.
- Rebentisch, Dieter: Verfassungswandel und Verwaltungsstaat vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Heideking, Jürgen/Hufnagel, Gerhard/Knipping, Franz (Hg.): *Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz*, Berlin/New York 1989, S. 123–150.
- Reichel, Peter: Politische Kultur – mehr als ein Schlagwort? Anmerkungen zu einem komplexen Gegenstand und fragwürdigen Begriff, in: *Politische Vierteljahresschrift* 21 (1980), H. 4, S. 382–399.
- Remy, Dietmar: Datenfriedhof oder Füllhorn für die DDR-Forschung? Geschichte, Funktionsweise und wissenschaftlicher Wert des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: *Historical Social Research* 28 (2003), H. 1–2, S. 73–107.
- Richter, Hedwig: *Die DDR*, Paderborn 2009.
- Richter, Hedwig: *Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich*, Berlin 2021.
- Ritter, Gerhard Albert: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Ein historisches Lesebuch*, Göttingen 1992.
- Röhl, John C. G.: *Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik*, München 2007.
- Röhling, Lisa-Marie: Ausbildung, Karrieren und Laufbahnstruktur der mittleren Beamenschaft, in: Nützenadel, Alexander (Hg.): *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus)*, Göttingen 2017, S. 103–136.
- Roth, Dieter: *Zum Demokratieverständnis von Eliten in der Bundesrepublik Deutschland (Europäische Hochschulschriften 10)*, Bern/Frankfurt am Main 1976.
- Roth, Johann: *Katholizismus und Judenfrage*, München 1923.
- Rothstein, Bo: The Chinese Paradox of High Growth and Low Quality of Government: The Cadre Organization Meets Max Weber, in: *Governance* 28 (2015), H. 4, S. 533–548.
- Rouban, Luc: *Politicization of the Civil Service*, in: Peters, B. Guy (Hg.): *Handbook of public administration*, London 2008, S. 310–320.

- Ruck, Michael: Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928–1972 (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland 4), München 1996.
- Rückert, Joachim: Einige Bemerkungen über Mitläufer, Weiterläufer und andere Läufer im Bundesministerium der Justiz nach 1949, in: Görtemaker, Manfred/Safferling, Christoph (Hg.): Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit: eine Bestandsaufnahme, Göttingen, Bristol, Conn. 2013, S. 60–87.
- Sabrow, Martin: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt am Main 1999.
- Sabrow, Martin: Macht und Herrschaft, in: Schultz, Helga/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 28–48.
- Safferling, Christoph/Görtemaker, Manfred: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.
- Salheiser, Axel: Der Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne, in: Best, Heinrich/Remy, Dietmar (Hg.): Die geplante Gesellschaft. Analysen personenbezogener Massendatenspeicher der DDR (SFB-Mitteilungen 18), Jena 2006, S. 117–128.
- Sauer, Martina: Gesellschaftliche Steuerungschancen durch Elitenzirkulation? Kommunikation und Kooperation bundesdeutscher Funktionsträger vor dem Hintergrund funktionaler Differenzierung, Opladen 2000.
- Scherr, Albert: Sozialisation, Person, Individuum, in: Korte, Hermann (Hg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie, Wiesbaden 2006, S. 45–66.
- Scheuch, Erwin K.: Eliten-Konfigurationen in Deutschland, in: Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hg.): Oberschichten – Eliten – herrschende Klassen (Reihe „Sozialstrukturanalyse“ 17), Wiesbaden 2003, S. 147–174.
- Schleth, Uwe: Once Again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis?, in: Wildenmann, Rudolf (Hg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, München/Wien 1971, S. 99–118.
- Schleusener, Jan: Die Enteignung Fritz Thyssens. Vermögensentzug und Rückerstattung (Familie – Unternehmen – Öffentlichkeit 7), Paderborn 2018.
- Schlie, Ulrich: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Möller, Horst/Bitterlich, Joachim/Corni, Gustavo/Kießling, Friedrich/Münkel, Daniela/Schlie, Ulrich (Hg.): Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger, Berlin/München/Boston 2020, S. 105–263.
- Schmidt, Eberhard: Rechtsentwicklung in Preußen, Berlin 1929.
- Schnapp, Kai-Uwe: Soziale Zusammensetzung von Elite und Bevölkerung – Verteilung von Aufstiegschancen in die Elite im Zeitvergleich, in: Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Wiesbaden 1997, S. 69–99.
- Schnapp, Kai-Uwe: Soziodemographische Merkmale der bundesdeutschen Eliten, in: Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Wiesbaden 1997, S. 101–121.
- Schnapp, Kai-Uwe: Ministerialbürokratien in westlichen Demokratien (Interdisziplinäre Organisations- und Verwaltungsforschung 11), Opladen 2004.
- Schneider, Michael: Historisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Krise von Weimar. Zu Verfassungsauftrag und -wirklichkeit in der ersten deutschen Republik, in: Luthardt, Wolfgang/Söllner, Alfons (Hg.): Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis, Wiesbaden 1989, S. 27–41.
- Schoen, Harald/Weßels, Bernhard: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2016.

- Scholtyssek, Joachim: Nur eine nachgeordnete Behörde ohne Kompetenzen? Das Reichswirtschaftsministerium 1933 bis 1945 und die Frage personeller Kontinuitäten in der Bundesrepublik, in: Becker, Manuel/Studt, Christoph (Hg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit im „Dritten Reich“. „Horte des Widerstandes“ oder „verbrecherische Organisationen“? Tagungsband zur XXV. Königswinterer Tagung (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. 17), Augsburg 2013, S. 101–127.
- Schrafstetter, Susanna: Verfolgung und Wiedergutmachung. Karl. M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), H. 3, S. 431–466.
- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.
- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990, Köln/Weimar/Wien 2013.
- Schroeter, Wolfgang: Albert Speer. Aufstieg und Fall eines Mythos, Paderborn 2019.
- Schröter, Eckhard: The politicization of the German civil service: a threedimensional portrait of the ministerial bureaucracy, in: Peters, B. Guy/Pierre, Jon (Hg.): Politicization of the civil service in comparative perspective. The quest for control, London/New York 2004, S. 55–80.
- Schunke, Reinhard: Die politischen Beamten. Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors des Rechts der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes, Saarbrücken 1973.
- Schwanke, Katja/Ebinger, Falk: Politisierung und Rollenverständnis der deutschen Administrativen Elite 1970 bis 2005 – Wandel trotz Kontinuität, in: Bogumil, Jörg (Hg.): Politik und Verwaltung. PVS Sonderheft 37, Wiesbaden 2006, S. 228–249.
- Schwichtenberg, Jakob: Adelige in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1961. Dissertation, Rostock 2019.
- Seibel, Wolfgang/Benz, Arthur/Mäding, Heinrich: Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung, Baden-Baden 1993.
- Shaw, Richard: Handbook on Ministerial and Political Advisers, Cheltenham, UK 2023.
- Shaw, Richard/Eichbaum, Chris: Ministers, minders and mandarins. An international study of relationships at the executive summit of parliamentary democracies, Cheltenham, UK 2018.
- Shaw, Richard/Eichbaum, Chris: From ménage à trois back to pas de deux? Ministerial advisers, civil servants and the contest of policy ideas, in: International Review of Public Policy 2 (2020), H. 3, S. 264–280.
- Sick, Carsten: Hans Globke (1898–1973) – eine bundesdeutsche Nachkriegskarriere? Kappelrodeck 2020.
- Smeddinck, Ulrich/Tils, Ralf: Normgenese und Handlungslogiken in der Ministerialverwaltung. Die Entstehung des Bundes-Bodenschutzgesetzes: eine politik- und rechtswissenschaftliche Analyse (Umweltrecht und Umweltpolitik 7), Baden-Baden 2002.
- Sowa, Jessica E./Selden, Sally Coleman: Administrative discretion and active representation: An expansion of the theory of representative bureaucracy, in: Public Administration Review 63 (2003), H. 6, S. 700–710.
- Spenkuch, Hartwin: Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des „deutschen Sonderwegs“, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), H. 2, S. 262–293.
- Staronova, Katarina/Rybar, Marek: Personal or Party Roots of Civil Service Patronage? Ministerial Change Effects on the Appointments of Top Civil Servants, in: Administration & Society 53 (2021), H. 5, S. 651–679.

- Statistisches Bundesamt: Gleichstellungsindex 2022. Gleichstellung von Männern und Frauen in obersten Bundesbehörden, Wiesbaden 2023.
- Stolleis, Michael: Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800–1914 (Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland 2), München 1992.
- Stolleis, Michael: Öffentliches Recht in Deutschland, München 2014.
- Strobel, Bastian: Politik und Verwaltung in deutschen Diktaturen. Eine vergleichende Analyse des Nationalsozialismus und des SED-Regimes, Wiesbaden 2022.
- Strobel, Bastian/Scholz-Paulus, Simon/Vedder, Stefanie/Veit, Sylvia: Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Kassel 2021.
- Strobel, Bastian/Scholz-Paulus, Simon/Vedder, Stefanie/Veit, Sylvia: Die Politisch-Administrative Elite im Kaiserreich am 1. September 1913. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 1, Kassel 2021.
- Strobel, Bastian/Scholz-Paulus, Simon/Vedder, Stefanie/Veit, Sylvia: Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1920. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 2, Kassel 2021.
- Strobel, Bastian/Scholz-Paulus, Simon/Vedder, Stefanie/Veit, Sylvia: Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1927. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 3., Kassel 2021.
- Strobel, Bastian/Scholz-Paulus, Simon/Vedder, Stefanie/Veit, Sylvia: Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1934. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 4, Kassel 2021.
- Strobel, Bastian/Scholz-Paulus, Simon/Vedder, Stefanie/Veit, Sylvia: Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1939. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 5, Kassel 2021.
- Strobel, Bastian/Scholz-Paulus, Simon/Vedder, Stefanie/Veit, Sylvia: Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1944. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 6, Kassel 2021.
- Bastian Strobel/Sylvia Veit: Incomplete democratisation, system transformations, and the civil service: A case study on the Weimar Republic and the Nazi regime in Germany, in: Michael W. Bauer/Peters, B. Guy/Pierre, Jon/Yesilkagit, Kutsal/Becker, Stefan (Hg.): Liberal-democratic backsliding and public administration, Cambridge 2021, S. 22–46.
- Sturm, Roland: Deutschlands „Kanzlerdemokratie“, in: GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik 70 (2021), H. 4, S. 518–526.
- Szatkowski, Tim: Karl Carstens. Eine politische Biographie, Köln/Weimar/Wien 2007.
- Tennstedt, Florian: Franz Caspar und die Reichsversicherungsordnung, in: Die Sozialgerichtsbarkeit 22 (1975), H. 13, S. 522–530.
- Thamer, Hans-Ulrich: Die Deutschen und ihre Nation. Deutschland 1933–1945, Berlin 1992.
- Treib, Oliver: Party Patronage in Austria: From Reward to Control, in: Kopecký, Petr/ Mair/Spirova, Peter Maria (Hg.): Party Patronage and Party Government in European Democracies, Oxford 2012, S. 31–51.
- Tyrell, Albrecht: Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg der NSDAP, in: Broszat, Martin (Hg.): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge, München 2007, S. 20–33.
- van Ooyen, Robert Christian: Demokratische Staats- und Verfassungslehre der Weimarer Republik (Berliner Schriften zur Rechts- und Verfassungspolitologie 10), Frankfurt 2019.

- Vedder, Stefanie/Veit, Sylvia: Politische Kultur und die Parteipolitisierung von Verwaltungseliten in den alten und neuen Bundesländern, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 10 (2017), H. 1, S. 153–168.
- Veit, Sylvia: Die öffentliche Verwaltung im modernen Staat, in: *GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik* 70 (2021), H. 1, S. 99–109.
- Veit, Sylvia: Preservation of Differences or Adaptation to Western Germany? Descriptive Representation, Career Patterns and Politicisation of Top Civil Servants in Eastern Germany, in: *German Politics* 32 (2023), H. 1, S. 149–168.
- Veit, Sylvia/Fromm, Nadin/Ebinger, Falk: „NEIN“ zu sagen ist eine unserer wichtigsten Pflichten. Politisierung, Rollenverständnis und Entscheidungsverhalten von leitenden Ministerialbeamt\*innen in Deutschland, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 11 (2018), H. 2, S. 413–436.
- Veit, Sylvia/Vedder, Stefanie: Measuring civil service politicization with career data: Backstage and frontstage political experience of top civil servants in the German ministerial administration, in: *Public Administration* (2023), Online First: <https://doi.org/10.1111/padm.12967>.
- Verzichelli, Luca: Elite Circulation and Stability, in: Best, Heinrich/Higley, John (Hg.): *The Palgrave handbook of political elites*, London 2018, S. 573–591.
- Vogel, Lars: (How) Perceived Descriptive Underrepresentation Decreases Political Support: The Case of East Germans, in: *German Politics* 32 (2023), H. 1, S. 169–190.
- Vogel, Lars/Zajak, Sabrina: Teilhabe ohne Teilnahme? Wie Ostdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund in der bundesdeutschen Elite vertreten sind (DeZIM Research Notes 4), Berlin 2020.
- Walter, Jana Marleen: Funktionale Politisierung als informelle Institution. Eine „Grounded Typology“ politikzentrierter Handlungsentscheidungen (Interdisziplinäre Organisations- und Verwaltungsforschung), Wiesbaden 2023.
- Wasner, Barbara: Identifizierung von Eliten: Methodische Ansätze, in: Wasner, Barbara (Hg.): *Eliten in Europa*, Wiesbaden 2004, S. 119–125.
- Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Neuauflage hg. von Johannes Winckelmann, Frankfurt am Main 1922.
- Wehler, Hans Ulrich: *Das Deutsche Kaiserreich, 1871–1918*, Göttingen 1994.
- Weingart, Peter: *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2001.
- Weingart, Peter/Lentsch, Justus: *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*, Weilerswist 2008.
- Weitkamp, Sebastian: Kooperativtäter – die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an der NS-Gewaltpolitik jenseits der „Endlösung“, in: Hürter, Johannes/Mayer, Michael (Hg.): *Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 109), Berlin/Boston 2014, S. 197–217.
- Wentker, Hermann: Ein deutsch-deutsches Schicksal. Der CDU-Politiker Helmut Brandt zwischen Anpassung und Widerstand, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001), H. 3, S. 465–506.
- Weßels, Bernhard: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*, Wiesbaden 2021.
- Weßels, Bernhard/Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W.: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2013.
- Wildenmann, Rudolf: Germany 1930–1970: The Empirical Findings, in: Wildenmann, Rudolf (Hg.): *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, München/Wien 1971, S. 18–60.

- Wilke, Malte: Staatsanwälte als Anwälte des Staates? Die Strafverfolgungspraxis von Reichsanwaltschaft und Bundesanwaltschaft vom Kaiserreich bis in die frühe Bundesrepublik (Beiträge zu Grundfragen des Rechts 16), Göttingen 2015.
- Wolf, Christa: Im Dialog. Aktuelle Texte, Frankfurt am Main 1990.
- Abby K. Wood/David E. Lewis: Agency Performance Challenges and Agency Politicization, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 27 (2017), H. 4, S. 581–595.
- Yesilkagit, Kutsal/Christensen, Johan: Political and administrative elites under authoritarian rule: Elite transformations and economic policymaking in Italy and Germany during the Interbellum, in: Paper prepared for the IPPA Workshop Budapest June 28–30 2022 (2022).
- Zapf, Wolfgang: Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961, München 1965.
- Ziemann, Benjamin: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Bonn 2016.
- Zimmermann, Brigitte: OhnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin 1992.

# Anhang

## I Liste der Archivalien des Bundesarchives

*In der folgenden Liste werden die Archivalien des Bundesarchives aufgeführt, die für die Erstellung des PAE-proso-Datensatzes verwendet wurden. Neben einem Klassifikationsstichwort werden die Archivsignaturen sowie die Namen derjenigen Personen, für deren Codierung die jeweilige Archivalie genutzt wurde, genannt. Neben den hier mit Archivsignatur aufgeführten Archivalien wurden im Projekt auch weitere Informationen des Bundesarchivs, insbesondere Onlineübersichten zu einzelnen Nachlässen oder Beständen genutzt. Diese werden hier nicht im Einzelnen aufgeführt.*

Auslandsorganisation der NSDAP: NS 9/283 (Werner Freiherr von Grünau)

Biografische Presseauschnittsammlung SBZ/DDR: DX 3/87 (Georg Dertinger)

Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes: DY 34/29162 (Heinz Uhlmann), DY 34/26202 (Hellmuth Geyer), DY 34/26301 (Hellmuth Geyer), DY 34/28092 (Hubertus Bernicke), DY 34/28250 (Martin Franke), DY 34/28298 (Richard Goschütz), DY 34/26220 (Roman Chwalek)

Demokratische Bauernpartei Deutschlands: DY 60/4565 (Fritz Weißhaupt)

Deutsche Arbeitsfront/Zentralbüro, Arbeitswissenschaftliches Institut: NS 5-VI/17577 (Hans Fritzsche, Werner Freiherr von Fritsch), NS 5-VI/17621 (Alfred Jodl), NS 5-VI/17687 (Alfred Olscher), NS 5-VI/17605 (Andor Hencke), NS 5-VI/17710 (Anton Reinhaller), NS 5-VI/17589 (Arthur Gütt, Franz Gürthner), NS 5-VI/17623 (Bernd Freiherr von Kanne), NS 5-VI/17703 (Curt Max Prüfer), NS 5-VI/17618 (Eberhard von Jagwitz), NS 5-VI/17481 (Erich Raeder), NS 5-VI/17761 (Erich Wienbeck, Emil Wiehl, Richard Wienstein), NS 5-VI/17543 (Ernst Brandenburg, Alexander von Brandt), NS 5-VI/17576 (Hans Freytag), NS 5-VI/17619 (Ernst Jarmer), NS 5-VI/17628 (Albert Kesselring), NS 5-VI/17715 (Ernst Schäfer, Hans Schäfer), NS 5-VI/17746 (Ernst Udet), NS 5-VI/17538 (Ernst Wilhelm Bohle), NS 5-VI/17600 (Franz Hayler), NS 5-VI/17722 (Franz Schlegelberger), NS 5-VI/17598 (Franz-Xaver Hasenöhr, Werner Hassenpflug), NS 5-VI/17554 (Friedrich Christiansen), NS 5-VI/17579 (Friedrich Gaus), NS 5-VI/17511 (Friedrich Ludwig Herbert Alpers), NS 5-VI/17537 (Friedrich von Boetticher), NS 5-VI/17637 (Gerhard Köpke), NS 5-VI/17567 (Hans Draeger), NS 5-VI/17562 (Hans Heinrich Dieckhoff), NS 5-VI/17455 (Hans Heinrich Lammers), NS 5-VI/17701 (Hans Posse), NS 5-VI/17715 (Hans Schäffer), NS 5-VI/17726 (Hans Schmidt-Leonhardt), NS 5-VI/17732 (Hans Schröder), NS 5-VI/17745 (Hans von Tschammer und Osten), NS 5-VI/17753 (Erich Wallroth), NS 5-VI/17678 (Hermann Muhs), NS 5-VI/17595 (Hermann von Hanneken), NS 5-VI/17567 (Horst Dreßler-Andreas, Heinz Drewes, Hans Draeger), NS 5-VI/17680 (Jakob Nagel), NS 5-VI/17568 (Karl Durst), NS 5-VI/17538 (Karl Bömer), NS 5-VI/17608 (Karl Maria Hettlage), NS 5-VI/17555 (Leonardo Conti), NS 5-VI/17591 (Leopold Gutterer), NS 5-VI/17614 (Johannes Hoßfeld), NS 5-VI/17642 (Max Kumbier), NS 5-VI/17601 (Otto Hedding), NS 5-VI/17686 (Otto Ohlendorf), NS 5-VI/17728 (Otto Schniewind), NS 5-VI/17724 (Rudolf Schmeer, Carl Christian Schmid), NS 5-VI/17760 (Walther Wever), NS 5-VI/17588 (Werner Freiherr von Grünau), NS 5-VI/17627 (Wilhelm Keppler), NS 5-VI/17667 (Willy Meerwald), NS 5-VI/17709 (Wolfgang Reichardt)

Deutsche Reichsbank: R 2501/24715 (Arnold Kramer), R 2501/20700 (Hjalmar Schacht)

Deutscher Reichsbauernrat: R 16-I/1274 (Alex Walter), R 16-I/97 (Alfons Moritz), R 16-I/117 (Anton Reinthaller), R 16/10133 (Bernd Freiherr von Kanne), R 16/16906 (Bernd Freiherr von Kanne), R 16-I/2251 (Bernd Freiherr von Kanne), R 16-I/121 (Hans-Joachim Riecke), R 16-I/262 (Hans-Joachim Riecke), R 16-I/80 (Kurt Kummer)

Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut: R 4902/7240 (Hermann Esser), R 4902/5959 (Konstantin Hierl)

Deutsche Stiftung: R 8043/104 (Heinrich Eberts)

Forschungsinstitute der Luftwaffe: RL 39/1297 (Joachim Pretsch), RL 39/1327 (Max Mayer)

Friedensrat der DDR: DZ 9/267 (Hans-Paul Ganter-Gilmans)

Geschäftsführende Reichsregierung Dönitz: R 62/7 (Karl Dönitz)

Hauptamt Ordnungspolizei: R 19/2789 (Rudolf Petz)

Kleine Erwerbungen NSDAP: NS 20/135 (Horst Dreßler-Andrefß)

Krug, Ottomar – Biographische Sammlung zu deutschen Generalen und Admiralen: MSg 109/385 (Friedrich Christiansen)

Ministerium der Justiz: DP 1/8056 (Georg Dertinger, Helmut Brandt)

Ministerium des Innern: DO 1/99757 (Arthur Pätzold), DO 1/100276 (Erich Reinhold), DO 1/102215 (Georg Treske), DO 1/95499 (Günter Farchmin), DO 1/99743 (Heinz Overbeck), DO 1/94694 (Kurt Borrmann), DO 1/97174 (Lothar Husel), DO 1/100294 (Maria Rentmeister), DO 1/95672 (Martin Franke), DO 1/102703 (Roland Weißig), DO 1/95145 (Siegfried Döhler)

Ministerium für Kultur: DR 1/91527 (Kurt Bork)

Ministerium für Gesundheitswesen: DQ 1/27141 (Hermann Tschersisch)

Ministerium für Volksbildung: DR 2/15034 (Maria Rentmeister)

Ministerrat der DDR: DC 20/8348 (Alexander Schalck-Golodkowski), DC 20/7926 (Bodo Neumetzler), DC 20/8017 (Bruno Czerwinski), DC 20/7916 (Erhard Grahl), DC 20/8222 (Erich Markowitsch), DY 27/10545 (Erich Rost), DC 20/8218 (Ernst Machacek), DC 20/7868, (Franz Dahlem), DC 20/8481 (Friedrich Schiefer, Friedrich Zeiler), DC 20/7953 (Gerhard Beil), DY 27/7869 (Gerhard Engel), DY 27/7865 (Günter Erbach), DC 20/7963 (Hannelore Mensch geb. Bosch), DC 20/8005 (Hans Bentzien), DC 20/8139 (Hans Kaiser), DY 27/8139 (Hans Rietz), DC 20/8030 (Hans-Joachim Böhme), DC 20/8114 (Hans-Joachim Heusinger), DC 20/8088 (Harry Groschupf), DC 20/7993 (Heinz Aull), DY 27/7683 (Hermann Kalb), DY 27/7095 (Hermann Ley), DC 20/8435 (Hermann Tschersisch), DY 27/8033 (Hermann Tschersisch), DC 20/8129 (Horst Illgen), DC 20/7970 (Joachim Goldbach), DY 27/7748 - 7750 (Joachim Herrmann), DC 20/8041 (Karl Dietzel), DC 20/126 (Karl Litke), DC 20/7960 (Karl Grünheid), DC 20/8096 (Karl Hagemann), DY 27/8122 (Karl-Eduard von Schnitzler), DC 20/8009 (Klaus Blessing), DC 20/8119 (Klaus Höpcke), DC 20/7924 (Klaus Morgenstern), DC 20/7894 (Lothar Bolz), DC 20/7922 (Lothar Michalowsky), DC 20/7872 (Max Fechner), DC 20/8412 (Otfried Steger), DC 20/8018 (Paul Christofzik), DC 20/7956 (Peter-Klaus Budig), DY 27/549 (Helmut Holtzhauer), DY 27/7100 (Robert Lehmann), DY 27/7823 (Rudi Georgi), DY 27/641 (Rudolf Singer), DC

20/8029 (Siegfried Böhm), DY 27/577 (Siegfried Böhm), DY 27/11441 (Siegfried Wagner), DC 20/8330 (Siegfried Riedel), DC 20/7951 (Stephan Supranowitz), DC 20/7912 (Volker Abend), DC 20/8144 (Walter Kammler), DC 20/8015 (Werner Buschmann), DC 20/8084 (Werner Greiner-Petter), DY 27/627 (Werner Uhlmann), DY 27/7075 (Wilfried Maaß), DC 20/8060 (Wilhelm Feldmann), DY 27/548 (Wilhelm Girnus), DC 20/15723 (Wolfgang Kiesewetter)

Nachlässe: N 2501/1 (Hans-Paul Ganter-Gilmans), NY 4277/16 (Elisabeth Zaisser), NY 4401/17-19 (Frieda Apelt (Raddünz)), NY 4401/2 (Frieda Apelt (Raddünz)), NY 4101/1 (Max Fechner), NY 4277/1 - 3 (Wilhelm Zaisser)

Nationalsozialistische Justiz: R 3018/1546 (Julius Balkow), R 3018/1117 (Roman Chwalek), R 3018/6367 (Werner Eggerath)

Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund: NS 16/96 (Wilhelm Stuckart)

Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof: R 3017/27786 (Alexander Abusch), R 3017/36242 (Erich Markowitsch), R 3017/35898 (Ernst Wabra), R 3017/29474 (Ewald Munschke), R 3017/21216 (Franz Fillinger), R 3017/31692 (Franz Fillinger), R 3017/31693 (Franz Fillinger), R 3017/34770 (Fritz Beyling), R 3017/16674 (Heinrich Rau), R 3017/1669 (Heinrich Rau), R 3017/36151 (Herbert Wehner), R 3017/29394 (Johannes König), R3017/29076 (Maria Rentmeister), R 3017/52850 (Werner Eggerath)

OKH / Heerespersonalamt: RH 7/327 (Alfred Zerbel), RH 7/315 (Elmar Michel)

Personalakten von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes: PERS 101/54774 (Adolf Riedel), PERS 101/54776 (Adolf Riedel), PERS 101/73680 (Albert-Hilger van Scherpenberg), PERS 101/73561 - 73563 (Alfred Müller-Armack), PERS 101/73453 (Arnold Kramer), PERS 101/73456 (Carl Krautwig), PERS 101/81139 (Carl Krautwig), PERS 101/43020 (Carlo Schmid), PERS 101/52397 (Clemens Werber), PERS 101/76806 - 76809 (Curt Bretschneider), PERS 101/40337-40340 (Edmund Frohne), PERS 101/11541 (Eduard Kächele), PERS 101/81128 (Egon Höhmann), PERS 101/49414 (Erich von Hoffmann), PERS 101/52393- 52395 (Erich Wende), PERS 101/81152 (Ernst Lemmer), PERS 101/58896 (Franz Blücher), PERS 101/78805 (Franz Herren), PERS 101/48526 (Franz Kroppenstedt), PERS 101/79250 - 79251 (Franz Redeker), PERS 101/69526 (Friedrich Gladenbeck), PERS 101/83174 (Fritz Fechner), PERS 101/73571 (Fritz Neef), PERS 101/85963 (Fritz Schäffer), PERS 101/69572 (Fritz Schuster), PERS 101/49092 - 49093 (Georg Anders), PERS 101/69565 - 69567 (Georg Schmidt), PERS 101/49392 - 49400 (Gerhard Heuer), PERS 101/69532 (Gerhard Jäkel), PERS 101/54155 (Gerhard Lapp), PERS 101/54785 - 54787 (Gerhard Wilhelm Scheffler), PERS 101/84304 - 84309 (Gregor Geller), PERS 101/48124 - 48125 (Guido Hertel), PERS 101/49080 - 49082 (Günther Abicht), PERS 101/84676 - 85678 (Günther Harkort), PERS 101/73837 (Günther Joel), PERS 101/73873 (Gustav Gerbaulet), PERS 101/78797 (Hans Griesau), PERS 101/52300 - 52311 (Hans Arnold Thomsen), PERS 101/60519 (Hans Deinhart), PERS 101/48915 (Hans Eberhard Rotberg), PERS 101/48920 (Hans Eberhard Rotberg), PERS 101/73442 (Hans Kölfen), PERS 101/76915 (Hans Nelson), PERS 101/49835 (Hans Ritter von Lex), PERS 101/49838 (Hans Ritter von Lex), PERS 101/50152 - 50157 (Hans Schnepffel), PERS 101/51228 (Hans Steinmetz), PERS 101/69574 (Hans Steinmetz), PERS 101/82464 - 82474 (Hans von Heppe), PERS 101/49352 - 49358 (Heinrich Harting), PERS 101/81119 (Heinz Gefaeller), PERS 101/65472 (Heinz Morgenstern), PERS 101/78859 (Helmut Döscher), PERS 101/79285 (Hermann Martinstetter), PERS 101/79287 - 79288 (Hermann Martinstetter), PERS 101/73616 (Hermann Reinhardt), PERS 101/81131 (Jakob Kaiser), PERS 101/49118 - 49119 (Joachim Berg), PERS 6/228122 (Joa-

chim Berg), PERS 101/60604 - 60605 (Johann Baptist Gradl), PERS 101/81121 (Johann Baptist Gradl), PERS 101/64629 (Johannes Schornstein), PERS 101/79532 - 79535 (Josef Stralau), PERS 101/58872 (Karl Albrecht), PERS 101/49316 - 49320 (Karl Gumbel), PERS 101/69531 (Karl Herz), PERS 101/16820 (Karl Magen), PERS 101/16822 (Karl Magen), PERS 101/87581 (Karl-Ulrich Hagelberg), PERS 101/78799 (Kurt Häfner), PERS 101/54703 (Kurt Kämper), PERS 101/54705 (Kurt Kämper), PERS 101/69579 (Kurt Wiechert), PERS 101/54679 (Norbert Hilgermann), PERS 101/80329 (Otto Lenz), PERS 101/79390 - 79393 (Otto Stalman), PERS 101/79413 (Otto Tietmann), PERS 101/49684 (Paul Egon Hübinger), PERS 101/49686 (Paul Egon Hübinger), PERS 101/34856 (Paul Schröter), PERS 101/49954 - 49959 (Peter Paul Nahm), PERS 101/78744 - 78746 (Rolf Baath), PERS 101/52317 - 52322 (Rudolf Toyka), PERS 101/54839 (Rudolf Senteck), PERS 101/49743 - 49751 (Sieghardt von Köckritz), PERS 101/54919 - 54922 (Theophil Woschek), PERS 101/69522 (Ulrich Engel), PERS 101/65876 (Ursula von Köppen), PERS 101/54717 (Walter Kleberg), PERS 101/54720 (Walter Kleberg), PERS 101/79284 (Walter Mann), PERS 101/49893 (Werner Middelman), PERS 101/49898 (Werner Middelman), PERS 101/79732 (Werner Schwarz), PERS 101/69578 (Werner Wichmann), PERS 101/44754 (Wilhelm Hanemann), PERS 101/49730 - 49732 (Wilhelm Kitz), PERS 101/76914 (Wilhelm Niklas), PERS 101/50096 - 50098 (Wilhelm Sahl), PERS 101/74360 (Wilhelm von Wersebe), PERS 101/10265 - 10268 (Wolfgang Mersmann)

Personalunterlagen von Angehörigen der Reichswehr und Wehrmacht: PERS 6/266851 (Adolf Dedekind), PERS 6/302067 (Adolf Heusinger), PERS 6/219404 (Aegidius von Schönebeck), PERS 6/167503 (Albert Wahl), PERS 6/42 (Alfred Jodl), PERS 6/301361 (August Winter), PERS 6/236101 (Bruno Heck), PERS 6/227178 (Eberhard Barth), PERS 6/2118 (Eduard von Capelle), PERS 6/231280 (Erich Chrobog), PERS 6/252006 (Ernst Udet), PERS 6/60 (Ernst Udet), PERS 6/17700 (Ewald Bucher, Ewald Haenlein), PERS 6/39327 (Franz Hayler), PERS 6/185271 (Franz Thedieck), PERS 6/301816 (Friedrich Foertsch), PERS 6/553 (Friedrich Foertsch), PERS 6/243929 (Friedrich Landfried), PERS 6/176735 (Friedrich Ludwig Herbert Alpers), PERS 6/299439 (Friedrich von Boetticher), PERS 6/87 (Friedrich von Boetticher), PERS 6/301092 (Georg Thomas), PERS 6/365 (Georg Thomas), PERS 6/230991 (Hans Busch), PERS 6/212439 (Hans Pausch), PERS 6/300548 (Hans Röttiger), PERS 6/249816 (Hansgeorg Schiffers), PERS 6/67976 (Hans-Georg Steltzer), PERS 6/224241 (Heinz Wichmann), PERS 6/213924 (Hermann Radetzky), PERS 6/2484 (Hermann Reinecke), PERS 6/300412 (Hermann Reinecke), PERS 6/299785 (Hermann von Hanneken), PERS 6/186164 (Johannes Steinhoff), PERS 6/45212 (Josef Löns), PERS 6/302536 (Josef Moll), PERS 6/295590 (Josef Stralau), PERS 6/16647 (Karl Weber), PERS 6/275269 (Karl-Günther von Hase), PERS 6/226419 (Konrad Stangl), PERS 6/242483 (Kurt Haertel), PERS 6/293445 (Kurt Knipfer), PERS 6/243573 (Kurt Kummer), PERS 6/224107 (Kurt Wellenkamp), PERS 6/298440 (Norbert Kaps), PERS 6/2254 (Otto Schniewind), PERS 6/170514 (Otto-Axel Herbst), PERS 6/52232 (Paul Friedrich Lücke), PERS 6/172241 (Philipp Ludwig), PERS 6/138057 (Rainer Candidus Barzel), PERS 6/5 (Robert Ritter von Greim, Paul Friedrich Lücke, Friedrich Foertsch), PERS 6/15732 (Rudolf Thierfelder), PERS 6/279793 (Theodor Joedicke), PERS 6/213608 (Victor-Emanuel Preusker), PERS 6/148716 (Volkmar Hopf), PERS 6/41464 (Walter Mann), PERS 6/993 (Walther Wever), PERS 6/281824 (Werner Ahrens), PERS 6/301967 (Werner Haag), PERS 6/237 (Werner Kreipe), PERS 6/260281 (Werner Kreipe), PERS 6/32237 (Werner Krueger), PERS 6/105 (Wilhelm Canaris), PERS 6/299856 (Wilhelm Heye), PERS 6/2287 (Wilhelm Meisel), PERS 6/396 (Wilhelm Wimmer)

Persönlicher Stab Reichsführer-SS: NS 19/786 (Otto Ohlendorf), NS 19/809 (Wilhelm Keppeler)

Präsidialkanzlei: R 601/1913 (Alexander Freiherr von Dörnberg), R 601/1836 (Erwin Saage), R 601/2079 (Franz Josef Strauß), R 601/2382 (Friedrich Janz), R 601/1964 (Helmut Bojunga), R 601/1826 (Johannes Schleicher), R 601/2090 (Karl Schubert), R 601/2187 (Rudolf Senteck)

Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates: DC 9/118 (Fritz Beyling)

Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen: R 4201/728 (Konstantin Fritsch)

Reichsarbeitsdienst: R 77/4115 (Konstantin Hierl)

Reichsarbeitsministerium: R 3901/100289 (Andreas Grieser), R 3901/105009 (Anton Kerschens-  
steiner), R 3901/20436 (Artur Sieler), R 3901/20449 - 20451 (Friedrich Syrup), R 3901/20453  
- 20455 (Friedrich Syrup), R 3901/104694 (Gottfried von Jacobi), R 3901/100094 (Heinrich  
Brauns), R 3901/20340 (Helmut Döscher), R 3901/100260 (Johannes Giesberts), R 3901/109467  
(Joseph Schneider), R 3901/104908 (Kurt Kaphahn), R 3901/20456 (Max Timm), R 3901/20403  
- 20405 (Otto Martineck), R 3901/100917 (Otto Ulrichs), R 3901/11932 (Wilhelm Börger), R  
3901/20336 (Wilhelm Börger), R 3901/100122 (Wilhelm von Jonquières, Franz Erich Caspar)

Reichsausschuß für Volkswirtschaftliche Aufklärung: R 5002/48 (Günter Diehl)

Reichsfinanzministerium: R 2/103105 (Andreas Hermes), R 2/100120 (Carl Bergmann), R  
2/100345 (Franz Schröder), R 2/103306 (Franz Schröder), R 2/59539 (Franz Schröder), R  
2/59540 (Franz Schröder), R 2/100364 bis 100366 (Gustav Müller), R 2/101893 (Hans Hein-  
rich Lammers), R 2/12001 (Hans von Tschammer und Osten), R 2/102220 - 102221 (Hans-  
Georg Dahlgrün), R 2/103013 (Heinrich Albert), R 2/100252 bis 100255 (Hermann Walther),  
R 2/103336 (Hermann Walther), R 2/119894 (Horst Dumke), R 2/103238 (Johannes Popitz), R  
2/100120 (Stephan Moesle)

Reichsforstamt: R 3701/628 (Friedrich Alpers)

Reichsgericht: R 3002/1275 (Curt Joël), R 3002/790 (Rudolf Freiherr von Seckendorf), R  
3002/1207 (Rudolf Heinze), R 3002/1672 (Walter Simons)

Reichsjustizministerium: R 3001/59696 (Rudolf Heinze), R 3001/79396 (Alex Walter), R  
3001/68785 (Alfons Moritz), R 3001/80107 (Clemens Werber), R 3001/62050 (Curt Joël), R  
3001/50805 (Eberhard Barth), R 3001/73703 (Eduard Schalfjew), R 3001/63820 - 63821 (Erich  
Koch-Weser), R 3001/80041 (Erich Wende), R 3001/81550 (Erich Zweigert), R 3001/61908  
(Ernst Jarmer), R 3001/67281 (Ernst Lutterloh), R 3001/73631 - 73633 (Ernst Schäfer), R  
3001/73635 - 73636 (Ernst Schäfer), R 3001/73638 - 73639 (Ernst Schäfer), R 3001/74963 (Ernst  
Schäfer), R 3001/76134 (Ernst Seeger), R 3001/78073 (Ernst Tennstedt), R 3001/53165 (Erwin  
Bumke), R 3001/53169 (Erwin Bumke), R 3001/53173 (Erwin Bumke), R 3001/75886 (Erwin  
Schütze), R 3001/74179 - 74180 (Franz Schlegelberger), R 3001/74182 (Franz Schlegelberger),  
R 3001/74184 (Franz Schlegelberger), R 3001/74189 (Franz Schlegelberger), R 3001/73649  
(Friedrich Schäfer), R 3001/77921 (Friedrich-Karl Surén), R 3001/53264 (Fritz Busch), R  
3001/75830 (Fritz Schuster), R 3001/180129 (Georg Treske), R 3001/80993 (Gerhard Woratz),  
R 3001/58598 (Gerrit von Haefen), R 3001/50595 (Günter Bachmann), R 3001/55208 (Hans  
Alfred Engel), R 3001/61583 (Hans Illgner), R 3001/73689 (Hans Schäffer), R 3001/59980  
(Hans von Heppe), R 3001/52508 (Heinrich Brand), R 3001/62487 (Heinz Karl Kallus), R  
3001/76555 (Heinz Simon), R 3001/52270 (Helmut Bojunga), R 3001/159056 (Hermann Kunde),  
R 3001/69236 (Hermann Muhs), R 3001/71327 (Hermann Pünder), R 3001/76919 (Joa-  
chim von Spindler), R 3001/64860 - 64862 (Johannes Krohn), R 3001/59672 (Johannes Heintze),  
R 3001/22732 (Josef Altstötter), R 3001/53270 (Josef Busch), R 3001/77061 (Julius Stahn),

R 3001/50294 (Karl Andres), R 3001/55261 bis 55267 (Karl Armin Engert), R 3001/80287 (Karl Wever), R 3001/62584 (Kurt Kaphahn), R 3001/62534 (Kurt Kämper), R 3001/80350 (Kurt Wiechert), R 3001/71374 (Leo Quassowski), R 3001/71379 (Leo Quassowski), R 3001/52316 (Lothar Bolz), R 3001/79786 (Oscar Weigert), R 3001/60025 (Oskar Hergt), R 3001/63320 (Oskar Klässel), R 3001/59388 (Otto Hedding), R 3001/70242 - 70248 (Otto Palandt), R 3001/73459 (Otto Sarnow), R 3001/75381 (Paul Schröter), R 3001/80417 (Richard Wienstein), R 3001/59008 (Rudolf Harmening), R 3001/53992 (Thomas Dehler), R 3001/67467 (Vollrath von Maltzan), R 3001/50756 (Walter Bargatzky), R 3001/67542 (Werner Mansfeld), R 3001/53758 - 53759 (Wilhelm Crohne), R 3001/67688 (Wilhelm Marx), R 3001/77810 (Wilhelm Stuckart), R 3001/52137 (Wolfgang Böhme)

Reichsjustizprüfungsamt: R 3012/304 (Albrecht van Heys), R 3012/449 (Günther Schelp), R 3012/382 (Otto Mönning), R 3012/475 (Walter Steidle)

Reichskanzlei: R 43-II/1154 (Albert Holfelder, Werner Zschintzsch), R 43/4545 (Andor Hencke), R 43/4616 (Emil Wiehl), R 43/3562 (Erich Greiner), R 43/4540 (Franz-Xaver Hase-nöhrl), R 43-II/1156 (Friedrich Alpers), R 43/4596 (Hans Heinrich Lammers), R 43-II/1163b (Hans von Helms), R 43/3566 (Hermann Muhs), R 43-II/1150b (Horst Dreßler-Andreß), R 43-II/1144b (Johannes Hoßfeld), R 43-II/1145b (Josef Altstötter), R 43/4541 (Karl Ott, Hans Schmidt-Leonhardt, Alfred-Ingemar Berndt), R 43-II/1329b (Kurt Daluege), R 43-II/1150c (Leopold Hans Gutterer, Werner Fritzsche), R 43-II/1153b (Reinhard Sunkel), R 43-I/3604 - 3611 (Richard Wienstein), R 43-II/1602 (Wilhelm Keppler), R 43-II/1136c (Friedrich-Karl Surén, Wilhelm Stuckart, Hans von Tschammer und Osten), R 43/4543 (Willi Köhn), R 43-II/1598 - 1600 (Willy Meerwald), R 43-I/3611 (Willy Meerwald, Richard Wienstein)

Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung: R 1507/2068 (Arthur Pieck)

Reichslandbund-Pressearchiv, Personalialia: R 8034-III/136 (Werner Freiherr von Fritsch, Hans Fritzsche), R 8034-III/165 (Andreas Grieser), R 8034-III/227 (Bernd Freiherr von Kanne), R 8034-III/493 (Erich Wienbeck), R 8034-III/466 (Ernst Udet), R 8034-III/182 (Franz Hayler), R 8034-III/4 (Friedrich Ludwig Herbert Alpers), R 8034-III/94 (Hans Heinrich Dieckhoff), R 8034-III/476 (Hans von Tschammer und Osten), R 8034-III/378 (Hans-Joachim Riecke), R 8034-III/177 (Hermann von Hanneken), R 8034-III/195 (Konstantin Hierl), R 8034-III/150 (Otto Gleim), R 8034-III/421 (Otto von Schlieben), R 8034-III/41 (Wilhelm Börger), R 8034-III/232 (Wilhelm Keppler)

Reichslandbund-Pressearchiv: R 8034-II/53 (Edmund Brückner)

Reichsministerium des Innern: R 1501/206673 (Adolf Goetz), R 1501/209093 - 209098 (Adolf Müller), R 1501/206875 - 206877 (Arthur Gütt), R 1501/212075 (Bernhard Wolff), R 1501/209825 (Edmund Radler), R 1501/212235 (Erich Zweigert), R 1501/212237 (Erich Zweigert), R 1501/210782 - 210787 (Erwin Schütze), R 1501/204529 (Georg Anders), R 1501/210352 - 210362 (Gerhard Wilhelm Scheffler), R 1501/207584 (Hans Illgner), R 1501/210631 (Hans Schnepffel), R 1501/205222 (Heinrich Brand), R 1501/210816 (Heinrich Schulz), R 1501/209369 - 209382 (Helmuth Nicolai), R 1501/205018 (Karl Theodor Bleek), R 1501/204840 (Kurt Behnke), R 1501/209566 - 209567 (Ludwig Pellengahr), R 1501/209571 (Ludwig Pellengahr), R 1501/210406 (Martin Schiele), R 1501/211450 (Rudolf Toyka), R 1501/208631 - 208633 (Theodor Lewald), R 1501/207907 (Walter von Keudell), R 1501/211100 (Wolfgang Meinhard von Staa)

Reichsministerium für die besetzten Gebiete: R 1601/5026 (Alexander von Brandt)

Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten: R 5101/24334 (Albert Holfelder), R 1501/211313 (Wilhelm Stuckart)

Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft: R 3601/5234 (Alfons Moritz), R 3601/5339 (Otto Stalman), R 3601/5053 (Richard Walther Darré), R 3601/5108 (Rudolf Harmening)

Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda: R 55/30066 (Erich Greiner), R 55/24344 (Erich Müller), R 55/30122 (Erich Müller), R 55/22253 (Fritz Hippler), R 55/22877 (Gerhard Schröder), R 55/223 (Hans Bredow), R 55/21660 (Hans Rühle), R 55/24531 (Hans Schirmer), R 55/22849 (Hans Schmidt-Leonhardt), R 55/23100 (Heinz Drewes), R 55/33497 (Heinz Drewes), R 55/21768 (Hermann Demann), R 55/22066 (Horst Dreßler-Andrefß), R55/24066 (Johann Heinrich Hinkel), R 55/1393 (Karl Hanke), R 55/24370 (Karl Ott), R 55/30326 (Karl Ott), R 55/30151 (Kurt Biebrach), R 55/24020 (Rudolf Schmeer), R 55/23952 (Rudolf Vogel), R 55/22279 (Wilhelm Haegert), R 55/24276 (Willi Köhn)

Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: R 4901/18926 - 18927 (Carl Krümmel), R 4901/21930 (Erich Wende), R 4901/13276 F. 184 (Günther Schulze-Fielitz), R 4901/25515 (Hans Stubbe), R 4901/13270 (Hermann Lindrath), R 4901/13275 (Hubert Scharadin, Karl Schiller, Franz Schlegelberger), R 4901/25232 (Johannes Popitz), R 4901/24013 (Kurt Kummer), R 4901/25523 (Reinhard Sunkel), R 4901/25065 (Rudolf Mentzel), R 4901/13278 (Rudolf Thierfelder), R 4901/24977 (Siegmond Kunisch), R 4901/13271 (Werner Mansfeld)

Reichsorganisationsleiter der NSDAP: NS 22/421 (Albert Kesselring, Reinhard Sunkel), NS 22/4222 (Reinhard Sunkel)

Reichspostministerium: R 4701/28442 (Bruno Köhler), R 4701/28542 (Franz Joseph Ronge), R 4701/39788 (Franz Weber), R 4701/14271 - 14272 (Friedrich Hubrig), R 4701/39833 (Friedrich Hubrig, Jacob Nagel, Fritz Schuster), R 4701/14315 (Hans Rackow), R4701/28331 - 28332 (Hans Buntkirchen), R 4701/39815 (Hans Schuberth), R 4701/14258 (Hermann Giess), R 4701/14260 (Hermann Giess), R 4701/14267 (Johann Karl Heinrich Höpfner), R 4701/14308 - 14310 (Karl Ziegler), R/4701/39833 (Karl Ziegler, Hermann Giess, Willi Köhn, Otto Fleischmann, Waldemar Hühn, Erich Körner, Friedrich Rackow), R 4701/14300 (Karl Orth), R 4701/39804 (Kurt Wiechert), R 470/28644 (Ludwig Wilhelm Wittich), R 4701/28643 (Ludwig Wilhelm Wittich), R 4701/28287 (Max Andersch), R 4901/13258 (Max Andersch), R 4701/28292 (Max Aschenborn), R 4701/28558 (Paul Hugo Schiffer), R 4701/28435 (Paul Klauke), R 4701/28337 (Peter Craemer), R 4701/39834 (Werner Wichmann), R 4701/28461 (Wilhelm Küseng)

Reichssicherheitshauptamt: R 58/9689 (Ewald Munschke), R 58/9677 (Franz Dahlem), R 58/9608 (Friedrich Ebert junior), R58/9678 (Friedrich Ebert junior), R 58/9699 (Hans Wilhelmi), R 58/8 (Heinrich Dollwetz, Maria Rentmeister), R 58/9639 (Heinrich Köhler), R 58/9680 (Hermann Gartmann, Wilhelm Girus), R 58/3257 (Hermann Grosse), R 58/9681 (Hermann Grosse), R 58/10201 (Max Fechner), R 58/9679 (Max Fechner), R 58/7004 (Otto Emil Franz Grotewohl), R 58/9615 (Otto Nuschke), R 58/9690 (Otto Nuschke), R 58/9673 (Walter Auerbach), R 58/9680 (Wilhelm Girus)

Reichsstelle für Raumordnung: R 113/1922 (Werner That)

Reichsverkehrsministerium: R 5/4049 (Max Waldeck)

Reichswirtschaftskammer: R 11/102 (Friedrich Landfried)

Reichswirtschaftsministerium: R 3101/35408 - 35409 (Elmar Michel), R 3101/35731 - 35732 (Erich Wienbeck), R 3101/35730 (Erich Wienbeck), R3101/35687 (Ernst Trendelenburg), R 3101/35437 - 35438 (Otto Ohlendorf), R 3101/34767 (Rudolf Baetzgen), R 3101/35644 (Walter Steidle)

Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der Einwandererzentralstelle (EWZ): R 9361-IV/100682 (Walter Stoll), R 9361-II/263103 (Werner Freiherr von Fritsch), R 9361-II/718645 (Adolf Möller), R 9361-II/173012 (Alexander Freiherr von Dörnberg), R 9361-II/631127 (Baptist Lentz), R 9361-II/491891 (Bernd Freiherr von Kanne), R 9361-II/865302 (Bernhard Rust), R 9361-II/46961 (Botho Bauch), R 9361-II/648900 (Bruno Lörzer), R 9361-II/1112101 (Carl Christian Schmid), R 9361-II/37058 (Eberhard Barth), R 9361-II/1164477 (Eduard Vogel), R 9361-II/713570 (Erhard Milch), R 9361-II/4689 (Erich Albrecht), R 9361-II/238024 (Erich Fischer), R 9361-II/731416 (Erich Müller), R 9361-II/841219 (Erich Raeder), R 9361-II/824704 (Erich Wallroth), R 9361-II/93136 (Ernst Boepple), R 9361-II/106912 (Ernst Brandenburg), R 9361-II/486560 (Ernst Kayser), R 9361-II/661970 (Ernst Lutterloh), R 9361-II/95817 (Ernst Wilhelm Bohle), R 9361-II/218721 (Franz Etzel), R 9361-II/353073 (Franz Hayler), R 9361-II/931577 (Franz Seldte), R 9361-II/369938 (Franz-Xaver Hasenöhr), R 9361-II/449596 (Friedrich Hubrig), R 9361-II/280217 (Friedrich Gaus), R 9361-II/1076436 (Friedrich Risch), R 9361-II/983673 (Friedrich Stieve), R 9361-II/1022919 (Friedrich Weber), R 9361-II/136663 (Fritz Busch), R 9361-II/225002 (Fritz Fechner), R 9361-II/1055412 (Fritz Reinhardt), R 9361-II/1150164 (Fritz von Twardowski), R 9361-II/1230120 (Gabriele Wülker geb. Weymann), R 9361-II/225337 (Georg Federer), R 9361-II/532177 (Gerhard Klopfer), R 9361-II/66445 (Günther Bergemann), R 9361-II/551177 (Gustav Koenigs), R 9361-II/508521 (Hanns Kerrl), R 9361-II/1059135 (Hans Conrad Julius Reiter), R 9361-II/263289 (Hans Fritzsche), R 9361-II/609529 (Hans Heinrich Lammers), R 9361-II/548919 (Hans Kölfen), R 9361-II/634604 (Hans Leussink), R 9361-II/792232 (Hans Pausch), R 9361-II/879042 (Hans Schäfer), R 9361-II/1095579 (Hans Schirmer), R 9361-II/1211517 (Hans Winners), R 9361-II/1096825 (Heinrich Schlattmann), R 9361-II/489080 (Heinz Karl Kallus), R 9361-II/780826 (Heinz Maria Oeftering), R 9361-II/1196285 (Heinz Wichmann), R 9361-II/220193 (Herbert Eymann), R 9361-II/527730 (Herbert Klemm), R 9361-II/539148 (Herbert Knolle), R 9361-II/156408 (Hermann Demann), R 9361-II/217843 (Hermann Esser), R 9361-II/642986 (Hermann Lindrath), R 9361-II/1054517 (Hermann Reinecke), R 9361-II/842258 (Horst Rödning), R 9361-II/553834 (Hugo Köster), R 9361-II/445048 (Johannes Hoßfeld), R 9361-II/129557 (Josef Bühler), R 9361-II/136865 (Josef Busch), R 9361-II/849181 (Joseph Roth), R 9361-II/990516 (Josef Stralau), R 9361-II/1213992 (Joseph Wirth), R 9361-II/177511 (Julius Dormmüller), R 9361-II/186589 (Karl Durst), R 9361-II/496241 (Karl Carstens), R 9361-II/536001 (Karl Knaut), R 9361-II/1064947 (Karl Reuter), R 9361-II/900776 (Karl Schubert), R 9361-II/83056 (Karl Theodor Bleek), R 9361-II/148994 (Kurt Daluege), R 9361-II/483544 (Kurt Kämper), R 9361-II/601109 (Kurt Kummer), R 9361-II/144164 (Leonardo Ambrogio Giorgio Giovanni Graf Conti), R 9361-II/338143 (Leopold Gutterer), R 9361-II/1192350 (Luitpold Werz), R 9361-II/96916 (Martin Bormann), R 9361-II/198179 (Otto Ehrensberger), R 9361-II/213713 (Otto Erb), R 9361-II/291879 (Otto Geßler), R 9361-II/636624 (Otto Liebenberg), R 9361-II/965232 (Otto Stalman), R 9361-II/1154288 (Otto Ulrichs), R 9361-II/1200557 (Richard Wienstein), R 9361-II/1220233 (Richard Wöllke), R 9361-II/625132 (Robert Lehmann), R 9361-II/635494 (Robert Ley), R 9361-II/316870 (Robert Ritter von Greim), R 9361-II/255676 (Roland Freisler), R 9361-II/36091 (Rudolf Baetzgen), R 9361-II/138669 (Rudolf Buttman), R 9361-II/381595 (Rudolf Heß), R 9361-II/1115372 (Rudolf Schmidt), R 9361-II/933941 (Rudolf Senteck), R 9361-II/601941 (Siegmund Kunisch), R 9361-II/42987 (Walter Bargatzky), R 9361-II/684717 (Walter Mann), R 9361-II/1128816

(Walter Schädel), R 9361-II/972265 (Walter Steidle), R 9361-II/216184 (Werner Ernst), R 9361-II/1206862 (Werner Willikens), R 9361-II/781833 (Wilhelm Ohnesorge), R 9361-II/258301 (Wilhelm Frick), R 9361-II/519803 (Wilhelm Kitz), R 9361-II/773090 (Willi Parchmann), R 9361-II/697444 (Willy Meerwald), R 9361-II/961632 (Wolfgang Meinhard von Staa), R 9361-II/1050669 (Wolfgang Reichardt)

Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der NSDAP: R 9361-I/1355 (Albert Holfelder), R 9361-II/389541 (Albrecht van Heys), R 9361-I/3793 (Alex Walter), R 9361-I/568 (Alexander Freiherr von Dörnberg), R 9361-II/724396 (Alfons Moritz), R 9361-I/1873 (Carl Krümmel), R 9361-I/377 (Curt Bretschneider), R 9361-I/2732 (Curt Max Prüfer), R 9361-I/130 (Eberhard Barth), R 9361-I/3918 (Emil Wiehl), R 9361-I/2320 (Erhard Milch), R 9361-I/2826 (Erich Reinhold), R 9361-I/1464 (Ernst Jarmer), R 9361-I/18752 (Ernst Jarmer), R 9361-II/1009451 (Ernst Tennstedt), R 9361-I/4011 (Ernst Woermann), R 9361-II/1097602 (Franz Schlegelberger), R 9361-I/36707 (Franz Seldte), R 9361-I/1398 (Friedrich Hubrig), R 9361-I/221 (Friedrich Hans Bethmann), R 9361-II/585937 (Friedrich Landfried), R 9361-II/610429 (Friedrich Landfried), R 9361-I/1837 (Friedrich Wilhelm Kritzinger), R 9361-I/3735 (Friedrich-Karl Vialon), R 9361-I/1314 (Fritz Hippler), R 9361-I/3326 (Fritz Schuster), R 9361-II/1057183 (Gerhard Reischl), R 9361-II/1081957 (Gerhard Wilhelm Scheffler), R 9361-I/4010 (Gerhard Woratz), R 9361-I/2758 (Hans Rackow), R 3901/20342 - 20345 (Hans Alfred Engel), R 9361-I/658 (Hans Alfred Engel), R 9361-I/681 (Hans Estner), R 9361-I/11855 (Hans Frank (1)), R 9361-I/1420 (Hans Illgner), R 9361-I/1729 (Hans Kölfen), R 9361-I/2648 (Hans Pfundtner), R 9361-I/3028 (Hans Schäfer), R 9361-I/3089 (Hans Schirmer), R 9361-I/3131 (Hans Schmidt-Leonhardt), R 9361-I/3182 (Hans Schnepfel), R 9361-II/399999 (Hans von Heppe), R 9361-I/3964 (Heinz/Heinrich Wismann), R 9361-II/97610 (Helmut Bojunga), R 9361-I/687 (Herbert Eymann), R 9361-I/512 (Hermann Demann), R 9361-II/452749 (Hermann Hüttenhein), R 9361-I/2551 (Hermann Osthoff), R 9361-II/834609 (Hermann Pünder), R 9361-II/876696 (Hjalmar Schacht), R 9361-I/2187 (Joachim von Manteuffel), R 9361-II/958651 (Joachim von Spindler), R 9361-II/585937 (Johannes Krohn), R 9361-I/18011 (Johannes Hoßfeld), R 9361-I/1671 (Johannes Kluge), R 9361-I/30284 (Johannes Popitz), R 9361-I/3478 (Julius Stahn), R 9361-II/964842 (Julius Stahn), R 9361-I/2544 (Karl Orth), R 9361-I/1124 (Karl Hanke), R 9361-I/1522 (Karl Walter Kaißling), R 9361-I3905 (Karl Wever), R 9361-I/46819 (Konstantin Hierl), R 9361-I/1911 (Kurt Kummer), R 9361-I/1070 (Leopold Gutterer), R 9361-I/558 (Lothar Domröse), R 9361-I/2020 (Max Leibbrand), R 9361-I/1625 (Oskar Klässel), R 9361-I/1178 (Otto Hedding), R 9361-I/2155 (Otto Maaß), R 9361-II/872571 - Personalakte endet 1913 (Otto Sarnow), R 9361-I/3716 (Otto Ulrichs), R 9361-I/3147 (Paul Karl Schmidt (ab 1945 Carell)), R 9361-I/3213 (Robert Schormann), R 9361-I/791 (Roland Freisler), R 9361-I/70 (Rolf Baath), R 9361-I/1952 (Rolf Lahr), R 9361-I/144 (Rudolf Baetzgen, Botho Bauch), R 9361-I/17830 (Rudolf Buttmann), R 9361-I/226 (Rudolf Mentzel), R 9361-I/3677 (Rudolf Toyka), R 9361-II/801085 (Rudolf Petz), R 9361-I/1915 (Siegmond Kunisch), R 9361-I/4017 (Theodor Wucher), R 9361-I/119 (Walter Bargatzky), R 9361-II/510792 (Walter von Keudell), R 9361-I/216 (Werner Bergmann), R 9361-I/677 (Werner Ernst), R 9361-I/3623 (Werner That), R 9361-I/52623 (Werner Willikens), R 9361-I/4096 (Werner Zschintzsch), R 9361-I/317 (Wilhelm Börger), R 9361-I/1098 (Wilhelm Haegert), R 9361-I/1280 (Wilhelm Heuber), R 9361-I/1935 (Wilhelm Küsgen), R 9361-I/3575 (Wilhelm Stuckart), R 9361-I/2239 (Willy Meerwald), R 9361-I/3056 (Willy Schelkes), R 9361-I/3471 (Wolfgang Meinhard von Staa)

Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der Reichskulturkammer (RKK): R 9361-V/6988 (Albert Kesselring), R 9361-V/21698 (Carl Heinrich), R 9361-V/6420 (Erich Hoffmann), R 9361-V/12298 (Erich Zweigert), R 9361-V/33769 (Franz

Alfred Six), R 9361-V/33767 (Friedrich Sitzler), R 9361-V/11250 (Friedrich Stieve), R 9361-V/8065 (Friedrich Wilhelm Maier-Bode), R 9361-V/34152 (Friedrich-Karl Surén), R 9361-V/110206 (Fritz Hippler), R 9361-V/26572 (Hans Heinrich Lammers), R 9361-V/32983 (Hans Rühle), R 9361-V/138164 (Hans von Raumer), R 9361-V/4846 (Heinrich Doehle), R 9361-V/154941 (Heinz Drewes), R 9361-V/78645 (Heinz Drewes), R 9361-V/14827 (Kurt Bork), R 9361-V/10842 (Paul Karl Schmidt (ab 1945 Carell)), R 9361-V/33898 (Theodor Sonnemann), R 9361-V/14639 (Wilhelm Börger), R 9361-V/10508 (Willy Schelkes), R 9361-V/36606 (Wolfgang Meinhard von Staa)

Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der SS und SA: R 9361-III/534348 (Adolf Kamlah), R 9361-III/566906 (Albert Ganzenmüller), R 9361-III/532030 (Albert Holfelder), R 9361-III/217306 (Alex Walter), R 9361-III/561983 (Alex Walter), R 9361-III/521639 (Alexander Freiherr von Dörnberg), R 9361-III/568732 (Alfred Meyer), R 9361-III/537786 (Anton Kreißl), R 9361-III/549835 (Anton Reinhaller), R 9361-III/569290 (Baldur Benedikt von Schirach), R 9361-III/534403 (Bernd Freiherr von Kanne), R 9361-III/567980 (Bernd Freiherr von Kanne), R 9361-III/569211 (Bernhard Rust), R 9361-III/533198 (Eberhard von Jagwitz), R 9361-III/524200 (Erich Fischer), R 9361-III/544316 (Erich Müller), R 9361-III/562932 (Ernst Freiherr von Weizsäcker), R 9361-III/518064 (Ernst Wilhelm Bohle), R 9361-III/564376 (Ernst Woermann), R 9361-III/194657 (Franz Alfred Six), R 9361-III/556968 (Franz Alfred Six), R 9361-III/529565 (Franz Hayler), R 9361-III/537554 (Franz Krapf), R 9361-III/569484 (Franz Seldte), R 9361-III/135991 (Friedrich Burmeister), R 9361-III/514389 (Friedrich Ludwig Herbert Alpers), R 9361-III/550656 (Friedrich Risch), R 9361-III/218689 (Friedrich Weber), R 9361-III/562274 (Friedrich Weber), R 9361-III/569230 (Fritz Sauckel), R 9361-III/552114 (Fritz Sauckel), R 9361-III/569094 (Fritz Reinhardt), R 9361-III/569667 (Fritz Todt), R 9361-III/569147 (Georg Ripken), R 9361-III/561317 (Georg Vogel), R 9361-III/98446 (Gerhard Klopfer), R 9361-III/536045 (Gerhard Klopfer), R 9361-III/622 (Günther Abicht), R 9361-III/569102 (Hans Conrad Julius Reiter), R 9361-III/539198 (Hans Heinrich Lammers), R 9361-III/532895 (Hans Illgner), R 9361-III/551549 (Hans Rühle), R 9361-III/569400 (Hans Schröder), R 9361-III/567426 (Hans von Helms), R 9361-III/550360 (Hans-Joachim Riecke), R 9361-III/171302 (Heinrich Doehle), R 9361-III/521566 (Heinrich Doehle), R 9361-III/285763 (Heinz Fiedler), R 9361-III/534290 (Heinz Karl Kallus), R 9361-III/90623 (Heinz Karl Kallus), R 9361-III/140479 (Herbert Doehle), R 9361-III/36224 (Herbert Eckoldt), R 9361-III/568885 (Herbert Neupert), R 9361-III/567029 (Hermann Göring), R 9361-III/545029 (Jakob Nagel), R 9361-III/514457 (Josef Altstötter), R 9361-III/569351 (Josef Schneeberger), R 9361-III/523162 (Karl Armin Engert), R 9361-III/528890 (Karl Hanke), R 9361-III/530937 (Karl Maria Hettlage), R 9361-III/185854 (Karl Schubert), R 9361-III/545444 (Konstantin Freiherr von Neurath), R 9361-III/520594 (Kurt Daluge), R 9361-III/538739 (Kurt Kummer), R 9361-III/520365 (Leonardo Ambrogio Giorgio Giovanni Graf Conti), R 9361-III/518301 (Martin Bormann), R 9361-III/314896 (Max Hartwig), R 9361-III/568748 (Max Mayer), R 9361-III/566389 (Otto Casser), R 9361-III/546143 (Otto Ohlendorf), R 9361-III/179663 (Paul Karl Schmidt (ab 1945 Carell)), R 9361-III/553811 (Paul Karl Schmidt (ab 1945 Carell)), R 9361-III/1003340 (Reinhard Sunkel), R 9361-III/56818 (Robert Ley), R 9361-III/569386 (Robert Schormann), R 9361-III/565987 (Rolf Baath), R 9361-III/515200 (Rudolf Baetzgen), R 9361-III/529083 (Rudolf Harmening, Heinrich Harmjanz), R 9361-III/530892 (Rudolf Heß), R 9361-III/543024 (Rudolf Mentzel), R 9361-III/569307 (Rudolf Schmeer), R 9361-III/569336 (Rudolf Schmidt), R 9361-III/568533 (Sieg-mund Kunisch), R 9361-III/552846 (Ulrich Scherpfing), R 9361-III/537458 (Waldemar Kraft), R 9361-III/441872 (Walter Schink), R 9361-III/467724 (Walter Steidle), R 9361-III/226204 (Werner Willikens), R 9361-III/563880 (Werner Willikens), R 9361-III/569883 (Werner Willikens),

R 9361-III/568922 (Wilhelm Ohnesorge), R 9361-III/574860 (Wilhelm Ohnesorge), R 9361-III/517952 (Wilhelm Börger), R 9361-III/566412 (Wilhelm Crohne), R 9361-III/567194 (Wilhelm Haegert), R 9361-III/535024 (Wilhelm Keppler), R 9361-III/558957 (Wilhelm Stuckart), R 9361-III/536627 (Willi Köhn), R 9361-III/546795 (Willi Parchmann), R 9361-III/542702 (Willy Meerwald), R 9361-III/174186 (Willy Schelkes), R 9361-III/33333 (Wolfram Dorn)

Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen von Gliederungen der NSDAP und angeschlossenen Verbänden: R 9361-VI/2091 (Alfred Müller-Armack), R 9361-VI/374136 (Berndt von Staden), R 9361-VI/3346 (Friedrich Weber), R 9361-VI/9084 (Hermann Kunde), R 9361-VI/2589 (Hubert Schardin), R 9361-VI/2312 (Johannes Popitz), R 9361-VI/560 (Ludwig Eichholz), R 9361-VI/10582 (Rudolf Schmeer), R 9361/2186 (Werner Mansfeld), R 9361-VI/1910 (Werner Mansfeld)

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: DY 30/92888 (Achim Becker), DY 30/92881 (Alexander Abusch), DY 30/93098 (Alexander Schalck-Golodkowski), DY 30/89661 (Anton (alias Eugen) Ackermann (alias Hanisch)), DY 30/56197 (Arthur Pätzold), DY 30/92261 (Dieter Glatzer), DY 30/90546 (Dieter Schaak), DY 30/90829 (Edgar Schrobback), DY 30/93007 (Egon Krenz), DY 30/93005 (Erhard Krack), DY 30/88658 (Erich Hans Apel), DY 30/92977 (Erich Honecker), DY 30/56398 (Erich Pasold), DY 30/57238 (Erich Reim), DY 30/59287 (Erich Reim), DY 30/56667 (Erich Selbmann), DY 30/92929 (Erika Florich-Lieberwirth (Lieberwirth)), DY 30/89504 (Ernst Wabra), DY 30/J IV 2/3/699 (Ewald Bruno Kurpanek), DY 30/92967 (Frank-Joachim Herrmann), DY 30/92911 (Franz Dahlem), DY 30/27764 (Franz Dahlem, Julius Balkow, Hilde Benjamin, Georg Ewald), DY 30/89161 (Friedrich Burmeister), DY 30/93195 (Friedrich Schneider), DY 30/58751 (Friedrich Wilde), DY 30/57619 (Fritz Reinhardt (1)), DY 30/93131 (Fritz Streletz), DY 30/89673 (Georg Ewald), DY 30/56330 (Georg Treske), DY 30/88777 (Georg Ulrich Handke), DY 30/56877 (Gerd Füge), DY 30/93001 (Gerd König), DY 30/5467 (Gerd Menge), DY 30/93214 (Gerhard Beil), DY 30/42357 (Gerhard Elvert), DY 30/89067 (Gerhard Heinz), DY 30/57261 (Gerhard Tauscher), DY 30/93133 (Gerhard Tautenhahn), DY 30/93154 (Gerhard Weiss), DY 30/37458 (Gerhart Eisler), DY 30/91921 (Gottfried Grünberg), DY 30/90749 (Günter Klein), DY 30/90478 (Günter Kohrt), DY 30/57321 (Günter Lewinsohn), DY 30/57761 (Günter Lewinsohn), DY 30/93146 (Günter Vogel), DY 30/92995 (Günther Kleiber), DY 30/92883 (Hans Albrecht), DY 30/92983 (Hans Jendretzky), DY 30/56567 (Hans Och), DY 30/57633 (Hans Och), DY 30/7979 (Hans Stubbe), DY 30/56668 (Hans Taut), DY 30/92901 (Hans-Joachim Böhme), DY 30/88747 (Hans-Paul Ganter-Gilmans), DY 30/92145 (Harry Groschupf), DY 30/93061 (Harry Ott), DY 30/92882 (Heinrich „Heinz“ Adameck), DY 30/89059 (Heinrich Dollwetz), DY 30/88933 (Heinrich Rau), DY 30/91992 (Heinrich Slatosch), DY 30/92974 (Heinz Hoffmann), DY 30/57555 (Heinz Kittner), DY 30/42347 (Heinz Lamprecht), DY 30/92173 (Heinz Matthes), DY 30/88934 (Heinz Rauch), DY 30/91961 (Helmut Neuber), DY 30/57399 (Herbert Bertsch), DY 30/55830 (Herbert Dümde), DY 30/93009 (Herbert Krolkowski), DY 30/56075 (Herbert Rothe), DY 30/91920 (Hermann Grosse), DY 30/56147 (Hermann Leihkauf), DY 30/57114 (Hermann Leihkauf), DY 30/J IV 2/3/1008 (Hermann Leihkauf), DY 30/90639 (Hermann Rentzsch), DY 30/92895 (Hilde Benjamin), DY 30/92907 (Horst Brünner), DY 30/93120 (Horst Sölle), DY 30/93123 (Horst Stechbarth), DY 30/92968 (Joachim Herrmann), DY 30/27769 (Joachim Karl Hermann Funke), DY 30/92937 (Joachim Karl Hermann Funke), DY 30/90625 (Johannes Döhler), DY 30/88838 (Johannes König), DY 30/38222 (Julius Balkow), DY 30/56901 (Jürgen Nitz), DY 30/89537 (Karl Hagemann), DY 30/89089 (Karl Pauligk), DY 30/91967 (Karl Peuser), DY 30/56443 (Karl-Heinz Dietrich), DY 30/91091 (Karl-Heinz Dietrich), DY 30/56664 (Karl-Heinz Dietrich, Christian Gierisch), DY 30/56762 (Karl-Heinz Schröder), DY 30/9895

(Klaus Willerding), DY 30/90036 (Kurt Bork), DY 30/93253 (Kurt Gregor), DY 30/56077 (Kurt Opitz), DY 30/90572 (Kurt Werner Stoph), DY 30/91881 (Lothar Bolz), DY 30/57777 (Manfred Engelhardt), DY 30/92923 (Manfred Ewald), DY 30/34337 - 34339 (Margareta Kuckhoff geb. Lorke), DY 30/89675 (Max Fechner), DY 30/42398 (Max Hermann Masius), DY 30/93003 (Michael Kohl), DY 30/89285 (Osmar Spitzner), DY 30/93124 (Otfried Steger), DY 30/92884 (Otto Arndt), DY 30/92267 (Paul Baender), DY 30/93144 (Paul Verner), DY 30/91923 (Richard Gunne), DY 30/55995 (Richard Wenzel), DY 30/57754 (Roland Weißig), DY 30/57306 (Rolf Eltze), DY 30/55987 (Rolf Weißbach), DY 30/89853 (Roman Chwalek), DY 30/92944 (Rudi Georgi), DY 30/90045 (Rudolf Dölling), DY 30/93117 (Rudolf Singer), DY 30/93162 (Rudolf Winter), DY 30/92911 (Siegfried Böhm), DY 30/90594 (Volkmar Winkler), DY 30/90878 (Walter Allenstein), DY 30/92954 (Walter Halbritter), DY 30/92285 (Werner Greiner-Petter), DY 30/90626 (Werner Karl Jacob Eggerath), DY 30/92920 (Wilhelm Ehm), R 3018/2784 (Wilhelm Girnus), DY 30/93128 (Willi Stoph), DY 30/90561 (Willy Sägebrecht), DY 30/9960 (Willy Sägebrecht), DY 30/56841 (Wolfgang Bein), DY 30/93205 (Wolfgang Greß), DY 30/57557 (Wolfgang Kiese-wetter), DY 30/93255 (Wolfgang Rauchfuß)

Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik: R 3009/235 (Horst von Tettenborn)

Staatssekretär für Kirchenfragen: DO 4/3534 (Manfred Becker)

Staatssekretariat für Berufsbildung: DQ 4/886 (Horst Kuhn)

Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe: DY 19/860 (Ernst Goldenbaum), DY 19/744 (Siegfried Döhler)

Volksdeutsche Mittelstelle: R 59/792 (Richard Goschütz)

Volkskammer der DDR: DA 1/1708 (Fritz Flint), DA 1/1579 (Georg Ulrich Handke), DA 1/6285 (Hans Stubbe), DA 1/1785 (Helmut Koch), DA 1/1508 - 1509 (Lothar Bolz), DA 1/1784 (Margareta Kuckhoff geb. Lorke), DA 1/1535 (Rudolf Dölling)

## II Personenverzeichnis

*Die nachfolgende Liste enthält alle Personen, die im PAE-proso-Datensatz enthalten sind.*

### Kaiserreich (1. September 1913)

Max Aschenborn, Franz Erich Caspar, Peter Conze, Karl Dick, [Vorname unbekannt] Diesel, Paul Felisch, Rudolf Freiherr von Seckendorf, Konstantin Fritsch, [Vorname unbekannt] Gadow, Gerhard Gerdes, Otto Gleim, Wilhelm Granzow, Eduard Hoffmann, Albert Hopmann, Gustav Jahn, [Vorname unbekannt] Kobelt, Bruno Köhler, Wilhelm Köhler, Reinhold Kraetke, Johannes Kriege, Hermann Kühn, Ernst Leese, Theodor Lewald, Hermann Lisco, Heinrich Löhlein, [Vorname unbekannt] Lohse, Karl Wilhelm Mandel, Theodor Matthieu, [Vorname unbekannt] Meuschel, Gustav Müller, Emil Petri, [Vorname unbekannt] Petri, Max Richter, [Vorname unbekannt] Ritter, [Vorname unbekannt] Rollmann, [Vorname unbekannt] Schlecker, Paul Schmidt, [Vorname unbekannt] Semler, Wilhelm Solf, Eduard Vogel, Theobald, Theodor Friedrich Alfred von Bethmann Hollweg, Paul von Breitenbach, Eduard von Capelle, Clemens Gottlieb Ernst von Delbrück, Adolf von Dombois, Franz Georg von Glasenapp, Max von Grapow, Gottlieb von Jagow, Wilhelm von Jonquières, Paul von Koerner, Günther von Krosigk, Friedrich Wilhelm Viktor Albert von Preußen, Wilhelm von Stumm, Alfred von Tirpitz, Arnold Wahnschaffe, Arthur Zimmermann, Hugo Zorn von Bulach

### Weimarer Republik (1. September 1920)

Heinrich Albert, Paul Behncke, Gustav Behrendt, Carl Bergmann, Paul Beusch, Georg Bodenstein, Adolf Boyé, Heinrich Brauns, Hans Bredow, Erwin Bumke, Albert Cuntze, Bruno Dammann, Wilhelm Denhard, Friedrich Ebert, Constantin Fehrenbach, Paul Felisch, Wolfgang Fleck, Paul Freiherr Treusch von Buttlar-Brandenfels, Hermann Geib, Otto Geßler, Johannes (Johann) Giesberts, Adolf Goetz, Otto Göppert, Wilhelm Groener, Friedrich Heilbron, Carl Heinrich, (Karl) Rudolf Heinze, Andreas Hermes, Julius Hirsch, Erich Hoffmann, Ludwig Huber, Hermann Wilhelm Hüttenhein, Curt Joël, Georg Kautz, Hubert Knipping, Erich Koch-Weser, Bruno Köhler, Friedbert Lademann, Theodor Lewald, Otto Martineck, Anton Meyer-Gerhard, Adolf Miller, Stephan Moesle, Gustav Müller, Wilhelm Niklas, Joseph Oegg, Rudolf Ostertag, Walther Rathenau, Hermann Reuter, Franz Joseph Ronge, Ernst Scholz, Franz Schröder, Edmund Schüler, Wilhelm Schultz, Heinrich Schulz, Hugo Siefert, Walter Simons, Theodor Steinhausen, Karl Stingl, Christian Stock, Paul Teucke, Gustav Vogt, Gottfried von Jacobi, Wilhelm von Jonquières, Günther von Le Suire, Hans von Raumer, Otto von Schlieben, Hans von Seeckt, Ernst von Simson, Karl von Stieler, Karl Edler von Stockhammern, Alfred von Tilly, Hermann Walther, Joseph Wirth, Heinrich Zapf, Erich Zweigert

### Weimarer Republik (1. September 1927)

Max Andersch, Gustav Beyer-Fehling, Ernst Brandenburg, Heinrich Brauns, Erwin Bumke, Hans Buntkirchen, Peter Craemer, Julius Curtius, Bruno Dammann, Walter de Haas, Willy Ernst, Ernst Feyerabend, Hans Freytag, Johannes Gähns, Friedrich Gaus, Hermann Geib, Otto Geßler, Bernhard Gleichmann, Andreas Grieser, Friedrich Grünwald, Friedrich Wilhelm Gutbrod, Oskar Gustav Rudolf Hergt, Hermann Heukamp, Wilhelm Heye, Günther Hoffmann, Curt Joël, Anton Kerschensteiner, Paul Klauke, Karl Knaut, Wilhelm Koch, Gustav Koenigs, Heinrich Köhler, Gerhard Köpke, Herrmann Emil Kuenzer, Wilhelm Küsgen, Karl Lothholz, Wilhelm Marx, Otto Meißner, Anton Meyer-Gerhard, Adolf Miller, Hans Neumayer, Joseph Oegg, Rudolf Ostertag, Ludwig Pellengahr, Ernst Pieszczyk, Johannes Popitz, Hans Posse, Hermann Pünder, Wolfgang Reichardt, Hermann Rettig, Hermann Reuter, Hans Richter, Erwin Ritter, Karl Sautter, Hans Schäffer, Georg Schätzel, Oskar Schellbach, Martin Schiele, Franz Schlegelberger, Carl Christian Schmid, Oswald Schneider, Friedrich Schubert, Friedrich Sitzler, Ulrich Stapenhorst, Gustav Stresemann, Ernst Trendelenburg, Eduard Vogel, Alexander von Brandt, Viktor von Hagenow, Paul von Hindenburg, [Vorname unbekannt] von Hollenser, Walter von Keudell, Kurt von Schleicher, Carl von Schubert, [Vorname unbekannt] von Waldner-Hartz, Erich Wallroth, Oscar Weigert, Arthur Zarden, Walter Zechlin, Hans Zenker, Erich Zweigert

### Nationalsozialismus (1. September 1934)

Max Andersch, Gottfried Aschmann, Herbert Backe, Hugo Fritz Berger, Helmut Bojunga, Ernst Brandenburg, Edmund Brückner, Rudolf Buttman, Friedrich Christiansen, Wilhelm Crohne, Richard Walther Darré, Hermann Demann, Hans Heinrich Dieckhoff, Horst Dreßler-Andrefß, Hans Alfred Engel, Willy Ernst, Gottfried Feder, Willy Fisch, Paul (Peter Paul Raimund) Freiherr von Eltz-Rübenach, (Ludwig) Werner Freiherr von Fritsch, Werner (Ernst Otto Gustav) Freiherr von Grünau, Bernd Freiherr von Kanne, Konstantin Freiherr von Neurath, Roland Freisler, Wilhelm Frick, Walther Funk, Johannes Gähns, Friedrich Gaus, [Vorname unbekannt] Gehffert, Hermann (Jakob Hermann) Giess, Bernhard Gleichmann, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, Erich Greiner, Franz Günther, Arthur Gütt, Wilhelm Haegert, Rudolf Harmening, Otto Hedding, Johannes Heintze, Rudolf Heß, Konstantin Hierl, Adolf Hitler, Johann Karl Heinrich Höpfner, Kurt Jahnke, Adolf Kamlah, Hanns Kerrl, Albert Kesselring, Oskar Klässel, Karl Knaut, Kurt Knipfer, [Vorname unbekannt] Koehler, Gustav Koenigs, Gerhard Köpke, Johannes (Wilhelm Bernhard) Krohn, Kurt Kummer, Hans Heinrich Lammers, Otto Laubinger, Werner (Ernst Oskar Max Wilhelm August Hermann) Mans-

feld, Otto Meißner, Richard (Paul) Meyer von Achenbach, Erhard Milch, Alfons Moritz, Helmut Nicolai, Wilhelm (Friedrich Ferdinand Hermann) Ohnesorge, Alfred Olscher, Karl (Wilhelm Christian) Orth, Rudolf Ostertag, Karl Ott, Willi Parchmann, Hans Pfundtner, Hans Posse, Edmund Radler, Erich Raeder, Fritz Reinhardt, Hans Conrad Julius Reiter, Hermann Rettig, Hans Richter, [Vorname unbekannt] Riermann, Bernhard Rust, Otto Sarnow, Hjalmar (Horace Greeley) Schacht, Ernst Schäfer, Ulrich Scherpfing, Paul Hugo Schiffer, Heinrich Schlattmann, Franz Schlegelberger, Adolf Schmidt-Bodenstedt, Otto Schneller, Friedrich Schubert, Erwin Schütze, Ernst Seeger, Franz Seldte, Friedrich Stieve, Wilhelm Stuckart, Hans-Jürgen Stumpff, Reinhard Sunkel, Friedrich-Karl Surén, Fritz Todt, Otto Ulrichs, Theodor Vahlen, Eduard Vogel, Werner von Blomberg, Bernhard Wilhelm von Bülow, Walter von Keudell, Walter von Reichenau, Wolfgang Meinhard von Staa, Max Waldeck, Walther Wever, Erich Wienbeck, Richard (Adalbert) Wienstein, Werner Willikens, Wilhelm Wimmer, Heinz/Heinrich Wismann, Ludwig Wilhelm Wittich

### Nationalsozialismus (1. September 1939)

Friedrich Ludwig Herbert Alpers, Gottfried Aschmann, Herbert Backe, Heinrich Barelmann, Philipp Beisiegel, Hugo Fritz Berger, Werner Bergmann, Alfred-Ingemar Berndt, Ernst Wilhelm Bohle, Karl Bömer, Wilhelm Börger, Ernst Brandenburg, Rudolf Buttman, Wilhelm Canaris, Wilhelm Crohne, Kurt Daluge, Richard Walther Darré, Otto Dietrich, Julius Dorpmüller, Heinz Drewes, Karl (Friedrich) Durst, Heinrich Eberts, Hans Alfred Engel, Otto Erb, Hermann Esser, Willy Fisch, Otto (Martin) Fleischmann, Gerhard Fränk, Karl Hermann Frank, Hans Frank (1), Alexander Freiherr von Dörnberg, Bernd Freiherr von Kanne, Konstantin Freiherr von Neurath, Ernst Freiherr von Weizsäcker, Roland Freisler, Wilhelm Frick, Hans Fritzsche, Walther Funk, Johannes Gähns, Friedrich Gaus, [Vorname unbekannt] Gehffert, Hermann (Jakob Hermann) Giess, Bernhard Gleichmann, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, Erich Greiner, Franz Gürthner, Arthur Gütt, Leopold Gutterer, Wilhelm Haegert, Karl Hanke, Rudolf Harmening, Franz-Xaver Hasenöhr, Otto Hedding, Rudolf Heß, Konstantin Hierl, Heinrich Himmler, Fritz Hippler, Adolf Hitler, Franz Hofmann, Albert Hofelder, Johannes Hoßfeld, Friedrich (Johannes Friedrich) Hubrig, Franz Hueber, Hans Illgner, Kurt Jahnke, Ernst Jarmer, Adolf Kamlah, Wilhelm Keitel, Wilhelm Keppler, Hanns Kerrl, Wilhelm (Otto Max) Kleinmann, Kurt Knipfer, Gustav Koenigs, Willi (Richard Ernst) Köhn, Karl Köster, Carl Krauch, Friedrich Wilhelm Kritzinger, Johannes (Wilhelm Bernhard) Krohn, Carl Krümmel, Kurt Kummer, Siegmund Kunisch, Hans Heinrich Lammers, Friedrich Landfried, Max Leibbrand, Ernst Lutterloh, Otto Maaß, Werner (Ernst Oskar Max Wilhelm August Hermann) Mansfeld, Willy Meerwald, Otto Meißner, Rudolf Mentzel, Elmar Michel, Erhard Milch, Alfons Moritz, Hermann Muhs, Jakob Nagel, Wilhelm (Friedrich Ferdinand Hermann) Ohnesorge, Rudolf Ostertag, Hermann Osthoff, Karl Ott, Otto Palandt, Willi Parchmann, Hans Pfundtner, Hans Posse, Curt Max Prüfer, Leo Quassowski, Hans (Hans Wilhelm Otto) Rackow, Edmund Radler, Erich Raeder, Fritz Reinhardt, Hans Conrad Julius Reiter, Hans Richter, Friedrich Risch, Joseph Roth, Günther Rüdell, Bernhard Rust, Hjalmar (Horace Greeley) Schacht, Ernst Schäfer, Ulrich Scherpfing, Franz Schlegelberger, Rainer Schlösser, Rudolf Schmeer, Adolf Schmidt-Bodenstedt, Hans Schmidt-Leonhardt, Otto Schneller, Otto Schniewind, Friedrich Schubert, Günther (Adolf Erich Günther) Schulze-Fielitz, Erwin Schütze, Arthur Seiß-Inquart, Franz Seldte, Artur Sieler, Albert (Berthold Konrad Hermann Albert) Speer, Julius Stahn, Hans Stephan, Friedrich Stieve, Wilhelm Stuckart, Friedrich-Karl Surén, Friedrich (Heinrich Karl) Syrup, Georg Thomas, Fritz Todt, Paul Treibe, Ernst Udet, Ernst Vollert, Hermann von der Lieth-Thomson, Hermann von Hanneken, Eberhard von Jagwitz, Joachim von Manteuffel, Joachim von Ribbentrop, Baldur Benedikt von Schirach, Horst von Tettenborn, Hans von Tschammer und Osten, Fritz von Twardowski, Bodo von Witzendorff, Max Wald-eck, Alex Walter, Friedrich Weber, Karl Wever, Emil Wiehl, Werner Willikens, August Winter, Ernst Woermann, Theodor Wucher, Karl (Hans Josef Karl) Ziegler, Werner Zschintzsch

## Nationalsozialismus (1. September 1944)

Erich Albrecht, Josef Altstötter, Artur Axmann, Herbert Backe, Wilfrid Bade, Gustav Adolf Baron Steengracht von Moyland, Eberhard Barth, Theodor (Karl Gottlieb) Bauder, Philipp Beisiegel, Hugo Fritz Berger, Werner Bergmann, Alfred-Ingemar Berndt, Kurt Biebrach, Ernst Boepple, Ernst Wilhelm Bohle, Wilhelm Börger, Martin Bormann, Ernst Brandenburg, Ernst Paul Conrad Brauweiler, Josef Bühler, Erich Chrobog, Hugo Degenhard, Otto Dietrich, Gustav Dilli, Heinrich (Richard Heinrich) Doehle, Karl Dönitz, Julius Dorpmüller, Hans Draeger, Heinz Drewes, Karl (Friedrich) Durst, Heinrich Eberts, Otto Ehrensberger, Ludwig Eichholz, Kurd Eissfeldt, Walter Adolf Emmerich, Hans Alfred Engel, Karl Armin Engert, Hermann Esser, Willy Fisch, Erich Fischer, Otto (Martin) Fleischmann, Gerhard Fränk, Karl Hermann Frank, Hans Frank (1), Alexander Freiherr von Dörnberg, Bernd Freiherr von Kanne, Konstantin Freiherr von Neurath, Wilhelm Frick, Hans Fritzsche, Walther Funk, Johannes Gährs, Albert Ganzenmüller, Adolf Gerteis, Hermann (Jakob Hermann) Giess, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Leonardo Ambrogio Giorgio Giovanni Graf Conti, Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, Wilhelm Haeger, Heinrich Harmjan, Werner Hassenpflug, Franz Hayler, Otto Hedding, Andor Hencke, Karl Maria Hettlage, Wilhelm Heuber, Konstantin Hierl, Heinrich Himmler, Johann Heinrich („Hans“) Hinkel, Adolf Hitler, Franz Hofmann, Albert Holfelder, Friedrich (Johannes Friedrich) Hubrig, Waldemar (Alfred Udo Waldemar) Hühn, Hans Illgner, Kurt Jahnke, Ernst Jarmer, Alfred Jodl, Karl Walter Kaißling, Adolf Kamlah, Kurt (Ludwig Kurt Friedrich Carl) Kaphahn, Wilhelm Keitel, Wilhelm Keppler, Wilhelm (Friedrich) Kimmich, Dietrich Klagges, Herbert Klemm, Gerhard Klopfer, Johannes Kluge, Kurt Knipfer, Willi (Richard Ernst) Köhn, Wilhelm (Karl Heinrich Wilhelm) Koppe, Erich (Hans Walter Erich) Körner, Karl Köster, Carl Krauch, Anton Kreißl, Friedrich Wilhelm Kritzinger, Johannes (Wilhelm Bernhard) Krohn, Hermann Kunde, Hans Heinrich Lammers, Richard Lauxmann, Robert Ley, Bruno Lörzer, Reinhold Maul, Willy Meerwald, Wilhelm Meisel, Otto Meißner, Rudolf Mentzel, Alfred Meyer, Erhard Milch, Ernst Wolf Mommsen, Alfons Moritz, Hermann Muhs, Jakob Nagel, Karl Naumann, Werner Naumann, Wilhelm Ohlenbusch, Otto Ohlendorf, Wilhelm (Friedrich Ferdinand Hermann) Ohnesorge, Karl Ott, Rudi Peuckert, Otto Pleß, Hans Posse, Hans (Wilhelm Otto) Rackow, Hermann Reinbothe, Hermann Reinecke, Fritz Reinhardt, Anton Reinthaller, Hans Conrad Julius Reiter, Hans-Joachim Riecke, Friedrich Risch, Alfred Rosenberg, Gerhard Rühle, Bernhard Rust, Fritz (Ernst Friedrich Christoph) Sauckel, Willy Schelkes, Fritz Schelp, Ulrich Scherpfing, Rainer Schlösser, Gustav Schlotterer, Rudolf Schmeer, Paul Karl Schmidt (ab 1945 Carell), Adolf Schmidt-Bodenstedt, Hans Schmidt-Leonhardt, Otto Schneller, Robert Schormann, Hans Schröder, Rudolf Schultz von Dratzig, Günther (Adolf Erich Günther) Schulze-Fielitz, Arthur Seiß-Inquart, Franz Selde, Hermann (Robert Josef) Senkowsky, Artur Sieler, Franz Alfred Six, Albert (Berthold Konrad Hermann Albert) Speer, Julius Stahn, Hans Stephan, Wilhelm Struve, Wilhelm Stuckart, Friedrich (Heinrich Karl) Syrup, Otto-Georg Thierack, Max (Werner) Timm, Wilhelm von Allwörden, Friedrich von Boetticher, Harry Georg von Craushaar, Hans von Helms, Eberhard von Jagwitz, Joachim von Manteuffel, Joachim von Ribbentrop, Alex Walter, Friedrich Weber, Karl Wever, Emil Wiehl, Kurt Wille, Werner Willikens, Richard Wöllke, Theodor Wucher, Karl (Hans Josef Karl) Ziegler, Job Zimmermann, Werner Zschintzsch

## Bundesrepublik Deutschland (bis 2017)

Günther Abicht, Hubert Abreß, Klaus Achenbach, Eduard Ackermann, Georg-Wilhelm Adamowitsch, Konrad Adenauer, Gunther Adler, Gunther, Eduard Adorno, Hermann Onko Aeikens, Hermann Onko, Conrad Ahlers, Werner Ahrens, Ilse Aigner, Wolfgang Albert, Torsten Albig, Karl Albrecht, Thorben, Thorben Albrecht, Wilhelm Albrecht, Helmut Allardt, Hans-Jürgen Allert, Peter Alltschekow, Günter Altenburg, Wolfgang Altenburg, Peter Altmaier, Gila Altmann, Martin Ammermüller, Peter Ammon, Bela Anda, Georg Anders, Gerd Andres, Karl Andres, Rudolf Anzinger, Hans Apel, Rudolf Arendt, Walter Arendt, Klaus Dieter Arndt, Bruno Arnold, Franz Arnold, Hans Arnold, Peter Arnolds, Konrad Arz von Straussenburg, Konrad, Jörg Asmussen, Karl Aßmann, Gert Attenberger, Jörg Auer, Walter Auerbach, Renate Augstein, Rainer Baake, Rolf Baath, Günter Bachmann, Gerhard W. Back, Manfred

Baden, Rudolf Baetzgen, Hartmut Bagger, Kai Bahlmann, Daniel Bahr, Egon Bahr, Uwe Bake, Karl-Henning Bald, Karl-Henning, Kurt Baldin, Winfried Baldus, Siegfried Balke, Martin Bangemann, Diethelm Banspach, Dorothee Bär, Dorothee, Walter Bargatzky, Katarina Barley, Katarina, Eberhard Barth, Heinrich Barth, Norbert Barthle, Norbert, Rainer Candidus Barzel, Peter Batt, Peter, Botho Bauch, Knut Bauer, Gerhart-Rudolf Baum, Hans-Georg Baumann, Heinz Baumann, Hans-Georg, Hans Georg Baumgärtel, Ludwig Baumgarten, Alfred Bayer, Alfons Bayerl, Gerhard Beck, Marieluise Beck, Elmar Becker, Helmuth Becker, Jürgen Becker, Kurt Becker (1), Klaus Beckmann, Uwe Beckmeyer, Uwe, Stéphane Beemelmans, Hans-Jürgen Beerfeltz, Guido Beermann, Guido, Gunther Beger, Gunther, Ingo Behnel, Kurt Behnke, Wolfgang Behrends, Ernst Benda, Ewald Bendel, Wolfhard Bender, Ulrich Benner, Jörg Bentmann, Günther Benz, Henriette Berg, Joachim Berg, Günther Bergemann, Hans Berger, Lieselotte Berger, Miguel Berger, Miguel, Ingeborg Berggreen-Merkel, Christine Bergmann, Sabine Bergmann-Pohl (geb. Schulz), Christoph Bergner, Wolfgang Bergsdorf, Karl Wilhelm Berkhan, Ernst-Dieter Bernhard, Matthias Berninger, Hans Gottfried Bernrath, Franz Bertele, Hans-Bodo Bertram, Ansgar Bethe, Friedrich Hans Bethmann, Hans-Bernhard Beus, Wolfgang Beyer, Klaus-Günther Biederbick, Martin Biesel, Gerd Billen, Gerd, Alfred Bindels, Johannes Birckholtz, Friedrich Bischoff, Joachim Bitterlich, Theodor Blank, Herbert Blankenhorn, Klaus Blech, Karl Theodor Bleek, Peter Bleser, Kurt Bley, Franz Blücher, Norbert Blüm, Alfons Bobbert, Hans-Peter Bochmann, Günter Bode, Wolfgang Bodenbender, Kurt Bodewig, Hans-Rudolf Boehmer, Peter H. Boenisch, Ulf Böge, Heinrich Boge, Friedrich Bohl, Gerhard Böhm, Rolf Böhme, Gerhard Böhmer, Maria Böhmer, Michael Bohnet, Peter Bohrer, Winfried Böll, Uta Böllhoff, Klaus Bölling, Rainer Bomba, Eberhard Böning, Georg Boomgaarden, Jochen Borchert, Wolf-Ruthart Born, Wolfgang Born, Helmut Bornemann, Holger Börner, Ulrich Börnstein, Walter Borst, Rolf Bösinger, Wolfgang Bötsch, Katharina Böttcher, Katharina, Reinhart Botterbusch, Paul Bourdin, Heinrich Böx, Dietrich Brand, Heinrich Brand, Günter Brandes, Franz Brandkamp, Klaus Brandner, Willy Brandt, Jürgen Brandt (1), Aenne Brauksiepe, Ralf Brauksiepe, Harald Braun, Helge Braun, Tilo Braune, Karl-Ernst Brauner, Hans-Otto Bräutigam, Alfred Breier, Paul Breloh, Karsten Brenner, Curt (Kurt) Bretschneider, Heinrich Breuer, Theodor Brockmann, Karl-Friedrich Brodeßer, Georg M. Bröhl, Peter Bross, Joachim Broudré-Gröger, Alwin Brück, Rainer Brüderle, Willfried Brühmann, Bärbel Brumme-Bothe, Anke Brummer-Kohler, Anke, Guido Brunner, Werner Bruns, Werner Bruns (2), Ewald Bucher, Bernd Buchheit, Herbert Büchs, Hans-Otto Budde, Roland Bude, Erhard Bühler, Erhard, Edelgard Bulmahn, Arthur Bülow, Erich Bülow, Bettina Bundszus-Cecere, Bettina, Klaus Bünger, Jürgen Burckhardt, Ernst Burgbacher, Norbert Burger, Hans-Martin Bury, Fritz Busch, Hans Busch, Josef Busch, Hermann Buschfort, Otto Taleus Eberhard Buurman, Karl-Heinz Carl, Karl Carstens, Manfred Carstens, Wolfgang Cartellieri, Marion Caspers-Merk, Otto Casser, Wolf-Michael Catenhusen, Werner Chory, Alfred Christmann, Jürgen Chrobog, Dieter Clauß, Michael Clauß, Wilhelm Claussen, Wolfgang Clement, Peter Clever, Wolfgang Cloosters, Franz Coester, Gabriele Conen, Heinz Contzen, Henry B. Cordes, Georg Cordts, Uwe Corsepius, Peter Corterier, Claudia Crawford (gesch. Nolte, geb. Wiesemüller), Eckart Cuntz, Lieselore Cyrus (geb. Lienig), Konrad Czeslik, Hans-Joachim Daerr, Hans-Joachim Daerr, Hans-Georg Dahlgrün, Hans-Günter Dahlgrün, Rolf Dahlgrün, Ralf Dahrendorf, Peter Dallinger, Herbert Dantzer, Klaus Dau, Herta Däubler-Gmelin, Detlef Dauke, Ulrich de Maizièrre, Lothar de Maizièrre, Thomas de Maizièrre, Hans de With, Adolf Dedekind, Thomas Dehler, Hans Deinhard, Karl Wilhelm Demmer, Ulrike Demmer, Gertrud Dempwolf, Heinz Deppe, Gunter Desch, Jürgen Detken, Warnfried Dettling, Heinrich-Dietrich Dieckmann, Günter Diehl, Herbert Diehl, Josef Dierdorf, Karl Diller, Josef Distel, Thomas Dittmann, Lutz Diwell, Burkhard Dobjey, Alexander Dobrindt, Johannes Dohmes, Wolfgang Dold, Werner Dollinger, Rudolf Dolzer, Lothar Domröse, Reinhard Dörfler, Wolfgang Dorn, Wilhelm Dörr, Claudia Dörr-Voß, Helmut Döscher, Herbert Dreher, Rudolf Dreßler, Georg Ferdinand Duckwitz, Wolf-Dieter Dudenhausen, Günther Düll, Horst Dumke, Johannes Duntze, Christian Dürig, Gerhard Dürig, Hans L. Eberhard, Thomas Ebert, Jürgen Echtermach, Dieter Eckert, Sepp Eckert, Herbert Eckoldt, Markus Ederer, Bernhard Edler von der Planitz, Johann Eekhoff, Jürgen Egert, Friedel Eggelmeyer, Hans Egidi, Gerd Ehlers, Horst Ehmke, Christoph Ehrenberg, Herbert Ehrenberg, Horst Ehrnspurger, Hans Eichel, Heinz Eicher, Werner Eichhorn, Peter Eickenboom, Dieter Eickhoff, Uschi Eid, Eberhard Eimler, Kurt Eisenkrämer, Antonius (Tono) Eitel, Viktor Ellbling, Dietrich Elias, Dirk Ellinger, Helga Elstner, Karl Elzer, Hans Georg Emde, Ulrich Engel, Hans Arnold Engelhard, Hans Engelhardt, Manfred Engelhardt (1), Hans-Georg Engelke, Harald Engelmann, Ulrich Engelmann, Eckhard Engert, Björn Engholm, Erhard Eppler, Gerhard Erdsiek, Benno Erhard, Ludwig Erhard, Günther

Erkel, Gernot Erler, Günter Ermisch, Werner Ernst, Josef Ertl, Benno Ertmann, Hans C. Eschelbacher, Hans Estner, Franz Etzel, Ulrich Everling, Hans-Friedrich Ewald, Herbert Eymann, Yasmin Fahimi, Peter Failer, Ludwig Falk, Kurt Falthäuser, Manfred Fanslau, Ernst Féaux de la Croix, Fritz Fechner, Georg Federer, Peter Feier, Franz-Josef Feiter, Gerhard Feldhaus, Lutz Feldt, Ernst Ferber, Enak Ferlemann, Elke Ferner, Friedrich Fetzer, Alfred Feyerabend, Otto Fichtner, Dorothee Fiedler, Heinz Fiedler, Paul Johannes Fietz, Helmut Fingerhut, Wolfgang Finke, Norbert Finster, Paul-Heinz Firmenich, Ingrid Fischbach, Alf (eigentl. Adolf) Fischer, Andrea Fischer, Cornelia Fischer, Franz-Josef Fischer, Joseph Fischer, Karl Fischer, Per Fischer, Joachim Fischer-Dieskau, Herbert Fischer-Menshausen, Gerd Fischwasser, Karl Fitting, Ulrike Flach, Maria Flachsbarth, Jochen Flasbarth, Heiner Flassbeck, Hans-Ludwig Flecken, Carl-August Fleischhauer, Paul Gerhard Flockermann, Patricia Flor, Walther Florian, Winfried Florian, Katharina Focke, Friedrich Foertsch, Edmund Forschbach, Christian Forst, Hans Frank, Johann Frank, Paul Frank, Egon Franke, Heinrich Franke, Eckhard Franz, Werner Freers, Rudolf Freier, Berndt Freiherr Freytag von Loringhoven, Sigismund Freiherr von Braun, Géza Andreas Freiherr von Geyr, Hermann Freiherr von Richthofen, Henning Freiherr von Stralenheim, Alexander Freiherr von Süßkind-Schwendi, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (2), Rüdiger Freiherr von Wechmar, Richard Freiherr von Weizsäcker, Heinz Freiherr zum Falkenstein von Trützscher, Hilger Freund, Wilhelm Freundlieb, Brigitte Freyh, Peter Fricke, Hans Friderichs, Hans-Peter Friedrich, Hans-Rainer Friedrich, Walther Friedrich, Werner Friedrich, Klaus-Dieter Fritsche, Hans-Werner Fritz, Hans-Jürgen Froböse, Siegfried Fröhlich, Edmund Frohne, Anke Fuchs, Günter Fuchs, Hans Fuchs, Winfried Fuchs, Hans-Joachim Fuchtel, Georges Fülgraff, Karl-Heinz Funke, Rainer Funke, Sigmar Gabriel, Andreas Gallas, Georg Gallus, Dieter Gamerdinger, Hanns Gareis, Reinhard Gärtner, Walther Gase, Peter Gass, Hartmut Gassner, Werner Gatzler, Joachim Gauck, Günter Gaus, Heinz Gefaeller, Walter Gehlhoff, Hansjörg Geiger, Michaela Geiger, Rudolf „Rudi“ Geil, Kurt Geisen, Ulrich Geisendörfer, Johannes Geismann, Heiner Geißler, Gregor Geller, Hans-Dietrich Genscher, Rudolf Genske, Gustav Gerbaulet, Michael H Gerdts, Axel Gerlach, Karl-Adolf Germann, Hans-Gerhard Gern, Otto-Erich Geske, Ernst Gessler, Heiko Geue, Wolfgang Gibowski, Wilhelm Giel, Marion Gierden-Jülich (geb. Thielenhaus), Andreas Gies, Heinz Ewald Giese, Volkmar Giesler, Friedrich Gladenbeck, Wolfgang Glaesser, Meinhard Glanz, Horst Glatzel, Iris Gleicke, Erwin Gleissner, Hans Globke, Herbert Glocker, Michael Glos, Günther Gloser, Peter Glotz, Rüdiger Göb, Rolf Gocht, Wolfgang Goedecke, Reinhard Göhner, Klaus-Peter Gondeck, Walter Gorenflos, Andreas Görgen, Karl-Heinz Görrissen, Frerich Görts, Klaus Gotto, Klaus-Peter Gottwald, Horst Grabert, Johann Baptist Gradl, Otto Martin V. Graf, Hans-Werner Graf Finck von Finckenstein, Hagen Graf Lambsdorff, Otto Graf Lambsdorff, Wener Graf von der Schulenburg, Matthias Graf von Kielmansegg, Max Graf von Podewils-Dürniz, Marie Luise Graf-Schlicker, Hermann Granzow, Wilhelm Grau, Joachim Grawe, Klaus Gretschmann, Wilhelm Grewe, Alice Greyer-Wieninger, Werner Gries, Hans (Hans Dieter) Griesau, Georg Grimm, Claus Grobecker, Wolfgang Gröbl, Horst Groepper, Hermann Gröhe, Wilfried Grolig, Friedrich Gröning, Karl Gross, Alexander Groß, Achim Grossmann, Markus Grübel, Christian Grugel, Walter Grund, Birgit Grundmann, Martin Grüner, Armin Grünewald, Joachim Grünewald, Hubertus Grunhofer, Dieter Grupe, Rudolf Grupp, Monika Grütters, Kurt Gscheidle, Martin Guddat, Gert Gudera, Karl Gumbel, Horst Günther, Joachim Günther, Fritz-Rudolf Güntsch, Lutz Gusseck, Dietrich Guth, Dieter Haack, Werner Haag, Ernst Haar, Peter Haarhaus, Wilhelm Haas, Wilhelm Haas (1), Winfrid Haase, Emily Haber, Dieter Hackler, Karl Haehser, Franz Haenlein, Kurt Haertel, Hansjörg Häfele, Kurt Häfner, Karl-Ulrich Hagelberg, Johann Hahlen, Bernd-Udo Hahn, Wolfgang Hahn, Günter Hahnenfeld, Waldemar Haist, Sven Halldorn, Dieter Walter Haller, Gert Haller, Heinz Haller, Hans-Joachim Hallier, Walter Hallstein, Volker Halsch, Michael Halstenberg, Hildegard Hamm-Brücher, Franz-Josef Hammerl, Wilhelm Hanemann, Wilhelm Hanke, August Hanning, Helge Hansen, Niels Hansen, Tjark Happach, Alfred Hardenacke, Wighard Härdtl, Günther Harkort, Manfred Harrer, Alfred Hartenbach, Frank-Helmut Hartenstein, Heinrich Harting, Michael Harting, Günter Hartkopf, Alfred Hartmann, Karl Hartmann, Peter Hartmann, Rüdiger Hartmann, Gottfried Haschke, Albrecht Hasinger, Matthias Haß, Gerda Hasselfeldt, Karl Hauck, Volker Hauff, Kornelia Haugg, Hans-Hilger Haunschild, Peter Haupt, Gabriele Hauser, Hansgeorg Hauser, Otto Hauser, Gerhard Hausmann, Peter Hausmann, Willi Hausmann, Helmut Haussmann, Reinhold Haverkamp, Bruno Heck, Josef Hecken, Wilhelm Hecker, Klaus-Jürgen Hedrich, Hans Joachim Hegelau, Hermann Heick, Klaus Heider, Sabine Heimbach, Udo Hein, Gustav Heinemann, Ursula Heinen-Esser (geb. Heinen), Günther Heiß, Bernhard

Heitzer, Walther Helberg, Horst Heldmann, Heinrich Hellwege, Ortwin Hellwig, Hans Henckel, Barbara Hendricks, Hans Jochen Henke, Joachim Henke, Joachim Henkel, Gerald Hennenhöfer, Jörg Hennerkes, Ottfried Hennig, Sabine Hepperle, Otto-Axel Herbst, Colette Hercher, Thorsten Herdan, Egon Ferdinand Herfeldt, Anne Ruth Herkes, Peter Hermes, Hans Hermsdorf, Karl Herold, Franz Herren, Ernst Herrmann, Wilhelm Herschel, Guido Hertel, Rudolf Herweck, Karl Herz, Roman Herzog, Ludwig Heßdörfer, Rolf Hesse, Heinz Hetmeier, Karl Maria Hettlage, Wilhelm Heubling, Gerhard Heuer, Christoph Heusgen, Adolf Heusinger, Theodor Heuss, Wolfgang Heyde, Helmut Heyden, Joachim Heyden, Uwe-Karsten Heye, Klaus-Jörg Heynen, Joachim Hiehle, Horst Hildebrand, Hans-Joachim Hildebrandt, Hans Hilger, Norbert Hilgermann, Hartmut Hillgenberg, Stephan Hilsberg, Martina Hinricher, Hans Hinrichs, Rainer Hinrichs-Rahlwes, Ernst Hinsken, Peter Hintze, Christoph Hinz, Walter Hirche, Edgar Hiirt, Dieter Hiss, Hermann Höcherl, Herbert Hockemeyer, Hans-Jürgen Hofer, Günther Hoffmann, Susanne Hoffmann, Waldemar Hoffmann, Axel Hofmann, Christian Hofmann, Hans Hofmann, Michael Hofmann, Rudolf Hofsähs, Walter Hohlefelder, Egon Höhmann, Karl Hohmann, Manfred Hohnstock, Josef Holik, Ansgar Hollah, Levin Holle, Albert Holler, Erhard Holtermann, Wolfgang Holtz, Josef Hölzl, Friedrich Homann, Jochen Homann, Bodo Hombach, Gerd Hoofe, Volkmar Hopf, Stefan Höpfinger, Alexander Hopmann, Reinhard Hoppe, Wilhelm Hoppe, Claudia Horn, Dietmar Horn, Hans-Henning Horstmann, Günther Horzetzky, Ingrid-Gabriela Hoven, Werner Hoyer, Antje Huber, Jürgen Huber, Stefanie Hubig, Paul Egon Hübinger, Eberhard Hubrich, Elmar Matthias Hucko, Alfred Hummel, Gunter Huonker, Ernst Hüper, Agnes Hürland-Büning, Karl Eugen Huthmacher, Rudolf Hüttebräuker, Hans Hutter, Erika Huxhold, Lothar Ibrügger, Thomas Ilka, Wolfgang Ischinger, Richard Jaeger, Wolf Eckhard Jäger, Bernhard Jagoda, Friedrich-Adolf Jahn, Gerhard Jahn, Gerhard Jäkel, Josef Jansen, Michael Jansen, Paul Jansen, Kurt Jantz, Friedrich Janz, Erhard Jauck, Jürgen Jeke-witz, Alois Jelonek, Philipp Jenninger, Jens Jenßen, Rudolf Jentsch, Gert Jeschonnek, German Josef Jeub, Paul Joachimi, Reimut Jochimsen, Theodor Joedicke, Günther Joel, Ingomar Joerss, Karl Johann, Eckart John von Freyend, Erwin Jordan, Andreas Jordt, Gerhard Juchum, Franz Josef Jung, Georg Jung, Hermann Jung, Karl Jung, Kurt Jung, Horst Jungkurth, Reinhard Junker, Michael Jürdens, Rudolf Kabel, Eduard Kächele, Jörg Kaempff, Jakob Käfferbitz, Bruno Kahl, Peter Kahl, Jakob Kaiser, Otto Kaiser, Ingeborg Kaiser-Bauer, Karl Walter Kaißling, Stefan Kaller, Heinz Karl Kallus, Josef Kammhuber, Helmut Kampe, Kurt Kämper, Steffen Kampeter, Manfred Kanther, Stefan Kapferer, Norbert Kaps, Irmgard Karwatzki, Ulrich Kasparick, Rüdiger Kass, Uwe Kästner, Dieter Kastrup, Ludwig Kattenstroth, Hans Katzer, Heinrich Kaumann, Ernst Kayser, Ludwig-Wilhelm Keck, Peter-Georg Keidel, Franz Keil, Günther Keiser, Ulrich Kelber, Hans-Joachim Keller, Markus Kerber, Ernst Kern, Ulrich (Klaus Ulrich) Kersten, Ignatz Kiechle, Matthias Kielmansegg Graf von, Beate Kienemund, Kurt-Georg Kiesinger, Klaus Kinkel, Heinz Kirchner, Friedrich Kitschelt, Walter Kittel, Wilhelm Kitz, Walter Kleberg, Hans (Johnny) Klein, Hans Hugo Klein, Harald Klein, Ralf Kleindiek, Joachim Klementa, Peter Klemm, Reinhard Klimmt, Reinhard Klingen, Ulrich Klinkert, Julia Klöckner, Alfred Kloft, Adolf Kloke-Lesch, Robert Kloos, Franz Klose, Franz (Hugo Julius Franz) Klose, Astrid Klug, Karl Heinrich Knappstein, Ernst Knebel, Markus Kneip, Werner Knieper, Franz Knieps, Kurt Knipfer, Wilhelm Knittel, Herbert Knolle, Emil Knoop, Heinrich Knott, Karin Knufmann-Happe, Ingo Kober, Wolfgang Koberski, Martin Kobler, Karl Koch, Michael Koch, Caio Koch-Weser, Helmut Kohl, Thomas Kohl, Horst Köhler, Volkmar Köhler, Gerhard Kohnen, Heinrich Leonhard Kolb, Josef Kölble, Walter Kolbow, Hans Kölfen / Koelfen, Udo Kollatz, Heinz Koller, Karl-Günther Kolodziejczok, Klaus König, Rüdiger König, Gerhard Konow, Gudrun Kopp, Heinrich Köppler, Theodor Kordt, Hans-Clausen Korff, Fritz Rudolf Körper, Karin Kortmann, Hartmut Koschyk, Arno Kosmale, Thomas Kossendey, Hugo Köster, Martin Kotthaus, Klaus Kraft, Waldemar Kraft, Arnold Kramer, Anette Kramme, Franz Krapf, Rudolf Kraus, Günter Krause, Günther Krause, Peter Krause, Stefan Krause, Regina Kraushaar, Carl Krautwig, Michael Krautzberger, Otto Krchner, Werner Kreipe, Ferdinand Kremer, Nicolette Kressl, Hermann Kreutzer, Heinz Kreutzmann, Aarne Kreuzinger-Janik, Albrecht Krieger, Rudolf Kriele, Günter Krings, Georg Krischker, Werner Kroener, Heinrich Krone, Franz Kroppenstedt, Werner Krueger, Hans Krüger, Hans-Joachim Krüger, Paul Krüger, Hans Kubis, Hans-Jörg Kuebart, Hermann Kues, Hanns Küffner, Eckart Kuhlwein, Dieter Kühn, Jürgen Kühn, Karl Kühn, Wolfram Kühn, Dirk Kühnau, Harald Kuhne, Bernhard Kühnle, Heinz Kühnle, Harald Kujat, Siegmur Kunas, Renate Künast, Hermann Kunde, Gustav-Adolf Kuntzen, Josef Kunz, Eberhard Kurth, Herbert Küster, Herbert Laabs, Karl-Hans Laermann, Oskar Lafontaine, Uwe Lahl, Lothar Lahn, Manfred Lahnstein, Rolf Lahr, Werner Lamby, Norbert Lammert, Gitta Lam-

persbach, Heinz Lanfermann, Christian Lange, Heinrich Lange, Peter Lange, Wolfram Langer, Hans-Hermann Langguth, Ulf Lantzke, Gerhard Lapp, Walter Laue, Thomas Michael Läufer, Paul Laufs, Karl-Josef Laumann, Lauritz Lauritzen, Hans Lautenschlager, Georg Leber, Hans Lechner, Antje Leendertse, Hans-Dietrich Lehmann, Gerold Lehnguth, Günter Lehr, Robert Lehr, Ursula Lehr, Albert Leicht, Werner Leins, Günther Leis, Klaus Dieter Leister, Reinhold Leitterstorf, Horst Lemke, Ernst Lemmer, Gerd Ludwig Lemmer, Siegfried Lengl, Baptist Lentz, Hans Lenz, Otto Lenz, Ina Lepel, Franz-Josef Lersch-Mense, Roland Lesch, Hans Leussink, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Gerhard Liebrecht, Anton Lieven, Gerhard Limberg, Herbert Limmer, Hansjoachim Linde, Gert Lindemann, Otto Linder, Hermann Lindrath, Rainer Lingenthal, Michael Georg Link, Eduard Lintner, Walter J. Lintner, Fritz Logemann, Beate Lohmann, Bernd W. Lohmann, Josef Löns, Gerhard Loosch, Peter Lorenz, Uwe Lorenzen, Gabriele Lösekrug-Möller, Britta Loskamp, Hans Lösken, Eckhard Lübbert, Heinrich Lübke, Hans-Dieter Lucas, Paul Friedrich Lücke, Johannes Ludewig, Ingeborg Ludewigs, Philipp Ludwig, Hartwig Lüers, Christian Luft, Eberhard Luithlen, Wolf-Dieter Lukas, Hans Lukaschek, Hans Lüssow, Günther Luther, Engelbert Lütke-Daldrup, Claus-August Lutz, Heiko Maas, Hermann Maassen, Matthias Machnig, Petra Mackroth, Karl Magen, Erhard Mahne, Franz Wilhelm Mai, Friedrich Wilhelm Maier-Bode, Werner Maihofer, Herbert Mandelartz, Hans-Joachim Mann, Siegfried Mann, Walter Mann, Caren Marks, Hermann Martinsetter, Hermann Marx, Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Hans Matthöfer, Thomas Matussek, Max Mayer, Günther Meichsner, Michael Meister, Bernhard Mende, Erich Mende, Peter Menke-Glückert, Jan-Baldem Mennicken, Gerd Meny, Reinhold Mercker, Angela Merkel, Jörg Merkel, Wolfgang Mersmann, Angelika Mertens, Jürgen Christian Mertens, Alois Mertes, Michael Mertes, Hardi Messing, Erwin Meyer, Franz Sales Meyer, Jürgen Meyer, Walter Meyer, Ulrich Meyer-Cording, Frieder Meyer-Krahmer, Andreas Meyer-Landrut, Nikolaus Meyer-Landrut, Hermann Meyer-Linden, Andreas Michaelis, Elmar Michel, Werner Middelmann, Peter Mießen, Tobias Miethaner, Benjamin Mikfeld, Rudolf Miller, Thomas Mirow, Wolfgang Mischnick, Hartwig Möbes, Hartmut Moede, Karl Moersch, Ernst-Günther Mohr, Bernhard Molitor, Josef Moll, Jürgen Möllemann, Adolf Möller, Alex Möller, Christel Möller, Horst Moltrecht, Ernst Wolf Mommsen, Otto Mönning, Christine Morgenstern, Heinz Morgenstern, Siegmars Mosdorf, Hermann Mosler, Karl-Egbert Mroch, Jan Mücke, Robert Mühle, Klaus Hardy Mühleck, Albrecht Müller, Alexander Müller, Gerd Müller, Hildegard Müller, Kerstin Müller, Kurt Müller, Michael Müller, Peter Müller, Stefan Müller, Udo Müller, Ursula Müller, Werner Müller, Michael Müller (1), Werner Müller (2), Alfred Müller-Armack, Waldemar Müller-Enders, Waldemar Müller-Thuns, Franz Müntefering, Bernd Mützelburg, Hermann Naab, Ralf Nagel, Andrea Nahles, Peter Paul Nahm, Kurt-Bernhard Nakath, Philipp Nau, Klaus Naumann, Michael Naumann, Axel Nawrath, Fritz Neef, Georg Negwer, Sighart Nehring, Elisabeth Neifer-Porsch, Hans Nelson, Berndt Netzer, Martin Neubauer, Klaus Neubert, Bernd Neumann, Clemens Neumann, Fritz Neumayer, Herbert Neupert, Hans Neusel, Knut Nevermann, Martin Ney, Elsa Nickel, Christa Nickels, Julian Nida-Rümelin, Dirk Niebel, Ernst Fritz Niebel, Alois Niederalt, Annette Niederfranke, Ernst Niederleithinger, Edith Niehuis (geb. Janßen), Manfred Nielson, Werner Niemeyer, Werner Niester, Rolf Wilhelm Nikel, Wilhelm Niklas, Johannes Nitsch, Claus Noé, Günther Nollau, Wolfgang E. Nolting, Friedrich Nonhoff, Wolfgang Nowak, Theodor Oberländer, Albrecht Obermaier, Günter Obert, Manfred Obländer, Friedrich Obleser, Karsten Ocker, Michael Odenwald, Karl-Heinz Oedekoven, Heinz Maria Oeffering, Karl-Heinz Oehler, Hanspeter Oelmeier, Klaus Oertel, Jürgen Oesterhelt, Rainer Offergeld, Karl-Heinz Ohlsson, Wolfgang Ohndorf, Hartmut Olboeter, Harald Oldag, Gerhard Ollig, Horst-Peter Oltmanns, Dirk Oncken, Rainer Oppelt, Hans-Joachim Orde-mann, Ulrich Orlowski, Karl-Heinrich Orten, Hans Orth, Hans-Joachim Orth, Rainer Ortleb, Friedhelm Ost, Horst Osterheld, Eduard Oswald, Walter Otremba, John Ottinger, Hans-Joachim Otto, Manfred Overhaus, Aydan Özoguz, Heinz Padberg, Kurt H. Padberg, Günther Pagel, Veronika Pahl, Werner Panitzki, Karl-Theodor Paschke, Ingo Patschke, Hans Pausch, Peter Paziorek, August Peetz, Willfried Penner, Hans-Günther Pergande, Albert Peters, Jutta Peters, Georg Petersen, Kurt Petrich, Rudolf Petz, Bernd Pfaffenbach, Ludwig-Holger Pfahls, Franz Pfeffer, Gerhard Pfeffermann, Anton Pfeifer, Peter Pfeiffer, Ulrich Pfeiffer, Gerd Pflaumer, Hans Pflaumer, Friedbert Pflüger, Paul Harro Piazolo, Eckhart Pick, Ludwig Pielen, Cornelia Pieper, Ernst Pieper, Carsten Pillath, Fritz Werner Pirkmayr, Manfred Plaetrich, Gunter Pleuger, Kurt Plücker, Johannes (Hans) Poepfel, Ronald Pofalla, Karl Otto Pöhl, Klaus Pöhle, Gustav Poppe, Rolf Portz, Konrad Porzner, Johannes Praß, Joachim Pretsch, Victor-Emanuel Preusker, Wolf Preuss, Walter Priesnitz, Albert Probst, Simone Probst, Florian Pronold, Hermann Pu-

han, Friedrich Quadflieg, Hans Hellmuth Qualen, Jürgen Quantz, Cornelia Quennet-Thielen, Paul Raab, Thomas Rachel, Reinhard Otto Rachold, Hermann Radetzky, Joachim Raffert, Günther Rall, Gerhard Rambow, Egon Ramms, Peter Ramsauer, Hans Rannow, Walter Rasimowitz, Johannes Rau, Karl Ravens, Wilhelm Rawe, Ernst Rebentisch, Georg Recht, Hans Reckers, Franz Redeker, Günter Reeder, Franz Reeg, Helmut Reemts, Olaf Reermann, Klaus Regling, Klaus Rehder, Ludwig A. Rehlinger, Georg-Wilhelm Rehm, Katherina Reiche, Gerold Reichle, Charima Reinhardt, Hermann Reinhardt, Peter Reinhardt, Bernhard Reinke, Gerhard Reischl, Karin Reiser, Josef Rembser, Elmar Remling, Heinz Rendels, Wolfgang Renneberg, Hans-Peter Repnik, Werner Rensing, Karl Reuter, Günter Rexrodt, Heimo Richter, Heinrich Richter, Urban Rid, Adolf Riedel, Ulrike Riedel, Erich Riedl, Volker Rieke, Christel Riemann-Hanewinkel, Heinz Riesenhuber, Peter Riess, Walter Riester, Georg Ripken, Roland Risse, Malte Ristau-Winkler, Hans Ritter von Lex, Gerhard Ritzel, Horst Röding, Karl Roeloffs, Walter Roemer, Cornelia Rogall-Grothe, Helmut Rohde, Eike Röhling, Hans-Jürgen Rohr, Detlev Karsten Rohwedder, Ingrid Roitzsch, Hans-Achim Roll, Walter Rolland, Eberhard Rolle, Lars-Hendrik Röller, Hannelore Rönsch, Ulrich Roppel, Johannes-Wilhelm Rörig, Klaus Rose, Klaus-Henning Rosen, Peter Rosenberg, Christof Rosenmüller, Philip Rosenthal, Philipp Rösler, Alwin Johannes Rossig, Hansfrieder Rost, Hans Eberhard Rotberg, Karin Roth, Michael Roth, Norbert Röttgen, Hans Röttiger, Joachim Rottmann, Dietrich Ruchay, Martin Rudolph, Sebastian Rudolph, Steffen Rudolph, Hans Hellmuth Ruete, Friedrich Ruge, Volker Rühle, Peter Ruhensroth-Bauer, Jürgen Ruhfus, Lothar Rühl, Joachim Georg Rühle, Heinz Ruhнау, Egon Rumberg, Burkhard (Hermann Burkhard Benjamin) Rümelin, Peter Runge, Peter Runkel, Klaus Rumpf, Wolfgang Ruppelt, Reinhard Rupperecht, Josef Rust, Friedrich Ruth, Wolfgang Rutschke, Jürgen Rüttgers, Erwin Saage, Karsten Sach, Hans-Georg Sachs, Siegfried Sadtler, Wilhelm Sahl, Gertrud Sahler, Ulrich Sahn, Heinz Sandhäger, Carl-Werner Sanne, Dieter Sattler, Maximilian Sauerborn, Walter Schädel, Michael Schaefer, Heinz Schaefer, Friedrich Schäfer, Hans Schäfer, Helmut Schäfer, Hermann Schäfer, Herrmann Schäfer, Norbert Schäfer, Ursula Schäfer-Preuss, Günter Schäffel, Fritz Schäffer, Franzjosef Schafhausen, Josef Schafheutle, Erich (Wilhelm) Schaible, Gudrun Schach-Walch, Eduard Schalfjew, Martin Schallbruch, Claus-Henning Schapper, Hubert Schardin, Klaus Scharioth, Rudolf Scharping, Heribert Scharrenbroich, Bernd Schattenberg, Horst-Henner Schattenberg, Dirk Schattschneider, Klaus-Werner Schatz, Wolfgang Schäuble, Hartmut Schauerte, Fritz Schaumann, Annette Schavan, Walter Scheel, Detlef Scheele, Gerhard Wilhelm Scheffler, Siegfried Scheffler, Oda Scheibelhuber, Karl-Friedrich Scheidemann, Günther Schelp, Kurt Schelter, Oliver Schenk, Wolfgang Scheremet, Josef Scherer, Julius Scheuble, Andreas Scheuer, Otto Heinrich (Ottheinz) Scheuring, Florian Scheurle, Klaus-Dieter Scheurle, Dietrich Schewe, Hansjürgen Schierbaum, Fritz Schiettinger, Hans-Peter Schiff, Eckart Schiffer, Hansgeorg Schiffers, Hans Schill, Friedrich Schiller, Karl Schiller, Franz Schillinger, Otto Schily, Axel Schimpf, Gerhard Schindler, Walter Schink, Hans Schirmer, Rainer Schlageter, Hermann Schlagheck, Reinhard Schlagintweit, Rezzo Schlauch, Otto Schlecht, Rainer Schlegel, Marie Schlei, Johannes Schleicher, Franz Schlichter, Ulrich Schlie, Rolf Schmachtenberg, Johannes Schmalzl, Albert Schmid, Carlo Schmid, Hermann-N. Schmid, Walter Jürgen Schmid, Bernd Schmidbauer, Christian Schmidt, Erhard Schmidt, Georg Schmidt, Helmut Schmidt, Hermann Schmidt, Herward Schmidt, Manfred Schmidt, Renate Schmidt, Rudolf Schmidt, Susanna Schmidt, Thilo (Eckehard W.) Schmidt, Ulla Schmidt, Peter Schmidt (1), Bruno Schmidt-Bleibtreu, Edzard Schmidt-Jortzig, Wolfgang Schmidt-Küster, Ulrich (Fritz Ulrich) Schmidt-Ott, Günther Schmidt-Räntsch, Eva Schmierer, Heike Schmitt, Wolfgang Schmitt-Wellbrock, Rudolf Schmitz, Oliver Schmolke, Kurt Schmücker, Jürgen Schmude, Herbert Schmülling, Richard Schmunk, Walter Schmutzer, Klaus-Dieter Schnapauß, Josef Schneeberger, Emil Schneider, Herbert Schneider, Joseph Schneider, Karl Schneider, Oscar Schneider, Wilhelm Schneider, Wolfgang Schneiderhahn, Jürgen Schnell, Karl Helmut Schnell, Hans Schnepfel, Albert Schnez, Stefan Schnorr, Joachim Schnurr, Walter Schnurr, Horst Schöberle, Franz Jochen Schoeller, Franz Schöll, Robert Scholl, Johann Baptiste Schöllhorn, Olaf Scholz, Peter Scholz, Rupert Scholz, Helmut Scholz (1), Lorenz Schomerus, Helmut Schön, Jörg Schönbohm, Wilhelm Schönfelder, Waldemar Schönleiter, Hanna Beate Schöpp-Schilling, Johannes Schornstein, Werner Schramm, Waldemar Schreckenberger, Manfred Schreiber, Ottmar Schreiber, Wolfgang Schreiber, Gerhard Schröder, Klaus-Theo Schröder, Kristina Schröder, Ole Schröder, Oskar Schröder, Gerhard Schröder (1), Paul Schröter, Hartmut Schubert, Karl Schubert, Hans Schuberth, Ludger Schuknecht, Manfred Schüller, Ulrich Schüller, Ulrich Schüller (1), Horst Schulmann, Brigitte Schulte, Dieter Schulte, Gerhard Schulte, Hermann Schulte-Sasse, Gerhard Schulz, Peter Schumacher, Hermann Schunck, Matthias Schürgers, Andreas

Schuseil, Barbara Schuster, Fritz Schuster, Georg Schütte, Klaus Schütz, Irmgard Schwaetzer, Rolf Schwanitz, Werner Schwarz, Christian Schwarz-Schilling, Rita Schwarzlühr-Sutter, Joachim Schwarzer, Elisabeth Schwarzhaupt, Hans Hugo Rupprecht Schwarzmann, Bernhard Schweiger, Reinhard Schweppe, Manuela Schwesig, Erhard Schwinne, Ewold Seeba, Hans-Christoph Seebohm, Tilman Seeger, Theodor Seegers, Horst Lorenz Seehofer, Heinrich Seemann, Steffen Seibert, Hans-Ulrich Seidt, Ludwig Seiermann, Ursula Seiler-Albring, Rudolf Seiters, Konrad Seitz, Norbert Seitz, Josef Selbach, Detlef Selhausen, Michael Sell, Sigrid Selz, Rudolf Senteck, Kurt Servatius, Werner Siebenpfeiffer, Gerhard Siegele, Reinhard Silberberg, Thomas Silberhorn, Gunnar Simon, Heinz Simon, Bruno Six, Edwin Smigielski, Werner Smoydzin, Hugo Soddemann, Karl-Heinz Sohn, Hansgeorg Sönksen, Theodor Sonnemann, Karlhans Sonnenburg, Gustav Adolf Sonnenhol, Cornelia Sonntag-Wolgast, Rainer Sontowski, Jens Spahn, Dietrich Spangenberg, Sabine Sparwasser, Manfred Speck, Franz Josef Specks, Dietrich Sperling, Albert Spiegel, Uwe Spindeldreier, Carl-Dieter Spranger, Helga Springeneer, Rudolf Sprung, Friedrich Hermann Staab, Max Stadler, Ditmar Staffelt, Erwin Stahl, Helmut Stahl, Martina Stahl-Hoepner, Hans-Joachim Stähr, Otto Stalman, Wolfgang Stammberger, Konrad Stangl, Volker Stanzel, Jürgen Stark, Heinz Starke, Erich Stather, Lutz Stavenhagen, Rainald Steck, Helga Steeg, Christoph Steegmans, Thomas Steffen, Thomas Steg, Walter Steidle, Joachim Steig, Gerrit Stein, Manfred Steinbach, Philipp Steinberg, Max Steinbiß, Peer Steinbrück, Michael Steiner, Wilfried Steinheuer, Johannes Steinhoff, Hubert Steinkemper, Veit Steinle, Stephan Steinlein, Frank-Walter Steinmeier, Hans Steinmetz, Hans-Georg Steltzer, Hans-Georg Stemann, Michael Sternecker, Klaus-Peter Stieglitz, Walter Stoll, Manfred Stolpe, Gerhard Stoltenberg, Dieter Stolze, Siegfried Storbeck, Anton Storch, Louis Storck, Andreas Storm, Josef Stralau, Günther Straßmeier, August Paul Straulino, Franz Josef Strauß, Walter Strauß, Jürgen Streeck, Michael Streffer, Reinhard Strehlke, Georg Streiter, Käte Strobel, Clemens Stroetmann, Lutz Stroppe, Hermann Strub, Peter Struck, Richard Stücklen, Helmut Stukenberg, Walter Stütze, Katrin Suder, Jürgen Sudhoff, Hans-Günter Süsser, Rita Süssmuth, Eduard Tack, Alfred Tacke, Wolfgang Tebbe, Werner Tegtmeier, Helmut Teichmann, Horst Teltschik, Heinz-Peter Tempel, Ernst Tennstedt, Wilhelm Ter-Nedden, Horst Teske, Gerald Thalheim, Werner That, Franz Thedieck, Michael Thielen, Rudolf Thierfelder, Rolf Thiessen, Christa Thoben, Joseph Thomas, Monika Thomas, Uwe Thomas, Hans Arnold Thomsen, Klaus-Peter Thomsen, Franz Thönnies, Heribert Thul, Wolfgang Tiefensee, Heinrich Tiemann, Otto Tietmann, Hans (Johannes (Hans) Bernhard Josef) Tietmeyer, Robert Tillmanns, Ulrich Tilly, Reinhard Timmer, Manfred Timmermann, Klaus Töpfer, Bernd Törkel, Rudolf Otto Toyka, Heinz Trettner, Johannes Trienes, Jürgen Trittin, Leonhard Trometer, Jürgen Trunpf, Martin Türk, Rainer M. Türmer, Hans-Christian Ueberschaer, Adalbert Uelner, Christian D Uhlhorn, Ernst Uhrlau, Brigitte Unger-Soyka, Werner Ungerer, Michael Ungern-Sternberg, Freiherr von, Wolfgang Vaerst, Albrecht van Heys, Albert-Hilger van Scherpenberg, Günther van Well, Klaus Vater, Christoph Verenkotte, Günther Verheugen, Roswitha Verhülsdonk, Friedrich-Karl Vialon, Hanshorst Viehof, Rudolf Vieregge, Hans-Peter Viethen, Klaus Vitt, Johannes Vöcking, Ansgar Otto Vogel, Dieter Vogel, Friedrich Vogel, Georg Vogel, Hans-Jochen Vogel, Horst Vogel, Rudolf Vogel, Wolfgang Vogel, Wolfgang Voges, Ute Vogt, Wolfgang Vogt, Ludger Volmer, Busso von Alvensleben, Wilhelm Maria Ernst Hans Eugen Leo von Aulock, Ernst von Beauvais, Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld, Gerold von Braunmühl, Heinrich von Brentano, Georg von Broich-Oppert, Andreas von Bülow, Otto von der Gableutz, Ursula von der Leyen, Wedige-Hans von Dewitz, Klaus von Dohnanyi, Felix von Eckardt, Hasso von Etdorf, Rüdiger von Fritsch, Freiherr, Wolfgang von Geldern, Clemens von Goetze, Gerrit von Haeften, Karl-Günther von Hase, Kai-Uwe von Hassel, Dietrich von Hegel, Klaus von Heimendahl, Hans von Heppe, Erich von Hoffmann, Ehrenfried Anton Theodor Ludwig von Holleben, Cornelius von Hovora(-Drohomyrecki), Hans-Peter von Kirchbach, Eckart von Klaeden, Hans-Heinrich von Knobloch, Sieghardt von Köckritz, Ursula von Köppen, Gerhard von Loewenich, Vollrath von Maltzan, Ludwig von Manger-Koenig, Hans-Joachim von Merkat, Fridtjof von Nordenskjöld, Henning von Ondarza, Sklude von Perbandt-Langendorf, Hans-Friedrich von Ploetz, Matthias von Randow, Hans-Henning von Sandrart, Dedo von Schenck, Andreas von Schoeler, Aegidius von Schönebeck, Rudolph von Schönfeld, Matthias Von Schwanenflügel, Joachim von Spindler, Berndt von Staden, Fritz von Twardowski, Ludolf-Georg von Wartenberg, Wilhelm von Wersebe, Dieter von Würzen, Friedrich von Zahn, Ursula Voskuhl, Claus Voss, Friedrich Voss, Hendrik Vygen, Reinhard Joachim Wabnitz, Ernst Wächter, Horst Waffenschmidt, Baldur Wagner, Christean Wagner, Hans-Georg Wagner, Kurt Dieter Wagner, Albert Wahl, Theodor Waigel, Theodor Wallau, Walter Wallmann, Franz Walter, Peter Walter,

Hansjoachim Walther, Hermann Wandersleb, Johanna Wanka, Dieter Warnecke, Jürgen Warnke, Kajo Wasserhövel, Susanne Wasum-Rainer, Christian Weber, Franz Weber, Hans-Herbert Weber, Hanspeter Weber, Karl Weber, Renatus Weber, Susanne Weber-Mosdorf, Hans-Dieter Wedler, Hans-Jürgen Wefelmeier, Henning Wegener, Herbert Wehner, Jürgen C. Weichert, Jens Weidmann, Christian Weigeldt, Andrea Weinert, Dieter Weingärtner, Lothar Weirauch, Hubert Weis, Hans-Heinrich Weise, Christina Weiss, Erhard Weiß, Curt Wolfgang Heinrich Welck, Freiherr von, Kurt Wellenkamp, Dieter Wellershoff, Eva Maria Welskop-Deffaa, Erich Wende, Helge Wendenburg, Jörg Wendisch, Hans Wenz, Rolf Wenzel, Clemens Werber, Eckart Werthebach, Hans Carl Werthern, Freiherr von, Luitpold Werz, Klemens Wesselkock, Gerd Westdickenberg, Harm Westendorf, Guido Westerwelle, Eberhard Westheide, Heinz Westphal, Thomas Westphal, Werner Westphal, Ludger Westrick, Michael Wettengel, Günter Wetzels, Göttrik Wewer, Hein-Peter Weyher, Peter Wichert, Heinz Wichmann, Klaus Wichmann, Werner Wichmann, Annette Widmann-Mauz, Kurt Wiechert, Bertram Wiczorek, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Volker Wierer, Lothar Wieland, Eberhard Wildermuth, Ulrich Wilhelm, Hans Wilhelmi, Reinhard Wilke, Peter Wilkitzki, Martin Wille, Helmut Willmann, Georg Wilmers, Rainer Wilmerstadt, Dorothee Wilms, Bernd Wilz, Willy Wimmer, Heinrich Windelen, Thomas Windmüller, Max Wingen, Horst Winkelmann, Hans Winners, Detlef Winter, Stefan Winter, Anton Wirmer, Ernst Wirmer, Rüdiger Wirth, Christiane Wirtz, Hans-Jürgen Wischniewski, Matthias Wissmann, Georg Witschel, Barthold C. Witte, Peter Wittig, Wolfgang Wittig, Henner Wittling, Lothar Wittmann, Achim Wittrock, Otfried Wlotzke, Werner Wnendt, Christian Woelker, Richard Wohlfart, Dagmar Wöhr, Karl Wokalek, Margareta Wolf, Rüdiger Wolf, Bernhard Wolff, Torsten Wolfram, Lorenz Wolkersdorf, Regina Wollersheim, Hans-Georg Wolters, Wolfgang Wonneberger, Gerhard Woratz, Alexander Wormit, Bernhard Worms, Manfred Würner, Theophil Woschek, Lothar Wrede, Franz-Josef Wuermeling, Joachim Wuermeling, Christian Wulff, Elke Wülfing, Gabriele Wülker (geb. Weymann), Gerd Wunderlich, Julian Württenberger, Peter-Kurt Würzbach, Harald Wust, Cornelia Yzer, Anton Zahn, Herbert Zahn, Karl Fred Zander, Franz-Christoph Zeitler, Karl-Adolf Zenker, Karl Zepf, Alfred Zerbel, Jeromin Zettelmeyer, Joachim Zietzschmann, Dominik Michael Ziller, Gebhard Ziller, Benedikt Zimmer, Armin Zimmermann, Friedrich Zimmermann, Willy Zinkahn, Manfred Zipperer, Heribert Zitzelsberger, Detlef Zöllner, Heinrich Zölsmann, Christoph Zöpel, Eberhard Zorn, Alfred Zumkeller, Bernhard Zurhorst, Brigitte Zypries

## DDR

### *Nur Exekutivpolitiker:innen in Ministerien und ministeriumsähnlichen Organisationen*

Volker Abend, Alexander Abusch, Anton (alias Eugen) Ackermann (alias Hanisch), Heinrich „Heinz“ Adameck, Hans Adler, Dieter Albrecht, Hans Albrecht, Rudolf Albrecht, Walter Allenstein, Richard Anemüller, Erich Ansorge, Erich Hans Apel, Fritz Apelt, Frieda Apelt (Raddünz, 1. Ehe Malter, 2. Ehe, Lothar Arendt, Willi Armbrust, Otto Arndt, Joachim Arnold, Heinz Aull, Wilhelm Bachem, Paul Baender, Julius Bruno Emil Balkow, Hermann Barth, Karl-Heinz Bartsch, Wilhelm Bastian, Gerhard Baumgärtel, Klaus-Dieter Baumgarten, Bruno Beater, Johannes Robert Becher, Achim Becker, Heinz Karl Behrendt, Friedrich Behrens, Siegfried Beier, Gerhard Beil, Wolfgang Bein, Hilde Benjamin, Bruno Benthien, Hans Bentzien, Sabine Bergmann-Pohl (geb. Schulz), Günter Bernhardt, Kurt Bernheier, Hubertus Bernicke, Harry Bernstein, Heinz Berthold, Eberhard Beschnitt, Wolfgang Bethé, Karl Bettin, Fritz Beyling, Wolfgang Beyreuther, Erhard Bieber, Ernst Bienert, Alfred Binz, Horst Bittner, Karl Blau, Kurt Blecha, Klaus Blessing, Heinz Block, Gertrud Bobek, Manfred Bochmann, Uwe Boegelsack, Siegfried Böhm, Tatjana Böhm, Hans-Joachim Böhme, Walter Böhme, Wolfgang Böhme, Werner Bollerey, Lothar Bolz, Herbert Bomski, Karl Bönninger, Kurt Bork, Klaus Borkmann, Kurt Bormann, Helmut Brandt, Horst Brasch, Michael Bräuer, Hans Breitbarth, Gerhard Briksa, Horst Brüner, Peter-Klaus Budig, Edelfried Buggel, Helmut Bulle, Friedrich Burmeister, Werner Buschmann, Manfred Calov, Wilhelm Cesarz, Roman Chwalek, Eckart Clausnitzer, Friedmar Clausnitzer, Bruno Czerwinski, Werner Cziommer, Franz Dahlem, Fritz Dallmann, Helmut Danz, Horst Danzmann, Lothar de Maiziere, Dieter Degener, Helmut Dersch, Georg Dertinger, Dietrich Deutscher, Friedrich Dickel, Johannes Dieckmann, Peter Diederich, Peter-Michael Diestel, Karl-Heinz Dietrich, Karl Dietzel, Johannes Döhler, Siegfried Döhler, Rudolf Dölling, Heinrich Dollwetz, Manfred Domagk, Richard Dombrowsky, Arno Donda,

Karl Döring, Alfred Dost, Manfred Dott, Harry Drechsler, Manfred Drodowsky, August Duschek, Karl-Heinz Duske, Hans-Wilhelm Ebeling, Klaus-Peter Eberlein, Herbert Ebert, Friedrich Ebert junior, Werner Karl Jacob Eggerath, Wilhelm Ehm, Kurt Ehrlich, Ewald Eichhorn, Rudolf Eichhorn, Heinz Eichler, Gerhart Eisler, Rolf Eltze, Gerhard Elvert, Hans-Heinz Emons, Gerhard Engel, Lothar Engel, Werner Engst, Kurt Enkelmann, Manfred Enzmann, Rainer Eppelmann, Kurt Epperlein, Günter Erbach, Herbert Erler, Ignaz Etrich, Georg Ewald, Manfred Ewald, Ruth Fabisch, Max Fechner, Wilhelm Feldmann, Kurt Fenske, Kurt Wilhelm Fichtner, Peter Fiedler, Reinhold Fiedler, Klaus Fienhold, Franz Fillinger, Klaus-Christian Fischer, Oskar Fischer, Manfred Flegel, Werner Fleißner, Fritz Flint, Erika Florich-Lieberwirth (Lieberwirth), Peter Florin, Martin Franke, Hans Frenzel, Erwin Freyer, Walter Friedeberger, Max Friedemann, Wilhelm Frischmuth, Max Fritsch, Hans Fritsche, Werner Frohburg, Günther Fuchs, Karl-Albert Fuchs, Hans Fülle, Hans-Paul Ganter-Gilmans, Joachim Garscha, Hermann Gartmann, Harald Gatzke, Karl-Friedrich Gebhardt, Kurt Gebhardt, Walter Gebhardt, Matthias Gehler, Michael Gehring, Hans Geisler, Wilhelm Geiß, Rudi Georgi, Willi Georgino, Heinz Gerber, Wolfgang Gerhardt, Hans-Walter Gerlach, Manfred Gerlach, Harry Gerold, Karl-Heinz Gerstenberger, Fritz Geyer, Hellmuth Geyer, Horst Gibtner, Günter Giel, Christian Gierisch, Ernst-Joachim Gießmann, Wilhelm Girnus, Dieter Glatzer, Joachim Goldbach, Konrad Goldbecher, Ernst Goldenbaum, Richard Goschütz, Otto Gotschke, Wolfgang Gotte, Gerald Götting, Friedhelm Grabe, Günter Graf, Erhard Grahl, Ernst-Ullrich Grande, Manfred Hellmuth Grätz, Kurt Gregor, Werner Greiner-Petter, Wolfgang Greß, Reginald Otto Grimmer, Karl Grobbel, Günter Grohmann, Harry Groschupf, Hermann Grosse, Werner Großmann, Otto Emil Franz Grotewohl, Horst Grube, Gottfried Grünberg, Gerhard Grüneberg, Horst Grüner, Bernhard Grünert, Horst Grunert, Karl Grünheid, Egon Grüning, Herbert Grünstein, Richard Gunne, Max Günther, Klaus Gysi, Erich Haak, Erich Haase, Josef Hafrang, Karl Hagemann, Siegfried Hahne, Bruno Armin Haid, Walter Halbritter, Gunter Halm, Karl Hamann, Hans-Jürgen Hammer, Erwin Hampicke, Georg Ulrich Handke, Siegfried Hanne, Edgar Harig, Gerhard Harig, Günther Hartig, Max Hartwig, Waldemar Harz, Gottfried Haschke, Hermann Hasler, Josef Hegen, Günter Heidorn, Horst Heidrich, Michael(-Andreas) Heinemann, Walter Heinicke, Gotthard Heinrich, Wolfgang Heinrichs, Günter Heinze, Rudolf Heinze, Kurt Heiß, Egon Hempel, Klaus Henkes, Heinz Herder, Klaus Hermann, Rudi Hermann, Frank Herrmann, Frank-Joachim Herrmann, Joachim Herrmann, Gerhard Hertwig, Gustav Hertzfeld, Heß, Alfons Hesse, Martin Hesse, Hans-Joachim Heusinger, Harry Heyl, Walter Hieke, Fritz Hilbert, Regine Hildebrandt, Reinhard Hildebrandt, Rudolf Himpich, Hans-Joachim Hoffmann, Heinz Hoffmann, Theodor Hoffmann, Kurt Gerlach Hermann Hofmann, Peter Hofmann, Rolf Hofmann, Ernst Höfner, Richard Helmut Holtzhauer, Heinrich Homann, Erich Honecker, Margot Honecker, Klaus Höpcke, Erhard Kurt Hornoff, Lothar Hussel, Heinz Huth, Willy Hüttenrauch, Helmut Ihle, Horst Illgen, Klaus Jähner, Willi Max Jahnke, Udo Jahr, Werner Jänisch, Lothar Janke, Werner Jarowinsky, Rolf Jeczmonka, Hans Jendretzky, Oskar Jeske, Friedmar John, Rainer Jork, Gerhard Jung, Wolfgang Junker, Werner Jurich, Heinz Jurk, Fritz Kaiser, Hans Kaiser, Karl Kaiser, Hermann Kalb, Eberhard Kallenbach, Eugen Kaltner, Günter Kalwert, Hans-Jürgen Kaminski, Horst Kaminsky, Walter Kammler, Karl Kasten, Heinz Kästner, Hermann Kastner, Eugen Kattner, Peter Kauffold, Rolf Kaulfersch, Herbert Keddi, Wolfgang Keil, Dietmar Keller, Fritz Kellner, Martin Kelm, Erwin Kerber, Herbert Kern, Rolf Kersten, Heinz Keßler, Eckhard Kienitz, Johannes Kier, Wolfgang Kiesewetter, Werner Kiontke, Rudolf Kirsten, Heinz Kittner, Jürgen Kleditzsch, Günther Kleiber, Günter Klein, Manfred Klein, Kurt Kleinert, Wolfgang Kleinert, Jürgen Klingbeil, Günter Klinger, Joachim Klinke, Heinz Klopfer, Günther Knobloch, Dieter Knoch, Fritz Koch, Helmut Koch, Franz Köckenbauer, Michael Kohl, Werner Kohl, Günter Kohrt, Gerd König, Hartmut König, Herta König, Johannes König, Wolfgang König, Willi-Peter Konzok, Stefan Körber, Dieter Koschella, Gerhard Kosel, Hans-Joachim Kozyk, Ernst Krabatsch, Erhard Krack, Erwin Kramer, Jochen Kratzke, Günther Krause, Hans Krause, Lisa Krause, Ulrich Krause, Wolfram Krause, Paul Krauss, Walter Krauß, Felix Krauzse, Egon Krenz, Walter Kresse, Volkmar Krinks, Herbert Krolikowski, Werner Krolikowski, Margareta Kuckhoff geb. Lorke, Horst Kuhn, Claus Kühnel, Heinz Kuhrig, Ewald Bruno Kurpanek, Manfred Kurtzer, Hans-Joachim Laabs, Heinz Lamprecht, Ernst Lange, Fritz Lange, Heinz Lange, Helmut Lange, Otto Last, Hans-Joachim Lauck, Robert Lehmann, Horst Lehnert, Hermann Leihkauf, Kurt Leiser, Dietrich Lemke, Kurt Lemke, Alfred Lemnitz, Wolfgang Leopold, Hans Lessing, Fritz Leucht, Bruno Max Leuschner, Günter Lewinsohn, Hermann Ley, Otto Liebenberg, Paul Liehmann, Bruno Lietz, Helmut Lilie, Werner Lindner, Karl Georg Friedrich Litke, Hans Loch, Kurt Löffler, Klaus Lohße/ Lohsse, Rudolf Lorenz, Werner Lorenz, Peter Lorf, Siegbert Lö-

schau, Gerhard Lucht, Fritz Ludwig, Christa (geb. Hecht) Luft, Ernst Lungewitz, Wilfried Maaß, Ernst Machacek, Friedrich Macher, Wilfried Maier, Günther Maleuda, Walter Männel, Erwin Marcusson, Erich Markowitsch, Karl Maron, Jürgen Marowsky, Klaus-Rainer Marschner, Ernst Marterer, Karlheinz Martini, Max Hermann Masius, Jenny Matern, Heinz Matthes, Ernst Mattler, Rolf Mayer, Markus Meckel, Ernst Mecklenburg, Ludwig Mecklinger, Bruno Meier, Felix Meier, Heinrich Meier, Hugo Meiser, Gerd Menge, Hannelore Mensch (geb. Bosch, in 1. Ehe verheiratete Alter), Otto Menzel, Robert Menzel, Rudolf Menzel, Curt-Heinz Merkel, Gerhard Merkel, Manfred Merkel, Paul Merker, Hans-Ulrich Metzler, Karl Mewis, Hans-Joachim Meyer, Willy Meyer, Wolfgang Meyer, Lothar Michalowsky, Rudolf Miehlke, Erich Mielke, Hans-Jürgen Misselwitz, Günter Mittag, Rudi Mittag, Wolfgang Mitzinger, Harry Möbis, Gerhard Möbius, Hans Modrow, Ewald Moldt, Harry Mönch, Gerd Mönkemeyer, Gerhard Montag, Peter Moreth, Klaus Morgenstern, Kurt Morgenstern, Karlheinz Mornhinweg, Manfred Mühlmann, Franz Müller, Gottfried Müller, Hartwig Müller, Heinz Müller, Richard Müller, Rudolf Müller, Vincenz Müller, Heinz Müller (1), Rudolf Müller (1), Ewald Munschke, Rolf Napel, Harald Martin Naumann, Gerhard Neiber, Wolfgang Neidhardt, Karl Nendel, Eckhard Netzmann, Erwin Neu, Helmut Neuber, Thomas Neubert, Bernhard Neugebauer, Alfred (Alli) Neumann, Alfred Bruno Neumann, Bodo Neumetzler, Uta Nickel, Hans-Jürgen Niehof, Joachim Niemann, Kurt Nier, Wolfgang Niklarz, Gerhard Nitzschke, Ingolf Noack, Albert Norden, Otto Nuschke, Hans Och, Günther Oehlert, Joachim Oelschlägel, Fred Oelfner, Edith Oeser, Kurt Opitz, Rolf Opitz, Helmut Oppermann, Klaus Oppermann, Josef Orlopp, Bernhard Orzechowski, Christoph Ostmann, Harry Ott, Heinz (Franz Paul Heinz) Overbeck, Rudolf Parr, Erich Pasold, Arthur Pätzold, Karl Pauligk, Horst Pehnert, Wolfgang Peller, Franz Peplinski, Wolfgang Pertig, Paul Peschke, Erich Peter, Fritz Peter, Eginhard Peters, Karl Peuser, Paul Pfeffer, Sebastian Pflugbeil, Gerhard Pfütze, Arthur Pieck, Wilhelm (Friedrich Wilhelm Reinhold) Pieck, Dieter Pijur, Hans Pischner, Erwin Plachy, Matthias Platzeck, Anton Plenikowski, Gerhard Pohl, Helmut Pohle, Peter Pollack, Gerd Poppe, Helmut Poppe, Gerhard Poser, Winfried (Wilfried) Poßner, Manfred Preiß, Günter Prey, Gerhard Probst, Guido Quaas, Werner Rackwitz, Horst Rademacher, Karl Rambusch, Heinz Ramuta, Hans Ranke, Heinrich Rau, Heinz Rauch, Wolfgang Rauchaufuß, Hermann Redetzky, Dietmar Reiche, Hans Reichelt, Klaus Reichenbach, Sybille Reider, Erich Reim, Heinz Reimann, Rudolf Reimann, Hans Reingruber, Fritz Reinhardt (1), Erich Reinhold, Wolfgang Reinhold, Maria Rentmeister, Heinz Rentner, Hermann Rentzsch, Werner Reuther, Helmut Richter, Horst Richter, Joachim Richter, Walter Richter, Sigfried Riedel, Karl Rieke, Hans Rietz, Rudolf Riss, Johannes Rochlitzer, Hans Rudolph Rodenberg, Ulrich Roehl, Udo Rölke, Walter Romberg, Bodo Rönisch, Karl-Heinz Rösiger, Erich Rost, Harald Rost, Rudolf Rost, Herbert Rothe, Manfred Röthel, Erich Rübensam, Dieter Rudolf, Willy Rumpf, Rudolf Rühnick, Heinz Sachse, Willy Sägebrect, Karl Salomon, Helmut Sandig, Hans Sandlass, Hans-Ulrich Sattler, Herbert Säverin, Dieter Schaak, Manfred Schädel, Karl-Heinz Schäfer, Alexander Schalck-Golodkowski, Fritz Scharfenstein, Friedrich Schiefer, Kurt Schiele, Kurt Schilske, Walter Schindler, Berndt Schirmer, Herbert Schirmer, Horst Schlimper, Klaus Schlüter, Karl-Heinz Schmalfuß, Christa Schmidt, Elli Schmidt, Heinz Schmidt, Peter Schmidt, Thomas Schmidt, Helmut Schmidt (1), Karl Schmiechen, Werner Walter Schmieder, Friedrich Schneider, Helmut Schneider, Friedrich Schneiderheinze, Ulrich Schneidewind, Emil Schnell, Horst Scholtz, Christian Scholwin, Alfred Karl Scholz, Heinrich Scholz, Helmut Scholz, Paul Scholz, Ernst Scholz (1), Wolfgang Schomburg, Horst Schönfelder, Gerhard Schönherr, Edgar Schrobback, Fritz Schröder, Wilhelm Schröder, Wilhelm Schröder (1), Cordula Schubert, Mannfried Schubert, Karin Schüler, Manfred Schult, Erhard Schulz, Horst Schulz, Manfred Schulz, Rudolph Schulze, Roland Schumann, Gerhard Paul Schürer, Sepp (Max Joseph) Schwab, Rolf Schwanitz, Wolfgang Schwanitz, Siegfried Schwanke, Harry Schwermer, Eduard Schwierz, Hans-Joachim Seemann, Max Sefrin, Kurt Max Karl Seibt, Eberhard Seidel, Karlheinz Seifarth, Willi Seifert, Hans Ferdinand Franz Seigewasser, Fritz (Friedrich Wilhelm) Selbmann, Gerhard Serick, Richard Serinek, Günter Sieber, Klaus Siebold, Walter Siegert, Kurt Siegmund, Heinz Simon (1), Horst Herbert Sindermann, Rudolf Singer, Kurt Singhuber, Georg Sitzlack, Bruno Skodowski, Werner Skowron, Kurt Sobotta, Horst Sölle, Klaus-Günther Sorg, Konstantin Spies, Hans Spigath, Osmar (Karl Osmar) Spitzner, Eleonore Staimer, Wolfgang Stamm, Hans Starke, Horst Stechbarth, Otfried Steger, Luitpold Steidle, Karl-Hermann Steinberg, Rolf Steinert, Karl Steinhoff, Rudolf Steinwand, Jochen Steyer, Georg Stibi, Heinz Stiebritz, Albert Stief, Kurt Werner Stoph, Willi Stoph, Norbert Stoschus, Herbert Strampfer, Paul Straßenberger, Karl Otto Sträube, Hermann Streit, Fritz Streletz, Harry Strobel, Hans Stubbe, Klaus Stubenrauch, Michael Succow, Max Suhrbier, Stephan Supranowitz, Gerhard Tauscher,

Hans Taut, Gerhard Tautenhahn, Rudolf Teichmann, Friedrich Teller, Frank Terpe, Joachim Tesch, Bruno Thalmann, Klaus Thielmann, Guido Thoms, Wilhelm Thürnagel, Frank Tiesler, Manfred Tietze, Werner Titel, Rudolf Tittelbach, Anneliese Toedtman, geb. Titera, Heinrich Toeplitz, Georg Treske, Hermann Tschersisch, Rudolf Tschöep, Heinz Uhlemann, Gerd Uhlig, Werner Uhlmann, Walter Ernst Paul Ulbricht, Wolfgang Ullmann, Dirk van Rickelen, Paul Verner, Waldemar Johannes Verner, Axel Viehweger, Günter Vogel, Werner Vogel, Eberhard Vogt, Wilhelm (Friedrich Wilhelm Maximilian) von Stoltzenberg, Ernst Wabra, Kurt Wach, Gerda Wachowius, Erich Wächter, Elfriede Wagner, Erich Henry Kurt Wagner, Karl-Heinz Wagner, Siegfried Wagner, Gerhard Walter, Otto Walter, Manfred Walther, Paul Wandel, Udo-Dieter Wange, Hans (Johannes) Warnke, Heinz Warzecha, Hans Watzek, Ernst-Hinrich Weber, Norbert Wede, Bodo Weidemann, Manfred Weidlich, Paul-Johann Weigl, Helmut Weihrauch, Horst Weihs, Martin Weikert, Bernd Weinberger, Heino Weiprecht, Gerhard Weiss, Alfred Weissbrodt, Fritz Weißhaupt, Roland Weißig, Herbert Weiz, Erich Wendt, Richard Wenzel, Siegfried Wenzel, Hans Wermund, Horst Werner, Kurt Westphal, Bertram Wiczorek, Rudolf Wiefner, Friedrich Wilde, Klaus Willerding, Paul Wilpert, Bertram Winde, Dieter Winderlich, Heinz Winkler, Volkmar Winkler, Werner Winkler, Heinz-Dieter Winter, Rudolf Winter, Otto Winzer, Günter Witt, Günther Witteck, Siegfried Wittenbeck, Johann Wittik, Margarete Wittkowski, Ernst Wolf, Herbert Wolf, Klaus Wolf, Markus Johannes (Mischa) Wolf, Fritz Wolff, Ernst Wollweber, Dieter Wöstenfeld, Alfred Wunderlich, Helmut Wunderlich, Kurt Wünsche, Oswald Wutzke, Günter Wutzler, Günther Wyschofsky, Elisabeth Zaisser, Wilhelm Zaisser, Friedrich Zeiler, Sigfried Zeissig, Alwin Ziel, Heinz Ziergiebel, Rolf Zierold, Gerhart Ziller, Günter Zillmann, Gerhard Zimmermann, Gustav Zinne, Karl-Heinz Zwirnmann

### III Liste der Ministerien und ministeriumsähnlichen Organisationen

*Liste der Organisationen/Behörden, deren Spitzenpersonal in den PAE-proso-Datensatz aufgenommen wurde.*

#### Bundesrepublik Deutschland (1949 bis 2017)

*Dies ist eine vereinfachte Übersicht der Bundesministerien. Wichtig zur Identifizierung der Ressorts im Buch sind die hier aufgeführten Kürzel, zudem werden Informationen zur Dauer des Bestehens sowie zu wichtigen Änderungen im Ressortzuschnitt gegeben. Änderungen im Ressortzuschnitt, die 2017 oder später auftraten, werden hier nicht aufgeführt. In der Tabelle werden die im Buch für die ressortspezifischen Auswertungen verwendeten Ressortnamen und Kürzel aufgeführt, nicht die aktuellen Ressortnamen und Kürzel, die hiervon abweichen können.*

Kürzel	Ressortname	Zeit	Anmerkungen
AA	Auswärtiges Amt	ab 1951	
BKAmt	Bundeskanzleramt	gesamter Zeitraum	
BMF	Bundesministerium der Finanzen	gesamter Zeitraum	
BMJ	Bundesministerium der Justiz	gesamter Zeitraum	2013 bis 2021 als Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	ab 1955	
BMI	Bundesministerium des Innern	gesamter Zeitraum	

BMRat	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	1949–1969	1949–1957 Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats, 1957–1969 Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	gesamter Zeitraum	1949–1957 Bundesministerium für Arbeit, 1957–2002 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2002 bis 2005 Aufteilung in das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, ab 2005 Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBau	Bundesministerium für Bau	1949–1998	1949–1950 Bundesministerium für Wiederaufbau, 1950–1961 Bundesministerium für Wohnungsbau, 1961–1965 Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, 1965–1969 Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau, 1969–1972 Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau, 1969–1972 Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen, 1972–1998 Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Von 1998 bis 2013 in das Verkehrsministerium und 2013 bis 2018 in das Umweltministerium eingegliedert.
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	ab 1955	1955–1957 Bundesministerium für Atomfragen, 1957–1961 Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, 1961–1962 Bundesministerium für Atomkernenergie, 1962–1969 Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, 1969–1994 Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sowie 1972–1994 Bundesministerium für Forschung und Technologie, 1994–1998 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, ab 1998 Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	gesamter Zeitraum	1949–2001 Bundesministerium für Ernährung, 2001–2005 Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, 2005–2013 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, seit 2013 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	ab 1953	1953–1957 Bundesministerium für Familienfragen, 1957–1969 Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen beziehungsweise Familie und Jugend, 1969–1986 Bundesminister Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, 1986–1991 Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1991–1994 Aufsplittung in zwei Ministerien: Bundesministerium für Familie und Senioren sowie Bundesministerium für Frauen und Jugend, ab 1994 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	ab 1961	1961–1969 Bundesministerium für Gesundheitswesen, 1969–1986 Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, 1986–1991 Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1991 bis 2002 Bundesministerium für Gesundheit, 2002–2005 Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, ab 2005 Bundesministerium für Gesundheit
BMiB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen	1949–1991	1949–1969 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1969–1991 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMP	Bundesministerium für Post und Telekommunikation	1949–1997	1949–1950 Bundesministerium für Angelegenheiten des Fernmeldewesens, 1950–1989 Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, 1989–1997 Bundesministerium für Post und Telekommunikation
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	ab 1986	1986–2013 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2013–2018 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMV	Bundesministerium für Verkehr	gesamter Zeitraum	1949–1998 Bundesministerium für Verkehr, 1998–2005 Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, 2005–2013 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2013–2021 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMVt	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	1949–1969	1949–1954 Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, 1954–1969 Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft	gesamter Zeitraum	1971 bis 1972 Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, 1998–2002 sowie 2005–2013 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2002–2005 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, 2013–2021 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	ab 1961	1961–1993 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ab 1993 in Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BPrA	Bundespräsidialamt	gesamter Zeitraum	
BPA	Bundespresseamt	gesamter Zeitraum	Ab 1949 Teil des Bundeskanzleramtes, ab 1958 eigenständige oberste Bundesbehörde
BMSchatz	Bundesschatzministerium	1949–1969	1949–1953 Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplanes, 1953–1957 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1957–1961 Bundesministerium für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes, 1961–1969 Bundesschatzministerium

Anmerkungen: Das Bundesministerium für den Verteidigungsrat (BMVR) wird hier nicht aufgeführt, da es kein eigenständiges Ministerium war, sondern das Personal des Bundeskanzleramtes nutzte. Das BMVR bestand von 1964 bis 1966. Auch die Bundesminister für besondere Aufgaben führten kein eigenes Ressort. Sie leiteten meist das Bundeskanzleramt. Manchmal waren es aber auch Minister mit Aufgaben für die es (noch) kein Ressort gab, zum Beispiel 1953 Franz Joseph Strauß mit dem Aufgabengebiet Atomfragen. Für die Auswertungen nach Ressort im Buch wurde das 1969–1986 bestehende Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit der Kategorie Bundesfamilienministerium (Kürzel „BMFSFJ“ in den Abbildungen) zugeschlagen. Das von 2002–2005 bestehende Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung wurde in den Ressortauswertungen der Kategorie Bundesgesundheitsministerium (Kürzel „BMG“ in den Abbildungen) zugeschlagen. Das von 2002–2005 bestehende Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde in den Ressortauswertungen der Kategorie Bundeswirtschaftsministerium (Kürzel „BMWi“ in den Abbildungen) zugeschlagen.

#### DDR (1949–1990)

Da die Anzahl der Ministerien und ministeriumsähnlichen Behörden in der DDR groß war, werden diese hier nicht einzeln aufgeführt. Für den PAE-proso-Datensatz wurden Positionen in 75 Ministerien und ministeriumsähnlichen Behörden der DDR erhoben. Diese hießen überwiegend Ministerium (zum Beispiel Ministerium des Innern, Ministerium der Justiz, Ministerium für Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte, Ministerium für Außenhandel et cetera) oder Staatssekretariat (zum Beispiel Staatssekretariat für die Verwaltung der Staatsreserve, Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft, Staatssekretariat für Arbeit und Löhne et cetera), zum Teil trugen sie aber auch andere Namen (zum Beispiel Amt für Preise beim Ministerrat, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik). Typisch waren zahlreiche Umstrukturierungen. Einige Behörden existierten über den gesamten Zeitraum des Bestehens der DDR oder über mehrere Jahrzehnte mit teils unterschiedlichen Namen (zum Beispiel wurde das Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau im Laufe der Zeit fünfmal umbenannt), andere – wie beispielsweise das Staatssekretariat für westdeutschen Fragen oder das Amt für Reparationen – existierten nur für kürzere Zeit.

## Nationalsozialismus (1933–1945)

Kürzel	Ressortname	Zeit	Anmerkungen
AA	Auswärtiges Amt	gesamter Zeitraum	
DStBM	Deutsches Staatministerium für Böhmen und Mähren	1943–1945	
GBI	Dienststelle des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt	1937–1945	ministeriumsgleiche Behörde
RP	Präsidialkanzlei	gesamter Zeitraum	1933–1934 Reichspräsidialamt, 1934–1937 Präsidialkanzlei, 1937–1937 Präsidialkanzlei des Führers und des Reichskanzlers
RAM	Reichsarbeitsministerium	gesamter Zeitraum	
RFM	Reichsfinanzministerium	gesamter Zeitraum	
RFA	Reichsforstamt	1934–1935	
RJM	Reichsjustizministerium	gesamter Zeitraum	
RK	Reichskanzlei	gesamter Zeitraum	
RLM	Reichsluftfahrtministerium	1933–1945	im Mai 1933 gegründet
RMI	Reichsministerium des Innern	gesamter Zeitraum	
RMfBuM	Reichsministerium für Bewaffnung und Munition	1940–1943	Vorgängerorganisation des RMRüKr
RMfdbO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete	1941–1945	
RMEL	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	gesamter Zeitraum	
RMKA	Reichsministerium für Kirchliche Angelegenheiten	1935–1945	
RMRüKr	Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion	1943–1945	Nachfolgeorganisation des RMfBuM
RMVP	Reichsministerium für Volkserklärung und Propaganda	gesamter Zeitraum	
REM	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung	1934–1945	
RPM	Reichspostministerium	gesamter Zeitraum	
RfR	Reichsstelle für Raumordnung	1935–1945	

RVM	Reichsverkehrsministerium	gesamter Zeitraum	
RWeM bzw. OKW	Reichswehrministerium	gesamter Zeitraum	wird 1938 zum Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und der Reichskanzlei unterstellt, der Chef des OKW hat Ministerrang
RWM	Reichswirtschaftsministerium	gesamter Zeitraum	
	Verwaltung des Generalgouvernements	1939–1944/45	Verwaltung des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete

Anmerkungen: Die Reichsminister ohne Geschäftsbereich führten kein eigenes Ressort und werden deshalb hier nicht aufgeführt. Mehrere Reichsministerien hießen während des Nationalsozialismus zeitweise „Reichs- und Preußisches Ministerium für/des ...“ (zum Beispiel ab November 1934 wurde das Reichsministerium des Innern zum Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern), diese Namensänderungen werden hier aus Gründen der Vereinfachung nicht mit aufgeführt. Hintergrund dieser Namensänderungen war, dass 1934 der preußische Behördenapparat mit der Reichsverwaltung vereinigt wurde. Die Doppelbezeichnungen wurden bis 1938 (teils auch früher) wieder abgeschafft.

### Weimarer Republik (1919–1933)

Kürzel	Ressortname	Zeit	Anmerkungen
AA	Auswärtiges Amt	gesamter Zeitraum	
RP	Büro des Reichspräsidenten	gesamter Zeitraum	
RAM	Reichsarbeitsministerium	gesamter Zeitraum	
RFM	Reichsfinanzministerium	gesamter Zeitraum	
RJM	Reichsjustizministerium	gesamter Zeitraum	
RK	Reichskanzlei	gesamter Zeitraum	teils auch als Reichskanzleramt bezeichnet
RMI	Reichsministerium des Innern	gesamter Zeitraum	
RMBG	Reichsministerium für die Besetzen Gebiete	1923–1930	Das RMBG wurde nach dem Ende der alliierten Rheinlandbesetzung aufgelöst.
RMEL	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	gesamter Zeitraum	
RMW	Reichsministerium für Wiederaufbau	1919–1924	
RPM	Reichspostministerium	gesamter Zeitraum	
RSM	Reichsschatzministerium	1919–1923	1923 wurde das RSM in das RFM eingegliedert.
RVM	Reichsverkehrsministerium	gesamter Zeitraum	

RVM	Reichswehrministerium	gesamter Zeitraum	
RWM	Reichswirtschaftsministerium	gesamter Zeitraum	

Anmerkung: Das bereits zum 1. April 1920 als Kolonialabteilung in das Reichsministerium für Wiederaufbau eingegliederte Reichskolonialministerium wird in der Tabelle nicht erwähnt, da es zu den erhobenen Stichtagen des Datensatzes nicht mehr existierte.

### Kaiserreich (1871–1918)

Für das Kaiserreich ist anzumerken, dass außer der Reichskanzlei alle anderen Ressorts nicht den Rang eines Ministeriums, sondern einer der Reichskanzlei nachgeordneten Behörde hatten. Nachfolgeorganisationen in der Weimarer Republik trugen den Namen Reichsministerium (siehe oben) und wurden überwiegend in den ersten Monaten des Jahres 1919 geschaffen.

Kürzel	Ressortname	Zeit	Anmerkungen
AA	Auswärtiges Amt	ab 1871	
RI	Reichsamt des Innern	ab 1879	
RVRB	Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsass-Lothringen	ab 1878	sehr kleine Behörde
REL	Reichsamt für Elsass-Lothringen	ab 1879	
REA	Reichseisenbahnamt	ab 1873	Auflösung erst im Januar 1920
RJ	Reichsjustizamt	ab 1877	
RK	Reichskanzlei	ab 1878	
RKA	Reichskolonialamt	ab 1907	
RM	Reichsmarineamt	ab 1889	
RP	Reichspostamt	ab 1880	
RS	Reichsschatzamt	ab 1879	

Anmerkung: Das 1917 eingerichtete Reichswirtschaftsamt wird in der Tabelle nicht erwähnt, da es zum erhobenen Stichtag für das Kaiserreich (1. September 1913) noch nicht existierte.

## IV Codebuch

### I Angaben zur Person

<b>P_SURNAME</b>	Nachname der Person ( <i>einschl. Adelstitel, in Klammern Geburtsnamen, ehem. Ehenamen et cetera</i> )
<b>P_NAME</b>	Rufname der Person
<b>P_DBIRTH</b>	Geburtsstag ( <i>dd</i> )
<b>P_MBIRTH</b>	Geburtsmonat ( <i>mm</i> )
<b>P_YBIRTH</b>	Geburtsjahr ( <i>yyyy</i> )
<b>P_YDEATH</b>	Todesjahr ( <i>yyyy</i> )
	9997 Lebt noch
	9999 Trifft zu, aber Jahr unbekannt
<b>P_SEX</b>	Geschlecht
	0 weiblich
	1 männlich
<b>P_BPLACE</b>	Geburtsort
<b>P_CTRY</b>	Geburtsregion
	02 Baden-Württemberg
	03 Bayern
	04 Berlin
	05 Brandenburg
	06 Bremen
	07 Hamburg
	08 Hessen
	09 Mecklenburg-Vorpommern
	10 Niedersachsen
	11 Nordrhein-Westfalen
	12 Rheinland-Pfalz
	13 Saarland
	14 Sachsen
	15 Sachsen-Anhalt
	16 Schleswig-Holstein
	17 Thüringen
	94 Ehemalige Reichsgebiete Kolonien ( <i>Dt.-Neuguinea, Dt.-Ostafrika, Dt.-Südwestafrika, Kamerun, Samoa, Tsingtau, Togo</i> )
	95 Ehemalige Reichsgebiete Nord ( <i>Nordschleswig</i> )
	96 Ehemalige Reichsgebiete West ( <i>Elsass-Lothringen, Eupen-Malmedy</i> )
	97 Ehemalige Reichsgebiete Ost ( <i>Ost- und Westpreußen, Memelgebiet, Pommern, Posen, Schlesien</i> )
	98 Ausland
<b>P_CTRYI</b>	Geburtsregion Ausland
	000 Trifft nicht zu ( <i>geboren in Deutschland</i> )
	100 Belgien
	101 Dänemark
	102 Estland
	103 Frankreich
	104 Griechenland

105 Großbritannien  
106 Italien  
107 Lettland  
108 Luxemburg  
109 Niederlande  
110 Norwegen  
111 Österreich / Österreich-Ungarn  
112 Polen / Österreich-Ungarn  
113 Rumänien  
114 Russland /Sowjetunion  
115 Schweden  
116 Schweiz  
117 Spanien  
118 Tschechien / Österreich-Ungarn  
119 Türkei  
120 Ungarn / Österreich-Ungarn

200 Argentinien  
201 Brasilien  
202 Kanada  
203 Mexiko  
204 USA

300 Australien

400 China  
401 Hongkong  
402 Indonesien  
403 Iran  
404 Japan  
405 Jemen  
406 Pakistan  
407 Vietnam

500 Ägypten

999 Trifft zu, aber unbekannt

**S\_CTRYIM**      Geburtsregion der Mutter

**S\_CTRYIF**      Geburtsregion des Vaters

**S\_POSF**          Beruf des Vaters

01 Ungelernte Tätigkeiten  
02 Facharbeiter  
03 Einfacher Angestellter (*Wirtschaft*)  
04 Leitender Angestellter (*Wirtschaft*)  
05 Freiberufler (*zum Beispiel Rechtsanwalt, Arzt*)  
06 Gewerbetreibender (*zum Beispiel Landwirt, Handwerker, Kaufmann*)  
07 Unternehmer  
08 Partei-/Verbandsfunktionär  
09 Berufspolitiker (*Mandatsträger*)  
10 Beamter  
11 Angestellter in öffentlicher Verwaltung  
12 Öffentliche Sicherheit (*Militär, Polizei, Feuerwehr*)

- 13 Richter, Staatsanwalt
- 14 Wissenschaftler
- 15 Künstler
- 16 Geistlicher (*Pfarrer, Rabbi et cetera*)
- 97 Privatier
- 98 Sonstiger Beruf

**S\_SOCEW** Sozialisation (*überwiegende Zeit im Alter zwischen zehn und 20 Jahren*)

- 1 Westdeutschland / Bundesrepublik
- 2 Ostdeutschland / DDR
- 3 Berlin (*geboren nach 02.10.1975*)
- 4 Nationalsozialismus (*geboren bis einschließlich 07.05.1930*)
- 5 Weimarer Republik (*geboren bis einschließlich 29.01.1917*)
- 6 Kaiserreich (*geboren bis einschließlich 08.11.1903*)
- 7 Norddeutscher Bund (*geboren bis einschließlich 31.12.1865*)
- 8 Ausland

**S\_RELIGION** Letzte bekannte Zugehörigkeit zu einer organisierten Religionsgemeinschaft

- 0 Keine / Atheistisch
- 1 Katholisch
- 2 Evangelisch
- 3 Sonstige christlich
- 4 Jüdisch
- 5 Muslimisch
- 6 Sonstige

**S\_MSTATUS** Familienstand

- 1 Ledig
- 2 Verheiratet (*inkl. eingetragene Lebenspartnerschaft*)
- 3 Geschieden und nicht wiederverheiratet
- 4 Geschieden und wiederverheiratet
- 5 Verwitwet und nicht wiederverheiratet
- 6 Verwitwet und wiederverheiratet
- 7 Geschieden, verwitwet nicht wiederverheiratet
- 8 Geschieden, verwitwet und wiederverheiratet

**S\_DESCEND** Kinderzahl (*inkl. verstorbene und adoptierte/angenommene Kinder*)

**E\_DEGREE** Höchster Bildungsabschluss

- 00 Ohne Abschluss
- 01 Hauptschule / Volksschule
- 02 Mittlere Reife
- 03 Abitur
- 04 Akademie (*Gewerkschaftsakademie, Parteihochschule, akademische Weiterbildungseinrichtungen, Militärakademien et cetera*)
- 05 Bachelor
- 06 FH, alte Studiengänge
- 07 Universität (*Diplom/Magister/Master/Erstes Staatsexamen*)
- 08 Zweites Staatsexamen
- 09 Promotion
- 10 Habilitation

**E\_TRAINING** Berufsausbildung (*Lehre, inkl. Volontariat, wenn es nicht nach dem Studium absolviert wurde*)

E\_SECEDU Zweiter Bildungsweg (nur Schulabschlüsse wie bspw. Abitur)  
E\_MEISTER Meister / Techniker

### Studienort

00000 Kein Studienort  
Die Ausprägungen sind nach dem Muster LLLUU (1LL=Europa, 2LL=Amerika, 3LL=Ozeanien, 4LL=Asien, 5LL=Afrika, 9LL=Sonstiges) vergeben, also drei Stellen für das Land und zwei Stellen für die Hochschule

### Studienfach

00 Kein Studienfach  
01 Geisteswissenschaften: Theologie  
02 Geisteswissenschaften: Sprachen (zum Beispiel Romanistik, Slawistik, ..., inkl. Literaturwissenschaft)  
03 Geisteswissenschaften: Andere  
04 Sozialwissenschaften: Politikwissenschaft (inkl. Staatswissenschaft)  
05 Sozialwissenschaften: Verwaltungswissenschaft / Public Management (inkl. Verwaltungswirt)  
06 Sozialwissenschaften: Weitere  
07 Wirtschaftswissenschaften: BWL (inkl. MBA, Wirtschaftsingenieurwesen)  
08 Wirtschaftswissenschaften: Weitere (inkl. VWL, Politische Ökonomie)  
09 Naturwissenschaften (ohne Mathematik)  
10 Agrarwissenschaft (inkl. Gartenbauökonomie, Forstwissenschaft)  
11 Angewandte Kunst / Musik / Schauspiel (inkl. Kunstgeschichte)  
12 Bildung (inkl. Pädagogik, Lehramt, Erziehungswissenschaften, Sozialpädagogik)  
13 Gesundheit (inkl. Pharmazie, Medizin, Psychologie)  
14 Informatik (inkl. Wirtschaftsinformatik)  
15 Publizistik / Journalismus  
16 Mathematik / Statistik  
17 Militärwissenschaft  
18 Rechtswissenschaften (Jura)  
19 Technik (inkl. Architektur, Ingenieurwesen, Raumplanung)  
  
97 Sonstige: Ideologische Schulung (zum Beispiel Marxismus)  
98 Sonstige: Weitere  
99 Sonstige: Unbekanntes Studienfach

E\_YDEGREE Jahr des letzten Bildungsabschlusses (oder Beendigung der Lehrausbildung)  
E\_NLSTUD Zahl der Studienorte (inkl. abgebrochenes Studium, Promotion und Habilitation)  
E\_NDIS Fächerzahl während Studium (inkl. abgebrochenes Studium, Promotion und Habilitation)

## II Karriere

### Erfassung der hauptberuflichen Vorpositionen (VP), Elitepositionen (EP) und Nachpositionen (NP):

VP 1 ist die Position, die die Person vor ihrer ersten EP innehatte (EP sind die Positionen 001 bis 022, siehe „Hauptberufliche Tätigkeiten“). VP 2 ist die Position vor VP 1, VP 3 die Position vor VP 2 et cetera; EP werden chronologisch aufgelistet, das heißt EP 1 ist die zeitlich zuerst eingenommene EP, es folgen gegebenenfalls EP 2, EP 3 et cetera; NP werden ebenfalls chronologisch aufgelistet, das heißt NP 1 ist die erste Nachposition nach der Beendigung der letzten Eliteposition.

VP1\_M ... VP 16\_M; EP1\_M ... EP 11\_M; NP1\_M ... NP 11\_M Eintrittsmonat Position X (mm)  
VP1\_Y ... VP 16\_Y; EP1\_Y ... EP 11\_Y; NP1\_Y ... NP 11\_Y Eintrittsjahr Position X (yyyy)

VP1\_POS ... VP 16\_POS; EP1\_POS ... EP 11\_POS; NP1\_POS ... NP 11\_POS Hauptberufliche Tätigkeit in Position X

Exekutive Nationalstaat

- 001 Staatsoberhaupt (*Bundespräsident, Staatsratsvorsitzender, Reichspräsident, Kaiser, Positionselite*)
- 002 Stellvertretendes Staatsoberhaupt (*Stellvertretender Vorsitzender Staatsrat, Positionselite*)
- 003 Mitglied Staatsrat der DDR
- 004 Regierungschef:in (*Bundeskanzler, Reichskanzler, Vorsitzender Ministerrat, Positionselite*)
- 005 Stellvertretende:r Regierungschef:in (*Präsidium Ministerrat, Stellvertretender Ministerpräsident, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Positionselite*)
- 006 Minister:in (*Positionselite*) / Leiter:in einer obersten Behörde in der Besatzungszeit
- 007 Stellvertretende:r Minister:in / Parlamentarische:r Staatssekretär:in (*Positionselite*) / Stellvertretende:r Leiter:in einer obersten Behörde in der Besatzungszeit
- 008 Staatssekretär:in (*Positionselite*) / Stellvertretende:r Leiter:in einer obersten Behörde in der Besatzungszeit
- 009 Stellvertretende:r Staatssekretär:in / Unterstaatssekretär (*Positionselite*)
- 010 Regierungssprecher:in (*Amtsleiter:in BPA, Positionselite*)
- 011 Stellvertretende:r Regierungssprecher:in (*Stellvertretende:r Amtsleiter:in BPA, Positionselite*)
- 012 Leiter:in Sonderbehörde (*Generalbevollmächtigter, Generalinspekteur, Positionselite*)
- 020 Abteilungsleiter:in Ministerium, Fachabteilung (*Positionselite*)
- 021 Abteilungsleiter:in Ministerium, Z-Abteilung (*Positionselite*)
- 022 Abteilungsleiter:in Ministerium, Planung / Grundsatz (*Positionselite*)
- 023 Stellvertretende:r Abteilungsleiter:in Ministerium, Fachabteilung
- 024 Stellvertretende:r Abteilungsleiter:in Ministerium, Z-Abteilung
- 025 Stellvertretende:r Abteilungsleiter:in Ministerium, Planung / Grundsatz
- 026 Unterabteilungsleiter:in / Gruppenleiter:in Ministerium, Fachabteilung
- 027 Unterabteilungsleiter:in / Gruppenleiter:in Ministerium, Z-Abteilung
- 028 Unterabteilungsleiter:in / Gruppenleiter:in Ministerium, Planung / Grundsatz
- 029 Unterabteilungsleiter:in / Gruppenleiter:in Ministerium, ohne Spezifizierung
- 030 Referatsleiter:in Ministerium, Fachreferat
- 031 Referatsleiter:in Ministerium, Z-Referat
- 032 Referatsleiter:in Ministerium, Planung / Grundsatz
- 033 Referatsleiter:in Ministerium, ohne Spezifizierung
- 034 Referent:in Ministerium, Linie (*auch wenn unbekannt, ob Stab oder Linie*)
- 035 Stabsleiter:in Ministerium, PR (*i.d.R. Pressesprecher Ministerium*)
- 036 Stabsleiter:in Ministerium, Kabinetts- und Parlamentsangelegenheiten
- 037 Stabsleiter:in Ministerium, Planung
- 038 Stabsleiter:in Ministerium, Sonderaufgaben Bund (*auch: Projektleiter:in ohne nähere Spezifizierung*)
- 039 Mitarbeiter:in Ministerium, Stab
- 040 Botschafter:in (*auch Ständige:r Vertreter:in*)
- 041 Gesandte:r
- 042 Generalkonsul:in
- 043 Sonstige Tätigkeit, Botschaft (*auch in Konsulat oder Ständige Vertretung*)
- 044 Leiter:in Minister:innenbüro (*auch: Leiter:in Leitungsstab Ministerium*)
- 045 Stellvertretende:r Leiter:in Minister:innenbüro (*auch: Stellv. Leiter:in Leitungsstab Ministerium*)
- 046 Persönliche:r Referent:in Regierungschef:in / Minister:in
- 047 Büroleiter:in STS Bund (*auch: Büroleiter:in beim Inspekteur des Heeres im BMVg*)
- 048 Persönliche:r Referent:in Staatssekretär:in
- 049 Persönliche:r Referent:in Stellvertretende:r Minister:in / Parlamentarische:r Staatssekretär:in
- 050 Persönliche:r Referent:in Abteilungsleiter:in Ministerium
- 051 Persönliche:r Referent:in ohne Zuordnung Ministerium
- 052 Persönliche:r Referent:in Staatsoberhaupt
- 053 Gehobener Dienst, Ministerium

- 054 Mittlerer Dienst, Ministerium
- 055 Einfacher Dienst, Ministerium
- 056 Sonstige Tätigkeit, Ministerium (*zum Beispiel Werkvertrag, Vorbereitungsdienst*)
- 070 Reichskommissar / Reichsstatthalter
- 071 Beauftragte:r Regierung
- 072 Beauftragte:r Ministerium
- 073 Beauftragte:r Ministerium, Mitarbeiter:in
- 074 Ministerialverwaltung: Wiedervereinigungsbedingte Sonderaufgaben (*auch Treuhandanstalt*)
- 075 Wehrbeauftragte:r
- 076 Beratungsgremium der Regierung, Vorsitzende:r (*zum Beispiel Nationaler Verteidigungsrat*)
- 077 Beratungsgremium der Regierung, Mitglied
- 078 Beratungsgremium der Regierung, Sonstige Tätigkeit
- 079 Beratungsgremium der Regierung, Leiter:in Geschäftsstelle
- 080 Beratungsgremium der Regierung, Mitarbeiter:in Geschäftsstelle
- 090 Rechnungshof, Präsident:in
- 091 Rechnungshof, Vizepräsident:in
- 092 Rechnungshof, Sonstige Tätigkeit
- 093 Notenbank, Leiter:in (*Bundesbank, Reichsbank*)
- 094 Notenbank, Sonstige Tätigkeit (*Bundesbank, Reichsbank*)
- 100 Nachgeordneter Bereich (Oberbehörde oder vergleichbar), Leiter:in
- 101 Nachgeordneter Bereich (Oberbehörde oder vergleichbar), Stellvertretende:r Leiter:in
- 102 Nachgeordneter Bereich (Oberbehörde oder vergleichbar), Abteilungsleiter:in
- 103 Nachgeordneter Bereich (Oberbehörde oder vergleichbar), Sonstige Linie
- 104 Nachgeordneter Bereich (Oberbehörde oder vergleichbar), Stab
- 105 Sonst. Behörden (Mittelbehörden, Unterbehörden), Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 106 Sonst. Behörden (Mittelbehörden, Unterbehörden), Sonstige Tätigkeit
- 107 Staatsunternehmen oder privatrechtliche Staatsstiftung, Leiter:in
- 108 Staatsunternehmen oder privatrechtliche Staatsstiftung, Sonstige Tätigkeit

#### Legislative national

- 200 Parlamentarier:in, Parlamentspräsident:in
- 201 Parlamentarier:in, Parlamentsvizepräsident:in
- 202 Parlamentarier:in, Parlamentspräsidium
- 203 Parlamentarier:in, Ausschussvorsitzende:r
- 204 Parlamentarier:in, Stellvertretende:r Ausschussvorsitzende:r
- 205 Parlamentarier:in, Vorsitz / Stellvertr. Vorsitz Fraktion (*bei der CDU auch die Sprecher:innen der Arbeitskreise*)
- 206 Parlamentarier:in, Geschäftsführer:in Fraktion
- 207 Parlamentarier:in, Justiziar:in Fraktion
- 208 Parlamentarier:in, Pressesprecher:in Fraktion
- 209 Parlamentarier:in, Sprecher:in (Politikfeld) Fraktion
- 210 Parlamentarier:in, einfach
- 211 Zweite Kammer, leitende Funktion (*Bundesrat, Reichsrat*)
- 212 Zweite Kammer, Ausschussmitglied (*Bundesrat, Reichsrat*)
- 213 Zweite Kammer, Mitglied (*Bundesrat, Reichsrat*)
- 214 Mitarbeit Runder Tisch DDR
- 215 Sachverständige:r Parlamentsausschuss
- 216 Büroleiter:in Fraktionsvorsitzende:r / parlamentarische:r Geschäftsführer:in
- 217 Büroleiter:in Parlamentarier:innengruppe
- 218 Mitarbeiter:in Parlamentsfraktion (*auch Leitung Fraktionsbüro*)
- 219 Persönliche:r Mitarbeiter:in Parlamentarier:in
- 220 Parlamentsverwaltung, Leitung
- 221 Parlamentsverwaltung, Sonstige Tätigkeit
- 222 Zweite Kammer, Verwaltung

## Exekutive Landesebene/ Bezirksebene DDR

- 300 Landesoberhaupt (*König, Herzog, Fürst, Präsident, Reichsstatthalter, usw.*)
- 301 Stellvertretendes Landesoberhaupt (*Thronerbe, Kronprinz, usw.*)
- 302 Regierungschef:in (*Ministerpräsident:in, Vorsitzende:r des Rates des Bezirks*)
- 303 Stellvertretende:r Regierungschef:in
- 304 Minister:in (*Mitglied des Rates des Bezirks*)
- 305 Stellvertretende:r Minister:in / Parlamentarische:r Staatssekretär:in
- 306 Staatssekretär:in (*auch Amtschef:in oder Ministerialdirektor:in*)
- 307 Stellvertretende:r Staatssekretär:in
- 308 Regierungssprecher:in
- 309 Stellvertretende:r Regierungssprecher:in
- 320 Abteilungsleiter:in Ministerium Land, Z-Abteilung
- 321 Abteilungsleiter:in Ministerium Land, Planung / Grundsatz
- 322 Abteilungsleiter:in Ministerium Land, Fachabteilung
- 323 Abteilungsleiter:in Ministerium Land, ohne Spezifizierung
- 324 Unterabteilungsleiter:in / Gruppenleiter:in Ministerium Land, Z-Abteilung
- 325 Unterabteilungsleiter:in / Gruppenleiter:in Ministerium Land, Planung / Grundsatz
- 326 Unterabteilungsleiter:in / Gruppenleiter:in Ministerium Land, Fachabteilung
- 327 Unterabteilungsleiter:in / Gruppenleiter:in Ministerium Land, ohne Spezifizierung
- 328 Referatsleiter:in Ministerium Land, Z-Abteilung
- 329 Referatsleiter:in Ministerium Land, Planung / Grundsatz
- 330 Referatsleiter:in Ministerium Land, Fachabteilung
- 331 Referatsleiter:in Ministerium Land, ohne Spezifizierung
- 332 Referent:in Ministerium Land, Linie
- 333 Stabsleiter:in Ministerium Land, PR Land (= *Pressesprecher:in Ministerium*)
- 334 Stabsleiter:in Ministerium Land, Kabinetts- und Parlamentsangelegenheiten
- 335 Stabsleiter:in Ministerium Land, Planung
- 336 Stabsleiter:in Ministerium Land, Sonderaufgaben
- 337 Stabsleiter:in Ministerium Land, ohne Spezifizierung
- 338 Referent:in Ministerium Land, Stab
- 339 Botschafter:in / Gesandte:r
- 340 Leiter:in Büro Regierungschef:in / Minister:in (*in Baden-Württemberg: Zentralstelle*)
- 341 Persönliche:r Referent:in Regierungschef:in / Minister:in
- 342 Leiter:in Büro Stellvertretende:r Minister:in / Parlamentarische:r Staatssekretär:in
- 343 Persönliche:r Referent:in Stellvertretende:r Minister:in / Parlamentarische:r Staatssekretär:in
- 345 Persönliche:r Referent:in Staatssekretär:in (*auch Amtschef:in, Ministerialdirektor:in*)
- 346 Persönliche:r Referent:in Abteilungsleiter:in Ministerium Land
- 347 Persönliche:r Referent:in ohne Zuordnung Ministerium Land
- 348 Sonstige Tätigkeit, Ministerium Land (*gehobener, mittlerer oder einfacher Dienst o. vgl. Angestelltenpositionen*)
- 360 Staatskommissar:in
- 361 Stellvertretende:r Staatskommissar:in
- 362 Staatskommissar:in, Mitarbeiter:in
- 363 Beauftragte:r Regierung Land
- 364 Beauftragte:r Ministerium Land
- 365 Beratungsgremium Regierung Land
- 370 Rechnungshof Land, Präsident:in
- 371 Rechnungshof Land, Sonstige Tätigkeit
- 372 Zentralbank Land, Leiter:in
- 373 Zentralbank Land, Sonstige Tätigkeit
- 380 Ober- und Mittelbehörden Land, Leiter:in (*aber nicht die Mittelinstanzen*)
- 381 Ober- und Mittelbehörden Land, Stellvertretende:r Leiter:in
- 382 Ober- und Mittelbehörden Land, Abteilungsleiter:in
- 383 Ober- und Mittelbehörden Land, Sonstige Linie (*höherer Dienst*)

- 384 Ober- und Mittelbehörden Land, Stab (*höherer Dienst*)
- 385 Untere Behörde Land, Leiter:in (*aber nicht Landratsamt*)
- 386 Untere Behörde Land, Stellvertretende:r Leiter:in
- 387 Untere Behörde Land, Sonstige Tätigkeit (*höherer Dienst*)
- 388 Gehobener Dienst, nachgeordneter Bereich Land
- 389 Mittlerer Dienst, nachgeordneter Bereich Land
- 390 Einfacher Dienst, nachgeordneter Bereich Land
- 391 Staatsunternehmen oder privatrechtliche Staatsstiftung Land, Leiter:in
- 392 Staatsunternehmen oder privatrechtliche Staatsstiftung Land, Sonstige Tätigkeit

#### Legislative Land

- 400 Parlamentarier:in, Parlamentspräsident:in
- 401 Parlamentarier:in, Parlamentspräsidium
- 402 Parlamentarier:in, Ausschussvorsitzende:r
- 403 Parlamentarier:in, Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r Fraktion
- 404 Parlamentarier:in, Geschäftsführer:in Fraktion
- 405 Parlamentarier:in, Justiziar:in Fraktion
- 406 Parlamentarier:in, Sprecher:in (Politikfeld) Fraktion
- 407 Parlamentarier:in, einfach
- 408 Fraktionsgeschäftsführer:in
- 409 Büroleiter:in Fraktionsvorsitzende:r / parlamentarische:r Geschäftsführer:in
- 410 Pressesprecher:in Fraktion
- 411 Fraktionsassistent:in / Fraktionsmitarbeiter:in
- 412 Persönliche:r Mitarbeiter:in Parlamentarier:in
- 413 Parlamentsverwaltung, Leitung
- 414 Parlamentsverwaltung, Sonstige Tätigkeit

#### Exekutive Mittelinanz (Provinz, Bezirk et cetera)

- 450 Mittelinanz, Leiter:in (*zum Beispiel Regierungspräsident:in, Landeshauptmann Provinz*)
- 451 Mittelinanz, Stellvertretende:r Leiter:in (*zum Beispiel Regierungsvizepräsident:in*)
- 452 Mittelinanz, Abteilungsleiter:in
- 453 Mittelinanz, Sonstige Tätigkeit (*höherer Dienst*)
- 454 Mittelinanz, gehobener, mittlerer oder einfacher Dienst o. vgl. Angestelltenpositionen

#### Exekutive Kommunale Ebene oder Landratsamt

- 470 Landrat:rätin / Oberkreisdirektor:in
- 471 Oberbürgermeister:in / Erste:r Bürgermeister:in
- 472 Bürgermeister:in (*direkt gewählt*)
- 473 Oberstadtdirektor:in (auch Stadtdirektor:in, Kreisdirektor:in, Stellvertretende:r Landrat:rätin)
- 474 Kämmerer:in
- 475 Kommunale:r Wahlbeamter:in (*wenn nicht einzeln aufgeführt, zum Beispiel Beigeordnete:r, Senator:in in den Hansestädten Mecklenburg-Vorpommerns und in Lübeck, Bürgermeister:in zum Beispiel in Baden-Württemberg, wenn der:die Leiter:in der Verwaltung die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister:in führt, Stadtrat:rätin in Niedersachsen und berufsmäßige:r Stadtrat:rätin in Bayern*)
- 476 Persönliche:r Referent:in Oberbürgermeister:in
- 477 Persönliche:r Referent:in Bürgermeister:in
- 478 Persönliche:r Referent:in Landrat:rätin
- 479 Persönliche:r Referent:in ohne Zuordnung
- 480 Kommunalverwaltung, Leitungsposition (*aber nicht kommunale:r Wahlbeamte:r*)
- 481 Kommunalverwaltung, Sonstige Tätigkeit (*auch wenn Position nicht genau bekannt*)
- 482 Kommunalverwaltung, gehobener Dienst
- 483 Kommunalverwaltung, mittlerer Dienst
- 484 Kommunalverwaltung, einfacher Dienst
- 485 Kommunaler Betrieb oder Stiftung, Leitung
- 486 Kommunaler Betrieb oder Stiftung, Sonstige Tätigkeit

### Legislative Sonstiges

- 500 Gremium von Bund und Ländern (*zum Beispiel Bildungsrat, BLK, KMK*)
- 501 Parlamentarier:in, Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r Fraktion, Mittelebene
- 502 Parlamentarier:in, einfach, Mittelebene
- 503 Geschäftsführung Fraktion, Kommunalebene

### Exekutive International

- 540 Nationalstaatliche Verwaltung Ausland
- 541 Rat der EU, Leitung (*Verwaltung = Generalsekretariat*)
- 542 Rat der EU, Sonstige Tätigkeit (*Verwaltung = Generalsekretariat*)
- 543 EU-Kommissionspräsident:in / EU-Kommissar:in
- 544 EU-Kommission, Sonstige Tätigkeit
- 545 EU Generaldirektor:in / Stellvertretende:r Generaldirektor:in
- 546 EU Generaldirektion, Direktor:in
- 547 EU Generaldirektion, Referatsleiter:in
- 548 EU Generaldirektion, Referent:in / nationale:r Expert:in
- 549 EU Generaldirektion, Stab (*außer Leitung Beratungsstab*)
- 550 EU-Delegation, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 551 EU-Delegation, Sonstige Tätigkeit
- 552 EU-Beauftragte:r
- 553 EU Ausschuss der Regionen (*Verwaltung*)
- 554 EU Wirtschafts- und Sozialausschuss (*Verwaltung*)
- 555 EU Beratungsgremium, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 556 EU Beratungsgremium, Mitglied
- 557 EU Beratungsgremium, Sonstige Tätigkeit
- 558 Europäischer Rechnungshof, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 559 Europäischer Rechnungshof, Sonstige Tätigkeit
- 560 Europäische Zentralbank, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 561 Europäische Zentralbank, Sonstige Tätigkeit
- 562 Europäische Investmentbank, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 563 Europäische Investmentbank, Sonstige Tätigkeit
- 564 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 565 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Sonstige Tätigkeit
- 566 Entwicklungsbank des Europarates, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 567 Entwicklungsbank des Europarates, Sonstige Tätigkeit
- 568 EU-Agentur / Amt, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 569 EU-Agentur / Amt, Sonstige Tätigkeit
- 570 EU Sonstige Verwaltungsposition
- 580 EURATOM, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 581 EURATOM, Sonstige Tätigkeit
- 582 EGKS, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 583 EGKS, Sonstige Tätigkeit
- 584 EWG, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 585 EWG, Sonstige Tätigkeit
- 586 WEU, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 587 WEU, Sonstige Tätigkeit
- 588 EFSF / ESM, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 589 EFSF / ESM, Sonstige Tätigkeit
- 590 Europarat Verwaltung, Leiter:in
- 591 Europarat Verwaltung, Sonstige Tätigkeit
- 600 UN-Organisationen / Völkerbund
- 601 ILO, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 602 ILO, Sonstige Tätigkeit
- 603 Weltbank, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in

- 604 Weltbank, Sonstige Tätigkeit
- 605 IWF, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 606 IWF, Sonstige Tätigkeit
- 607 WTO, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 608 WTO, Sonstige Tätigkeit
- 609 OECD, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 610 OECD, Sonstige Tätigkeit
- 611 NATO, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 612 NATO, Sonstige Tätigkeit
- 613 Interpol, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in
- 614 Interpol, Sonstige Tätigkeit
- 628 Sonstige internationale Organisation, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in (*zum Beispiel OSZE, RGW*)
- 629 Sonstige internationale Organisation, Sonstige Tätigkeit

#### Legislative international

- 630 Parlamentarier:in, ausländisches Parlament
- 631 Parlamentarier:in, Europäisches Parlament
- 632 Beobachter:in im Europäischen Parlament
- 633 Persönliche:r Mitarbeiter:in Präsident:in des Europäischen Parlaments
- 634 Persönliche:r Mitarbeiter:in Parlamentarier:in, Europäisches Parlament
- 635 Verwaltung Europäisches Parlament, Mitarbeiter:in

#### Parteimitarbeit

- 650 Büroleiter:in Parteivorsitzende:n
- 651 Parteiangestellte:r, Bund/zentralstaatliche Ebene
- 652 Parteiangestellte:r, Land
- 653 Parteiangestellte:r, unterhalb Land
- 654 Parteiangestellte:r, ausländische Partei
- 655 Parteiangestellte:r, Jugendorganisation
- 656 FDJ, Leitungs-Funktionär:in (*DDR 1949–90*)
- 657 FDJ, Einfache:r Funktionär:in (*DDR 1949–90*)
- 658 Konrad-Adenauer-Stiftung
- 659 Friedrich-Ebert-Stiftung
- 660 Friedrich-Naumann-Stiftung
- 661 Heinrich-Böll-Stiftung
- 662 Hanns-Seidel-Stiftung
- 663 Rosa-Luxemburg-Stiftung

#### Judikative

- 700 Rechtsanwalt / Rechtsanwältin
- 701 Staatsanwalt / Staatsanwältin, International
- 702 Staatsanwalt / Staatsanwältin Bund / zentralstaatliche Ebene
- 703 Staatsanwalt / Staatsanwältin, Land
- 704 Präsident:in Bundesverfassungsgericht
- 705 Präsident:in Landesverfassungsgericht
- 706 Richter:in Bundesverfassungsgericht
- 707 Richter:in Landesverfassungsgericht
- 708 Richter:in Oberster Gerichtshof (*Bundesgerichtshof, Oberstes Gericht der DDR, Reichsgericht*)
- 709 Richter:in Oberlandesgericht
- 710 Richter:in Landgericht/Bezirksgericht
- 711 Richter:in Amtsgericht
- 712 Richter:in Oberstes Arbeitsgericht
- 713 Richter:in Landesarbeitsgericht
- 714 Richter:in Arbeitsgericht

715 Richter:in Oberster Finanzhof  
 716 Richter:in Landesfinanzgericht  
 717 Richter:in Bundessozialgericht  
 718 Richter:in Landessozialgericht  
 719 Richter:in Sozialgericht  
 720 Richter:in Oberstes Verwaltungsgericht  
 721 Richter:in Oberverwaltungsgericht (*auch Landesverwaltungsgericht, Verwaltungsgerichtshof*)  
 722 Richter:in Verwaltungsgericht  
 723 Richter:in Patentgericht  
 724 Richter:in Militärgericht  
 725 Richter:in Internationaler Gerichtshof  
 726 Richter:in Internationaler Strafgerichtshof  
 727 Richter:in Sonstiges Internationales Gericht  
 728 Richter:in Europäischer Gerichtshof  
 729 Richter:in Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte  
 730 Justiz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter:in  
 731 Justiz, Sonstige Tätigkeit (*inkl. Richter:in ohne Zuordnung, Proberichter:in, Gerichtsassessor:in*)

#### Andere Sektoren

750 Aufsichtsrat:rätin  
 751 Vorstand  
 752 Betriebsrat:rätin / Betriebsratsvorsitzende:r  
 753 Leitender Angestellte:r/Vorstand  
 754 Einfacher Angestellte:r  
 755 Facharbeiter:in  
 756 Hilfsarbeiter:in  
 757 Unternehmer:in  
 758 Gewerbetreibende:r (*Handwerker:in, Kaufmann:frau*)  
 759 Freiberufler:in (*zum Beispiel Architekt:in, Steuerberater:in, ...*)  
 760 Consulting / Beratung  
 761 Politikberatung  
 762 Bank, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in  
 763 Bank, Sonstige Tätigkeit  
 764 Private Stiftungen  
 765 Landwirtschaft  
 766 Private Verwaltung (*zum Beispiel Besitz Fürstenhaus*)  
 799 Wirtschaft, Sonstige Tätigkeit  
 800 Kommunalen Spitzenverband  
 801 Gewerkschaft  
 802 Arbeitgeber-/Industrieverband  
 803 Sonstige Interessensverbände  
 819 Verbände, Sonstige Tätigkeit (*auch: Kammern*)  
 820 Hochschule, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in  
 821 Hochschule, Sonstige Verwaltungstätigkeit  
 822 Hochschule, Professor:in  
 823 Hochschule, Sonstige Wissenschaftstätigkeit  
 824 Forschungsinstitut (*e.V., zum Beispiel Max Planck*)  
 825 DFG  
 839 Wissenschaft, Sonstige Tätigkeit  
 840 Schule, Rektor:in  
 841 Schule, Lehrer:in  
 842 Freiberufliche:r Trainer:in, Lehrer:in et cetera  
 859 Bildung, Sonstige Tätigkeit  
 860 Krankenkasse / Sozialversicherung

861 Krankenhaus, Arzt:Ärztin  
862 Krankenhaus, Sonstige Tätigkeit  
863 Selbstständige:r / Niedergelassene:r Arzt:Ärztin  
879 Gesundheitssektor, Sonstige Tätigkeit

880 Militär  
881 Freikorps  
882 Revolutionär:in  
883 SS  
884 SA  
885 Bundesnachrichtendienst, Präsident:in  
886 Bundesnachrichtendienst, Sonstige Tätigkeit  
887 Geheimdienst / SD  
888 Bundeskriminalamt, Präsident:in  
889 Bundespolizei, Präsident:in  
890 Bundespolizei, Vizepräsident:in  
891 Bundespolizei, BGS, Kasernierte Volkspolizei  
892 Polizeipräsident  
893 Polizei, Volkspolizei  
894 Feuerwehr  
899 Öffentliche Sicherheit, Sonstige Tätigkeit  
900 Kirche  
910 Oper / Theater / Bühnen, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in  
911 Oper / Theater / Bühnen, Sonstige Tätigkeit  
912 Museum, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in  
913 Museum, Sonstige Tätigkeit  
914 Galerie, Leiter:in / Stellvertretende:r Leiter:in  
915 Galerie, Sonstige Tätigkeit  
916 Profisportler:in  
917 Schauspieler:in  
918 Freischaffende:r Künstler:in  
929 Kultursektor, Sonstige Tätigkeit  
930 Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt / Fernsehen, Intendant:in  
931 Privater Rundfunk / Fernsehen  
932 Onlinemedien  
933 Presse (*auch: Volontariat*)  
934 Deutsches Rundfunkarchiv  
949 Medien, Sonstige Tätigkeit

„Nicht-Positionen“

988 Arbeitslos  
989 Gefängnis  
990 Flucht  
991 Exil  
992 Ausbildung / Studium  
993 Haushaltsführung / Elternzeit / Pflege  
994 Krankheit / Arbeitsunfähigkeit  
995 Privatier\*e  
996 Einstweiliger Ruhestand  
997 Pensionär\*in  
998 Sonstige Tätigkeit

999 Trifft zu, aber unbekannt

**VP1\_PPOS ... VP 16\_PPOS; EP1\_PPOS ... EP 11\_PPOS; NP1\_PPOS ... NP 11\_PPOS** Parteiamt auf Bundes- oder Landesebene während Position X

*Nach derselben Systematik wurde für alle VP, EP und NP auch ein eventuelles zweites Parteiamt erfasst (PPOS2).*

0 kein Parteiamt

Nationale Ebene:

1 Vorsitzende:r (bei KPD/SED: Generalsekretär:in)

2 Stellvertretende:r Vorsitzende:r

3 Generalsekretär:in

4 Stellvertretende:r Generalsekretär:in

5 Geschäftsführer:in

6 Stellvertretende:r Bundesgeschäftsführer:in

7 Schatzmeister:in

10 Präsidium / Politbüro / Reichsleitung, Mitglied

11 Präsidium / Politbüro / Reichsleitung, Kandidat:in

12 Kommission Politbüro, Leiter:in

13 Kommission Politbüro, Sekretär:in

14 Kommission Politbüro, Mitglied

15 Kommission Politbüro, Kandidat:in

20 Parteivorstand / ZK, Mitglied

21 Parteivorstand / ZK, Kandidat:in

22 Kommission ZK, Leiter:in

23 Kommission ZK, Sekretär:in

24 Kommission ZK, Mitglied

25 Kommission ZK, Kandidat:in

26 Parteiapparat, Sekretär:in / Amtsleiter:in

27 Parteiapparat, Abteilungsleiter:in

28 Parteiapparat, Referatsleiter:in

29 Parteiapparat, Sonstige Tätigkeit

40 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Sonstiges

41 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Frauen

42 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Konfession

43 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Wirtschaft

44 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Arbeitnehmer

45 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, digitale Infrastruktur

Land / Bezirk / Gau:

101 Vorsitzende:r

102 Stellvertretende:r Vorsitzende:r

103 Generalsekretär:in / 1. Sekretär:in Bezirksleitung

104 Stellvertretende:r Generalsekretär:in / 2. Sekretär:in Bezirksleitung

105 Geschäftsführer:in

106 Stellvertretende:r Geschäftsführer:in

107 Schatzmeister:in

108 Auslandsverband / Exilverband, Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r

110 Präsidium, Mitglied

120 Parteivorstand / Bezirksleitung, Mitglied (*außer Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r*)

121 Parteivorstand / Bezirksleitung, Kandidat:in  
127 Parteiapparat, Abteilungsleiter:in  
128 Parteiapparat, Referatsleiter:in  
129 Parteiapparat, Sonstige Tätigkeit  
140 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Sonstiges  
141 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Frauen  
142 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Konfession  
143 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Wirtschaft  
144 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, Arbeitnehmer  
145 Vorsitzende:r / Stellvertretende:r Vorsitzende:r parteiinterne Gruppe, digitale Infrastruktur

Bezirk / Regionalverband:

201 Vorsitzende:r  
202 Stellvertretende:r Vorsitzende:r  
205 Geschäftsführer:in  
220 Parteivorstand, Mitglied

Unterbezirk / Kreis:

301 Vorsitzende:r  
302 Stellvertretende:r Vorsitzende:r  
305 Geschäftsführer:in / 1. Sekretär:in Kreisleitung  
306 Stellvertretende:r Geschäftsführer:in / 2. Sekretär:in Kreisleitung  
320 Parteivorstand, Mitglied  
321 Parteivorstand, Kandidat:in  
327 Parteiapparat, Abteilungsleiter:in  
328 Parteiapparat, Referatsleiter:in  
329 Parteiapparat, Sonstige Tätigkeit

Ort / Abteilung:

401 Vorsitzende:r  
402 Stellvertretende:r Vorsitzende:r  
405 Parteisekretär:in Grundorganisation, Wirtschaftsbetrieb, Universität et cetera  
420 Parteivorstand, Mitglied  
427 Parteileitung an Universitäten, Abteilungsleiter:in  
429 Parteileitung an Universitäten, Sonstige Tätigkeit

International:

501 Europäische Partei, Präsident:in / Vizepräsident:in  
520 Europäische Partei, Vorstand

998 Sonstiges Parteiamt  
999 Trifft zu, aber unbekannt

**VP1\_EMP ... VP 16\_EMP; EP1\_EMP ... EP 11\_EMP; NP1\_EMP ... NP 11\_EMP** Dienstherr

00 Nicht in Öffentlicher Verwaltung oder Politik

Bundesrepublik:

01 Bund (seit 07.09.1949)  
  
02 Land Baden-Württemberg  
03 Land Bayern  
04 Land Berlin  
05 Land Brandenburg  
06 Land Bremen

07 Land Hamburg  
08 Land Hessen  
09 Land Mecklenburg-Vorpommern  
10 Land Niedersachsen  
11 Land Nordrhein-Westfalen  
12 Land Rheinland-Pfalz  
13 Land Saarland  
14 Land Sachsen  
15 Land Sachsen-Anhalt  
16 Land Schleswig-Holstein  
17 Land Thüringen

18 Kommunal Baden-Württemberg  
19 Kommunal Bayern  
20 Kommunal Berlin  
21 Kommunal Brandenburg  
22 Kommunal Bremen  
23 Kommunal Hamburg  
24 Kommunal Hessen  
25 Kommunal Mecklenburg-Vorpommern  
26 Kommunal Niedersachsen  
27 Kommunal Nordrhein-Westfalen  
28 Kommunal Rheinland-Pfalz  
29 Kommunal Saarland  
30 Kommunal Sachsen  
31 Kommunal Sachsen-Anhalt  
32 Kommunal Schleswig-Holstein  
33 Kommunal Thüringen

Besatzungszeit:

101 Bi- / Trizone (01.01.1947–06.09.1949)  
102 Britische Besatzungszone (09.05.1945–31.12.1946)  
103 Französische Besatzungszone (09.05.1945–05.03.1948)  
104 Sowjetische Besatzungszone (09.05.1945–22.05.1949)  
105 Amerikanische Besatzungszone (09.05.1945–31.12.1946)

DDR:

201 DDR (23.05.1949–02.10.1990)

202 Bezirk Berlin  
203 Bezirk Cottbus  
204 Bezirk Dresden  
205 Bezirk Erfurt  
206 Bezirk Frankfurt (Oder)  
207 Bezirk Gera  
208 Bezirk Halle  
209 Bezirk Karl-Marx-Stadt /Chemnitz  
210 Bezirk Leipzig  
211 Bezirk Magdeburg  
212 Bezirk Neubrandenburg  
213 Bezirk Potsdam  
214 Bezirk Rostock  
215 Bezirk Schwerin  
216 Bezirk Suhl

- 217 Kommunal Berlin
- 218 Kommunal Cottbus
- 219 Kommunal Dresden
- 220 Kommunal Erfurt
- 221 Kommunal Frankfurt (Oder)
- 222 Kommunal Gera
- 223 Kommunal Halle
- 224 Kommunal Karl-Marx-Stadt /Chemnitz
- 225 Kommunal Leipzig
- 226 Kommunal Magdeburg
- 227 Kommunal Neubrandenburg
- 228 Kommunal Potsdam
- 229 Kommunal Rostock
- 230 Kommunal Schwerin
- 231 Kommunal Suhl

Weimarer Republik / Nationalsozialismus:

- 301 Deutsches Reich (*Weimar, 09.11.1918–29.01.1933*)
- 302 Deutsches Reich (*NS, 30.01.1933–08.05.1945*)
  
- 303 Anhalt
- 304 Baden
- 305 Bayern
- 306 Belgien und Nordfrankreich (*Reichskommissariat*)
- 307 Bialystok
- 308 Böhmen und Mähren (*Protektorat*)
- 309 Braunschweig
- 310 Bremen
- 311 Danzig-Westpreußen
- 312 Elsass-Lothringen
- 313 Generalgouvernement
- 314 Hamburg
- 315 Hessen
- 316 Kärnten
- 317 Kaukasien (*Reichskommissariat*)
- 318 Lippe
- 319 Lübeck
- 320 Luxemburg
- 321 Mecklenburg-Schwerin
- 322 Mecklenburg-Strelitz
- 323 Moskowien (*Reichskommissariat*)
- 324 Niederdonau (*zunächst: Niederösterreich*)
- 325 Niederlande (*Reichskommissariat*)
- 326 Norwegen (*Reichskommissariat*)
- 327 Oberdonau (*zunächst: Oberösterreich*)
- 328 Oberkrain
- 329 Oldenburg
- 330 Österreich (*03/1938–04/1939*)
- 331 Ostland (*Reichskommissariat*)
- 332 Preußen
- 333 Saargebiet
- 334 Sachsen
- 335 Salzburg
- 336 Schaumburg-Lippe

337 Steiermark  
338 Sudetenland  
339 Thüringen  
340 Tirol-Vorarlberg  
341 Ukraine (*Reichskommissariat*)  
342 Untersteiermark  
343 Waldeck  
344 Wartheland  
345 Westmark (*Pfalz, Saarland, Lothringen*)  
346 Wien  
347 Württemberg

348 Kommunal Anhalt  
349 Kommunal Baden  
350 Kommunal Bayern  
351 Kommunal Belgien und Nordfrankreich (*Reichskommissariat*)  
352 Kommunal Bialystok  
353 Kommunal Böhmen und Mähren (*Protektorat*)  
354 Kommunal Braunschweig  
355 Kommunal Bremen  
356 Kommunal Danzig-Westpreußen  
357 Kommunal Elsass-Lothringen  
358 Kommunal Generalgouvernement  
359 Kommunal Hamburg  
360 Kommunal Hessen  
361 Kommunal Kärnten  
362 Kommunal Kaukasien (*Reichskommissariat*)  
363 Kommunal Lippe  
364 Kommunal Lübeck  
365 Kommunal Luxemburg  
366 Kommunal Mecklenburg-Schwerin  
367 Kommunal Mecklenburg-Strelitz  
368 Kommunal Moskowien (*Reichskommissariat*)  
369 Kommunal Niederdonau (*zunächst: Niederösterreich*)  
370 Kommunal Niederlande (*Reichskommissariat*)  
371 Kommunal Norwegen (*Reichskommissariat*)  
372 Kommunal Oberdonau (*zunächst: Oberösterreich*)  
373 Kommunal Oberkrain  
374 Kommunal Oldenburg  
375 Kommunal Österreich (03/1938–04/1939)  
376 Kommunal Ostland (*Reichskommissariat*)  
377 Kommunal Preußen  
378 Kommunal Saargebiet  
379 Kommunal Sachsen  
380 Kommunal Salzburg  
381 Kommunal Schaumburg-Lippe  
382 Kommunal Steiermark  
383 Kommunal Sudetenland  
384 Kommunal Thüringen  
385 Kommunal Tirol-Vorarlberg  
386 Kommunal Ukraine (*Reichskommissariat*)  
387 Kommunal Untersteiermark  
388 Kommunal Waldeck  
389 Kommunal Wartheland

- 390 Kommunal Westmark (*Pfalz, Saarland, Lothringen*)
- 391 Kommunal Wien
- 392 Kommunal Württemberg

Kaiserreich:

- 401 Deutsches Reich (*Kaiserreich, 01.01.1871–08.11.1918*)

- 402 Anhalt
- 403 Baden
- 404 Bayern
- 405 Braunschweig
- 406 Bremen
- 407 Elsass-Lothringen
- 408 Hamburg
- 409 Hessen
- 410 Lippe
- 411 Lübeck
- 412 Mecklenburg-Schwerin
- 413 Mecklenburg-Strelitz
- 414 Oldenburg
- 415 Preußen
- 416 Reuß ältere Linie
- 417 Reuß jüngere Linie
- 418 Sachsen
- 419 Sachsen-Altenburg
- 420 Sachsen-Coburg und Gotha
- 421 Sachsen-Meiningen
- 422 Sachsen-Weimar-Eisenach
- 423 Schaumburg-Lippe
- 424 Schwarzburg-Rudolstadt
- 425 Schwarzburg-Sondershausen
- 426 Waldeck
- 427 Württemberg
- 428 Besetzte Gebiete Erster Weltkrieg

- 429 Kommunal Anhalt
- 430 Kommunal Baden
- 431 Kommunal Bayern
- 432 Kommunal Braunschweig
- 433 Kommunal Bremen
- 434 Kommunal Elsass-Lothringen
- 435 Kommunal Hamburg
- 436 Kommunal Hessen
- 437 Kommunal Lippe
- 438 Kommunal Lübeck
- 439 Kommunal Mecklenburg-Schwerin
- 440 Kommunal Mecklenburg-Strelitz
- 441 Kommunal Oldenburg
- 442 Kommunal Preußen
- 443 Kommunal Reuß ältere Linie
- 444 Kommunal Reuß jüngere Linie
- 445 Kommunal Sachsen
- 446 Kommunal Sachsen-Altenburg
- 447 Kommunal Sachsen-Coburg und Gotha

- 448 Kommunal Sachsen-Meiningen
- 449 Kommunal Sachsen-Weimar-Eisenach
- 450 Kommunal Schaumburg-Lippe
- 451 Kommunal Schwarzburg-Rudolstadt
- 452 Kommunal Schwarzburg-Sondershausen
- 453 Kommunal Waldeck
- 454 Kommunal Württemberg
- 455 Kommunal Besetzte Gebiete Erster Weltkrieg

International:

- 801 Ausland (nationalstaatlich)
- 811 EU / EG
- 812 WEU
- 831 UN / Völkerbund
- 851 NATO
- 899 Sonstige Internationale Organisation

Sonstiges:

- 998 Sonstiges (*Land Hannover 1946, Volkstag Danzig*)
- 999 Trifft zu, aber unbekannt

**VP1\_MIN ... VP 16\_MIN; EP1\_MIN ... EP 11\_MIN; NP1\_MIN ... NP 11\_MIN** Ressort während  
Position X (*nur für Positionen in innerer Verwaltung / Exekutive*)

00 trifft nicht zu

Nationale Ebene:

- 001 Staatsoberhaupt (BPräsA, Staatsrat, Präsidialkanzlei, Berliner Schloss)
- 002 Regierungszentrale (BKamt, Amt des Ministerpräsidenten / der Ministerpräsidentin, Ministerrat, Reichskanzlei)
- 003 Presseamt (BPA, AfI)
- 004 Auswärtiges Amt (AA, MfAA)
- 005 Inneres (BMI, MdI, RMI, RAI)
- 006 Justiz (BMJV, BMJ, MfJ, RMJ)
- 007 Finanzen (BMF, MdF, RFM, RAF)
- 008 Wirtschaft (BMW, MfW, RWM)
- 009 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- 010 Ernährung und Landwirtschaft (BMEL, früher: BMELV, BML, BMVEL, MfEL, RMEL)
- 011 Arbeit (und Soziales) (BMA, BMAS, StAL, RMA)
- 012 Verteidigung (BMVg, MfNV, RKM, RWM)
- 013 Gesundheit (BMG, BMGS, MfG)
- 014 Bildung und Forschung (BMBF, früher: Atom, BMBW, BMFT, MfV, REM)
- 015 Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ, BMFuS, BMFJG, BMFam, MfFF)
- 016 Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI, früher: BMVBS, MfV, RVM)
- 017 Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB, BMWSB, früher: BMU, MfUW)
- 020 Besondere Aufgaben (BM Besonderes)

*Territoriale Angelegenheiten*

- 101 Vertriebene (BMVertriebene)
- 102 Gesamtdeutsche Fragen (BMG) / Innerdeutsche Beziehungen (BMB)
- 103 Reichskolonialamt (RKM)
- 104 Reichsamt für Elsass-Lothringen (RAEL)
- 105 Besetzten Ostgebiete (RMfBO)
- 106 Deutscher Staatsminister / Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (DStBM)
- 107 Generalgouverneur (GG)

- 108 Oberbürgermeister von Ost-Berlin
- 109 Ständiger Vertreter der DDR beim RGW (StRGW)

*Innerstaatliche Koordination / Kontrolle*

- 110 Angelegenheiten des Bundesrats (BM Rat)
- 111 Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) / Komitee der Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI)
- 112 Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte
- 113 Regionale und Kommunale Angelegenheiten / Örtliche Staatsorgane (MfRKA)
- 114 Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft (StÖW)

*Juristische Angelegenheiten*

- 115 Staatssekretariat für Staats- und Wirtschaftsrecht (StSWR)
- 116 Staatliches Vertragsgericht (SVG)

*Staatsbesitz*

- 117 Wirtschaftlicher Besitz (BMSchatz) / Staatssekretariat beziehungsweise Staatliche Verwaltung der Staatsreserve (StVS)
- 118 Notenbank / Staatsbank
- 119 Wiederaufbau (RMW) / Amt für Reparationen (AfR)

*Koordination der Volkswirtschaft*

- 120 Wirtschaft und Arbeit (BMWA)
- 121 Volkswirtschaftsrat (VWR)
- 122 Staatliche Plankommission (SPK)
- 123 Amt für Preise (AfP)
- 124 Beauftragter für den Vierjahresplan
- 125 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS)
- 126 Reichsstelle für Raumordnung (RfR)

*Industrieministerien der DDR*

- 127 Industrie (MfI)
- 128 Materialwirtschaft (MfM)
- 129 Allgemeiner Maschinenbau (MfALF)
- 130 Schwermaschinenbau (MfSAB)
- 131 Transportmittel- und Landmaschinenbau (MfTL)
- 132 Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau (MfWVB)
- 133 Elektrotechnik und Elektronik (MfEE)
- 134 Glas- u. Keramikindustrie (MfGuK)
- 135 Berg- und Hüttenwesen (MfBH)
- 136 Erzbergbau, Metallurgie und Kali (MfEMK)
- 137 Schwerindustrie (MfSI)
- 138 Lebensmittelindustrie (MfBIL)
- 139 Leichtindustrie (MfLI)
- 140 Kohle & Energie (MfKE)
- 141 Chemie (Steine und Erden), Chemische Industrie (MfC)
- 142 Staatssekretariat beziehungsweise Ministerium für Geologie (MfGeo)
- 143 Staatssekretariat für Erfassung und Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (StEA)

*Handel*

- 144 Außenhandel / Innerdeutscher Handel (MfAH)
- 145 Handel und Versorgung / Handel und Tourismus (MfHV)
- 146 Tourismus (MfT)
- 147 Reichsforstamt (RFA)

*Waffen und Verteidigung*

- 148 Bundesverteidigungsrat (BM VerteidRat)
- 149 Staatssicherheit (MfS)
- 150 Oberkommando der Wehrmacht/Heer/Reichsmarine/Luftwaffe (OKW) (*auch WWI*)
- 151 Bewaffnung und Munition (RMBM)
- 152 Reichsluftfahrtministerium (RLM)
- 153 Reichsmarineamt (RMA)

*Bildung und Forschung*

- 154 Kernforschung (AfKK)
- 155 Hoch- und Fachschulwesen (MfHF)
- 156 Staatssekretariat für Berufsbildung (StfB)

*Frauen, Jugend und Sport*

- 157 Frauen und Jugend (BMFJ)
- 158 Reichsjugendführung (RJF) / Amt für Jugendfragen (AfJ)
- 159 Staatssekretariat Körperkultur und Sport (StfKS)
- 160 Jugend und Sport (MfJS)

*Infrastruktur, Bau und Verkehr*

- 161 Bau (BMBau)
- 162 Generalbauinspektor (GBI)
- 163 Staatssekretariat für Schifffahrt (StfS)
- 164 Reichseisenbahnamt / Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahn (Elsass-Lothringen) (RVRB)
- 165 Generalinspektor für den Straßenbau (GIS) / Generalbevollmächtigter für die Bauwirtschaft (GBB) / Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen (StfKS)

*Post und Telekommunikation, Medien, Propaganda*

- 166 Post und Telekommunikation (BMP, MfPF, RPM, RP)
- 167 Staatliches Komitee für Fernsehen (SKfF)
- 168 Staatliches Komitee für Rundfunk (SKfR)
- 169 Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) / Ministerium für Kultur der DDR (MfK)

- 170 Kirchliche Angelegenheiten (RMKA) / Kirchenfragen (StfK)

Landesebene:

- 401 Landesoberhaupt
- 402 Regierungszentrale (*zum Beispiel Staatskanzlei*)
- 403 Finanzen
- 404 Inneres (*inkl. Kommunales*)
- 405 Justiz
- 406 Bundesangelegenheiten (*inkl. Landesvertretung beim Bund*)
- 407 Europa (*inkl. Außenpolitik, Landesvertretung in Brüssel*)
- 408 Verteidigung (*inkl. Krieg*)
- 409 Wirtschaft
- 410 Arbeit
- 411 Soziales (*inkl. Gesundheit, Integration, Verbraucherschutz*)
- 412 Bildung (*inkl. Wissenschaft, Forschung, Technologie, Kultur*)
- 413 Kirche
- 414 Landwirtschaft (*inkl. Ernährung, Forsten*)
- 415 Infrastruktur (*inkl. Umwelt, Energie, Verkehr, Bau*)
- 416 Finanzen und Wirtschaft
- 417 Inneres und Justiz

- 418 Inneres und Europa
- 419 Inneres und Wirtschaft
- 420 Justiz und Europa
- 421 Justiz und Wirtschaft
- 422 Justiz und Soziales
- 423 Justiz und Bildung
- 424 Justiz und Infrastruktur
- 425 Europa und Wirtschaft
- 426 Wirtschaft und Arbeit
- 427 Wirtschaft und Bildung
- 428 Wirtschaft, Arbeit und Bildung
- 429 Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur
- 430 Arbeit und Soziales
- 431 Soziales und Bildung
- 432 Soziales und Infrastruktur
- 433 Bildung und Infrastruktur
- 434 Landwirtschaft und Infrastruktur
- 499 Sonstiges (*inkl. Entnazifizierung*)

Kommunale Ebene:

- 501 Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung oder Allgemeine Verwaltung (Meldewesen, Standesamt, Versicherung, Feuerwehr, Zivilschutz, Personal, Statistik, Presse, Rechnungsprüfung)
- 502 Finanzverwaltung (Kämmerei, Stadtkasse, Steueramt, Liegenschaftsamt, Verteidigungslasten)
- 503 Schul- und Kulturverwaltung (Bibliothek, Volkshochschule, Museum, Theater, Archiv)
- 504 Sozial-, Jugend- und Gesundheitsverwaltung (Sport, Krankenhäuser, Ausgleichsamt)
- 505 Bauverwaltung (Stadtplanung, Kataster, Wohnungsförderung, Grünflächen, Umweltamt)
- 506 Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr (Eigenbetriebe, Forst)
- 599 Sonstige kommunale Behörde (auch wenn nicht genau bekannt)

Internationale Ebene:

- 801 Nationalstaat, EU
- 802 Nationalstaat, Nicht-EU
- 803 EU-Generaldirektion, Binnenmarkt
- 804 EU-Generaldirektion, Außenbeziehungen
- 805 EU-Generaldirektion, Arbeit
- 806 EU-Generaldirektion, Wirtschaft und Finanzen
- 807 EU-Generaldirektion, Justiz, Freiheit und Sicherheit
- 849 EU, Sonstiges

999 Trifft zu, aber unbekannt

**VP1\_FPS ... VP 16\_FPS; EP1\_FPS ... EP 11\_FPS; NP1\_FPS ... NP 11\_FPS** Politikfeld während Position X

- 00 Nicht zutreffend (*keine Exekutive oder höher als AL*)
- 01 Öffentliche Sicherheit (*inkl. Verteidigung, Verfassungsschutz, Polizei*)
- 02 Krisenmanagement / Bevölkerungsschutz
- 03 Justiz
- 04 Verfassungsrecht
- 05 Finanzen / Haushalt
- 06 Wirtschaft
- 07 Arbeit
- 08 Kommunalpolitik

- 09 Innerdeutsche Beziehungen / Föderalismus / Vertriebene / neue Länder
- 10 Regionale Zusammenarbeit
- 11 Europa
- 12 Außenpolitik
- 13 Entwicklungshilfe
- 14 Gesundheit
- 15 Verbraucherschutz
- 16 Ernährung
- 17 Landwirtschaft
- 18 Forsten
- 19 Umwelt
- 20 Energiepolitik
- 21 Raumordnung / Stadtentwicklung / Wohnen
- 22 Infrastruktur
- 23 Mobilität
- 24 Technologiepolitik
- 25 IT / Digitalisierung
- 26 Kommunikation / Post
- 27 Erziehung und Bildung
- 28 Wissenschaft
- 29 Integration / Migration
- 30 Soziales / Sozialordnung
- 31 Frauen / Familie
- 32 Sport
- 33 Kultur / Kunst
- 34 Kirche / Religion
  
- 80 Presse / Öffentlichkeitsarbeit / Medien
- 81 Parlamentsangelegenheiten
- 82 Ideologie / Linientreue
- 83 Querschnittsaufgaben (*zum Beispiel Koordination, Grundsatz, Planung, Personal und Verwaltungsreform*)
  
- 97 Verschiedene Politikfelder
- 98 Sonstiges Politikfeld

**VP1\_EM ... VP 16\_EM; EP1\_EM ... EP 11\_EM; NP1\_EM ... NP 11\_EM** Austrittsmonat Position X (*mm*)

**VP1\_EY ... VP 16\_EY; EP1\_EY ... EP 11\_EY; NP1\_EY ... NP 11\_EY** Austrittsjahr Position X (*yyyy*)

**VP1\_DPM ... VP 16\_DPM; EP1\_DPM ... EP 11\_DPM; NP1\_DPM ... NP 11\_DPM** Sektorzuordnung und -dauer Position X

Diese Variablen existieren für alle in der nachfolgenden Tabelle angegebenen Sektoren. Das Kürzel DPM steht hier exemplarisch für „Politik mit Mandat“. Für jede Position wird die Zugehörigkeit zum Sektor durch Angabe der Dauer in Monaten angegeben, alle anderen Sektoren werden für diese Position dann mit der Angabe 0 versehen.

DPM	Politik, Mandat	Mandatsträger:in (hauptberuflich, das heißt Abgeordnete in LT, BT, EP und Landes- und Bundesminister:in; auch: politische Staatssekretär:innen),
DPO	Politik, ohne Mandat	Nicht-Mandatsträger:innen, die in der Legislative arbeiten, zum Beispiel Mitarbeitende von Abgeordneten, Fraktionen und Parteien, Bundesratsverwaltung
DPS	Verwaltung	Exekutive: unmittelbare und mittelbare Verwaltung, öffentlich-rechtlich (ohne Universitäten, Schulen und Justizbereich), auch: Regierungssprecher:innen, stellvertretende Regierungssprecher:innen, persönliche Referent:innen von Minister:innen und StS; internationale Verwaltungsorganisationen wie WTO, IWF et cetera, öffentliche Unternehmen, privatisierte ehemalige Staatsunternehmen (Bahn, Post, Telekom, Deutsche Flugsicherung), Landesbetriebe et cetera
DEC	Wirtschaft	Handwerk, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen, Unternehmensberatung (zum Beispiel Rechnungslegung) – KPMG et cetera
DSC	Wissenschaft	Hochschulen, Max-Planck-Institute, Helmholtz Gemeinschaft, Fraunhofer, Leibniz Gemeinschaft, Akademien, freie Institute, Stiftungen im Wissenschaftsbereich
DCH	Kirche	
DUN	Verbände	Interessenvertretung: Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Branchenverbände, Umwelt- und Naturschutzverbände, Kammern, Caritas et cetera
DMI	Öffentliche Sicherheit	Militär (ziviler und nicht-ziviler Bereich), BGS, Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz
DJU	Justiz	Richter, Mitarbeiter:innen in Justizvollzugsanstalten, Staatsanwälte:anwältinnen, Rechtsanwälte:anwältinnen
DCU	Kultur	Theater, Museen, Film, Kunst, Sport
DED	Bildung	Schuldienst, Weiterbildungssektor, politische Bildung, Kindergarten, Krippenbetreuung
DHE	Gesundheit	Mediziner:innen, Krankenhäuser, Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung, et cetera
DME	Medien	Fernsehen, Radio, Printmedien

Darüber hinaus wurden für jede VP, EP und NP fünf weitere, für die Auswertungen in diesem Buch jedoch nicht relevante Variablen erhoben: Nebentätigkeiten (bis zu zwei Nebentätigkeiten), Sektorwechsel im Vergleich zur vorherigen Position, Abteilungs- oder Ressortwechsel im Vergleich zur vorherigen Position (nur für Verwaltungspositionen), hierarchischer Aufstieg (nur für Verwaltungspositionen).

Für die EP wurden zusätzlich die folgenden Variablen erhoben:

**EP1\_REX ... EP 11\_REX** Grund des Ausscheidens aus Eliteposition X  
 00 Noch im Amt  
 01 Erreichen der Altersgrenze / Altersgründe  
 02 Vorzeitige Pensionierung

- 03 Versetzung einstweiligen Ruhestand
- 04 Entlassung aus dem Amt
- 05 Degradierung
- 06 Regierungsumbildung / -neubildung
- 07 Staatssystemwechsel
- 08 Übernahme eines Mandats / einer Position (*in PAS*)
- 09 Ausscheiden auf eigenen Antrag / Gesundheitliche Gründe
- 10 Tod
- 98 Sonstiger Grund

**EP1\_Reg ... EP 11\_Reg** Regierung bei Berufung in Eliteposition X

00 Parteilos

- 01 CDU oder CSU Alleinregierung
- 02 CDU/CSU und FDP
- 03 CDU/CSU und DP
- 04 CDU/CSU, FDP und DP
- 05 CDU/CSU und Grüne
- 06 CDU/CSU, PRO und FDP
- 07 CDU/CSU, FDP und Grüne
- 20 SPD Alleinregierung
- 21 SPD und FDP
- 22 SPD und Grüne
- 23 SPD und Linke
- 24 SPD, Grüne und Linke
- 25 SPD, Grüne und SSW
- 26 SPD und STATT
- 27 SPD, FDP und Grüne
- 50 CDU/CSU und SPD
- 51 CDU/CSU, SPD und Grüne

- 60 SED, CDU, LDPD, NDPD, DBD
- 61 SED, CDU, LDPD, NDPD, DBD, Protestgruppen
- 62 CDU, DSU, SPD, BFD, DA

70 NSDAP

- 80 SPD, Zentrum, DDP
- 81 SPD, Zentrum, DDP, DVP
- 82 SPD, Zentrum, DDP, DVP, BVP
- 83 Zentrum, DDP, DVP
- 84 Zentrum, DDP, DVP, BVP
- 85 Zentrum, DDP, BVP, KVP, CNBL
- 86 Zentrum, DNVP, DDP, DVP, BVP
- 87 Zentrum, DNVP, DDP, DVP, BVP, KVP, WP
- 88 DNVP
- 89 NSDAP-DNVP

99 Trifft zu, aber unbekannt

**EP1\_P\_Min ... EP 11\_P\_Min** Partei des Ministers bei Berufung in Eliteposition X

00 keine Partei (*explizit*)

01 CDU (*Christlich Demokratische Union*)

- 02 CSU (*Christlich Soziale Union*)
- 03 SPD (*Sozialdemokratische Partei Deutschlands*)
- 04 FDP (*inkl. Demokratische Volkspartei DVP und Demokratische Partei Deutschlands DPD*)
- 05 Grüne (*Bündnis 90 / Die Grünen, inkl. UFV, IFM, GL, GP*)
- 06 PDS / LINKE (*Partei des Demokratischen Sozialismus / Die LINKE / WASG*)
- 07 AfD (*Alternative für Deutschland*)
- 20 DKP (*Deutsche Kommunistische Partei*)
- 21 DSU (*Deutsche Soziale Union*)
- 22 NPD (*Nationaldemokratische Partei Deutschlands*)
- 23 Piratenpartei
- 24 SSW (*Südschleswigscher Wählerverband*)
- 25 STATT (*Statt Partei – Die Unabhängigen*)
  
- 26 Zentrum
- 44 FVP (*Freie Volkspartei*)
- 45 PRO (*Partei Rechtsstaatlicher Offensive / Schill-Partei*)
- 46 DRP (*Deutsche Reichspartei*)
- 47 DP (*Deutsche Partei*)
- 48 GB/BHE (*Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten*)
- 49 GVP (*Gesamtdeutsche Volkspartei*)
  
- 50 SED (*Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*)
- 51 CDU-DDR (*Christlich Demokratische Union in der DDR*)
- 52 SDP / SPD-DDR (*Sozialdemokratische Partei in der DDR*)
- 53 LDPD (*Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*)
- 54 DBD (*Demokratische Bauernpartei Deutschlands*)
- 55 NDPD (*National-Demokratische Partei Deutschlands*)
- 56 DI (*Demokratische Initiative*)
- 57 DJ (*Demokratie Jetzt*)
- 58 NF (*Neues Forum*)
- 59 DA (*Demokratischer Aufbruch*)
- 60 Sonstige Protestgruppe DDR
  
- 70 NSDAP (*Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, inkl. DAP*)
- 71 KPD (*Kommunistische Partei Deutschlands*)
- 72 DDP (*Deutsche Demokratische Partei, ab 1930 DSfP*)
- 73 DVP (*Deutsche Volkspartei, 1918-1933*)
- 74 WP (*Reichspartei des deutschen Mittelstands / Wirtschaftspartei*)
- 75 BVP (*Bayerische Volkspartei*)
- 76 DNVP (*Deutschnationale Volkspartei*)
- 77 USPD (*Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands*)
- 80 DKP (*Deutsch-Konservative-Partei*)
- 81 NLP (*Nationalliberale Partei*)
- 82 FVP (*Fortschrittliche Volkspartei*)
- 83 SAP (*Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*)
- 84 DVP (*Deutsche Volkspartei, bis 1910*)
  
- 96 Austritt ohne neue Partei
- 97 Partei Ausland
- 98 Sonstige Partei
- 99 Trifft zu, aber Partei unbekannt

**EP1\_TMin ... EP 11\_TMin** Anzahl der Minister während Eliteposition X  
*Allgemeine Karriereangaben*

<b>C_YJOB</b>	Jahr des 1. allgemeinen Berufsbeginns, ohne Ausbildung / Lehre / jurist. Referendariat (yyyy)
<b>C_YPS</b>	Jahr des 1. Eintritts in den öffentlichen Dienst ohne Ausbildung / Lehre/ jurist. Referendariat (yyyy)
<b>C_YIPS</b>	Jahr des 1. Eintritts in die allgemeine innere Verwaltung ohne Ausbildung (yyyy)
<b>C_YLMINC</b>	Jahr des 1. Eintritts als Beamt:in/Angestellter in ein Landesministerium (yyyy)
<b>C_YLMINP</b>	Jahr des 1. Eintritts als Politiker:in (Min/PSTS) in ein Landesministerium (yyyy)
<b>C_YMINC</b>	Jahr des 1. Eintritts als Beamt:in/Angestellte:r in ein Ministerium auf nationalstaatlicher Ebene (yyyy)
<b>C_YMINP</b>	Jahr des 1. Eintritts als Politiker:in (BM/PSTS) in ein Ministerium auf nationalstaatlicher Ebene (yyyy)
<b>C_TVP</b>	Anzahl der Vorpositionen insgesamt
<b>C_INT</b>	War Person irgendwann im Staatsdienst eines anderen Nationalstaates tätig?
	0 Nein
	1 Ja, Politiker:in
	2 Ja, Beamt:in
<b>C_EU</b>	War Person irgendwann in Behörden auf EU-Ebene oder als offizielle:r Vertreter:in in einem EU-Gremium tätig?
<b>C_ARMY</b>	Militärdienst
	0 Nein
	1 Bundesrepublik ( <i>Bundeswehr</i> )
	2 DDR ( <i>NVA</i> )
	3 Nationalsozialismus ( <i>Wehrmacht</i> )
	4 Weimar ( <i>Reichswehr</i> )
	5 Kaiserreich ( <i>Kaiserliche Marine oder Landesheer der Einzelstaaten von 1815 – 1917</i> )
	7 Ausländisches Militär
	8 Mehrere Armeen
<b>C_SSERV</b>	Ersatzdienst
	0 Nein
	1 Zivildienst
	2 Freiwilliger Dienst
	3 Sonstiges ( <i>zum Beispiel RAD</i> )

Die Karrieremuster werden aus den im Datensatz vorhandene Karrieredaten errechnet, indem mit Hilfe einer Syntax Karrieremustervariablen erstellt werden.

### III Politisches System

<b>PT_PARTY1</b>	Parteimitgliedschaft
	00 keine Partei ( <i>explizit</i> )
	01 CDU ( <i>Christlich Demokratische Union</i> )
	02 CSU ( <i>Christlich Soziale Union</i> )
	03 SPD ( <i>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</i> )
	04 FDP ( <i>inkl. Demokratische Volkspartei DVP und Demokratische Partei Deutschlands DPD</i> )
	05 Grüne ( <i>Bündnis 90 / Die Grünen, inkl. UVF, IFM, GL, GP</i> )
	06 PDS / LINKE ( <i>Partei des Demokratischen Sozialismus / Die LINKE / WASG</i> )
	07 AfD ( <i>Alternative für Deutschland</i> )
	20 DKP ( <i>Deutsche Kommunistische Partei</i> )

21 DSU (*Deutsche Soziale Union*)  
 22 NPD (*Nationaldemokratische Partei Deutschlands*)  
 23 Piratenpartei  
 24 SSW (*Südschleswigscher Wählerverband*)  
 25 STATT (*Statt Partei – Die Unabhängigen*)  
 26 Zentrum  
 44 FVP (*Freie Volkspartei*)  
 45 PRO (*Partei Rechtsstaatlicher Offensive / Schill-Partei*)  
 46 DRP (*Deutsche Reichspartei*)  
 47 DP (*Deutsche Partei*)  
 48 GB/BHE (*Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten*)  
 49 GVP (*Gesamtdeutsche Volkspartei*)

50 SED (*Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*)  
 51 CDU-DDR (*Christlich Demokratische Union in der DDR*)  
 52 SDP / SPD-DDR (*Sozialdemokratische Partei in der DDR*)  
 53 LDPD (*Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*)  
 54 DBD (*Demokratische Bauernpartei Deutschlands*)  
 55 NDPD (*National-Demokratische Partei Deutschlands*)  
 56 DI (*Demokratische Initiative*)  
 57 DJ (*Demokratie Jetzt*)  
 58 NF (*Neues Forum*)  
 59 DA (*Demokratischer Aufbruch*)  
 60 Sonstige Protestgruppe DDR

70 NSDAP (*Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, inkl. DAP*)  
 71 KPD (*Kommunistische Partei Deutschlands*)  
 72 DDP (*Deutsche Demokratische Partei, ab 1930 DStP*)  
 73 DVP (*Deutsche Volkspartei, 1918–1933*)  
 74 WP (*Reichspartei des deutschen Mittelstands / Wirtschaftspartei*)  
 75 BVP (*Bayerische Volkspartei*)  
 76 DNVP (*Deutschnationale Volkspartei*)  
 77 USPD (*Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands*)  
 80 DKP (*Deutsch-Konservative-Partei*)  
 81 NLP (*Nationalliberale Partei*)  
 82 FVP (*Fortschrittliche Volkspartei*)  
 83 SAP (*Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*)  
 84 DVP (*Deutsche Volkspartei, bis 1910*)

96 Austritt ohne neue Partei  
 97 Partei Ausland  
 98 Sonstige Partei  
 99 Trifft zu, aber Partei unbekannt

**PT\_Y1**            Jahr des ersten Parteibeitritts (yyyy)  
**PT\_PARTY2**      Neue Partei bei erstem Parteiwechsel (*Codes siehe PT\_PARTY1*)  
**PT\_Y2**            Jahr des ersten Parteiwechsels (yyyy)  
**PT\_PARTY3**      Neue Partei bei zweitem Parteiwechsel (*Codes siehe PT\_PARTY1*)  
**PT\_Y3**            Jahr des zweiten Parteiwechsels (yyyy)

a) *Bei mehr als drei Parteimitgliedschaften werden nur die ersten drei vermerkt. Bei der Anzahl der Parteiwechsel werden aber alle Parteien mit aufgenommen. Hatte eine Person mehr als drei Parteimitgliedschaften werden die weiteren in den Notizen zum Fall (Z\_NOTE) vermerkt.*

- PT\_NCHANGE** Anzahl der Parteiwechsel insgesamt
- PT\_LHP** Ebene des höchsten Parteiamts
- 0 Kein Mitglied
  - 1 Kein Amt
  - 2 Ort
  - 3 Kreis
  - 4 Unterbezirk
  - 5 Bezirk
  - 6 Land
  - 7 National
- PT\_INT** Parteiamt auf internationaler Ebene
- 0 Nein
  - 1 Ja
- PT\_HP** Höchstes Parteiamt bei welcher Partei? (*Codes siehe PT\_PARTY1*)
- PT\_YO** Mitgliedschaften in parteinaher Jugendorganisation
- 00 Kein Mitglied
  - 01 Junge Union (*CDU / CSU*)
  - 02 Ring Christlich-Demokratischer Studenten (*CDU / CSU*)
  - 03 Junge-Union-Hochschulgruppen (*CDU / CSU*)
  - 04 Schüler Union (*CDU / CSU*)
  - 05 Jungsozialisten:innen/ Sozialistische Arbeiter-Jugend (*SPD*)
  - 06 Juso-Hochschulgruppen / Verband sozialistischer Studenten (*SPD*)
  - 07 Juso-Schüler:innengruppe (*SPD*)
  - 08 Junge Demokraten / Junge Liberale (*FDP*)
  - 09 Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (*FDP*)
  - 10 Liberale Schüler (*FDP*)
  - 11 Grüne Jugend (*GRÜNE*)
  - 12 Campusgrün (*GRÜNE*)
  - 13 Linksjugend solid (*LINKE*)
  - 14 Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband (*LINKE*)
  - 30 Marxistische / kommunistische / maoistische Studierendengruppe
  - 31 Junge Piraten (*PIRATEN*)
  - 32 Piraten-Hochschulgruppen (*PIRATEN*)
  - 33 Junge Freie Wähler (*FW*)
  - 34 Republikanische Jugend (*REP*)
  - 35 Junge Nationaldemokraten (*NPD*)
  
  - 75 Freie Deutsche Jugend (*SED*)
  - 76 Schilljugend / Jugendbund der NSDAP
  - 77 Großdeutsche Jugendbewegung, 1926–03/1939 Hitlerjugend (*NSDAP*)
  - 78 Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (*NSDAP*)
  - 79 Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (*KPD*)
  - 80 Kommunistischer Studentenverband (*KPD*)
  - 81 Jung-Spartakus-Bund (*KPD*)
  - 82 Jungdemokraten (*DDP*)
  - 83 Reichsbund Deutscher Demokratische Studenten (*DDP*)
  - 84 Windthorstbund (*Zentrum*)
  - 85 Reichsverband Deutscher Zentrumsstudenten (*Zentrum*)
  - 86 Republikanisches Studentenkartell (*SPD, DDP, Zentrum*)
  - 87 Reichsausschuss der Hochschulgruppen der deutschen Volkspartei (*DVP*)
  - 88 Bismarckjugend (*DNVP*)

89 Deutschnationale Studentenschaft (DNVP)  
97 Jugendorganisation Ausland  
98 Sonstige Jugendorganisation  
99 Trifft zu, aber Jugendorganisation unbekannt

**PT\_YYO** Jahr des Eintritts in parteinahe Jugendorganisation  
**PT\_YO2** Zweite Mitgliedschaft in parteinaher Jugendorganisation (*Codes siehe PT\_YO*)  
**PT\_YYO2** Jahr des Eintritts in zweite parteinahe Jugendorganisation  
**PT\_LHPYO** Ebene des höchsten Amtes bei einer parteinahen Jugendorganisation  
0 Kein Mitglied  
1 Kein Amt  
2 Ort  
3 Kreis  
4 Unterbezirk  
5 Bezirk  
6 Land  
7 National  
**PT\_HPYO** Höchstes Amt bei welcher Jugendorganisation (*Codes siehe PT\_YO*)

#### *Mandatsübernahmen*

**M\_Y** Jahr der ersten Mandatsübernahme (yyyy)  
a) *Nur Mandate in Parlamenten (Legislative)*

**M\_SCOM** Gemeindemandat  
**M\_PCOM** Ehrenamtlicher Bürgermeister  
**M\_SCOU** Kreistagsmandat  
0 nein / unbekannt  
1 ja

Erfasst wurden zu den Kommunalmandaten weiterhin das Jahr der erstmaligen Mandatsübernahme, das Jahr des Ausscheidens aus dem letzten Kommunalmandat und die das Bundesland oder die Region, in der das Mandat übernommen wurde.

**M\_SREG** Mandat auf Mittelebene  
**M\_STATE1** Landtagsmandat  
0 nein / unbekannt  
1 ja

Erfasst wurden zu den Mandaten auf Mittelebene weiterhin das Jahr der erstmaligen Mandatsübernahme und das Jahr des Ausscheidens aus dem letzten Mandat auf Mittelebene. Erfasst wurden für die Landtagsmandate weiterhin das Jahr der erstmaligen Mandatsübernahme, das Jahr des Ausscheidens aus dem letzten Landtagsmandat und das Bundesland, in der das Mandat übernommen wurde. Falls Landtagsmandate in zwei Bundesländer wahrgenommen wurden, wurde das ebenfalls im Datensatz erfasst.

**M\_RT** Reichstagsmandat  
**M\_VK** Volkskammermandat  
**M\_BT** Bundestagsmandat  
0 nein / unbekannt  
1 ja

Erfasst wurden für die Reichstagsmandate, Volkskammermandate und Bundestagsmandate weiterhin das Jahr der erstmaligen Mandatsübernahme, das Jahr des Ausscheidens aus dem letzten entsprechenden Mandat und die Zeit (Wahlperiode beziehungsweise Wahlperioden), in denen das Mandat beziehungsweise die Mandate wahrgenommen wurde

**M\_EP** Europaparlament  
0 nein / unbekannt  
1 ja

Erfasst wurden für die Mandate im Europäischen Parlament weiterhin das Jahr der erstmaligen Mandatsübernahme und das Jahr des Ausscheidens aus dem letzten entsprechenden Mandat.

Erfasst wurde außerdem über verschiedene Variablen, ob Mandate auf mehreren Ebenen gleichzeitig wahrgenommen wurden.

**M\_LY** Jahr der letzten Mandatsübernahme (yyyy)

**M\_D** Gesamtdauer der Mandatsausübung (yy)

#### IV Bezugs-/Systemvariablen

##### Deutsches Reich

**DR\_ADEL** Adel  
0 Nein  
1 Ja

**DR\_MIL** Höchster Dienstrang Militär

**DR\_VERBT** Aussagen für das System

**DR\_VERBH** Handlungen für das System

**DR\_VERBE** Gewalttaten für das System (*entgegen rechtstaatlicher Prinzipien*)  
0 Nein  
1 Ja, nicht öffentlich  
2 Ja, öffentlich

**DR\_PROFIT** Profiteur:in des Systems  
0 Nein  
1 Ja, zeitweise  
2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)

**DR\_OPFHA** Dauer der Haft (*mm*)

**DR\_OPFVF** Systematisch verfolgt  
0 Nein, nicht verfolgt  
1 Ja, verfolgt

**DR\_OPFG** Opfer von Staatsgewalt  
0 Nein  
1 Ja, zeitweise  
2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)  
3 Ja, Tod

**DR\_OPFM** Wirtschaftlicher Schaden durch das System (*materiell*)

- DR\_OPFEX** Flucht / Exil  
 0 Nein  
 1 Ja, zeitweise  
 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)
- DR\_WIORG** Mitglied in Widerstandsgruppen (*Bspw. Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten während 1. WK*)  
 0 Nein, keine bestätigte Mitgliedschaft  
 1 Ja, Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft  
 2 Ja, freiwillige Mitgliedschaft  
 3 Ja, Leitungsfunktion
- DR\_WIT** Aussagen gegen das System  
**DR\_WIH** Handlungen gegen das System (*zum Beispiel Demonstration, Verstecken von Verfolgten, ...*)  
**DR\_WIE** Gewalttaten gegen das System  
 0 Nein  
 1 Ja, nicht öffentlich  
 2 Ja, öffentlich
- DR\_SONST** Sonstige Systembezüge (*offen, zum Beispiel Orden, Auszeichnungen, ...*)
- Weimarer Republik
- WR\_MILDEM** Demokratische Paramilitärische Verbände (*Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Jungbanner Schwarz-Rot-Gold, Bayernwacht*)  
**WR\_MILRE** Rechts-Nationale Paramilitärische Verbände (*Bund Reichskriegsflagge, Organisation Consul, Bund Wiking, Deutscher Kampfbund, Deutscher Verein für Leibesübungen Olympia, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Frontbann, Schwarze Reichswehr, Schutzstaffel, Stahlhelm, Sturmabteilung, Tannenbergbund, Wehrwolf*)  
**WR\_MILI** Kommunistische Paramilitärische Verbände (*Proletarische Hundertschaften 1919–1923 danach Roter Frontkämpferbund, Rote Ruhrarmee*)  
 0 Nein, keine bestätigte Mitgliedschaft  
 1 Ja, Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft  
 2 Ja, freiwillige Mitgliedschaft  
 3 Ja, Leitungsfunktion
- WR\_VERBT** Aussagen für das System  
**WR\_VERBH** Handlungen für das System  
**WR\_VERBE** Gewalttaten für das System (*entgegen rechtstaatlicher Prinzipien*)  
 0 Nein  
 1 Ja, nicht öffentlich  
 2 Ja, öffentlich
- WR\_PROFIT** Profiteur:in des Systems  
 0 Nein  
 1 Ja, zeitweise  
 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)
- WR\_OPFHA** Dauer der Haft (*mm*)
- WR\_OPFVF** Systematisch verfolgt  
**WR\_OPFG** Opfer von Staatsgewalt  
 0 Nein

- 1 Ja, zeitweise
- 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)
- 3 Ja, Tod

**WR\_OPFM**      Wirtschaftlicher Schaden durch das System (*materiell*)

**WR\_OPFEX**      Flucht / Exil

0 Nein

1 Ja, zeitweise

2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)

**WR\_WIORG**      Mitglied in Widerstandsgruppen (*Bspw. Protestbewegungen*)

0 Nein, keine bestätigte Mitgliedschaft

1 Ja, Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft

2 Ja, freiwillige Mitgliedschaft

3 Ja, Leitungsfunktion

**WR\_WIT**          Aussagen gegen das System

**WR\_WIH**          Handlungen gegen das System (*zum Beispiel Demonstration, Verstecken von Verfolgten, ...*)

**WR\_WIE**          Gewalttaten gegen das System

0 Nein

1 Ja, nicht öffentlich

2 Ja, öffentlich

**WR\_SONST**      Sonstige Systembezüge (*offen, zum Beispiel Orden, Auszeichnungen, ...*)

#### Nationalsozialismus

**NS\_EC**            Organisation: Wirtschaft (*Werberat der Deutschen Wirtschaft, Rohstoffhandelsgesellschaft, Keppler-Kreis/ Freundeskreis Reichsführer SS/ Freundeskreis Himmler, Reichsamt für das Landvolk*)

**NS\_TO**            Organisation: Technik (*Organisation Todt, Reichsarbeitsdienst, NS-Reiterkorps, NS-Kraftfahrkorps, NS-Fliegerkorps, Transportgruppe/ Transportkorps Speer*)

**NS\_WELF**        Organisation: Wohlfahrt (*Kinderlandverschickung, Lebensborn e.V., Nationalsozialistische Volkswohlfahrt e. V. inkl. Winterhilfswerk, NS-Kriegsopferversorgung, Opferring der NSDAP*)

**NS\_UN**            Organisation: Verbände (*Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen/NS-Rechtswahrerbund, Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, Deutsche Arbeitsfront inkl. Kraft durch Freude, NS-Deutsche Ärztebund, NS-Deutscher Dozentenbund, NS-Lehrerbund, Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation, NS-Bund Deutscher Techniker, NS-Reichsbund Deutscher Schwestern, Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund, Reichskulturkammer – inkl. Reichsfilmkammer, Reichskunst-kammer/Reichskammer der bildenden Künste, Reichsmusikkammer, Reichspressekammer, Reichsrundfunkkammer, Reichsschrifttumskammer, Reichstheaterkammer – Reichsnährstand, Reichsbund Deutsche Jägerschaft, Reichsbund Deutscher Beamter, Reichsgruppe der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure*)

**NS\_SC**            Organisation: Wissenschaft (*Antikomintern, Amerika-Institut, Ibero-Amerikanisches Institut, Gesellschaft für Rassenhygiene, Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e. V./Lehr- und Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e. V., Institut zur Erforschung der Judenfrage/Antisemitische Aktion/Antijüdische Aktion, Deutsche Akademie München, Gesellschaft für germanische Ur- und Vorgeschichtsforschung, Staatsakademie für Rassen- und Gesundheitspflege, Amt für Sippenforschung, Osteuropäisches Institut*)

**NS\_WO**            Organisation: Frauen (*Deutsches Frauenwerk, NS-Frauenshaft*)

**NS\_YO**            Organisation: Jugend (*Bund Deutscher Mädel, Bund Deutscher Mädel-Werk „Glaube und Schönheit“, Deutsches Jungvolk, Hitlerjugend, Jungmädelbund*)

NS_ED	Organisation: Bildung ( <i>Adolf-Hitler-Schulen, Nationalpolitische Erziehungsanstalten NPEA/ Napola, Ordensburgen</i> )
NS_THO	Organisation: Notdienste ( <i>Deutsches Rotes Kreuz, Reichsluftschutzbund, Technische Nothilfe</i> )
NS_CH	Organisation: Religion ( <i>Deutsche Christen, Deutsche Glaubensbewegung</i> )
NS_REMO	Organisation: Erinnerungsgemeinschaften ( <i>NS-Altherrenbund der Deutschen Studenten, NS-Deutscher Studentenbund, NSD-Studentenbund, NS-Marinebund, NS-Reichskriegerbund/ Kyffhäuserbund, Reichsdozentenschaft</i> )
NS_ME	Organisation: Propaganda und Medien ( <i>Deutscher Fichte-Bund e.V., Deutsches Auslandsinstitut, NS-Kulturgemeinde, Reichsbund deutscher Seegeltung, Reichskolonialbund, Volksbund für das Deutschtum im Ausland, Welt-Dienst/ Arischer Welt-Dienst, Deutscher Gemeindetag</i> )
NS_PO_PMA	Parteiorganisation: Außenpolitik ( <i>Auslandsorganisation der NSDAP / Außenpolitisches Amt der NSDAP / Kolonialpolitisches Amt der NSDAP</i> )
NS_PO_PMK	Parteiorganisation: Kommunalpolitik ( <i>Hauptamt für Kommunalpolitik</i> )
NS_PO_PO	Parteiorganisation: Parteipolitik ( <i>Kanzlei des Führers der NSDAP / Partei-Kanzlei, bis 1942 Stab des Stellvertreters des Führers / Reichsschatzmeister der NSDAP / Reichsorganisationsleiter der NSDAP</i> )
NS_PO_TO	Parteiorganisation: Technische Organisationen ( <i>Hauptamt für Technik</i> )
NS_PO_UN	Parteiorganisation: Verbände ( <i>Hauptamt für Beamte</i> )
NS_PO_WO	Parteiorganisation: Frauen ( <i>Reichsfrauenführung</i> )
NS_PO_YO	Parteiorganisation: Jugend ( <i>Reichsjugendführung</i> )
NS_PO_ED	Parteiorganisation: Bildung ( <i>Hauptamt für Erzieher, Reichswaltung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes</i> )
NS_PO_HE	Parteiorganisation: Gesundheit ( <i>(Haupt)Amt für Volksgesundheit / Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege / Rassenpolitisches Amt der NSDAP / Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie e.V. / Reichsbund Deutsche Familie</i> )
NS_PO_CH	Parteiorganisation: Ideologie ( <i>Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP/ Amt Rosenberg</i> )
NS_PO_REMO	Parteiorganisation: Erinnerungsgemeinschaften ( <i>Reichsstudentenführung / Hauptamt für Kriegsoffer</i> )
NS_PO_CU	Parteiorganisation: Kultur und Sport ( <i>NS-Reichsbund für Leibesübungen (NSRL)</i> )
NS_PO_ME	Parteiorganisation: Propaganda und Medien ( <i>Reichspressechef der NSDAP, Reichsleiter für die Presse und Zentralverlag der NSDAP, Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums</i> )
NS_MISC	Organisation: Sonstige ( <i>Kameradschaft USA, Reichsausschuß zum Schutze des Deutschen Blutes</i> )

- 0 Nein, keine bestätigte Mitgliedschaft
- 1 Ja, Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft
- 2 Ja, freiwillige Mitgliedschaft
- 3 Ja, Leitungsfunktion

NS_WM	Höchster Rang Wehrmacht
NS_GESTAPO	Höchster Rang Gestapo
NS_SIPO	Höchster Rang Sicherheitspolizei
NS_SD	Höchster Rang Sicherheitsdienst Reichsführer-SS
NS_SA	Höchster Rang SA
NS_ASS	Höchster Rang SS
NS_WSS	Höchster Rang Waffen-SS
NS_VERBT	Aussagen für das System

- NS\_VERBH** Handlungen für das System
- NS\_VERBE** Gewalttaten für das System (*entgegen rechtstaatlicher Prinzipien*)
- 0 Nein
- 1 Ja, nicht öffentlich
- 2 Ja, öffentlich
- NS\_PROFIT** Profiteur des Systems (*materiell*)
- 0 Nein
- 1 Ja, zeitweise
- 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)
- NS\_OPFHA** Dauer der Haft (*mm, Internierung / Schutzhaft / Vorbeugungshaft in Arbeitserziehungslagern, Arbeitslagern, Heil- und Pflegeanstalten, Konzentrationslagern, Vernichtungslagern, Gefängnissen und weiteren Haftanstalten des NS-Systems*)
- NS\_OPFV** Systematisch verfolgt (*vermeintliche Gewerkschaftler, Kommunist und andere politisch Verfolgte / Gegner, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, sogenannte „Erbkranke“, sogenannte „Asoziale“, Zeugen Jehovas*)
- NS\_OPFG** Opfer von Staatsgewalt (*Bsp. Zwangssterilisationen / GzVeN, Zwangsarbeit*)
- 0 Nein
- 1 Ja, zeitweise
- 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)
- 3 Ja, Tod
- NS\_OPFM** Wirtschaftlicher Schaden durch das System (*materiell*)
- NS\_OPFEX** Flucht / Exil
- 0 Nein
- 1 Ja, zeitweise
- 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)
- NS\_WIORG** Mitglied in Widerstandsgruppen (*Bspw. Edelweißpiraten, Swing-Cliquen, Weiße Rose, Kreisauer Kreis, Rote Kapelle*)
- 0 Nein, Keine bestätigte Mitgliedschaft
- 1 Ja, Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft
- 2 Ja, freiwillige Mitgliedschaft
- 3 Ja, Leitungsfunktion
- NS\_WIT** Aussagen gegen das System
- NS\_WIH** Handlungen gegen das System (*zum Beispiel Demonstration, Verstecken von Verfolgten, ...*)
- NS\_WIE** Gewalttaten gegen das System
- 0 Nein
- 1 Ja, nicht öffentlich
- 2 Ja, öffentlich
- NS\_PROZ** Einstufung in Entnazifizierungsverfahren
- 0 Kein Verfahren
- 1 Hauptschuldig (*Kriegsverbrecher*)
- 2 Belastet (*Aktivisten, Militaristen, Nutznießer*)
- 3 Minderbelastet (*Bewährungsgruppe*)
- 4 Mitläufer
- 5 Entlastet

NS\_SONST Sonstige Systembezüge (*offen, zum Beispiel Orden, Auszeichnungen, ...*)

Besatzungszeit (1945–1949)

BZ\_ZUSUS Zusammenarbeit mit Besatzungsmacht USA

BZ\_ZUSGB Zusammenarbeit mit Besatzungsmacht Großbritannien

BZ\_ZUSFR Zusammenarbeit mit Besatzungsmacht Frankreich

BZ\_ZUSSU Zusammenarbeit mit Besatzungsmacht Sowjetunion

BZ\_SONST Sonstige Systembezüge (*offen, zum Beispiel Orden, Auszeichnungen, ...*)

DDR

DDR\_PA Organisation: Außenpolitik (*Solidaritätskomitee der DDR, Liga für Völkerfreundschaft / Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (inkl. Teilgesellschaften), Komitee zum Schutze der Menschenrechte*)

DDR\_EC Organisation: Wirtschaft (*Volkswirtschaftsrat der DDR (VWR)*)

DDR\_WELF Organisation: Wohlfahrt (*Friedensrat der DDR, Volkssolidarität (VS)*)

DDR\_TO Organisation: Technik (*Gesellschaft für Sport und Technik (GST)*)

DDR\_UN Organisation: Verbände (*Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB [Betriebsgewerkschaftsleitung = 3]), Aktivistenbewegung, Vereinigung der Juristen der DDR (VdJ), Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), Deutscher Schriftstellerverband/Schriftstellerverband der DDR (DSV), Verband der Theaterschaffenden, Verband Bildender Künstler der DDR (VBK), Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR, Bund der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik (BdA/DDR), Verband der Journalisten der DDR, Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR, Verband der Konsumgenossenschaften der DDR*)

DDR\_WO Organisation: Frauen (*Demokratischer Frauenbund Deutschlands*)

DDR\_YO Organisation: Jugend (*FDJ, Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ (Jungpioniere)*)

DDR\_ED Organisation: Bildung (*Parteischulen der SED*)

DDR\_SC Organisation: Wissenschaft (*Forschungsrat der DDR, Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ (ASR), Institut für rechtswissenschaftliche Forschung, Gesellschaft für Völkerrecht in der Deutschen Demokratischen Republik*)

DDR\_MIL Organisation: Nationaler Verteidigungsrat

DDR\_CH Organisation: Religion (*Junge Gemeinde (JG) – (Illegale) Jugendgruppen in ev. Kirchen, Kirchenmitglied (aktiv)*)

DDR\_REMO Organisation: Erinnerungsgemeinschaften (*Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Kameradschaften*)

DDR\_CUS Organisation: Sportmedizinische Dienst (SMD) der DDR

DDR\_CU Organisation: Kultur (*Kulturbund der DDR*)

DDR\_ME Organisation: Propaganda und Medien (*Staatsmedien („Neues Deutschland“, „Junge Welt“ usw.)*)

DDR\_PO\_PA Parteiorganisation: Außenpolitik (*ZK Abt. Internationale Verbindungen, ZK Abt. Auslandsinformation, ZK Abt. Befreundete Parteien und Organisationen*)

DDR\_PO\_PAH Parteiorganisation: Außenhandel (*ZK Abt. Internationale Politik und Wirtschaft / ZK Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel*)

DDR\_PO\_POLB Parteiorganisation: Politbüro der SED

DDR\_PO\_ZK Parteiorganisation: Zentralkomitee der SED

DDR\_PO\_SZK Parteiorganisation: Sekretariat des Zentralkomitees der SED

DDR\_PO\_BL Parteiorganisation: Bezirksleitung

DDR\_PO\_SBL Parteiorganisation: Sekretariat einer Bezirksleitung der SED

DDR\_PO\_KL Parteiorganisation: Kreisleitung

DDR\_PO\_SKL Parteiorganisation: Sekretariat einer Kreisleitung der SED

0 Nein, keine bestätigte Position

1 Ja, Kandidat:in beziehungsweise Leiter:in Sekretariatsabteilung

2 Ja, Mitglied beziehungsweise Sekretär:in

3 Ja, Vorsitzender:r beziehungsweise General- / Bezirks- / Kreissekretär:in

**DDR\_PO\_GRO** Parteiorganisation: Parteisekretär:in Grundorganisation

0 Nein, keine bestätigte Position

1 Ja, ehrenamtlich

2 Ja, hauptamtlich

**DDR\_PO\_PO** Parteiorganisation: Parteipolitik (*Zentrale Parteikontrollkommission, ZK Abt. Kader, ZK Abt. Parteiorgane, ZK Abt. Planung und Finanzen, ZK Abt. Finanzverwaltung und Parteibetriebe*)

**DDR\_PO\_PS** Parteiorganisation: Verwaltung (*ZK Abt. Staats- und Rechtsfragen*)

**DDR\_PO\_EC** Parteiorganisation: Wirtschaft (*ZK Abt. Sozialistische Wirtschaftsführung, ZK Abt. Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe, ZK Abt. Landwirtschaft, ZK Abt. Leicht-, Lebensmittel- und bezirksgeleitete Industrie*)

**DDR\_PO\_TO** Parteiorganisation: Technik (*ZK Abt. Eisenbahn, Verkehr und Verbindungswesen / Transport- und Nachrichtenwesen, ZK Abt. Bauwesen, ZK Abt. Maschinenbau und Metallurgie, ZK Abt. Industrie / Kohle, Bergbau, Energie und Chemie / Grundstoffindustrie / Forschung und technische Entwicklung / Verkehr*)

**DDR\_PO\_UN** Parteiorganisation: Gewerkschaften, Sozial- und Gesundheitswesen (*siehe ZK Abt.*)

**DDR\_PO\_SC** Parteiorganisation: Wissenschaft (*ZK Abt. Wissenschaften*)

**DDR\_PO\_WO** Parteiorganisation: Frauen (*ZK Abt. Frauen*)

**DDR\_PO\_YO** Parteiorganisation: Jugend (*ZK Abt. Jugend*)

**DDR\_PO\_HE** Parteiorganisation: Gesundheit (*ZK Abt. Gesundheitspolitik*)

**DDR\_PO\_MIL** Parteiorganisation: Öffentliche Sicherheit (*ZK Abt. Sicherheitsfragen*)

**DDR\_PO\_CH** Parteiorganisation: Religion (*ZK Abt. Kirchenfragen*)

**DDR\_PO\_CUS** Parteiorganisation: Sport (*Deutsche Turn- und Sportbund (inkl. Mitgliedsverbände, auch Vorwärts / Dynamo, DTSB), Deutscher Anglerverband (DAV), Gesellschaft zur Förderung des Olympischen Gedankens in der DDR (DFOG), ZK Abt. Körperkultur und Sport*)

**DDR\_PO\_CU** Parteiorganisation: Kultur (*ZK Abt. Kultur / ZK Abt. Volksbildung*)

**DDR\_PO\_ME** Parteiorganisation: Propaganda und Medien (*ZK Abt. Agitation und Propaganda / Parteipresse (VOB Zenträg (Druckereien / Propagandaapparat))*)

**DDR\_MISC** Organisation: Sonstige

0 Nein, keine bestätigte Mitgliedschaft

1 Ja, Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft

2 Ja, freiwillige Mitgliedschaft

3 Ja, Leitungsfunktion

**DDR\_NVA** Höchster Rang Nationale Volksarmee (NVA)

**DDR\_KVP** Höchster Rang Kasernierte Volkspolizei (KVP)

**DDR\_GT** Höchster Rang Grenztruppen der DDR (GT)

**DDR\_DVP** Höchster Rang Deutsche Volkspolizei (DVP)

**DDR\_TRAPO** Höchster Rang Transportpolizei (Trapo)

**DDR\_ZV** Höchster Rang Zivilverteidigung der DDR (ZV)

**DDR\_MFS** Höchster Rang Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

**DDR\_MFS\_HM** Hauptamtliche:r Mitarbeiter:in Ministerium für Staatssicherheit

0 Nein

1 Ja, zivilbeschäftigt

2 Ja, Wehrdienstverhältnis

3 Ja, Offiziere im besonderen Einsatz (*OibE*)

**DDR\_MFS\_IM** Inoffizielle:r Mitarbeiter:in Ministerium für Staatssicherheit

0 Nein

- 1 Ja, IM-Kandidat:in (*auch IM-Vorlauf – VL-IM oder V-IM*)
- 2 Ja, IM

**DDR\_MFS\_HVA** Auslandsgeheimdienst Hauptverwaltung Aufklärung (HVA)

- 0 Nein
- 1 Ja, Kundschafter des Friedens (*Agenten im Ausland / gegen Ausländer:innen im Inland*)
- 2 Ja, Leitungsbereich Verwaltung

**DDR\_KGA** Kampfgruppen der Arbeiterklasse / Betriebskampfgruppen (KG)

- 0 Kein, keine bestätigte Mitgliedschaft
- 1 Kämpfer:in
- 2 Truppführer:in
- 3 Zugführer:in
- 4 Stellvertretende:r Hundertschaftskommandeur:in / Batteriekommandeur:in / Führer:in selbstständiger Zug
- 5 Hundertschaftskommandeur:in / Batteriekommandeur:in / Führer:in selbstständiger Zug
- 6 Stellvertretende:r Bataillonskommandeur:in
- 7 Bataillonskommandeur:in
- 9 Mitglied, aber keine Rangangabe

**DDR\_VERBT** Aussagen für das System (*Vertretungsanspruch der DDR*)

**DDR\_VERBH** Handlungen für das System (*„Aufbau des Sozialismus“, Rechtsbeugung im Sinne des Systems (Richter:innen, Anpassungsarbeiten Recht an Aktivitätsstruktur)*)

**DDR\_VERBE** Gewalttaten für das System (*Tötungen an der Berliner Mauer / Grenze / Schießbefehl (auch Täter:innen hinter den Täter:innen)*)

- 0 Nein
- 1 Ja, nicht öffentlich
- 2 Ja, öffentlich

**DDR\_PROFIT** Profiteur:in des Systems (*materiell*)

- 0 Nein
- 1 Ja, zeitweise
- 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)

**DDR\_OPFHA** Dauer der Haft (*Internierung / Schutzhaft / Vorbeugungshaft / Politische Haft*)

- 000 Nein, keine Haft
- 999 Trifft zu, aber Dauer unbekannt

**DDR\_OPFVF** Systematisch verfolgt (*Selbstständige, Ausreisewillige – Feindlich-negative Person, Adel, Bürgerliche, aktive Kirchenmitglieder*)

**DDR\_OPFG** Opfer von Gewalt (*Bsp. Zwangsarbeit*)

- 0 Nein
- 1 Ja, zeitweise
- 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)
- 3 Ja, Tod

**DDR\_OPFM** Wirtschaftlicher Schaden durch das System (*materiell – Enteignung, Amtsentzug / Berufsverbot, Schreib-, Redeverbot, Studiumsverbot / Verbot Erweiterte Oberschule*)

**DDR\_OPFEX** Flucht / Exil

- 0 Nein
- 1 Ja, zeitweise
- 2 Ja, dauerhaft (*bis Ende des Systems*)

**DDR\_OPFEXY** Jahr der Flucht (*yyyy*)

**DDR\_OPFEXF** Art der Flucht / Exil

0 Nein, keine Flucht

1 Ja, Ausreise

2 Ja, Flucht (*Fahnenflucht vs. Republikflucht*)

3 Ja, Ausbürgerung (*Abschiebung*)

**DDR\_WIORG** Mitglied in Widerstandsgruppen (*Bspw. Bürgerkomitee (gegen Vernichtung der MfS-Akten), Soziale Friedensdienst (SoFd), Initiativgruppe des Aufrufs zum 13. Februar 1982, Bürgerbewegungen der Wendezeit: Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Arbeitsgruppe Menschenrechte, Arbeitskreis Gerechtigkeit Leipzig, Sonnabendskreis, Umwelt-Bibliothek, Mitarbeit Ostbüros der Westparteien*)

0 Nein, keine bestätigte Mitgliedschaft

1 Ja, Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft

2 Ja, freiwillige Mitgliedschaft

3 Ja, Leitungsfunktion

**DDR\_WIT** Aussagen gegen das System

**DDR\_WIH** Handlungen gegen das System (*zum Beispiel Demonstration, Verstecken von Verfolgten, bspw. Volksaufstand 17. Juni 1953, Montagsdemonstrationen, Paneuropäisches Picknick, Anwalt für Verfolgte in der DDR*)

**DDR\_WIE** Gewalttaten gegen das System (*bspw. Volksaufstand 17. Juni 1953*)

0 Nein

1 Ja, nicht öffentlich

2 Ja, öffentlich

**DDR\_SONST** Sonstige Systembezüge (*offen, zum Beispiel Orden, Auszeichnungen, ...*)

**Regierungsmitglieder und Spitzenbeamt:innen in den Ministerien gestalten Politik und haben eine einflussreiche Stellung im Staat inne. Das Buch stellt die erste umfassende Kollektivbiografie politisch administrativer Eliten in Deutschland vor. Detailanalysen zu Politik- und Verwaltungseliten des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des NS Regimes, der Bundesrepublik und der DDR zeigen Entwicklungslinien und systembezogene Unterschiede.**

---

---